

Eike Birck

**Die gesamtdeutschen Olympiamannschaften –
eine Paradoxie der Sportgeschichte?**

Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades
(Dr. phil.) der Fakultät für Psychologie und
Sportwissenschaft an der Universität Bielefeld

Gutachter:

Prof. Dr. Klaus Cachay, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Carmen Borggreve, Universität Stuttgart

Eingereicht im Mai 2013

1. Einleitung und Problemstellung.....	1
1.1 Forschungsstand.....	3
1.1.1 Sekundärliteratur – Ost-West-Konflikt in der Forschung?.....	3
1.1.2 Forschungsergebnisse aus der ehemaligen DDR	5
1.1.3 Forschungsergebnisse aus der alten Bundesrepublik.....	6
1.1.4 1989/90 – eine Wende auch in der Forschung?.....	11
1.1.5 Defizite der Forschung im Hinblick auf gesamtdeutsche Olympiamannschaften.....	20
1.2 Theoretischer Ansatz und methodisches Vorgehen.....	23
1.2.1 Das Konzept der Re-Kulturalisierung.....	25
1.2.2 Der Wehlersche Ansatz als Paradigma.....	28
1.2.3 Theoretische Konstruktion des Vorgehens.....	33
1.2.4 Methodische Vorgehensweise.....	36
2. Deutschland auf dem Weg in die Zweistaatlichkeit (1945-1948/49).....	39
2.1 Trümmerzeit und Zusammenbruchsgesellschaft (1945-1948) – eine sportlose Zeit?.....	40
2.2 Die Deutschlandpolitik der Alliierten – eine Weichenstellung auf dem Weg zur deutschen Teilung (1945-1948).....	46
2.2.1 Der Wiederaufbau Deutschlands unter alliierter Kontrolle...	46
2.2.2 Die Organisation des Sports nach 1945.....	52
3. 1952: Olympischer Neu- oder Fehlstart?.....	59
3.1 Die gescheiterten Verhandlungen für die Olympischen Spiele 1952 – Bundesdeutscher Alleinvertretungsanspruch vs. „Deutsche an einen Tisch“.....	59
3.1.1 Deutschland und das IOC.....	60
3.1.2 Die internationalen Sportfachverbände und die „deutsche Frage“.....	62
3.1.3 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen.....	67
3.2 Die Auseinandersetzungen der beiden deutschen NOK bis zu den Olympischen Spielen 1952.....	72
3.2.1 Die provisorische Anerkennung des westdeutschen NOK...	73

3.2.2 Die Gründung des ostdeutschen NOK.....	76
3.2.3 Der IOC-Beschluss von Wien: Bildung gesamtdeutscher Mannschaften.....	79
3.2.4 Reaktionen auf die „Lausanner Vereinbarung“.....	82
3.2.5 Die Fortführung der ostdeutschen Bemühungen während der Olympischen Spiele 1952.....	85
3.3 Der politische Hintergrund der gescheiterten olympischen Verhandlungen (1949-1952) unter besonderer Berücksichtigung der internationalen politischen Konstellation und der gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands.....	89
3.3.1 Internationale Konstellation.....	90
3.3.2 Die Ära Adenauer und die Westintegration.....	92
3.3.3 Die Ära Ulbricht und der uneingeschränkte Machtanspruch der SED in Abhängigkeit von Moskau.....	95
3.4 Wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Auswirkungen.....	98
3.4.1 Die Bundesrepublik und die Soziale Marktwirtschaft.....	99
3.4.2 Die DDR und die Planwirtschaft.....	101
3.5 Die deutsche Gesellschaft: Freizeit und Sport.....	104
3.5.1 Die Bundesrepublik.....	105
3.5.2 Die DDR.....	108
3.6 Zusammenfassung.....	110

4. Die ersten gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1956..... 114

4.1 Die provisorische Anerkennung des NOK der DDR und das Ringen um die Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften für die Olympischen Spiele 1956.....	114
4.1.1 Verhandlungen unter veränderten politischen Vorzeichen....	116
4.1.2 Das sportliche Aufrüsten der DDR beginnt.....	120
4.1.3 Eingeschränkter Verhandlungsspielraum der westdeutschen Sportfunktionäre.....	123
4.1.4 Das Auftreten der ersten gesamtdeutschen Mannschaften 1956.....	126
4.2 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen: „Alleinvertretungsanmaßung“ vs. „politische Agitation“ im Sport.....	128
4.3 Internationale Konstellation: Blockintegration.....	134

4.3.1 Politische Entwicklungen in der Bundesrepublik mit Implikationen für den olympischen Sport in Deutschland.....	138
4.3.2 Planmäßiger Aufbau des Sozialismus und die Umstrukturierung des Sports in der DDR.....	140
4.4 Die deutsche Gesellschaft und der Sport.....	144
4.5 Zusammenfassung.....	145

5. Die Olympischen Spiele 1960 als Spielfeld symbolischer Politik?..... 148

5.1 Der Streit um nationale Symbolik zwischen den beiden deutschen NOK im Vorfeld der Olympischen Spiele 1960.....	148
5.1.1 Etappensieg: Das NOK der DDR auf dem Weg zur vollständigen Anerkennung.....	149
5.1.2 Die Bundesregierung mischt sich ein: Streitigkeiten um nationale Symbole.....	150
5.2 Behinderungen des deutsch-deutschen Sportverkehrs durch Visa- und Fahnenstreit.....	156
5.3 Internationale politische Konstellation: Sputnik-Schock und Berlin-Ultimatum.....	160
5.3.1 Politik der beiden deutschen Staaten.....	161
5.3.2 Deutsch-deutsche Beziehungen.....	163
5.3.3 Wirtschaft: Diskrepanz zwischen Ost und West.....	165
5.4 Zusammenfassung.....	166

6. Die letzten gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1964..... 168

6.1 Flaggen- und Emblemstreit.....	168
6.1.1 Auswirkungen des Mauerbaus auf die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften 1964.....	171
6.1.2 Die erzwungene Einheit im olympischen Sport: deutsch-deutsche Streitigkeiten im Vorfeld der Olympischen Spiele 1964.....	177
6.1.3 Gesamtdeutsche Teams ohne Gemeinsamkeiten.....	180
6.2 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen.....	183
6.2.1 Vor dem Bau der Mauer.....	184
6.2.2 Der Bau der Mauer und seine Konsequenzen für den	

deutsch-deutschen Sportverkehr.....	185
6.3 Internationaler politischer Hintergrund: Krise und Entspannung.....	187
6.3.1 Letzter Ausweg: Mauerbau.....	188
6.3.2 Politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bundesrepublik.....	190
6.3.3 Politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der DDR.....	194
6.4 Zusammenfassung.....	202
7. Die ersten eigenständigen Olympiamannschaften 1968.....	205
7.1 Sinneswandel oder Anerkennung politischer Realitäten? Das IOC und das NOK der DDR.....	205
7.2 Exkurs: Die politische Neutralität des IOC auf dem Prüfstand.....	210
7.3 Deutsch-deutscher Sportverkehr: spärliche Kontakte.....	212
7.4 Politische Hintergründe bis 1968: Der lange Weg zur friedlichen Koexistenz.....	215
7.4.1 Politische Neuerungen in der Bundesrepublik: BRD im Wandel.....	216
7.4.2 Machtkonsolidierung in der DDR und Streben nach internationaler Anerkennung.....	221
7.5 Zusammenfassung.....	225
8. Die Komplettierung der deutschen Teilung im Sport 1972.....	227
8.1 Das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1972.....	227
8.2 Keine Normalisierung der deutsch-deutschen Sportkontakte.....	231
8.3 Die Welt im Umbruch – politische Hintergründe bis 1972.....	235
8.3.1 Internationale politische Konstellation: Die Zeichen stehen wieder auf Entspannung.....	235
8.3.2 Entwicklungen in der Bundesrepublik: Regierungswechsel in Bonn (1969).....	237
8.3.3 Entwicklungen in der DDR: unfreiwilliger Machtwechsel in Ost-Berlin (1971).....	239
8.3.4 Annäherung: Ostverträge und Grundlagenvertrag.....	242
8.4 Zusammenfassung.....	247

9. Versuch einer Synthese.....	249
10. Fazit und Schlussbemerkung.....	275
11. Literaturverzeichnis.....	287
12. Verzeichnis ausgewählter Abkürzungen.....	315

1. Einleitung und Problemstellung

„Wer war nur auf diese bekloppte Idee gekommen? Eine ‚gesamtdeutsche Mannschaft‘! Die Kommunisten zogen eine Mauer hoch, hauten Deutschland endgültig in zwei Hälften, aber wir Sportler sollten immer noch Friede, Freude, Eierkuchen spielen, uns an den Händen fassen, patriotisch die Brust rausstrecken und Freudentränen abdrücken, ‚wie schön es doch ist, für Deutschland zu starten‘. So etwas konnten sich nur Verbandsfunktionäre ausgedacht haben.“¹

Auch noch rund 35 Jahre nach ihrer Teilnahme an den Winterspielen 1964 in Innsbruck ist der westdeutschen Skilangläuferin Rita Czech-Blasel die Empörung über die Einrichtung gesamtdeutscher Olympiamannschaften deutlich anzumerken. Die Sportlerin unterstellt, dass die Verbandsfunktionäre die Entsendung gesamtdeutscher Teams initiiert hatten. Aber ist diese Unterstellung zutreffend? Ist nicht vielmehr zu fragen, wie es zur Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften in einem geteilten Deutschland kommen konnte? Und das in einer Zeit, in der Deutschland nicht nur geteilt war, sondern sich die gesamte Welt – mit wenigen Ausnahmen – in einander feindlich gegenüberstehende Blöcke aufgeteilt hatte! Der Ost-West-Konflikt erreichte einen Höhepunkt nach dem anderen, und bei Olympischen Spielen starteten 1956, 1960 und – selbst nach dem Bau der Mauer 1961 – auch noch 1964 gesamtdeutsche Olympiamannschaften. Während es solche Formen der Gemeinsamkeiten gab, herrschte auf offizieller politischer Ebene Funkstille. Die 1949 gegründete Bundesrepublik bestritt die Existenz der im selben Jahr gegründeten DDR und lehnte jede Art von Beziehungen ab. Die Regierung Adenauer nahm für sich in Anspruch, Deutschland alleine vertreten zu wollen, während auf der anderen Seite der deutschen Grenze die SED-Führungsspitze alles dafür tat, um international wahrgenommen zu werden.

Die Bundesregierung lehnte jeden Kontakt zur DDR ab, und die DDR wiederum kämpfte um ihre staatliche Anerkennung. Wie konnte es unter diesen gegenläufigen Vorzeichen gelingen, der Aufforderung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nachzukommen und gesamtdeutsche Teams zu den Olympischen Spielen zu entsenden?

¹ Kommentar der westdeutschen Skilangläuferin Rita Czech-Blasel zur gesamtdeutschen Olympiamannschaft für die Winterspiele 1964. In: Maus, Andreas: Drüben. Alltagsgeschichten aus Ost und West. München 1999, S. 25f.

Bereits für die Spiele 1952 waren die deutschen Sportfunktionäre vom IOC aufgefordert worden, eine Mannschaft aus den jeweils besten Sportlern Deutschlands zu bilden. Dieses Ansinnen war jedoch am Rückzug der DDR gescheitert. Vier Jahre später hatte sich die Situation offenbar verändert. Denn nun gelang erstmals die Bildung einer Mannschaft, bestehend aus Sportlerinnen und Sportlern aus Ost und West.

Wie war dies möglich? Welche Entwicklungen hatten dazu geführt, dass 1968 zwei deutsche Mannschaften antreten durften, die sich allerdings noch die zuvor eingeführte Kompromiss-Hymne und -flagge teilen mussten. Denn anstelle der jeweiligen Nationalhymne wurde „Ode an die Freude“ intoniert und die schwarz-rot-goldene Flagge mit den fünf olympischen Ringen gehisst. Erst 1972 starteten zwei deutsche Mannschaften ausgestattet mit den Insignien ihres Staates. Die Souveränität war nun auch im Sport formal erreicht. Dieses Auseinanderdriften der gesamtdeutschen Mannschaften fand demnach zu einer Zeit statt, die politisch von einer Annäherung zwischen Ost und West geprägt war. Sind die gesamtdeutschen Olympiamannschaften somit ein Anachronismus in der Geschichte der beiden deutschen Staaten? Welche Rolle spielte die Politik hierbei und welche der Sport? Ist davon auszugehen, dass sowohl die Politik den Sport als auch umgekehrt geprägt hat?

Da der Sport – zumal der olympische Leistungssport – ein internationales Phänomen ist, ist danach zu fragen, welchen Anteil das IOC und die internationalen Sportfachverbände an der Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften hatten. Wie sahen die Eigeninteressen des Sports bzw. der Sportfunktionäre in der Bundesrepublik und der DDR aus? In welcher Form interagierten sie mit der politischen Ebene? Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Blockbildung weder die DDR noch die Bundesrepublik frei in ihren Entscheidungen waren. Sie waren abhängig von ihren Bündnispartnern in der NATO bzw. im Warschauer Pakt. Welchen Einfluss hatten demnach internationale Entwicklungen auf die Entsendung der deutsch-deutschen Teams?

Das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ bewegte sich unzweifelhaft in einem Spannungsfeld von Sport und Politik. Inwieweit aber hing die Existenz der gesamtdeutschen Teams mit dem Ost-West-Konflikt und dem Stand der deutsch-deutschen Beziehungen zusammen? Oder allgemeiner: Warum also gab

es trotz des Kalten Krieges in einem geteilten Deutschland in den Jahren 1956, 1960 und 1964 gesamtdeutsche Olympiamannschaften?

Dieser Frage soll in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden. Dabei soll zunächst geprüft werden, ob und in welchen Maßen die sporthistorische Forschung diesen Sachverhalt bearbeitet hat, um darauf aufbauend die Forschungsfragen weiter zu präzisieren.

1.1 Forschungsstand

Ziel des Abschnitts ist es, den Forschungsstand einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Es soll herausgearbeitet werden, welche Erkenntnisse in Bezug auf gesamtdeutsche Teams in einem geteilten Land geliefert werden, aus welcher Perspektive die Entwicklungen betrachtet und welche theoretischen Ansätze dabei verwendet werden.

In einem ersten Schritt wurde die Sekundärliteratur gesichtet. Hierbei fiel auf, dass das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ bislang kein eigenständiger Untersuchungsgegenstand war. Es wurde vielmehr bisher im Rahmen deutsch-deutscher Sportbeziehungen, als Ausschnitt des internationalen Sportverkehrs oder ganz pauschal unter dem Stichwort „Sport und Politik“ in Teilaspekten abgehandelt. Nichtsdestotrotz bietet die Sekundärliteratur eine Vielzahl von verstreuten Informationen, deren Systematisierung lohnend erscheint, um erklären zu können, wie es zu gesamtdeutschen Olympiamannschaften kommen konnte.

1.1.1 Sekundärliteratur – Ost-West-Konflikt in der Forschung?

Zunächst ist bei der Eruierung des Forschungsstandes zu berücksichtigen, dass sich die sporthistorische Forschung in der DDR und in der alten Bundesrepublik bis 1989/90 getrennt voneinander entwickelte.² Bei den zuvor publizierten sporthistorischen Untersuchungen – teilweise auch bei danach veröffentlichten Analysen – finden sich bei Interpretationen und auch in sprachlicher Hinsicht Elemente, die im Grunde eher in die ideologiehörige Zeit des Ost-West-Konflikts gehören. Nach 1989/90 begann eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der scientific

² Vgl. z. B. zur Entwicklung der ostdeutschen Sportwissenschaft Bernett, Hajo: Entwicklung und Struktur der Sportwissenschaft in der DDR. In: Sportwissenschaft 10 (1980) 4, S. 375-403.

community über die Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen aus der DDR und die Rolle der Historiker im Herrschaftsgefüge der DDR.³ (Sport-)Historiker aus der DDR, die teilweise auch selbst aktiv im Sportbereich der DDR tätig waren, sehen in der nun stattfindenden Aufarbeitung der DDR-Geschichte einen primär westlichen Diskurs, der, geprägt durch „Besserwisserei“ und aus einer „Siegerposition“ heraus, den Sport in der untergegangenen DDR vorverurteilt.⁴ Die Vorwürfe von westlichen Historikern und auch von z. T. jüngeren aus der DDR stammenden Wissenschaftlern zielen auf den Mangel an wissenschaftsinterner Autonomie sowie auf das Fehlen von methodischem, interpretatorischem und theoretischem Pluralismus. Weiter wird beanstandet, dass die Deutungskompetenz bei außer- und vorwissenschaftlichen Instanzen und Institutionen lag. In den Augen ihrer Kritiker war die Geschichtswissenschaft und damit auch die Sporthistoriographie eine „parteiliche Wissenschaft“, die die politischen Ansprüche der SED zu erfüllen und ergebnisorientierte externe Vorgaben umzusetzen hatte.⁵ Aufgrund dieser Defizite – so die Meinung einiger Wissenschaftler – seien Forschungsarbeiten aus der DDR nicht verwertbar.⁶ Nichtsdestotrotz geben diese Forschungser-

³ Vgl. zu den Konflikten zwischen ost- und westdeutschen Sporthistorikern den Bericht über die ersten Begegnungen bei der 1990 stattfindenden dvs-Tagung in Berlin. Becker, Hartmut: Von Siegern und Unterlegenen. Sporthistoriker aus Deutschland-West und Deutschland-Ost bei gemeinsamer Vergangenheitsbewältigung. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 4 (1990) 3, S. 83-87. Auch fünf Jahre später gab es über bestimmte Aspekte des DDR-Sports keinen Konsens. Vgl. Gallinat, Klaus: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports nach 1945. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24. bis 26. März 1995 in Potsdam. In: Sportwissenschaft 25 (1995) 3, S. 316-319. Die Streitigkeiten unter west- und ostdeutschen Kollegen waren auch bei den Tagungen 2000 in Göttingen und 2001 in Potsdam festzustellen, an denen die Verfasserin teilnahm.

⁴ Erbach, Günter: Über die Beziehungen von Gesellschaft, Staat und Sport in der DDR. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 60-70, hier S. 60. Vgl. auch den selbstkritischen Beitrag von Heise, Norbert: Leistung und Ertrag der DDR-Sportgeschichte – Rückblick eines damals Tätigen – sportwissenschaftliche Forschung zwischen Indoktrination und Eigenständigkeit. In: Austermühle, Theo und Gerd Konzag (Hg.): Sportwissenschaftliche Reflexionen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Festschrift für Gerhard Lukas. Hamburg 1995, S. 12-25.

⁵ Das 9. Plenum des ZK der SED (1967) verpflichtete die Historiker darauf, durch gezielte Geschichtspromaganda das Staats- und Klassenbewusstsein der Bürger zu festigen. Vgl. dazu Bernett, Hajo u. a.: Die Geschichte der Sportarten aus der Sicht der materialistischen „Geschichtspromaganda“. In: Sportwissenschaft 16 (1986) 1, S. 91- 98, hier S. 92. Vgl. auch zur „allgemeinen“ Geschichtswissenschaft Weber, Hermann: „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11 (1990), S. 3-15, hier S. 3ff. Insgesamt wurden eher die Geistes- und Sozialwissenschaften vereinnahmt, während sich Naturwissenschaftler zuweilen ein Maß an Autonomie sichern konnten.

⁶ Vgl. zur Rolle der DDR-Historiker z. B. Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Geschichtswissenschaft unter der SED-Diktatur. Die Durchsetzung der Parteilinie in den fünfziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (1996), S. 15-21. Vgl. auch Voigt, Dieter u. a.: Zur Fragwürdigkeit akademischer Grade und Titel in der DDR. Der Primat der kommunistischen Ideologie von der Wissenschaft. Eine Analyse von Doktorarbeiten und Habilitationsschriften der Jahre 1950 bis 1990. In: Timmermann, Heiner (Hg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Berlin 1995, S. 227-262.

gebnisse Aufschluss über den Stellenwert und die Ausrichtung des Sports in der DDR und sind daher – mit der gebotenen kritischen Distanz – für die vorliegende Arbeit relevant.

Die für das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften relevanten Untersuchungen sollen im Folgenden dargestellt werden, da sie – trotz der o. g. Schwierigkeiten – Rückschlüsse auf die Sichtweise der DDR zu den gesamtdeutschen Teams im Rahmen der deutsch-deutschen Sportbeziehungen zulassen können.

1.1.2 Forschungsergebnisse aus der ehemaligen DDR

Von DDR-Sporthistorikern wurde die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften nicht behandelt. Ebenso wenig gibt es eine zusammenhängende Darstellung zu den internationalen Sportbeziehungen der DDR. Auch die Geschichte der deutsch-deutschen Sportbeziehungen ist in der Sporthistoriographie der DDR eher unterrepräsentiert. Eine Ausnahme bildet die Gesamtdarstellung von **Wonneberger**⁷ (1967), die Teil einer vierbändigen „Geschichte der Körperkultur in Deutschland“ ist. Wonneberger behandelt den Zeitraum 1945 (Beendigung der Kriegshandlungen) bis 1961 (Bau der Mauer). Theoretisch ist die Arbeit dem „dialektischen und historischen Materialismus“ verpflichtet. Wonneberger betrachtet somit die Sportentwicklung in der SBZ/DDR vor dem Hintergrund des „gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Der Autor vergleicht die Entwicklung des Sports mit jener in der alten Bundesrepublik. Der heutige Wert der Arbeit liegt bei aller Determiniertheit des Geschichtsbildes und der Einseitigkeit der Bewertung in der Fülle der Details, die insbesondere für die Sportentwicklung in der DDR geliefert werden, in der Breite des Themenspektrums, das von der Sportpolitik über den Schulsport bis zur Sportwissenschaft reicht, und in der gesamtdeutschen Anlage des Buches, die noch dem Konzept der „nationalen Geschichtsbetrachtung“ entsprach.⁸

⁷ Für den Untersuchungszeitraum ist der vierte Band relevant. Wonneberger, Günther: Die Körperkultur in Deutschland von 1945 bis 1961. Geschichte der Körperkultur in Deutschland. Band IV. Berlin 1967.

⁸ Becker, Christian: Forschungsstand. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 45-57, hier S. 47.

Abgesehen von der genannten Darstellung Wonnebergers (1967) existierten in der DDR-Sporthistoriographie keine längeren Ausführungen zur deutsch-deutschen Sportpolitik. Einzelfragen wurden in Fachzeitschriften (Theorie und Praxis der Körperkultur, Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Hochschule für Körperkultur etc.) sowie in mehreren Diplomarbeiten, u. a. von unmittelbar Beteiligten wie Kurt Edel und Manfred Ewald, behandelt. Ferner wurde eine Vielzahl kommentierter Dokumentationen und Broschüren publiziert, die jedoch eher der Propaganda denn der wissenschaftlichen Forschung dienten.⁹ Die Arbeiten zur olympischen Idee und Bewegung, die vor wechselndem aktuellen Hintergrund (Anerkennung des eigenen NOK der DDR, Entsendung einer eigenen Olympiamannschaft, zunehmende politische Spannungen in den 1970er und 1980er Jahren im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt etc.) entstanden, seien nach John Paradebeispiele dafür, wie Geschichtsschreibung zur Legitimierung und Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse nutzbar gemacht wurde.¹⁰

1.1.3 Forschungsergebnisse aus der alten Bundesrepublik

Das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften wurde in der sporthistorischen Forschung der alten Bundesrepublik lediglich im Rahmen allgemeiner Darstellungen unter dem Stichwort „Sport und Politik“ oder in Darstellungen über die deutsch-deutschen Sportbeziehung oder die internationalen Sportbeziehungen der DDR untersucht. Zumeist wurde davon ausgegangen, dass die Politik hierbei den Sport für ihre Zwecke instrumentalisierte.

Die ersten – in den 1950er und 1960er Jahren in der alten Bundesrepublik erschienenen – Ausführungen zu den deutsch-deutschen Sportbeziehungen, oder auch zur Entwicklung des Sports in der SBZ bzw. DDR, waren vorwiegend journalistischen Ursprungs und zumeist von dem im Westen virulenten Antikommunismus geprägt. Vielfach wurden die Schriften vom 1949 eingerichteten Bundes-

⁹ Becker: Sportbeziehungen, S. 256. Beispielsweise gab es polemische Schriften gegen München als Austragungsort der Olympischen Spiele 1972. Bernett, Hajo: Die Vermittlung von Sportgeschichte in der DDR als „Geschichtspropaganda“. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 4 (1990) 3, S. 7-19, hier S.12f.

¹⁰ John, Hans-Georg: Gerhard Lukas und die Sportgeschichtsschreibung in der früheren DDR – Versuch einer persönlichen Bewertung. In: Austermühle, Theo und Gerd Konzag (Hg.): Sportwissenschaftliche Reflexionen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Festschrift für Gerhard Lukas. Hamburg 1995, S. 26-35, hier S. 30f. John war bis zu seiner Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik 1958 u. a. am Institut für Körpererziehung der Universität Halle (Saale) tätig.

ministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) herausgegeben.¹¹ Diese Publikationen, die z. T. auch noch zu Beginn der 1970er Jahre erschienen, folgten inhaltlich und sprachlich dieser Diktion und können heute eher als Quellen von Zeitgenossen gelten, die das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik spiegeln.¹² Erst ab Mitte der 1970er Jahre – möglicherweise aufgrund der Erfolge der DDR-Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 in München – richtete sich auch das Augenmerk der wissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik auf die politische Dimension des DDR-Sports im internationalen und deutsch-deutschen Rahmen. Arnd **Krüger** war 1975 einer der Ersten, der das Verhältnis zwischen Sport und Politik in einem historischen Längsschnitt (Ende des 18. Jahrhunderts bis Anfang der 1970er Jahre) betrachtete und dabei ab 1945 gleichermaßen die Entwicklungen in Ost- wie auch in Westdeutschland sowie den deutsch-deutschen Sportverkehr berücksichtigte.¹³ Einer seiner Schwerpunkte liegt zwar hierbei auf der Entwicklung des Sportunterrichts, gleichwohl sind seine anderen Ergebnisse für die Fragestellung von Interesse. Auch unter Berücksichtigung neuerer Forschungsergebnisse gehört seine Arbeit zu denen, die in den wesentlichen Zügen Bestand behalten.¹⁴ Krüger geht davon aus, „daß die Politik im Sport – wo auch immer Ost und West miteinander in Verbindung treten – unausweichlich mit im Spiel ist“.¹⁵ Trotz dieser recht eindeutigen Orientierung auf die Politik als Bezugsgröße, verfolgte Krüger auch Entwicklungen, die auf eine Eigendynamik des

¹¹ Das Ministerium erhielt 1969 die neue Bezeichnung „innerdeutsche Beziehungen“.

¹² Vgl. beispielsweise Kortenberg, Walter: Der Sport in der Sowjetischen Besatzungszone. Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1954. Ferner Geyer, Horst: Die Politisierung des Sports in der Sowjetzone. In: Zeitschrift für Politik. Berlin, Zürich, Wien 1956, S. 73-86. Oder Ihmels, Karl: Sport und Spaltung in der Politik der SED. Sonderausgabe für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Köln 1965. Ebenso Knecht, Willi P.H.: Nach Tokio und zurück. Sportpolitik in Deutschland. Göttingen 1965. Ders.: Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSSB. Mainz 1971.

¹³ Krüger, Arnd: Sport und Politik. Von Turnvater Jahn zum Staatsamateur. Hannover 1975. Im Folgenden werden Begriffe wie Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, DDR, Ostdeutschland etc. aus stilistischen Gründen synonym verwendet.

¹⁴ Nach der Öffnung der Archive der DDR wurde bekannt, dass Krüger 1970 als Promovend Kontakt zu Kurt Edel hatte, der – was Krüger wahrscheinlich nicht wusste – als OibE (Offizier im besonderen Einsatz) für das Ministerium für Staatssicherheit tätig war. Vgl. hierzu die Auseinandersetzung zwischen Teichler und Krüger: Teichler, Hans Joachim: Die Ausspähung des westdeutschen Sports durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 65-97. Krüger, Arnd: Audiatur et altera pars oder wie man Kontaktperson „Assistent“ wird. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 99-116.

¹⁵ Krüger: Sport und Politik, S. 10.

Sports schließen lassen. Auf diese Eigendynamik soll im Verlauf der Arbeit weiter eingegangen werden.

Pabst (1980) beschäftigt sich in seiner Arbeit ausführlich mit der politischen Dimension des Sports im Allgemeinen und insbesondere mit den deutsch-deutschen Sportbeziehungen von 1945 bis 1961.¹⁶ Das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaft behandelt er im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen der beiden deutschen NOK. Pabst wählt für seine Darstellung eine eher politikgeschichtliche Herangehensweise, obgleich er von einer engen Verzahnung von Sport, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausgeht. Diese Prämisse findet sich in seiner Arbeit jedoch nur bedingt. Als einer der wenigen sporthistorisch Arbeitenden, berücksichtigt er auch in Ansätzen die wirtschaftliche Situation, wobei er sich auf die konkrete finanzielle Förderung des Sports beschränkt. Aber auch für Pabst bleibt die Politik die vorherrschende Kraft, die den Sport dominiert und funktionalisiert. Seiner These zufolge kommt das volle Ausmaß der politischen Funktion des deutschen Sports gerade in den Jahren 1956 bis 1962, in denen die „Deutsche Frage“ durch die kontroverse Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Gefüges der beiden deutschen Staaten sowie durch schwere politische Krisen stark belastet wird, deutlich zum Vorschein. „Der Sport wurde zum politischen Instrument und Faktor der innerdeutschen Beziehungen.“¹⁷

Pabsts These ist so sicherlich nicht falsch, jedoch fehlt in seiner Darstellung die gesamtgesellschaftliche Einbettung und eine Explizierung, welche Deutschlandpolitik die Regierungen beider deutscher Staaten verfolgten, um tatsächlich prüfen zu können, welche Funktion der Sport denn erfüllen sollte, d. h., welches politisches Kalkül bzw. welche Strategie in Bezug auf die deutsch-deutschen Beziehungen dahinter steckte. Weiterhin ist damit auch nicht geklärt, ob die Intentionen der Politik auch wirklich in der Praxis umgesetzt wurden. Die Frage, ob sich die Sportführung u. U. gegen die Politik durchsetzen konnte, wird nicht gestellt. Ins-

¹⁶ Pabst, Ulrich: Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Beziehungen bis 1961. Berlin, München, Frankfurt a. M. 1980. Als Mitarbeiter des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 1972 und als langjähriger Mitarbeiter von Willi Daume hatte Pabst Zugang zu den Unterlagen des DSB und des NOK, die auch die Korrespondenz mit Bundesministerien sowie den jeweiligen Spitzenfunktionären des DDR-Sports umfassten. Der Zugang zu Archiven und Forschungsstellen der DDR in Berlin und Leipzig blieb ihm verschlossen, so dass sich seine Untersuchung weitgehend auf die Dokumentations- und Sekundärliteratur der DDR-Sportwissenschaft stützte. Das im Rahmen der Dissertation entstandene Privatarchiv von Pabst wurde vom Institut für Sportwissenschaft der Universität Hannover erworben. Becker: Sportbeziehungen, S. 255.

¹⁷ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 206.

gesamt bleibt Pabsts Darstellung in weiten Teilen unzureichend, sie liefert jedoch wichtige Informationen, Insiderwissen und Fakten zur Geschichte der deutsch-deutschen Sportbeziehungen.

Holzweissig (1981) untersucht, wie der Leistungssport als „Instrument“ der Außen- und Deutschlandpolitik durch die Regierung der DDR eingesetzt wurde, während **Lehmann** (1986) sich allgemeiner mit den internationalen Sportbeziehungen und der Sportpolitik der DDR befasst.¹⁸ Die beiden Autoren subsumieren das Phänomen gesamtdeutsche Olympiamannschaften unter dem Oberthema internationale Sportbeziehungen bzw. deutsch-deutsche Sportbeziehungen. Sie orientieren sich bei ihrer Darstellung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen stark an Pabst, dessen Arbeit 1961 schließt. Holzweissigs Untersuchungszeitraum geht über den von Pabst hinaus und endet mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau. Lehmann verfolgt die Entwicklungen bis zu den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles. Insgesamt ist es den drei o. a. Autoren nach Becker gelungen, bei fehlenden Archivzugängen aus einer Unmenge von verstreuten Aufsätzen und grauer Literatur recht „geschlossene Darstellungen“¹⁹ zu schreiben, die rein faktisch kaum revisionsbedürftig sind.

Auf einer interpretatorischen Ebene besteht jedoch Diskussionsbedarf. So widerlegt Buss in einer seiner neuesten Veröffentlichungen (2001) Lehmanns These, die besagt, dass sich die internationalen Sportbeziehungen der DDR immer nur so weit entwickelten, wie es die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen zuließen. Nach Buss sei gerade das Gegenteil richtig. Der DDR-Sport sei in den Jahren bis 1965 – auch sportpolitisch – international erheblich erfolgreicher als die offizielle Diplomatie gewesen, die bis zu diesem Zeitpunkt keine staatliche Anerkennung im Westen erreicht hatte.²⁰

Bei Lehmann finden sich mehrere Hinweise auf widerständiges Verhalten von Seiten der bundesdeutschen Sportführung gegenüber der Bundesregierung, d. h.,

¹⁸ Holzweissig, Gunter: Sport als Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen. In: Ueberhorst, Horst (Hg.): Geschichte der Leibesübungen und Sport in Deutschland vom 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart. Berlin 1981, S. 917-943. Ders.: Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen. München, Wien 1981. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen.

¹⁹ Vgl. Becker: Forschungsstand, S. 49.

²⁰ Buss, Wolfgang: „Internationaler Sportverkehr“. Über die babylonische Gefangenschaft des Sports in der internationalen Sportpolitik der DDR der 50er und frühen 60er Jahre. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 308-348, hier S. 329.

dass sich der Sport eben nicht unbedingt politischen Entscheidungen gebeugt hatte. Diese Aspekte werden bei Lehmanns Bewertung jedoch zugunsten der Instrumentalisierbarkeit ausgeblendet, denn damit wäre seine Prämisse von der Vorherrschaft der Politik über den Sport nicht mehr haltbar gewesen. Ein weiteres Manko von Lehmanns Untersuchung ist, dass er zwar durchaus taktisches politisches Kalkül von Seiten der Regierenden feststellt – so z. B. die generelle Aussage, dass aufgrund des Fehlens diplomatischer Kontakte auf der Regierungsebene die DDR zur Bundesrepublik kryptodiplomatische Aktivitäten entwickeln musste, um Einfluss auf die westdeutsche Gesellschaft und Politik gewinnen zu können²¹ –, diese politisch-strategischen Überlegungen werden jedoch einseitig der DDR-Regierung zugeschrieben. Die Frage, welche Strategie die verschiedenen Bundesregierungen in Bezug auf die deutsch-deutschen Sportkontakte verfolgten, bleibt weitgehend außen vor.

Pabst, Holzweissig und Lehmann ist gemein, dass sie ihren Fokus auf die Instrumentalisierung des Sports durch die Politik legen. Diese Herangehensweise versperrt jedoch den Blick auf etwaiges „eigensinniges“ Verhalten des Sports und lässt keinen Raum für die Ambivalenzen, die das Verhältnis von Sport und Politik prägten. Darüber hinaus wird die Instrumentalisierung des Sports zumeist so gewertet, dass diese einseitig von Seiten der DDR ausging. An dieser Stelle sei noch darauf verwiesen, dass in der DDR – ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik – niemals abgestritten wurde, dass der Sport politisch sei. Auch wenn alle drei Autoren einräumen, dass die These vom „unpolitischen westdeutschen Sport“ – wie von den Sportfunktionären der alten Bundesrepublik propagiert – nicht haltbar sei, so fließt diese Erkenntnis nicht folgerichtig in ihre Interpretationen und Bewertungen ein.

Darüber hinaus liefern die Untersuchungen keine zufrieden stellende Erklärung dafür, wie es zu der Entscheidung des IOC kam, dass nunmehr knapp 20 Jahre nach der Konstituierung beider deutscher Staaten bei den Olympischen Spielen 1968 zwei separate Teams antreten durften. Bei Lehmann, Gieseler²² und Ihmels²³

²¹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 182.

²² Gieseler, Karl-Heinz: Sport als Mittel der Politik. Mainz o. J. [vermutlich 1966].

²³ Ihmels, Karl: Sport und Spaltung in der Politik der SED. Sonderausgabe für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Köln 1965.

finden sich die übereinstimmenden Aussagen, dass das IOC der deutsch-deutschen Streitigkeiten überdrüssig oder müde geworden sei.²⁴ Diese Erklärung, die auf Befindlichkeiten von Personen abhebt, erscheint unzureichend. Zudem stellt sich die Frage, aus welcher Motivation heraus das IOC zuvor auf die Entsendung gesamtdeutscher Teams bestanden hat.

Im Anschluss soll der Frage nachgegangen werden, ob nach der Implosion der DDR und der Öffnung der Archive neuere Erkenntnisse in Bezug auf gesamtdeutsche Olympiamannschaften zu Tage gefördert wurden und ob nun auch andere theoretische Ansätze Verwendung fanden, die zum einen die internationale Dimension des Sports – und der Politik – und entsprechend auch eine Eigendynamik des Sports stärker in den Fokus rücken.

1.1.4 1989/90 – eine Wende auch in der Forschung?

Durch die Öffnung der Archive infolge des politischen Umbruchs 1989/90, das große öffentliche Interesse am „Sportwunder“ DDR und nicht zuletzt durch die gezielte Vergabe von Forschungsprojekten durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft rückte die Geschichte der Entwicklung des Sports in der SBZ/DDR in den Fokus der sportwissenschaftlichen Forschung.²⁵ Nach 1989/90 wurde eine Vielzahl von Quellensammlungen mit verschiedenen Schwerpunkten publiziert. Auch wenn gesamtdeutsche Mannschaften keinen Schwerpunkt der Forschung bildeten, sind die Dokumente für die Entwicklungen im Sport in der DDR von Belang. Dazu gehören beispielsweise die großzügige Förderung des Leistungssports und der bedingungslose Herrschaftsanspruch der SED, der sich auch auf den Sport erstreckte.

Als eine der Ersten legte eine Gruppe ostdeutscher Hochschullehrer (**Frost** u. a.) 1991 „Quellenauszüge zur Sportgeschichte – Teil II: 1945-1970 (DDR-Sport)“

²⁴ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 327; Gieseler, Karl-Heinz: Sport als Mittel der Politik. Mainz o. J. [vermutlich 1966], S. 46; Ihmels: Sport und Spaltung, S. 7.

²⁵ Vgl. zur Quellenlage Becker, Christian: Bemerkungen zur Archivlage und Quellendokumentation. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 559-572. Ferner Spitzer, Giselher: Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit als „Reserve-Archiv“ des DDR-Sports – Quellenkritische und methodologische Bemerkungen. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 117-154.

vor.²⁶ Quellen, Darstellungen als Zeitdokumente mit Quellenwert und Aussagen von Zeitzeugen wurden thematisch gebündelt und chronologisch geordnet. Das Themenspektrum ist vielfältig. Für die Arbeit sind die Quellen zur Sportpolitik der Alliierten, zum Aufbau einer zentralen Sportorganisation in der Sowjetischen Besatzungszone und zum Sport in der Gründungsphase der DDR und insbesondere der Weg des DDR-Sports zur Anerkennung in der Olympischen Bewegung von Bedeutung. Insgesamt hat diese Themenvielfalt jedoch den Nachteil, dass zu den einzelnen Bereichen relativ wenige Dokumente (viele davon lediglich in Auszügen) abgedruckt wurden. Zum Teil wurden auch leicht zugängliche Quellen ausgewählt (Kapitulationsurkunde, Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen, Auszüge aus der Verfassung der DDR etc.).²⁷

Auch **Bernetts** Quellensammlung (1994) beschränkt sich im Wesentlichen auf bereits veröffentlichte Texte, die gekürzt wurden.²⁸ Die Dokumentenauswahl wird nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert zusammengestellt und die Textauszüge jeweils kurz eingeleitet. Bernetts Auswahl entspricht dem strukturge-schichtlichen Ansatz der Historiographie, indem sporthistorisch relevante Texte abgedruckt werden, die erkennbar die Eingebundenheit des Sports in die Herrschaftsstrukturen aufzeigen. Ein Schwerpunkt liegt auf Verlautbarungen der maßgeblichen Sportorganisationen der DDR. Der ausführlichste Abschnitt ist dem Thema Körpererziehung und Schulsport gewidmet. Der Teilbereich der deutsch-deutschen Sportbeziehungen wird Bernetts zufolge bewusst ausgeklammert, da dieser seiner Ansicht nach hinreichend beschrieben wurde.²⁹

Auch aktuellere Quelleneditionen konzentrieren sich in erster Linie darauf, mittels Quellen die Eingebundenheit des Sports in das Herrschaftssystem der DDR zu belegen. **Spitzer/Teichler/Reinhartz** (1998) legen mit Schlüsseldokumenten zum DDR-Sport einen sporthistorischen Überblick mit bislang unveröffentlichten Ori-

²⁶ Frost, Wolfhard u. a. (Hg.): Studienmaterial zur Sportwissenschaft. Quellenauszüge zur Sportgeschichte – Teil II: 1945-1970 (DDR-Sport). Braunschweig, Magdeburg 1991.

²⁷ Vgl. zur Kritik an Frost die Buchbesprechung von Hajo Bernetts in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 6 (1992) 1, S. 79-81.

²⁸ Bernetts, Hajo: Körperkultur und Sport in der DDR. Dokumentation eines geschlossenen Systems. Schorndorf 1994.

²⁹ Bernetts: Körperkultur, S. 15. Leider gibt Bernetts hier nicht an, wo diese hinreichende Darstellung zu finden ist. Anderer Ansicht ist Becker. Vgl. Becker, Christian: Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und „nationale Sportarbeit“ der DDR in den Jahren 1945-1961/65. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 251-307, hier S. 258.

ginalquellen vor.³⁰ Von Interesse für die vorliegende Arbeit ist die geheim gehaltene Umstrukturierung des Sports (Bevorzugung des Leistungssports zu Lasten des Breitensports) im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972. **Teichler** legt in seiner Publikation (2002) ein Verzeichnis sämtlicher – so der Anspruch – Sportbeschlüsse der zentralen SED-Gremien vor und erschließt damit einen wichtigen Quellenbestand.³¹ Hier werden auch Dokumente zum Themenfeld IOC und deutsch-deutsche Sportbeziehungen abgedruckt. Ein Ergebnis des Studiums der zentralen Parteibeschlüsse ist, dass es zahlreiche Widerstände und sportlichen Eigensinn gab, die es zu überwinden galt, um den Sport den Machtansprüchen der Partei zu unterwerfen. Insgesamt ist festzustellen, dass die zentralen SED-Beschlüsse nicht unbedingt die Realität der sportlichen Praxis abbilden.³²

Das Quellenmaterial zur Sportgeschichte der Bundesrepublik ist im Vergleich dazu nicht so elaboriert. Das für die Arbeit relevante Material ist zumeist als Anhang von Sammelbänden oder Monographien zu finden. So z. B. in der vom Deutschen Sportbund herausgegebenen zweibändigen Aufsatzsammlung „Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes – Wege aus der Not zur Einheit“ (1990/1991)³³, die sich eingehend mit der Entwicklung des Sports in den ersten Nachkriegsjahren in den Gebieten der Westalliierten (einschließlich Berlin) befasst;³⁴ oder die anlässlich des 40. Geburtstages des westdeutschen NOK 1989 veröffentlichte Aufsatzsammlung, die, zumeist auf einer breiten Quellenlage basierend, die Vorgeschichte, die Gründung und die ersten Jahre des NOK darstellt.³⁵ Die zehn Jahre später erscheinende Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum

³⁰ Spitzer, Giselher, Teichler, Hans Joachim und Klaus Reinhartz (Hg.): Schlüsseldokumente zum DDR-Sport. Ein sporthistorischer Überblick in Originalquellen. Aachen 1998.

³¹ Teichler, Hans Joachim: Die Sportbeschlüsse des Politbüros. Eine Studie zum Verhältnis von SED und Sport mit einem Gesamtverzeichnis und einer Dokumentation ausgewählter Beschlüsse. Köln 2002.

³² Diese Feststellung gilt für alle Quelleneditionen, die offizielle Beschlüsse, Gesetze, Direktiven, Äußerungen von Spitzenfunktionären u. ä. abdrucken. Es entsteht ein sehr genaues Bild davon, was „von oben“ intendiert wurde, aber nicht darüber, was „unten“ – in der sportlichen Praxis – tatsächlich umgesetzt wurde.

³³ Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf Bd.1 1990 / Bd. 2 1991.

³⁴ Das Gebiet der SBZ (später DDR) und das zu der Zeit noch unter französischer Verwaltung stehende Territorium des Saarlandes wurden in den Abhandlungen nicht berücksichtigt.

³⁵ Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989. Die Aufsatzsammlung entstand gleichsam als Nebenprodukt des Projektes „Vor- und Frühgeschichte des Deutschen Sportbundes“, was sich aufgrund der engen personellen und politischen Verzahnung zwischen NOK- und DSB-Gründung anbot.

des westdeutschen NOK³⁶ liefert hingegen keine für die vorliegende Arbeit relevanten Informationen. Insgesamt ist die starke biographiegeschichtliche Ausrichtung dieser Arbeiten auffällig. Ein Gutteil des Anhangs wird von Biographien exponierter Sportfunktionäre eingenommen.

Die Auswahl der thematischen Gesichtspunkte der Quelleneditionen legt bereits die Vermutung nahe, dass auch nach der politischen Wende 1989/90 die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften nicht vorrangiges Ziel der sporthistorischen Forschung war.

Auch die Durchsicht der nach der politischen Wende erschienenen Literatur zeigt, dass weder das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften noch die deutsch-deutschen Sportbeziehungen vorrangiges Thema der Forschung waren. Möglicherweise war dies der Tatsache geschuldet, dass der Forschungsstand als recht gut eingestuft wurde und somit hier der „Nachholbedarf“ nicht so groß erschien. Abgesehen von den Arbeiten, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Vor- und Frühgeschichte der Sportentwicklung in der SBZ/DDR 1945-1957/65“ entstanden, sind für die Zeit nach 1989/90 nur wenige Veröffentlichungen zu nennen, in denen ausführlicher auf die Frage der deutsch-deutschen Sportbeziehungen eingegangen wird.³⁷ Vielmehr standen „spektakuläre“ Themen wie Doping oder die Bespitzelung des Sports durch das Ministerium für Staatssicherheit im Vordergrund.³⁸ Zur internationalen Sportpolitik der DDR wurde dagegen recht wenig publiziert.³⁹

³⁶ Carl und Liselott Diem-Archiv (Hg.) im Auftrag des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland unter der Leitung von Walter Borgers, Jürgen Buschmann und Karl Lennartz: Olympischer Neubeginn. Gründung des Nationalen Olympischen Komitees 24. September 1949 in Bonn. Köln 1999.

³⁷ Hier sind zwei unveröffentlichte Magisterarbeiten der Universität Göttingen zu nennen. Lorenz, Fred: Die internationale und deutsch-deutsche Sportpolitik der 50er Jahre in der BRD. Widerstreit zwischen der Autonomie der Sportorganisationen und staatlicher Einflußnahme. Unveröffentlichte Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades (M.A.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen 1997. Preilowski, Volker: Die Aufnahme internationaler Sportbeziehungen durch die DDR im Zeitraum 1949-1956. Unveröffentlichte Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades (M.A.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen 1998.

³⁸ Gerade erschienen die Erinnerungen des früheren Vize-Präsidenten Köhler, der zwar das systematische und flächendeckende Doping zugibt, aber behauptet, dass diese Dopingpraxis im Einvernehmen mit den Sportlern praktiziert wurde. Köhler, Thomas: Zwei Seiten der Medaille. Berlin 2010. Vgl. auch Teichler, Hans Joachim: Doping in der Endphase der DDR und im Prozess der Wende 1989/90. In: Latzel, Klaus und Lutz Niethammer (Hg.): Hormone und Höchstleistung. Doping in Ost und West. Köln u. a. 2008, S. 139-150.

³⁹ Eine Ausnahme bildet Mertin, Evelyn: Sowjetisch-deutsche Sportbeziehungen im „Kalten Krieg“. Sankt Augustin 2009.

Der Forschungsstand zur Geschichte der deutsch-deutschen Sportkontakte auf internationaler Ebene – die Diplomatiegeschichte des deutschen Sports⁴⁰ – wird als relativ gut bewertet. Wenig hingegen ist über den Ablauf und die Bedeutung des deutsch-deutschen Sportverkehrs auf den leistungsmäßig niedrigeren Ebenen bekannt. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass hier – zumindest bis zum Bau der Mauer 1961 – ein reger Kontakt und Austausch stattgefunden hat.⁴¹ Auch über die informellen Kontakte im Bereich der Sportwissenschaft und des Hochschulsports wurde bislang wenig geforscht. Nach Becker ist jedoch selbst die „Diplomatiegeschichte“ des deutsch-deutschen Sports noch nicht vollständig geschrieben bzw. muss in Teilen neu bewertet werden. Durch die erweiterte Quellenbasis ist es nun seiner Ansicht nach möglich, (sport-)politische Vorgaben und Absprachen sowie Motive und Ziele der deutsch-deutschen Sportpolitik exakter zu bestimmen.⁴²

Auch nach 1989/90 ist eine Tendenz festzustellen, die weiterhin an der Instrumentalisierungsthese des Sports durch die Politik festhält, die einseitig von der DDR betrieben wurde. Hans Dieter **Krebs** z. B., der für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages den Abschnitt über Sport verfasste, ging von einer Instrumentalisierung des Sports in der DDR aus.⁴³ Der Begriff Instrumentalisierung wird unter dem Aspekt des konsequenten Einsatzes von Sport, der parteigesteuerten Organisation und seiner Leistungen als Vehikel meist fest umrissener Ziele mit geplanten Vorgaben im Dienste des SED-Regimes verstanden.⁴⁴ Bei dieser methodischen Herangehensweise besteht allerdings die Gefahr, dass eine etwaige Diskrepanz zwischen Intentionen der SED-Führungen und der Praxis aus dem Blick gerät. Krebs bezeichnete den Sport als „Waffe in der Deutschlandpolitik“ der DDR, wobei er gleichzeitig selbst einräumte, dass der Sport ein „zweispältiges Instrument“ gewesen sei, dessen Wirkung für die Partei- und Staatsführung

⁴⁰ Becker: Sportbeziehungen, S. 258.

⁴¹ Mit diesem Thema befasste sich das Potsdamer Forschungsprojekt „Zwischen Herrschaft und Eigensinn- Konfliktlinien im DDR-Sportsystem“. Vgl. den Werkstattbericht von Balbier, Uta Andrea: Jenseits des Kalten Krieges – Neue Perspektiven einer Erforschung des innerdeutschen Sportverkehrs. In: Teichler, Hans Joachim: Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung. Hamburg 2003, S. 187-196.

⁴² Becker: Sportbeziehungen, S. 258.

⁴³ Krebs, Hans-Dieter: Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. III, 2. Baden-Baden 1995, S. 1314-1369.

⁴⁴ Krebs: Politische Instrumentalisierung, S. 1316.

schwer einzuschätzen gewesen sei.⁴⁵ Insgesamt ist Krebs' Expertise einseitig, sie ist sowohl sprachlich als auch inhaltlich – in Anlehnung an Pabst – darauf ausgerichtet, die Instrumentalisierung des Sports durch die Politik nachzuweisen. Hier wird – wie auch in zahlreichen anderen westlichen Darstellungen, die sich mit dem Sport in der DDR befassen – ausschließlich darauf verwiesen, dass der Leistungssport als Mittel der staatlichen Repräsentation eingesetzt wurde, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR voranzutreiben.

Es scheint, als habe die DDR aufgrund ihres diktatorischen Führungsstils – aus der Sicht der Wissenschaftler – das Recht verwirkt, sich als zweiter deutscher Staat repräsentieren zu dürfen. In der Forschung wird bei der Beurteilung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung wiederum nicht in Frage gestellt, sondern als quasi rechtmäßiger Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt. Insgesamt lässt sich eine Tendenz in der Forschung feststellen, dass das Sportsystem der DDR auf einer moralisierenden Ebene bewertet wird, wobei der Sport in der Bundesrepublik vergleichsweise seltener scharf in die Kritik gerät.

Es ist zudem festzustellen, dass dem Untersuchungsgegenstand „Sport“ von einigen Wissenschaftlern auch ein moralisches Element, d. h. eine moralische Höherwertigkeit, zugeschrieben wird, wofür jedoch kein empirischer Beleg erbracht wird. So kommt beispielsweise **Zielinski** in seinem Aufsatz zu dem diskussionswürdigen Fazit, dass der Sport die deutsch-deutsche Kooperation hoch hielt, als sie andere schon fallen ließen. Dies könne nicht zuletzt an den gesamtdeutschen Olympiamannschaften bis einschließlich 1964 abgelesen werden.⁴⁶

Neueren Untersuchungen zufolge, muss jedoch die Sichtweise der einseitigen intendierten Indienstnahme des Sports durch das SED-Regime revidiert werden. **Buss** wertete gezielt Akten des Bundesarchivs Koblenz aus, die seiner Ansicht nach deutlich das zentrale Muster der „doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Kleßmann) und die gleichzeitige gegenseitige „Verflechtung und Abgren-

⁴⁵ Ebenda, S. 1330.

⁴⁶ Zielinski, Heinz: Gesellschaftlicher Wandel und die Antworten des Sports. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 40-47, hier S. 42. Auch Pabst gibt an, dass es zwischen den beiden deutschen Staaten fast keine Kontakte mehr gab und nur die Kirchen und der Sport Ausnahmen bildeten. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 108.

zung“ beider deutscher Staaten für den Bereich des Sports aufzeigen.⁴⁷ Anhand des Quellenmaterials konnte Buss nachweisen, dass der DSB-Präsident Daume, obgleich stets um die Handlungsfreiheit des Sportbundes bemüht, sich zu einer kontinuierlichen Abstimmung mit der Bundesregierung gezwungen sah. Spätestens hier zeigt sich Buss’ Ansicht nach, dass die These vom unpolitischen westdeutschen Sport nicht haltbar sei.

Eine der wenigen theoriegeleiteten Forschungen stammt von **Balbier**, die ganz dezidiert die sportpolitischen Strukturveränderungen in der Bundesrepublik und der DDR sowie die aus der unmittelbaren Konkurrenzsituation hervorgehende gesellschaftliche Neubewertung des Sports in den 1960er Jahren aus beziehungs-geschichtlicher Perspektive untersucht.⁴⁸ Sie erforscht die Beziehung beider deut-scher Staaten anhand der Kleßmannschen Kategorien „Verflechtung und Abgren-zung“ und ergänzt dieses Untersuchungsmuster durch die Kategorie „Konkur-renz“. Damit setzt sie bewusst einen Kontrapunkt zu der These vom „gesellschaft-lichen Freiraum“⁴⁹ des Sports. Sie wehrt sich gegen die Annahme, dass die Politik eindimensional den Sport beeinflusst habe. Ihre beziehungs-geschichtliche Per-spektive bringt neue Erkenntnisse über das Leistungssportsystem – und die wech-seelseitige Beeinflussung – in beiden deutschen Staaten. Einziges Manko der Stu-die ist das Fehlen der internationalen Perspektive, die gerade in Bezug auf das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften von enormer Bedeutung ist, da sich beide Sportsysteme mit der internationalen Sportwelt (IOC, internatio-nale Fachverbände etc.) und deren Spielregeln konfrontiert sahen. Zudem wirkten insbesondere im Untersuchungszeitraum internationale politische Entwicklungen und das Verhältnis zu den Blockpartnern direkt auf nationale und deutsch-deutsche Prozesse zurück.

Geyer behandelt in seinem Aufsatz die Frage der nationalen Repräsentation der beiden deutschen Staaten in einem internationalen Kontext. Unter Einbeziehung von west- wie ostdeutschen Archivalien zeichnet er nach, wie es der DDR mittels des Sports allmählich gelang, die von der alten Bundesrepublik vertretene Hall-

⁴⁷ Buss, Wolfgang: Die Ab- und Ausgrenzungspolitik der westdeutschen Sportführung gegenüber der DDR in den frühen 50er Jahren. In: SportZeit 1 (2001) 1, S. 35-56.

⁴⁸ Balbier, Uta Andrea: Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte. Paderborn 2007, S. 15.

⁴⁹ Ebenda, S.18.

stein-Doktrin zu unterlaufen.⁵⁰ Hierbei bezieht er im Gegensatz zu den meisten anderen Publikationen der 1980er Jahre auch die Haltung der Bundesregierung zum westdeutschen Sport ein. Er zeigt auf, dass der Sport eben nicht nur „Instrument“ der Politik gewesen sei und sich durchaus auch mit „eigensinnigem“ Verhalten durchsetzte.

Das Verhältnis der beiden deutschen NOK zum IOC lässt sich aus den vorhandenen deutschsprachigen Materialien gut nachzeichnen. Zudem finden sich in **Guttmanns** Biographie⁵¹ über den langjährigen IOC-Präsidenten Avery Brundage (1952-1972) aufschlussreiche Informationen über das Verhältnis der IOC-Führungsspitze zu den beiden deutschen Staaten.⁵²

Insgesamt fehlt allen genannten Darstellungen die Perspektive aus einer rein sportlogischen Sicht, d. h. eine Perspektive, die allein die Logik des Sportsystems und seiner Akteure umfasst. Nur sehr selten und dann nur in Ansätzen wird zudem die Rolle oder auch die Haltung der aktiven Sportler berücksichtigt. Grit **Hartmanns** Sammelband bildet hier eine Ausnahme. In der Einleitung stellt Hartmann fest, dass sie bei ihren Recherchen zum Sport in der DDR auf einen Sport gestoßen sei, der nicht den Sportlern gehörte.⁵³ Folgerichtig sind in ihrem Buch Interviews mit Sportlern abgedruckt, die zum Teil Ergebnisse relativieren oder korrigieren, die aufgrund eines reinen Aktenstudiums entstanden sind. In den Akten ist vielfach nur das zu finden, was von der SED- bzw. von der Sportführung intendiert wurde, jedoch seltener, was tatsächlich gemäß den Vorgaben umgesetzt wurde. Der Abschnitt „Deutsches Doppel – Ein olympischer Schlagabtausch“ in Hartmann⁵⁴ behandelt die Auseinandersetzungen der beiden deutschen NOK in Bezug auf die nationale Repräsentation bei den Olympischen Spielen von 1951 bis 1968. Der Aufsatz ist eine chronologische und – in Anbetracht des begrenzten

⁵⁰ Geyer, Martin H.: Der Kampf um die nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“. In: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 44 (1996) 1, S. 55-86.

⁵¹ Guttmann, Allen: The Games Must Go On. Avery Brundage and the Olympic Movement. New York 1984.

⁵² Guttmann erhielt bei seiner Arbeit an der Biographie Unterstützung von Juan Antonio Samaranch (seinerzeit IOC-Präsident) und Monique Berlioux (Direktorin des IOC) und vielen anderen IOC-Mitgliedern, mit denen er eine lebhaftige Korrespondenz unterhielt und die ihm z. T. Zugang zu Archiv-Material gewährten. Guttmanns Biographie stützt sich primär auf die rund 400.000 Seiten umfassende „Avery Brundage Collection“, die an der Universität von Illinois (USA) frei zugänglich ist.

⁵³ Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, Einleitung.

⁵⁴ Ebenda, S. 38-58.

Platzes – differenzierte Darstellung der Streitigkeiten der beiden deutschen NOK im Vorfeld der jeweiligen Olympischen Spiele. Wie oben erwähnt, berücksichtigt Hartmann punktuell die Sichtweise der Athleten. Interessant ist ihre Feststellung, dass die deutsch-deutschen Ausscheidungswettkämpfe oftmals zu Lasten der Athleten gingen, da sich der Leistungshöhepunkt verschob. Auch stellt sie fest, dass im Grunde allen Beteiligten in Ost und West klar gewesen sei, dass die gesamtdeutschen Olympiamannschaften keinerlei Gemeinsamkeiten aufgewiesen hätten. Eine größere Einbettung des Phänomens in den gesellschaftlichen Kontext findet nicht statt, so dass die entscheidenden internationalen Zusammenhänge hier fehlen. Obgleich Hartmann das Durchsetzungsvermögen der bundesdeutschen Sportführung gegenüber der Bundesregierung anerkennt und Belege für das eigensinnige Verhalten des Sports anführt, gebraucht sie in ihrem Ausblick den Instrumentalisierungsbegriff gänzlich unreflektiert: „Der Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt 1969 beendet vorerst die Instrumentalisierung des deutsch-deutschen Muskelmessens durch die Politiker am Rhein.“⁵⁵

Der von **Buss** und **Becker** herausgegebene Sammelband „Der Sport in der SBZ und frühen DDR“⁵⁶ widmet sich der Frühphase der Sportentwicklung bis 1965 sowie der Geschichte der deutsch-deutschen und internationalen Sportbeziehungen. Der folgende Band der Herausgeber **Buss** und **Becker** „Aktionsfelder des DDR-Sports in der Frühzeit 1945-1965“ enthält die im Rahmen des Projektes entstandenen Einzelfallstudien, die eine Vertiefung, Ergänzung und z. T. eine Relativierung der Überblicksdarstellungen des ersten Bandes repräsentieren.⁵⁷ Im Anhang findet sich – wie auch im vorherigen Band – eine Vielzahl themenbezogener Dokumente. Von besonderem Interesse für die Arbeit sind die Aufsätze von Buss⁵⁸ und Becker⁵⁹ über die internationale Sportpolitik der DDR bzw. die deutsch-deutschen Sportbeziehungen, denn sie basieren nicht nur in Bezug auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften auf dem neuesten Stand der Forschung,

⁵⁵ Ebenda, S. 58.

⁵⁶ Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001.

⁵⁷ Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Aktionsfelder des DDR-Sports in der Frühzeit 1945-1965. Köln 2001.

⁵⁸ Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 308-348.

⁵⁹ Becker: Sportbeziehungen, S. 251-307.

sondern auch methodisch gesehen wagen die Autoren eine neue Herangehensweise, den Ansatz der „Re-Kulturalisierung“, der weiter unten diskutiert wird.⁶⁰

Insgesamt hat die breit angelegte Sichtung des Forschungsstandes Defizite in Bezug auf das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften in einem geteilten Deutschland“ gezeigt, die im Folgenden zusammengefasst werden.

1.1.5 Defizite der Forschung im Hinblick auf gesamtdeutsche Olympiamannschaften

1. Das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ war bislang kein eigenständiger Untersuchungsgegenstand, es wurde vielmehr bisher im Rahmen deutsch-deutscher Sportbeziehungen, als Ausschnitt des internationalen Sportverkehrs oder ganz pauschal unter dem Stichwort „Sport und Politik“ in Teilaspekten abgehandelt.

2. In der Forschung wurden die deutsch-deutschen Sportbeziehungen vorwiegend unter dem Primat der Politik behandelt, d. h. von der Annahme geleitet, die Politik habe den Sport dominiert. Diese Hypothese schuf jedoch eine Paradoxie, die die Forschung selbst gar nicht wahrnahm. Bei einem Primat der Politik über den Sport, hätte es nie zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften kommen dürfen – diese Teams waren politisch nicht gewollt.

Das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ wurde von der Forschung schlicht übergangen bzw. deskriptiv als *fait accompli* behandelt. Gesamtdeutsche Teams passten nicht in das Schema vom Primat der Politik über den Sport.

3. Ausgehend vom Primat der Politik über den Sport ist häufig von einer „Instrumentalisierung“ des Sports durch die Politik die Rede. Mit dem Begriff der „Instrumentalisierung“ ist i. d. R. ein Missbrauchsvorwurf verbunden, der mitunter

⁶⁰ Die methodische Konzeption sollte auch als Maßgabe im o. a. Sammelband von Buss und Becker angewendet werden. Sie wurde jedoch nicht von allen beteiligten Autoren berücksichtigt. Vgl. dazu Buss, Wolfgang und Sven Güldenpfennig: Sport als kulturelle Erscheinung – maßgeblicher Fokus auch der Forschung zur Zeitgeschichte des Sports. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 61-84.

undifferenziert und wenig argumentativ vorgebracht wird. Zumeist wird dabei nicht definiert, was der „wahre Zweck“ des Sports ist, aber nur so könnte aufgezeigt werden, welche Zwecke außerhalb des Sports lagen, die den Missbrauchsvorwurf untermauern könnten.⁶¹ Die Forschung unterstellt der Politik, ergo den Regierenden, eher unterschwellig ein taktisches Kalkül in Bezug auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften. Aber auch dieses Kalkül wird nicht näher erläutert.

4. Der bisherige Fokus der Forschung ist zu eng. Es fehlt eine stringente Analyse der jeweiligen nationalen Ebene (in der Bundesrepublik, in der DDR), der deutsch-deutschen Beziehungen und vor allem der internationalen Ebene. Diese internationale Ebene betrifft sowohl den internationalen Leistungssport mit seiner Verknüpfung von IOC und den beiden deutschen NOK als auch die politische Ebene. Denn während des Ost-West-Konflikts waren die Regierenden beider deutscher Staaten nicht frei in ihren Entscheidungen, sondern abhängig von ihren jeweiligen Bündnispartnern.

5. Dass die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften 1952 scheiterte, sie hingegen in den Jahren 1956, 1960 und 1964 gelang und dass sich ab 1968 die Wege im olympischen Sport trennten, lässt vermuten, dass sich die äußeren Bedingungen gewandelt haben könnten. Offenbar lässt sich dieser Wandel mit dem Primatdenken (die Politik bestimmt über die Geschicke des Sports) der Forschung nicht erfassen. Der Bereich des olympischen Sports scheint sich eben nicht analog zum politischen System entwickelt zu haben.

6. Es ist zu konstatieren, dass die meisten sportgeschichtlichen Untersuchungen den Forschungsstand der „allgemeinen“ Geschichtswissenschaft zu wenig berücksichtigen. Viele sporthistorische Untersuchungen verbleiben auf einer deskriptiven Ebene der deutsch-deutschen Sportbeziehungen, ohne den gesamtgesell-

⁶¹ Vgl. dazu Beckers, Edgar: Der Instrumentalisierungs-Vorwurf: Ende des Nachdenkens oder Alibi für die eigene Position? In: Sportwissenschaft, 23 (1993) 3, S. 233-258. Die Diskussion um die „Instrumentalisierung“ des Sports ist nicht neu und wurde insbesondere in der Sportpädagogik ausgetragen. Vgl. dazu die Beiträge der Jahrgänge 1993 und 1994 in der Zeitschrift „Sportwissenschaft“. Beckers Aufsatz ist als Gegenposition zu Bennett u. a. zu verstehen, die – nach Beckers Ansicht – die Eigenständigkeit des Sports überbetonen. Vgl. auch Court, Jürgen: Der pädagogische Sinn des Sports und die Instrumentalisierungs-Frage. In: Sportwissenschaft 26 (1996), 2, 157-169.

schaftlichen Rahmen, in dem sich diese Beziehungen abspielen, zu berücksichtigen.

7. Insgesamt wird in der Sporthistoriographie ein Mangel an Theoriebildung beklagt. Auch fehlt es den meisten Untersuchungen an einer übergeordneten Fragestellung und einem theoretischen Bezugsrahmen. Lehmann hat in seiner Arbeit über die internationalen Sportbeziehungen und die Sportpolitik der DDR den Versuch einer Theorieentwicklung unternommen, der jedoch lediglich als Aneinanderreihung von Thesen zu politischen Funktionen des internationalen Sports und seiner Relevanz für politische Systeme einzustufen ist.⁶² Die Verwendung verschiedener Thesen für unterschiedlichste Sachverhalte führt somit nicht zu einer durchgängigen Argumentation. Die Beziehungen zwischen Sport und Politik werden auf diese Weise eindimensional betrachtet, nämlich nur dahingehend, welche Funktion der Sport für die Politik erfüllt. Man könnte jedoch genauso gut andersherum fragen, ob nicht auch der Sport von der Bindung zur Politik profitierte? Eine Perspektive aus der Sicht des Sports, bzw. aus der Logik des Sportsystems heraus, wurde bislang nicht hinreichend berücksichtigt. Die Haltung der Akteure – also der Sportler selbst – ist generell unterrepräsentiert.⁶³

Um das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften in einem geteilten Land“ erklären zu können, sind differenzierte Kenntnisse über Sport und Politik notwendig. Es reicht nicht aus, das Phänomen auf der nationalen Ebene zu betrachten, denn durch die globalpolitische Konstellation des Ost-West-Konflikts waren beide deutsche Staaten von ihren Bündnispartnern in der NATO oder den Warschauer-Pakt-Staaten abhängig. Zudem findet der olympische Sport ebenfalls auf einer internationalen Ebene statt. Darüber hinaus ist auch der Stand der deutsch-deutschen Beziehungen für die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften von Belang.

⁶² Lehmann nennt folgende Thesen: Instrumentalisierungs-These, Stabilitäts-These, Repräsentations-These, Konflikt-These, Verständigungs-These, Einbettungs-These, Relevanz-These. Lehmann, Norbert: Internationale Sportbeziehungen und Sportpolitik der DDR. Entwicklung und politische Funktionen unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen. 2 Bände, Diss., Münster 1986, S. 32-37. Lehmann versteht hier unter einer Theorie ein „System vorläufig bestätigter, allgemein formulierter Hypothesen, die zur Erklärung von Einzelsachverhalten herangezogen werden können“. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 32.

⁶³ Bernett warnte bereits 1995 davor, dass die zeitgeschichtliche Forschung Gefahr laufe, sich abstrakt mit den Wandlungen des Sports zu befassen und dabei den sporttreibenden Menschen aus dem Blick verlore. Bernett, Hajo: Neue Aspekte der Zeitgeschichte des Sports. In: Sportwissenschaft 25 (1995) 2, S. 119-136, hier S. 134.

Wie bereits dargelegt, ging die Forschung bislang von einem Primat der Politik aus. Diese These von der „politischen Dominanz“ hat wiederum eine Paradoxie kreiert, die von der Forschung selbst gar nicht wahrgenommen wurde: Hätte nämlich die Politik den Sport tatsächlich dominiert, hätte es in letzter Konsequenz gar keine gesamtdeutschen Olympiamannschaften gegeben, denn diese waren politisch nicht gewollt. Um dem Phänomen auf die Spur zu kommen bedarf es eines theoretischen Ansatzes, der es vermag, die Komplexität des Themas angemessen zu erfassen.

1.2 Theoretischer Ansatz und methodisches Vorgehen

Die historischen Prozesse, die sich zwischen 1945 und 1972 vollziehen, sind äußerst komplex. Um das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften angemessen erfassen und beurteilen zu können, erscheint eine Erweiterung der Perspektive sinnvoll, wobei hier unter Berücksichtigung der globalpolitischen Prozesse zwischen Entwicklungen in der DDR und in der alten Bundesrepublik unterschieden werden muss, wobei man zugleich aber die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander im Blick behalten muss. Bislang wurde insbesondere der Zusammenhang zwischen politischer und sportlicher Entwicklung angesprochen. Um sich dem Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften in einem geteilten Deutschland“ nähern zu können, braucht man differenzierte Erkenntnisse über die politischen Prozesse und über die Entwicklungen im Sport im o. a. Zeitraum. Es bedarf eines offenen theoretischen Horizonts, der nicht a priori von einem Primat der Politik ausgeht.

Dass der Sport – zumal der Olympische Leistungssport – eine enge Bindung zu politischen Entwicklungen hat, soll und kann nicht wegdiskutiert werden. Politik wird in sporthistorischen Arbeiten als die dominierende Antriebskraft dargestellt, aber sie selbst wird nicht hinterfragt. So ist es möglicherweise aufschlussreich zu überprüfen, welche anderen Faktoren den Bereich der Politik beeinflussten und damit bewirkten, dass sich das politische System in einer bestimmten Weise zum Sport verhielt. In der Forschung wurde zumeist die außenpolitische Funktion, die der Sport erfüllte, analysiert. Hier ist danach zu fragen, ob Sport nicht auch eine innenpolitische Funktion hatte. Sollte beispielsweise der Sport in der DDR u. U.

eine systemstabilisierende Funktion übernehmen? Auch wenn hier sicherlich nicht von einer marxistisch inspirierten Theorie, die in der Ökonomie die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung sieht, ausgegangen wird, so ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Staates immer von Belang, da diese direkt Gegenstand der Politik und gesellschaftspolitischer Veränderungen ist und diese u. U. zu beeinflussen vermag. Besteht hier – spinnt man den Faden noch ein wenig weiter – ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und der Bereitschaft der beiden deutschen Regierungen, Sport zu fördern? Ist es ferner denkbar, dass sportliche Erfolge in der DDR als Kompensation für Misserfolge auf anderen Gebieten wie beispielsweise im Bereich der Wirtschaft dienten?

Der bisherige Ansatz der Forschung scheint zu begrenzt zu sein, um das facettenreiche Phänomen angemessen zu behandeln. Ziel der Arbeit ist es, mithilfe eines anderen theoretischen Konzepts eine Darstellung zu wagen, die aufzeigt, unter und zu welchen Bedingungen es möglich war, trotz des Ost-West-Konflikts und der sich immer weiter vertiefenden Teilung Deutschlands, gesamtdeutsche Mannschaften zu Olympischen Spielen zu entsenden. Warum beugten sich sowohl die Sportfunktionäre in Ost und West als auch die Regierenden auf beiden Seiten der Grenze der Anordnung des IOC?

Die Beziehungen zwischen Sport und Politik müssen vor der Folie der historischen Prozesse im internationalen Raum behandelt werden. Denn bei der Betrachtung des internationalen Spitzensports – zu dem der Olympische Sport zweifelsfrei zu rechnen ist – wurde bisher diese globale politische Konstellation außer Acht gelassen. Insbesondere die Entwicklungen im Untersuchungszeitraum 1949-1972 waren maßgeblich durch den Kalten Krieg bzw. durch den Ost-West-Konflikt bestimmt. Die Beziehungen der Supermächte zueinander und ihre jeweilige Haltung zum geteilten Deutschland beeinflussten die Politik der alten Bundesrepublik und der DDR in einer nicht zu unterschätzenden Weise. Auch die deutsch-deutschen politischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum sind für die Fragestellung von Belang. Wie tief war die Spaltung Deutschlands? Mit welchen Konsequenzen für die deutsch-deutschen Sportbeziehungen? Die Erweiterung der Perspektive schlägt sich somit auf drei Ebenen nieder: der internationalen, der deutsch-deutschen und der „nationalen“, d. h. politische Entwicklungen in

der alten Bundesrepublik und der DDR werden zunächst separat voneinander betrachtet.

Der Sport ist als kulturelles Phänomen im Überschneidungsbereich mehrerer Dimensionen von „Gesellschaft“ anzusiedeln. Weder Politik noch Sport existieren in einem Vakuum. Der Sport schafft sich selber Institutionen und entwickelt sich zu einem komplexen gesellschaftlichen Teilsystem.⁶⁴ Er bildet jedoch keine „Eigenwelt“, die losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext besteht. Dennoch besitzt der Sport zugleich eine relative Autonomie, die als „Eigensinn“ bezeichnet werden kann.⁶⁵ Nach Braun soll unter „Eigensinn des Sports“ das Eigeninteresse der Sporttreibenden und der Sportfunktionäre subsumiert werden; darüber hinaus aber auch die Eigenlogik dieses Subsystems mit seinen spezifischen materiellen Bedürfnissen und kulturellen Ausdrucksformen.⁶⁶

1.2.1 Das Konzept der Re-Kulturalisierung

In jüngerer Zeit wird in der Sportgeschichtsschreibung ein Konzept diskutiert,⁶⁷ das die dargelegte Einseitigkeit der Betrachtungsweise vermeiden möchte. Unter dem Stichwort „Re-Kulturalisierung“ soll gerade die „kulturelle Handlungsebene“ des Sports – der „Eigensinn“ – stärker in den Fokus der Forschung gerückt werden.

Als methodologische Grundannahme plädieren Buss, Güldenpfennig und A. Krüger in Abgrenzung zur „Instrumentalisierungsthese“ in ihrem Grundsatzpapier für eine „Re-Kulturalisierung“ der Zeitgeschichtsforschung des Sports, d. h. für die

⁶⁴ Eisenberg, Christiane: Sportgeschichte. Eine Dimension der modernen Kulturgeschichte. In: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 295-310, hier S. 309.

⁶⁵ Vgl. zu den unterschiedlichen Definitionen des Begriffs „Eigensinn“ Braun, Jutta: Theoretische Konzepte der DDR-Gesellschaftsgeschichte – ein Forschungsüberblick. In: Krüger, Michael (Hg.): *Transformationen des deutschen Sports seit 1939*. Hamburg 2001, S. 71-78, hier S. 72ff. Als einer der Ersten entwickelte der Historiker Lindenberger ein Konzept von „Herrschaft und Eigen-Sinn“, das zur Erklärung historischer Prozesse in der DDR Anwendung finden sollte, um die Diskrepanz zwischen Intention der SED-Führung und der Praxis deutlich machen zu können. Vgl. Lindenberger, Thomas: *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 40* (2000), S. 5-12.

⁶⁶ Braun: *Theoretische Konzepte*, S. 75.

⁶⁷ Buss, Wolfgang, Güldenpfennig, Sven und Arnd Krüger: *Geschichts-, kultur-, sport(politik)- und wissenschaftstheoretische Grundannahmen sowie daraus resultierende Leitfragen für die Forschung. Grundsatzpapier zum Forschungsprojekt „Die Geschichte des DDR-Sports“*. In: *Sozial- und Zeitgeschichte des Sports* 13 (1999) 1, S. 65-74. Wird im Folgenden als Buss: Grundsatzpapier zitiert.

Wiederanerkennung des Primats der kulturellen Ebene des Sports. Die Autoren bemängeln, dass der Sport in der Sozial- und Geschichtswissenschaft primär oder ausschließlich als *soziales und politisches* Phänomen wahrgenommen und nicht mehr angemessen als *kulturelles* Phänomen betrachtet wird.⁶⁸ Sie weisen darauf hin, dass es innerhalb der Gesamterscheinung Sport sinnvoll sein kann, zwischen einer institutionellen Ebene, die direktem politischen Handeln zugänglich ist, und einer kulturellen Ebene, die direktem politischen Handeln nur ganz begrenzt zugänglich ist, zu unterscheiden. Ihre Formel lautet: „De-Soziologisierung, De-Politisierung und Re-Kulturalisierung“, wobei dies nicht zu einer Ausblendung der institutionellen, sozio-ökonomisch-politischen Ebene führen dürfte. „Eine solche Ausblendung verbietet sich schon deshalb, weil mit ‚De-Politisierung‘ und ‚Re-Kulturalisierung‘ auf keinen Fall eine Aufhebung des realen Primats der Politik gemeint ist. Denn dieses Primat gilt und wirkt auf der Ebene des realen praktischen Handelns prinzipiell und unaufhebbar: Jegliches sportliche Handeln steht insofern unter einem solchen ‚Primat der Politik‘, als unvermeidlich stets politisch vorgeklärt und vorentschieden sein muß, unter welchen Bedingungen überhaupt erst ‚der Sportplatz betreten‘ werden kann.“⁶⁹ „Re-Kulturalisierung“ bedeute nach diesem Verständnis keineswegs eine Reduzierung, sondern eine stärkere Fokussierung des Forschungsinteresses auf die kulturelle Handlungsebene des Sports.⁷⁰ Die Autoren betonen, dass die Sportgeschichte die Tatsache, dass sie es mit dem Sport als ihrem zentralen Gegenstand mit einem Kulturphänomen im engeren Sinne zu tun hat, ernster nehmen sollte. In der Konsequenz bedeutet das, dass eine Sport-Geschichte der DDR nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden könne, „wenn sie sich in erster Linie für die sportlichen ‚Werke‘ (vom Olympischen bis hin zum Alltagssport) und erst darauf bezogen für die gesellschaftlichen Kontextbedingungen interessiert, unter denen diese entstanden sind.“⁷¹

Abgesehen von den in dem Papier entwickelten Annahmen, denen zuzustimmen ist (so z. B. die Ablehnung der auf bundesdeutscher Seite dominierenden Deutungskonzepte, die Geschichte des DDR-Sports nur selektiv in Bezug auf deren politisch-ethisch fragwürdigen Momente wahrzunehmen)⁷², erscheint der Argu-

⁶⁸ Buss: Grundsatzpapier, S. 68. Hervorhebung im Original.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Ebenda, S. 71.

⁷² Ebenda, S. 66.

mentationsstrang des „Grundsatzpapiers“ nicht recht schlüssig. Nachvollziehbar ist zwar auf den ersten Blick die Betonung des „Eigensinns“ des Sports, aber das Konzept der „Re-Kulturalisierung“ birgt die Gefahr der Überbetonung des „Eigensinns“. Es mag nicht einleuchten, warum die Autoren zunächst von einem Primat der kulturellen Ebene ausgehen, das dann wiederum dem „realen Primat der Politik“ untergeordnet wird. Um Entwicklungen (auch die einzelner Zeitabschnitte) angemessen erfassen zu können, ist es fraglich, ob überhaupt a priori von irgendeinem Primat auszugehen ist. Auch wenn von einer „De-Politisierung“ die Rede ist, bleibt festzuhalten, dass in dem Grundsatzpapier primär auf die Verbindung von Sport und Politik (bzw. sogar bei dem Begriff „Sport“ der in Klammern nachgestellte Begriff „Politik“) abgehoben wird. Von ökonomischen und/oder sozialen Bezugspunkten wird dagegen nicht gesprochen. Besonders problematisch ist die Prämisse, dass nach Meinung der Autoren die „Werke“ des Sports zuerst zu betrachten seien, ohne zuvor die gesellschaftlichen Kontextbedingungen zu berücksichtigen. Denn gerade durch das Herausstellen der Interdependenzen von Politik und Sport, durch den gegenseitigen Austausch, Beeinflussung etc. werden doch erst die „Werke des Sports“ sichtbar bzw. erklärbar. Das vorgeschlagene Konzept erscheint deshalb als zu starr, um herausstellen zu können, welche Faktoren zu einer bestimmten Zeit eine Entwicklung vorantrieben bzw. blockierten. Dadurch, dass die Autoren selbst die kulturelle Ebene des Sports, der sie Priorität einräumen, letztlich dem „realen Primat der Politik“ unterordnen, entstehen bei der Anwendung des Konzepts Schwierigkeiten, die einen Erkenntnisgewinn verringern können. Nach Dwertmann wird die „Eigensinnigkeit“ erst deshalb zu einem zentralen Forschungsthema, weil sie über die sportpolitische Orientierung der Autoren des Grundsatzpapiers vorab strukturell ausgegrenzt wurde, d. h., dass es sich um ein selbst geschaffenes Deutungsproblem handelt.⁷³

Das Konzept scheint daher nicht geeignet, einen Perspektivenwechsel zu erreichen. Dwertmann ist zuzustimmen, wenn er schreibt, dass ein tatsächlicher Perspektivenwechsel erst durch die Aufgabe des Dominanz-Denkens erfolgen könnte. „Der [im Grundsatzpapier, Anm. E.B.] behauptete Wechsel geht nämlich *nicht* mit einer perspektivischen Veränderung des erkenntnistheoretischen Blickwinkels

⁷³ Dwertmann, Hubert: Wissenschaftliche Diskussion oder politische Programmatik? In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 2, S. 82- 90, hier S. 85. Dwertmann sieht insgesamt in der Anlage des Grundsatzpapiers der Autoren eher eine politische Programmatik denn eine wissenschaftliche Diskussion.

einher: Instrumentalisierungsthese, polarisierende politische Orientierungen, Dominanz- und Primat-Denken sind typische Anzeichen, dass sich die Wende vom ‚Primat der Ökonomie‘ in den 70er zum ‚Primat der Politik‘ in den 80er zum ‚Primat der Kultur‘ in den 90er Jahren in verfestigten Denktraditionen mit modischem Zeitaufsatz abspielt.⁷⁴

1.2.2 Der Wehlersche Ansatz als Paradigma

Um zu einer erweiterten und u. U. neuen Sicht auf die deutsch-deutschen Sportbeziehungen und damit der gesamtdeutschen Olympiamannschaften kommen zu können, bedarf es demnach eines theoretischen Horizonts, der die relative Autonomie des Sports ernst nimmt, der es zugleich aber erlaubt, Bezüge zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen herzustellen, ohne von einem Primat der Politik oder des Sports auszugehen, der mithin offen bleibt für die Ambivalenzen, durch die die historischen Prozesse der Sportgeschichte mitunter geprägt waren. H.-U. Wehlers Konzept, Gesellschaftsgeschichte als Paradigma zu begreifen, bietet die Möglichkeit Sport – als Teil von Kultur – und seine Beziehungen zu seiner Umwelt in den Blick zu nehmen. So kann die relative Autonomie des Sports anerkannt werden, ohne dass diese absolut gesetzt wird. Mit diesem theoretischen Zugriff kann der in sporthistorischen Arbeiten oft vernachlässigte Forschungsstand der „allgemeinen“ Geschichte die Wechselwirkungen und z. T. auch Interdependenzen zwischen Sport und dem ihn umgebenden Umfeld aufzeigen.⁷⁵

Im Folgenden soll Wehlers Ansatz vorgestellt und im Hinblick auf die Anwendbarkeit auf ein diktatorisches Regime wie das der DDR diskutiert werden.

Hans-Ulrich Wehler, der zu den Begründern der „Bielefelder Schule“ gehört, verfolgt den Ansatz, die Sozialwissenschaften für die Geschichtsschreibung nutzbar zu machen. An die Stelle der ereignisgeschichtlichen Historiographie setzt er sein

⁷⁴ Hervorhebung im Original. Dwertmann: Wissenschaftliche Diskussion, S. 90. Vgl. weiterführend zur inhaltlichen Kritik Spitzer, Giselher: Grundsatzpapier zur Entpolitisierung der Geschichte des DDR-Sports? S. 64-75. Ritter Andreas: „Leistungssport“ und Geheimstruktur der Steuerung des DDR-Sports. S. 76-81. Beide Aufsätze in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 2.

⁷⁵ Auch Sporthistorikerinnen wie Christiane Eisenberg oder Uta A. Balbier nutzen den gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz für ihre Forschungen. Vgl. Eisenberg, Christiane: Sportgeschichte. Eine Dimension der modernen Kulturgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 295-310. Und Balbier, Uta A.: Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte. Paderborn 2007.

Konzept der „Gesellschaftsgeschichte“. Dabei lehnt er sich in theoretischer Hinsicht an die Arbeiten des Soziologen Max Weber an.

In Wehlers Ansatz geht es um die „Gesellschaft“ konstituierenden Wechselwirkungen zwischen „Herrschaft“, „Wirtschaft“ und „Kultur“, die er Dimensionen nennt, die das Gesellschaftsgefüge durchziehen. Jede dieser drei Dimensionen besitzt eine relativ autonome Geltungs- und Wirkungsmacht. Keine von ihnen kann aus der anderen abgeleitet werden. Für die Analyse der „historischen Wirklichkeit“ sind die Mischungs- und die Interdependenzverhältnisse ausschlaggebend. Herrschaft, Ökonomie und Kultur sind gleichwertige und gleichberechtigte Dimensionen jeder Gesellschaft. Historische Prozesse und Institutionen werden mithin in der Regel durch alle drei Potenzen geprägt, durchweg in variierender Mischung und mit wechselnden Schwerpunkten, die ohne empirische Erforschung nicht sicher vorausgesagt, sondern zunächst nur hypothetisch vermutet werden können. In der „historischen Realität“ treten die drei Dimensionen allerdings nicht säuberlich getrennt, sondern in hochkomplexen Mischungsverhältnissen auf. Konzeptionell gesehen sind sie Idealtypen. „Nur die exakte historische Konstellationsanalyse ergibt, welche Dimension oder Kombination von Wirkungsfaktoren jeweils am stärksten ausgeprägt ist.“⁷⁶ Dabei gilt es zu bedenken, dass in der historiographischen Praxis keineswegs „die“ Totalität eingefangen wird, sondern mit Hilfe einiger überschaubarer Selektionskriterien eine bestimmte Problematik eingekreist werden soll.⁷⁷ Die zunächst idealtypisch voneinander getrennten Dimensionen (Analyse) werden in einem weiteren Schritt in Beziehung gesetzt (Synthese), wobei nun eine Bewertung darüber möglich wird, welche Wirkungsfaktoren maßgeblich eine bestimmte Entwicklung angestoßen bzw. blockiert haben. Gesellschaftsgeschichte kann damit als Entwurf einer möglichen Synthese gelten, die an der Einheit der Geschichte festhält. In Wehlers Ansatz gilt zudem „soziale Ungleichheit“ als Achse jeder Gesellschaft. Wehler berücksichtigt somit bei seiner Analyse das Zusammenwirken ungleicher Macht- und Herrschaftschancen, ungleiche ökonomische Gegebenheiten und verschiedenartige kulturelle Entwürfe der „Weltdeutung“, von Normen und Werten.⁷⁸

⁷⁶ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700-1815. Band 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära. München 1987, S. 7.

⁷⁷ Wehler, Hans-Ulrich: Was ist Gesellschaftsgeschichte? In: ders. Aus der Geschichte lernen? Essays. München 1988, S. 115-129, hier S. 117.

⁷⁸ Ebenda, S. 125.

Während die Idealtypen „Herrschaft“ und „Wirtschaft“ relativ klar umrissen werden können, ist die Kategorie „Kultur“ eher vage. Eine Schwierigkeit mag darin liegen, präzise zu bestimmen, was unter dem Begriff „Kultur“ zu fassen ist.⁷⁹ Max Webers Konzept von „Kultur“ meint Kultur im weitesten Sinne. Für ihn sind Kulturwissenschaften alle Nicht-Naturwissenschaften. Wehler geht indes von einer anthropologischen Definition von Kultur aus, die Kultur als Komplex symbolischer Interaktionen betrachtet. Kulturwissenschaftler werfen Wehler hingegen vor, die Dimension Kultur zu vernachlässigen. Auch Wehler selbst sieht hier die größte Schwäche seiner Darstellung. Allerdings bleibt Wehlers Konzeption bewusst offen für eigene Schwerpunktsetzungen.

Der Begriff „Kultur“ oder besser, was unter „Kultur“ verstanden wird, hat sich insbesondere in der jüngeren Vergangenheit gewandelt.⁸⁰ „Kultur“ bezeichnet nunmehr nicht mehr ausschließlich die Spitzenleistungen von Kunst und Wissenschaft, sondern auch den Stand der materiellen „Zivilisation“, den „Alltag“ und die „Lebenswelten“, des Weiteren „Mentalitäten“, „Deutungsmuster“ und „symbolische Formen“.⁸¹ Mittlerweile gilt Sport ganz selbstverständlich als dem Bereich Kultur zugehörig.

Nicht nur andere Teilbereiche der Gesellschaft (z. B. Politik, Wirtschaft) wirken auf den Sport, sondern der Sport wirkt auch auf diese zurück. Nach Grupe findet eine „Versportlichung“ der Gesellschaft statt. So haben sich Sportlichkeit, Fairness, Fitness, Gesundheit inzwischen nicht nur zu zentralen sportspezifischen, sondern zu wesentlichen Sinn- und Handlungsmustern unserer Zeit entwickelt. Im Arbeitsleben werden im Grunde sportspezifische Fertigkeiten, wie z. B. Teamfähigkeit, verstärkt nachgefragt. In der Wirtschaft – wie insgesamt in der westlichen Gesellschaft – hat sich das Leistungsprinzip als bestimmendes Motiv durchge-

⁷⁹ Vgl. dazu Daniel, Ute: Kultur und Gesellschaft. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 69-99, hier S. 74. Daniel skizziert in ihrem Aufsatz die Entwicklung des Kulturbegriffs als einen wissenschaftlichen Zugang zur Analyse menschlichen Zusammenlebens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

⁸⁰ Vgl. zum gewandelten Verhältnis von Kultur und Sport Grupe, Ommo: Sport als Kultur. Osnabrück 1987, insbes. S. 9-41. In den 1920er Jahren begann Carl Diem, den Beweis zu führen, dass der Sport sehr wohl ein Teil der Kultur ist. Vgl. ebd., S. 13ff. Vgl. zur Kritik an Grupes Konzept Schmidt, Dorothea: Sport als Kulturphänomen? Zur Einordnung des Sports bei Grupe. In: Hildenbrandt, Eberhard (Hg.): Sport als Kultursegment aus der Sicht der Semiotik. Hamburg 1997, S. 9-14.

⁸¹ Grupe: Sport als Kultur, S. 7 und S. 42ff.

setzt. Umgekehrt finden sich auch kulturelle und soziale Sinnmuster im Sport wieder, die auch im weiteren Rahmen von Kultur und Gesellschaft Wertschätzung erfahren, wie z. B. Leistung, Erfolg, Kooperation und Wettbewerb. Indem die Politik den Sport als Gestaltungsraum für sich „entdeckt“ hat – als Mittel der Bildungs-, Freizeit-, Gesundheits- und sogar der Außenpolitik – ist der Sport zugleich etwas „Politisches“.⁸²

Die Wehlersche Dimension von „Herrschaft“ wurde im Hinblick auf die Anwendbarkeit bei diktatorischen Regimen kontrovers diskutiert.⁸³ Kritiker der Gesellschaftsgeschichte wenden ein, dass das Konzept ursprünglich für die Analyse sich modernisierender und differenzierender Gesellschaften entwickelt worden war. Vor allem die Vertreter der Totalitarismuskonzepte⁸⁴ kritisieren am Konzept der Gesellschaftsgeschichte, dass das, was für sich modernisierende Gesellschaften des 19. Jahrhunderts Gültigkeit habe, nicht auch für Diktaturen (hier die DDR) des 20. Jahrhunderts zutreffen müsse. In den Totalitarismustheorien wird nicht von der Existenz eines Untersuchungsgegenstandes „Gesellschaft“ ausgegangen, der sich von den anderen Bereichen (Wirtschaft, Herrschaft, Kultur) abgrenzen ließe. Dieser Argumentation folgend verloren die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Subsysteme durch den machtpolitisch durchgesetzten sozialen Entdifferenzierungsprozess ihre Eigenständigkeit; ihre spezifi-

⁸² Ebenda, S. 49f.

⁸³ Innerhalb der Geschichtswissenschaft entstand nach der Öffnung der Archive der ehemaligen DDR eine Diskussion über die Konzeption einer zu schreibenden Geschichte der DDR. Auch im Hinblick auf die Geschichte der Bundesrepublik wird darüber gestritten, ob neue Erkenntnisse zur Geschichte der DDR u. U. auch eine Neukonzeption der Geschichte der Bundesrepublik notwendig machen.

⁸⁴ Grundannahme der Konzeptionen ist, dass sich die faschistischen und kommunistischen totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleichen, d. h. dass sie mehr miteinander gemein haben als andere Systeme staatlicher Ordnung einschließlich älterer Formen der Autokratie. Totalitäre Staaten zeichnen sich nach Friedrich und Brzezinski durch sechs spezifische Merkmale aus: eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, Nachrichten- und Waffenmonopol sowie eine zentralisierte Wirtschaft. Friedrich, Carl Joachim unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957. Hier zit. nach: Jesse: War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 (1994), S. 12-23, hier S. 15. Das Autorenteam Bessel und Jessen machte darauf aufmerksam, dass es jedoch auch „Inseln der Absonderung“ gäbe, die sich der totalitären Formierung zumindest teilweise entzögen. Nach Friedrich und Brzezinski waren das Familie, Kirche, Wissenschaft und Militär. Bessel, Richard und Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 13. Vgl. zu den Schwierigkeiten des Vergleichs z. B. Faulenbach, Bernd: Die Verfolgungssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Zur Frage ihrer Vergleichbarkeit. In: Bauerkämper, Arnd, Sabrow, Martin und Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 268-281. Oder auch Brey, Hans-Michael: Doppelstaat DDR. Menschenrechtsverletzungen der Deutschen Volkspolizei. Frankfurt a./M. u. a. 1998, S. 35ff.

schen Rationalisierungskriterien wurden außer Kraft gesetzt oder politisch-ideologisch überlagert.⁸⁵

Diese Kritik an der Gesellschaftsgeschichte erscheint aus meiner Sicht nicht haltbar, weil der unterstellte Entdifferenzierungsprozess nur eine Seite der Geschichte der DDR erfasst. Denn gleichzeitig vollzogen sich in der DDR – wie in allen hoch industrialisierten Gesellschaften – Differenzierungsprozesse zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, Recht, Kunst und Religion, so dass einzelne Funktionssysteme zunehmend an Eigendynamik und Autonomie gewannen.⁸⁶ Zudem weist Kleßmann darauf hin, dass zwar der Anspruch auf Beherrschung total war, dieser jedoch nie total umgesetzt werden konnte. Mit der Anwendung des Totalitarismusparadigmas würden – so Kleßmann – empirische Differenzierungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit totalitärer Herrschaft aus dem Blick geraten.⁸⁷

Zeithistoriker wie Kleßmann und Kocka plädieren bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte für eine enge Verflechtung zwischen Sozial- und Politikgeschichte, denn unter den besonderen Bedingungen einer vielfach „durchherrschten Gesellschaft“ sei eine strikte Trennung der beiden Disziplinen nicht möglich.⁸⁸ Politik- und sozialhistorische Themen lassen sich vielmehr konzeptionell sinnvoll in ei-

⁸⁵ Meuschel benutzt eine modifizierte Form des Totalitarismusansatzes. Sie geht sehr wohl von einem Untersuchungsgegenstand „Gesellschaft“ aus, wobei sie jedoch die entdifferenzierte und politisch verfasste Gesellschaft der DDR als „stillgelegt“ ansieht. Vgl. Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 5-14, hier insbes. S. 6. Aus sporthistorischer Sicht hat Theo Austermühle zur Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs auf den Sport in der DDR Stellung bezogen und gerade auch auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufmerksam gemacht. Vgl. dazu Austermühle, Theo: Der DDR-Sport im Lichte der Totalitarismus-Theorien. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 28-51.

⁸⁶ Vgl. dazu Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten. Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945-1969. Frankfurt/Main u. a. 1999, S. 20ff.

⁸⁷ Vgl. Kleßmann, Christoph und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (1996), S. 3-14, hier S. 12. Als weitere Kritik wird angeführt, dass durch den statischen Charakter des Konzepts gesellschaftliche Veränderungen nicht hinreichend berücksichtigt werden könnten.

⁸⁸ Vgl. Kleßmann und Sabrow: Zeitgeschichte, S. 10. Ebenso Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 547-553. Als einer der ersten benutzte Lüdtko die Formulierung, die DDR sei in einem hohen Maße eine „durchherrschte“ Gesellschaft gewesen. Vgl. Lüdtko, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 188-216.

nem Interpretationsrahmen verbinden, der mit dem Diktaturbegriff⁸⁹ als Schlüsselkategorie arbeitet (Parteidiktatur, SED-Diktatur).⁹⁰

Springer weist nachdrücklich darauf hin, dass das Konzept der Gesellschaftsgeschichte auch in einem System mit einer derartigen Politikdominanz wie im Falle der DDR angewendet werden kann, selbst wenn dieser Entwurf gerade in der Auseinandersetzung mit der Politikgeschichte entstand und weiterentwickelt wurde und die daraus folgenden Untersuchungen stets eher zur Hervorhebung der Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft (im engeren Sinn) tendierten.⁹¹ Gerade das Konzept der Gesellschaftsgeschichte bietet die Möglichkeit, politikgeschichtliche und sozialhistorische Themen zu verbinden. Denn nach Wehler kann erst die exakte wissenschaftliche Arbeit entscheiden, welche Dimension zu einer bestimmten Zeit, im Rahmen einer bestimmten historischen Konstellation die empirisch nachweisbare Prävalenz gewonnen hat.⁹²

1.2.3 Theoretische Konstruktion des Vorgehens

Die dargelegten Forschungsansätze, die von einem Primat der Politik über den Sport ausgehen bzw. in jüngerer Zeit unter dem Stichwort „Re-Kulturalisierung“ die kulturelle Komponente des Sports in den Vordergrund rücken, sind nicht geeignet, die Interdependenzen zwischen dem politischen und dem Sportsystem angemessen zu erfassen, um somit das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften in einem geteilten Deutschland“ zu erklären. In der vorliegenden Arbeit sollen die Wehlerschen Dimensionen „Herrschaft“ und „Kultur“ als „Politik“ und als „Sport als ein Teilbereich von Kultur“ als Strukturierungskriterium verwendet werden. Durch die Einteilung der Materialfülle in die beiden Dimensionen „Politik“ und „Sport“ wird unter Ausschluss eines Primatdenkens ein neuer Blick auf

⁸⁹ Vgl. die Argumente für die Verwendung des Diktaturbegriffs bei Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 (1994), S. 34-45, hier S. 35f.

⁹⁰ Der „Diktaturbegriff“ wurde auch von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages verwendet. Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Drucksache 12/7820 vom 31.05. 1994. Bei vielen Ostdeutschen hingegen stößt der Diktaturbegriff auf Ablehnung. Vgl. beispielsweise Modrow, Hans (Hg.): Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED. Berlin 1995² (1. Aufl. 1994), S. 8. Modrow wendet sich in diesem Band gegen „Reizwörter wie Unrechtsstaat, SED-Diktatur oder Ostalgie“.

⁹¹ Springer: Volkssolidarität, S. 21.

⁹² Wehler: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Hier S. 123.

die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften möglich, denn die Prämisse der Wehlerschen Dimensionen liegt ja gerade in ihrer Gleichberechtigung. In einem größeren Rahmen betrachtet ist die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften ein Aspekt der Geschichte der Teilung Deutschlands und weist damit eine große Nähe zu den politischen Geschehnissen der Zeit auf, deren Kenntnisse nicht nur als Hintergrundwissen unerlässlich sind, sondern – so die Hypothese – die Entwicklungen im olympischen Sport maßgeblich beeinflusst haben. Und umgekehrt nahmen die Geschehnisse im internationalen Sport Einfluss auf das Handeln der Regierenden. Die komplexen Beziehungen zwischen Sport und Politik müssen dabei sorgsam und akribisch aufgeschlüsselt werden. Gemäß dem Wehlerschen Ansatz werden die Dimensionen „Sport“ und „Politik“ zunächst idealtypisch und separat voneinander dargestellt.

Der Wehlersche Ansatz umfasst neben den Dimensionen „Herrschaft“ und „Kultur“ noch die Dimension „Wirtschaft“, die Gesellschaftsgeschichte konstituieren. Sowohl die Dimension „Wirtschaft“ als auch andere Aspekte der Dimension „Kultur“ – jenseits des Sports – können lediglich gestreift werden, da der Erkenntnisgewinn aus meiner Sicht für die Fragestellung der Arbeit als zu gering einzustufen ist. Freilich wirken „Wirtschaft“ und andere Bereiche von „Kultur“ auf Sport und Politik bzw. insgesamt auf gesamtgesellschaftliche Prozesse ein bzw. sind Bestandteile derselben. Im Verlaufe der Arbeit werden diese „mitgedacht“, aber nicht näher expliziert. Der direkte Erkenntnisgewinn in Bezug auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften wäre bei einem allzu scholastischen Vorgehen im Analyseteil nicht ausreichend. Mit der Achse „soziale Ungleichheit“ verhält es sich ähnlich, auch dieser Aspekt des Wehlerschen Ansatzes steht in keinem direkten Bezug zum Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“. Der plausible Bezug wäre nicht erkennbar, denn es geht nicht um den Entwurf einer Gesellschaftsgeschichte der Jahre 1945 bis 1972, sondern um die Erklärung des Phänomens „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“. Es soll zentral um die Frage gehen, warum es im „kalten“ politischen Klima des Ost-West-Konflikts überhaupt möglich war, gesamtdeutsche Olympiamannschaften zu den Olympischen Spielen zu entsenden.

Trotz der genannten Einschränkungen erscheint Wehlers Ansatz durch seine Offenheit und Flexibilität geeignet, einen unvoreingenommenen Blick auf die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften zu werfen. Er schließt nicht nur ein Primatdenken aus, sondern ermöglicht es auch, zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme zu erfassen.

Die aus Wehlers Konzept herangezogenen Dimensionen, die zunächst idealtypisch die Materialfülle systematisieren (Analyse), werden in einem zweiten Schritt zueinander in Beziehung gesetzt (Synthese). Hierdurch wird das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, und es werden die dominierenden Entwicklungen eines bestimmten Zeitabschnitts herausgestellt. Es werden Aussagen darüber möglich, welche politischen Prozesse die Sportentwicklung maßgeblich bestimmten: oder andersherum, ob und in welcher Weise Entwicklungen im Sport auf die Politik wirkten. Dadurch wird eine differenzierte Analyse des Verhältnisses zwischen Sport und Politik und den Interdependenzen in unterschiedlichen Zeitabschnitten möglich. So können Strategien der Regierenden und auch der jeweiligen Sportführung in der Bundesrepublik und in der DDR beleuchtet werden. Der pauschale Vorwurf der bisherigen sporthistorischen Forschung, die Politik habe den Sport dominiert und funktionalisiert, wird somit überprüft. Es ist durchaus denkbar, dass der Vorwurf für einen gewissen Zeitabschnitt zutreffend ist, möglicherweise jedoch nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum. Durch die Wehlersche Prämisse von der Gleichberechtigung der Dimensionen „Politik“ und „Sport“ eröffnet sich eine ganze Reihe weiterer Fragen. So ist z. B. danach zu fragen, welche Faktoren zu einer bestimmten Zeit eine Entwicklung vorantrieben bzw. blockierten und wer unter Umständen davon profitierte. Oder anders formuliert: Wer verlor dadurch? Gelang es dem Sport möglicherweise, seine Interessen gegen den Willen der Regierenden durchzusetzen? Inwiefern unterschieden sich die Entscheidungsprozesse in der DDR von denen in der Bundesrepublik? Hat der Sport in der Gesellschaft der DDR eine andere Position eingenommen als in der Bundesrepublik? Wie waren die Beziehungen zwischen der sportlichen und der politischen Führung in den beiden deutschen Staaten? Wo gab es Reibungspunkte? Und wie wurden etwaige Konflikte in Bezug auf die gesamtdeutschen Mannschaften gelöst?

Die (politischen) Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland waren im Untersuchungszeitraum durch Verflechtung und Abgrenzung gekennzeichnet. Folg-

lich wäre danach zu fragen, ob sich die Phasen der Annäherung und die der Abgrenzung auch im Bereich des Sports niederschlugen. Oder anders gefragt: Sind Analogien bei der Entwicklung im Sport und der in anderen gesellschaftlichen Bereichen feststellbar? Neben den Fragen, die sich auf einer deutsch-deutschen Ebene bewegen, gilt es, die Perspektive aber auch um den internationalen Rahmen zu erweitern. Denn sowohl die Regierenden in Ost und West als auch die jeweiligen Sportführungen waren international eingebunden.

Die Fragen deuten darauf hin, dass empirische Belege in den komplexen Verflechtungen nicht nur der deutsch-deutschen Beziehungen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, sondern auch auf internationaler Ebene in den Beziehungen der beiden deutschen NOK zum IOC zu suchen sind. Diese vielschichtigen Zusammenhänge müssen systematisch entschlüsselt werden, um für einzelne Zeitabschnitte eine Aussage darüber treffen zu können, wie es tatsächlich um das Verhältnis von Sport und Politik bestellt war. Mittels der Syntheseleistung soll herausgestellt werden, welche Kräfte (ob aus dem Bereich des Sports oder der Politik kommend) zu einer bestimmten Zeit die Entwicklungen, die zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften führten, antrieben oder auch u. U. blockierten. Mittels der unvoreingenommenen Mehrperspektivität des Wehlerschen Ansatzes soll der Versuch unternommen werden, die Paradoxie, warum und zu welchen Bedingungen in einem geteilten Deutschland gesamtdeutsche Olympiamannschaften existierten, aufgelöst werden.

1.2.4 Methodische Vorgehensweise

Die von Wehler postulierte unvoreingenommene Mehrperspektivität hat methodische Konsequenzen. Das Phänomen der gesamtdeutschen Olympiamannschaften muss in einen größeren zeitlichen und sozialen Kontext als bisher eingebettet werden. Um der Frage nachgehen zu können, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Bildung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft zustande kam, obwohl in Deutschland zwei deutsche Staaten existierten, kann nicht erst 1956 angesetzt werden. Die Frage nach den gesamtdeutschen Olympiamannschaften ist unauflösbar mit der Teilung Deutschlands und dem Ost-West-Konflikt verknüpft, weshalb die „Vorgeschichte“ von größter Bedeutung ist. Deshalb soll in

der Arbeit der zeitliche Rahmen von 1945 (Beendigung der Kriegshandlungen und Wiederaufnahme des Sportbetriebs) bis 1972 (Entsendung von zwei „sport-souveränen“ deutschen Olympiamannschaften mit der jeweiligen nationalen Symbolik) behandelt werden.

Um die Materialfülle bei diesem bewusst breit angelegten Thema bewältigen zu können, ist eine systematische Vorgehensweise erforderlich. Das heißt, dass bei der Darstellung gemäß der Kleßmannschen These von der „Verflechtung und Abgrenzung“ berücksichtigt werden soll, dass beide deutsche Staaten Zeit ihrer Existenz – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – eng aufeinander bezogen blieben. Die Regierenden beider deutscher Staaten betrieben eine eigenständige Politik, und ihre Gesellschaften entwickelten eine nicht nur von außen gesteuerte Dynamik. Zudem blieben jedoch beide Staaten und Gesellschaften durch Konfrontation und Kooperation gleichermaßen stärker miteinander verflochten, als sie es selbst wahrhaben wollten. Und nicht zuletzt waren beide deutsche Staaten in der globalen Konstellation des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation von ihren jeweiligen Supermächten abhängig.⁹³ Hieraus ergeben sich für die methodische Vorgehensweise drei Ebenen: die internationale Ebene, die jeweilige eigenstaatliche Ebene der alten Bundesrepublik und der DDR⁹⁴ und nicht zuletzt die Ebene der deutsch-deutschen Beziehungen.

Für den Untersuchungszeitraum 1949-1972 gilt es nun, die Wehlerschen Dimensionen „Herrschaft“ bzw. „Politik“, „Kultur“ bzw. „Sport“ auf den o. a. drei Ebenen anzuwenden. Die Wehlerschen Dimensionen werden zunächst – idealtypisch – voneinander getrennt dargestellt. An einigen Stellen mag es jedoch angebracht sein, schon dort auf Bezüge, die zwischen den Dimensionen existieren, hinzuweisen. Generell sollen die für das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ relevanten Bezüge zum Abschluss eines jeden Kapitels zusammenfassend dargestellt werden. Ziel ist es, aufzuzeigen, welche Prozesse in Gang gesetzt wurden, die entweder zum Scheitern einer Bildung gesamtdeutscher Mannschaften (1952), zur Formierung gesamtdeutscher Teams führten (1956, 1960, 1964) oder allmählich den Weg zu separaten Mannschaften frei machten (1968), bis letztlich bei den Olympischen Spielen in München (1972) eigenständige Mannschaften an

⁹³ Kleßmann und Sabrow: Zeitgeschichte, S. 10.

⁹⁴ Leider liegen nicht immer vergleichbare Daten aus der Bundesrepublik und aus der DDR vor.

den Start gingen. Der für die einzelnen Abschnitte gesetzte Zeitrahmen wird im Großen und Ganzen eingehalten, wenn jedoch eine Entwicklung über den Rahmen eines Abschnitts hinausgeht, wird zugunsten der Vervollständigung der Argumentation der Zeitrahmen überschritten. Hieraus ergibt sich folgende Gliederung der Arbeit:

Im zweiten Kapitel der Arbeit (1945-1948/9) soll die Einbettung der Thematik in einen breiten historischen Kontext erfolgen, um das Verständnis zu erleichtern. Es geht darum, die materielle und psychische Ausgangslage der Menschen in Deutschland nach Beendigung des Krieges für den Sport und die weitreichenden Befugnisse der alliierten Mächte in Deutschland zu explizieren, die letztlich die Weichen stellten zur Teilung Deutschlands und die zur Vertiefung des Ost-West-Konflikts führten. Anschließend folgt die Gliederung der einzelnen Abschnitte dem olympischen Zyklus, also im Abstand von jeweils vier Jahren. Die Einteilung in Olympiaden ist sinnvoll, um separat für die einzelnen Olympischen Spiele die Prozesse nachzeichnen zu können, die zur Entsendung gesamtdeutscher Teams⁹⁵ bzw. zu separaten Mannschaften (ab 1968) führten.

Da es sich um eine **sportgeschichtliche** Arbeit handelt, werden etwaige Debatten über Forschungsfragen der „allgemeinen“ Geschichtswissenschaft nicht vertieft. Die Entscheidung für die Bearbeitung bestimmter Aspekte unter Auslassung anderer wird sicherlich so manchen Widerspruch hervorrufen. Es wird jedoch nicht – wie bereits angedeutet – der Anspruch erhoben, eine vollständige Gesellschaftsgeschichte des Zeitraumes 1945-1972 erarbeiten zu wollen, vielmehr sollen die wesentlichen Entwicklungen in den Bereichen Politik und Sport, die sich entweder direkt oder indirekt auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften auswirkten, dargestellt und in Beziehung zueinander gesetzt werden.

Die eigentliche Leistung der Arbeit besteht nicht in der klassischen Forschungsarbeit im Sinne einer Archiv- bzw. Quellenarbeit, sondern in der Erweiterung des Blickwinkels in Bezug auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften (bzw. ihrer Trennung ab 1968) unter Ausschluss eines Primatdenkens. Es ist durchaus denkbar, dass einige Ergebnisse der bisherigen Forschung korrigiert werden müs-

⁹⁵ Der Begriff „gesamtdeutsche Mannschaften“ wird für jede Olympiade im Plural gebraucht, wenn es sich um die Teams für die Sommer- und die Winterspiele handelt. Insgesamt wurde der neueren deutschen Rechtschreibung gefolgt, nur wenn es sich um feststehende Ausdrücke der Zeit (wie z. B. Deutscher Sportausschuß) oder Zitate handelte, wurde die alte Schreibweise beibehalten.

sen und eine neue Sicht auf die Geschichte der gesamtdeutschen Teams möglich wird. Zugleich wird hiermit zum ersten Mal die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften Gegenstand einer wissenschaftlichen Arbeit. Sie wird in einem weiteren Kontext als bisher betrachtet. Letztlich geht es um die Frage: Wie passt das künstlich anmutende Gebilde „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ in die politische Landschaft einer geteilten Nation?

2. Deutschland auf dem Weg in die Zweistaatlichkeit (1945-1948/49)

Ziel dieses Kapitels ist es, die Fragestellung in den historischen Kontext einzubetten. Kenntnisse über die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit vollziehenden Prozesse sind zum einen für das Verständnis der Arbeit unerlässlich und verdeutlichen zum anderen die eingangs formulierte Paradoxie: Warum gab es in einem politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich geteilten Deutschland eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft? Zunächst muss jedoch herausgearbeitet werden, welche Faktoren zur Teilung des Landes führten. Die anfängliche Zusammenarbeit der Alliierten wurde bald von unterschiedlichen Interessen überschattet, was letztlich in einem offenen Dissens und der Teilung der Welt in zwei sich feindlich gegenüber stehenden Blöcken mündete. Diese Konfliktkonstellation blieb mit wechselnder Akzentuierung auch über den Untersuchungszeitraum (1945-1972) hinaus bestehen.

Die zwölf Jahre der NS-Terrorherrschaft gelten zu Recht als schroffste Zäsur und das Jahr 1945 als ein Tiefpunkt der neueren deutschen Geschichte. Tatsächlich müssen noch die ersten drei Nachkriegsjahre in diese Schreckenszeit mit einbezogen werden, denn nun kam es zu einem heftigen Gegenschlag gegen die nationalsozialistische Bevölkerung.⁹⁶ Wie sah es aber nun konkret in Deutschland aus: Wie groß war das Ausmaß der Zerstörung? Worin bestanden die existenziellen

⁹⁶ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2003, S. 941.

Nöte und Sorgen? Hatten die Menschen in Anbetracht der gerade überlebten Katastrophe überhaupt ein Interesse daran, wieder Sport zu treiben?

2.1 Trümmerzeit und Zusammenbruchsgesellschaft (1945-1948) – eine sportlose Zeit?

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit der Situation in Deutschland nach der Beendigung der Kriegshandlungen unter der Fragestellung, wie sich die äußeren Bedingungen für den Sport gestalteten.

Der Tag der bedingungslosen Kapitulation (8. Mai 1945) kann sowohl als „totale“ Niederlage, aber auch als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft verstanden werden, wobei nach Einschätzung von Historikern nur eine Minderheit der Deutschen zu dieser Zeit das Kriegsende tatsächlich als eine Befreiung betrachtete.⁹⁷ Sicherlich kann der 8. Mai aus der Retrospektive nicht als „Stunde Null“ interpretiert werden. Über die weltpolitische Zäsur 1945 hinweg wurden vielerlei politische und gesellschaftspolitische, ökonomische und kulturelle Kontinuitätslinien wieder wirksam. Dennoch beschreibt die „Stunde Null“ als Metapher eine diffuse Stimmungslage der Zeitgenossen, an die Erwartungen an bessere Zeiten geknüpft waren.⁹⁸ Das „private“ Kriegsende vieler Menschen fiel nicht unbedingt mit der Kapitulation zusammen.⁹⁹

Drängender als eine Beschäftigung mit der Vergangenheit war zunächst jedoch das Überleben. Obdachlosigkeit, Hunger, Kälte und die Sorge um vermisste Familienmitglieder und Freunde bestimmten das alltägliche Leben. Der Krieg hatte zudem die Bevölkerungsstruktur in Deutschland nachhaltig verändert. Die demographischen Veränderungen der Nachkriegszeit waren in erster Linie durch die

⁹⁷ Vgl. dazu Von Plato, Alexander und Almut Leh: „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1997, S. 11.

⁹⁸ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 37f.

⁹⁹ Viele Menschen waren nach 1933 inhaftiert worden und befanden sich in Zuchthäusern oder Konzentrationslagern und wurden bereits vor dem 8. Mai befreit. Andere mussten Ende 1944 aus ihrer alten Heimat fliehen und fanden „Normalität“ erst wieder in den 1950er Jahren. Wieder andere waren durch die Kinderlandverschickung oder Evakuierung fern der Heimat und konnten erst 1946 die Zuzugsbeschränkungen ihrer Heimatstadt überwinden. Millionen fanden während des Krieges oder bei Kriegsende den Tod. Von Plato: Frühling, S. 7. Vgl. zu den horrenden Zahlen der in der Kriegszeit umgekommenen oder ermordeten Menschen Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4, S. 942ff.

gewaltige Fluchtbewegung von Ost nach West zustande gekommen und führten in den einzelnen Besatzungszonen zu einer Verschärfung der ohnehin schon prekären Versorgungslage (Ernährung, Wohnung, soziale Versorgung). Große Teile der ostdeutschen Bevölkerung flüchteten gegen Ende des Krieges vor der einmarschierenden Roten Armee, wobei ihr Nachrichten über Gewalttaten und Willkürakte vorausseilten.¹⁰⁰

Der regionale Zerstörungsgrad (durch Luftangriffe, durch Selbstzerstörungsmaßnahmen und als Folge des direkten Bodenkampfes) lässt sich aus mehreren Gründen schwer erfassen. Kriegszerstörung und Demontage gingen – insbesondere in der sowjetischen und der französischen Zone – vielfach ineinander über und können im Nachhinein nicht mehr sauber voneinander getrennt werden. Zu Beginn des Luftkrieges wurde im starken Maße Wohnraum zerstört; erst gegen Kriegsende wurden zielgerichtet strategisch wichtige Rüstungsbetriebe bombardiert.¹⁰¹ Neben dem Tod unzähliger Menschen waren Wohnungen, Schulen und nicht zuletzt Sportstätten verwüstet worden. Sportanlagen, die noch einigermaßen intakt waren, wurden für andere Zwecke benötigt. Turnhallen wurden als Lazarette, Lagerhallen oder Notunterkünfte verwendet. Sportplätze wurden aufgrund der schlechten Ernährungslage teilweise als Ackerland genutzt. Sportstätten wurden z. T. auch von den Alliierten benutzt, so beispielsweise in Potsdam.¹⁰² In Berlin waren von 416 Turnhallen, die es 1939 gegeben hatte, 301 völlig oder teilweise zerstört.¹⁰³

Ein elementares Problem stellte die Suche nach Wohnraum in den Großstädten dar.¹⁰⁴ Von den rund 15,8 Millionen Wohnungen auf dem Gebiet der vier Besatzungszonen war etwa ein Viertel total zerstört oder so stark beschädigt, dass ein

¹⁰⁰ Vgl. hierzu die differenzierte Betrachtung bei Kowalczyk und Wolle: Roter Stern, S. 19-44.

¹⁰¹ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 44ff.

¹⁰² Gallinat: Aufbau, S. 33f. Nach Gallinat hätten zudem einige sportbegeisterte Männer und Frauen verhindert, dass in Potsdam noch mehr Sportplätze als Ackerland genutzt wurden.

¹⁰³ Für den Sportbetrieb standen 1946 lediglich 36 Hallen zur Verfügung. Von den 1.939 Sportplätzen, die vor dem Krieg existiert hatten, konnten Ende 1946 wieder 111 bespielt werden. Von zwölf Schwimmhallen konnten drei z. T. benutzt werden, die wegen der Kohlenknappheit zum Heizen jedoch nicht voll ausgelastet waren. Sportausrüstungen standen auch nur in ganz begrenztem Umfang zur Verfügung. Vgl. den Bericht des ersten Leiters des kommunalen Hauptsportamtes in Berlin, Franz Müller. Auszug in: Nicklaus: Kommunalsport, S. 24.

¹⁰⁴ Durch die Kriegszerstörungen wurden bestehende strukturelle Probleme im Wohnungsbau verschärft, denn die Kriegswirtschaft hatte sich weniger auf den Wohnungsbau als auf kriegsrelevante Objekte konzentriert, so dass bereits bei Beginn des Krieges ca. eine Million Wohnungen fehlten. Vgl. Von Plato: Frühling, S. 44.

Neubau erforderlich war. Die Bevölkerungszahl nahm in den Westzonen kontinuierlich zu, bis 1948 stieg sie auch in der SBZ an. Danach verstärkte sich die Flucht- und Abwanderungsbewegung aus der SBZ, was zu einer weiteren Verschlechterung der Wohnungssituation in den Westzonen bzw. später in der Bundesrepublik führte. Somit besaß das Wohnungsproblem in der SBZ/DDR nur in den ersten Jahren den gleichen Stellenwert wie in Westdeutschland. Die soziale Notlage war insbesondere bei Flüchtlingen und Evakuierten besonders prekär. Die Bunkerexistenz der Kriegszeit setzte sich für sie in anderer Form oft noch bis zum Beginn der 1950er Jahre fort. Regelmäßigen Konfliktstoff lieferten Wohnraumbeschlagnahmen und Umquartierungen.¹⁰⁵ Zerstörte Städte und Lagerexistenz wurden zum Nährboden einer neuen und für die frühe Nachkriegszeit charakteristischen Form sozialer Verwahrlosung: der Ruinenkriminalität.¹⁰⁶

Der Zerstörungsgrad bei den Produktionsanlagen war tatsächlich geringer als lange Zeit angenommen wurde; die Verluste lagen hier bei unter 20 Prozent.¹⁰⁷ Die tatsächliche Produktion erreichte jedoch nur einen Bruchteil der verbliebenen Kapazität. Die Ursachen dafür lagen nicht zuletzt in den verheerenden Schäden im Transport- und Verkehrssystem, die ein Haupthindernis des Wiederaufbaus bildeten. Bahnlinien und das Straßennetz waren gegen Kriegsende systematisch bombardiert worden.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 52f.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 53. Die Jugendkriminalität hatte insgesamt in Europa zugenommen, ihr Prozentsatz war in Deutschland jedoch besonders hoch. In Berlin wies die Jugendkriminalität 1946 gegenüber 1938 eine Steigerung um 850 Prozent auf. Auch wenn sich dahinter auch eine Vielzahl von Bagatelldelikten verbirgt, so wuchs statistisch gesehen auch die Schwere der verübten Taten. Nach Kleßmann resultierte die Jugendkriminalität nicht nur aus einer allgemeinen Form der Verwahrlosung, sondern zeigte zudem auch eine tiefe Erschütterung aller Wertvorstellungen. Vgl. ebenda.

¹⁰⁷ In der Forschung wird darüber gestritten, ob die SBZ von den Kriegsschäden stärker betroffen war als die Westzonen. Dahinter steckt die Frage, ob die DDR von Anfang an – gegenüber der Bundesrepublik – schlechtere Startbedingungen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau hatte. Neueren Untersuchungen zufolge, existierte nur ein etwas höherer Substanzverlust in der SBZ im Vergleich zu den Westzonen, gemessen am 1944 vorhandenen Volksvermögen (18,5 Prozent gegenüber 16 Prozent). Nach von Plato habe erst die deutlich umfassendere Demontage durch die Sowjetunion zusammen mit den Kriegszerstörungen die schlechteren wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen. Von Plato: Frühling, S. 35. Vgl. weiterführend die Diskussionen im Tagungsband Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995.

¹⁰⁸ Vgl. zu den Kriegsverlusten der Deutschen Reichsbahn die Tabelle bei Burghard, Uwe: Verkehr. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 248-293, S. 251. Ein Viertel aller Verkehrsanlagen und ein großer Teil der Lokomotiven, Waggons und anderer Verkehrsmittel waren zerstört worden. Pötzsch, Horst: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten. München 1998, S. 30.

Der Zusammenbruch des Transportwesens und die Zerschneidung eines ehemals zusammenhängenden Wirtschaftsraumes durch die Zonengrenzen waren insbesondere für die SBZ als von Zulieferern abhängiges Gebiet wirtschaftlich fatal. Angesichts des Zerstörungsgrades im Verkehrswesen, der Produktionsauflagen und der strikten Kontrolle der Alliierten wirkte sich die Zonentrennung zusätzlich hemmend auf einen Wiederaufbau der Wirtschaft aus, weil insbesondere die Rohstoff- und Energieversorgung immer wieder in Frage gestellt war. Die Zoneneinteilung betraf auch jeden Einzelnen, da das Reisen von einer in die andere Zone nur unter Überwindung beträchtlicher bürokratischer Hürden möglich war.¹⁰⁹ Damit wurde nicht zuletzt auch der Sportverkehr erschwert.

Zerstörung, Hunger und Schwarzmarkt waren wohl die unmittelbarsten Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre. Zunächst verhinderten noch bestehende Vorräte aus der Kriegszeit, dass die Mangelsituation sofort manifest wurde, von der naturgemäß die städtische Bevölkerung stärker betroffen war als die ländliche. Je nach Wirtschaftsstruktur und Organisation der Ernährungsversorgung unterschied sich die Lage in den vier Zonen beträchtlich. Amtliche Statistiken über die zur Verfügung stehende Kalorienmenge geben Hinweise auf die Wirklichkeit. Innerhalb Europas verfügte Deutschland über die geringste Kalorienmenge, obwohl auch in vielen anderen Ländern die für einen nicht schwer Arbeitenden notwendige Nahrungszufuhr von mindestens 2.000 Kalorien nicht erreicht wurde.¹¹⁰ Dennoch ließen sich viele Menschen nicht davon abbringen, Sport zu treiben. In der Folgezeit wurde darüber diskutiert, ob angesichts der mangelnden Kalorienzufuhr der (Spitzen-)Sport nicht zunächst ruhen sollte.¹¹¹ Hochrangige Fußballclubs nahmen Einladungen zu Spielen auf dem Lande an, da die Spieler hier – quasi als Gage – zusätzliche Nahrungsmittel erhielten (so genannte Kalorienspiele).

¹⁰⁹ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 46.

¹¹⁰ Gemäß der amtlich festgesetzten Kalorienmenge wurden in der amerikanischen Besatzungszone Mitte 1946 eine Kalorienmenge von 1.330 festgelegt, in der sowjetischen 1.083, in der britischen 1.050 und in der französischen nur rund 900. Ebenda, S. 47f. Wehler gibt an, dass dies praktisch für die britische Zone im Tagesdurchschnitt zwei Brotscheiben mit Margarineaufstrich, eine Kelle Milchsuppe und zwei kleine Kartoffeln bedeutete. Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4, S. 951.

¹¹¹ Vgl. den Artikel „Brot und Spiele“ im Rheinecho vom 31. Juli 1946. Abgedruckt in Nitsch, Franz: Traditionslinien und Brüche. Stationen der Sportentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1, S. 29-64, hier S. 36. Und Bauer, Thomas: „Zu mehr lange dene ihr Kalorie net“. Hunger und Sport in der Nachkriegszeit. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 307-310.

Vor dem Kriege stammte ca. 80 Prozent der Versorgung Deutschlands aus eigener Produktion. Zu einer spürbaren Verbesserung der Ernährungssituation kam es erst 1948/49 durch ein Zusammenspiel von organisatorischen Veränderungen mit Währungsreform, Marshall-Plan und einer guten Ernte.¹¹²

Die Zuteilung von Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern, von Medikamenten über Brennholz bis hin zu Hausrat reichte keinesfalls aus. Je schlechter die Versorgungssituation war, desto rascher entfaltete sich der Schwarzmarkt in allen vier Besatzungszonen. Insbesondere in den Städten bestimmte er das Leben in allen vier Zonen und sicherte einigen Wohlhabenderen das Überleben.¹¹³ Wegen der sozialen Notlage, der mangelnden Hygiene und insbesondere der Nahrungsunterversorgung, mehrten sich die Fälle von ansteckenden Krankheiten (Diphtherie, Tbc, Typhus).

Durch den Krieg war jeder Einzelne in unterschiedlichem Ausmaß physischem und psychischem Druck ausgesetzt. Durch Wehr- und Arbeitsdienst oder durch die Fluchtbewegung wurden Familien auseinander gerissen, ihrer vertrauten Umgebung beraubt, und andere soziale Bindungen wurden zerstört. Kinder verloren ihre Eltern und wurden zu Halbwaisen oder Waisen.¹¹⁴

Trotz aller beschriebenen Widrigkeiten machten sich unmittelbar nach Kriegsende Sportler und Sportlerinnen auf, den Spielbetrieb wieder in Gang zu setzen. Insbesondere ehemalige aktive Arbeitersportler fühlten sich nach zwölfjähriger unfreiwilliger Abstinenz – der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) war im April 1933 durch das nationalsozialistische Regime aufgelöst worden – berufen, sich um die Organisation des Sports zu kümmern. Nicht zuletzt der Initiative der Arbeitersportler war es zu verdanken, dass bereits im Mai 1945 in Berlin zwei Fuß-

¹¹² Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 48f.

¹¹³ Nach Wehler fiel der Zugang zu den lebensnotwendigen Gütern klassenspezifisch aus. Jeder folgte dem eigenen Überlebensdrang und privatem Egoismus. Flüchtlinge und Vertriebene wurden als unwillkommene Eindringlinge behandelt. Die Waren des Schwarzmarkts waren für „Normalbürger“ unerschwinglich. Daher waren bei dem Erwerb dieser begehrten Waren Geld- und Warenbesitzer privilegiert, wohingegen Lohn- und Gehaltsempfänger krass diskriminiert wurden. Wehler: Gesellschaftsgeschichte Bd. 4, S. 954.

¹¹⁴ Im Gebiet der Westzonen gab es nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 1.250.000 Kinder und Jugendliche, die ihre Väter durch den Krieg verloren hatten. 250.000 von ihnen waren wegen des Todes der Mütter Vollwaisen. Die Halbwaisen blieben wegen der Berufstätigkeit der Mütter meist den ganzen Tag sich selbst überlassen („Schlüsselkinder“). Vgl. Glaser: Deutsche Kultur, S. 85. Vgl. zur Rolle der Frau ebenda, S. 87 und Von Plato: Frühling, S. 51.

ballmannschaften vor Publikum gegeneinander antraten. Im Juni wurde in den kaum enttrümmerten Straßen Dresdens ein Radrennen ausgetragen und im August galoppierten die Vollblüter über den Leipziger Turf.¹¹⁵ Die Begeisterung für den Sport war ungebrochen. Ob als Aktiver oder passiv als Zuschauer: Sport bot neben Kino und Theater eine ideale Zerstreuung und Ablenkung von den Alltagsnöten und stellte ein Forum für gesellige Zusammenkünfte dar.

Insbesondere für den Spitzensport war von Bedeutung, dass die Organisationsstruktur des Sports in Deutschland im Grunde brach lag. Im Zuge des alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 wurde der „Nationalsozialistische Reichsbund für Leibesübungen“ (NSRL) liquidiert.¹¹⁶ Damit verfügte Deutschland nicht mehr über ein vom IOC anerkanntes Nationales Olympisches Komitee, was als unbedingte Voraussetzung für die Teilnahme an Olympischen Spielen galt.¹¹⁷

Im Folgenden soll die Deutschlandpolitik der Alliierten kurz skizziert werden, weil sie die politische, wirtschaftliche und damit auch die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland maßgeblich gestaltete. Der Systemgegensatz zwischen Ost und West manifestierte sich recht rasch nach Beendigung der Kriegshandlungen. Die sich aufbauende und sich immer weiter vertiefende Blockkonfrontation bildet den maßgeblichen Teil der in der Einleitung formulierten Paradoxie von den gesamtdeutschen Olympiamannschaften in einem geteilten Land.

¹¹⁵ Hartmann: Goldkinder, S. 10.

¹¹⁶ Kontrollratsgesetz Nr. 2 in Auszügen abgedruckt in Frost: Studienmaterial, Dokument 5, S. 7f. Anders Freudenreich und Maurer: Sie geben an, dass erst die Kontrollrats-Direktive Nr. 23 die Auflösung des NSRL bewirkte. Freudenreich, Josef-Otto und Michael Maurer: Sport. In: Benz, Wolfgang: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 3: Gesellschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 274-310, hier S. 274. Auch M. Krüger schreibt fälschlicherweise, dass die Direktive die Auflösung des NSRL verfügte. Krüger, Michael: Einführung in die Geschichte der Leibeserziehung und des Sports. Teil 3: Leibesübungen im 20. Jahrhundert. Sport für alle. Schorndorf 1993, S. 153.

¹¹⁷ Das IOC kam somit nicht in die prekäre Situation, Deutschland offiziell aus der Olympischen Bewegung ausschließen zu müssen und seine eigene Rolle bzw. die seiner Mitglieder in den 1930er und den sich anschließenden Kriegsjahren hinterfragen zu müssen. Anders verhielt sich z. B. der Weltfußballverband (FIFA), der Deutschland und Japan auf seiner Sitzung vom 25.7. - 27.7.1946 in Luxemburg formal ausgeschlossen hatte. Vgl. Nitsch, Franz: Auf konfliktträchtigem Weg, S. 21.

2.2 Die Deutschlandpolitik der Alliierten – eine Weichenstellung auf dem Weg zur deutschen Teilung (1945-1948)

In der unmittelbaren Nachkriegszeit kristallisierte sich der Systemgegensatz zwischen Ost und West schnell heraus. In dieser Phase werden die ideologischen Unterschiede (Kapitalismus vs. Sozialismus) und die damit einhergehenden widerstreitenden Staatssysteme sowie gegensätzliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwürfe deutlich und verfestigen sich im weiteren Verlauf zum „Kalten Krieg“.

Kalter Krieg soll hier – nach Kleßmann – als eine spezifische zeitlich eingrenzbar Form der bipolaren Blockkonfrontation verstanden werden, die sich nach 1945 herausbildete und 1947 in ihr offenes Stadium trat. Sie ist durch eine hohe Integrationsdichte der beiden Blöcke und eine scharfe, aber nicht-kriegerische Spannung bestimmt, die auf nahezu alle Ebenen der jeweiligen Innenpolitik und der gegenseitigen Beziehungen zurückwirkt. Das Grundmuster der Entstehung des Kalten Krieges wird hier als eine Art „reaktive Mechanik“ verstanden, d. h. als „Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und Konflikteskalation: Die amerikanischen Entscheidungsträger missdeuteten die Sicherheitspolitik der Sowjetunion als Beleg für prinzipiell unbegrenzten sowjetischen Expansionismus und reagierten mit der Verweigerung weiterer Kooperation; die sowjetische Führung mißdeutete diese Kooperationsverweigerung als Beleg für einen notwendigerweise aggressiven Charakter des expandierenden US-Kapitalismus und reagierte mit weiterer Verhärtung ihrer Sicherheitspolitik.“¹¹⁸

2.2.1 Der Wiederaufbau Deutschlands unter alliierter Kontrolle

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht übernahmen die Alliierten Macht und Verantwortung in Deutschland. Trotz des zunächst vor-

¹¹⁸ Zit. nach Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 178. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion betrachten sich gegenseitig mit Misstrauen. Für die USA war das Verhalten der Sowjetunion in Polen ein Testfall, der in ihren Augen negativ verlief und das Misstrauen verstärkte und somit eine Konzentration amerikanischer Interessen in Westeuropa, Deutschland und dem Vorderen Orient bewirkte. Auf der anderen Seite förderte die Politik der USA nicht das Vertrauen der Sowjetunion. Der von der Sowjetunion erbetene Kredit über sechs Milliarden Dollar wurde von der US-Regierung nicht bewilligt. Ferner betrieben die Amerikaner eine gegenüber der Sowjetunion restriktive Reparationspolitik. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 179.

handenen starken Willens zu einer Kooperation, hatten die alliierten Besatzungsmächte unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie eine künftige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Deutschland aussehen sollte. Dies lag nicht zuletzt in den unterschiedlichen Analysen über die Ursachen des Nationalsozialismus begründet. Anfangs lagen ihre Interessen im Wesentlichen darin, die eigene Wirtschaftsmacht zu stärken und ihr Sicherheitsinteresse gegenüber Deutschland zu befriedigen. Als kleinster gemeinsamer Nenner der Besatzungspolitik können Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Dezentralisierung, Kontrolle der Wirtschaft, Reparationszahlungen und die Bestrafung der Kriegsgegner genannt werden.¹¹⁹

Auf der Konferenz in Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) dominierten schon die Streitigkeiten, die sich an der festzulegenden Höhe der Reparationszahlungen und an der Festlegung der polnischen Westgrenze entzündeten.¹²⁰ Die Entscheidung zugunsten einer relativen Autonomie der einzelnen Besatzungszonen (und damit gegen einen starken Alliierten Kontrollrat) und die mittelfristige Festlegung der deutschen Wirtschaft waren die ersten Weichenstellungen, die letztlich zur Teilung Deutschlands führten.¹²¹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es den alliierten Verantwortlichen beim Aufbau der Verwaltungen in erster Linie darum, die dringendste Not der Bevölkerung zu lindern, ein gewisses Maß an Ordnung wiederherzustellen und eine Hungersnot zu vermeiden. Es zeigte sich in der Praxis schnell, dass der Aufbau des Landes nur unter Mithilfe der deutschen Bevölkerung möglich war. Hier lag auch ein begrenzter Spielraum für deutsche Initiativen.

Im Juni 1945 wurden in der sowjetischen Zone wieder Parteien zugelassen, einen Monat später gestatteten auch die westlichen Alliierten die Gründung politischer Parteien zunächst auf örtlicher und regionaler Ebene.¹²² Schon bald zeigte

¹¹⁹ Vgl. dazu die Ergebnisse der Konferenz von Casablanca (Januar 1943), Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 19ff.

¹²⁰ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 25.

¹²¹ Vgl. ausführlicher zur Potsdamer Konferenz Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 29ff.

¹²² Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 43f. In der amerikanischen und vor allem in der französischen Zone kam es erst mit erheblicher Verzögerung zum überlokalen Parteiaufbau. Die bürokratischen Zulassungsprozeduren waren überall einschneidend und uneinheitlich. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 136.

sich, dass die sowjetische Militäradministration besser auf die Aufgaben in Deutschland vorbereitet war und gemäß der Vorgaben aus Moskau ein zentralistisches System in ihrer Zone aufbaute.¹²³ Die im Osten stattfindende Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED war ein weiteres Indiz für die antidemokratische Ordnung, die im Osten Deutschlands errichtet wurde.¹²⁴ In den Westzonen hingegen sammelte sich die SPD unter Kurt Schumacher¹²⁵, die KPD blieb hier relativ bedeutungslos.¹²⁶ Mit der CDU und der CSU fanden echte Parteineugründungen statt. Noch 1945 war Adenauers politische Analyse – er ging von einer Zweiteilung Deutschlands und der Welt aus – inopportun und untypisch.¹²⁷ Bevor Adenauer Bundeskanzler wurde, standen bereits 1949 die „vier Säulen“ der CDU-Politik fest: christliches Menschenbild, die Prinzipien der parlamentarisch-repräsentativen rechtsstaatlichen Demokratie, soziale Marktwirtschaft und außenpolitisch die Westbindung.¹²⁸ Mit der Prämisse der Westintegration unterschied sich die CDU klar von der SPD, die an der Einheit der Nation als oberstes Gebot festhielt. Die verschiedenen regionalen Gliederungen der Liberalen schlossen sich 1948 unter der Prämisse, eine „bürgerliche Partei“ sein zu wollen, zur FDP zusammen.¹²⁹ Die FDP war die einzige Partei, die sich für ein marktwirtschaftliches System einsetzte und Verstaatlichungen ablehnte und daher ein potentieller Koalitionspartner der CDU wurde.¹³⁰

Mit der Entnazifizierung beabsichtigten die Alliierten, einen grundlegenden politischen, aber auch wirtschaftlichen Strukturwandel herbeiführen zu wollen, indem nationalsozialistische Eliten aus ihren Positionen entfernt wurden. Das Vorgehen der Alliierten in den vier Zonen war dabei recht unterschiedlich.

¹²³ Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten verfügte die SBZ als erste Zone über geschultes politisches Personal und entsprechende Konzeptionen für den Wiederaufbau. Bereits am 30. April 1945 waren deutsche KPD-Funktionäre aus Moskau in Deutschland eingetroffen. Vgl. dazu auch den Bericht des damaligen Mitglieds der „Gruppe Ulbricht“ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1987 (ergänzte Neuaufl. 1981, 1. Aufl. 1955), S. 296ff.

¹²⁴ Kleßmann vertritt die Ansicht, dass neben gravierenden Elementen des Zwangs durchaus auch breite Strömungen mit dem Willen zur Einheit, besonders in den Betrieben, bestanden hätten. Vgl. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 139.

¹²⁵ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 46.

¹²⁶ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 142.

¹²⁷ Für Adenauer stand schon im Sommer 1945 fest, dass „der von Rußland besetzte Teil“ des Deutschen Reiches „für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren ist“ Auch SPD-Chef Schumacher teilte spätestens ab Herbst 1945 diese Ansicht. Loth, Wilfried: Deutschland im Kalten Krieg. Strategien und Entscheidungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40 (1999), S. 3-11, hier S. 5.

¹²⁸ Grebing: Parteien, S. 85.

¹²⁹ Ebenda, S. 87.

¹³⁰ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 48.

In der SBZ wurde bei der „personellen“ Entnazifizierung rigoros durchgegriffen – insbesondere bei der Lehrerschaft und in den Justizbehörden –, so dass hier in den meisten gesellschaftlichen Bereichen ein radikaler Elitenaustausch stattfand.¹³¹ Dieses Vorgehen half zwar, den kommunistischen Machtanspruch abzusichern, indem die Positionen mit entsprechend ausgebildeten Kadern besetzt wurden; es kann jedoch zugleich als Entwicklungshemmnis betrachtet werden, da die fehlenden Fachkräfte oftmals nicht so schnell ersetzt werden konnten.¹³² Dem neuen Personal mangelte es häufig nicht nur an Qualifikation, sondern auch an Erfahrung. Nicht zuletzt im Sport war dies festzustellen. Die neuen Funktionäre und auch Übungsleiter und Trainer wurden teilweise nicht von den Sportlern akzeptiert.

In das sowjetische Konzept der Entnazifizierung gehörte auch die radikale Umgestaltung der Besitzverhältnisse und damit verbunden die Schaffung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung – die „strukturelle“ Entnazifizierung. Durch die „von oben“ rigoros durchgesetzte Bodenreform und die verstärkt betriebene Verstaatlichung der Betriebe, Banken etc. schufen SED und SMAD im östlichen Teil Deutschlands eine völlig neue Wirtschaftsstruktur.¹³³ Zwar hatten die westlichen Alliierten anfangs auch die Durchbrechung der alten Wirtschaftsstrukturen in ihren Zonen intendiert, gaben dieses Vorhaben jedoch aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen bald auf. Waren die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den vier Zonen in etwa vergleichbar, so sorgten die von den Sowjets extensiv betriebenen Demontagen, die Entnahmen aus der laufenden Produktion verbunden mit der später eingeführten Planwirtschaft für die vergleichsweise schwache Entwicklung der Wirtschaft in der DDR.¹³⁴

¹³¹ Vgl. zur Entnazifizierung der Lehrerschaft Mertens, Lothar und Ulrich Spiekerkötter: Austausch der Lehrerschaft in der SBZ. Die Neulehrer 1945-1949. In: Mertens, Lothar und Sabine Gries: Arbeit, Sport und DDR-Gesellschaft. Festschrift für Dieter Voigt zum 60. Geburtstag. Berlin 1996, S. 101-119. Vgl. zur Entnazifizierungspraxis bei den Justizbehörden Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 83.

¹³² Teilweise musste auch in der SBZ auf politisch belastete Spezialisten zurückgegriffen werden. Vgl. Kowalczyk und Wollé: Roter Stern, S. 82.

¹³³ Vgl. zur Bodenreform und zur Umgestaltung des industriellen Sektors und des Bankenwesens Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 81ff. Ferner zur Bodenreform Kowalczyk und Wollé: Roter Stern, S. 65.

¹³⁴ Vgl. weiterführend Maschke, Werner: Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgesichte – Weichenstellungen – Bestimmungsfaktoren. In: Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993, S. 97-116.

In der amerikanischen Zone wurde die personelle Entnazifizierung – gemessen an den beiden anderen Westzonen – am radikalsten verfolgt.¹³⁵ Es wurde ein enormer bürokratischer Aufwand mittels einer umfangreichen Fragebogenbefragung betrieben, der wenig effektiv war. Auch der US-amerikanische Kongress bewertete die Entnazifizierung in Deutschland als gescheitert.¹³⁶ Die Entnazifizierungspraxis kollidierte bald mit amerikanischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen. Auch wurden angesichts der eigenen schlechten wirtschaftlichen Situation US-amerikanische Pläne, die eine komplette Deindustrialisierung Deutschlands (Morgenthau-Plan) zum Ziel hatten, bald verworfen. Die USA und Großbritannien wollten möglichst schnell eine Selbstversorgung Deutschlands umsetzen. Damit sollten zum einen die Besatzungskosten reduziert werden und zum anderen brauchte die sich in einer Krise befindliche amerikanische Wirtschaft die Absatzmärkte in Mitteleuropa.¹³⁷ Möglicherweise war es schon hier eine Überlegung, ein Bollwerk gegen den Kommunismus in der Mitte Europas errichten zu wollen.

Die Bestrebungen der beiden Westmächte gipfelten in der Bildung der Bizone, der sich letztlich auch Frankreich anschloss. Dies wurde ohne die Zustimmung der deutschen Politiker durchgesetzt, die damit die deutsche Einheit gefährdet sahen. Zu massiven Protesten kam es von deutscher Seite jedoch nicht. Nach Kleßmann deutet sich hier bereits eine Verschiebung der Prioritäten an: weg von der Erhaltung der Einheit und hin zur Westintegration, die spätestens 1947 zum Imperativ westdeutscher Politik wurde.¹³⁸ Durch die Bizone wurden in Westdeutschland erste Zentralinstanzen geschaffen, die als Vorläufer der späteren Bundeseinrichtungen gelten können, wie z. B. der Wirtschaftsrat.¹³⁹

Der offene Bruch der bereits kritisch angeschlagenen alliierten Kooperation wurde letztlich durch die Ankündigung des Marshall-Plans und durch die Durchführung der Währungsreform (1948) vollzogen. Ökonomische Notwendigkeit und politische Strategie hatten die amerikanischen Politiker zu einer konstruktiven Hilfspolitik bewogen, die das „European Recovery Program“ – so die offizielle Bezeich-

¹³⁵ Vgl. zur Methode und Durchführung Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 86ff.

¹³⁶ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 89f.

¹³⁷ Ebenda, S. 99ff.

¹³⁸ Ebenda, S. 102.

¹³⁹ Vgl. zur Entwicklung des Wirtschaftsrates Ambrosius, Gerold: Das Wirtschaftssystem. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 11-81.

nung des Marshall-Plans – leisten sollte. Für die westlichen Zonen war mit der Annahme des Marshall-Plans, über die es unter den relevanten politischen Kräften – mit Ausnahme der KPD – keine ernsthafte Diskussion gab, der Weg zur Westintegration vorgezeichnet. Die sowjetischen Verantwortlichen lehnten eine Teilnahme am Marshall-Plan ab, da sie ihre Wirtschaftsdaten nicht offen legen wollten, und untersagten ihren Satellitenstaaten ebenfalls, sich an dem Kreditprogramm zu beteiligen.¹⁴⁰

Die Neuordnung der Währung in den Westzonen war die entscheidende Voraussetzung der wirtschaftlichen Sanierung. Sie musste nicht nur die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Geldmenge und Volksvermögen erreichen, sondern an eine künftige Wirtschaftsordnung gebunden sein. Die Notwendigkeit einer Geldreform war auch aufgrund des großen Geldüberhangs sowohl an Bargeld wie auch an Bankguthaben notwendig geworden. Aus Protest auf die Ankündigung die Währungsreform auch in West-Berlin durchführen zu wollen, verliehen am 16. Juni 1948 die sowjetischen Vertreter den Alliierten Kontrollrat, der daraufhin wenig später seine Arbeit einstellte.¹⁴¹ Insgesamt schottete sich die SBZ zusehends ab und bildete als Antwort auf die westlichen Initiativen eigene Institutionen für die meisten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche.

Eine unmittelbare Folge der Währungsreform in den Westzonen war die Berliner Blockade, die nach Kleßmann der letzte massive Versuch der Sowjetunion war, die Bildung eines westdeutschen Staates doch noch zu verhindern. Sie war weder auf östlicher noch auf westlicher Seite Bestandteil einer langfristigen politischen Strategie, vielmehr zeigte ihr Ablauf fast modellhaft die reaktive Mechanik der Konflikteskalation. „Eine wirkliche Kriegsgefahr, so läßt sich heute feststellen, bestand zwar nicht, sieht man von Churchills schon zwei Monate zuvor gemachten Vorschlag eines präventiven Atomschlags ab, gleichwohl glaubten damals Politiker und Teile der Öffentlichkeit an eine solche unmittelbar bevorstehende Gefahr.“¹⁴² Schon aus rein ökonomischen Gründen mussten die sowjetischen Machthaber Berlin abschotten, denn die SBZ konnte nur so vor einer Über-

¹⁴⁰ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 180ff.

¹⁴¹ Vgl. zur Währungsreform Ambrosius: Wirtschaftssystem, S. 52f.

¹⁴² Ebenda, S. 191.

schwemmung mit der entwerteten Reichsmark geschützt werden, zumindest bis auch dort eine Währungsreform durchgeführt worden war.

Wenn es tatsächlich die Intention der Sowjets war, mit der Blockade die Gründung eines Weststaates aufzuhalten, so verkehrte sich diese Absicht nun in das genaue Gegenteil. Das Schicksal der Berliner Bevölkerung, die nur mittels der Luftbrücke überlebte, bewirkte, dass international erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Sympathie für Deutschland empfunden wurde.¹⁴³ Der Aufruhr, den die Blockade verursachte, erhöhte zudem in Westdeutschland, Westeuropa und den USA den antikommunistischen Konsens.

Welches Verhältnis hatten nun aber die Alliierten zum Sport? Wie begegneten sie den Initiativen deutscher Sportler und Sportlerinnen, die schnellstmöglich den Spielbetrieb wieder in Gang setzen wollten?

2.2.2 Die Organisation des Sports nach 1945

Angesichts der prekären Versorgungslage – Mangel herrschte in allen Bereichen – kann es nicht verwundern, dass der Sport zunächst nicht auf der Agenda der Politik der vier alliierten Mächte stand. Auch wenn der Sport in den Konzepten der Alliierten zunächst keine Rolle spielte, so war es ihnen keineswegs entgangen, dass im Nationalsozialismus Sport ganz bewusst in das Politik- und Erziehungssystem eingebunden worden war. Mitglieder der während des Kriegs in Moskau weilenden Exil-KPD schrieben dem Sport in ihren theoretischen Konzepten für den Aufbau Deutschlands die Funktion von Jugend- und Gesundheitspflege zu¹⁴⁴, setzten diesen Gedanken nach der Kapitulation zunächst aber nicht in die Praxis um. Den Amerikanern und den Briten war durch die ehemalige Eingebundenheit des Sports in das NS-Regime daran gelegen, auch im Sport Entmilitarisierung und Entnazifizierung durchzusetzen.

Die meisten alliierten Direktiven, Dienstanweisungen und Gesetze betrafen den Sport und seine Organisationen vielmehr „indirekt“, d. h. Sport war nicht explizit Gegenstand der Vorschriften, sondern die allgemeinen Rahmenrichtlinien wirkten

¹⁴³ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 66.

¹⁴⁴ Buss, Handlungsrahmen, S. 124.

auf den Sport. Als direkte Anweisung sind hingegen die Auflösung des NSRL, das Verbot (para-)militärischer Sportarten (Schießen, Fechten etc.) und die Beschränkung des Sportbetriebs auf den Kreismaßstab durch die Direktive Nr. 23 zu werten.¹⁴⁵ Der auf Initiative der Sowjetunion gegen Ende des Jahres 1945 zustande gekommenen Direktive kam kein übermäßiger Einfluss auf die Sportentwicklung zu; lediglich das Tempo der Entwicklung wurde hierdurch zeitweise gedrosselt. Da es sich bei der Direktive Nr. 23 um eine Dienstanweisung und nicht um ein Gesetz handelte, lag die Umsetzung letztlich bei den einzelnen alliierten Mächten und den von ihnen eingesetzten Kommandanten auf Zonen-, Landes- oder Kreisebene.¹⁴⁶ „Ausschlaggebend für das konkrete Sportgeschehen vor Ort war der Einfluß der verantwortlichen Kontrolloffiziere. Die Praxis alliierter Sportpolitik und ihr Einfluß auf die Nachkriegssportentwicklung offenbart sich demzufolge nicht allein nur auf der Grundlage geltender Alliiertes Rechtsvorschriften.“¹⁴⁷ Insgesamt wollten die Alliierten durch die sportspezifischen Anweisungen den Sport kontrollieren, da in seinen Organisationen mögliche Keimzellen für ein Wiedererstarken des Nationalsozialismus gesehen wurden.

Neben der Entnazifizierung hatten die amerikanischen und die sowjetischen Alliierten auch die Intention, die deutsche Bevölkerung „umzuerziehen“ (Reeducation).¹⁴⁸ Neben Kunst und Kultur (insbesondere Film, Literatur und Theater) sollte auch der Sport als Umerziehungsinstrument dienen. Die französische und die britische Besatzungsmacht hielten sich in puncto Umerziehung weitgehend zurück.¹⁴⁹ Ziel der amerikanischen Reeducationpolitik (u. a. durch das GYA-Programm) war die Erziehung der Deutschen – hier ausdrücklich der Jugend – zur Demokratie.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Vgl. zu den verschiedenen Anordnungen der Alliierten, die den Sport betrafen Nicklaus: Kommunal-sport, S. 22; Gallinat: Aufbau, S. 29.; Mai, Gunther: Die Entstehung der Kontrollratsdirektive Nr. 23. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf, Bd.1 1990, S. 95-98, hier S. 95.

¹⁴⁶ Gissel, Norbert: Ein „alter oder neuer Weg im Sport?“ Der Aufbau des Organisationssystems im deutschen Sport nach 1945. In: Ferger, Katja u. a. (Hg.): Sport gelebt und gelehrt. Festschrift für Hannes Neumann. Gießen 1999, S. 33-44, hier S. 38.

¹⁴⁷ Gallinat: Aufbau, S. 32.

¹⁴⁸ Reeducation kann als der geistige Prozess der Demokratisierung, unterschieden von dem institutionellen, betrachtet werden. Vgl. zu den Konzepten der alliierten Besatzungsmächte Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 92-99.

¹⁴⁹ Vgl. Schneider, Ullrich: Aspekte britischer Besatzungspraxis im Nachkriegsdeutschland. In: Buss, Wolfgang (Hg.): Die Entwicklung des Sports in Nordwestdeutschland 1945-1949. Duderstadt 1984, S. 11-44.

¹⁵⁰ Vgl. zum Sport innerhalb des GYA-Programms Gissel, Norbert und Walter Bernsdorff: Reeducation durch Sport in der amerikanischen Besatzungszone. In: Spitzer, Giselher und Harald

In der kommunistischen Betrachtungsweise unterschied sich der Stellenwert von Körperkultur und Sport wesentlich von der westlichen Auffassung. Im Westen galt Sport zu dieser Zeit noch nicht als Teil der Kultur, sondern wurde insbesondere von Intellektuellen bestenfalls belächelt.¹⁵¹ In der kommunistischen Deutung war Sport genau so förderungswürdig wie Kunst und Wissenschaft und wurde daher als integraler Bestandteil von Kultur betrachtet. In der SBZ stand auch die Jugend im Fokus der Umerziehungsbemühungen der Besatzungsmacht. Hier wurde bereits 1946 mit der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) eine Massenorganisation für Jugendliche geschaffen.

Trotz schwieriger Bedingungen – unmittelbar nach dem Krieg waren dies zerstörte Verkehrswege, unzureichende Transportmittel, beschränkte Kommunikationsmöglichkeiten und nicht zuletzt die umständlichen Antragsverfahren, um eine Reisegenehmigung zu bekommen¹⁵² –, hatten stets über die Zonengrenzen hinweg Sportbegegnungen stattgefunden. Im Sommer 1946 wurde mit der Sperrung der Demarkationslinie zwischen der SBZ und den westlichen Zonen der Reiseverkehr zusätzlich erschwert. Obgleich der Sportverkehr zwischen den Westzonen und der SBZ damit quasi in die Illegalität gedrängt wurde, blieb zumindest der Sportbetrieb im Grenzbereich („Kleiner Sportverkehr“) davon relativ unberührt. Zum Teil wurde der Sportverkehr von den politisch Verantwortlichen stillschweigend geduldet oder die Sportler widersetzten sich den Verboten und gingen „schwarz“ über die Grenze.¹⁵³

Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 49-64.

¹⁵¹ Vgl. dazu die Ausführungen von Grupe über die Anfänge der Sportwissenschaft und ihr geringer Stellenwert im akademischen Bereich. Grupe, Ommo: Bekanntgabe und Würdigung der Preisträger im Carl Diem-Wettbewerb 1995/1996 des Deutschen Sportbundes. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 61- 67, hier S. 61f.

¹⁵² Passierscheine waren auch für Reisen innerhalb einer Zone notwendig. Schneider, Ulrich: Politische Voraussetzungen für den Aufbau des Landes Hessen. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 15-24, hier S. 17.

¹⁵³ Ein Beispiel aus dem Grenzgebiet Hessen – Thüringen zeigt, dass 1946 die amerikanischen und sowjetischen Militärbehörden Grenzübertritte von Sportlern duldeten bzw. auch offiziell genehmigten. Furchert, Siegfried: „Tausche Kartoffeln gegen Handball“. Neubeginn in Eschwege. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 118-123.

Was sich für Politik und Wirtschaft abzuzeichnen begann, wurde auch im Bereich des Sports sehr schnell deutlich: Der Sport in Ost und West schlug in organisatorischer Hinsicht getrennte Wege ein. War das Tempo der organisatorischen Entwicklung im Sport in den Westzonen stark abhängig von dem jeweiligen Kommandanten vor Ort, so wurden in der SBZ Eigeninitiativen von Sportlern, die ihre alten Vereine (ob bürgerliche oder kommunistische Rotsportverbände) wieder gründen wollten, unterbunden.¹⁵⁴ Das gelang anfangs nicht immer und führte letztlich zu Auseinandersetzungen zwischen der sowjetischen Kommandantur, den von ihr eingesetzten deutschen Verwaltungen und den ostdeutschen Sportlern. Der Aufbau des Sports in der SBZ/DDR war kein geradliniger Weg – wie zuweilen in simplifizierenden oder ideologisch-verklärenden Darstellungen über die Genese des Sports in der SBZ/DDR behauptet wird –, sondern ein konfliktbeladener Prozess.

Bis im Oktober 1948 mit dem Deutschen Sportausschuß (DS) eine „von oben“ initiierte Dachorganisation des ostdeutschen Sports geschaffen wurde, existierten Kommunal-, Vereins- und FDJ-Sport nebeneinander.¹⁵⁵ Mancherorts gab es die verschiedenen Organisationsformen des Sports noch bis zu Beginn der 1950er Jahre.¹⁵⁶ Obwohl aus der Sicht der Sportler sowohl der Kommunal- als auch der von der FDJ gelenkte Sport zahlreiche Mängel aufwies, gaben die meisten Sportler gegen Ende der 1940er Jahre allmählich ihre Widerstände gegen den „von oben“ verordneten Sport auf. Die Verbindung zur FDJ brachte den Sportlern auch Vorteile ein: Die Beschränkung des Sportbetriebs auf die Kreisebene (Direktive Nr. 23) widersprach im Grunde dem Wesen des Wettkampfsports, der expansiv angelegt und für die Lebensfähigkeit des Sportsystems essentiell ist. Da FDJ-Funktionäre oftmals über gute Kontakte zur SMAD verfügten, konnte die Beschränkung des Sporttreibens auf die Kreisebene entweder umgangen werden oder die sowjetische Kommandantur erteilte ganz offiziell die Genehmigung. Zu-

¹⁵⁴ Vgl. zu den regional unterschiedlichen Entwicklungen in den Westzonen die verschiedenen Beiträge in Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1991. Bd. 2. Dort wird die Sportentwicklung in der britischen Zone an den Beispielen der Städte Hamburg, Mülheim, Köln wie auch die Sportentwicklung auf dem Land untersucht. Ebenso wird mit der amerikanischen und der französischen Zone verfahren. Vgl. auch in Band 1 die Ausführungen unter der Rubrik „Regionale Entwicklung“.

¹⁵⁵ Vgl. zu den regionalen Entwicklungen in der SBZ Gallinat: Aufbau; Nicklaus: Kommunal sport; Luschas: Demokratische Sportbewegung; Ehmke: Kampf.

¹⁵⁶ Nitsch und Peiffer: Turnbrüder, S. 208. Bis etwa 1950/51 kam es zu sporadischen Erneuerungsversuchen der Verfechter des Vereinssports. Vgl. dazu Spitzer u. a.: Schlüsseldokumente, S. 18.

dem wurde der FDJ-Sport aktiv materiell von der SMAD unterstützt. Die SMAD und die SED-Führung intendierten, mittels des Sports auf das politische Bewusstsein der Sportler einzuwirken. Letzteres konnte in der Praxis nicht durchgesetzt werden, denn immer wieder wurde in den Akten des Politbüros das mangelnde politische Bewusstsein der Sportler beanstandet.¹⁵⁷ Mit der Gründung des DS verfügte die SBZ früher über eine Dachorganisation des Sports als die Westzonen, aber nicht über ein Olympisches Komitee, das den Sportlern der SBZ eine Beteiligung an Olympischen Spielen ermöglicht hätte. Gemäß sowjetischer Weisung waren die Olympischen Spiele als „bourgeoise Veranstaltung“ für die Verantwortlichen der SBZ nicht von Interesse. Dies änderte sich erst 1951, als auch die Sowjetunion eine Rückkehr in die Olympische Bewegung anstrebte und das IOC um die Aufnahme ihres NOK ersuchte.

In den Westzonen war unter den Sportfunktionären ein erbitterter Streit über die Organisationsform des Sports entbrannt. Die langjährige Debatte über das bündische oder das fachverbandliche Prinzip, die darüber hinaus von persönlichen Animositäten überschattet wurde, mündete schließlich 1950 in der Gründung des föderalistisch angelegten DSB.¹⁵⁸ Dieser Minimalkonsens der an der Gründung Beteiligten, stand auf einer schwachen organisatorischen und finanziellen Basis, sollte sich jedoch in der Folgezeit als tragfähiger Konsens erweisen. Dem DSB wurde auch die Verantwortung für den deutsch-deutschen Sportverkehr übertragen, der rund ein Jahr nach den Gründungen der beiden deutschen Staaten oftmals recht konfliktbeladen war.¹⁵⁹

Während die Sportfunktionäre in den Westzonen noch immer über eine Organisationsform eines zu gründenden Dachverbandes stritten, hatten zwischenzeitlich hochrangige deutsche Funktionäre mit guten Kontakten zum IOC einen Olympischen Ausschuss ins Leben gerufen. Als eine Vorbedingung zur Teilnahme an Olympischen Spielen galten die Anerkennung eines Nationalen Olympischen Komitees und ferner die Mitgliedschaft der nationalen Sportfachverbände in den jeweiligen internationalen Verbänden.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Teichler: Leistungssportsystem, S. 29.

¹⁵⁸ Vgl. zur Genese des DSB die Beiträge in Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1.

¹⁵⁹ Nitsch: Traditionslinien, S. 61.

Ein „Deutscher Olympischer Ausschuß“ konstituierte sich somit im Juni 1947 unter der Führung des deutschen IOC-Mitgliedes Friedrich Herzog zu Mecklenburg auf einer Sitzung in Frankfurt. Somit gelang es den deutschen Initiatoren gerade noch rechtzeitig, das IOC über die Gründung des Olympischen Ausschusses zu informieren, damit die Frage der Anerkennung auf die Tagesordnung der 40. IOC-Session (19.-21. Juni 1947) in Stockholm gesetzt werden konnte. Das Ziel war die Beteiligung an den Olympischen Spielen 1948 in London. Die Bemühungen der deutschen Sportrepräsentanten waren jedoch vergebens. Auf der Sitzung wurde lediglich bemerkt, dass sich vor Kurzem ein Olympisches Komitee in Frankfurt gegründet habe, eine Entscheidung darüber aber auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werde.¹⁶⁰ Damit war es beschlossene Sache, dass die ersten Olympischen Spiele der Nachkriegszeit ohne deutsche Beteiligung stattfinden würden.¹⁶¹ Unmittelbar nach der IOC-Session informierte IOC-Präsident Edstrøm zu Mecklenburg in einem Brief vom 7. Juli 1947 offiziell darüber, „daß die Anerkennung eines Deutschen Olympischen Komitees erst, nachdem ein neues Deutschland von den Weststaaten [sic!] gebildet worden ist, erfolgen kann“.¹⁶² Obgleich sich einige führende Mitglieder des IOC den deutschen IOC-Mitgliedern und auch anderen prominenten Sportfunktionären (so z. B. Carl Diem, Karl Ritter von Halt)¹⁶³ freundschaftlich verbunden fühlten, konnte die Anerkennung durch das IOC tatsächlich erst nach erfolgter Staatsgründung erreicht werden.

¹⁶⁰ Nitsch, Auf konflikträchtigem Weg, S. 32. Anders Buschmann und Lennartz. Die Autoren führen eine Stelle im Protokoll an, in der es heißt „Allemagne. – Un Comité Olympique vient d’être constitué à Frankfurt. Sa reconnaissance est refusée“. Buschmann, Jürgen und Karl Lennartz: Der „vorläufige“ Deutsche Olympische Ausschuß. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 49-59, hier S. 58.

¹⁶¹ Carl Diem war jedoch als Ehrengast auf persönliche Einladung des IOC-Präsidenten Edstrøms – gegen den Willen einiger IOC-Mitglieder – bei den Olympischen Spielen in London zugegen. Buschmann und Lennartz, Der „vorläufige“ Deutsche Olympische Ausschuß, S. 58.

¹⁶² Abschrift abgedruckt in: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland: Rückkehr, S. 85, Dokument 24.

¹⁶³ Zu den exponierten Sportfunktionären, die während der NS-Zeit im Sport tätig waren und auch in der Nachkriegszeit bald wieder hohe Ämter bekleideten, gehörten u. a. Carl Diem (1947 Direktor der Sporthochschule Köln und 1949 persönliches Mitglied und Schriftführer des NOK), Karl Ritter von Halt (1951 Vorsitzender des NOK und Ehrenpräsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes) und Guido von Mengden (1954 hauptamtlicher Geschäftsführer des DSB sowie bereits 1951 Geschäftsführer der Deutschen Olympischen Gesellschaft), was von Seiten der Öffentlichkeit scharf kritisiert wurde. Noch heute ist die Bewertung dieser Sportfunktionäre umstritten. Vgl. Grupe, Ommo: Bekanntgabe und Würdigung der Preisträger im Carl Diem-Wettbewerb 1995/1996 des Deutschen Sportbundes. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 61- 67; Bennett, Hajo: Carl Diem und sein Werk als Gegenstand sportgeschichtlicher Forschung. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1 (1987) 1, S. 7- 41; Peiffer, Lorenz: Carl Diem und der Sport in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1 (1987) 1, S. 92- 104;

Unter der Führung von Peco Bauwens und Carl Diem wurde im September 1949 heimlich eine NOK-Gründung vorbereitet, die ohne Beteiligung des Präsidiums der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sport (ADS) – als einzige legitimierte, da demokratisch gewählte Instanz im deutschen Sport – und der Landessportverbände erfolgte. Die gewählten Vertreter des Sports wurden nicht einmal zum feierlichen Gründungsakt des NOK (24. September 1949), der im Rahmen der Feierlichkeiten zur Gründung der Bundesrepublik stattfand, eingeladen. „Damit war die zu diesem Zeitpunkt bisher allein legitimierte Gesamtvertretung des organisierten westdeutschen Sports nicht nur als aktiv Mitwirkende am Gründungsakt ausgeschaltet, sondern sogar von der passiven Teilnahme als Zuschauer an diesem so hochkarätig besetzten Festakt ausgeschlossen.“¹⁶⁴ Auf der Gründungsversammlung wurde zu Mecklenburg – seit 1926 Mitglied des IOC – auf Vorschlag von Peco Bauwens zum Präsidenten des „neuen“ NOK gewählt. In seiner Funktion als Präsident formulierte er die Hoffnung auf eine deutsche Teilnahme bei den Olympischen Spielen 1952. Vizepräsidenten wurden Peco Bauwens und Max Danz (Deutscher Leichtathletik-Ausschuß). Willi Daume bekleidete die Funktion des Schatzmeisters. Carl Diem wurde zum einzigen persönlichen Mitglied und zum Schriftführer gewählt.¹⁶⁵

Insgesamt verfügten die westdeutschen Sportfunktionäre über gute Kontakte zu den internationalen Sportfachverbänden. Diese Beziehungen konnten die Funktionäre zu einem Vorsprung gegenüber den ostdeutschen Repräsentanten des Sports ausbauen, indem sie für die westdeutschen Ausschüsse – es handelte sich hierbei eigentlich um Fachverbände, die sich jedoch mit Rücksicht auf die alliierten Gesetzgebungen so nicht nennen durften – die Mitgliedschaft beantragten und in

Teichler, Hans Joachim: Die Rolle Carl Diems in der Zeit und im zeitlichen Umfeld des NS-Regimes. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 10 (1996) 3, S. 56- 79; Jungbauer, Andreas: Die Auseinandersetzung um „Sportvater“ Carl Diem – am Beispiel seiner Geburtsstadt Würzburg, die nun ihre größte Veranstaltungshalle umbenennet. In: SportZeiten, 4 (2004) 1, S. 93-101; Laude, Achim und Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem. Göttingen 2000.

¹⁶⁴ Buss, Wolfgang: Von Bad Schwalbach nach Bonn. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 100-109, hier S. 108.

¹⁶⁵ Spitzer, Giselher: Die Gründung des Nationalen Olympischen Komitees. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 110-126, hier S. 124.

vielen Fällen auch aufgenommen wurden. Damit gerieten das IOC und die Fachverbände in der Folgezeit in eine schwierige Situation, denn laut Statuten der meisten internationalen Gremien des Sports durfte pro Land nur ein Verband (oder NOK) aufgenommen werden. Sie mussten aufgrund der Teilung Deutschlands, einen Modus vivendi für die „doppelten Deutschen“ finden.

3. 1952: Olympischer Neu- oder Fehlstart?

Im folgenden Abschnitt wird der Zeitraum von den Gründungen der beiden deutschen Staaten (1949) bis zu den ersten Olympischen Spielen der Nachkriegszeit mit deutscher Beteiligung (1952) betrachtet. Wie die Kapitelüberschrift vermuten lässt, handelte es sich hierbei nicht um einen reibungslosen Prozess, denn die Sportler aus der DDR waren bei den Spielen 1952 nicht dabei, die olympische Equipe aus Deutschland bestand ausschließlich aus Westdeutschen. Das seinerzeit noch eigenständige Saarland (bis 1957) trat mit einer eigenen Mannschaft an. Wie aber kam es zu diesem Olympischen Neustart – aus westdeutscher – bzw. Fehlstart – aus ostdeutscher Perspektive?

3.1 Die gescheiterten Verhandlungen für die Olympischen Spiele 1952 – Bundesdeutscher Alleinvertretungsanspruch vs. „Deutsche an einen Tisch“

Es stellt sich die Frage, inwieweit die Existenz gesamtdeutscher Olympiamannschaften von der Politik, bzw. den Regierenden in Ost und West toleriert, forciert oder lediglich zähneknirschend geduldet wurde. Bevor dieser Frage nachgegangen werden kann, soll im unmittelbaren Anschluss das deutsche Verhältnis zum IOC, den internationalen Fachverbänden und nicht zuletzt die deutsch-deutschen Sportbeziehungen skizziert werden, die u. a. den Rahmen für die Verhandlungen bildeten.

Unbestritten ist, dass zudem der politische Rahmen einen enormen Einfluss auf die Verhandlungen der beiden deutschen NOK zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften nahm. Mit den Gründungen der beiden deutschen Staaten ging

auch die Teilung der Welt in Ost und West einher. Der Einfluss der Alliierten auf die Politik der Bundesrepublik und der DDR kann nicht groß genug eingeschätzt werden. Wie zuvor skizziert, entstanden auf beiden Seiten der deutschen Grenzen eigene Institutionen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bereich und damit nicht zuletzt auch im organisierten Sport. Die politischen Entwicklungen in Ost und West müssen im Folgenden nachgezeichnet werden, um politisches Kalkül, was mit den Stichworten „Alleinvertretungsanspruch“ (BRD) und dem Slogan „Deutsche an einen Tisch“ (DDR) plakativ charakterisiert werden kann, transparent und verständlich zu machen. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Jahre ist von Belang, da sie direkten Einfluss auf die Legitimation der Herrschaft in Ost und West hatte.

Bei den folgenden Ausführungen ist es von Bedeutung, stets „mitzudenken“, dass die Teilung des Landes in der Bundesrepublik und auch in der DDR von weiten Teilen der Bevölkerung als Provisorium betrachtet wurde. Nur die Wenigsten gingen von einer Spaltung aus, die letztlich 40 Jahre lang bestehen sollte. Je länger Deutschland geteilt war, umso absurder mutete die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften an.

3.1.1 Deutschland und das IOC

Die Sportler aus Deutschland wollten bereits unmittelbar nach Kriegsende wieder Aufnahme in die olympische Bewegung und damit Zugang zu den Olympischen Spielen finden. Das IOC bildete hier die entscheidende Instanz, die über Aufnahme oder Ablehnung beschied.

Die olympische Ebene im Sport war eine recht komplexe. Sie umfasste nicht nur die bilateralen Beziehungen zwischen einem NOK und dem IOC, sondern erstreckte sich u. a. auf die Ebene der internationalen Fachverbände. Vielfach gab es personelle Überschneidungen zwischen IOC- und Fachverbandsmitgliedschaften. Es wird zu zeigen sein, dass die personelle Zusammensetzung des höchsten Gremiums im olympischen Sport maßgeblich war für die Aufnahme eines NOK in das IOC bzw. für den Umgang mit den „doppelten Deutschen“.

Es wurde bereits dargelegt, dass aufgrund des IOC-Beschlusses vom Juni 1947 (40. Session in Stockholm) die ersten Olympischen Spiele der Nachkriegszeit in London (1948) ohne deutsche Beteiligung stattgefunden hatten. Hier bleibt für den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen dem IOC und dem (westdeutschen) NOK festzuhalten, dass ein formaler Ausschluss Deutschlands aus dem internationalen Gremium weder während des Krieges noch danach erfolgt war. Die IOC-Führungsspitze hatte diesen bewusst vermieden, um Deutschland den Weg zurück in die Olympische Bewegung nicht noch weiter zu erschweren. Dass das erste Anerkennungsersuchen der westdeutschen Sportfunktionäre abgelehnt wurde, begründete das IOC mit der fehlenden Staatlichkeit. Für die Verantwortlichen des NOK war dies ein Signal, dass nun – nach erfolgter Konstituierung der Bundesrepublik und eines NOK – einer Anerkennung durch das IOC nichts mehr im Wege stünde.

Wie weiter oben aufgezeigt wurde, hatte sich im Zuge der Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 ein Nationales Olympisches Komitee in den Westzonen formiert. Dieses NOK trat mit dem Anspruch auf, die Interessen des deutschen Sports in der Olympischen Bewegung vertreten zu wollen. Dagegen regte sich anfangs aus der DDR kein Widerspruch. Hier wurde erst nach Weisung aus Moskau gemäß eines ZK-Beschlusses vom 1. März 1951 kurze Zeit später ein NOK gegründet. Für die westdeutsche Sportführung ging es 1949/50 darum, die Anerkennung des Komitees beim IOC durchzusetzen, damit Sportler aus Deutschland wieder an Olympischen Spielen teilnehmen konnten.

Die Ausgangslage gestaltete sich für das bundesdeutsche NOK als recht günstig. Das IOC setzte sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Mehrheit aus Vertretern der westlichen Staaten zusammen. Zudem pflegten westdeutsche Sportfunktionäre vielfältige persönliche Beziehungen zu Mitgliedern des IOC, die meist aus der Zeit der Olympischen Spiele 1936 oder davor stammten.¹⁶⁶ Das galt insbesondere für Karl Ritter von Halt, der seit 1929 Mitglied des IOC war, und – neben Carl Diem – eine exponierte Rolle bei der Organisation der Olympischen Spiele 1936 eingenommen hatte. Neben diesen personellen Bindungen bildete laut IOC-

¹⁶⁶ Insbesondere der ab 1952 amtierende IOC-Präsident Avery Brundage fühlte sich Deutschland nicht zuletzt durch seine freundschaftlichen Beziehungen zu Carl Diem und Theodor Lewald (IOC-Mitglied von 1924 bis zu seinem Tod 1938) verbunden. Diem und Lewald hatten 1929 die USA bereist und intensiven Kontakt zu dem späteren IOC-Präsidenten unterhalten. Guttman: *The Games*, S. 64.

Statuten die Mitgliedschaft in mindestens fünf internationalen Fachverbänden eine Voraussetzung für eine Beteiligung an Olympischen Spielen bzw. für die vorausgehende Anerkennung des NOK.¹⁶⁷ Auf der Fachverbandsebene hatten Funktionäre der Westzonen bereits seit Kriegsende vielfältige Anstrengungen unternommen, um wieder in die Weltfamilie des Sports aufgenommen zu werden.

3.1.2 Die internationalen Sportfachverbände und die „deutsche Frage“

Seit etwa 1947 bemühten sich Vertreter verschiedener Sportarten um Kontakte zu den internationalen Fachverbänden des Sports. Insgesamt ist keine einheitliche Vorgehensweise der verschiedenen internationalen Gremien des Sports in Bezug auf die Aufnahmeersuchen von deutscher Seite festzustellen. Teilweise orientierten sich die internationalen Fachverbände an der Vorgehensweise des IOC. So nannte beispielsweise der internationale Schwimmsportverband, FINA, 1949 zwei Vorbedingungen für eine Aufnahme eines deutschen Verbandes: Der deutsche Schwimmsport müsste erstens in einem offiziellen Schwimmverband organisiert sein und zweitens „muß dieser Verband einem regulär konstituierten Staatsgebilde angehören“.¹⁶⁸ Wie auch das IOC formulierte die FINA hier Bedingungen, die der Sport allein nicht erfüllen konnte, sondern die in den Bereich der Politik gehörten. Im Falle des internationalen Basketballfachverbands kam es zu einer besonderen Entwicklung. Der DBB war 1936 der FIBA beigetreten und während des Krieges bzw. unmittelbar danach nicht ausgeschlossen worden. Nach der erneuten Gründung des DBB (1. Oktober 1949) konnte der Verband seine Mitgliedschaft reaktivieren, ohne dass die FIBA einen Beschluss in dieser Angelegenheit fassen musste.¹⁶⁹ Zu diesem Zeitpunkt waren die beiden deutschen Staaten formal schon gegründet worden.

Nach Pabst mussten sich die westdeutschen Fachverbände die Aufnahme in die internationalen Gremien gegen den Widerstand von zwei Seiten erkämpfen: zum einen gab es die Deutschland betreffenden Ressentiments vieler internationaler

¹⁶⁷ Um die Bildung eines deutschen NOK und dessen Anerkennung durch das IOC zu fördern, hatte der Exekutivausschuss des IOC auf seiner Sitzung am 19./20. April 1949 in Lausanne beschlossen, alle internationalen Fachverbände zu bitten, neben den japanischen auch die deutschen Verbände aufzunehmen. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 176.

¹⁶⁸ Zit. nach Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 104. Vgl. ebenda zu anderen Sportarten.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 103.

Verbandsfunktionäre und zum zweiten die Restriktionen der alliierten Militärregierungen, die wie im Falle der geplanten Gründung eines Fußballfachverbandes (Juli 1949) in Stuttgart intervenierten.¹⁷⁰ Hierbei übersieht Pabst jedoch das insgesamt uneinheitliche Vorgehen der Alliierten, denn andere Fachverbände konnten sich durchaus unbehelligt noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik gründen, wie z. B. der Deutsche Kanu-Verband (März 1949) oder der Deutsche Tischtennis-Bund (Juli 1949).¹⁷¹ Sicherlich gab es eine ganze Reihe von Verbandsfunktionären, die eine zeitnahe deutsche Beteiligung in ihren Reihen verhindern wollten. Doch wie auch das Beispiel des IOC zeigt, gab es auf der anderen Seite auch Fürsprecher für eine Integration (west)deutscher Verbände, was auch Pabst einräumt. Zusammenfassend gibt er an, dass in den meisten Sportarten zwischen 1948 und 1950 internationale Kontakte gesucht und geknüpft wurden. Pabst zufolge waren die Ergebnisse stark davon abhängig, welche Sportnationen im internationalen Verband die Majorität besaßen. Bis zum Jahresende 1949 waren deutsche Sportverbände von fünf internationalen Fachverbänden voll anerkannt, in sieben Gremien waren sie inoffiziell vertreten, die formale Aufnahme stand bevor. Zwölf Fachverbände verweigerten die Teilnahme deutscher Sportler noch ganz.¹⁷²

Generell wurde die Tatsache, dass Deutschland geteilt war, entweder übersehen oder bewusst von den Führungen der internationalen Fachverbände ignoriert. Die Spaltung wurde z. T. – diese Sichtweise war zu dieser Zeit keineswegs unüblich – als Übergang gesehen, und die beiden deutschen Staaten galten als Provisorien. Die Führungsspitzen der internationalen Verbände gingen daher davon aus, dass die westdeutschen Sportverbände Sportler aus ganz Deutschland vertreten und die ostdeutschen Sektionen in naher Zukunft in ihren Verbänden aufgehen oder zumindest gesamtdeutsche Arbeitsausschüsse bilden würden.¹⁷³ Insgesamt waren die bundesdeutschen Sportfunktionäre insbesondere in den Jahren 1950 und 1951

¹⁷⁰ Ebenda, S. 103ff.

¹⁷¹ Nitsch: Traditionslinien, S. 56.

¹⁷² „Prodeutsch“ waren die Schweiz und Schweden, in geringerem Maße auch Frankreich und Großbritannien. Von diesen Ländern wurde bisweilen beklagt, dass der deutsche Sport im internationalen Vergleich als Partner fehle. „Antideutsch“ verhielten sich, meist unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die Beneluxländer, Norwegen und Dänemark, Polen und die Tschechoslowakei. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 105.

¹⁷³ Ferner gibt Pabst an, dass sich einige Verbände aus verbandsegoistischen und nationalistischen Gründen gegen die Aufnahme zweier deutscher Verbände sträubten, weil sie ein Übergewicht deutscher Sportler und Funktionäre fürchteten. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 170.

erfolgreich in der Durchsetzung ihrer Ziele: 15 Verbände wurden von den entsprechenden internationalen Gremien anerkannt.¹⁷⁴

Als die DDR nun ihrerseits zu Beginn der 1950er Jahre um die Aufnahme ihrer Sektionen in die internationalen Verbände ersuchte, wurde dieses Ansinnen zu meist unter dem Hinweis abgelehnt, dass bereits ein deutscher Fachverband vertreten sei. Versuche von Seiten der DDR-Sportfunktionäre, Verhandlungen mit bundesdeutschen Sportführern über die Bildung gesamtdeutscher Arbeitsausschüsse anzustreben, wurden nicht selten bereits im Vorfeld abgeblockt. Der westdeutsche Schwimmverband (DSV) z. B. lehnte Verhandlungen mit dem ostdeutschen DS über eine organisatorische Einigung mit der Begründung ab: „[...] der Westen habe durch die Mitgliedschaft in der FINA die stärkere Position, und es werde deshalb kaum eine andere Lösung geben, als daß sich der Osten in irgendeiner Form dem DSV anschließen müsse mit wörtlicher Anerkennung und Unterwerfung unter unsere Gesetze.“¹⁷⁵ Der DSV beschloss, mit dem Schwimmsport aus der DDR lediglich über „sporttechnische“ Fragen auf der Ebene des Vereinssports zu verhandeln. Wegen des deutsch-deutschen Sportverkehrs gerieten einige westdeutsche Fachverbände in eine Zwickmühle, denn viele internationale Fachverbände verboten ihren Mitgliedern sportliche Beziehungen zu Sportorganisationen, die nicht vom entsprechenden internationalen Verband aufgenommen worden waren.¹⁷⁶

Die internationalen Fachverbände verfolgten somit keine einheitliche Linie in der „deutschen Frage“. Einige nahmen die DDR als eigenständigen Verband schon in den frühen 1950er Jahren auf, andere bestanden auf gesamtdeutsche Teams bzw. auf Funktionärebene auf die Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen. Für den Sport in der DDR waren die Ausgangsbedingungen, was eine internationale Beteiligung anbelangte, zu Beginn der 1950er Jahre demnach nicht besonders günstig. Die von westlichen Vertretern dominierten internationalen Gremien des Sports hatten nicht nur Vorbehalte gegen die ostdeutschen Verbände, sondern z. T. war bei den westlichen Vertretern ein tief verwurzelter Antikommunismus vorherrschend, der das allgemeine Klima im Westen bestimmte und von den USA forciert wurde. Die westdeutschen Funktionäre hatten sich durch die persönlichen

¹⁷⁴ Ebenda, S. 171.

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ Ebenda.

Kontakte mit Vertretern der internationalen Gremien einen großen Vorsprung gesichert und konnten dadurch frühzeitig eine Anerkennung ihrer Verbände durchsetzen. Nicht zuletzt die rigorose Entnazifizierungspraxis in der SBZ und der damit verbundene Elitenaustausch bewirkten, dass es ostdeutschen Sportfunktionären an Fachwissen mangelte, und sie über wenig Verhandlungserfahrung verfügten. Zudem gab es in der DDR Kritik am „bürgerlichen“, internationalen Sport aus den eigenen Reihen, insbesondere durch ehemalige Arbeitersportler.¹⁷⁷ Insgesamt war der Spielraum durch die Einschränkungen der sowjetischen Souveränitätsvorbehalte im östlichen Teil Deutschlands geringer als im Westen. So ungünstig die Ausgangssituation zunächst auch war, so vorteilhaft erwiesen sich für die von der SED angeleitete Sportführung die universalistischen Prämissen der internationalen Sportbewegung, die darauf abzielten, allen die Teilnahme am öffentlichen Sportleben zu ermöglichen. „Da in der Bundesrepublik zudem wenig Begeisterung für gesamtdeutsche Mannschaften bestand (und diese auch politisch nicht erwünscht waren), ebnete gerade dies der internationalen Anerkennung der DDR den Weg. Außerdem: Im Sport zählt letztlich nichts mehr als der Erfolg, und unter Walter Ulbricht wurde der Sport zum Hochleistungssektor ausgebaut.“¹⁷⁸

Mit der Internationalen Schach-Föderation wurde 1950 der erste Sportfachverband der DDR in ein internationales Sportgremium aufgenommen. 1951 erlangten Fachverbände der DDR Mitgliedschaften in der Internationalen Ski-Föderation, der Internationalen Volleyball-Konföderation und der Internationalen Tischtennis-Föderation. Der internationale Tischtennisverband nahm beide deutsche Sektionen am 11. März 1951 unter der Bezeichnung „Arbeitsausschuß Deutschland“ unter der Bedingung auf, dass für Europa- und Weltmeisterschaften gesamtdeutsche Teams gebildet würden. Diese Regelung hatte bis 1959 Bestand, am 27. März 1959 wurden beide Sektionen gleichberechtigt und getrennt voneinander Mit-

¹⁷⁷ Mit der Orientierung auf den Hochleistungssport hatte die SED-Führung einen harten ideologischen Schwenk eingeschlagen, der nur schwer zu vereinbaren war mit dem sozialistischen Prinzip der gleichmäßigen Versorgung der „Massen“. Das dem Hochleistungssport immanente Leistungsprinzip stand im Widerspruch zum sozialistischen Prinzip. Viele ehemalige Arbeitersportler waren daher nicht bereit, die starke Orientierung auf das Leistungsprinzip mitzutragen. Vgl. dazu Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 323f.

¹⁷⁸ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 64.

glied.¹⁷⁹ Im Olympischen Jahr 1952 fanden weitere DDR-Fachverbände Aufnahme in die entsprechenden Föderationen (Basketball, Boxen, Fußball, Kanu, Ringen, Schwimmen, Renn-Segeln).¹⁸⁰ Hierbei mag das am 12. September 1952 geschlossene „Berliner Abkommen“ zwischen dem DS und dem DSB hilfreich gewesen sein, denn der DSB hatte sich verpflichtet, seinen Fachverbänden „die Anerkennung des Anspruchs der Sektionen der DDR in die internationalen Fachverbände“ zu empfehlen.¹⁸¹ Diese Empfehlung war im Westen nicht nur umstritten, sondern die bundesdeutschen Fachverbände weigerten sich z. T., für eine Aufnahme der DDR-Sektion zu votieren. Die DDR-Sektion der Turner musste siebenmal beim Internationalen Turnverband einen Antrag stellen, bis sie 1957 aufgenommen wurde. Pikanterweise wurden die Antragersuchen von ostdeutscher Seite, wenn sie vom westdeutschen Pendant Unterstützung erhielten vom internationalen Verband abgelehnt, da hier eine Blockbildung der „doppelten Deutschen“ befürchtet wurde.¹⁸²

Bis 1955 folgte die Aufnahme in neun weitere internationale Gremien, wobei in den Rudersportarten laut Aufnahmebeschluss vom 23. August 1955 gesamtdeutsche Mannschaften unter der Bezeichnung „Deutschland“ bei Welt- und Europameisterschaften bis zum 13. November 1965 gebildet werden mussten.¹⁸³ Allein aus sportlogischer Sicht war es verständlich, dass sich die Verbandsfunktionäre z. T. sträubten, eine Anerkennung der entsprechenden DDR-Sektionen zu forcieren. Wenn der internationale Fachverband die Entscheidung zur Bildung gesamtdeutscher Teams traf, wurde damit u. U. Sportlern aus der Bundesrepublik die Chance auf eine Teilnahme bei internationalen Wettkämpfen aufgrund einer begrenzten Teilnehmerzahl genommen. Nichtsdestotrotz schien Lehmann zufolge zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit der westdeutschen Verbände nicht bereit gewesen zu sein, im Sinne der Alleinvertretungspolitik das, „wie Daume formulierte, ‚makabre Schauspiel bieten zu wollen, daß die Deutschen sich bemühen, andere Deutsche vom internationalen Sportverkehr auszuschließen‘“.¹⁸⁴ Zudem waren die internationalen Fachverbände aufgrund der sich herausbildenden erstklassigen sportli-

¹⁷⁹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 285. Holzweißig datiert die Aufnahme der Tischtennis-Sektion der DDR auf 1951. Vgl. den Anhang bei Holzweißig: Diplomatie, S. 191-196.

¹⁸⁰ Holzweißig: Diplomatie, S. 191-196.

¹⁸¹ Zitat bei Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 285.

¹⁸² Geyer: Massensport, S. 161.

¹⁸³ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 286.

¹⁸⁴ Ebenda.

chen Leistungen von Sportlern aus der DDR daran interessiert, die entsprechenden Sektionen aufzunehmen. Ferner hatten die Verbandsfunktionäre bei Verhandlungen der internationalen Gremien durch die mittlerweile im Verband vertretenen anderen sozialistischen Staaten eine Reihe von Fürsprechern.¹⁸⁵

Zwar nahmen keine Sportler aus der DDR an den Olympischen Spielen 1952 in Helsinki teil, jedoch nutzten die ostdeutschen Sportfunktionäre hier die Gelegenheit, Kontakte zu den verschiedenen Vertretern der internationalen Fachverbände zu knüpfen und für die Aufnahme ihrer Sektionen zu werben. In der Folgezeit wurden immer mehr ostdeutsche Sektionen international anerkannt. 1955 war die DDR in 19 internationalen Fachverbänden, darunter in 14 olympischen Sportarten vertreten. 1956 und 1957 wurde die Anerkennung durch 16 weitere Verbände erreicht. In keinem anderen nichtstaatlichen Bereich gelang es der DDR, so früh den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung zu untergraben.¹⁸⁶ Vor diesem Hintergrund ließ sich nun der Ausschluss von ostdeutschen Sportlern von Olympischen Spielen nur noch schwerlich weiter hinauszögern.

Neben der Behandlung der „deutschen Frage“ stellen die deutsch-deutschen Sportbeziehungen eine weitere wichtige Referenzebene für die Einordnung der Verhandlungen über die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften dar.

3.1.3 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen

Die Ebene der deutsch-deutschen Sportbeziehungen wies stets auch Überschneidungen mit der olympischen Ebene auf. Von Seiten der Sportler selbst wurde auch nach der Konstituierung der beiden deutschen Staaten eine Fortsetzung des Wettkampfbetriebes gewünscht. Es gab immer wieder Diskussionen über gemeinsame Verbände und in diesem Zusammenhang auch über Deutsche Meisterschaften in den verschiedenen Sportarten.

Allerdings gingen insbesondere von der DDR Anstrengungen aus, auch diesen Bereich des Sports absolut kontrollieren zu wollen. Aber auch in der Bundesre-

¹⁸⁵ Ebenda, S. 286f. Zwischen 1950 und 1956 schloss die DDR mit allen kommunistischen Ländern einschließlich der VR China und Albanien Abkommen über kulturelle, den Sport einbeziehende Zusammenarbeit ab. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 175.

¹⁸⁶ Bundesministerium des Inneren an Bundeskanzleramt, 26.10.1953. In Geyer: Nationale Repräsentation, S. 60.

publik wurde zuweilen der deutsch-deutsche Sportverkehr von der politischen Führung argwöhnisch beobachtet. Der Stellenwert, den der Sport auf beiden Seiten der Grenze hatte, wurde in Ost und West unterschiedlich bewertet.

Während der Sport in der Bundesrepublik entweder kritisch bis ablehnend von führenden gesellschaftlichen Kräften betrachtet wurde oder schlichtweg gar keine Beachtung fand,¹⁸⁷ begann in der DDR schon recht frühzeitig eine großzügige materielle und finanzielle Förderung des Sports durch den Staat, wobei hier auch ebenfalls frühzeitig der Fokus der Förderung auf dem Leistungssport lag.¹⁸⁸ Der Anspruch der SED-Führung bestand darin, alle gesellschaftlichen Bereiche auf die jeweilige politische Linie zu bringen, worauf weiter unten noch ausführlicher eingegangen wird. Nur soviel: Die erste Hälfte der 1950er Jahre war dadurch gekennzeichnet, dass von Seiten der DDR gesamtdeutsche Initiativen forciert wurden, wie die beispielsweise unter dem Slogan „Deutsche an einen Tisch“ bekannt gewordene.

Auch im Sport sollte die „von oben“ vorgegebene politische Linie der SED durchgesetzt werden. Ab 1949 nahmen die Sportverantwortlichen der SBZ/DDR Kontakte zu westlichen Sportfunktionären auf, um einen aus ihrer Sicht kontrollierbaren deutsch-deutschen Sportverkehr zu installieren. Im April 1949 stimmte das Sekretariat des Zentralrates dem Antrag des DS auf interzonale Meisterschaften in der SBZ zu, und auf der Sportschau anlässlich des III. Parlaments der FDJ zu Pfingsten 1949 erklärte der Vorsitzende Erich Honecker, dass der Sport nicht an den Zonen- und Landesgrenzen erstarren solle.¹⁸⁹

Erste Kontakte kamen im Sommer 1949 zwischen Vertretern des DS und westdeutschen Fußball-Funktionären zustande, hierbei wurde u. a. die Gründung eines gemeinsamen Verbandes diskutiert. Im August des Jahres fanden im Rudern erste Deutsche Meisterschaften statt, die aufgrund der Beteiligung von Sportlern aus allen vier Zonen diese Bezeichnung auch zu Recht trugen.

¹⁸⁷ Vgl. die Ausführungen bei Pabst über die Beziehungen zwischen Sport, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 111-128.

¹⁸⁸ Vgl. Teichler: Leistungssportsystem, S. 19ff.

¹⁸⁹ Der DS hatte bereits auf seiner konstituierenden Sitzung im Oktober 1948 einen gesamtdeutschen Anspruch formuliert. Becker: Sportbeziehungen, S. 266.

In der DDR wurden alle staatlichen Organe zur Förderung der Sportbewegung verpflichtet.

Auf der Grundlage des SED-Beschlusses „Freie Bahn der Jugend“ (17. Januar 1950) erließ die Volkskammer am 8. Februar 1950 das „Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“ (das so genannte „Jugendgesetz“). Das Gesetz sah die Einführung des DDR-Sportabzeichens „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens“ sowie eine beträchtliche Steigerung der Produktion von Sportmaterial vor. Zudem sollte in Leipzig eine Hochschule für Körperkultur zur Ausbildung von Dozenten für die Institute für Körpererziehung, für Sportlehrer und Trainer und zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit des Sportwesens mit einer Kapazität von 400 Studierenden errichtet werden.¹⁹⁰

Die neunzehn wichtigsten Sportbauten wurden in den Volkswirtschaftsplan von 1950 übernommen. Die Regierung stellte zur Durchführung des Gesetzes im 1. Fünfjahresplan (1951) 366 Millionen Mark zur Verfügung.¹⁹¹ Ab 1950 intensivierte die DS-Verantwortliche die Kontakte zu westdeutschen Fachverbänden. Zudem starteten sie Initiativen zur Verbreiterung des Sportverkehrs und zur Institutionalisierung der „Westarbeit“. Zu Beginn des Jahres 1950 wurde die Abstimmung sämtlicher Kontakte zwischen Ost und West neu koordiniert. In der neuen Westabteilung waren ausschließlich linientreue und in Sportfragen Gesamtdeutschlands gut geschulte Funktionäre tätig. Ziel war es die proletarischen Sportler West-Berlins und der Bundesrepublik zu agitieren, aber auch die bürgerlichen Kräfte anzusprechen.¹⁹²

Die von Ulbricht ausgegebene Parole „Deutsche an einen Tisch!“ sollte auch im Sport ihren Niederschlag finden. Anlass war das Deutschlandtreffen der Jugend in

¹⁹⁰ Auszüge des „Jugendgesetzes“ in Bernett: Körperkultur, S. 47f.

¹⁹¹ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 130.

¹⁹² Vgl. weiterführend Rybicki, Kristin: Sportler an einen Tisch! – Berlin und die Arbeit des Deutschen Sportausschusses in den frühen 1950er Jahren, S. 69. In: Braun, Jutta und Hans Joachim Teichler (Hg.): Sportstadt Berlin im Kalten Krieg. Prestigekämpfe und Systemwettstreit, Berlin 2006, S. 66-95.

Berlin, an dem nach Möglichkeit auch viele westdeutsche Jugendliche teilnehmen sollten.¹⁹³

Der DSB, das NOK und die anderen Sportverbände im Westen waren zunächst verunsichert, wie sie den Initiativen von Seiten der DDR-Sportorganisationen begegnen sollten. Mehrfach kam es in der Folgezeit zu Gesprächen zwischen dem DSB-Präsidenten Daume und Bundeskanzler Adenauer. Nach Daume vertrat Adenauer die Auffassung – gemäß des im Grundgesetz verankerten Alleinvertretungsanspruches der Bundesregierung –, dass die Aufnahme und Pflege von Kontakten zu irgendeiner Organisation der DDR dazu beitrage, die DDR allmählich „hoffähig“ zu machen. Nach Pabst war Adenauer deshalb grundsätzlich gegen den gesamtdeutschen Sportverkehr und hätte es der „gesamtdeutschen Verantwortung“ der Bundesrepublik entsprechend „am liebsten gesehen, wenn nur der bundesdeutsche Sport den Sport Deutschlands international vertreten hätte“.¹⁹⁴

Die SED-Führung hatte der Sportbewegung im Sinne der Vereinigungsrhetorik klare, politische Aufgaben gestellt. Trotz einzelner Erfolge (Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen, zahlenmäßige Ausweitung des Sportverkehrs auf unterer Ebene¹⁹⁵) wurden die von der SED-Führung an den DS gestellten Erwartungen – „Kampf gegen Remilitarisierung, für Frieden und nationale Einheit im westdeutschen Sport“ – nicht erfüllt. Die Wirksamkeit der „nationalen Sportpolitik“ der DDR litt zu diesem Zeitpunkt nicht nur unter der zu plakativen Agitation und der Fehlperzeption hinsichtlich der politischen Bewusstseinshaltung der westdeutschen Sportler, sondern auch unter der abwehrenden Haltung der bundesdeutschen Sportfunktionäre, die sich gleichermaßen aus dem Primat der internationalen Anerkennung des eigenen, bundesdeutschen Fachverbandes wie aus der Furcht vor „kommunistischer Infiltration“ speiste.¹⁹⁶

Dass die Furcht vor einer Politisierung des Sportverkehrs nicht unbegründet war, zeigte die Entschließung des ZK der SED vom 17. März 1951: „Durch die Durch-

¹⁹³ Becker: Sportbeziehungen, S. 266f. Die Propaganda von Seiten der DDR wurde in der Bundesrepublik sehr genau beobachtet und auch als Gefahr gewertet. Vgl. dazu Peltzig, Siegfried: Sport hinter dem Eisernen Vorhang. Schriften zum Zeitgeschehen, Heft 8, Darmstadt 1952, S. 24ff.

¹⁹⁴ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 137.

¹⁹⁵ Genaue Zahlen für den Sportverkehr auf dieser Ebene konnten nicht ermittelt werden. Zudem sind Zahlen aus DDR-Hinterlassenschaften nicht unbedingt zuverlässig, da es stets galt, das Plansoll zu erfüllen bzw. überzuerfüllen. Vgl. die Angaben bei Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 139.

¹⁹⁶ Becker: Sportbeziehungen, S. 267.

führung eines gesamtdeutschen Spielverkehrs, die Festigung der Freundschaft zwischen Sportlern aus Ost und West und die Stärkung ihres gemeinsamen Willens, eine einheitliche, deutsche Sportbewegung in einem einheitlichen Deutschland zu schaffen, kämpft die Demokratische Sportbewegung gegen die Machenschaften der USA-Imperialisten und ihrer Lakaien, Deutsche von Deutschen zu trennen.¹⁹⁷ Weiter heißt es, dass der DS seine Anstrengungen noch verstärken müsse, um den Spielverkehr mit den westdeutschen Freunden, mit Vereinen aus Westdeutschland zu verbreitern und zu intensivieren. Hierbei sei vor allem die Durchführung gesamtdeutscher Meisterschaften in den verschiedenen Sportarten anzustreben.¹⁹⁸

Der SED-Führung ging es darum, auch im Sport die Einheit Deutschlands zu propagieren. Durch den Sportverkehr sollte die Bindung zu den Sportlern im Westen verstärkt werden, wobei diese nach Möglichkeit durch Begegnungen, Gespräche, Briefe politisch beeinflusst werden sollten. Offizielle Aufforderungen des DTSB an die Turner und Sportler des DSB gab es u. a. zur Mitwirkung an der Aktion „Widerstand gegen Generalkriegsvertrag“ (25.1. 1952). In der Folgezeit wurden die Sportler noch zu vielen propagandistischen Aktionen dieser Art aufgerufen.¹⁹⁹ Insgesamt zeigt sich jedoch in einer rückblickenden Bilanz, dass das politische Einwirken auf die Sportler im Westen erfolglos blieb. Vielfach wurde auch das mangelnde politische Bewusstsein der Sportler aus der DDR von der SED-Führung moniert.²⁰⁰

Auf Initiative des DS wurden ab 1951 „Deutsche Gespräche zwischen Sportlern aus allen Teilen der deutschen Heimat“ ins Leben gerufen. Dieser Austausch fand bis 1970 ein Mal im Jahr im thüringischen Wintersportzentrum Oberhof statt. Allerdings brachten diese „Oberhofer Gespräche“ nicht die von ostdeutscher Seite erhoffte starke Beteiligung prominenter westdeutscher Sportler oder Funktionäre.²⁰¹

¹⁹⁷ Hartmann: Goldkinder, S. 19.

¹⁹⁸ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 131.

¹⁹⁹ Vgl. weiterführend Gieseler: Sport, S. 20f.

²⁰⁰ Vgl. ausführlich zur „Westarbeit“ bzw. „nationale Sportarbeit“ der DDR Becker: Sportbeziehungen, S. 266-303. Auch Krebs kommt in seiner Expertise für die Enquete-Kommission zu dem Ergebnis, dass der Sport nicht zur politischen Bewusstseinsbildung der ostdeutschen Sportler beigetragen hat bzw. keine grundlegenden Gesinnungsänderungen erreichen konnte. Krebs: Politische Instrumentalisierung, S. 1320.

²⁰¹ Holzweißig: Diplomatie, S. 17.

Im Mai 1951 war der deutsch-deutsche Sportverkehr erstmals Thema einer Besprechung zwischen Bundesministerien und dem DSB. Dabei wurde festgelegt, dass die Entscheidung über den Sportverkehr mit der „SBZ“ in der Verantwortung der Sportverbände läge. Dennoch wurde deutlich, dass die Bundesregierung im Sportverkehr eher Risiken denn Chancen sah und präferierte, ihn allenfalls in Ost-West-Richtung zu betreiben. Wenige Tage später (27. Mai 1951) beschlossen DSB und NOK in Stuttgart, „dass mit sofortiger Wirkung jeder Sportverkehr mit Ostdeutschland in jedem Einzelfall der besonderen Genehmigung des zuständigen Fachverbands bedarf.“²⁰² Mit dieser Maßnahme erklärten die Sportfunktionäre die DDR de facto zum Ausland, denn die gleiche Regelung galt für ausländische Verbände. Zudem wurde auf der Sitzung in Stuttgart beschlossen, dass künftig bei Sportveranstaltungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf jegliche politische Agitation zu verzichten sei.

Nach Pabst sind die „Stuttgarter Beschlüsse“ vor allem als enttäuschte Reaktion der bundesdeutschen Sportführung auf die Beschlüsse des ZK der SED vom 17. März 1951 zu verstehen, die den Sport entgegen der westdeutschen Hoffnungen vollständig der kommunistischen Politik unterordneten. Vor der Abstimmung hatte Daume einzelne Passagen der SED-EntschlieÙung verlesen.²⁰³ Mit der fortan geltenden Regelung hatte der DSB im Grunde die Theorie von zwei Staaten in Deutschland vorweggenommen. Da jedoch weiterhin (gesamt-)deutsche Meisterschaften in verschiedenen Sportarten ausgetragen wurden und einzelne Verbände gesamtdeutsche Arbeitsausschüsse bildeten, hatten die Stuttgarter Beschlüsse keine eindeutigen Konsequenzen im Sinne einer strikten Teilung im deutschen Sport.

3.2 Die Auseinandersetzungen der beiden deutschen NOK bis zu den Olympischen Spielen 1952

Bis zu Beginn der 1950er Jahre wurden die Interessen des Sports ausschließlich von den westdeutschen Sportfunktionären wahrgenommen. Als sich die Vertreter des ostdeutschen Sports – nach Anstoß aus Moskau – mit der Gründung eines eigenen NOK nunmehr um eine Aufnahme beim IOC bemühten, wurde die Situation nicht nur für die Verantwortlichen des Weltgremiums des olympischen Sports

²⁰² Zit. nach Becker: Sportbeziehungen, S. 268.

²⁰³ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 143.

komplizierter, sondern auch für die Sportfunktionäre aus der Bundesrepublik. Die folgenden Abschnitte behandeln zunächst die provisorische Anerkennung des westdeutschen NOK, die Gründung eines eigenen NOK der DDR, den Beschluss des IOC zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften und die sich daran anschließenden eigentlichen Verhandlungen der beiden deutschen NOK.

3.2.1 Die provisorische Anerkennung des westdeutschen NOK

Waren die westdeutschen Sportfunktionäre bei der Gründung ihres NOK im September 1949 noch sehr zuversichtlich gewesen, dass nun bald die internationale Anerkennung durch das IOC erfolgen würde, so regten sich zu Beginn des Jahres 1950 Zweifel, was die Haltung des höchsten Gremiums im Sport in Bezug auf die Existenz von zwei deutschen Staaten anbelangte. Der Vizepräsident des NOK, Peco Bauwens, bat Adenauer über das US State Department und die Alliierte Hohe Kommission (AHK) dafür zu sorgen, dass insbesondere die Vertreter der USA auf der entscheidenden Sitzung des IOC eine Aufnahme des NOK befürworteten.²⁰⁴ Auf den NOK-Brief hin wandte sich Adenauer im April 1950 mit der Bitte an die Hohe Kommission, „die Widerstände gegen eine Anerkennung des Nationalen Olympischen Komitees aus dem Wege zu räumen“. Die Hohen Kommissare haben sich diesem Wunsch entsprechend „nachdrücklich für die Anerkennung des NOK eingesetzt“.²⁰⁵

Enttäuscht reagierten die westdeutschen Sportfunktionäre auf die im Verlauf der 44. IOC-Session in Kopenhagen (15.-17. Mai 1950) getroffene Entscheidung, das westdeutsche NOK lediglich vorläufig anzuerkennen. „Die vorläufige Anerkennung bezog sich ausdrücklich und ausschließlich auf das Nationale Olympische Komitee des ‚unter dem Namen Bundesrepublik Westdeutschland [sic!] neu gegründeten Staates‘.“²⁰⁶ Weder Berlin noch die DDR wurden in diesem Zusam-

²⁰⁴ Nach Bauwens' Einschätzung standen die IOC-Mitglieder der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Schwedens dem deutschen Aufnahmeansuchen recht wohlwollend gegenüber, die Vertreter der kleineren Staaten wie Belgien, Holland, Dänemark sowie die der osteuropäischen Staaten könnten die Anerkennung des NOK gefährden, „wenn sich nicht Amerika mit besonderer Wärme für die Wiederaufnahme einsetzt“. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 178.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ Tröger, Walter und Giselher Spitzer: Bis zu den Olympischen Spielen 1952. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für

menhang erwähnt. Nach Lehmann nahm das IOC auf die „deutschfeindliche“ Stimmung in Ländern wie Belgien, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden Rücksicht.²⁰⁷ Das NOK des zu der Zeit eigenständigen Saarlandes hingegen wurde vollständig anerkannt.²⁰⁸

Eine westdeutsche NOK-Delegation wurde zur nächsten Sitzung des IOC-Exekutivkomitees nach Lausanne eingeladen, wo eine künftige Teilnahme an Olympischen Spielen diskutiert werden sollte. Das NOK nominierte eine Delegation, die dem IOC-Exekutivausschuss am 28. August 1950 in Lausanne eine schriftliche Erklärung überreichen sollte, in der die deutsche Sportjugend die von den Verbrechern des Nazi-Regimes begangenen Grausamkeiten zutiefst missbilligte und bedauerte. Zunächst sollten von Halt, Diem, Bauwens, Danz und Daume der Delegation angehören. Gegen die Zusammensetzung dieser Delegation erhob der amerikanische Hohe Kommissar, McCloy, im Namen der AHK bei einer Besprechung mit Bundeskanzler Adenauer auf dem Petersberg am 17. August schwerwiegende Bedenken wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit einiger Delegationsmitglieder. McCloy bestand auf eine personelle Veränderung und übte zusätzlich Druck aus, indem er die Reisepässe sperren ließ. Adenauer nahm Kontakt zum NOK auf und erreichte, dass letztlich Bauwens, Kolb, Lingnau und Dietrich nach Lausanne fuhren, die dem Exekutivausschuss die schriftliche Erklärung überreichten.²⁰⁹ Neben der Entschuldigung für die Verbrechen des Nazi-Regimes wurde ferner der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die deutsche Sportjugend bald wieder mit der ganzen Welt vereinen könne, um ihre Mitarbeit am Aufbau des Friedens unter Beweis zu stellen. Das Exekutiv-Komitee nahm die Entschuldigung nach eingehender Diskussion an und empfahl den Mitgliedern des IOC einstimmig, auf ihrer Sitzung in Wien das Deutsche Olympische Komitee endgültig anzuerkennen und sprach sich zudem für eine deutsche Teilnahme an den Olympischen Spielen in Helsinki aus. Ausdrücklich wurde die Beteiligung eines deutschen Teams bei den Winterspielen in Oslo ausgeschlossen.²¹⁰

Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 148-161, hier S. 149.

²⁰⁷ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 289.

²⁰⁸ Das durch Frankreich aus dem Verband der Westzonen herausgelöste Saarland gründete im Zuge der Konsolidierung seiner Eigenstaatlichkeit ein eigenes NOK. Die einzige Teilnahme einer Olympischen Mannschaft aus dem Saarland fand 1952 in Helsinki statt.

²⁰⁹ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 179.

²¹⁰ Tröger und Spitzer: Bis zu den Olympischen Spielen 1952, S. 149.

Zurück in Frankfurt wählte die Mitgliederversammlung des westdeutschen NOK am 6. Januar 1951 Karl Ritter von Halt zum Präsidenten. Die Wahl eines bereits unter den Nationalsozialisten prominenten Sportführers war international und in der Bundesrepublik umstritten.²¹¹ Von Halt war wegen seiner guten Verbindungen zu Vertretern der nationalsozialistischen Führung in den Vorstand der Deutschen Bank gelangt. Trotz seiner politischen Vergangenheit und anfänglicher Vorbehalte auch des Bundeskanzleramtes, avancierte von Halt nach langer Internierungshaft in der Sowjetunion²¹² 1951 zum Präsidenten des bundesdeutschen NOK. Diesen Aufstieg verdankte er nicht zuletzt dem seit 1952²¹³ amtierenden IOC-Präsidenten Avery Brundage, der sich bereits 1936 unter Berufung auf die Unabhängigkeit des Sports von der Politik erfolgreich gegen den Boykott der Olympischen Spiele in Berlin durch die US-amerikanische Mannschaft eingesetzt hatte.²¹⁴ Die Vergangenheit von Halts bot in der Folgezeit für die Propaganda und Agitation der DDR eine hervorragende Zielscheibe, den NOK-Präsidenten und damit die gesamte westdeutsche Sportführung als „Faschisten“, „Militaristen“, „Revanchisten“ etc. zu diskreditieren.

Bei dieser Sitzung in Frankfurt beschloss das NOK auch die Neufassung der Satzung, deren wichtigste Änderung in der Umbenennung „Nationales Olympisches Komitee für Deutschland“ bestand. Adenauer selbst hatte sich immer wieder für diese Bezeichnung eingesetzt, während die Hohen Kommissare sich gleichzeitig dagegen ausgesprochen hatten.²¹⁵

²¹¹ Mevert: Sportbund, S. 188. Ebenso Krüger: Sport und Politik, S. 101.

²¹² Nach Blödorn hatten Edström und Brundage den sowjetischen Vertretern des Sports die Bedingung auferlegt, dass eine Anerkennung des NOK der UdSSR nicht ohne eine vorherige Entlassung von Halts aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft erfolgen würde. Vgl. Blödorn: Olympismus, S. 91. Ob dies zutrifft, konnte nicht abschließend geklärt werden. Gesichert ist jedoch, dass sich Brundage persönlich bei dem High Commissioner John J. McCloy per Brief einsetzte, um den Verdacht abzuwenden, von Halt sei Nationalsozialist gewesen. In demselben Schreiben setzt er sich auch für Carl Diem ein. Vgl. Guttmann: The Games, S. 100f.

²¹³ Geyer gibt 1953 als Amtsbeginn des IOC-Präsidenten Brundage an. Geyer: Nationale Repräsentation, S. 59.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 180.

3.2.2 Die Gründung des ostdeutschen NOK

Anscheinend ahnten die westdeutschen Sportfunktionäre zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass sie schon sehr bald mit einem ostdeutschen NOK in Konkurrenz um die Anerkennung durch das IOC treten müssen. Auf der olympischen Bühne erschien die DDR schon bald, nachdem auch die Sowjetunion ein Interesse an einer Beteiligung an der Olympischen Bewegung bekundet hatte und die Aufnahme ihres NOK in das IOC beantragt hatte.²¹⁶

Bereits mit der Gründung des DS am 1. Oktober 1948 hatte der 1. Vorsitzende, Waldemar Borde, ausdrücklich auf die internationale Dimension des Sports verwiesen, die es ermögliche, mittels des Sports Frieden und Völkerfreundschaft zu demonstrieren.²¹⁷ Anni Strauss, Mitglied im Sekretariat des DS, berichtete, dass es anlässlich einer Studienreise von DS-Delegierten in die UdSSR (November 1949) bereits erste Anstöße vonseiten der „Genossen“ gegeben habe, dass sich der Sport der DDR auch international orientieren solle. Der nächste Hinweis darauf, dass die Funktionäre der Sowjetunion ein Interesse an einer internationalen sportlichen Präsenz der DDR hatten, lässt sich aus einem Bericht des späteren ersten Präsidenten des ostdeutschen NOK, Kurt Edel, entnehmen. Auf Einladung des Allunions-Komitees für Körperkultur und Sport reiste Edel in die Sowjetunion und nahm dort an einem Erfahrungsaustausch teil (31. Oktober bis 14. Dezember 1950). „Der damalige stellv. Leiter des Allunions-Komitees, Genosse Konstantin Adrainow²¹⁸, und der Leiter der Abteilung Internationale Verbindung, Genosse P. Sobolew, haben uns mehrfach während unseres Aufenthaltes in der UdSSR bei Gesprächen und Lektionen sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass es für die Sportleitung der DDR an der Zeit ist, sich Gedanken über die Gründung eines

²¹⁶ Bereits ab Mitte der 1930er vollzog sich in der Sowjetunion eine Umorientierung hin zum Leistungssport. Eine Beteiligung an den zuvor als „bürgerlich“ verpönten Olympischen Spielen bedeutete einen enormen ideologischen Schwenk. Während der Olympischen Spiele 1948 stellte das NOK der Sowjetunion seinen Aufnahmeantrag an das IOC. Vgl. zur Entwicklung in der Sowjetunion Riordan, James W.: *Elite Sport Policy in East and West*. In: Allison, Lincoln (Hg.): *The Politics of Sport*. Manchester University Press 1986, S. 66-89, hier S. 68ff. Und Riordan, James W.: *Politics of Elite Sport in East and West*. In: Redmond, Gerald (Hg.): *Sport and Politics. The 1984 Olympic Scientific Congress Proceedings*, Vol. 7, Champaign, Illinois 1986, S. 35-41. Weiterführend Gounot, André: *Sportkonzepte der kommunistischen Arbeitersportbewegung 1921-1937. Politische Abhängigkeiten und ideologische Wandlungen*. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): *Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam*. Köln 1997, S. 23-47.

²¹⁷ Buss: *Internationaler Sportverkehr*, S. 314.

²¹⁸ Gemeint ist wahrscheinlich Andrianov. Bei der Übertragung russischer Namen ins Deutsche kann es zu unterschiedlichen Schreibweisen kommen.

Nationalen Olympischen Komitees (das westdeutsche NOK war bereits am 24.9.1949 gegründet worden) zu machen. Genosse Adrianows zielbewusste Empfehlung und Hinweise an die Sportleitung der DDR machten schnelles Handeln notwendig, weil der IOC-Kongress vom 3.5.-7.5.1951 in Wien stattfand! Bis zu diesem Zeitpunkt (Ende 1950) hatte sich die Sportleitung der DDR noch nicht mit diesem wichtigen Problem befaßt. Das westdeutsche NOK wurde bereits in Kopenhagen 1950 provisorisch anerkannt – 1951 in Wien stand die vollgültige Anerkennung bevor.²¹⁹

Nun beschäftigte sich das Zentralkomitee der SED intensiver mit den Aufgaben des Sports. In einem am 17. März 1951 für den Sport richtungweisenden Beschluss des ZK der SED heißt es, die Sportkontakte zwischen Ost und West müssten intensiviert werden, um gegen die Machenschaften des US-Imperialismus zu kämpfen, der versuche, Deutsche von Deutschen zu trennen. „Im Interesse eines gesamtdeutschen Sportverkehrs mit der gesamtdeutschen Vertretung im internationalen Maßstab mit dem Ziel, auf einer gemeinsamen Grundlage enge, freundschaftliche Beziehungen zu den Sportlern aller Völker herzustellen und zu vertiefen, ist die Bildung eines gesamtdeutschen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) anzustreben.“²²⁰ Unter der Leitlinie „Festigung der Freundschaft zu den Sportlern der friedliebenden Völker“ wurde dem DS u. a. die Aufgabe übertragen, „die Aufnahme der verschiedenen Sektionen in die verschiedenen internationalen Sportföderationen in die Wege zu leiten“.²²¹

Ab Anfang der 1950er Jahre fanden regelmäßig – oftmals im Vorfeld von Jahreskongressen der internationalen Fachverbände – Konferenzen von Sportfunktionären der Warschauer Pakt-Staaten mit dem Ziel statt, sportpolitische Aktivitäten auf internationaler Ebene miteinander abzustimmen. Hierbei ging es auch darum, Einschätzungen abzugeben, wie sich Sportfunktionäre westlicher Staaten und auch der „jungen“ afrikanischen und asiatischen Länder gegenüber den so genannten Ostblockstaaten verhielten. Dies zielte im Ergebnis darauf ab, die westliche Vormachtstellung in den internationalen Gremien des Sports zu durchbrechen. Nicht zuletzt wurden auch Fragen der geteilten Nationen (z. B. Deutschland, Chi-

²¹⁹ Edels Bericht in Auszügen in Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 330f.

²²⁰ Zitat in: Krüger: Sport und Politik, S. 100.

²²¹ Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 315.

na, Korea) erläutert, um eventuell Präzedenzfälle zu schaffen, die sich politisch verallgemeinern ließen.²²² Es bleibt zu vermuten, dass die Sportfunktionäre der Sowjetunion bei diesen Konferenzen den Ton angaben.

Nachdem sich die DDR-Führung zunächst für ein gesamtdeutsches NOK eingesetzt hatte, das jedoch an der strikten Ablehnung der westdeutschen Seite scheiterte, konstituierte sich das NOK für Ostdeutschland²²³ gemäß eines Beschlusses des ZK der SED (1. März 1951) am 22. April 1951 gerade noch rechtzeitig, damit auf der folgenden IOC-Session (7.-9. Mai 1951) über den Antrag auf Aufnahme ins IOC abgestimmt werden konnte. Paragraph 1 der Satzung des ostdeutschen NOK enthielt den Passus, dass es sich das Komitee zur Aufgabe gemacht habe, mit dem NOK der Bundesrepublik eine gemeinsame Basis zu finden, um ein Nationales Olympisches Komitee für ganz Deutschland zu schaffen. Damit sei ein wesentlicher Beitrag geleistet, um die Einheit im deutschen Sport herzustellen.²²⁴

Die Funktionäre des westdeutschen NOK waren empört über die Konstituierung des ostdeutschen Komitees und betrachteten es als illegitim. Zudem wurde konstatiert, dass das NOK der DDR weder frei und unabhängig noch politisch neutral sei, wie es die IOC-Statuten verlangten.²²⁵ Die westdeutschen NOK-Mitglieder kamen zu folgendem Schluss: „Wir von der Westzone halten die Gründung des ostzonalen Komitees für nicht zulässig. Es muß verhindert werden, daß dieses ostzonale olympische Komitee anerkannt wird.“²²⁶ Für die westdeutsche Vormachtstellung im olympischen Sport wurde es nun kritisch, denn die Anerkennung des NOK des Saargebiets hatte einen Präzedenzfall geschaffen, auf den sich die Sportfunktionäre der DDR berufen konnten. Das IOC hatte damit bewiesen, dass es politische Realitäten durchaus anerkannte.

Die Ansicht des westdeutschen NOK wurde jedoch nicht unbedingt von der öffentlichen Meinung geteilt. Einer Umfrage des Demoskopischen Instituts Allensbach (Juni 1951) zufolge waren 62 % aller Befragten dafür, dass Ost- und West-

²²² Ebenda, S. 319. Vgl. zur Arbeitsweise der Konferenzen ders., S. 318ff.

²²³ Von 1951-1956 lautete die offizielle Bezeichnung NOK für Ostdeutschland, ab 1965 hieß es NOK der DDR.

²²⁴ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 181.

²²⁵ Um die vom IOC geforderte politische Unabhängigkeit formell zu wahren, trat das ostdeutsche NOK ab Mitte der 1950er Jahre als selbständige Organisation auf. In den Anfangsjahren hatte das NOK die Anweisungen direkt vom Politbüro bzw. von Ulbricht erhalten. Ab 1957 war das Komitee formal dem DTSB-Sekretariat rechenschaftspflichtig. Kluge: Wir waren die Besten, S. 180f.

²²⁶ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 182.

deutschland gemeinsam ein Komitee bilden und eine gesamtdeutsche Mannschaft zu den Olympischen Spielen entsenden sollten; nur 9 % sprachen sich dagegen aus.²²⁷ Das Umfrageergebnis deckt sich durchaus mit der Stimmung in der bundesrepublikanischen Bevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR als provisorische Übergangslösungen betrachtete.

3.2.3 Der IOC-Beschluss von Wien: Bildung gesamtdeutscher Mannschaften

Die nun folgenden Beschlüsse in Wien und später in Lausanne waren richtungweisend für das künftige Verhältnis der beiden deutschen NOK zueinander und bestimmten darüber hinaus die Linie, die das IOC fortan verfolgte. Auf der IOC-Sitzung in Wien wurde über die beiden deutschen Anträge separat abgestimmt; das westdeutsche NOK wurde nun vollständig anerkannt, und es wurde ebenfalls die Aufnahme des NOK der UdSSR bestätigt. Der Anerkennungsantrag des NOK für Ostdeutschland wurde hingegen abgelehnt.²²⁸ Allerdings forderte das IOC das bundesdeutsche NOK auf, unverzüglich mit dem ostdeutschen NOK Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen NOK zu führen und Vorbereitungen zur Bildung einer gemeinsamen Mannschaft zu treffen. Das Ergebnis der Verhandlungen sollte dem IOC zwei Wochen später in Lausanne vorgestellt werden.²²⁹

Guttman vermutet, dass die meisten IOC-Mitglieder davon ausgingen, dass das wirtschaftlich fortschrittlichere und geographisch größere Westdeutschland auch als „mächtigere“ Sportnation die dominierende Kraft in einem gemeinsamen Team sein würde.²³⁰ Diese Rechnung ging zumindest bis zu den Olympischen Spielen 1964 auf. Bei den Sommerspielen in Tokio übernahm die DDR erstmals die Mannschaftsleitung, in der Person des Chef de Mission, da die ostdeutschen Sportler zahlenmäßig den größeren Anteil des gesamtdeutschen Teams stellten.²³¹

In der Folgezeit stellte sich für die Verantwortlichen des westdeutschen NOK die Frage, wie auf die Vorstöße des ostdeutschen Pendantes zu reagieren sei. Auch die

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Pfeiffer geht davon aus, dass IOC-Kanzler Mayer und IOC-Präsident Brundage maßgeblich das Aufnahmeverhalten des ostdeutschen NOK hintertrieben. Pfeiffer: Boykottdiskussionen, S. 32ff.

²²⁹ Tröger und Spitzer: Bis zu den Olympischen Spielen 1952, S. 150 und 153.

²³⁰ Guttman: The Games, S. 152.

²³¹ Blödorn: Olympismus, S. 96.

Bundesregierung wollte dem Sport bei so wichtigen Entscheidungen, die u. U. die nationale Repräsentation betrafen oder gar den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in Frage stellten, nicht gänzlich freie Hand lassen. Am 16. Mai 1951 fand eine vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen einberufene Sitzung über die sportlichen Beziehungen zur „Sowjet-Zone“ statt, an der sämtliche Leiter der insgesamt 22 Sportfach-Verbände, der Präsident des DSB und Vertreter des NOK teilnahmen. Nach Geyer stimmten die westdeutschen Sportfunktionäre mit der Bundesregierung darin überein, dass die Isolierung der DDR auf internationalem Parkett eine Frage der „staatspolitischen Verantwortung“ sei.²³²

Die Verhandlungen über die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften nahmen am 17. Mai in Hannover 1951 ihren Anfang, wo sich Vertreter der beiden deutschen NOK trafen. Allerdings blieben die Diskussionen zwischen den ost- und westdeutschen Sportdelegierten ohne Ergebnis.

Nach Pabst waren die Verhandlungen in erster Linie an der Ablehnung der westdeutschen Sportfunktionäre gescheitert, die nicht über Fachverbandsinteressen entscheiden konnten und/oder wollten.²³³ Als es sich abzuzeichnen begann, dass die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, griff Brundage selbst am 22. Mai in die Verhandlungen ein und traf sich in Lausanne mit Karl Ritter von Halt, Kurt Edel und anderen Mitgliedern der beiden rivalisierenden deutschen NOK. Zuvor hatten sich die Vertreter der NOK mit ihren jeweiligen Regierungen beraten. Ulbricht selbst hatte als Maximalziel die Anerkennung des NOK der DDR und als Minimalziel die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften, aber nur unter der Bedingung, wenn die Gleichberechtigung beider NOK garantiert wäre, formuliert. Nachdem sich Brundage beide Standpunkte angehört hatte, entwarf das IOC ein Kommuniqué („Lausanner Vereinbarung“), das beide deutschen Delegationen – nach heftigem Einspruch der DDR-Vertreter Edel und Scharch – unterzeichneten. Darin erklärten sich beide Seiten bereit, anzuerkennen, dass es den IOC-Regeln entsprechend für Deutschland nur ein NOK geben könne, und das war das westdeutsche. Ferner solle eine gemeinsame Olympiamannschaft für die Olympischen Spiele 1952 aus den besten Amateursportlern Deutschlands gebildet werden, für die das NOK-West verantwortlich sei.²³⁴

²³² Geyer: Nationale Repräsentation, S. 59 und Anm. 11.

²³³ Vgl. dazu Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 183f.

²³⁴ Ebenda, S. 184.

Die Bundesregierung betrachtete die Planungen zur Aufstellung gesamtdeutscher Olympiamannschaften mit Argwohn, fürchteten doch die Bonner Regierenden um ihren Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR, die als Staat nicht anerkannt wurde. Dass überhaupt Verhandlungen mit ostdeutschen Sportfunktionären geführt wurden, lag nicht in ihrem Interesse. Der NOK-Präsident Ritter von Halt berichtete Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Brief (25. Mai 1951) beziehend auf die Verhandlungen zwischen dem NOK-West und NOK-Ost in Hannover am 17. Mai 1951 und in Lausanne am 21./22. Mai 1951. Von Halt schrieb, dass er die Verhandlung in Lausanne (22. Mai) über die Aufstellung einer gemeinsamen Olympiamannschaft so geleitet hätte, dass sie ergebnislos verlaufen musste. „Wir erklärten uns bereit, die sich durch ihre Leistungen qualifizierten Sportler der Ostzone in die gesamtdeutsche Mannschaft einzureihen. Wir lehnten aber die Bildung eines gesamtdeutschen Olympischen Komitees, wie es die Ostzone wollte, ab.“²³⁵ Von Halt berichtete ferner, dass er sich informell am 21. Mai mit allen Mitgliedern des IOC-Exekutiv-Komitees getroffen habe, um sich ihrer Unterstützung zugunsten der Westdeutschen zu versichern. Brundage habe sich besonders verständnisvoll für die bundesdeutsche Position gezeigt. Die Beratungen selbst seien außerordentlich schwierig gewesen, weil sich die Vertreter der „Ostzone“ auf jeden Kompromiss eingelassen, und sie ihre Wünsche nach einer zahlenmäßigen Vertretung in einem gesamtdeutschen Komitee auf ein Minimum herabgesetzt hätten. Von Halt schließt mit den Worten, dass der Bundeskanzler sicherlich mit dem Ergebnis der Verhandlung einverstanden sei, da diese Lösung ja schon gemeinsam in Bonn erörtert worden sei.²³⁶

Insgesamt scheint es, als seien die ostdeutschen Unterhändler schlecht präpariert gewesen, denn offenbar verfügte keiner von ihnen über die erforderlichen Sprachkenntnisse. Französisch war die offizielle Verhandlungssprache des IOC, die „Lausanner Vereinbarung“ hingegen war in englischer Sprache abgefasst worden. Die Vereinbarung war von der ostdeutschen Delegation in dem Glauben unterschrieben worden, somit bei den Olympischen Spielen 1952 mit einem ausreichend selbständigen Status beteiligt zu sein. Die Brisanz lag darin, dass die Repräsentanten des DDR-Sports unwissentlich die Einordnung in die westdeutsche

²³⁵ Auszug des Briefs in Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 49.

²³⁶ Ebenda.

Olympiamannschaft unterschrieben und damit selbst die Minimalziele der SED-Führung verfehlt hatten. Keines der drei vorgegebenen Ziele wurde erreicht, weder gelang die Bildung eines gemeinsamen NOK, noch wurde der gleichberechtigte Status beider Komitees erreicht. Als dritte Option wäre noch der Abbruch der Gespräche geblieben. Dementsprechend wurden die Delegierten von Ulbricht persönlich gerügt.²³⁷

3.2.4 Reaktionen auf die „Lausanner Vereinbarung“

Das Sekretariat des ZK der SED kam zu dem Schluss, dass die „Lausanner Vereinbarung“ unannehmbar sei. Die Abteilung Agitation und Propaganda wurde beauftragt, die Vereinbarung als eine „anglo-amerikanische Provokation gegen die DDR und eine einseitige Begünstigung des reaktionären Westdeutschland“ nach außen darzustellen. Es sollte nach außen so aussehen, als würde eine Massenkampagne der Sportler (durch Unterschriftensammlungen) die Unterzeichner zwingen, von der Vereinbarung zurückzutreten. Am 2. September erklärte das NOK der DDR die Vereinbarung von Lausanne für nichtig und forderte neue Verhandlungen und die Anerkennung ihres Komitees durch das IOC.²³⁸

Im westdeutschen Sportfunktionärslager war die „Lausanner Vereinbarung“ aus ganz anderen Gründen umstritten. Auf einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des NOK und des DSB (27. Mai 1951) wurden Stimmen laut, die angesichts der politischen Beeinflussung des ostdeutschen Sports eine Einschränkung bzw. den Abbruch der Sportbeziehungen forderten. Nach intensiver Diskussion beschloss die Versammlung, die Beziehungen aufrecht zu erhalten, um die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft und damit die Teilnahme an den Spielen nicht zu gefährden. Am selben Tag distanzierte sich das NOK der DDR von der „Lausanner Vereinbarung“, bis Anfang September die offizielle Aufkündigung folgte.²³⁹

Im Herbst 1951 kam es zu einigen Briefwechseln zwischen den Vertretern der beiden deutschen NOK über die Wiederaufnahme von Verhandlungen, die jedoch

²³⁷ Spitzer u. a.: Schlüsseldokumente, S. 24. Vgl. hierzu auch ebenda, Dokument Nr. 7, S. 49-59, das die Stellungnahmen der DS-Sekretäre enthält.

²³⁸ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 186.

²³⁹ Träger und Spitzer: Bis zu den Olympischen Spielen 1952, S. 153.

aufgrund der verhärteten Fronten ergebnislos blieben. Für das IOC jedoch war die „deutsche Angelegenheit“ keinesfalls ad acta gelegt. Die deutschen Sportdelegierten beider NOK sollten weiter verhandeln, um doch noch zu einer Einigung zu gelangen. Im November folgten zähe und fruchtlose Verhandlungen in Hamburg und Kassel. Insgesamt pochten die westdeutschen Vertreter auf die Einhaltung der „Lausanner Vereinbarung“, während die Ostdeutschen die volle Selbständigkeit verlangten.²⁴⁰ Um dennoch für die Olympischen Spiele 1952 eine gemeinsame Olympiamannschaft zu bilden, lud der Präsident der Organisationskomitees von Helsinki, Erik von Frenckell, Vertreter des IOC sowie Delegationen der beiden deutschen NOK nach Kopenhagen zu Kompromissverhandlungen ein (8. Februar 1952). Präsident Edstrøm, Brundage und IOC-Kanzler Otto Mayer waren als Vertreter des IOC in die dänische Hauptstadt gereist. Zusammen mit den Vertretern des westdeutschen NOK warteten sie vergeblich auf das Erscheinen der Delegation aus der DDR, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft in einem Hotel aufhielt. Als offizielle Erklärung für ihr Fernbleiben von der Verhandlung gab Kurt Edel später an, der Flug nach Kopenhagen sei sehr turbulent gewesen und die Delegierten hätten sich erst davon erholen müssen.²⁴¹ Die IOC-Führungsspitze fühlte sich brüskiert und verzichtete auf weitere Verhandlungen in dieser Angelegenheit mit dem Ergebnis, dass 1952 bei den Olympischen Spielen in Helsinki keine Sportler aus der DDR im deutschen Team vertreten waren.²⁴² Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass es die noch in Kopenhagen weilende Delegation der Bundesrepublik ablehnte, mit den ostdeutschen Sportfunktionären eine Beratung abzuhalten.²⁴³ Von Halt schrieb nach den „Verhandlungen“ (12. Februar 1952) an das BMI, dass er vor der Konferenz Kontakt zum IOC-Präsidenten Edstrøm aufgenommen hatte, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen, ein gesamtdeutsches Komitee zu bilden.²⁴⁴

Dass die bereits angereiste Delegation des NOK für Ostdeutschland nicht am Verhandlungstisch erschien, erklärt Krüger damit, dass bei der schwachen Verhandlungsposition des ostdeutschen NOK nur eine vollständige Integration in das

²⁴⁰ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 187f.

²⁴¹ Vgl. den Auszug des Briefes in Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 51.

²⁴² Guttman: The Games, S. 153.

²⁴³ Diese Passage ist ebenfalls in Edels Brief enthalten. Auszug des Briefes in Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 51.

²⁴⁴ Auszug des Briefes in ebenda.

westdeutsche Team im Bereich des Möglichen gelegen hätte.²⁴⁵ Das Nichterscheinen war der einzige Ausweg aus dem Dilemma, auf der einen Seite den Parteauftrag erfüllen zu müssen und auf der anderen Seite gegenüber dem IOC der Gesprächsverpflichtung nachzukommen.²⁴⁶ Ferner planten die Sportfunktionäre, bei den Olympischen Spielen in Oslo direkt mit dem IOC zu verhandeln. Krüger betont, dass eine Beteiligung von DDR-Sportlern unter der NOK-Präsidentschaft des ehemaligen „Reichssportführers“ von Halt für den ostdeutschen NOK-Präsidenten Edel vollkommen außer Frage gestanden hätte.²⁴⁷ Der letzte Aspekt bleibt strittig, denn es hatte sich in der Vergangenheit gezeigt, dass auch in der DDR insgesamt nachsichtig mit ehemaligen nationalsozialistischen Funktionsträgern umgegangen wurde, wenn diese von Nutzen waren.²⁴⁸

Nach Buss war infolge des Verhaltens des westdeutschen NOK, insbesondere im Zusammenwirken des NOK-Präsidenten Ritter von Halt mit dem IOC-Exekutivkomitee, und der Abstimmung mit der Bundesregierung, die mit hochgradig unlauteren Methoden ausgetragene Kontroverse um die „Lausanner Vereinbarung“ dafür verantwortlich, dass 1952 bei den Olympischen Spielen die Athleten der DDR „die ersten politisch motivierten ‚Boykottopfer‘ der deutschen Nachkriegs-Sportpolitik waren“. Buss räumt jedoch ein, dass zudem die mangelnde Verhandlungserfahrung der DDR-Sportfunktionäre und auch, dass die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft zu dem Zeitpunkt von der SED-Führung politisch nicht erwünscht gewesen sei, ein Übriges dazu beigetragen habe, dass 1952 keine Sportler aus der DDR an den Spielen teilnahmen.²⁴⁹ Es bleibt jedoch mehr als fraglich, ob die politisch unerwünschte, jedoch vom IOC angeordnete, gesamtdeutsche Mannschaft auch unter anderen Bedingungen von der SED-Führung genehmigt worden wäre. Ferner bleibt die Frage nach der Rolle der Sowjetunion in diesem Zusammenhang offen. Werner Scharch, Mitglied der Verhandlungs-

²⁴⁵ Krüger: Sport und Politik, S. 102. Diese Position erhält durch den Brief von Halts an das BMI Unterstützung. Vgl. Auszug des Briefes in Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 51. Auch Pabst erklärt das Nichterscheinen damit, dass den Delegierten aus der DDR klar war, dass das IOC die Lausanner Beschlüsse keinesfalls revidieren würde. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 188.

²⁴⁶ Vgl. dazu Spitzer u. a.: Schlüsseldokumente, S. 25.

²⁴⁷ Vgl. Krüger: Sport und Politik, S. 102ff.

²⁴⁸ Dies ließ sich insbesondere auf wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gebiet zeigen, wenn es um begehrtes technologisches Know-how ging. Aber auch beim Aufbau der Sportorganisationen in der Nachkriegszeit griff die SED-Führung auf in der NS-Zeit sozialisierte Jugendliche zurück, die in der HJ Führungspositionen eingenommen hatten und über Fachkompetenz im Sportbereich verfügten.

²⁴⁹ Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 332.

delegation in Lausanne, gibt an, dass zwar unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht über zwei Stunden im Kleinen Sekretariat über die „Lausanner Vereinbarung“ diskutiert wurde, dass die Entscheidung darüber jedoch nicht dort, sondern von der sowjetischen Kommandantur in Karlshorst gefällt worden war.²⁵⁰ Weiterhin wäre es denkbar, dass die SED-Führung aufgrund des Leistungsniveaus ihrer Athleten eine sportliche Blamage befürchtete.

Trotz aller Streitigkeiten über die gemeinsamen Olympiamannschaften wurden in einigen Sportarten noch bis Mitte der 1950er Jahre gemeinsame deutsche Meisterschaften durchgeführt.²⁵¹

3.2.5 Die Fortführung der ostdeutschen Bemühungen während der Olympischen Spiele 1952

Die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften war gescheitert. Bei den Spielen in Oslo im Februar und bei den Spielen in Helsinki vertraten ausschließlich westdeutsche Sportler „Deutschland“. Die Funktionäre aus der DDR gaben jedoch nicht auf und versuchten, während der Spiele Kontakte zur IOC-Ebene zu knüpfen. Insgesamt war die Frage der Beteiligung deutscher Sportler – aus welchem Teil Deutschlands auch immer – umstritten.

Eine Teilnahme deutscher Sportler an den Winterspielen in Oslo (14.-25. Februar 1952) stellte eine besonders sensible Angelegenheit dar, weil Norwegen während des Krieges jahrelang unter deutscher Besatzung gelitten hatte. An das westdeutsche NOK war zunächst lediglich eine Einladung für die Sommerspiele in Helsinki gegangen, nicht jedoch für die Winterspiele in Oslo. Die sportlichen Vorbereitungen für ein deutsches Team begannen ungeachtet dessen bereits zu Beginn des Jahres 1950, obwohl Karl Ritter von Halt ein Schreiben des IOC-Präsidenten erhalten hatte, in dem die Beteiligung der Deutschen in Oslo als „völlig unmöglich“ bezeichnet und angedeutet wurde, dass auch die Teilnahme in Helsinki gefährdet sein könne.²⁵² Im Juni 1951 hatte das norwegische Organisationskomitee Deutsch-

²⁵⁰ Ebenda.

²⁵¹ Blödorn: Olympismus, S. 90. So fanden beispielsweise 1954 gesamtdeutsche Meisterschaften im Tischtennis in Ost-Berlin statt. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 174.

²⁵² Spitzer, Giselher: „Olympia ruft“ - Oslo und Helsinki 1952. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine

land eingeladen. Dieser Einladung folgte ein Brief des Vorsitzenden Olaf Ditlev-Simonsen jr.²⁵³, aus dem hervorgeht, dass Deutschland zwar eingeladen, aber nicht erwünscht sei. Die Deutsche Olympische Gesellschaft (DOG)²⁵⁴ veröffentlichte eine Stellungnahme zur umstrittenen Frage, ob Deutschland in Oslo teilnehmen sollte. In dieser Erklärung heißt es, dass Deutschland zwar das unbestrittene Recht zur Teilnahme habe, aber es sei ebenso unbestreitbar, dass es der Takt verbiete, irgendwo zu erscheinen, wo man zwar eingeladen werden musste, jedoch unwillkommen sei. Eine Beteiligung sei trotzdem wegen des völkerverbindenden Gedankens der internationalen Sportjugend zu befürworten. Deutsche und norwegische Sportler seien gute Freunde gewesen und könnten es ohne jeden Zweifel wieder werden. „Der olympische Geist im Sport kennt keine Ressentiments. Es ist geradezu eine seiner Aufgaben, sie zu überwinden.“²⁵⁵

Parallel zu der Diskussion, ob sich eine deutsche Mannschaft überhaupt an den Spielen in Oslo beteiligen sollte, stellte sich zudem die Frage, was mit den ostdeutschen Sportlern geschehen sollte. Nachdem die DDR-Sportfunktionäre die Vereinbarung von Lausanne aufgekündigt hatten, meldete das NOK der DDR eine eigene Mannschaft für Oslo, die jedoch vom norwegischen Organisationskomitee mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des westdeutschen NOK abgelehnt wurde. Das westdeutsche NOK-Präsidium lehnte „eine Eingliederung von ostdeutschen Sportlern in die Mannschaft in Oslo aus rein sportlichen Erwägungen ab“, da die DDR-Sportler nicht an den Ausscheidungswettkämpfen im Rahmen der VIII. Internationalen Wintersportwochen in Garmisch-Partenkirchen teilgenommen hätten.²⁵⁶ Trotzdem war eine Delegation der DDR nach Oslo gereist, um mit dem IOC über die Frage der Anerkennung ihres NOK zu verhandeln. Die Vorstöße

Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 169-186, hier S. 170.

²⁵³ Ditlev-Simonsen jr. war von den Nationalsozialisten verfolgt worden. Spitzer: Olympia ruft, S. 170.

²⁵⁴ Die DOG wurde am 5. Januar 1951 primär zum Zweck der Geldbeschaffung für die Entsendung der Olympiamannschaften gegründet. Zudem sollte sich die Gesellschaft mit der Verbreitung der olympischen Idee in Deutschland beschäftigen. Vgl. zur DOG z. B. Buschmann und Lennartz: Am Anfang war Carl Diem, S. 195-205.

²⁵⁵ Pressebericht der DOG, Nr. 7, 15. Oktober 1951. Abgedruckt in Nationales Olympisches Komitee für Deutschland: Rückkehr, Dokument 65, S. 196.

²⁵⁶ Spitzer: Olympia ruft, S. 172.

wurden jedoch bereits im Vorfeld durch die IOC-Führung abgeblockt; die Sportfunktionäre der DDR wurden nicht einmal empfangen.²⁵⁷

Neben den deutsch-deutschen Streitigkeiten war in Oslo der Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit noch deutlich spürbar. Die norwegischen Behörden verlangten von den Sportlern, Trainern, Funktionären und auch von den deutschen Besuchern, dass ihren Anträgen auf eine Einreisegenehmigung nach Norwegen der entsprechende Entnazifizierungsbescheid beigelegt wurde.²⁵⁸ Ein weiteres Problem stellte die Frage der Nationalhymne dar. Der Präsident des norwegischen NOK war an das bundesdeutsche Komitee mit der Bitte herangetreten, anstelle der dritten Strophe des „Deutschlandliedes“ als Nationalhymne eine Alternative vorzuschlagen. Das NOK war zwischenzeitlich bereits in dieser Frage aktiv geworden. Auf der Mitgliederversammlung am 6. Januar 1951 teilte Diem mit, dass der Sommer-Sportausschuß die Bundesregierung bitten wolle, „möglichst schnell eine Nationalhymne festzulegen und vorzuschlagen, bis zur Festlegung einer neuen Hymne, die dritte Strophe des Deutschlandliedes zu belassen“. Die Mehrheit der NOK-Mitglieder schloss sich nach einer Diskussion dem Vorschlag an. Als Ausweg in der Frage einer deutschen Hymne für Oslo wurde schließlich Beethovens „Ode an die Freude“ bestimmt.²⁵⁹

Auf der während der Winterspiele in Oslo (14. - 25. Februar 1952) stattfindenden IOC-Session wurde in Bezug auf die Streitigkeiten der beiden deutschen NOK festgelegt, dass deutsche Sportler nur dann an den Olympischen Spielen teilnehmen könnten, wenn sie durch ein anerkanntes NOK und durch einen beim internationalen Verband akkreditierten nationalen Verband vertreten und gemeldet wären. Das bedeutete, dass ostdeutsche Sportler ihre Teilnahme nur über das anerkannte westdeutsche NOK und die ihm angehörenden Verbände erreichen konn-

²⁵⁷ Vgl. dazu die entsprechenden Briefe von IOC-Kanzler Otto Mayer und IOC-Präsident Edström an Karl Ritter von Halt nach der IOC-Session am 12. Februar 1952 in Oslo. In Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 52f.

²⁵⁸ Vgl. dazu ausführlicher Spitzer: Olympia ruft, S. 170.

²⁵⁹ Ebenda, S. 172. Die Frage der Nationalhymne war auch in politischen Kreisen umstritten. Bundespräsident Heuss hatte sich für eine neue Hymne eingesetzt. Adenauer hingegen plädierte für die Beibehaltung des „Deutschlandliedes“. Diesem Wunsch des Kanzlers fügte sich Heuss in einem Schreiben vom 2. Mai 1952 an den Bundeskanzler, da sich auch die Mehrheit der Bevölkerung für die Beibehaltung der Hymne ausgesprochen hatte. Vgl. dazu Hattenhauer, Hans: Nationalsymbole. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 579-586, hier S. 582.

ten. Das IOC benannte eine Kommission aus drei Vertretern beider Komitees unter dem Vorsitz von Karl Ritter von Halt in seiner Funktion als IOC-Mitglied, die sich mit der Bildung eines gesamtdeutschen Teams beschäftigen sollten. Weiterhin wurden der Modus für die Ausscheidungswettkämpfe, die beiderseitige Anerkennung einer Fahne und andere Details bestimmt.

Eine Delegation aus der DDR war nach Oslo gereist, um Kontakte zum IOC aufzunehmen und über die Anerkennung ihres NOK zu verhandeln. Das IOC war jedoch nach der Brüskierung in Kopenhagen nicht bereit, die ostdeutschen Abgesandten auch nur zu empfangen.²⁶⁰

Bei den Vorbereitungen für die Sommerspiele in Helsinki (19. Juli - 3. August 1952) standen organisatorische und finanzielle Fragen im Vordergrund, so z. B. was die zahlenmäßige Stärke der deutschen Delegation anbelangte. Das IOC riet dem westdeutschen NOK, nachdem eine Mannschaftsstärke von 150 durch Diem bekannt geworden war, beim ersten Auftreten nicht mit einer zu großen Mannschaft an den Start zu gehen. Ursprünglich sollte Diem die Mannschaftsleitung als Chef de Mission übernehmen, doch dann entschied sich das NOK dafür, diesen Posten lieber mit einem Präsidiumsmitglied zu besetzen, daher fiel die Wahl auf den NOK-Schatzmeister und DSB-Präsidenten Willi Daume.²⁶¹ Vermutlich wollte das NOK weitere Streitigkeiten um Diems Tätigkeiten im nationalsozialistischen Sportsystem vermeiden.

Letztlich bestand die deutsche Mannschaft sogar aus 214 Athleten, wobei kein Sportler aus der DDR kam. Die Equipe des Saarlandes nahm mit einer – gemessen an der Bevölkerungszahl – großen Mannschaft mit 69 Sportlern teil. Die Sowjetunion schickte erstmals Sportler zu Olympischen Spielen und konnte 22 der 149 Goldmedaillen erringen. Das sportliche Niveau hatte sich gegenüber den letzten Spielen entscheidend verbessert: 74 Olympische Rekorde und 13 Weltrekorde wurden in Helsinki gebrochen. Die hohen sportlichen Erwartungen an die deutsche Mannschaft erfüllten sich nicht.²⁶²

²⁶⁰ Vgl. hierzu die Briefe von IOC-Kanzler Otto Mayer und IOC-Präsident an Karl Ritter von Halt nach der IOC-Session in Oslo am 12.02.1952. Auszüge abgedruckt in Buss: Ab- und Ausgrenzungspolitik, S. 52f.

²⁶¹ Spitzer: Olympia ruft, S. 174f.

²⁶² Ebenda, S. 176. Vgl. zu den sportlichen Einzelleistungen nach Disziplinen ebenda, S. 178.

Vordergründig scheiterten die Verhandlungen zur Bildung eines gesamtdeutschen Teams am politischen Widerstand der DDR. Es bleibt jedoch darauf hinzuweisen, dass die personelle Zusammensetzung des IOC, die guten Kontakte westdeutscher Sportfunktionäre zum Weltgremium des Olympischen Sports und die schlecht vorbereiteten ostdeutschen Funktionäre die entscheidenden Voraussetzungen dieses Scheiterns bildeten. Hier muss allerdings weiterführend der Frage nachgegangen werden, welche politischen Überlegungen, welches Kalkül, das Politbüro der DDR dazu bewegte, die „Lausanner Vereinbarung“ aufzukündigen. Wie war allgemein das deutsch-deutsche Verhältnis? Und wie entwickelten sich in diesen ersten Jahren nach den Staatsgründungen die beiden deutschen Staaten?

3.3 Der politische Hintergrund der gescheiterten olympischen Verhandlungen (1949-1952) unter besonderer Berücksichtigung der internationalen politischen Konstellation und der gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands

Wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, mischte sich die Politik in die olympischen Angelegenheiten ein. Wie sah aber die politische Landschaft im Einzelnen aus? Welchen Einfluss übten die Alliierten Mächte auf beide Teile Deutschlands aus? Wie entwickelte sich die Bundesrepublik bzw. die DDR? Welche politischen Ziele verfolgten die Regierenden? Und welche Merkmale kennzeichneten die Beziehung beider Staaten zueinander?

Will man die politischen Entwicklungen – und damit das politische Kalkül, das auch den Sport beeinflusste – verstehen, so müssen globale politische Geschehnisse im Auge behalten werden. Bislang wurde dieser Aspekt in der sportgeschichtlichen Forschung ebenso vernachlässigt wie die deutsch-deutschen Beziehungen.

Insbesondere in den Anfangsjahren der beiden deutschen Staaten wirkte der Einfluss der Alliierten direkt sowohl auf die Außen- als auch auf die Innenpolitik und auf das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR zurück. Als Rahmen sind Kenntnisse über politische Intentionen in Ost und West zum Verständnis der Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften unerlässlich, denn es wurde rasch

deutlich, dass die Politik die Ebene der olympischen Repräsentanz nicht allein dem Sport überließ.

3.3.1 Internationale Konstellation

Auch nach den Staatengründungen blieben sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik abhängig von der Sowjetunion bzw. von den westlichen Alliierten, wobei hier die USA die dominierende Position einnahmen. Zwar erhielten die Bundesrepublik und die DDR durch ihre Beitritte zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt (1955) formal ihre staatliche Souveränität zuerkannt, jedoch mit dem Vorbehalt, dass Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, noch immer in den Zuständigkeitsbereich der Alliierten fielen. Die Beziehungen und die Konflikte der „Supermächte“ wirkten direkt auf gesellschaftliche Entwicklungen der beiden deutschen Staaten zurück.

Gleich zu Beginn der 1950er Jahre erreichte der Ost-West-Konflikt mit dem Krieg in Korea (1950) nach der Berlin-Blockade 1948/49 einen zweiten Höhepunkt. Die NATO, die bis zu diesem Zeitpunkt praktisch nur auf dem Papier bestanden hatte, wurde in der Folgezeit zu einer wirksamen Militärallianz mit einem amerikanischen Oberkommandierenden und der dauerhaften Stationierung amerikanischer Truppen in Europa ausgebaut. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und Japans sowie ihre Integration in das westliche Bündnissystem wurden energisch forciert, um dieses Potential für die gemeinsame Verteidigung zu nutzen.²⁶³ Insgesamt bemühte sich Bundeskanzler Adenauer um eine starke Position in Europa und insbesondere um die Aussöhnung mit Frankreich. Der Abschluss oder auch die Verhandlungen über verschiedene europäische Verträge wie der EWG oder EVG belegen dies eindrücklich.²⁶⁴

²⁶³ Wehner, Gerd: Die Deutschlandpolitik der Westalliierten von 1945 bis 1955. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51 (1989), S.3-12, hier S. 10.

²⁶⁴ Vgl. Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 125f. Oder auch Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 210ff.

Der Korea-Krieg bedeutete für die Öffentlichkeit in Westeuropa und in den USA eine Enttabuisierung der westdeutschen Wiederaufrüstung.²⁶⁵ Letztlich scheiterte die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Widerstand des französischen Parlaments (1954).²⁶⁶

Über Motivation und Intention der so genannten Stalin-Note vom 10. März 1952 wurde in der Forschung lange gestritten.²⁶⁷ Mit der diplomatischen Note an die drei Westmächte bot Stalin die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung an, dass die Bundesrepublik auf die Westintegration verzichtete und bereit wäre, den Status der Neutralität zu akzeptieren. In diesem Fall wollte Moskau den Deutschen die Aufstellung eigener Verteidigungskräfte gestatten. Die Westmächte und die Bundesregierung sahen in der Note nicht viel mehr als ein „Störmanöver“, das den Prozess der europäischen Integration der Bundesrepublik verhindern sollte. Die Westmächte lehnten in ihrer Beantwortung der ersten Note am 25. März 1952 mit Adenauers Zustimmung jegliche Verhandlungen über einen Friedensvertrag vor gesamtdeutschen Wahlen ab.²⁶⁸ Zwar signalisierte die Sowjetunion in einer zweiten Note am 9. April ihre Zustimmung zu freien Wahlen, und parallel zu den Beratungen über den Deutschlandvertrag und die EVG wurden bis zum 23. September 1952 noch zweimal Noten zwischen den ehemaligen Verbündeten gewechselt, aber eine ernsthafte Prüfung der sowjetischen Vorschläge blieb aus.²⁶⁹ Somit war der Weg in die Blockintegration der beiden deutschen Staaten in die NATO bzw. in den Warschauer Pakt – ein Prozess, der 1955 einen vorläufigen formalen Abschluss fand – vorgezeichnet.

²⁶⁵ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 231. Einer EMNID-Umfrage von 1952 zufolge, waren etwa drei Viertel der Befragten gegen deutsche Soldaten. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 232.

²⁶⁶ Ebenda, S. 210ff.

²⁶⁷ Nach Mommsen lag die Wiederherstellung der deutschen Einheit um den Preis einer langfristigen Demilitarisierung und eines auf längere Sicht kargen Lebensniveaus für alle Deutschen im Bereich des Möglichen. Mommsen: Der Ort der DDR, S. 29.

²⁶⁸ Diese schroffe Ablehnung verursachte heftige Kontroversen in der Bundesrepublik. Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 87f. Jesse macht darauf aufmerksam, dass die westdeutsche Öffentlichkeit 1952 den Stalin-Noten beinahe einhellig ablehnend gegenübergestanden hätte. Die Legende von der verpassten Chance zur Wiedervereinigung wäre erst später aufgekommen. Jesse, Eckhard: Bundesrepublik Deutschland: Geschichte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 100-109, hier S. 101.

²⁶⁹ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 212. Auch Stalins Nachfolger wiederholten im Oktober 1954 und im Januar 1955 die Offerte, der westlichen Forderung nachzukommen und die Möglichkeit gesamtdeutscher Wahlen zu prüfen. Gegen den Protest der SPD und einer breiten öffentlichen Opposition lehnte Adenauer die Angebote wiederum ab, denn zuerst sollte die Westintegration der Bundesrepublik abgeschlossen werden, bevor mit der Sowjetunion über gesamtdeutsche Optionen verhandelt werden könnte.

3.3.2 Die Ära Adenauer und die Westintegration

In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit existiert ein ambivalentes Bild über die 1950er Jahre in der Bundesrepublik. Dem einen erscheint dieses Jahrzehnt als einfache und gute Zeit, in der die Menschen als gemeinsames Ziel den Wiederaufbau hatten, den sie tatkräftig voller Optimismus angingen. Für die anderen sind es spießige Zeiten, in denen nicht viel passierte und die Menschen weitgehend unpolitisch und nur an ihrem eigenen, materiellen Wohlergehen interessiert waren. Beide Charakterisierungen sind zutreffend; zwischen diesen Polen jedoch vollzogen sich rasante politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt kulturelle Entwicklungen. „Zwischen der Abschaffung der Lebensmittelkarten 1950 und dem ersten Auftritt der ‚Beatles‘ (in Hamburg) 1960 scheint jedenfalls weit mehr als ein Jahrzehnt zu liegen.“²⁷⁰

Die grundlegenden politischen Weichenstellungen waren bereits Ende der 1940er Jahre, vor und mit der Gründung der Bundesrepublik, vorgenommen worden. Die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag fand am 14. August 1949 statt. Die CDU/CSU lagen mit 31 Prozent der Stimmen (139 Sitze) knapp vor der SPD mit 29,2 Prozent (131 Sitze). Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer (CDU) mit einer Stimme Mehrheit Bundeskanzler, Theodor Heuss (FDP) war bereits drei Tage zuvor zum Bundespräsidenten gewählt worden.²⁷¹ Die Bundesrepublik besaß zunächst keine volle staatliche Souveränität. Die alliierten Vorbehaltsrechte sahen vor, dass sie die Regierungsgewalt übernehmen konnten, wenn ihnen dies zur Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsform oder aus Sicherheitsgründen erforderlich erschien. Änderungen des Grundgesetzes bedurften ihrer Zustimmung, und zudem behielten sie sich die Kontrolle des Außenhandels vor. Auswärtige Angelegenheiten blieben bis 1955 im Zuständigkeitsbereich der Alliierten.²⁷²

²⁷⁰ Schildt, Axel: Gesellschaftliche Entwicklung. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 3-10, hier S. 3.

²⁷¹ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 78f.

²⁷² Ebenda, S. 79. Mit der Koppelung von EVG- und Deutschland-Vertrag, die beide im Mai 1952 von der Bundesregierung unterzeichnet wurden, wurde das Besatzungsstatut abgelöst und der Bundesrepublik die Souveränität mit drei wesentlichen Einschränkungen zugestanden. Die Westalliierten behielten sich alle Rechte vor, die „Deutschland als Ganzes“ betrafen, und ebenso das Notstandsrecht sowie die Befugnis zur Truppenstationierung. Vgl. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 211.

Der neue westliche Teilstaat beanspruchte, alleiniger Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu sein. In der Präambel des Grundgesetzes hieß es, dass auch im Namen jener Deutscher gehandelt worden sei, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk sei aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.²⁷³ Im Grundgesetz wurde auch der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung festgeschrieben²⁷⁴, der sich insbesondere im olympischen Sport bemerkbar machte. Dazu gehörte folgerichtig die Nichtanerkennung der DDR als Staat. Im Sprachgebrauch der Bonner Regierenden war auch nach der Gründung der DDR von *der Zone* oder *SBZ* die Rede. Auch noch viele Jahre später wurde die Bezeichnung „DDR“ in Anführungszeichen gesetzt oder es war von der *so genannten DDR* die Rede.

Die Bundesrepublik bildete im Verlauf der 1950er Jahre ein stabiles demokratisches System heraus, in dem die wichtigsten Parteien untereinander grundsätzlich koalitionsfähig waren und parlamentarisch kooperierten. Auch alle Interessenverbände stellten sich – anders als in der Weimarer Republik – auf den Boden der parlamentarischen Demokratie. Nach dem Wahlerfolg der CDU bei den ersten Bundestagswahlen begann die so genannte Ära Adenauer (1949-1963). Die Regierungszeit des ersten Bundeskanzlers war durch die Wiederaufbauperiode gekennzeichnet, in der eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung unter konservativen Vorzeichen stattfand. Indes sorgten unterschiedliche Parteienkonstellationen in den Ländern und Kommunen für Ausgleich und eine erheblich breitere Beteiligung und Verantwortung politischer Kräfte.

Während seiner 14-jährigen Amtszeit betrieb Adenauer eine konsequente Außenpolitik der Westintegration mit Wiederaufrüstung, die auf Kosten aller Wiedervereinigungsbemühungen ging. Ob es tatsächlich Alternativen bzw. reale Chancen auf eine Wiedervereinigung gegeben hat, ist in der Bewertung der historischen

²⁷³ Kleßmann, Christoph: Doppelte Staatsgründung. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 1999. S. 299-306, hier S. 304. Wenn es nicht anders vermerkt wurde, bezieht sich der Kurztitel „Doppelte Staatsgründung“ auf das 1986 erschienene Buch. Der Aufsatz wird mit „Doppelte Staatsgründung (1999)“ angegeben.

²⁷⁴ Mit der Bezeichnung „Grundgesetz“ wollte der Parlamentarische Rat in Bonn 1949 zum Ausdruck bringen, dass diese Verfassung keine endgültige rechtliche Ordnung darstellen sollte. Der westdeutsche Staat sollte nicht als solcher betrachtet werden, sondern lediglich als zeitliches und räumliches – nicht aber strukturelles – Provisorium. Vgl. dazu Röss, Georg: Grundgesetz. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 402-417, hier S. 407f.

Forschung stark umstritten. Innenpolitisch war sein Führungsstil nicht auf einen Dialog von Regierung und Gesellschaft ausgerichtet.²⁷⁵

Vereinfacht gesprochen beherrschten zwei große Themen – neben der Erlangung der außenpolitischen Handlungsfreiheit frei von den Vorbehaltsrechten der Alliierten – die politische Landschaft in den 1950er Jahren: die Integration der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Staaten und die Frage der deutschen Einheit. Zwischen der Westoption und rascher Wiedervereinigung bestand jedoch ein Spannungsverhältnis, das von vielen Zeitgenossen und Politikern als „Entweder-oder-Option“ wahrgenommen wurde.²⁷⁶ Skeptiker wiesen die These zurück, dass es möglich sei, als Teil eines wirtschaftlich und militärisch starken Westens die deutsche Einheit – angesichts der sowjetischen Sicherheitsinteressen – durchsetzen zu können. Eine Wiedervereinigung unter neutralen Vorzeichen, also unter Verzicht auf die Westbindung, stand der tatsächlichen Machtkonstellation entgegen. Zum einen hätte das den Interessen der Westmächte widersprochen und zum anderen fühlte sich die westdeutsche Bevölkerung mehrheitlich eher dem Westen, der Demokratie und nicht zuletzt der zwischenzeitlich errichteten marktwirtschaftlichen Ordnung zugehörig. Entsprechenden Vorschlägen der Sowjets wurde auch in Anbetracht der Entwicklung in der DDR misstraut.²⁷⁷ Unter diesen Voraussetzungen formulierte die Regierung unter Adenauer eine politische Linie unter dem Primat der Westintegration, hielt aber zugleich den Anspruch auf eine Wiedervereinigung in „Frieden und Freiheit“ aufrecht. Von einer „Politik der Stärke“ (Konrad Adenauer) war die Rede, mit der die Sowjetunion schließlich zu Zugeständnissen gezwungen werden sollte. Die sozialdemokratische Opposition wandte sich gegen diejenigen Maßnahmen der Westintegration, die aus ihrer Sicht das Ziel der deutschen Einheit gefährdeten.²⁷⁸ Dass sich Adenauer jedoch mit seiner Politik erfolgreich durchsetzen konnte, zeigte sich bei den Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag 1953. Die Unionsparteien konnten ihren Vorsprung gegen-

²⁷⁵ Vgl. bilanzierend zur Ära Adenauer Kleßmann: Zwei Staaten, S. 469-471.

²⁷⁶ Vgl. zu den unterschiedlichen Positionen zur „deutschen Frage“ Mayer, Tilman: Kontroversen zur deutschen Frage. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 501-509, hier S. 502ff.

²⁷⁷ Vgl. zu den parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Wiedervereinigungsanfragen, die an den Personen Konrad Adenauer und Kurt Schumacher festgemacht werden Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 227ff.

²⁷⁸ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 81.

über der SPD weiter ausbauen und erreichten 45,2 Prozent der Stimmen gegenüber 28,8 Prozent für die Sozialdemokraten.²⁷⁹

Lösten Deutschlandpolitik und die unpopuläre Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik Kontroversen aus, so wurden die wichtigsten Gesetzeswerke zur sozialen Ausgestaltung Westdeutschlands größtenteils einvernehmlich oder zumindest weitgehend ohne dramatische Auseinandersetzungen beschlossen, wie z. B. das Erste Wohnungsbaugesetz (24. April 1950). Mit fünf Millionen Wohnungen, die in den 1950er Jahren gebaut wurden (davon 60 Prozent als staatlich besonders geförderte Sozialwohnungen), wurden alle Zielvorstellungen weit übertroffen.²⁸⁰

3.3.3 Die Ära Ulbricht und der uneingeschränkte Machtanspruch der SED in Abhängigkeit von Moskau

Während die 1950er Jahre in der Bundesrepublik als innenpolitische Konsolidierungsphase gelten können, in der die Demokratie als Staatsform zunehmende Akzeptanz erfuhr – auch bedingt durch den wachsenden Wohlstand –, so hatte die DDR im ersten Jahrzehnt nach ihrer Gründung mit schwerwiegenden innenpolitischen Legitimationskrisen zu kämpfen. Beide deutsche Staaten blieben Zeit ihrer Existenz eng aufeinander bezogen, wobei die alte Bundesrepublik für die Bevölkerung in der DDR weitaus attraktiver war als umgekehrt.

Die SED entwickelte sich bereits ab 1947 zur „Partei neuen Typs“, obgleich diese Umformierung erst mit der Ersten Parteikonferenz (Januar 1949) offiziell bekannt gegeben und auf dem Dritten Parteitag (Juli 1950) vollzogen wurde. Die SED beanspruchte als „Vorhut der Arbeiterklasse“ die Vertretung und Führung der Arbeiterschaft insgesamt. Ein Politbüro aus wenigen Spitzenfunktionären bildete den Kern der politischen Macht. Die Organisationsprinzipien dieser Partei beruhten auf dem von Lenin entwickelten Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“. Dieser wurde auf das gesamte politische und gesellschaftliche Leben übertragen und damit auch auf den Sportbereich. Zwar beinhaltete er formal die Wähl-

²⁷⁹ Ebenda, S. 89.

²⁸⁰ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 243ff. Vgl. weiterführend zum Wohnungsbau Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995, S. 49.

barkeit der Funktionäre und Parteigremien durch die Mitglieder, meinte zugleich aber auch straffe Parteidisziplin und die bedingungslose Unterordnung der mittleren und unteren Parteigremien unter die Beschlüsse der Leitungen. Da Schlüsselpositionen faktisch von oben besetzt und nicht von unten gewählt wurden, blieb von dem Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Realität nur der Zentralismus übrig. Zudem war die Bildung innerparteilicher Gruppierungen mit abweichenden Positionen strikt untersagt (Fraktionsverbot). Die Partei als „höchste Form der Klassenorganisation“ war verpflichtet, alle anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR „anzuleiten“. Das bedeutete in der Praxis die konsequente Kontrolle des gesamten politischen Lebens. Ein weiteres wichtiges Merkmal war der Kult um die Partei und ihre ideologische Unfehlbarkeit. Parteimitglied wurde man nicht einfach durch Eintritt, sondern die Aufnahme war an eine Kandidatenzeit und an eine politisch-ideologische Bewährung geknüpft. Die SED sah ihr Vorbild in der KPdSU und verpflichtete ihre Mitglieder nicht nur zur bedingungslosen Unterstützung des „großen Bruders“, sondern auch zur Abwehr aller Aktivitäten des westlichen „Klassenfeindes“. Im Weltbild der SED gab es nur die Wahl zwischen „Fortschritt“ und „Reaktion“, als deren herausragende Repräsentanten die Sowjetunion bzw. die USA galten. Organisatorisch und personell bedeuteten diese Beschlüsse die Annullierung des ursprünglichen Paritätsprinzips zwischen KPD- und SPD-Mitgliedern bei der Besetzung von Parteifunktionen und die Ausschaltung ehemaliger Sozialdemokraten.²⁸¹

Mit der Umwandlung der SED zur Kaderpartei wurden die machtpolitischen Grundlagen für das stalinistische Herrschaftssystem in der DDR der 50er Jahre gelegt. Der Stalinismus war nach dem Tode Stalins 1953 keineswegs beendet, sondern er prägte das politische Leben in der DDR auch noch in den folgenden Jahren. Wesentliche Merkmale des Stalinismus ließen sich in allen „Volksdemokratien“ Ostmitteleuropas und in der DDR in nahezu identischen Formen auffinden. Hierzu zählte zuerst die Einparteien-Herrschaft unter Ausschaltung jeder innerparteilicher Demokratie. Dazu kam die willkürliche Machtausübung durch bürokratisch und zentralistisch organisierte Apparate. Jede freie Diskussion in Staat und Gesellschaft wurde durch polizeiliche Kontrolle, Zensur und Geheimpolizei unterdrückt. Ein weiteres typisches Merkmal war die zentralistische Planung

²⁸¹ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 262f.

und Leitung der zumindest in weiten Teilen verstaatlichten Wirtschaft durch eine riesige Wirtschaftsbürokratie bei völliger Unterordnung der Gewerkschaften und Ausschaltung jeder wirklichen Mitbestimmung von Arbeitern und Angestellten.²⁸²

In der Praxis bedeutete die Neuorientierung der SED am sowjetischen Modell die rigorose Durchsetzung der Direktiven der Parteiführung, wobei durchaus skrupellos von terroristischen Praktiken Gebrauch gemacht wurde. Die ursprünglich paritätische Besetzung der Gremien durch Sozialdemokraten und Kommunisten wurde aufgehoben. 1950/51 wurden durch eine als „Umtausch der Mitgliedsbücher“ getarnte Aktion ca. 150.000 SED-Mitglieder – darunter viele ehemalige Sozialdemokraten – aus der SED ausgeschlossen.²⁸³ Zwar durften die so genannten „bürgerlichen“ Parteien in der DDR weiter existieren, wurden jedoch durch „Säuberungen“ und die Einsetzungen von gefügigen Parteiführern faktisch „gleichgeschaltet“. Auch die Gewerkschaften – zusammengeschlossen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) – verloren ihre Funktion als Interessenorganisation der Arbeiter und Angestellten, indem die SED über die Personalpolitik wachte und auch hier die Direktiven gemäß des „demokratischen Zentralismus“ von der SED-Führung ausgesprochen wurden. Die Aufgaben des FDGB bestanden in der Gründungsphase der DDR zunehmend aus der Erfüllung des Wirtschaftsplans und aus Kampagnen zur Produktionssteigerung. Gleichzeitig wuchsen die Gewerkschaften in den 50er Jahren in eine Schlüsselrolle der Sozialpolitik hinein. Nicht nur das gesamte Sozialversicherungssystem, sondern auch die soziale Fürsorge im Betrieb, vom Kindergarten über den Betriebssport bis zum Feriendienst, gehörte zu den Aufgaben des FDGB, der 1950 4,7 Millionen Mitglieder hatte.²⁸⁴ Auch die anderen Massenorganisationen sollten als wichtiger Bestandteil des sozialistischen Herrschaftssystems unterschiedliche Schichten, Gruppen und Interessen der breiten Bevölkerung erfassen und dem Führungsanspruch der SED unterordnen. Die staatliche Jugendorganisation FDJ, die 1950 schon 1,5 Millionen Mitglieder verzeichnen konnte, der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), selbst die soziale Hilfsorganisation „Volkssolidarität“ sind hier vor allem zu nennen. Als Gefahr für ihren

²⁸² Ebenda, S. 264f. Über den Begriff „Stalinismus“ und welche Bedeutung er in den Ländern außerhalb der Sowjetunion hatte, wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Vgl. dazu ausführlich Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 261f.

²⁸³ Ebenda, S. 263.

²⁸⁴ Ebenda, S. 267.

Machtanspruch sah die SED die Kirchen. Insbesondere die protestantischen Kirchen, zu denen ca. 80 Prozent der Bevölkerung zählten, waren seit der Zweiten Parteikonferenz stark unter Druck geraten und ihre Repräsentanten und Mitglieder z. T. direkter Verfolgung ausgesetzt.²⁸⁵

Im Frühjahr 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gebildet. Es unterstand faktisch allein dem Ersten bzw. dem Generalsekretär des ZK der SED. In der Anfangszeit wurde die „Staatssicherheit“ durch sowjetische Geheimdienstler kontrolliert; später nahm das Personal in ihren Reihen zwar ab, aber ohne die Zustimmung aus Moskau war die Durchführung wichtiger „Operationen“ nach wie vor nicht möglich. Das MfS flankierte die Absicherung der Macht der SED durch die Wahrnehmung geheimpolizeilicher und nachrichtendienstlicher Aufgaben. In der Folgezeit sollte das MfS ein perfides Spitzelsystem – insbesondere durch den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) – entwickeln, das in die meisten gesellschaftlichen Bereiche eindrang und etwaige oppositionelle Entwicklungen von Anfang an unterbinden sollte.²⁸⁶ Das Ausmaß der Bespitzelung wurde erst in seinem ganzen Umfang nach der politischen „Wende“ 1989/90 bekannt. Insbesondere der Spitzensport gehörte zu den am schärfsten überwachten gesellschaftlichen Bereichen, da bei den vielen Auslandsreisen „Republikflucht“ der Sportler befürchtet wurde, was dem Image der DDR international geschadet hätte.²⁸⁷

3.4 Wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Auswirkungen

Die wirtschaftliche Entwicklung ist insbesondere in den 1950er Jahren von Bedeutung, da diese Dimension stark mit der politischen Ebene verwoben war. So führte der allmähliche wirtschaftliche Aufschwung zugleich zu einer Stabilisierung des politischen Systems, während der wirtschaftliche Misserfolg der DDR Legitimitätskrisen und massive Abwanderungsbewegungen gen Westen bescherte; eine Entwicklung, die in den aufständischen Protesten des Jahres 1953 mündete.

²⁸⁵ Ebenda.

²⁸⁶ Vgl. zum Aufbau und Entwicklung des MfS Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000.

²⁸⁷ Vgl. zu den Schicksalen von „republikflüchtigen“ Athleten Braun: Sportler.

Ein direkter Zusammenhang zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften besteht zwar nicht, aber dennoch ist die wirtschaftliche Situation bzw. wirtschaftlicher Wohlstand mitverantwortlich dafür, in welchem Maß Sport getrieben wird und ob u. U. Leistungssport Gegenstand staatlicher Förderung ist. Im folgenden wird vom Zeitrahmen des Kapitels (1949-1952) abgewichen und die längerfristige Entwicklung der 1950er Jahre aufgezeigt, da in den ersten drei Jahren zunächst wirtschaftliche Maßnahmen verabschiedet wurden, die erst im Laufe der Zeit ihre Wirkung entfalteten.

3.4.1 Die Bundesrepublik und die Soziale Marktwirtschaft

Die Zeit zwischen 1950 bis Mitte der 1960er Jahre war in der Bundesrepublik durch ein enormes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Nicht selten wird von einem „Wirtschaftswunder“ gesprochen. Ein Wunder war die wirtschaftliche Entwicklung jedoch keineswegs, waren doch die Ausgangsbedingungen nach dem Krieg weitaus günstiger als lange angenommen worden war. Zudem wurden gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, die zu einem raschen Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens führten. Nichtsdestotrotz ist es verständlich, dass in Anbetracht des „totalen Zusammenbruchs“ 1945 den Zeitgenossen die rasante wirtschaftliche Gesundung wie ein Wunder vorkommen musste. Insgesamt wirkte sich die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik auch positiv auf ihre Rolle als politische Partnerin im internationalen Raum aus.

Die Entscheidung für die Marktwirtschaft war unter den Bedingungen der Jahre 1948/49 ein äußerst riskantes Experiment. Ludwig Erhard, seit März 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft und damit eine Art „Wirtschaftsminister“ der Bizone, setzte die Soziale Marktwirtschaft als Maxime der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch. Sie sollte die Ziele Freiheit und Gerechtigkeit kombinieren.²⁸⁸ Die Soziale Marktwirtschaft entwickelte sich vor allem dank des damit einhergehenden Wohlstandes in den 1950er Jahren zur allseits anerkannten Wirtschaftsordnung. Ein auf Konsens angelegtes Modell der sozialpolitischen Interessenregulierung setzte sich damit durch. Das reale Bruttosozialprodukt nahm von 1950 bis 1960 im Durchschnitt um 7,9 Prozent jährlich zu, das reale Bruttosozial-

²⁸⁸ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 91f.

produkt je Einwohner um 6,8 Prozent. Bereits 1953 überstieg das reale Nettosozialprodukt je Einwohner das Vorkriegsniveau von 1938. Das Preisniveau war im internationalen Vergleich stabil, die Lebenshaltungskosten stiegen von 1950 bis 1960 durchschnittlich lediglich um 1,9 Prozent im Jahr. Zudem etablierte sich die Deutsche Mark als eine der stabilsten Währungen der Welt.²⁸⁹

Die 1950er Jahre markierten den Beginn einer neuen Qualität weltwirtschaftlicher Verflechtung, für die zwei Merkmale charakteristisch sind: Zum einen handelte es sich um eine Verflechtung vor allem im „Westen“, die in der westeuropäischen Integration besonderen Ausdruck fand – ein Prozess, der durch den globalen „Kalten Krieg“ befördert wurde. Zum anderen ging damit eine Veränderung im Außenhandel einher. Die Bundesrepublik wurde mit rasanter Geschwindigkeit zu einem Land der verarbeitenden Industrie mit zunehmender Integration in die internationale Arbeitsteilung der westlichen Industrienationen.²⁹⁰

Beim Produktionsfaktor „Arbeit“ war die Ausgangssituation nach dem Krieg relativ günstig. Es gab viele und gut qualifizierte Arbeitskräfte, wobei durch die Wanderbewegung zunächst unmittelbar nach dem Krieg mancherorts ein Arbeitskräftemangel und anderenorts ein Arbeitskräfteüberschuss zu verzeichnen war. Die Flüchtlinge aus der DDR sorgten dafür, dass dem westdeutschen Arbeitspotential auch in den 50er Jahren weiter z. T. hoch qualifizierte Arbeitskräfte zugeführt wurden. In den 1960er Jahren – auch bedingt durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 und der damit einhergehenden Abschottung der DDR – waren dann die westdeutschen Arbeitskraftreserven in qualitativer und quantitativer Hinsicht erschöpft. Das Anwerben ausländischer Arbeitskräfte²⁹¹ konnte zwar einen mengenmäßigen Ausgleich schaffen, Qualifikationsreserven wurden damit

²⁸⁹ Hardach, Gerd: Krise und Reform der Sozialen Marktwirtschaft. Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 197-217, hier S. 197-200 und S. 203.

²⁹⁰ Der Anteil der Fertigwaren am westdeutschen Export hatte 1950 64,8 % betragen, ähnlich wie in der ersten Hälfte der 1930er Jahre im „Deutschen Reich“, bis 1960 war er auf 82,4 % gestiegen; im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Importteil der Fertigwaren von einem Achtel auf ein Drittel. Schildt: Moderne Zeiten, S. 44f.

²⁹¹ 1955 wurden die ersten Anwerbeabkommen z. B. mit Italien geschlossen. Ende Juli 1960 befanden sich ca. 280.000 ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, davon stammten 45 Prozent aus Italien. Zwischenzeitlich waren weitere Verträge mit Spanien (1960), Griechenland (1960) und der Türkei (1961) abgeschlossen worden. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation trat am 22. November 1973 ein Anwerbestopp in Kraft. Esser, Hartmut: Gastarbeiter. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 326-361, hier S. 330f.

jedoch nicht eröffnet. Zugleich zeigte sich, dass das Bildungssystem den Ansprüchen des Arbeitsmarktes nicht gewachsen war. Seit den 1970er Jahren herrschte trotz hoher Arbeitslosigkeit ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.²⁹²

Das wirtschaftliche Wachstum schlug sich in einer spürbaren Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards nieder. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer, das 1950 243 DM monatlich betrug, stieg bis 1960 auf 513 DM. Die Nettolöhne und Gehälter nahmen von 1950 bis 1960 real um 69 Prozent zu, was einer jährlichen Zunahme um 5,4 Prozent entsprach. „Der Hunger der Kriegszeit und der frühen Wiederaufbaujahre geriet allmählich in Vergessenheit. Eine warme Wohnung, Haushaltsgeräte und eine solide Einrichtung wurden zu einer Selbstverständlichkeit, und auch der Traum vom Auto konnte vielfach erfüllt werden.“²⁹³ Die steigenden Realeinkommen bedeuteten allerdings nicht die Überwindung der Klassengesellschaft. Die Polarisierung von Arbeit und Kapital wurde durch die wirtschaftliche Expansion ständig reproduziert. 1960 verfügten 1,7 Prozent aller Haushalte an der Spitze der Vermögenspyramide über 35 Prozent des gesamten Vermögens und über 70 Prozent des gewinnbringenden Produktivvermögens.

3.4.2 Die DDR und die Planwirtschaft

Die Voraussetzungen für die in der DDR etablierte Planwirtschaft lagen in erster Linie im politischen Bereich. Der 1946 gegründeten SED gelang es mit sowjetischer Hilfe, ihre Herrschaft als faktisch einzige bestimmende politische Kraft – nach einigen Legitimationskrisen – auf lange Sicht zu festigen, so dass sie den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auch gegen massive Widerstände durchzusetzen vermochte.

Als sich die DDR als Staat konstituierte, war die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln bereits fortgeschritten. Nach dem Modell der sowjetischen Planwirtschaft wurde 1950 mit der öffentlichen Verkündung des Ersten Fünfjah-

²⁹² Ambrosius: Wirtschaftssystem, S. 42f. Vgl. zum Schulwesen, Formen der Berufsausbildung und der allmählichen Ausweitung von Bildung, Ausbildung und allgemeiner Qualifikation in den 50er Jahren Schildt: Moderne Zeiten, S. 62f.

²⁹³ Hardach: Krise, S. 205f.

resplans erstmals ein neues ökonomisches Modell in Deutschland etabliert, das weit mehr umfasste als nur die Organisation einer sozialistischen Wirtschaft und das als Kernbereich der neuen Gesellschaft sowie als Grundlage für Deutschlands Einheit gedacht war. Die entscheidenden Strukturmerkmale dieses Wirtschaftssystems waren das „sozialistische Eigentum“ und die zentrale Planung. Alle wirtschaftlichen Einzeldispositionen wurden über zentrale Pläne gelenkt und koordiniert. An der Spitze der Planungsbürokratie stand die Staatliche Planungskommission, die den Betrieben en detail vorschrieb, was mit welchen Mitteln produziert werden sollte (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Halbfabrikate etc.). Für alle denkbaren Bereiche wurde ein zu erreichendes Plan-Soll erstellt. Bei „Übererfüllung“ der Pläne gab es Prämien. Auch für nicht-wirtschaftliche Gebiete galten diese Strukturen, so gab es auch für den Leistungssport „von oben“ diktierte Vorgaben, die es mindestens zu erfüllen galt.

Durch die Planung wurden die Preismechanismen der Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt, da auch die Preise zentral festgelegt wurden. Sie konnten entweder durch Subventionen des Staates künstlich niedrig gehalten werden (für Lebensmittel, Verkehrstarife u. a.), oder um ein Vielfaches durch staatliche Abschöpfung erhöht sein, so z. B. für hochwertige Verbrauchsgüter. Die Außenhandelspreise waren künstlich. Häufig wurden Exporte subventioniert, um Devisen zu bekommen; Importe wurden teils subventioniert (Energie), teils mit hohen Abschöpfungen belegt („Luxuswaren“).²⁹⁴

Mit Beginn des Ersten Fünfjahresplanes wurde eine Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Metallurgie und des Schwermaschinenbaus forciert. Die ohnehin knappen Ressourcen und Investitionen flossen damit in erster Linie in den Neuaufbau nicht vorhandener oder nicht ausreichend entwickelter Zweige der Grundstoffindustrie. Dadurch verschärften sich bestehende wirtschaftliche Probleme, die durch Kriegszerstörungen, Demontageverluste und Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion entstanden waren. Durch die von der Sowjetunion angeordneten Demontagen der Industrieanlagen wurde das industrielle Potential einschneidender reduziert als durch die unmittelbaren Kriegszerstörungen. Nach Abschluss der Demontagen 1948 lagen sowohl das Bruttoanlagevermögen

²⁹⁴ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 104.

als auch die industriellen Kapazitäten in der SBZ deutlich unter dem Stand von 1936 und unter dem Niveau der Westzonen.²⁹⁵ Die Sowjetunion nutzte die Reparationen aus der SBZ/DDR für ihre eigenen Industrialisierungs- und Rüstungsprogramme (speziell den Uranabbau).²⁹⁶

Der anfängliche wirtschaftliche Erfolg wurde durch den erzwungenen Konsumverzicht der Bevölkerung ermöglicht. Dies rief zeitweilig akute Versorgungsengpässe hervor, so dass insbesondere nach den Aufständen vom 17. Juni 1953 durch Einschränkungen in der Schwerindustrie Korrekturen an den Planzielen vorgenommen werden mussten.²⁹⁷ Die wenigen vorhandenen Konsumgüter waren von schlechter Qualität; Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen gab es nur auf Lebensmittelkarten. Eine Aufhebung der Rationierung war für 1953 angekündigt worden, allerdings bestand diese tatsächlich bis 1958 fort. Die spärlichen Rationen wurden durch Zukauf auf grauen oder schwarzen Märkten aufgebessert.²⁹⁸ Mit der Gründung der staatlichen Handelsorganisation (HO) 1948 wurde ein zweites Vertriebssystem geschaffen, in dem ansonsten rationierte oder nicht erhältliche Waren – Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs – frei verkauft wurden. Die Preise für diese Produkte waren anfangs enorm überteuert, sie wurden zwar allmählich gesenkt, betragen aber immer noch ein Vielfaches der Kartenpreise.

Das monatliche Durchschnittseinkommen eines Arbeiters lag 1950 bei 256 Mark, 1958 war es auf 354 Mark gestiegen. Die Kaufkraft der Löhne lag 1950 nach zwei unterschiedlichen Berechnungen aus der DDR bei 73 bzw. 51 Prozent der Kaufkraft von 1936. Angehörige der „Intelligenz“ bezogen um ein Vielfaches höhere Einkommen, die bei bis zu 4.000 Mark lagen. Damit sollte den qualifizierten Fachkräften ein Anreiz geboten werden, in der DDR zu bleiben²⁹⁹; dies wider-

²⁹⁵ Karlsch, Rainer: Umfang und Struktur der Reparationsleistungen aus der SBZ/DDR 1945-1953. Stand und Probleme der Forschung. In: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 45-78, hier S. 76.

²⁹⁶ Karlsch: Umfang und Struktur, S. 77. Zudem bediente sich die Sowjetunion – wie die Amerikaner im Übrigen auch – des technischen Know-hows von deutschen Spezialisten, die z. T. tief in nationalsozialistische Machenschaften verstrickt waren. Vgl. weiterführend Ciesla, Burghard: „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte? Begriffsgeschichte, Diskussionsaspekte und ein Fallbeispiel – Die deutsche Flugzeugindustrie 1945-1946. In: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 79-109.

²⁹⁷ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 270.

²⁹⁸ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 106f.

²⁹⁹ Ebenda, S. 107.

sprach jedoch im Grunde der Ideologie des Sozialismus. Wie sich später zeigen sollte, wurde dieses System der materiellen Prämien und sonstiger Privilegierung auch bei Leistungssportlern eingesetzt.

Eine Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft war für die DDR nur sehr eingeschränkt möglich. Stattdessen erfolgte die Einbindung in den rückständigen osteuropäischen Wirtschaftsraum mit besonderer Abhängigkeit von der UdSSR. 1954 entfielen 75 Prozent des Außenhandels der DDR auf Staaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), dessen Mitglied die DDR seit 1950 war.³⁰⁰ Effizienzverluste entstanden insbesondere durch die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften in den Westen (bis August 1961) und der systematisch betriebenen Ruinierung des Mittelstandes.

Alles in allem hatte sich die Lebenslage der Bevölkerung – gemessen am Nahrungsmittel- und Güterverbrauch – seit der Gründung der DDR deutlich verbessert. Am Ende der 1950er Jahre zeigte sich – wenn auch in einem viel geringeren Umfang – eine ähnliche Veränderung im Verbraucherverhalten wie in Westdeutschland. Die Anschaffung langlebiger Konsumgüter, wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Fernsehgeräte, PKW und Motorräder spielte eine zunehmend wichtigere Rolle.³⁰¹

3.5 Die deutsche Gesellschaft: Freizeit und Sport

Die grauenhaften Ereignisse während des Krieges und die Nöte der Nachkriegszeit lasteten um 1950 noch immer auf den Menschen. Ängste, Sorgen und eine tiefsitzende Unsicherheit gehörten zum Lebensgefühl vieler Menschen in den 1950er Jahren. Viele trauten dem Frieden nicht so recht, und für nicht wenige lag ein neuer Weltkrieg im Bereich des Möglichen. Durch den Krieg in Korea (ab 1950) war diese Befürchtung noch verstärkt worden.³⁰² Wie aber wurde die Tei-

³⁰⁰ Ebenda, S. 106.

³⁰¹ Ciesla, Burghard: Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenslage in der DDR. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 39-45, hier S. 43f.

³⁰² Bei einer im Sommer 1950 durchgeführten Meinungsumfrage rechneten 53 Prozent der Befragten mit dem Ausbruch des dritten Weltkrieges noch im Jahr 1950; ein Vierteljahr zuvor hatten noch 74 Prozent dies für unwahrscheinlich gehalten. Nach Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000, S. 47.

lung Deutschlands von den Zeitgenossen gesehen und bewertet? Abgesehen von allen Nöten, womit beschäftigten sich die Menschen in Ost und West? Und welchen Stellenwert nahm der Sport hierbei ein?

3.5.1 Die Bundesrepublik

In der Bundesrepublik wuchs infolge des Korea-Krieges das Misstrauen gegenüber der Sowjetunion. Neben der Unsicherheit über die Stabilität des Friedens im Kalten Krieg konnten die Bundesbürger um 1950 noch nicht davon ausgehen, dass der wirtschaftliche Aufschwung – der erst mit dem Beginn des Korea-Krieges dynamisch einsetzte – langfristiger Natur sein würde. Der Bonner Koalition gelang es, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Sie bot ihnen Sicherheit vor der äußeren Bedrohung aus dem Osten durch die Integration in die westliche Gemeinschaft und zudem materielle Sicherheit.³⁰³ Das Wahlverhalten vieler Bundesbürger war noch von politisch-kulturellen Traditionen geprägt. Nach Schildt überwogen staatsgläubige Einstellungen, die grundsätzlich die Regierung über die Partei stellten. Nach wie vor dominierten autoritäre Denkmuster, und es bestand ein konfliktscheues Misstrauen gegenüber demokratischen Diskussionen. Vereinfacht gesprochen kann erst für das Ende der 1950er Jahre konstatiert werden, dass die Demokratie als Staatsform eine wahrhaft breite Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung gefunden hatte.³⁰⁴

Das im Grundgesetz verankerte Gebot, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, hatte seinen festen Platz in den Zielsetzungen sämtlicher Bundesregierungen bis 1990. In den Jahrzehnten der Teilung wurde dieses Ziel stets auch von der großen Mehrheit der Westdeutschen befürwortet.

³⁰³ Umfragedaten aus den 1950er Jahren bestätigen, dass Adenauers Politik der konsequenten Westintegration trotz anfänglicher Widerstände im Grundsatz von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung befürwortet wurde. Die Westdeutschen waren nicht bereit, die Einheit Deutschlands um jeden Preis zu verwirklichen. Dies betraf nicht allein die persönliche, materielle Opferbereitschaft der Bevölkerung. Eine Revision der freiheitlich-demokratischen Ordnung zugunsten der Wiedervereinigung wurde von der Mehrheit grundsätzlich – im Einklang mit der verbreiteten antikommunistischen Grundstimmung dieser Jahre – abgelehnt. Glaab, Manuela: Einstellungen zur deutschen Einheit. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 306-316, hier S. 309f.

³⁰⁴ Vgl. dazu Schildt, Axel: Politische Entscheidungen und Einstellungen. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 10-23, hier S. 20f.

Die höchsten Zustimmungswerte (über 80 Prozent) wurden während der Ära Adenauer ermittelt. Nichtsdestotrotz war das Thema der Einheit in den ersten Nachkriegsjahren nicht das vordringlichste Problem der westdeutschen Bevölkerung. Hier standen eher die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau und die Verbesserung der eigenen materiellen Situation im Vordergrund. Erst mit der Konsolidierung der Lage wurde eine Veränderung der Prioritätensetzung deutlich. „Von 1953 an bis Mitte der 60er Jahre stellte die Wiedervereinigung einer Umfragereihe des IfD Allensbach zufolge für die Westdeutschen die wichtigste anstehende politische Aufgabe dar. Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre gewannen die sich verschärfenden ökonomischen Probleme demgegenüber ein größeres Gewicht.“³⁰⁵ Doch im Laufe der 1960er Jahre schwand auch der Glaube an die Realisierbarkeit der Einheit. Seit 1964 gab eine wachsende Mehrheit der Westdeutschen in Infas-Umfragen an, sich an die Teilung gewöhnt zu haben. Die Existenz eines zweiten deutschen Staates rückte zunehmend in ihr Bewusstsein, auch wenn die Anerkennung der DDR für eine Mehrheit außer Frage stand. Anfang der 1970er Jahre, etwa parallel zu dem Abschluss der Ostverträge, verschwand das Thema Wiedervereinigung beinahe ganz von der Prioritätenliste der Westdeutschen.

Insgesamt nahm das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, das zu Beginn der Teilung noch als selbstverständlich galt, merklich ab. Neben der nachrückenden Generation, die ein einiges Deutschland nicht mehr aus eigener Anschauung kannte, wurden der Kontakt und die Kommunikation der beiden Bevölkerungsteile durch die Abschottung der DDR erheblich eingeschränkt.³⁰⁶

Die Gesellschaft der Bundesrepublik der 1950er Jahre kann sicherlich nicht mit dem Begriff „Freizeitgesellschaft“ gekennzeichnet werden. In der Zeit des Wiederaufbaus kam der Arbeit eine herausragende Bedeutung zu. Die Arbeitswoche in der Industrie hatte Mitte der 1950er mit in der Regel 50 Stunden an sechs Tagen ihre längste Ausdehnung erreicht. In anderen Bereichen wurde z. T. noch länger gearbeitet. Die sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre im breiten Maßstab durchsetzende 5-Tage-Arbeitswoche brachte zunächst eine durchschnittliche Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde. Der daraus resultierende Gewinn des „langen“ zweitägigen Wochenendes schuf neue Möglichkeiten der Frei-

³⁰⁵ Glaab: Einstellungen, S. 308.

³⁰⁶ Ebenda, S. 308ff.

zeitgestaltung, während das individuell zur Verfügung stehende Freizeitbudget in den 1950ern – auch nach dem subjektiven Empfinden der Zeitgenossen – sich absolut wenig veränderte.³⁰⁷

Denkt man bei den 1950er Jahren vornehmlich an Elvis, Rock'n'Roll, James Dean und an eine rebellierende Jugendkultur der „Halbstarke“, so hält dieses Bild einer genaueren Überprüfung nicht stand. Für einen Gutteil des Jahrzehnts war noch eine ausgeprägte Parallelität zwischen der Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen und der von Erwachsenen auszumachen. „Das Freizeitprofil der erwachsenen Erwerbsbevölkerung, vor allem die Dominanz der Häuslichkeit mit dem Lesen als am meisten verbreiteter Beschäftigung, galt auch für die Jugendlichen zumindest bis zum letzten Drittel des Jahrzehnts.“³⁰⁸ Lesen als Freizeitbeschäftigung bezog sich nicht nur auf Bücher, sondern in erster Linie auf das Lesen von Illustrierten. So erreichten z. B. die Illustrierten „Stern“ und „Quick“ 1951 wöchentlich jeweils etwa ein Fünftel der gesamten Bevölkerung, wie eine bundesweite Repräsentativerhebung des Allensbacher Instituts ermittelte.³⁰⁹ Daneben war das Radiohören – später abgelöst vom Fernsehen – eine sehr beliebte Art, seine Freizeit zu verbringen.

Der wichtigste Bereich außerhäuslicher Freizeitaktivitäten bei Jugendlichen war in den 1950er Jahren eindeutig der Sport, allerdings gab es um 1950 noch viele Jugendliche, die zwar ihr Interesse am Sport bekundeten, gleichzeitig jedoch beklagten, keine Gelegenheit, kein Geld oder keine Zeit dafür zu haben. Schildt gibt an, dass einer nordwestdeutschen Erhebung von 1953 zufolge, ein Drittel der Jugendlichen Sport als Freizeitbeschäftigung genannt hatte. Dieser Durchschnitt enthielt einen Anteil von ca. 50 Prozent bei den 15- bis 18-Jährigen, und ca. 15 bis 28 Prozent bei den Jugendlichen über 22 Jahren. Insbesondere bei den Geschlechtern war eine große Diskrepanz festzustellen, während männliche Jugendliche zu mehr als der Hälfte Sport trieben, waren es bei den weiblichen Jugendlichen je nach Alter zwischen einem Sechstel und einem Fünftel.³¹⁰

³⁰⁷ Schildt: *Moderne Zeiten*, S. 79-86.

³⁰⁸ Ebenda, S. 445. Vgl. ausführlich zur Freizeit und Freizeitverhalten der Jugend ders., S. 152-179.

³⁰⁹ Ebenda, S. 130.

³¹⁰ Ebenda, S. 171.

Wie oben bereits erwähnt, deckten sich in den 1950er Jahren die Freizeitaktivitäten von Jugendlichen und Erwachsenen noch weitgehend. Sport war in den 1950er Jahren eine vorwiegend männliche Domäne, wobei sich ein Großteil der Männer eher als Zuschauer am Sportplatzrand denn als Aktive auf dem Platz befand. Der organisierte Sport hatte in den 50er Jahren noch längst nicht wieder den Mitgliederstand der späten 1920er und 1930er Jahre erreicht, der in der NS-Zeit durch intensive politische Bemühungen stark erhöht worden war. 1954 durchgeführte umfassende Bestandserhebungen des Deutschen Sportbundes zeigen diesen Rückstand deutlich. Die weitere Entwicklung in den 50er Jahren war durch eine stetige Zunahme des Vereinssports gekennzeichnet, wobei auffällig ist, dass eher „traditionelle“ Sportarten wie Schwimmen, Leichtathletik und Turnen stagnierten, während Fußball, aber auch Sportarten wie Badminton, stark zunahmen. Die Mitgliederzahl der Sportvereine erhöhte sich von vier Millionen (1954) auf 4,8 Millionen (1959).³¹¹

3.5.2 Die DDR

Wie in den Westzonen hatten sich in der SBZ kulturelle Entwicklungen in den ersten Nachkriegsjahren zunächst auf Bildungs- und Erziehungsfragen konzentriert.³¹² War das kulturelle Klima bis 1948 noch relativ liberal gewesen, so veränderten sich hier einhergehend mit dem Fortschreiten des Kalten Krieges die Bedingungen für Kulturschaffende. Mit dem Beginn der 1950er Jahre trat der Kampf der SED-Führung gegen westliche Dekadenz und „Formalismus in der Kunst“ offen zutage.³¹³ Zudem war es das erklärte Ziel der SED, im Rahmen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft auch einen neuen, den „sozialistischen Menschen“ zu formen. Bildung und Erziehung sowie Kultur, Kunst und dem Sport wurden in diesem Prozess der Entfaltung der „allseitig entwickeltem sozialistischen Persönlichkeit“ eine tragende Funktion zugeschrieben.³¹⁴

³¹¹ Ebenda, S. 140.

³¹² Vgl. zum Umbau des Bildungssystems in der DDR Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 282ff.

³¹³ Thomas: Kultur, S. 512f.

³¹⁴ Erbach: Sportwunder, S. 242. Vgl. auch Buss, Wolfgang: Ideologische Leitlinien – Anmerkungen zu einem zentralen Bedingungsfaktor im Entwicklungsgang des SBZ/DDR-Sports. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 87-109, hier S. 97ff. Buss macht darauf aufmerksam, dass anfangs die „sozialistische Persönlichkeit“ im Vordergrund stand und sich gegen Ende der 1950er Jahre der Schwerpunkt immer mehr auf das „Kollektiv“ verlagerte. Ebenda, S. 106. Einen eben-

Aussagen über das Freizeitverhalten der Bürger der DDR sind für die 1950er Jahre schwerlich zu treffen. Nach Kleßmann lassen sich ab etwa Mitte der 1960er Jahre präzise Aussagen über das Freizeitverhalten der Bevölkerung in der DDR erst durch die Aufwertung der Soziologie und der Publikation entsprechender empirischer Daten machen.³¹⁵ Gemäß des Lenkungs- und Kontrollanspruches der SED-Führung sollten die Bürger der DDR auch in ihrer Freizeit überwacht werden. Verschiedene „Massenorganisationen“, wie die Jungen Pioniere und der FDJ für Kinder bzw. für Heranwachsende, der FDBG, der Demokratische Frauenbund Deutschlands und der DTSB u. a. sollten diese Funktion erfüllen. Doch dieser Anspruch der Parteiführung wurde nie vollständig erfüllt. Unübersehbar fand in der Freizeit ein Rückzug in private Nischen statt, der sich zu Beginn der 1970er Jahre verstärkte.³¹⁶

Die DDR, die sich gern als „Leseland“ darstellte, widmete sich insbesondere der Pflege der deutschen Klassiker. Bei einer in den 1950er Jahren stetig steigenden Buchproduktion kamen 5,6 Exemplare auf jeden Bürger. Über 80 Verlage, davon u. a. 22 für Belletristik, Kinder- und Jugendliteratur sowie 40 Verlage für wissenschaftliche und Fachliteratur stellten diese Bücher nach staatlichen Themenplänen und unter der Kontrolle eines wachsamem Parteiapparates und des Amtes für Literatur- und Verlagswesen (seit 1958 als Abteilung für Literatur und Buchwesen ins Ministerium für Kultur integriert) her.³¹⁷ In der DDR wurde zwar viel gelesen, hierbei wurden die Bürger in der Wahl ihrer Literatur jedoch eingeschränkt bzw. bevormundet.

Während sich in der Bundesrepublik der 1950er Jahre die unterschiedlichsten illustrierten und Zeitungen ausgesprochener Beliebtheit beim Lesepublikum erfreuten, war die Presse in der DDR durch Kritiklosigkeit und Uniformität gekenn-

solchen Anspruch der SED macht Buggel für den „Massensport“ aus. Vgl. Buggel, Edelfried: Der Volkssport (Breitensport) und die Volkssportforschung in der DDR von 1960/61 bis 1965/66. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 465-533, hier insbesondere S. 523.

³¹⁵ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 417.

³¹⁶ Glaser: Deutsche Kultur, S. 343 und 348f. Vgl. auch zur These von der DDR als Nischengesellschaft Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983.

³¹⁷ Barck: Bildung, S. 53f.

zeichnet. Die Medien befanden sich in völliger Abhängigkeit von den Leitlinien der SED und unter ihrer Kontrolle.³¹⁸

In der DDR wurde Freizeit als „Teil der Nicht-Arbeitszeit, in dem von den Werktätigen ihr kulturelles Niveau erhöht, ihre Bedürfnisse hinsichtlich Bildung, Erholung, gesellschaftspolitischer Tätigkeit, Geselligkeit, Kunstgenuss, Unterhaltung, Körperkultur und Sport befriedigt werden“, definiert. Nach Austermühle war der Alltagssport in der DDR der frühen 1950er Jahre geprägt durch den Aufbau organisatorischer Strukturen auf der Basis der Betriebssportgemeinschaften und industriezweig- bzw. berufszweigorientierter Sportvereinigungen (SV Dynamo = Volkspolizei, SV Wissenschaft = Universitäten und Hochschulen etc.) Die Breitenwirkung des Betriebssports hatte Anfang der 1950er Jahre sein stärkstes Ausmaß erreicht. Der sich formierende Sport versuchte, am Modell des Breiten- und Wettkampfsports anzuknüpfen, wie es in der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung, im Arbeitersport und teilweise auch im Sport des Nationalsozialismus bereits praktiziert worden war.³¹⁹

Ab Beginn und bis Mitte der 1950er Jahre gab es gesteuerte Kontakte zwischen bundesrepublikanischen Sportvereinen und DDR-Sportgemeinschaften, die zu mehr oder weniger regelmäßigen Sportbegegnungen führten und stets von ausgewählten DTSB-Funktionären kontrolliert wurden.

3.6 Zusammenfassung

Auf der Wiener IOC-Sitzung im Mai 1951 forderte das IOC die Vertreter des deutschen Sports in Ost und West auf, gesamtdeutsche Mannschaften zu bilden. Die genauen Beweggründe für diese Entscheidung lassen sich nur vermuten. Wahrscheinlich ist, dass das IOC in Anbetracht der weltpolitischen Lage – ebenso wie ein Großteil der Sportfachverbände und wie die öffentliche Meinung – davon ausging, die deutsche Teilung sei lediglich ein Provisorium. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis der kleinere, bevölkerungsschwächere, politisch und wirtschaftlich unbedeutendere Ostteil Deutschlands den Anschluss an den Westen suchte. Man

³¹⁸ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 392.

³¹⁹ Austermühle, Theo: Konflikte und Konfliktlösungen im Sport. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 135-157, hier S.135.

hatte hier die Intention und Position der Sowjetunion stark unterschätzt bzw. missdeutet. Die Entscheidungsträger im IOC waren zu diesem Zeitpunkt eher den westdeutschen Sportfunktionären zugeneigt, zu denen sie z. T. auch freundschaftliche Kontakte pflegten. Allerdings gab es auch Stimmen im IOC, die eine Beteiligung deutscher Sportler – egal ob aus West oder Ost – aufgrund der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ablehnten. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass das westdeutsche NOK zunächst nur provisorisch anerkannt wurde. Auch das Auftreten westdeutscher Sportler bei den Spielen in Oslo 1952 hatte für reichlich Diskussionsstoff gesorgt, denn die norwegischen Initiatoren hatten den deutschen Verantwortlichen signalisiert, dass ihre Delegation nicht willkommen sei.

Wie gezeigt wurde, wurden nicht nur die eigentlichen Verhandlungen der beiden deutschen NOK von Seiten der Politik geformt. Bereits im Vorfeld zeichneten sich verschiedene Arten der Einflussnahme ab.

Direkte Einmischungen von Seiten der westlichen Alliierten nahmen nach den Staatsgründungen 1949 immer weiter ab. Als allerdings das westdeutsche NOK eine Delegation nominierte, die dem IOC-Exekutivausschuss in Lausanne am 28.8.1950 eine Art Entschuldigung für die Verbrechen der Nationalsozialisten vorlegen wollte, erhob der amerikanische Hohe Kommissar, McCloy, im Namen der AHK bei einer Besprechung mit Bundeskanzler Adenauer auf dem Petersberg am 17. August schwerwiegende Bedenken wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit einiger Delegationsmitglieder. Die Einmischung ging soweit, dass er sogar die Reisepässe sperren ließ. Die Bundesregierung und die westdeutschen Sportfunktionäre beugten sich dem Druck und änderten die personelle Zusammensetzung der Delegation. Es ist denkbar, dass McCloy damit dem westdeutschen Sport sogar einen Dienst erwies, denn die Entschuldigung der „neuen“ Delegation war somit sicherlich glaubwürdiger.

Dieser Kontakt funktionierte aber auch andersherum: Die westdeutschen Verantwortlichen des Sports baten im Frühjahr 1950 Bundeskanzler Adenauer, Einfluss auf das US State Department und die Alliierte Hohe Kommission (AHK) zu nehmen, um die nordamerikanischen Vertreter im IOC dafür einzunehmen, das westdeutsche NOK anzuerkennen. Den Quellen zufolge haben sich die Hohen Kom-

missare diesem Wunsch entsprechend nachdrücklich für die Anerkennung des NOK eingesetzt.

Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zeigte kein sehr großes Interesse am Sport an sich. Adenauers Politik war bestimmt durch die Westbindung, der er noch vor der Wiedervereinigung Priorität einräumte. Auch die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches war Adenauer so wichtig, dass er nicht davor zurückschreckte, in die Belange des Sports einzugreifen, wenn er ihn gefährdet sah. Der Bundeskanzler hatte ein starkes Interesse daran, dass bei den Olympischen Spielen 1952 ausschließlich westdeutsche Sportler an den Start gingen. Entsprechend eng war die Abstimmung mit dem NOK während der eigentlichen Verhandlungen mit den Sportfunktionären der DDR. Eine gesamtdeutsche Mannschaft war Adenauer ein Dorn im Auge, untergrub sie doch den im Grundgesetz verankerten Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. Entsprechend war seine Haltung zum deutsch-deutschen Sportverkehr, denn Adenauer fürchtete, dass jeglicher Kontakt zur DDR, diese als Staat allmählich „hoffähig“ machte.

In der Bundesrepublik wuchs ganz allmählich das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform, was nicht zuletzt durch den wirtschaftlichen Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft begünstigt wurde. Die DDR hatte hingegen – auch durch die wirtschaftlichen Misserfolge – mit einer massiven Abwanderungsbewegung gen Westen und einer handfesten politischen Legitimationskrise zu kämpfen, die in den Aufständen des Jahres 1953 gipfelte.

In der DDR sollten alle gesellschaftlichen Bereiche unter der Kontrolle der SED stehen. So auch der Sport. Somit erfolgte auch die Gründung des ostdeutschen NOK im Frühjahr 1951 gemäß eines ZK-Beschlusses, dem wiederum ein Anstoß aus Moskau vorausging. Die DDR blieb Zeit ihrer Existenz stark abhängig von den Weisungen aus der Sowjetunion. In dieser Phase propagierte die SED gesamtdeutsche Mannschaften, denn alles „gesamtdeutsche“ bedeutete eine Niederlage für Adenauers Alleinvertretungsanspruch. Daher wurde auch die Initiative „Deutsche an einen Tisch“ ausgerufen. Das Ziel war ein geeintes Deutschland unter sozialistischen Vorzeichen, ein Vorhaben, das mit der sowjetischen Deutschlandpolitik im Einklang stand. Offiziell fanden zwischen der Bundesrepublik und der DDR keine Kontakte auf politischer Ebene statt, dies wurde von der Regierung Adenauer strikt abgelehnt.

Ab 1950 wurde auch eine systematische „Westarbeit“ im Sport betrieben. Durch die politische Agitation im Sport kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den west- und ostdeutschen Sportorganisationen und ihren Funktionären. In der Rückschau kann festgehalten werden, dass die Beeinflussung von Westdeutschen durch Agitation und Propaganda aus dem Osten im Bereich des Sports – wie auch im Allgemeinen – erfolglos und weitgehend folgenlos blieb. Es ist eher zu vermuten, dass durch die penetrante Propaganda eher noch der in der Bundesrepublik herrschende Antikommunismus genährt wurde.

Das Verhandlungsergebnis zwischen den beiden deutschen NOK – die „Lausanner Vereinbarung“ – war für das ZK der SED eine schlimme Niederlage, denn ihre Sportler wären komplett der Verantwortung des westdeutschen NOK unterstellt worden. In diesem Rahmen hätte die DDR quasi nicht stattgefunden. Durch den zuvor erfolgten Elitenaustausch in der DDR verfügte der ostdeutsche Teilstaat zu diesem Zeitpunkt über keine erfahrenen Sportfunktionäre, die einer solchen Verhandlung – schon allein sprachlich – gewachsen gewesen wären. Zudem bestanden keinerlei freundschaftliche Kontakte zu Entscheidungsträgern des IOC. Aus der Sicht des ZK der SED bestand die einzige Möglichkeit, um international – und nicht zuletzt im eigenen Land – das Gesicht zu wahren, darin, die Vereinbarung aufzukündigen. Getarnt wurde diese Aufkündigung mit einem angeblichen Massenprotest der Sportler. Es bleibt fraglich, ob dieses Tarnungsmanöver in der DDR selbst geglaubt wurde.

Für die Olympischen Spiele 1952 wurden keine gesamtdeutschen Mannschaften gebildet, weil die Regierenden der DDR es aufgrund politischer Überlegungen nicht wollten. Für die Spiele 1956 legte das IOC wiederum fest, dass gesamtdeutsche Mannschaften gebildet werden sollten. Und dieses Mal verfolgten die ostdeutschen Verantwortlichen eine andere Strategie.

4. Die ersten gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1956

Wie oben gezeigt wurde, fanden die Olympischen Spiele 1952 ohne Beteiligung ostdeutscher Sportlern statt. Zwar bemühten sich die Sportfunktionäre aus der DDR in der Folgezeit nach Kräften, ihr Verhältnis zum IOC zu verbessern und damit eine Anerkennung des ostdeutschen NOK zu erreichen, es sollte jedoch erst Mitte der 1950er Jahre zu einem entscheidenden Schritt nach vorn in dieser Angelegenheit kommen. Politisch, militärisch und wirtschaftlich gesehen wurde die Teilung der Welt ebenfalls 1955 manifest. Und damit wurde auch die Teilung Deutschlands festgeschrieben. Die Blockbildung wurde durch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die jeweiligen militärischen Bündnisse, die Erlangung ihrer Souveränität und die Rede Chruschtschows, in der er erstmals von zwei Staaten in Deutschland sprach, ganz deutlich. War die Zeit zwischen den Staaten Gründungen bis 1952 noch recht unübersichtlich, so wurde die politische Situation durch die Blockbildung und das „Freund-Feind-Denken“ vorhersehbarer, mit erheblichen Implikationen für den Sport. Hier wurde die Lage komplexer und die Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten – sei es auf der olympischen oder der deutsch-deutschen Ebene – komplizierter.

4.1 Die provisorische Anerkennung des NOK der DDR und das Ringen um die Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften für die Olympischen Spiele 1956

Die Brüskierung des IOC in Kopenhagen durch Vertreter des ostdeutschen Sports blieb noch einige Zeit im Gedächtnis der IOC-Verantwortlichen haften. Eine Wende im Verhältnis zwischen dem IOC und dem NOK der DDR wurde u. a. durch Heinz Schöbel eingeleitet, der seinen Vorgänger Kurt Edel 1955 als Präsident des ostdeutschen NOK ablöste. Schöbel verfügte über besseres Verhandlungsgeschick und über mehr diplomatisches Fingerspitzengefühl als Edel. „Mit dem weltgewandten Leipziger Verlagsleiter kam ein Mann an die NOK-Spitze, der dem elitären IOC mehr zusagte als der aus der Hamburger Arbeiterschaft stammende Edel.“³²⁰ Zudem hatten sich im Sommer 1954 anlässlich der Spartakiade in Moskau der ostdeutsche NOK-Funktionär Erich Riedeberger und das sow-

³²⁰ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 189.

jetisches IOC-Mitglied Andrianov mit IOC-Präsidenten Brundage (der auf Einladung der sowjetischen Regierung nach Moskau reiste) getroffen, wobei signalisiert wurde, dass man von Seiten der DDR künftig im Einvernehmen mit der Bundesrepublik bereit sei, eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden.³²¹

Schöbel traf sich vor der 50. Session des IOC in Paris mit IOC-Präsidenten Brundage, um für die Anerkennung des ostdeutschen NOK zu werben. Brundages größter Vorbehalt war die Frage der politischen Unabhängigkeit des Komitees. Laut IOC-Statuten mussten Nationale Olympische Komitees politisch unabhängige Organisationen sein. Nach Guttman fragte er Schöbel ganz direkt, ob das ostdeutsche NOK eine politische Organisation sei. Diese Frage wurde von dem Vertreter des DDR-Sports knapp und bestimmt verneint.³²² Offenbar empfand Brundage diese Antwort als ausreichend, denn am 17. Juni 1955 stimmte das IOC bei seiner 50. Session in Paris (13.-18. Juni 1955) mit 27:7 Stimmen für eine vorläufige Anerkennung des NOK der DDR. Das Provisorische daran war, dass die Anerkennung an die Aufstellung gesamtdeutscher Olympiamannschaften für die Spiele 1956 geknüpft war. „In fact, the I.O.C. voted that ‚this recognition will lapse automatically‘ if an agreement on a combined team proved impossible.”³²³ Weiter hieß es in der Entscheidung, dass im Falle von Schwierigkeiten bei der Bildung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft für Melbourne, sich der Präsident des IOC anbiete, als Schlichter zwischen den beiden deutschen NOK zu vermitteln. Es verstehe sich von selbst, dass das IOC nach der Wiedervereinigung [sic!] nur ein Deutsches Olympisches Komitee für das ganze Land anerkennen werde.³²⁴ Hier zeigte sich eine veränderte Haltung des IOC. Durch diese Entscheidung erkannte das IOC die Existenz von zwei deutschen Staaten an, ging jedoch zugleich davon aus, dass diese als Übergangslösung bis zur Wiedervereinigung zu betrachten seien. Insbesondere Präsident Brundage sah in der Auflage

³²¹ Ebenda, S. 190.

³²² Guttman: *The Games*, S. 154. Dass das NOK der DDR jedoch nicht unabhängig agierte, ist vielfältig belegt. Vgl. beispielsweise zu den Verstrickungen des MfS und von IM in das NOK der DDR Spitzer, Giselher: *Wie offen war der Verhandlungspartner NOK der DDR? Zur Rolle des MfS in den Beziehungen zum Sport in der Bundesrepublik*. In: Grupe, Ommo (Hg.): *Einblicke. Aspekte olympischer Sportentwicklung*. Schorndorf 1999, S. 107-112, hier S. 108f.

³²³ Guttman: *The Games*, S. 154.

³²⁴ Krüger: *Sport und Politik*, S. 119.

der Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft einen Beitrag des Sports zur Wiedervereinigung Deutschlands.³²⁵

Nach Buss war die 1955 erfolgte vorläufige Anerkennung des NOK der DDR durch das IOC durch zwei Faktoren positiv beeinflusst worden. Zum einen hatte sich die DDR durch die sportliche Leistungsfähigkeit ihrer Athleten zum unverzichtbaren Bestandteil des internationalen Sportsystems gemacht, das nur funktionieren kann, wenn es die Konkurrenz der Besten ermöglicht. Ein Fernbleiben ostdeutscher Athleten von internationalen Wettkämpfen hätte einen zunehmenden Bedeutungsverlust von immer mehr Wettbewerben zur Folge gehabt. Zum anderen hatte sich im Laufe der Zeit die personelle Zusammensetzung im IOC verändert. Der Einfluss der mit der DDR verbundenen anderen sozialistischen Staaten in der olympischen Bewegung stieg quantitativ und qualitativ an, so dass die westliche Position der kompletten Ablehnung einer Eigenständigkeit der Sportorganisationen der DDR letztlich in den internationalen Gremien nicht länger mehrheitsfähig war.³²⁶

4.1.1 Verhandlungen unter veränderten politischen Vorzeichen

Bis zur Nominierung einer aus west- und ostdeutschen Sportlern bestehenden Olympiamannschaft war es jedoch noch ein langer Weg. Am 27. August 1955 begannen die offiziellen Gespräche zwischen den beiden NOK zur Bildung eines Olympiateams. Auch die neuerlichen deutsch-deutschen Konferenzen erwiesen sich als konfliktbeladen. Die vorläufige IOC-Anerkennung des ostdeutschen NOK stärkte die Verhandlungsposition der DDR-Führung. Anders als bei den vorherigen Verhandlungen, befanden sich nun die bundesdeutschen Sportfunktionäre in dem Dilemma zwischen dem Universalitätsanspruch des Sports (d. h. die besten deutschen Athleten sollen an Olympischen Spielen teilnehmen, also auch ostdeutsche Sportler) und der Verpflichtung, sich mit der Bundesregierung abzustimmen, um keinerlei Signale in Richtung Anerkennung der DDR als Staat zuzulassen.

Die Strategie der DDR-Führung hatte sich nach Adenauers Moskau-Besuch und der Formulierung der Hallstein-Doktrin der Bundesregierung, auf die weiter unten

³²⁵ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 297.

³²⁶ Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 332f.

eingegangen wird, gewandelt. Die westdeutschen Sportfunktionäre konstatierten einen Sinneswandel bei den Verhandlungen der beiden NOK, denn das Bekenntnis zu gesamtdeutschen Vertretungen wurde aus dem Vokabular der ostdeutschen Vertreter gestrichen; erst 1959/60 sollte es im Kontext der Vorschläge über eine Konföderation wieder auftauchen. Die Souveränität der DDR sollte somit auch im Bereich des Sports klar dokumentiert werden. „Ausgehend von der Existenz zweier deutscher Staaten kann bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Sektion Fußball der DDR und den Vertretern des Deutschen Fußball-Bunds die Basis für Verhandlungen nur die volle Gleichberechtigung sein“, hieß es in internen Richtlinien für die Gespräche über eine gesamtdeutsche Fußballmannschaft für die Spiele in Melbourne 1956.³²⁷ Ulbricht selbst hatte im Vorfeld mit Manfred Ewald Taktik und Strategie der Mannschaft diskutiert.³²⁸ Aufgrund der großen Leistungsdifferenz kam die Mannschaft jedoch nicht zustande. Die gleiche Strategie der Sprengung – wie Geyer es nennt – verfolgten die DDR-Sportfunktionäre in den Bereichen, wo es noch gesamtdeutsche Sportmannschaften gab (z. B. Tischtennis, Handball, Leichtathletik).³²⁹

In der Bundesrepublik herrschte in dieser deutschen Sportfrage eine tiefe Verunsicherung. Einerseits war der Wunsch vorhanden, West- und Ostdeutsche unter der schwarz-rot-goldenen Fahne gemeinsam antreten zu lassen, aber auf der anderen Seite standen fundamentale politische Bedenken. Der Plan zur Aufstellung einer gesamtdeutschen Eishockeymannschaft für die WM 1956 in Moskau wurde von einigen Referenten des BMG und auch von einzelnen Abteilungen des Auswärtigen Amtes begrüßt. Sie würde „das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen und ihr[en] Willen zu einem einheitlichen Deutschland“ demonstrieren. Dies deutete einen Schwenk der bislang verfolgten politischen Linie an, denn nun schien es an der Bundesrepublik zu sein, mittels gesamtdeutscher Sportmannschaften die Einheit der Nation repräsentieren zu wollen, vorausgesetzt, dass die Mannschaftsführer aus der Bundesrepublik stammten und man sich im Sinne der Bundesrepublik auf die nationalen Symbole einigte.³³⁰

³²⁷ Ebenda.

³²⁸ Holzweißig: Funktion des Sports, S. 644.

³²⁹ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 67f.

³³⁰ Ebenda, S. 68.

Letztlich überwogen in dieser Frage jedoch die politischen Bedenken. Auch von Halt äußerte im Januar 1956 die Ansicht, dass Verhandlungen mit der DDR-Sportführung über gesamtdeutsche Mannschaften eine Form der „Verständigungspolitik“ sei, die es im Grunde nicht geben dürfte. Man setze sich damit dem Verdacht aus, mit der DDR zu sympathisieren. Auch im Auswärtigen Amt wurde die Ansicht vertreten, dass die Bundesrepublik keinesfalls auf der einen Seite mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Sinne der Hallstein-Doktrin drohen dürfe, während andererseits der Anschein erweckt würde, dass sich die Bundesregierung mit Vereinbarungen wie denen der beiden deutschen NOK identifiziere.

In der Folgezeit wurden vergeblich Anstrengungen unternommen, über das diplomatische Corps und die Verbündeten, direkt und indirekt auf IOC-Präsident Brundage und andere IOC-Mitglieder einzuwirken, um die vorläufige Anerkennung des NOK der DDR wieder rückgängig zu machen. Ebenso schlugen spätere Versuche fehl, den DDR-Sport in den Weltverbänden zu isolieren und auszuschließen.³³¹

Die ohnehin angespannten deutsch-deutschen Sportbeziehungen wurden zusätzlich noch durch Maßnahmen der Bundesregierung strapaziert. Das Bundesministerium des Inneren (BMI) verweigerte seit Anfang 1956 scheinbar wahllos – zumindest ohne erkennbare Hintergründe – Sportmannschaften der Warschauer Pakt-Gemeinschaft die Einreise in die Bundesrepublik, nachdem der Ost-West-Sportverkehr aufgrund von Vereinbarungen zwischen dem DSB und dem BMI (Frühjahr 1955) zunächst reibungslos verlaufen war. Durch diese Verbote gefährdete das Ministerium die Position der bundesrepublikanischen Sportverbände im internationalen Sport, da die internationalen Fachverbände empfindlich darauf reagierten, wenn Sportlern aus politischen Gründen die Einreise verwehrt wurde.³³²

Bundesinnenminister Gerhard Schröder begründete seine Handlung im Rahmen einer Fragestunde der 125. Bundestagsitzung damit, dass kommunistischer Infiltration vorgebeugt werden sollte. In einer Besprechung (2. Februar 1956) zwischen den Staatssekretären von Lex und Bleck (beide BMI), Thedieck (BMG) sowie hohen Ministerialbeamten des Auswärtigen Amtes und der deutschen Sportfüh-

³³¹ Ebenda. S. 67ff.

³³² Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 222f.

rung unter Daume und von Halt in Bonn legten beide Seiten ihre Positionen dar und einigten sich schließlich über die künftige Vorgehensweise. Demnach wurden Visa für die Teilnahme von „Ostblock-Sportlern“ an internationalen Veranstaltungen, Länderspielen, Meisterschaften und Turnieren „grundsätzlich erteilt“. Genehmigungen für private Sportveranstaltungen der Vereine sollten „nach Maßgabe des deutschen [sic!] Interesses von Fall zu Fall“ erteilt werden. Sie waren „nach Möglichkeit einzuschränken“.³³³

Die Beziehungen zwischen dem DSB und den bundesdeutschen Ministerien wurden wegen der Einreiseverweigerung für manche Mannschaften aus dem „Ostblock“ – insbesondere Ungarn – auf eine harte Probe gestellt. Nach einer Besprechung des DSB und des BMI (2. Februar 1956) rückte die Behörde von ihrer Politik der Visaverweigerung ab.³³⁴ In der zweiten Januarhälfte des Jahres 1956 kam es verstärkt zu Konfrontationen zwischen den zuständigen Ministerien (BMI und AA) und den bundesdeutschen Sportorganisationen. Die beiden federführenden Ministerien drängten 1956 gar auf einen Boykott der Sommerspiele in Melbourne, der mit dem Austritt aus dem IOC einhergehen sollte. Zugleich drohte Innenminister Schröder mit der Sperrung der Subventionen für die deutsche Olympiamannschaft, denn damit würde sich die Bundesregierung demonstrativ von den Beschlüssen der beiden NOK distanzieren.³³⁵ Der DSB war über diese Drohung entsetzt. DSB-Präsident Daume wies Innenminister Schröder am 26. Januar 1956 darauf hin, dass es möglich wäre, dass sich einzelne westdeutsche Sportler über Berlin der Mannschaft der DDR anschließen könnten. Noch problematischer wäre jedoch ein anderer Aspekt, denn bei einem Olympia-Boykott der Bundesrepublik würde die DDR-Mannschaft mit großer Wahrscheinlichkeit allein zu den Spielen reisen, was darüber hinaus u. U. die von der DDR angestrebte volle internationale Anerkennung ihres NOK bedeuten könnte. Die Vertreter des Sports warfen den „Hardlinern“ der Bundesregierung vor, dass sie den „Internationalismus“ des Sports verkennen würden. Als NOK-Präsident von Halt die Vertreter der Bundesregierung vor die Alternative stellte, ob die Bundesregierung eher die Anerkennung eines selbständigen „SBZ-NOK“ und das Auftreten einer selbständigen

³³³ Ebenda, S. 223.

³³⁴ Im Sommer 1957 verweigerte jedoch dann das Auswärtige Amt Sportlern aus dem „Ostblock“ die Einreise. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 302.

³³⁵ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 69.

Mannschaft der DDR oder die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft bei den Olympischen Spielen wünsche, antwortete Staatssekretär Hallstein, dass das erste mit allen Mitteln verhindert werden müsse und das zweite mit einem Minimum an Konzessionen notfalls tragbar sei.³³⁶ Hier deutete sich demnach ein Kompromiss an.

Neben anderen Protokollfragen einigten sich die beiden NOK für die Spiele als Ersatz für die Nationalhymnen auf Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“. Auch diese Übereinkunft war nicht ganz unproblematisch, da der Vorschlag dazu von Seiten der DDR-Sportführung gekommen war, die sich bei den Winterspielen keine Hoffnung auf eine Goldmedaille machte und daher im Falle eines Siegs durch einen bundesdeutschen Sportler das Abspielen des Deutschlandliedes verhindern wollte.³³⁷

4.1.2 Das sportliche Aufrüsten der DDR beginnt

Zwischenzeitlich wurde in der DDR trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation die Förderung des Hochleistungssports forciert. Unter SED-Chef Walter Ulbricht wurde der Leistungssport in der DDR großzügig materiell und finanziell gefördert. Ulbricht verknüpfte mit dem Leistungssport bestimmte Funktionen, die der Sport bzw. die sportlichen Erfolge der DDR-Sportler erfüllen sollten. Sportliche Erfolge sollten dabei helfen, eine Identifikation mit der DDR als Staat zu schaffen, eine Art Nationalbewusstsein. Auch wenn die offiziellen außen- und deutschlandpolitischen Intentionen zu Beginn der 1950er Jahre noch auf eine Wiedervereinigung abzielten, konnte dies aus Ulbrichts Sicht nur im Kampf gegen die westlichen „imperialistischen Klassen- und Friedensfeinde“ erreicht werden. Ferner sollte über internationale Erfolge kontinuierlich innenpolitisch Zustimmung der Bevölkerung aufgebaut werden und damit allmählich Hegemonie, zumindest aber ein Partialkonsens der Bevölkerung mit den Machthabern in Partei und Staat hergestellt werden.³³⁸ Letztlich sollten mit den Erfolgen auch die Be-

³³⁶ Ebenda.

³³⁷ Ebenda, S. 69f.

³³⁸ Dass der Staat DDR nicht durch den Konsens der ostdeutschen Bevölkerung abgesichert war, zeigten 1953 die Aufstände in vielen Orten der DDR, die zunächst wirtschaftlich motiviert waren (gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen), aber schon bald stellten die Aufständischen vielerorts politische Forderungen wie die Absetzung der Regierung.

mühungen um die internationale Anerkennung der DDR als Staat, ihrer Institutionen und ihrer gesellschaftlichen Organisationen wie der des Sports befördert werden.³³⁹ Fortan setzte die DDR auf den Sport – als politisches Mittel.

Zur Durchsetzung der oben genannten Ziele wurden verschieden Beschlüsse gefasst. Der erste Leistungssportbeschuß der DDR, „Direktive des Politbüros der SED zur weiteren raschen Aufwärtsentwicklung von Körperkultur und Sport in der DDR“ wurde im Juli 1954 gefasst.³⁴⁰ Am 17. August 1954 erging der Beschluss des Stako, „die Körperkultur der DDR zum Vorbild für ganz Deutschland zu entwickeln, die Mehrheit der deutschen Rekorde und Meisterschaften bis Ende 1956 zu erobern und damit die Führung im deutschen Sport zu übernehmen“.³⁴¹ Der Ausbau von Sportstätten und Leistungszentren sowie die Einbeziehung von Ergebnissen der systematisch aufgebauten Sportwissenschaft (insbesondere Sportmedizin, Trainerausbildung, Trainingslehre, Sportgerätebau) sollten für Erfolge von Sportlern aus der DDR sorgen. Zudem sollten hoffnungsvolle Talente in den Sportclubs zur besseren Förderung konzentriert werden.³⁴² Die Auswahl und Förderung junger Talente wurde ab 1954 durch die Kinder- und Jugendsportschulen forciert.³⁴³

Nach Geyer formulierte Ulbricht am 2. November 1955 in einer „Aussprache“ den politischen Auftrag des Sports: „Die Sportler der DDR müssen die Mehrzahl der Meistertitel bei gesamtdeutschen Meisterschaften stellen.“ In den folgenden Jahren wurde das „Ein- und Überholen“ der Bundesrepublik im Sport eine zunehmend dringlichere Aufgabe.³⁴⁴ Hier ging es nicht nur um die Konkurrenz der Gesellschaftssysteme, sondern die DDR-Führung verfolgte damit zudem die internationale Anerkennung.³⁴⁵ Dementsprechend wurden die Spitzensportler nicht

³³⁹ Buss: Internationaler Sportverkehr, S. 322f.

³⁴⁰ Kluge: Wir waren die Besten, S. 171.

³⁴¹ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 133.

³⁴² Ebenda.

³⁴³ Im Rahmen der Entschließung der 5. Tagung der SED (17. März 1951) war die Forderung erhoben worden, mit Beginn des Schuljahres 1954/55 in allen Bezirken der DDR Schulen zur Entwicklung eines qualifizierten Sportnachwuchses für sportbegabte Schüler einzurichten. Entsprechende Einrichtungen zur Förderung des Nachwuchses in der Sowjetunion, die es bereits seit 1937 gab, hatten für die KJS Modell gestanden. Vgl. dazu Helfritsch: Kinder- und Jugendsportschulen, S. 112-128.

³⁴⁴ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 64. Das Ein- und Überholen der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet wurde 1958 zur ökonomischen Hauptaufgabe erhoben.

³⁴⁵ Ebenda, S. 64f.

nur von den besten Trainern betreut, sondern es wurde auch ein Prämiensystem eingeführt, das u. a. materielle Anreize für Spitzenleistungen bot. Die Privilegien waren jedoch nicht nur materieller Art (wie z. B. die bevorzugte Zuteilung von Wohnungen oder Häusern oder festgelegte Prämienzahlungen für Erfolge, die mit Orden und abgestuften Auszeichnungen wie „Meister des Sports“ und „Verdienter Meister des Sports“ gekoppelt waren), sondern auch die Möglichkeit, Reisen ins „nichtsozialistische Ausland“ zu unternehmen oder die Zuteilung des gesicherten Studien- bzw. Arbeitsplatzes.³⁴⁶ Zudem waren Hochleistungssportler insofern privilegiert, dass sie für Training und Wettkämpfe von der Arbeit, Studium bzw. von der Schule befreit wurden. Diese besondere Förderung blieb nicht verborgen und brachte die DDR-Sportführung in manch unangenehme Situation. Denn das IOC war auf diese Form des „Staatsamateurismus“ aufmerksam geworden, die den Statuten des IOC widersprach und in letzter Konsequenz einen Ausschluss der betreffenden Sportler zufolge gehabt hätte. Eine entsprechende Anfrage des IOC-Präsidenten Brundage wurde von Seiten der DDR mit dem Hinweis „[...] there was no professional sport of any kind in East Germany“ zurückgewiesen.³⁴⁷

Bis Ende 1955 verbesserten Leichtathleten aus der DDR 28 von 40 deutschen Rekorden. Aus der DDR kamen elf Weltmeister und Weltrekordhalter, zwei Europameister und insgesamt erzielten die ostdeutschen Sportler 80 gesamtdeutsche Rekorde.³⁴⁸ Nachdem im Jahr 1955 verschiedene Sektionen der DDR in 19 internationale Fachverbände aufgenommen worden waren, darunter in 14 olympischen Sportarten, gelang es, in den Jahren 1956 und 1957 die Anerkennung durch 16 weitere Verbände, davon in sechs olympischen Sportarten, durchzusetzen. Dabei bestanden die internationalen Fachverbände für Tischtennis, Rudern, Handball und Leichtathletik auf die Bildung gesamtdeutscher Ausschüsse und Mannschaf-

³⁴⁶ Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission, S. 83f.

³⁴⁷ Vgl. hierzu Guttman: *The Games*, S. 154f. Vgl. hierzu ausführlich Brundages erbitterten Kampf um die Bewahrung des Amateurstatus' der Sportler in ebenda, S. 110-131. Immer wieder geriet der Sport der DDR in den Verdacht, gegen die Amateurbestimmungen zu verstoßen. 1960 gab Manfred Ewald in seiner Funktion als Staatssekretär und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat eine eidesstattliche Versicherung an das IOC ab, dass in der DDR kein Prämiensystem für Sportler in der DDR existierte. Gieseler: *Sport*, S. 38. Im Oktober 1962 wies Daume in einem Schreiben an das IOC nochmals darauf hin, dass in der DDR Prämien an Olympiasportler gezahlt werden. Er bat das IOC, anhand des aus Zeugenaussagen geflohener Aktiver und Funktionäre zusammengestellten Beweismaterials den Amateurstatus der ostdeutschen Sportler zu klären. Ihmels: *Sport und Spaltung*, S. 37. Dass ein Prämiensystem sehr wohl existierte, gilt als hinreichend belegt. Vgl. z. B. Krebs: *Politische Instrumentalisierung*, S. 1342 oder Teichler: *Leistungssportsystem*, S. 10f.

³⁴⁸ Pabst: *Sport – Medium der Politik*, S. 133.

ten bei internationalen Wettkämpfen. Diese gesamtdeutschen Gebilde wurden jedoch allmählich aufgelöst. Der gesamtdeutsche Tischtennis-Arbeitsverband bestand bis 1958, gesamtdeutsche Mannschaften gab es im Handball bis 1961, in der Leichtathletik bis 1964 und bei den Ruderern bis 1965.³⁴⁹

4.1.3 Eingeschränkter Verhandlungsspielraum der westdeutschen Sportfunktionäre

Es wurde immer offensichtlicher, dass das erfolgreiche Auftreten von Sportlern aus der DDR das politische Ziel verfolgte, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung auszuhöhlen, um letztlich die internationale völkerrechtliche Anerkennung zu erreichen. Für die Bundesregierung stellte sich zum Jahreswechsel 1955/56 die Frage nach der politischen Dimension des Sports und welches Ministerium dafür zuständig sein sollte. Zu Beginn des Jahres 1956 forderte Bundesaußenminister von Brentano von Bundesinnenminister Schröder die Zuständigkeit in allen Angelegenheiten, in denen in Sportfragen spezifische außenpolitische Aspekte berührt wurden. Die internationalen Sportbeziehungen, insbesondere die Vorbereitung der bevorstehenden Olympischen Spiele, hätten, wie einem zunächst uneinsichtigen Innenminister entgegengehalten wurde, „einen außenpolitischen Charakter“ angenommen. Die Rückwirkungen dieser Entscheidungen im Sportbereich auf die allgemeinen außenpolitischen Beziehungen seien zu groß geworden.³⁵⁰

Hintergrund dieser Kontroverse war die Veröffentlichung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Sportorganisationen der DDR und der Bundesrepublik über die Aufstellung gesamtdeutscher Olympiamannschaften für die Spiele 1956, von der von Brentano offenbar erst aus der Zeitung erfahren hatte. „Am 15. November 1955 beanstandete der Außenminister, daß ‚unsere vortrefflichen Sportsleute‘, die, wie er ironisch hinzufügte, ja nach seinen Informationen weitgehend identisch seien ‚mit denen, die diesen Beruf schon im 3. Reich [sic!] ausübten‘, durch diese Verhandlungen nicht nur anerkannten, daß es zwei olympische Komitees, sondern auch – weit schlimmer! – zwei deutsche Nationalhymnen gebe.“³⁵¹

³⁴⁹ Ebenda, S. 221.

³⁵⁰ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 65.

³⁵¹ Zit. nach ebenda, S. 65.

Dass sich der Außenminister zu diesem Zeitpunkt über die Verhandlungsergebnisse empörte, die zudem bereits länger vorlagen, erstaunte wiederum die bundesdeutsche Sportführung.

Die Brisanz dieser Angelegenheit basierte auf Adenauers Reise nach Moskau im September 1955, im Zuge derer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vereinbart wurde. Wenige Tage nach Adenauers Moskau-Reise übertrug die Sowjetunion der DDR die vollständige staatliche Souveränität, sodass nun aus Sicht der Bundesregierung der höchst kritische Fall eingetreten war, dass Deutschland ausgerechnet in Moskau künftig mit zwei Botschaften vertreten sein würde. Zwischen September und Dezember 1955 arbeitete deshalb das Auswärtige Amt an einer schlüssigen Argumentation zur eigenen Positionsbestimmung. Ergebnis der Überlegungen war die so genannte „Hallstein-Doktrin“. Neu an ihr war nicht der Alleinvertretungsanspruch oder die Ankündigung, dass die Anerkennung der DDR als unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik betrachtet wurde, sondern vielmehr die Zuspitzung, dass die Bundesrepublik die Anerkennung der DDR mit dem Abbruch diplomatische Beziehungen sanktionieren würde. Mit der Hallstein-Doktrin versuchte sich die Bundesregierung gegenüber der DDR abzugrenzen und diese Position insbesondere vor den NATO-Partnern deutlich herauszustellen.

Vor diesem Hintergrund drohten die Verhandlungen der beiden deutschen NOK zu einer Staatsaffäre zu geraten, denn am 14. Dezember 1955 erklärte der Direktor der Politischen Abteilung des NATO-Generalsekretärs dem deutschen NATO-Gesandten, Blankenhorn, in Paris, dass man bei einigen Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb des Generalsekretariats selbst, über die Bildung eines gemeinsamen deutschen Olympischen Komitees [sic!] und die Einigung in der Hymnenfrage erstaunt sei. Er fragte, wie es möglich sei, dass die Bundesregierung einerseits von den übrigen NATO-Mitgliedern eine schroffe Ablehnung des „Pankower Regimes“ verlange, andererseits sich selbst keineswegs an diese Forderung halte. Blankenhorn verwies in seiner Antwort darauf, dass zwischen menschlichen Beziehungen und rein technischen Kontakten mit der Sowjetzone und allen politischen Beziehungen, die einer Anerkennung des Regimes gleichkämen, ein wesentlicher Unterschied bestünde. Geyer kommt zu dem Schluss, dass künftig nun

auch in Bonn selbst solchen feinsinnigen Differenzierung nicht mehr getraut wurde.³⁵² Daher wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt die Frage nach der gesamtdeutschen Olympiamannschaft auch eine politische Frage, mit der sich die Regierung – ob sie wollte oder nicht – ernsthaft beschäftigen musste.

Die Bundesregierung beugte sich 1956 aus taktischen Überlegungen den Bedingungen des Sports. Eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft war immer noch das kleinere Übel im Vergleich zum Auftreten einer international anerkannten eigenen Mannschaft aus der DDR. Auch bei den folgenden Spielen 1960 war die Bundesregierung nur widerwillig zu diesen Konzessionen bereit. Insbesondere Bundeskanzler Adenauer waren die gesamtdeutschen Auftritte bei Olympischen Spielen ein Dorn im Auge. Die Alternative jedoch – mit getrennten Mannschaften wäre die Anerkennung der DDR auf internationaler Bühne noch offenkundiger gewesen – war nicht diskutabel.

In der zeitgenössischen Bewertung schrieb Manfred Ewald auf der anderen Seite 1957 über die gesamtdeutsche Olympiamannschaft, dass sie gegen den Willen der „herrschenden Kreise in der Bundesrepublik“ zustande gekommen sei. Die Bildung der Mannschaft sei dadurch erschwert worden und auch in Melbourne wäre von westdeutscher Seite versucht worden, „die Atmosphäre der Verständigung und Zusammenarbeit zu vergiften“. Die Anmaßung der Bundesregierung sei soweit gegangen, dass sie versuchte, der deutschen Olympiamannschaft den Start in Melbourne zu verbieten. Das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft für Cortina d’Ampezzo und Melbourne sei von den Sportlern und Sportlerinnen der DDR und gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik „ehrlichen Herzens begrüßt und unterstützt worden“.³⁵³ Abschließend stellt Ewald fest: „Die Bildung der gesamtdeutschen Olympiamannschaft kann jedoch nicht so verstanden werden, als ob damit etwa schon die Einheit im deutschen Sport hergestellt wäre. Sie wird erst dann erreicht, wenn in der Deutschen Bundesrepublik wahrhaft demokratische Verhältnisse wiederhergestellt sind.“³⁵⁴

³⁵² Ebenda, S. 67.

³⁵³ Ewald: Körperkultur, S. 308f.

³⁵⁴ Ebenda, S. 309.

4.1.4 Das Auftreten der ersten gesamtdeutschen Mannschaften 1956

Das IOC feierte die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft als vollen Erfolg, gar als Sieg des Sports über die Politik.³⁵⁵ Brundage betonte die moralische Komponente der Olympischen Bewegung, indem er bei der Eröffnungsrede zu den Spielen 1956 verkündete, dem Sport sei mit der Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft eine Einigung gelungen, die die Politik bislang nicht zustande gebracht hätte.³⁵⁶

Bei den Winterspielen 1956 in Cortina d'Ampezzo bestand das gesamtdeutsche Team aus 58 westdeutschen und 18 DDR-Sportlern. Bei den Sommerspielen in Melbourne kamen 138 Sportler aus dem Westen und 37 aus dem Osten Deutschlands.³⁵⁷ Sportler aus der DDR errangen in der gesamtdeutschen Mannschaft eine Gold-, vier Silber- und zwei Bronzemedailles, die bundesdeutschen Sportler fünf Gold-, neun Silber- und fünf Bronzemedailles.³⁵⁸ Zwar nahmen an den Spielen tatsächlich Athleten aus der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen einer Mannschaft teil, doch diese Gemeinsamkeit beschränkte sich lediglich auf die gleiche Kleidung und das gleiche Emblem.³⁵⁹ Bezeichnenderweise reisten die Mannschaften getrennt an und auch wieder ab. Der Mannschaftsteil aus der DDR wohnte nicht im Olympischen Dorf. Als Chef de Mission fungierte Karl Ritter von Halt, da die Bundesrepublik den zahlenmäßig größeren Mannschaftsanteil stellte.³⁶⁰ Dass sich die bundesrepublikanische Sportführung in diesem Punkt ge-

³⁵⁵ Das IOC verlieh sogar beiden deutschen NOK die Bonacossa-Trophäe in Würdigung ihrer erfolgreichen Tätigkeit bei der Aufstellung einer gemeinsamen Mannschaft. Die Trophäe honoriert jeweils die beste Leistung im Sinne der olympischen Idee während einer Olympiade. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 244.

³⁵⁶ Auch vier Jahre später in Rom beurteilte Brundage die gesamtdeutsche Olympiamannschaft folgendermaßen: „Another example of an important victory for sport over politics has been the united German team [...]“. Zitiert nach Guttman: The Games, S. 155.

³⁵⁷ Ebenda, S. 154.

³⁵⁸ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 310.

³⁵⁹ Von Mengden bemerkte hierzu: „Von einer ‚Mannschaft‘ im Sinne sportlichen Zusammenhalts und menschlicher Kameradschaft konnte keine Rede sein. Aber der Präsident des IOC, Avery Brundage, glaubte an eine Illusion. Er hatte im Sport erreicht, was die Politik nicht geschafft hatte: Die Wiedervereinigung Deutschlands.“ Zitat in Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 309.

³⁶⁰ Krüger: Sport und Politik, S. 119. Bereits bei den ersten Verhandlungen zwischen den Delegationen aus der DDR und aus der Bundesrepublik über die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft hatten die Funktionäre aus der DDR klar herausgestellt, dass sie nicht willens seien, sich in irgendeiner Weise dem westdeutschen NOK unterzuordnen. Sie forderten die alleinige Verantwortung für die Angelegenheiten der ostdeutschen Teilnehmer. Diese Konzession räumte von Halt ihnen ein. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 239.

gen die DDR durchgesetzt hatte, – wobei sie sich der Rückendeckung durch das IOC sicher sein konnte – lag ganz und gar nicht in Ulbrichts Interesse.³⁶¹

Die Olympischen Spiele 1956 in Melbourne (22. November - 8. Dezember) wurden durch zwei Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung im Vorfeld überschattet. Wegen des Krieges zwischen Ägypten und Israel drohten der Irak, der Libanon und Ägypten mit einem Boykott der Spiele. Im selben Jahr wurde der Aufstand in Ungarn blutig von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Aus Protest gegen die sowjetische Invasion drohten die Niederlande und Spanien ebenfalls mit einem Fernbleiben von den Spielen.³⁶² Unmittelbar nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn hatte die Bundesregierung erwogen, den westdeutschen Sportlern die Teilnahme an den Spielen zu verbieten.³⁶³ Zunächst hatte sich auch die Schweiz der Boykottdrohung angeschlossen, dann entschieden, doch ein Team nach Australien zu entsenden. Zu diesem Zeitpunkt war es jedoch nach offiziellen Verlautbarungen zu spät gewesen, um den Transport nach Melbourne zu organisieren.³⁶⁴

IOC-Präsident Avery Brundage verdeutlichte seinen Standpunkt zu den politischen Ereignissen in Bezug auf die bevorstehenden Spielen in einer Presseerklärung vom 9. November 1956:

„Every civilized person recoils in horror at the savage slaughter in Hungary, but that is no reason for destroying the nucleus of international cooperation and goodwill we have in the Olympic Movement. The Olympic Games are contests between individuals and not between nations. We hope that those who have withdrawn from the Melbourne Games will reconsider. In an imperfect world, if participation in sport is to be stopped every time the politicians violate the laws of humanity, there will never be any international contests. Is it not better to try to expand the sportmanship of the athletic field into other areas?“³⁶⁵

³⁶¹ Vgl. dazu die Rede Ulbrichts vor der III. Sportkonferenz des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport vom 25. bis zum 27.11. 1955 in Karl-Marx-Stadt. Auszüge abgedruckt in Bernett: Körperkultur, S. 34f.

³⁶² Guttman: The Games, S. 162.

³⁶³ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 243.

³⁶⁴ Vgl. dazu Geissbühler, Simon: Antikommunismus und Sport im Kalten Krieg: Die Diskussion um einen Olympia-Boykott der Schweiz 1956 und 1980 im historischen Vergleich. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 1, S. 38-47.

³⁶⁵ Guttman: The Games, S. 162.

Während die Niederlande und Spanien keine Mannschaft zu den Olympischen Spielen schickten und die Schweiz die Spiele unfreiwillig „boykottierte“, nahmen ungarische Athleten an den Spielen teil.³⁶⁶

Die Spiele 1956 belegen eindeutig, dass die Olympische Bewegung und damit das IOC nicht umhin kam, Entscheidungen zu treffen, die politische Implikationen hatten bzw. als politisch interpretiert wurden. Im Grunde wurde eine gesamtdeutsche Mannschaft auf keiner Seite der deutschen Grenze gewünscht, sondern als Kompromiss oder kleineres Übel hingenommen. Die Streitereien und Nicklichkeiten bei den deutsch-deutschen Verhandlungen sollten sich in der Zukunft ebenso erbittert fortsetzen. Es stellt sich die Frage, ob sich auf der Ebene der deutsch-deutschen Sportbeziehungen oder der politisch bzw. wirtschaftlichen Ebene vergleichbare Dispute fanden wie auf der olympischen.

4.2 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen: „Alleinvertretungsanmaßung“ vs. „politische Agitation“ im Sport

Hatten es die Sportfunktionäre aus beiden Teilen Deutschlands nach zähen und von politischen Überlegungen überschatteten Verhandlungen gerade noch so geschafft, den Rahmen für die Nominierung der Sportler für gesamtdeutsche Teams abzustecken, so soll im folgenden untersucht werden, wie deutsch-deutschen Sportbeziehungen unterhalb der olympischen Leistungsebene im selben Zeitraum funktionierten.

Die Sportbeziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik waren infolge der 1951 verhängten „Stuttgarter Beschlüsse“ recht angespannt. Die Bemühungen des DS um die Ausweitung des Sportverkehrs stießen wegen der ablehnenden Haltung des DSB und besagter Beschlüsse bald an ihre Grenzen. Die Fachverbände verhielten sich in der Frage des deutsch-deutschen Sportverkehrs insgesamt uneinheitlich.³⁶⁷ Im Herbst 1951 forderte das DSB-Präsidium mittels eines Mit-

³⁶⁶ Ebenda, S. 163.

³⁶⁷ Vgl. dazu Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 145ff.

glieder-Rundschreibens (9. November 1951) seine Verbände nochmals auf, bei Spielabschlüssen mit den Sektionen der DDR weitgehende Zurückhaltung zu üben. Das DSB-Präsidium vertrat die Ansicht, dass ein reger Spielverkehr, gemeinsame Meisterschaften etc. erst stattfinden könnten, wenn die politische Neutralität des Sports in der DDR gewährleistet werden könne. Insgesamt waren die „Stuttgarter Beschlüsse“ kein probates Mittel, die politische Agitation des DS zu unterbinden, denn eine Reihe von Verbänden, aber auch einzelne Vereine, hatten offenbar nicht die nun erforderlichen Genehmigungen eingeholt.³⁶⁸

Die Spannungen in den deutsch-deutschen Sportbeziehungen entluden sich schließlich in den Oberweseler Beschlüssen vom 20./21. September 1952, mit denen das DSB-Präsidium den gesamten Verkehr mit den Sportorganisationen der „SBZ“ und des „Berliner Ostsektors“ unterband. Äußerer Anlass war die Behandlung der Berliner Sportvereine³⁶⁹, die zur Erlangung eines Passierscheins nicht nur einen allgemeinen Fragebogen ausfüllen, sondern auch Einzelheiten zu „politischen Flüchtlingen“ angeben mussten. Es konnte nicht abschließend geklärt werden, ob die Grenzbehörden tatsächlich diese Angaben einforderten oder ob der West-Berliner Sportverband dem DSB falsche Informationen übermittelt hatte.³⁷⁰ Bundeskanzler Adenauer nahm den Abbruch der Sportbeziehungen „mit Dank“ zur Kenntnis.³⁷¹

Die Oberweseler Beschlüsse wurden jedoch in der Sportpraxis recht schnell unterlaufen. Viele westdeutsche Verbände und Vereine wünschten eine Fortführung des Sportverkehrs auf breiter Basis. Zudem waren die Sportfunktionäre der DDR daran interessiert, im Sinne der Einheitspropaganda, die trotz der Ablehnung der „Stalin-Note“ durch die Westmächte fortgeführt wurde, den Sportverkehr wieder aufzunehmen. Im Dezember 1952 trafen sich Vertreter aus Ost und West in Berlin zu einer Aussprache. Durch das so genannte „Berliner Abkommen“ wurden die

³⁶⁸ Vgl. dazu ebenda, S. 149.

³⁶⁹ Ausführlich zu der Sondersituation der West-Berliner Sportler Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 150f.

³⁷⁰ Becker: Sportbeziehungen, S. 270 und Anm. 39. Der DS nutzte den Umstand, dass kein Exemplar des „geheimen“ Fragebogens aufzufinden war, für eine Kampagne, in der der DSB als Lügner dargestellt wurde und dahinter ein wohlvorbeiteter Komplott der Bundesregierung gesehen wurde. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 152.

³⁷¹ Teile des Briefs des persönlichen Referenten Adenauers an Daume in: Buss, Wolfgang: Die Ab- und Ausgrenzungspolitik der westdeutschen Sportführung gegenüber der DDR in den frühen 50er Jahren. In: SportZeit 1 (2001) 1, S. 35-56, hier S.47.

Oberweseler Beschlüsse außer Kraft gesetzt.³⁷² Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Sportverkehrs war der Verzicht auf parteipolitische Reden oder Ansprachen von ostdeutscher Seite bei Sportveranstaltungen. Es wurde vereinbart, die Durchführung gesamtdeutscher Meisterschaften anzustreben. Ferner wurden Sonderbestimmungen für West-Berliner Sportler abgelehnt. Der DSB sicherte im Gegenzug zu, „seinen Fachverbänden die Anerkennung des Anspruchs der Sektionen der DDR auf Aufnahme in die internationalen Fachverbände“ zu empfehlen.³⁷³ Nach Geyer ist es auffällig, dass in Zeiten stärkster politischer Abgrenzungsbestrebungen der DDR von der Bundesrepublik, wie z. B. nach der Unterzeichnung der Pariser und der Bonner Verträge im Mai 1952, der Sport eine Ausnahme bildete. Eine vollständige Isolierung der DDR im Bereich des Sports musste jedoch unter allen Umständen vermieden werden, wenn der Leistungssport seine angestrebten Effekte erzielen sollte.³⁷⁴

Das „Berliner Abkommen“ führte zu einer vordergründigen Lockerung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen, ohne dass jedoch die latenten Spannungen gänzlich abgebaut wurden. Aus westlicher Perspektive blieben die Hauptstreitpunkte die Behandlung der West-Berliner Vereine, die kurzzeitig den Sportverkehr erneut einstellten, und insgesamt die politische Agitation der DDR, während aus ostdeutscher Perspektive weiterhin der Alleinvertretungsanspruch der bundesdeutschen Sportfunktionäre und deren Weigerung, offizielle Verbindungen einzugehen, Hindernisse für bessere deutsch-deutsche Beziehungen darstellten.³⁷⁵

1953 verlief der deutsch-deutsche Sportverkehr relativ ungestört. Auf einer Fachverbandstagung (4. Januar 1953) in Dortmund koordinierten die DSB-Mitgliedsverbände ihre Vorgehensweise und legten einheitliche Richtlinien für den Sportverkehr mit der DDR fest. Im Umgang mit den Sektionen des DS seien künftig „östliche Phraseologien“ wie „Arbeit für den Frieden, gemeinsames Deutschland“ u. ä. zu vermeiden, da derartige zu Schlagworten der SED-Propaganda geworden seien und Missverständnisse und öffentliche Kritik hervor-

³⁷² Vgl. Krebs, Hans-Dieter: Die beiden Übereinkünfte im geteilten deutschen Sport. Die Berliner Vereinbarung 1952 und das Sportprotokoll 1974. In: DeutschlandArchiv 39 (2006) 2, S. 266-272.

³⁷³ Becker: Sportbeziehungen, S. 270f.

³⁷⁴ Geyer, Horst: Der Massensport und seine politische Funktionalisierung im Herrschaftssystem der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Diss. FU Berlin 1955, S. 162.

³⁷⁵ Becker: Sportbeziehungen, S. 271.

riefen. Von der Bildung gesamtdeutscher Arbeitsausschüsse wurde dringend abgeraten, was jedoch die Durchführung gemeinsamer Meisterschaften nicht tangierte.³⁷⁶ Die Sektionen und Sportgemeinschaften des DS hielten sich an die Vereinbarung von Berlin, wollten sie doch keinen erneuten Abbruch der Sportbeziehungen riskieren. In mehr als zehn Sportarten bestanden Arbeitsausschüsse, oder es wurden Verhandlungen darüber geführt. Im November 1953 wurden in Leipzig zum ersten Mal gesamtdeutsche Meisterschaften im Schwimmen ausgetragen. Im Sportverkehr zwischen West-Berlin und der DDR kam es jedoch zu einigen Zwischenfällen, so dass – nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Aufstände vom Juni 1953 – am 20. Juli 1953 die „Sport-Luftbrücke“ eingerichtet wurde, um den Sportverkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik aufrecht zu erhalten.³⁷⁷ Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen subventionierte den Sportverkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik von nun an jährlich mit 50.00 DM.³⁷⁸

1954 zeichnete sich aufgrund der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Alliierten eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands ab, gegen die die DDR aufs Schärfste propagandistisch vorging. Das bedeutete auch eine Forcierung der „Westarbeit“ im Sport. Ein Erlass des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport (2. April 1954) legte fest, dass fortan nur dann gesamtdeutsche Meisterschaften vereinbart werden dürften, wenn der Leistungsstand der DDR-Mannschaft in der entsprechenden Sportart dem der westdeutschen Mannschaft ebenbürtig war. Die gleichberechtigte Beteiligung in einem paritätischen Arbeitsausschuss sollte die Voraussetzung zur Durchführung dieser Meisterschaften bilden. In den Verhandlungen mit den westdeutschen Fachverbänden sollte „die Diskussion so geführt werden, daß sie auf eine ... Auseinandersetzung zu [sic!] den Problemen des EVG-Vertrages und des Wehrgesetzes in Westdeutschland hinausläuft“. Als Ziel wurde die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung des Arbeitsausschusses definiert, die die Forderung an den westdeutschen Sport enthalten sollte, „gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und

³⁷⁶ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 156.

³⁷⁷ Vgl. zur Situation des Sports in Berlin Braun, Jutta und René Wiese: Duell an der Spree – Sportkultur und Sportverkehr in Berlin (1949-1961). In: Lemke, Michael (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln u. a. 2006, S. 343-364.

³⁷⁸ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 156f.

die Einbeziehung des Sports in die Remilitarisierung einzutreten“.³⁷⁹ Dieses Vorhaben wurde in der Praxis jedoch nie umgesetzt.

Spätestens 1955 mussten die Sportfunktionäre der DDR einsehen, dass die Westarbeit nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte.³⁸⁰

Der DSB verfolgte fortan bis zum Bau der Mauer (1961) die Strategie, den Sportverkehr auf der Vereinsebene zuzulassen, von offiziellen Verbindungen auf der Ebene der Verbände jedoch riet der DSB seinen Mitgliedern dringend ab. Ferner gab der DSB die dringende Empfehlung, den Leipziger Turn- und Sportfesten, den Deutschlandtreffen der Jugend sowie den so genannten Sportlerausprachen und Konferenzen fernzubleiben. Dieser Empfehlung folgten die Sportler – nach Krüger – jedoch nicht. Nach Leipzig kamen 100.000 Teilnehmer, davon 5.000 aus der Bundesrepublik.³⁸¹

In einem von Manfred Ewald verfassten Artikel im Jahrbuch der DDR von 1957, wird vermerkt, dass der DSB offensichtlich auf Betreiben der Bundesregierung im April 1956 den Beschluss gefasst hatte, den Sportlern der Bundesrepublik die Teilnahme am II. Deutschen Turn- und Sportfest zu verbieten. Trotzdem hätten mehr als 30.000 Sportler aus der Bundesrepublik in Leipzig teilgenommen. Auch wenn die Zahl als zu hoch gegriffen erscheint und nicht verlässlich überprüft werden konnte, so gibt sie zumindest den Hinweis darauf, dass sich eine nicht geringe Zahl von Sportlern nicht an die „Empfehlung“ des DSB gehalten hatte.³⁸²

Der DSB empfahl seinen Fachverbänden darüber hinaus, keine gesamtdeutschen Arbeitsausschüsse zu bilden und keine Meisterschaften durchzuführen. Die Intention des DS zielte in dieser Phase jedoch genau darauf ab, möglichst auf allen Ebenen offizielle Kontakte zum bundesdeutschen Sport zu knüpfen. Der DS schlug dem DSB im Juni 1956 vor, einen breiten Austausch von Trainern, Sportlehrern, Schiedsrichtern, Sportwissenschaftlern und Sportfunktionären zu organisieren. Schon zuvor hatte sich der DS bemüht, mit bundesdeutschen Fachverbän-

³⁷⁹ Ebenda, S. 158.

³⁸⁰ Vgl. Rybicki: Sportler, S. 95.

³⁸¹ Krüger: Sport und Politik, S. 118.

³⁸² Vgl. Ewald, Manfred: Körperkultur und Sport in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Hg.): Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin [Ost] 1957, S. 303-321, hier S. 308.

den Vereinbarungen hinsichtlich gemeinsamer Meisterschaften und paritätisch besetzter Arbeitsausschüsse abzuschließen. Während die paritätische Zusammensetzung der Arbeitsausschüsse Ausdruck von Gleichberechtigung und Souveränität sein sollten, war an gesamtdeutsche Meisterschaften die Erwartung geknüpft, mit einem Sieg leistungssportliche Überlegenheit gegenüber den westdeutschen Sportlern zu demonstrieren.³⁸³

Insgesamt zeigt sich hier ein ambivalentes Bild. Bundesdeutsche Sportfunktionäre hintertrieben einerseits die internationale Anerkennung des DDR-Sports, förderten jedoch gleichzeitig auf der anderen Seite den deutsch-deutschen Sportverkehr auf der unteren Leistungsebene. Die Sportfunktionäre der DDR sahen ihrerseits keinen Widerspruch darin, dass sie die internationale Anerkennung ihrer Sportorganisationen einerseits vorantrieben, um auf der anderen Seite – auf der Verbandsebene – zu versuchen, eine engere nationale Kooperation mit den westdeutschen Verbänden zu erreichen.³⁸⁴ Offenbar versuchten somit die bundesdeutschen Sportfunktionäre, ihre Vormachtstellung auch im internationalen Sport – also auch auf der olympischen Ebene – zu sichern, was zugleich der politischen Linie Adenauers entsprach. Im Gegensatz zu Adenauers Politik sollte jedoch auf der unteren Leistungsebene der gesamtdeutsche Anspruch aufrechterhalten werden, um die im DSB zusammengeschlossenen Sportler nicht zu verärgern. Auf der anderen Seite der Grenze agierten die Sportfunktionäre linientreu gemäß den Parteivorgaben.

Mit Besorgnis nahm die SED-Führung die Reaktionen auf den Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 durch die westdeutsche Auswahl zur Kenntnis. Denn auch in der DDR wurde der Erfolg der westdeutschen Mannschaft bejubelt, was u. a. beim MfS für Unruhe sorgte. Der Rundfunk-Reporter der DDR, Hempel, der das Endspiel kommentieren sollte, war zuvor angewiesen worden, stets von der *westdeutschen* und keinesfalls von der *deutschen* Mannschaft zu sprechen, denn eigentlich sollte dem „sozialistischen Bruderstaat“ Ungarn die Daumen gedrückt werden. Tatsächlich jedoch gehörten die meisten ostdeutschen Sympathien der Mannschaft aus dem Westen. Hempel erntete für seine linientreue Reportage (sehr nüchtern und stets darauf bedacht die Leistung der ungarischen Mannschaft herauszuheben) eine Vielzahl von Hörerzuschriften, die die Art der Berichterstattung

³⁸³ Becker: Sportbeziehungen, S. 273.

³⁸⁴ Ebenda, S. 274.

kritisierten, denn schließlich trat die DDR offiziell doch für die Einheit Deutschlands ein.³⁸⁵ Die Euphorie über den WM-Titel kann als Indiz dafür gelten, dass weite Teile der Bevölkerung in Ost und West zu diesem Zeitpunkt noch „gesamtdeutsch“ dachten und fühlten.³⁸⁶

4.3 Internationale Konstellation: Blockintegration

War die Bildung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft für die Spiele 1952 noch gescheitert, so wandelte sich das global-politische Klima bis Mitte der 1950er Jahre: die durch Unübersichtlichkeit und Unsicherheit gekennzeichnete Zeit wurde nun durch die klare Einteilung der Welt in Ost und West abgelöst. Die politische, militärische und wirtschaftliche Einbindung der Bundesrepublik und der DDR schuf Raum für neue Verhandlungsspielräume.

Neben den Bemühungen der Supermächte, möglichst viele Verbündete auf ihre Seite zu ziehen, hinterließ der Tod Stalins (5. März 1953) nicht nur die Frage seiner Nachfolge, sondern zudem eine Fülle innen- und außenpolitischer Probleme. Dazu gehörte insbesondere die Überwindung der internationalen Isolation, in die Stalin die Sowjetunion durch seine expansive Macht- und Interessenpolitik zunehmend geführt hatte. Die Bemühungen der Nachfolger Stalins, den Ost-West-Konflikt zu entspannen, konnten jedoch nicht das Misstrauen der Entspannungskritiker auf westlicher Seite abbauen.³⁸⁷ Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Aufstände durch sowjetisches Militär im Juni 1953 in der DDR schwenkten auch die westlichen Befürworter der Entspannung wieder auf den von US-Außenminister Dulles verfochtenen Kurs der „Politik der Stärke“ ein. Die Westintegration der Bundesrepublik wurde fortan energisch vorangetrieben.

Nachdem Ende August 1954 der EVG-Vertrag von der Französischen Nationalversammlung zu Fall gebracht worden war, wurde binnen weniger Wochen eine neue Konzeption des westlichen Verteidigungssystems unter Einschluss der Bun-

³⁸⁵ Kasza: 1954, S. 201ff.

³⁸⁶ Zur Rolle des Fußballs in der DDR vgl. Braun, Jutta und René Wiese: DDR-Fußball und gesamtdeutsche Identität im Kalten Krieg. In: Historical Social Research, Historische Sozialforschung, 30 (2005) 4, S. 191-210.

³⁸⁷ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 89.

desregierung entwickelt. Die weitere Festlegung der Bundesrepublik auf das westliche Staatenbündnis wurde im Oktober 1954 erreicht, als in Paris gleichzeitig über verschiedene Vereinbarungen verhandelt wurde, die später als Pariser Verträge bezeichnet wurden. Es ging u. a. um die Neufassung des Deutschlandvertrags zwischen der Bundesrepublik und den drei westalliierten Mächten zur Ablösung des Besatzungsstatuts und zur Wiederherstellung der staatlichen Souveränität mit Zusatzverträgen über die Stationierung ausländischer Streitkräfte in Westdeutschland. Zudem wurde über den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) – einem westeuropäischen Verteidigungspakt – und über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO verhandelt.³⁸⁸

Am 23. Oktober 1954 erklärte die Bundesrepublik in den „Pariser Verträgen“ ihren Beitritt zur WEU und zur NATO. Wichtig für den politischen Rahmen, in dem sich Verhandlungen zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften bewegten, war, dass Großbritannien, Frankreich und die USA in einer Erklärung die Bundesrepublik als einzigen deutschen Staat anerkannten und deren Sicherheit ebenso wie die West-Berlins garantierten. Dieser Erklärung schlossen sich die anderen NATO-Länder an. Gefordert wurde von ihnen ferner eine friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland. Das Inkrafttreten der Pariser Verträge (5. Mai 1955) bildete einen vorläufigen Abschluss der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einbindung der Bundesrepublik an den Westen. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als souveräner Staat anerkannt und erklärte sich bereit, einen angemessenen Beitrag an den westlichen Verteidigungslasten zu übernehmen.³⁸⁹

Zwar nahm die Integration der DDR in den „Ostblock“ ihren Anfang unmittelbar nach der Staatsgründung, allerdings sollte es auch hier bis Mitte der 1950er Jahre dauern, bis es zu einem formellen Abschluss kam. Die Sowjetunion und alle osteuropäischen Länder – mit Ausnahme Jugoslawiens – hatten die DDR anerkannt und diplomatische Beziehungen (zunächst noch auf der Ebene unterhalb von Botschaften) aufgenommen. Ab 1950 hatte die DDR eine Reihe von Freundschaftsverträgen und Abkommen über kulturelle und wissenschaftlich-technische Zu-

³⁸⁸ Ebenda, S. 90f.

³⁸⁹ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 214.

sammenarbeit abgeschlossen. Das generelle Charakteristikum dieser Verträge war ihre ausnahmslos bilaterale Beschränkung.³⁹⁰

Den Abschluss des politischen Integrationsprozesses bildete neben dem Vertrag mit der Sowjetunion (20. September 1955), der offiziell die vollständige Souveränität der DDR erklärte (mit einem Deutschland als Ganzes betreffenden Vorbehalt ähnlicher Art, wie er für die Bundesrepublik in den Pariser Verträgen festgelegt worden war), vor allem aber der Warschauer „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vom 14. Mai 1955. Als militärisch gleichberechtigtes Mitglied trat ihm die DDR im Januar 1956 bei.³⁹¹

Die politische und ideologische Spaltung Europas und der Welt war damit auch militärisch institutionell vollzogen. Doch trotz – oder auch wegen – der Blockbindung kam es in der Folgezeit nicht zu einer Verschärfung der Ost-West-Konfrontation, sondern die Zeichen standen eher auf Entspannung, obgleich die Realisierung einer tatsächlichen Entspannung noch auf sich warten lassen sollte. Moskau unterstrich indes seine Verständigungsbereitschaft, indem es eine Regelung der Österreich-Frage anbot.³⁹² Nach Pötzsch stellt die Genfer Gipfelkonferenz einen Wendepunkt dar zwischen der ersten Phase des Kalten Krieges, in der die deutschen Teilstaaten in die beiden Blöcke einbezogen worden waren, und der zweiten Phase, in der sich trotz fortdauernder Propaganda eine gewisse Entspannung abzuzeichnen begann.³⁹³

Im Juli 1955 trafen sich die Regierungschefs der westlichen Mächte und der Sowjetunion zu einem Gipfeltreffen in Genf (17. bis 23. Juli 1955) und einigten sich auf die Formel, dass die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen im Einklang mit den Sicherheitsinteressen in Europa und im Einklang mit den nationalen Interessen der deutschen Bevölkerung erreicht werden müsse. Diese Konferenz, an der lediglich Beobachterdelegationen der Bundesrepublik und der DDR teil-

³⁹⁰ Ebenda, S. 215.

³⁹¹ Im Zuge der Umwandlung wurde die 100.000 Mann starke kasernierte Volkspolizei in die „Nationale Volksarmee“ (NVA) umgewandelt. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 217.

³⁹² Analog zur auf Deutschland bezogenen Stalin-Note wurde den Westmächten die Unabhängigkeit Österreichs unter der Bedingung der Neutralisierung des Landes angeboten. Im Falle des geographisch und bevölkerungsmäßig kleineren Österreich stimmten die Westmächte dem sowjetischen Vorschlag zu. Am 15. Mai 1955 wurde ein entsprechender Vertrag unterzeichnet, der Österreich Neutralität, Souveränität und den Abzug der Besatzungstruppen brachte. Vgl. dazu Görtemaier, Manfred: Zwang zur Koexistenz in den fünfziger Jahren. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 245: Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt, S. 18- 26, hier S. 23f.

³⁹³ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 120.

nahmen, schien die Auffassung Adenauers zu bestätigen, dass die westliche Integration der deutschen Einheit nicht im Wege stünde. Das nachfolgende Außenministertreffen, das ebenfalls in Genf stattfand (27. Oktober bis 15. November 1955), blieb jedoch ergebnislos, da die Sowjetunion darauf bestand, vor der deutschen Wiedervereinigung ein europäisches Sicherheitssystem zu errichten. Die Genfer Konferenzen 1955 waren somit inhaltlich gescheitert. Dennoch hatte sich die Stimmungslage zwischen Ost und West verbessert. Es wurde miteinander verhandelt und trotz aller Gegensätze anerkannt, dass es eine gemeinsame Verantwortung für den Frieden in der Welt gab und dass darüber hinaus politische und wirtschaftliche Interessen bestanden, die eine „friedliche Koexistenz“ der Staaten sinnvoll und nutzbringend erscheinen ließen. Es wurde jedoch auch deutlich, dass weder die Westmächte noch die Sowjetunion bereit waren, wegen der „deutschen Frage“ einen Eklat zu riskieren. Etwaige Äußerungen in diese Richtung können als Lippenbekenntnisse gewertet werden.³⁹⁴

Unmittelbar nach der Gipfelkonferenz in Genf sprach Chruschtschow – er hatte auf der Rückreise nach Moskau in Ost-Berlin Station gemacht – erstmals von zwei deutschen Staaten.³⁹⁵ Diese „Zwei-Staaten-Theorie“ wurde in der Folgezeit von der SED übernommen, die dieses Credo in alle gesellschaftlichen Bereiche – auch in den des Sports – implementierte.

Der XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) bestätigte die Entwicklung zur Entspannung. Innenpolitisch war es der Parteitag der Entstalinisierung und der Beginn eines „Taufwitters“ in der sowjetischen Kulturpolitik. Für den Bereich der Außenpolitik hob der Parteitag die Doktrin von der Unvermeidbarkeit von Kriegen auf und formulierte die sowjetische Koexistenz-Doktrin neu. Hiernach sei das friedliche Nebeneinanderbestehen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung angesichts der Gefahren von Kriegen im Atomzeitalter unumgänglich. An die Stelle militärischer Auseinandersetzung trete der wirtschaftliche Wettbewerb, in dem sich die Über- oder Unterlegenheit eines Systems erweisen müsse. Der ideologische Kampf mit dem Ziel der Weltrevolution gehe unvermindert weiter.

Das Prinzip der Koexistenz konnte nur durch die atomare Aufrüstung der Sowjetunion existieren. Das System der gegenseitigen Abschreckung, das auf der Furcht

³⁹⁴ Ebenda.

³⁹⁵ Ebenda, S. 117.

vor den Folgen eines Nuklearkrieges beruhte, führte deshalb zu einer begrenzten Zusammenarbeit. Zudem hatte sich die „Strategie der Befreiung“ des US-Außenministers Dulles, die bereits am 17. Juni 1953 in der DDR versagt hatte, auch im „polnischen Oktober“ und beim Ungarn-Aufstand 1956 als Illusion erwiesen. Die USA hatten sich zwar mit den Aufständischen solidarisch erklärt, aber zugleich bekundet, dass ihre Unterstützung nur moralischer, nicht jedoch militärischer Art sein konnte.³⁹⁶

Die Erkenntnis, dass eine „friedliche Koexistenz“ nötig sei, markierte den Beginn eines veränderten Wettbewerbs zwischen Ost und West. Fortan war es nicht mehr in erster Linie das militärische Aufrüsten, an dem die vermeintliche Überlegenheit eines Gesellschaftssystems über das andere festgemacht wurde, sondern die Konkurrenz verlagerte sich auf die wirtschaftliche Ebene und nicht zuletzt auf prestigeträchtige und publikumswirksame Sportveranstaltungen – wie etwa Olympische Spiele.

4.3.1 Politische Entwicklungen in der Bundesrepublik mit Implikationen für den olympischen Sport in Deutschland

Für politischen Zündstoff sorgte Adenauers Reise nach Moskau (14. September 1955). Durch Verhandlungen erreichte der Kanzler die Rückkehr von knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die noch in sowjetischen Lagern inhaftiert waren. Dies trug zu einer enormen Steigerung der Beliebtheit des Kanzlers in der Bundesrepublik bei. Nach Pöttsch war die sowjetische Verhandlungsdelegation lediglich an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen interessiert, während Adenauer über die Wiedervereinigung reden und die Heimkehr der Kriegsgefangenen erreichen wollte. Die sowjetischen Verhandlungsführer versprachen, die Kriegsgefangenen freizulassen, wenn im Gegenzug diplomatische Botschaften eingerichtet würden.³⁹⁷ In eine schwierige Situation geriet die Bundesregierung dadurch, dass Moskau am 20. September 1955 – also nur wenige Tage nach Adenauers Moskau-Reise – durch einen Vertragsabschluss der DDR die Souveränität zuerkannte und darüber hinaus diplomatische Beziehungen mit ihr unterhielt. Damit war die Sowjetunion das einzige Land, das dip-

³⁹⁶ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 303ff.

³⁹⁷ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 120ff.

diplomatische Beziehungen zu beiden deutschen Staaten unterhielt. Der Anspruch der Bundesregierung, allein für das deutsche Volk zu sprechen, war damit in Frage gestellt. Die Bundesregierung musste nun – wollte sie ihren Alleinvertretungsanspruch aufrechterhalten – ihre Position in dieser Frage schärfen. Zu diesem Zweck wurde die bereits erwähnte Hallstein-Doktrin formuliert. Die Bundesregierung verkündete, dass sie die Anerkennung der DDR durch andere Staaten als „einen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichteten unfreundlichen Akt“ ansehen werde. Die Sowjetunion sei als eine der Siegermächte, die die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland mittrage, eine Ausnahme.³⁹⁸ Der Sanktionskatalog der Bundesrepublik sah in erster Linie den Entzug von wirtschaftlichen Hilfen vor, für den Fall, dass eine Anerkennung der DDR „drohte“. In zwei Fällen wurde jedoch in den folgenden Jahren vom schärfsten Sanktionsmittel – dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen – Gebrauch gemacht (Jugoslawien 1957 und Kuba 1963). In der DDR wurde der Alleinvertretungsanspruch als *Alleinvertretungsanmaßung* gewertet. Diese Formulierung bekamen auch immer wieder Vertreter des DSB und des westdeutschen NOK zu hören.

Die Hallstein-Doktrin erwies sich im Verlauf der Jahre als zweischneidiges Schwert. Zwar konnte die Anerkennung der DDR durch andere Staaten dadurch zumindest für eine Zeit verhindert bzw. verzögert werden, jedoch isolierte sich die Bundesrepublik durch diese Doktrin gleichzeitig selbst von den östlichen Nachbarn und einigen Ländern der so genannten Dritten Welt. Insgesamt führte die Deutschlandpolitik der Bundesregierung immer wieder zu heftigen Kontroversen. Wegen der Hallstein-Doktrin kam es in der Bundesrepublik immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Politik und den Sportfunktionären. Die Internationalität des Sports stellte die Verantwortlichen vor ein Dilemma: Wie sollte bei internationalen Wettkämpfen mit den Sportlern aus der DDR verfahren werden?

³⁹⁸ Ebenda.

4.3.2 Planmäßiger Aufbau des Sozialismus und die Umstrukturierung des Sports in der DDR

In der DDR sollte nach Willen der SED-Führung jeder gesellschaftliche Bereich auf Parteilinie gebracht werden. Der „Aufbau des Sozialismus“ – offiziell im Juli 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz der SED proklamiert, tatsächlich aber schon seit 1948 praktiziert – fand unter politischen Bedingungen statt, die von extremer Furcht vor Agenten, Spionen und Saboteuren gekennzeichnet waren. Der Sozialismus sowjetischer Prägung, wie ihn Ulbricht seit 1948 vertrat, konnte nur gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden. Daher wurde in den 1950er Jahren Terror gegen politische Gegner in besonders drastischen Formen angewandt.³⁹⁹ Die SED folgte dabei der Doktrin von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ in der Phase des sozialistischen Aufbaus, die Stalin zur ideologischen Rechtfertigung seiner Repressalien in der Sowjetunion entwickelt hatte.⁴⁰⁰

Mit dem „planmäßigem Aufbau des Sozialismus“ wurde auch das Tempo der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung erheblich beschleunigt. Im Bereich des Sports schlug sich diese Umorientierung in der faktischen Entmachtung der Dachorganisation DS nieder. An seine Stelle trat das Staatliche Komitee für Körperkultur und Sport (Stako). Zugleich wurde die Abschottung der DDR vom Westen vorangetrieben. Unmittelbar nachdem in Bonn die Deutschland- und EVG-Verträge unterzeichnet worden waren, erließ die Regierung der DDR am 27. Mai 1952 eine Verordnung „über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“, die den deutsch-deutschen Sportverkehr stark beeinträchtigte. Das bedeutete in der Praxis, dass die Westgrenze (mit Kontrollstreifen, Schutzstreifen und Sperrzone) scharf bewacht wurde. Zur politischen Umgestaltung gehörte auch die Abschaffung des Föderalismus. Aber nicht nur der politische Druck auf die Bevölkerung wurde verschärft, auch wirtschaftlich hatte die ehrgeizige und völlig überzogene Zielsetzung mit der einseitigen Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterversorgung und mit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft (Übergang von der privatbäuerli-

³⁹⁹ Nicht nur direkte politische Gegner wurden verfolgt und verhaftet, sondern auch religiöse Menschen waren von dieser „Säuberungswelle“ betroffen. Kleßmann schätzt die Zahl der „politischen“ Häftlinge in der DDR Anfang der 1950er Jahre (nach Auflösung der Internierungslager) auf rund 20.000. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 286

⁴⁰⁰ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 108.

chen zur genossenschaftlichen Organisation) fatale Folgen. Verbunden mit steigenden Rüstungslasten und einer wachsenden Militarisierung der Gesellschaft (Kasernierte Volkspolizei als Vorstufe einer Armee, Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik, GST), die in direktem Zusammenhang mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur EVG zu sehen ist, spitzte sich Ende 1952 eine Krisensituation zu, die bald schon eskalieren sollte.⁴⁰¹

All diese Maßnahmen beunruhigten die Bevölkerung. Verbunden mit einer schlechten Ernte nahm die Fluchtbewegung gen Westen stark zu.⁴⁰² Nach Pöttsch geben Anstieg und Abschwellen der Flüchtlingszahlen zuverlässig darüber Auskunft, wie kritisch die Situation in der DDR von der Bevölkerung eingeschätzt wurde. Demnach steuerte die DDR seit Mitte des Jahres 1952 auf eine schwere Krise zu. Waren von Januar bis Juni 1952 72.000 Bürger der DDR in den Westen geflohen, so waren es im zweiten Halbjahr bereits 110.000. Im ersten Halbjahr 1953 verdoppelte sich diese Zahl auf 225.000. Allein im März 1953 verließen 58.000 Menschen die DDR, mehr als bis 1961 jemals in einem Monat von Ost nach West übergewechselt waren.⁴⁰³

Zwischenzeitlich hatte sich unter den Arbeitern in der DDR vereinzelt Unruhe bemerkbar gemacht, was sich in kurzen Arbeitsniederlegungen und Protesten manifestierte. Am 9. Juni 1953 verkündete das Politbüro offiziell den „Neuen Kurs“ und stellte der Bevölkerung eine beträchtliche Verbesserung ihrer Situation in Aussicht, hielt jedoch an der Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent fest.⁴⁰⁴ Rein volkswirtschaftlich gesehen war die Forderung nach Steigerung der

⁴⁰¹ Ebenda, S. 108f. Vgl. zur Beziehung Sport und Militär Rossade, Werner: Sport und Kultur in der DDR. Sportpolitisches Konzept und weiter Kulturbegriff in Ideologie und Praxis der SED. München 1987, hier S. 135-146. Vgl. zur Gründung der GST: Verordnung über die Bildung der „Gesellschaft für Sport und Technik“ vom 7. August 1952 (GBl. N. 108/1952 S. 712). In: Kortenberg: Sport, S. 93-94, hier S. 94. Sowie Dok. 6: Die Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik aus der Sicht des Politbüros (1952). In: Spitzer u. a.: Schlüsseldokumente, S. 44-48. Neuere Ergebnisse bei Wagner, Ringo: Der vergessene Sportverband der DDR. Die Gesellschaft für Sport und Technik in sporthistorischer Perspektive. Aachen 2006.

⁴⁰² Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 109.

⁴⁰³ Ebenda.

⁴⁰⁴ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 278. Die erst nach 1990 im Wortlaut bekannt gewordenen Direktiven beinhalteten in erster Linie eine Änderung der Politik gegenüber Bauern und Mittelstand, eine besondere Versorgung mit Konsumgütern, die Beendigung des Kampfes gegen die Kirchen und einen anderen Umgangsstil der politischen Führung gegenüber der Bevölkerung. Zudem sollten die Beschränkungen des innerdeutschen Reiseverkehrs gelockert werden, und es gab Indizien für neue deutschlandpolitische Initiativen Moskaus. Vgl. dazu Kleßmann, Christoph:

viel zu niedrigen Arbeitsproduktivität zwar richtig, aber im Zusammenspiel schuf das Festhalten an der Erhöhung der Arbeitsnormen bei gleichzeitigen politischen Lockerungen und Zugeständnissen an die Bauern und den Mittelstand (Wiederzulassung geschlossener Einzelhandelsgeschäfte, Aufhebung von Zwangsmaßnahmen bei der Steuereintreibung, Rückkehrangebote für „Republikflüchtlinge“, Wiederzulassung relegierter Oberschüler und Studenten) eine explosive Situation, aus der sich letztlich die Aufstände des 17. Juni entwickelten.⁴⁰⁵ Nach der Niederschlagung des Aufstands mit sowjetischer Waffenhilfe begann das SED-Regime mit der Verfolgung, Verhaftung und Verurteilung der Anführer.⁴⁰⁶

Diese tiefgreifende Systemkrise hatte langfristige Folgen. Der Bevölkerung wurde eindrücklich vor Augen geführt, dass Proteste gegen das Regime ein hohes Risikopotential in sich barg, das unter Umständen das Leben kosten könnte. Das könnte ein Grund dafür sein, dass es im Zuge der Entstalinisierungskrise 1956 in der DDR – anders als in Polen und Ungarn – vergleichsweise ruhig blieb. Auch für die Regierenden war der Aufstand eine Art Schockerlebnis. Es wurde klar, dass es sowjetischer Waffenhilfe bedurfte, um den Aufstand niederzuschlagen. An der politischen Linie, die 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz formuliert worden war, hielt die SED zwar fest, dennoch wurde künftig in der politischen Praxis vorsichtiger und flexibler vorgegangen. Durch rechtzeitige Zugeständnisse sollte ebenso wie durch die Organisation der Kampfbereitschaft (der 1952 begonnene Aufbau von Betriebskampfgruppen wurde fortan systematisch vorangetrieben) eine Wiederholung derartiger systemerschütternder Krisen verhindert werden.

Der „Neue Kurs“ trug zu einer gewissen Beruhigung und innenpolitischen Stabilisierung bei. Die Zahl der Flüchtlinge in die Bundesrepublik sank 1954 deutlich. Der Schock des Aufstandes veranlasste die SED jedoch zugleich zu einer umfangreichen Auswechslung des Personals in den eigenen Reihen und in den Massenor-

Aufbau eines sozialistischen Staates. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 24-31, hier S. 27.

⁴⁰⁵ Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 278.

⁴⁰⁶ Einem sowjetischen Bericht vom Herbst 1953 zufolge waren insgesamt 7.663 Personen im Zusammenhang mit dem Aufstand verhaftet worden, der größte Teil wurde wieder freigelassen. 1.240 Teilnehmer wurden verurteilt (darunter 1.090 Arbeiter). Später kamen noch mehrere hundert Ermittlungsverfahren hinzu, so dass insgesamt 1.526 Angeklagte verurteilt wurden (davon zwei zum Tode, drei zu lebenslänglicher und dreizehn Angeklagte zu zehn bis fünfzehn Jahren Zuchthausstrafe). Kleßmann: Aufbau, S. 28.

ganisationen.⁴⁰⁷ Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung der DDR verbesserte sich langsam. Die Regierung hatte einige Preise für Lebensmittel gesenkt, die außerhalb der offiziellen Kartenzuteilung in den Geschäften der Handelsorganisation (HO) erhältlich waren. Die Produktion der Schwerindustrie wurde zugunsten der Konsumgüterindustrie reduziert. Zudem stellte die Sowjetunion ab 1954 ihre Reparationsforderungen an die DDR ein. Trotzdem blieb der Lebensstandard weit hinter den Versprechungen der SED zurück und auch hinter dem bislang erreichten Niveau in der Bundesrepublik.

Die Ostintegration der DDR vollzog sich parallel zur Westintegration der Bundesrepublik. Im Gegensatz zur Bundesrepublik gab es gemäß der straffen politischen Führung freilich keinen Widerstand einer Opposition, keine erbitterten Parlamentsdebatten und keine gescheiterten Verträge. Wie für die Bundesrepublik der Beitritt zur NATO, bedeutete die Bindung zum Warschauer Pakt für die DDR im Jahr 1955 einen Abschluss der jeweiligen West- bzw. Ostintegration.

Nach Kuppe gab es seit 1955 (Integration in die militärischen Blöcke und Chruschtschows „Zwei-Staaten-Theorie“) in der Deutschlandpolitik der SED vor allem eine Wiedervereinigungs*propaganda*, die Rücksicht auf die Stimmung der ostdeutschen Bevölkerung nahm. De facto richtete sich die Deutschlandpolitik der SED auf die völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik bzw. durch andere Staaten.⁴⁰⁸ Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrages (20. September 1955), gemäß dessen die Sowjetunion Ost-Berlin auch die Souveränität der „Entscheidung über Fragen der Innen- und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik [sic!]“ übertrug, erweiterte sich der außen- und deutschlandpolitische Spielraum der SED-Führung. Zwar wurden Entscheidungen noch immer in enger Abstimmung mit Moskau getroffen, Ulbricht konnte nun jedoch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR weiter forcieren. Bis Anfang der 1970er Jahre waren Deutschlandpolitik und Außenpolitik der

⁴⁰⁷ Aus dem ZK der SED schied ein Drittel der 80 Mitglieder und Kandidaten aus. Aus den SED-Bezirksleitungen wurden bis 1954 62 Prozent der Mitglieder entfernt, auf Kreisebene mussten von den Ersten Sekretären bis 1954 53 Prozent ihren Platz räumen, und auch auf der Ebene der Grundorganisationen wurde rund die Hälfte der Funktionäre ausgetauscht. Bei den Gewerkschaften fiel die „Säuberung“ noch rigider aus. Vgl. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 281.

⁴⁰⁸ Kursiv im Original. Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 255.

DDR nahezu identisch. Fast jede außenpolitische Initiative diene dem Ziel, die DDR als unabhängigen deutschen Staat zu etablieren.⁴⁰⁹

Wie aber wirkten sich die Maßnahmen der Regierenden in Ost und West auf die Gesellschaft und insbesondere auf den Sport aus?

4.4 Die deutsche Gesellschaft und der Sport

Das Freizeitverhalten der Deutschen in Ost und West wandelte sich zwischen 1952 und 1956 nicht grundlegend. Die Tendenz zu innerhäuslicher Freizeitaktivität blieb weiter bestehen. Was die außerhäuslichen Aktivitäten anbelangte, so verzeichnete der Vereinssport in der Bundesrepublik steigende Mitgliederzahlen, wobei auffällig ist, dass eher „traditionelle“ Sportarten wie Schwimmen, Leichtathletik und Turnen stagnierten, während Fußball, aber auch „neue“ Sportarten wie Badminton, stark zunahmen. Schildt führt diese Zunahme auf eine größere Beteiligung der Männer zurück, das Zahlenverhältnis zwischen den Geschlechtern veränderte sich dann in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre von 1:3 auf 1:4 Frauen zu Männer. Die Mitgliederzahl der Sportvereine erhöhte sich von 4 Millionen (1954) auf 4,8 Millionen (1959).

Ordnet man die Mitgliedschaft in Sportvereinen in das Gesamtgefüge der Vereins- und Organisationsmitgliedschaft dieser Zeit ein, so ist deutlich, dass die Sportvereine zwar relativ an der Spitze standen, das Gewicht anderer Vereine mit Freizeitcharakter aber zusammengenommen noch eindeutig überwog. Eine Generation später war der Sport dann zum eindeutig dominierenden Vereinszweck in der Freizeit geworden, während die Reichweite aller anderen Vereine im Großen und Ganzen gleich blieb.⁴¹⁰

Waren zu Beginn der 1950er Jahre sportbezogene Bedürfnisse bei der ostdeutschen Bevölkerung geweckt worden, so wurde versucht, diese mit der zunehmenden Konzentration auf den Leistungssport zurückzudrängen bzw. in „von oben“ kontrollierbare Bahnen zu lenken. Dadurch kam es zu Konflikten, denn insbesondere, die durch das Raster des leistungssportlichen Auswahlverfahrens gefallenen

⁴⁰⁹ Ebenda, S. 256.

⁴¹⁰ Schildt: Moderne Zeiten, S. 140.

Breitensportler⁴¹¹ oder die „ausdelegierten“ Spitzensportler wollten eigene Wege der sportlichen Betätigung beschreiten. Konfliktpotentiale existierten aus unterschiedlichen Gründen und verschiedenen Machtkonstellationen heraus.⁴¹² So hatte der Leistungssport oberste Priorität bei der Nutzung von Sporteinrichtungen, die unter kommunaler Verwaltung standen. Die im Verlaufe der Jahre für den Leistungssport geschaffenen Einrichtungen standen in den seltensten Fällen auch dem Breitensport zur Verfügung. Der Leistungssport benötigte eine hohe Anzahl qualifizierter Trainer und Übungsleiter, die nicht selten aus dem Breitensportsektor abgezogen bzw. abgeworben wurden.⁴¹³ Sportliche Betätigung von Kindern innerhalb der Sportgemeinschaften wurde gemeinhin als „Kaderreservoir der Leistungszentren“ betrachtet. Im DTSB wurde von einer „Delegierungspflicht im Eignungsfall“ ausgegangen. Vielfach weigerten sich in einem solchen Fall jedoch Übungsleiter und/oder Eltern, die Kinder in die Verantwortung der Kinder- und Jugendsportschulen bzw. Sportclubs zu geben.

In den Folgejahren wurde das Leistungssportsystem in der DDR perfektioniert, großzügig materiell und finanziell unterstützt, mit dem Ergebnis, dass Sportler aus der DDR in den geförderten Sportarten bald zur Weltspitze gehörten.

4.5 Zusammenfassung

Mit der Blockintegration der beiden deutschen Staaten Mitte der 1950er Jahre, die formal den politischen, militärischen und den wirtschaftlichen Bereich betrafen, war somit für unbestimmte Zeit die Teilung der Welt und auch die Teilung Deutschlands in Ost und West besiegelt.

Die daraus resultierende „Freund-Feind-Rhetorik“ bewirkte jedoch, dass sich die politische Lage im Grunde zunächst entspannte. Militärisch gesprochen: Die Fronten waren geklärt. Andere Bereiche wiederum – und dazu gehörte der Sport – mussten ihre Positionen in der veränderten globalen Konstellation neu bestimmen. Durch die atomare Aufrüstung setzte sich nun die Erkenntnis durch, dass beide

⁴¹¹ Der Begriff „Breitensport“ wurde in der DDR nicht verwendet. Je nach politischer Situation und entsprechender Sprachregelung wurde von Alltagssport, Massensport oder Freizeit- und Erholungssport gesprochen. Vgl. dazu auch Hinsching, Jochen: Der Bereich „Freizeit- und Erholungssport“ im „ausdifferenzierten“ Sport der DDR. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 15-33.

⁴¹² Die folgenden Ausführungen bei Austermühle: Konflikte, S.136-139.

⁴¹³ Insbesondere ehemalige Beteiligte am Sportsystem der DDR betonen, dass Leistungs- und Breitensport eine Einheit bildeten, wobei die Förderung des Leistungssports angeblich nicht zu Lasten des Breitensports ging. Vgl. z. B. Buggel: Mass-Sport Activities, S. 48f.

Supermächte eine gemeinsame Verantwortung für den Frieden in der Welt hätten. Daher wurde der Leistungssport fortan zu einem neue „Kriegsschauplatz“, um die Überlegenheit des einen Gesellschaftssystems über das andere zu demonstrieren. Der Sport wurde zunehmend als zu wichtig erachtet, um ihn allein den Funktionären zu überlassen. Die Einmischung von Seiten der Politik in die Belange des Sports – auch im Westen – nahm zu.

Im IOC hatte sich die Haltung der Exekutiv-Mitglieder in Bezug auf das ostdeutsche NOK gewandelt. Zusammen mit der stetig wachsenden Leistungsfähigkeit ostdeutscher Athleten – die durch die großzügige materielle und finanzielle Unterstützung der SED-Führung zustande kam – wurde das NOK der DDR 1955 zumindest provisorisch anerkannt. Auch hier lassen sich über die Beweggründe des IOC nur Spekulationen anstellen. Durch die Blockintegration, die 1955 ihren formalen Abschluss fand, stellte sich das IOC zwar realpolitischen Gegebenheiten, die sich in der provisorischen Anerkennung des ostdeutschen NOK niederschlug, aber der olympische Sport sollte etwas leisten, was der Politik bisher gründlich misslungen war: die Herstellung der deutschen Einheit. Dies scheint der einzig plausible Grund dafür zu sein, zwar das NOK provisorisch anzuerkennen, aber zugleich auf die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften zu bestehen. Indem das IOC beim Auftreten gesamtdeutscher Mannschaften bei den Olympischen Winter- und Sommerspielen voller Stolz verkündete, dass hier dem Sport etwas gelungen sei, was die Politik bisher nicht geschafft hatte, nämlich die deutsche Einheit herzustellen, brachte sich das Weltgremium des Sports in ein Dilemma. Der eigene Anspruch, eben nicht politisch sein zu wollen, wurde hier selbst untergraben.

Vermutlich zeigten sich die IOC-Verantwortlichen auch beeindruckt von den Leistungen der DDR-Sportler, aber zugleich herrschte ein Misstrauen gegenüber der politischen Unabhängigkeit des NOK der DDR von der SED-Führung und zudem wurde auch der dort betriebene Staatsamateurismus, der ebenfalls gegen IOC-Statuten verstieß, aufmerksam vom Weltgremium des Sports betrachtet. Es bleibt zu vermuten, dass dem IOC handfeste Beweise fehlten, um die politische Abhängigkeit zum einen und den Staatsamateurismus zum anderen nachweisen zu können. Oder man wollte neuerliche Konflikte schlicht vermeiden.

Fest steht, dass die provisorische Anerkennung des NOK der DDR ihre Verhandlungsposition gegenüber den westdeutschen Sportfunktionären stärkte. Konnten sich diese noch den vorangegangenen Verhandlungen der freundschaftlichen Unterstützung der IOC-Exekutive sicher sein, so hatte sich – wie gezeigt wurde – dieses Verhältnis verändert. Die bundesdeutschen Sportfunktionäre gerieten zudem wegen der Hallstein-Doktrin ständig in Schwierigkeiten, da die Abstimmung mit der Bundesregierung dadurch zunehmend komplizierter geworden war. Zudem herrschten innerhalb der Bundesregierung Streitigkeiten darüber, welches Ministerium überhaupt für den olympischen Sport zuständig sei. Darüber hinaus musste Rücksicht auf die NATO-Partner genommen werden, wie das Auftreten einer gesamtdeutschen Mannschaft bei einer so symbolträchtigen und publikumswirksamen Veranstaltung wie es Olympische Spiele sind, bewertet wurde. Die Bundesregierung selbst lief damit Gefahr, ihren im Grundgesetz verankerten Alleinvertretungsanspruch selbst zu untergraben. Das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt reagierten mit Visa- und Einreiseverboten und störten damit nicht nur die Verhandlungen der beiden NOK, sondern den internationalen Sportverkehr insgesamt.

Auch der deutsch-deutsche Sportverkehr geriet immer mehr in die Mühlen der Politik. Die DDR wollte damit vordergründig und nach außen das Festhalten an der Einheit Deutschlands demonstrieren, während andererseits durch internationale sportliche Erfolge, die völkerrechtliche Anerkennung vorangetrieben werden sollte. Die DDR wollte einen Platz auf der Weltbühne. Bundesdeutsche Sportfunktionäre, die sich im Grunde dem Universalismus des Sports verpflichtet fühlten, benutzten den deutsch-deutschen Sportverkehr, um Forderungen der Politik einzulösen, damit sie im Gegenzug auf der olympischen Ebene gesamtdeutsche Mannschaften durchsetzen konnten – eine Art Tauschgeschäft.

Gemäß der von Chruschtschow 1955 formulierten „Zwei-Staaten-Theorie“ passten gesamtdeutsche Initiativen im Grunde nicht mehr in das politische Konzept der SED-Führung. Die gesamtdeutschen Olympiamannschaften bildeten hier eine Ausnahme. Sie wurden – wie auch von der Bundesregierung – als notwendiges Übel betrachtet, wollte man nicht ganz auf eine Beteiligung an Olympischen Spie-

len verzichten. Eine Strategie, die sich auch in den folgenden Jahren fortsetzen sollte.

5. Die Olympischen Spiele 1960 als Spielfeld symbolischer Politik?

Wie aufgezeigt wurde, hatte sich die Teilung der Welt in Ost und West spätestens Mitte der 1950er Jahre herauskristallisiert. Nicht zuletzt durch den wirtschaftlichen Erfolg in der Bundesrepublik fand eine innenpolitische Konsolidierung der Verhältnisse statt. Kurzfristig sah es so aus, als könnte auch die DDR einen wirtschaftlichen Aufschwung erreichen, aber zu Beginn des Jahres 1960 wurde deutlich, dass die von Moskau aufoktroyierte Wirtschaftspolitik eher das Gegenteil bewirkte. Je manifester die politische und wirtschaftliche Teilung Deutschlands wurde, desto erbitterter wurde um die Bedingungen zur Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften gestritten.

5.1 Der Streit um nationale Symbolik zwischen den beiden deutschen NOK im Vorfeld der Olympischen Spiele 1960

Auch für die Olympischen Spiele 1960 forderte das IOC beide deutsche NOK auf, gesamtdeutsche Teams zu bilden. Die Sportführung der DDR – gestärkt durch die Erfolge ihrer Sportler bei den Spielen in Melbourne und das generelle hohe Niveau ihrer Spitzensportler – setzte alles daran, um zu den Spielen 1960 eine eigene Mannschaft entsenden zu dürfen. Denn die SED-Führung befürwortete nur noch dort die Bildung von gemeinsamen Mannschaften, wo dies durch die internationalen Verbände zwingend vorgeschrieben wurde.⁴¹⁴ Trotz aller Proteste, das IOC blieb bei seiner Entscheidung. Die Funktionäre mussten zurück an den Verhandlungstisch.

⁴¹⁴ In der Presse erklärten die zuständigen Sportfunktionäre der DDR, als es um die Aufstellung einer gemeinsamen Mannschaft für die Leichtathletik-EM in Stockholm ging, dass gesamtdeutsche Mannschaften im Augenblick nicht der Realität in Deutschland entsprächen. Die Entscheidung des IOC, wonach bei internationalen Großveranstaltungen eine deutsche Vertretung starten solle, werde jedoch weiterhin respektiert. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 246.

Im Vorfeld der Spiele kam es immer wieder zu Konflikten. So verweigerten die US-amerikanischen Behörden im Februar 1959 der Skimannschaft aus der DDR die Einreise zu den vorolympischen Testwettkämpfen mit der Begründung, acht der vierzehn Sportler seien Mitglieder der SED und somit Kommunisten, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten grundsätzlich verboten sei. Die DDR-Führung behauptete, das Einreiseverbot sei der Initiative bundesrepublikanischer Sportfunktionäre geschuldet, widerrief jedoch später diese Behauptung.⁴¹⁵ Der Vorfall wiederholte sich ein Jahr später, kurz vor Beginn der Winterspiele in Squaw Valley. Fünfzehn DDR-Delegationsmitglieder (zehn Funktionäre und fünf Journalisten) erhielten kein Visum. Trotz aller Proteste von Seiten des IOC, blieben die US-amerikanischen Behörden bei ihrer Entscheidung. Ihrer Ansicht nach handelte es sich bei den betreffenden Delegierten um bezahlte Angestellte des DDR-Propagandaministeriums, die ihren Aufenthalt in den USA zu politischen Zwecken missbrauchen wollten.⁴¹⁶

5.1.1 Etappensieg: Das NOK der DDR auf dem Weg zur vollständigen Anerkennung

Das NOK der DDR hatte dafür gesorgt, dass bei der 55. IOC-Session in München (25. - 29. Mai 1959) über eine vollständige Anerkennung des DDR-NOK verhandelt wurde. Die bundesdeutschen Sportfunktionäre sahen der Session mit wenig Optimismus entgegen.⁴¹⁷ Das IOC störte sich jedoch daran, dass im Osten Deutschlands der Bereich des Sports mit der Politik vermischt werde. Nach IOC-Statuten muss ein NOK politisch unabhängig von der jeweiligen Regierung sein. Dem ostdeutschen NOK gelang es nicht, die Zweifel des IOC zu zerstreuen. In der Zwischenzeit stagnierten die Verhandlungen der beiden deutschen NOK, so dass IOC-Kanzler Mayer schließlich vermittelnd bei einem Gespräch der beiden deutschen NOK-Delegationen auftrat. Letztlich wurde nach Abschluss der Bera-

⁴¹⁵ In den Jahren 1956/57 hatten Visaverweigerungen der Bundesregierung für Mannschaften aus dem „Ostblock“ die deutsch-deutschen Sportbeziehungen stark belastet. Vgl. dazu Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 222ff. Insbesondere Sportler aus Ungarn waren von der Strategie der Visaverweigerung betroffen, wogegen DSB-Vertreter protestierten. Die Bundesregierung erklärte dazu, dass es sich hierbei um eine mit den NATO-Partnern abgestimmte Maßnahme gegen das Kádár-Regime und aus Protest gegen die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn handele. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 302.

⁴¹⁶ Vgl. Blödorn: Olympismus, S. 85. Vgl. ausführlich die mediale Ausschlichtung des Skandals Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 228ff.

⁴¹⁷ Vgl. von Mengdens Einschätzung in einen Brief an Daume in Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 246.

tungen erklärt, dass die beiden deutschen Komitees bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Beschluss des IOC honorieren wollen und bei Olympischen Spielen mit gesamtdeutschen Mannschaften antreten werden. Nur eine grundsätzliche Veränderung der Situation in Deutschland würde eine neuerliche Überprüfung der Absprache durch das IOC notwendig machen. Weiterhin bestehe allgemeine Klarheit darüber, dass diese gesamtdeutsche Mannschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider NOK und nach dem sportlichen Leistungsprinzip ermittelt werde.⁴¹⁸

Auch wenn diese Vereinbarung der „Zwei- bzw. der Drei-Staaten-Theorie“ der DDR zuwiderlief, so hatte die DDR unter den gegebenen Umständen keine Wahl, wollte sie doch weiter auf der olympischen Bühne vertreten sein. Zudem konnte die DDR mit dem Verweis auf die Gleichberechtigung beider NOK einen kleinen Verhandlungserfolg vorweisen, der sie auf den Weg zur vollständigen Anerkennung ein Stück weiterbrachte. Darüber hinaus hatte IOC-Präsident Brundage sich dazu bereit erklärt, seinen Kollegen auf der IOC-Vollversammlung – die dazu befugt waren, das Wort „provisorisch“ in Bezug auf das Komitee der DDR zu streichen – ebendies auf der Sitzung in Squaw Valley oder Rom vorzuschlagen. Überdies bot Brundage wiederum seine Dienste als Schlichter im Falle von Schwierigkeiten bei der Bildung gesamtdeutscher Mannschaften an.⁴¹⁹ Dem NOK der DDR wurde demnach die vollständige Anerkennung durch das IOC in Aussicht gestellt.

5.1.2 Die Bundesregierung mischt sich ein: Streitigkeiten um nationale Symbole

Der Auftakt der Verhandlungen zwischen den Delegationen der beiden deutschen NOK gestaltete sich schwierig. Zunächst hatte es sehr vielversprechend ausgesehen, denn in der ersten Verhandlungsrunde auf dem Petersberg bei Bonn (27. Juni 1959) konnte eine Einigung in Bezug auf die Hymne (Beethovens „Ode an die Freude“) und auf die Flagge (die Olympischen Ringe auf schwarz-rot-goldenem Grund) erzielt werden. Auf der nächsten Sitzung (4. September 1959) auf der Wartburg in Eisenach bestand die DDR-Delegation auf ein eigenständiges Olympiaprotokoll. Die ostdeutschen Sportfunktionäre forderten für ihren Mannschafts-

⁴¹⁸ Ebenda, S. 247.

⁴¹⁹ Ebenda.

teil eigene Kleidung samt Staatswappen sowie die Stellung des Chef de Mission.⁴²⁰ Die Delegierten des westdeutschen NOK lehnten dieses Ansinnen mit der Begründung ab, dass das NOK der DDR nur provisorisch anerkannt sei. Bei der nächsten Verhandlungsrunde in Düsseldorf (22. September 1959) bestanden die ostdeutschen Unterhändler ultimativ auf das Tragen ihres Staatseblems, was jedoch in letzter Instanz vom IOC (5. Oktober 1959), das vom NOK der Bundesrepublik als Schiedsrichter angerufen wurde, abgelehnt wurde.⁴²¹

Die Auseinandersetzungen über Formen der nationalen Symbolik (Fahnen, Hymnen, Embleme) betrafen neben dem deutsch-deutschen Sportverkehr auch alle internationalen Sportveranstaltungen. Im olympischen Bereich wurde die Frage nach der Flagge wieder akut, als die DDR am 1. Oktober 1959 neben der eigenen Nationalhymne auch eine Staatsflagge (schwarz-rot-gold mit Hammer und Zirkel, die im Westen „Spalterflagge“ genannt wurde) präsentierte. Daraufhin erklärte die Bundesregierung am 28. Oktober, dass das Zeigen der Flagge der DDR auf dem Territorium der Bundesrepublik ein Verstoß gegen das Grundgesetz sei. Wenige Tage später, am 4. November, erließ das Bundesministerium des Inneren präzise Polizeirichtlinien gegen das Hissen der DDR-Fahne.⁴²² Hintergrund der Intervention der Bundesregierung war die WM im Kunstfahren und im Radball (10./11. Oktober 1959), bei der die neu eingeführte Fahne der DDR über dem Eingang der Wettkampfhalle hing und die Sportler der DDR das Staatseblem auf ihrer Sportkleidung trugen. Die Bonner Bundesinstanzen, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und der Stuttgarter Oberbürgermeister hatten vergebens Überlegungen angestellt, wie das Hissen der Flagge zu verhindern wäre, waren jedoch zu dem Schluss gekommen, dass sie keine rechtliche Handhabe dagegen hätten.⁴²³ Nach diversen Querelen verfügte das IOC am 17. November 1959, dass die gesamtdeutsche Olympiamannschaft unter der schwarz-rot-goldenen Flagge mit den fünf olympischen Ringen anzutreten habe.⁴²⁴

⁴²⁰ Dies widersprach der olympischen Tradition, wonach die Mannschaften stets einheitlich aufgetreten waren.

⁴²¹ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 248f.

⁴²² Vgl. Blödnorn: Olympismus, S. 85f.

⁴²³ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 234.

⁴²⁴ Ebenda, S. 250. Vgl. ausführlich zu den Streitigkeiten ders., S. 249-254.

Der Streit verschärfte sich durch den Emblemerlass des DTSB (25. April 1960) gemäß dem alle DDR-Sportler bei Veranstaltungen in der Bundesrepublik an ihrer Sportkleidung das DDR-Staatseblem tragen mussten. Sportler der DDR waren, wie die der Bundesrepublik mit Bundesadler, auch schon früher mit Hammer und Zirkel bei internationalen Sportveranstaltungen aufgetreten.⁴²⁵ Im Vorfeld der Spiele 1960 erwuchs aus der „Fahnenfrage“ jedoch der Hauptstreitpunkt. Die neue Staatsflagge wurde von der DDR gezielt zur Demonstration der eigenen Souveränität eingesetzt. Neben Sportveranstaltungen waren Messen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen der Austragungsort dieser Politik der „kleinen Nadelstiche“.⁴²⁶

Durchaus problematisch war die Sachlage, wenn internationale Sportveranstaltungen unter Beteiligung von Sportlern aus der DDR in der Bundesrepublik stattfanden. Hier gab es drei Möglichkeiten, diesen Schwierigkeiten zu begegnen: der Verzicht des betreffenden Sportverbandes auf die Durchführung der Veranstaltung, das staatliche Verbot des DDR-Protokolls einzuhalten oder aber auch die stillschweigende Duldung. Nach Pabst wurden alle drei Möglichkeiten praktiziert, weil aus den verschiedensten Gründen zwischen den Sportverbänden und den beteiligten staatlichen Stellen zunächst kein Konsens zustande kam und darüber hinaus die Kontrolle nicht effektiv war.⁴²⁷

Für den Bereich der Olympischen Spiele musste wiederum IOC-Präsident Brundage in dieser Frage schlichten, um die Entsendung eines gesamtdeutschen Teams nicht zu gefährden. Sein Kompromiss – dies war auch die von Daume und der westdeutschen NOK-Führung favorisierte Lösung – bestand darin, dass die deutsche Flagge wie schon 1956 schwarz-rot-gold versehen mit den fünf olympischen Ringen sein sollte. Die Zustimmung aus Berlin (Ost) kam recht schnell, obgleich die SED-Führung alles andere als begeistert von der von Brundage vorgeschlagenen Lösung war. Die Antwort aus Bonn verzögerte sich, da die westdeutsche Sportführung erst noch den ungehaltenen Bundeskanzler Adenauer überzeugen

⁴²⁵ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 235.

⁴²⁶ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 71.

⁴²⁷ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 233. Vgl. die von Lehmann angeführten Beispiele von internationalen Wettkämpfen, die in der Bundesrepublik oder auch im westlichen Ausland stattfanden, wobei entweder die DDR-Mannschaften ihre Meldung oder Beteiligung zurückzogen oder auch die der Bundesrepublik. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 305.

musste.⁴²⁸ Denn die Bundesregierung hatte am 20. November per Kabinettsbeschluss erklärt, dass es mit der „nationalen Würde“ unvereinbar sei, wenn die deutsche Mannschaft bei den Olympischen Spielen eine andere als die Bundesflagge zeige.⁴²⁹ Dieses Statement führte zu einer Wende in der Strategie der SED-Führung, denn nun bedeutete jede andere Lösung, d. h. jede andere als die Flagge der Bundesrepublik, eine Niederlage für die Bundesregierung und würde zudem das Bestehen zweier deutscher Staaten verdeutlichen. Dies geht aus einer Niederschrift über eine Beratung zwischen Erich Honecker mit der Arbeitsgruppe Sport, dem Sekretariat des DSB u. a. hervor.⁴³⁰ Der Beschluss des IOC war unwiderruflich, trotz heftiger Interventionen der Bundesregierung. Den Bonner Regierenden stand nun nur als letzter Ausweg der unpopuläre westdeutsche Olympiaboykott offen.⁴³¹ Aus der Sicht des Sports, die auch von einigen prominenten Politikern geteilt wurde, ging es hierbei darum, dass die gemeinsame Olympiafahne keine Staatsfahne sei. Sie sollte weder die Bundesrepublik noch die DDR, sondern die gemeinsame deutsche Olympiamannschaft symbolisieren. Für Adenauer hingegen war diese Sichtweise indiskutabel. Er bestand auf die staatliche Autorität und die Glaubwürdigkeit seiner Außenpolitik. Auch viele seiner Parteikollegen waren zutiefst empört, dass nichtstaatliche Organisationen darüber zu verfügen versuchten, „welche Flaggen die Deutschen bei einer solchen Veranstaltung zu zeigen haben, während alle anderen Staaten ihre Nationalflagge zeigen“.⁴³²

Nach der harten Auseinandersetzung zwischen der bundesdeutschen Sportführung und der Bundesregierung signalisierten DSB und NOK hinsichtlich der DDR-Fahne der Bundesregierung die Bereitschaft, den politischen Wünschen entgegenzukommen. Zunächst wurde auf einer Sitzung der Präsidien des DSB und des NOK (6. Dezember 1959) beschlossen, an der gesamtdeutschen Olympiamannschaft festzuhalten und sich dem Kompromissvorschlag des IOC zu beugen. Ein Verzicht würde lediglich darauf hinauslaufen, dass die ostdeutschen Sportler bei den Spielen Deutschland allein repräsentieren würden.

⁴²⁸ Guttman: *The Games*, S. 154.

⁴²⁹ Geyer: *Nationale Repräsentation*, S. 71.

⁴³⁰ Ebenda, S. 71f., Anm. 68.

⁴³¹ Vgl. Beispiele der Fehlperzeption Geyer: *Nationale Repräsentation*, S. 72, Anm. 70.

⁴³² Ebenda, S. 72. Vgl. ausführlich zum „Fahnenstreit“ Pabst: *Sport – Medium der Politik*, S. 249ff.

Ferner wurde beschlossen, dass die „deutschen [sic!] Turn- und Sportverbände bei Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik die Spalterfahne unabhängig von behördlichen Regelungen nicht hissen [werden]. Bei internationalen Veranstaltungen erhoffen sie von den internationalen Verbänden Verständnis für die deutsche Lage. Sofern das nicht der Fall ist, behalten sie sich vor, selbst bei Welt- und Europameisterschaften auf deren Durchführung zu verzichten.“⁴³³

Die Verhandlungen zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften für Rom und Squaw Valley verliefen indes weiterhin zäh. Hinzu kam der Kampf um die zahlenmäßige Mehrheit in der Mannschaft, da dies dafür entscheidend war, wer den Chef de Mission stellen durfte. Für die Olympiaqualifikationen musste ein hoher Aufwand betrieben werden. 9 NOK-Verhandlungen, 79 Fachverbandsgespräche und 41 Ausscheidungswettkämpfe waren notwendig, um die Mannschaften nominieren zu können. Die Qualifikationen wurden dadurch erschwert, dass das NOK der DDR – gemäß der „Drei-Nationen-Theorie“⁴³⁴ – auf Berlin als Austragungsort bestand.⁴³⁵ Insgesamt verursachte die Aufstellung der gesamtdeutschen Olympiamannschaft dem westdeutschen Sport Kosten in Höhe von 670.000 DM.⁴³⁶

In Squaw Valley starteten 50 west- und 35 ostdeutsche Athleten. Sportler aus der DDR gewannen zwei Gold- und eine Silbermedaille, während die bundesdeutschen Sportler zwei Gold-, zwei Silber und eine Bronzemedaille errangen.⁴³⁷ Die gesamtdeutsche Olympiamannschaft für Rom bestand letztlich aus 189 west- und 130 ostdeutschen Sportlern. Insgesamt errangen Sportler aus der DDR 28 der 42 Medaillen, was von der SED-Führungsspitze als Beleg für die Überlegenheit ihres Gesellschaftssystems angeführt wurde.⁴³⁸

Der Regierung Adenauer waren die deutsch-deutschen Sportkontakte weiterhin ein Dorn im Auge. Gemäß der Hallstein-Doktrin, wünschte Adenauer im Grunde keinerlei Beziehungen zum zweiten deutschen Staat, den er sich weigerte anzuer-

⁴³³ Zit. nach ebenda, S. 234. Eine Anfang Dezember durchgeführte Umfrage hatte ergeben, dass sich 59 % der Befragten für eine Olympiateilnahme der westdeutschen Sportler unter der Olympiafahne aussprachen. Nach der Sitzung am 6. Dezember wuchs die Zustimmung auf 72 % der Befragten. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 253f.

⁴³⁴ Mit der Drei-Nationen-Theorie vertrat die SED die Auffassung, dass Berlin eine politisch autonome Einheit darstellen sollte.

⁴³⁵ Vgl. Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 284f.

⁴³⁶ Ebenda, S. 256.

⁴³⁷ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 317.

⁴³⁸ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 257. Anders Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 318.

kennen. Zwar sah Adenauer im internationalen Sport die Chance, das bislang fehlende bundesdeutsche Nationalbewusstsein zu stärken, aber insgesamt überwog bei ihm doch die Ablehnung der gesamtdeutschen Olympiamannschaften. Er erinnerte die Sportler in einer Rede ausdrücklich daran, dass sie in erster Linie Deutsche und erst in zweiter Linie Sportler seien.⁴³⁹ Adenauer war entschieden gegen die gesamtdeutschen Olympiamannschaften, die seiner Ansicht nach den wahren Zustand Deutschlands verschleierten. Vielmehr wollte er, dass die Zweiteilung Deutschlands immer wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt würde. Zudem schadeten Verhandlungen über gesamtdeutsche Mannschaften der Glaubwürdigkeit seiner Politik, dem Alleinvertretungsanspruch und der strikten Nichtanerkennungspolitik der DDR.⁴⁴⁰

Angesichts der deutsch-deutschen Streitigkeiten und ähnlich gelagerter Konflikte in Süd- und Nordkorea und Rot- und Nationalchina unternahm Brundage seit Mitte der 1950er Jahre immer wieder Vorstöße, um die Spiele zu „entnationalisieren“. So schlug er beispielsweise vor, künftig Nationalflaggen und Nationalhymnen wegzulassen und sie durch Trompetenfanfaren zu ersetzen. Letztlich scheiterte Brundage mit dieser Initiative, denn nicht nur die neu gegründeten Staaten (insbesondere die afrikanischen Länder, die ehemals unter kolonialer Herrschaft gestanden hatten) und die DDR hatten an einer Entnationalisierung der Spiele kein Interesse, auch in der Bundesrepublik stand man derartigen Vorstellungen zwiespältig gegenüber. Hier wurde ein fehlendes Nationalbewusstsein beklagt und die Gefahr einer „Neutralisierung“ des Landes beschworen.⁴⁴¹

Auch während der Spiele selbst wurden sowohl von west- als auch ostdeutscher Seite „Giftpfeile“ abgeschossen. Das ist an der Berichterstattung der Medien und an der Zurechnung von Medaillen ablesbar, wie Jutta Braun recherchieren konnte.⁴⁴²

Trotz aller Schwierigkeiten, die die Aufstellung gesamtdeutscher Mannschaften für die Spiele 1960 mit sich brachte, und trotz des Baus der Mauer im August

⁴³⁹ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 74.

⁴⁴⁰ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 257.

⁴⁴¹ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 73f. und Anm. 75.

⁴⁴² Braun, Jutta: Sportler zwischen Ost und West. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29 (2008), S. 38-45.

1961, hielt das IOC an dem Konstrukt der gesamtdeutschen Teams auch für die Spiele 1964 fest.

Wurden die Verhandlungen der beiden deutschen NOK immer komplexer und immer mehr zum Gegenstand der Politik, so stellt sich die Frage, ob sich die Politik auch in den deutsch-deutschen Sportverkehr der unteren Leistungsebenen einmischte.

5.2 Behinderungen des deutsch-deutschen Sportverkehrs durch Visa- und Fahnenstreit

Das IOC hatte angeordnet, dass zu den Olympischen Spielen 1956 gesamtdeutsche Mannschaften entsendet werden sollten. Dieser Anordnung wurde – wie oben gezeigt – Folge geleistet. Dass nach vielen Verhandlungen und Streitereien überhaupt gesamtdeutsche Olympiamannschaften für die Spiele in Cortina d'Ampezzo und Melbourne gebildet wurden, werteten beide deutsche Verbände als Erfolg.

Der DSB erklärte im Dezember 1956 das Jahr 1957 zum „Jahr des gesamtdeutschen Sportverkehrs“. Auch der DS hielt am deutsch-deutschen Sportverkehr fest. Manfred Ewald, Staatssekretär und Vorsitzender des Stako, forderte in seiner Jahresperspektive für 1957, dass die DDR den gesamtdeutschen Sportverkehr im patriotischen Sinne „weiter verbessern und stärker als in der Vergangenheit mit einem tiefen patriotischen Inhalt erfüllen [müsse, Anm. d. Verf.]. Der gesamtdeutsche Sportverkehr dient der Verständigung. Die westdeutschen Freunde sollen dabei unseren Aufbau und unsere friedliche Arbeit [...] kennenlernen. Das wird dazu beitragen, daß sich der Kampf gegen die Remilitarisierung, die Wehrpflicht und den NATO-Kriegspakt, der Kampf um die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischen Grundlagen verstärkt.“⁴⁴³

Analog zu den schwierigen Verhandlungen auf der olympischen Ebene kam es auch Anfang des Jahres 1957 im Bereich des deutsch-deutschen Sportverkehrs zu Konflikten, die die deutsch-deutschen Sportbeziehungen bis zum Abbruch des Sportverkehrs im August 1961 bestimmen sollten. Ein Auslöser war der Beschluss des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen (BMG), mit Beginn

⁴⁴³ Zit. nach Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 265.

des Jahres 1957 deutsch-deutsche Sportbegegnungen, die in der Bundesrepublik stattfinden sollten, finanziell zu unterstützen. Hintergrund war, dass der DSB nicht über die entsprechenden Mittel verfügte, die Kosten für die Einladung von ostdeutschen Mannschaften aufzubringen. Daher hatte in der Vergangenheit die Mehrzahl der Sportbegegnungen auf dem Gebiet der DDR stattgefunden. Westdeutsche Mannschaften waren in der DDR großzügig aufgenommen worden, ohne dass es ihnen möglich war, eine entsprechende Gegeneinladung auszusprechen.⁴⁴⁴ In Verhandlungen mit der Bundesregierung erreichte der DSB, dass das BMG dem Sportbund 7,5 Millionen DM ohne politische Auflagen zur Verfügung stellte. Mit Hilfe dieses Geldes konnte der DSB auch viele finanzschwache Kleinvereine in ihrer Initiative, ostdeutsche Vereine einzuladen, unterstützen. Diese Unterstützung durch das Ministerium untergrub die Strategie des DS, der nun fürchtete die Zügel des deutsch-deutschen Sportverkehrs aus der Hand geben zu müssen.⁴⁴⁵ Der DS sah darin eine unzulässige Einmischung der Adenauer-Regierung, polemisierte gegen das „Kaiser-Ministerium“⁴⁴⁶ und drohte indirekt mit der Einstellung des Sportverkehrs.⁴⁴⁷ Nicht thematisiert wurde in diesem Zusammenhang, dass in der DDR der deutsch-deutsche Sportverkehr in einem erheblichen Maße aus der Staatskasse finanziert wurde.⁴⁴⁸ Ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen war, dass der DSB mit der Bundeswehr ein Abkommen (August 1956) zur sportlichen Betreuung von Bundeswehrangehörigen in Sportvereinen abgeschlossen hatte.⁴⁴⁹

Ende Februar 1957 kam es zu Verhandlungen zwischen Delegierten der beiden Sportorganisationen, die lediglich die Fortführung des Sportverkehrs auf der Grundlage des „Berliner Abkommens“ zum Ergebnis hatte. Zu einer formellen Anerkennung „zweier selbständiger für ihren Tätigkeitsbereich verantwortlicher

⁴⁴⁴ Vgl. hierzu die persönlichen Erinnerungen von Fritsche, der vermutet, dass die Gastfamilien, bei denen die westdeutschen Sportler untergebracht wurden, nach politischer Zuverlässigkeit ausgesucht worden waren. Fritsche, Herbert: „Die Delegation aus dem Westen ...“. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 188-199, hier S. 190.

⁴⁴⁵ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 266f.

⁴⁴⁶ Vgl. den Auszug des Tagungsberichts des DS vom 13. Januar 1957 in Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 267. Vgl. auch Nitschke, Willi: Kann der Sport neutral sein? Über den Charakter von Körperkultur und Sport in beiden deutschen Staaten. Berlin (Ost) 1961, S. 52f.

⁴⁴⁷ Vgl. auch Ewalds Ausführungen zu der Thematik, der dem BMG unterstellt, es wolle mittels der Förderung des Sportverkehrs die Agenten- und Spionagetätigkeit gegen die DDR forcieren. Ewald: Körperkultur, S. 308.

⁴⁴⁸ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 267.

⁴⁴⁹ Vgl. dazu ebenda, S. 267f.

Sportorganisationen in Deutschland“ durch den DSB, die der DS angestrebt hatte, kam es nicht. Aus der Sicht des DSB wäre dies eine politische Entscheidung gewesen, die seine Kompetenzen bei Weitem überschritten hätte. Der DS hielt auf dieser Ebene weiter an der „Zwei-Staaten-Theorie“ fest.⁴⁵⁰

Während der Ost-West-Sportverkehr nach der Visavereinbarung zwischen DSB und BMI 1956 und 1957 einigermaßen reibungslos verlief, verweigerte im Sommer 1957 das AA „Ostblocksportlern“ die Einreise. Als die Durchführung des seit langen geplanten Schwimm-Länderkampfes Deutschland – Ungarn (20. und 21. Juli) in Reutlingen dadurch gefährdet wurde, protestierte Daume dagegen mit einem Fernschreiben an Bundeskanzler Adenauer: „Der Sport der Bundesrepublik hat immer in allen Ostfragen eine konsequente und verantwortungsbewusste Haltung bewiesen – aber so können wir uns nicht behandeln lassen [...] Wir kommen international in eine unmögliche Lage, und den größten Nutzen hätte die Sowjetzone, die jetzt schon triumphiert und sich als einzigen noch möglichen Vertreter des deutschen Sports bezeichnet. Es steht der Ausschluß der Bundesrepublik aus den internationalen Sportverbänden auf dem Spiel.“⁴⁵¹

Zunächst blieben Daumes Bemühungen erfolglos. Durch die Vermittlung Adenauers kam es am 15. Juli zu einer Aussprache mit dem Leiter des Auswärtigen Amtes, Prof. Wilhelm Grewe, der zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär von Hallstein vertrat. Grewe führte aus, dass die Visaverweigerung gegenüber Ungarn „einer hochpolitischen Entscheidung der NATO entspreche. Es handele sich hier um eine politische Maßnahme gegen das Kádár-Regime, das man [...] wirtschaftlich, kulturell und moralisch isolieren wolle“. Trotzdem war Grewe bereit, sich für die Aufhebung der Visaverweigerung einzusetzen. Kurz darauf gab Adenauer hierzu seine Zustimmung, die aus Rücksicht auf die bevorstehende Bundestagswahl erfolgte. Nach einer Pressemeldung ordnete er im Kabinett an, bei weniger populären Sportarten die Visa zu verweigern. Adenauer warnte jedoch davor, diese Maßnahmen auf beliebte Sportarten, insbesondere Fußball, auszudehnen. Als der Außenminister Adenauers Rat missachtete und ein Fußballspiel zwischen Moskau und dem Hamburger SV verhinderte, kam es zu einem bundesweiten Skandal, über den die Medien ausführlich berichteten. Letztlich lenkte die Bundesregierung ein. Bei einer Besprechung am 28. Januar 1958 zwischen dem DSB

⁴⁵⁰ Becker: Sportbeziehungen, S. 275.

⁴⁵¹ Zit. nach Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 224.

und dem AA wurde festgelegt, dass die Einreise von Sportlern aus den so genannten Ostblockstaaten grundsätzlich erlaubt sei, der Sportverkehr privater Natur auf ein „angemessenes Verhältnis“ zu entsprechenden Veranstaltungen mit Sportlern aus westlichen Ländern festgesetzt werden sollte.⁴⁵²

Zwischenzeitlich hatte der im April 1957 in der DDR gegründete DTSB Teile der Aufgaben des DS übernommen, der daraufhin aufgelöst worden war. Dem DTSB oblag nun auch die Vertretung des DDR-Sports im internationalen und deutsch-deutschen Rahmen. Vor dem Hintergrund der Abgrenzungspolitik der SED, der steigenden Flüchtlingszahlen und nicht zuletzt durch die durch das Chruschtschow-Ultimatum ausgelöste Berlin-Krise nahm die Zahl der deutsch-deutschen Sportbegegnungen 1958 deutlich ab. Der DTSB handhabte fortan den Sportverkehr restriktiver. Insgesamt verschlechterten sich die deutsch-deutschen Sportbeziehungen, die im Oktober 1958 einen vorläufigen Tiefpunkt erreichten, als der DSB-Bundestag den Beschluss fasste, die internationalen Fachverbände zu bitten, die Mitgliedschaft der DDR-Vertretungen zu überprüfen, womit indirekt deren Ausschluss gefordert wurde. Zusätzlich belastet wurde das Verhältnis dadurch, dass der Skimannschaft der DDR, wie oben bereits erwähnt, die Einreise zu den vorolympischen Wettkämpfen 1959 in Squaw Valley verwehrt wurde. Der DTSB beschuldigte den DSB-Präsidenten Willi Daume, die Visaverweigerung initiiert zu haben. Wiederum kam es zu einer Aussprache von Vertretern beider deutscher Sportorganisationen (Juli 1959), die lediglich die Willensbekundung hervorbrachte, dass der deutsch-deutsche Sportverkehr fortgesetzt werden sollte.⁴⁵³

In den folgenden Monaten trat der Streit um die Verwendung von staatlichen Symbolen (Hymne, Emblem, Flagge der DDR) in den Vordergrund der angespannten deutsch-deutschen Sportbeziehungen. Zunächst betraf diese Auseinandersetzung nur den olympischen und den internationalen Sport. Mit dem so genannten „Emblemerlass“ des DTSB (April 1960), der das Tragen des Staatsemblems der DDR auf der Sportbekleidung der ostdeutschen Sportler vorsah, wurde die Problematik auch für den deutsch-deutschen Sportverkehr relevant. Nachdem die möglichen Auswirkungen des Erlasses bereits Gegenstand einer Staatssekretärsbesprechung im Bundesministerium des Inneren gewesen war, fand im August

⁴⁵² Ebenda, S. 224ff.

⁴⁵³ Becker: Sportbeziehungen, S. 276.

1960 eine Unterredung des DSB-Präsidiums mit Bundeskanzler Adenauer statt, bei der das Tragen des DDR-Staatseblems im Rahmen des deutsch-deutschen Sportverkehrs diskutiert wurde. Adenauer hatte eine Unterbrechung des Sportverkehrs empfohlen, „bis die Verhältnisse mit der Zone und mit Sowjetrußland sich gebessert haben“.⁴⁵⁴

Ferner wurde nochmals deutlich, dass Adenauer es bevorzugt hätte, wenn überhaupt kein deutsch-deutscher Sportverkehr stattfinden würde. Die paar tausend Sportler, die in den Westen kämen, würden nicht das Gefühl der Freiheit stärken; überall werde „gewühlt, überall wird versucht, unsere Leute weich zu machen“.⁴⁵⁵ Daume und von Mengden konnten Adenauer zumindest davon überzeugen, die Position der Bundesregierung noch einmal zu überdenken.

Im Oktober schrieb Daume an den DTSB-Vorsitzenden Ewald und eröffnete ihm, dass keine Sportbegegnungen mehr in der Bundesrepublik stattfinden könnten, wenn die Sportgruppen das Staatswappen tragen würden. Ewald lenkte ein, künftig würden die jeweiligen Gemeinschafts-, Club- oder Vereinsabzeichen getragen werden.⁴⁵⁶

Und nicht nur auf der Ebene des Sports wurde mit harten Bandagen gekämpft. Auch die politischen Entwicklungen hatten wiederum Implikationen für den Sport.

5.3 Internationale politische Konstellation: Sputnik-Schock und Berlin-Ultimatum

Die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn und der so genannte „Sputnik-Schock“⁴⁵⁷ zwangen die USA dazu, ihre Rolle in der Welt neu zu definieren. Für die USA ging hiermit der Nimbus der technologischen Überlegenheit verloren. Militärisch schwerwiegender war jedoch die Tatsache, dass die Sowjetunion von nun an die USA mit Interkontinentalraketen bedrohte. Amerika war damit nicht länger eine durch zwei Ozeane geschützte Festung, sondern ebenso verwundbar wie die Länder Ost- und Westeuropas.

⁴⁵⁴ Ebenda, S. 276f.

⁴⁵⁵ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 76.

⁴⁵⁶ Becker: Sportbeziehungen, S. 277.

⁴⁵⁷ Am 4. Oktober 1957 startete der sowjetische Erdsatellit „Sputnik“, der als erster künstlicher Satellit die Erde umkreiste.

Auch in der Sowjetunion geriet politisch einiges in Bewegung. Die Intention für Chruschtschows Berlin-Ultimatum (10. bzw. 27. November 1958) an die drei Westmächte konnte nicht abschließend geklärt werden.⁴⁵⁸ Chruschtschow stellte mittels diplomatischer Noten an die drei Westmächte den Vier-Mächte-Status der Stadt Berlin in Frage und forderte Verhandlungen mit dem Ziel, West-Berlin in eine freie, entmilitarisierte Stadt, in eine „selbständige politische Einheit“ umzuwandeln. Die Note setzte eine Frist von sechs Monaten, innerhalb derer die Westmächte die Vorbereitungen zum Abzug getroffen haben sollten.⁴⁵⁹ Fortan vertraten die UdSSR und die DDR die „Drei-Nationen-Theorie“. Die Westmächte reagierten hierauf eher zögernd. Zur Bekräftigung seiner Entschlossenheit, stellte Chruschtschow neue Forderungen. Es sollte ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten geschlossen werden. Über die eventuelle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, das neutralisiert und faktisch entmilitarisiert sein sollte, könnten sich die Deutschen selbst einigen. Zur Lösung der Krise wurde wiederum eine Außenministerkonferenz nach Genf einberufen (11. Mai bis 20. Juni 1959). Delegationen beider deutscher Staaten nahmen lediglich als „Berater“ ohne Einfluss auf die Verhandlungen teil. Für die bundesrepublikanische Außenpolitik stellte allein die Anwesenheit einer Delegation aus der DDR, was ihre Aufwertung als zweiter deutscher Staat bedeutete, eine empfindliche Niederlage dar.⁴⁶⁰ Die Konferenz ging ergebnislos aus. Es war jedoch deutlich geworden, dass die Amerikaner und die Briten immer mehr von der Zielsetzung der Einheit Deutschlands abrückten und erkennen ließen, dass sie an einer Bereinigung der abnormen Lage in Berlin interessiert waren.⁴⁶¹

5.3.1 Politik der beiden deutschen Staaten

In der Bundesrepublik stieß Adenauers Politik insgesamt auf eine recht positive Resonanz bei weiten Teilen der Bevölkerung. Bei den Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag (1957), den die CDU/CSU unter dem Wahlkampflogan „Keine Experimente!“ geführt hatte, konnten die Unionsparteien 50,2 Prozent der Stimmen auf

⁴⁵⁸ Vgl. Vermutungen über Chruschtschows Motive bei Kleßmann: Zwei Staaten, S. 88.

⁴⁵⁹ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 88.

⁴⁶⁰ Ebenda.

⁴⁶¹ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 123.

sich vereinigen. Die SPD konnte leichte Zugewinne verzeichnen und erreichte 31,8 Prozent der Stimmen. Zu dem Wahlsieg der Union trug sicherlich die Rentenreform bei, welche die bisher Benachteiligten an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben ließ. Die große Mehrheit befürwortete die Einbindung in das westliche Bündnis, dessen Notwendigkeit sich in Anbetracht der militärischen Intervention in Ungarn 1956 gezeigt hatte.⁴⁶²

Während sich die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik weiter konsolidierten, kämpfte Ulbricht in der DDR weiter um die uneingeschränkte Macht in Staate. Bis zum Bau der Mauer 1961 waren in der Hauptsache drei Themen von Belang. Zum einen die als „Revisionismus“ bekämpfte oder als „Entstalinisierung“ gewünschte Auseinandersetzung mit dem XX. Parteitag der KPdSU und Stalins Schatten; zum zweiten eine allzu hoch gesteckte ökonomische Zielsetzung im zweiten Fünfjahrplan und im abgebrochenen Siebenjahrplan, für den die Bundesrepublik mit der Parole vom „Einholen und Überholen“ den Bezugspunkt bildete; und zum dritten die als „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ apostrophierte forcierte Kollektivierung vor allem der Landwirtschaft, aber auch des Kleinhandels und des Handwerks mit tiefgreifenden Konsequenzen, denen man u. a. in der Folge mit dem Bau der Mauer begegnete.⁴⁶³

Zur Durchsetzung ihrer Ziele ging die SED systematisch und rücksichtslos gegen so genannte „Abweichler“ vor und beendete bis zum Frühjahr 1957 die kurze Phase der Liberalisierung durch Verhaftungen und Verurteilungen. Mit dieser Machtdemonstration gelang es der SED zwar, die Unruhe unter Teilen der Intelligenz zu unterdrücken, aber auch im Parteiapparat hatten sich Ulbrichts Gegner zu Wort gemeldet, die auf eine flexiblere Haltung in der Deutschlandpolitik und in der Haltung gegenüber der „revisionistischen“ Intellektuellen drängten. Zudem wurden Forderungen nach mehr innerparteilicher Demokratie und einer effizienteren Wirtschaftspolitik laut. Unter jüngeren marxistischen Intellektuellen wurde über einen „menschlichen Sozialismus“ und über einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus nachgedacht. Insbesondere eine Gruppe um den zweiten Mann in der Parteiführung, Chef der Kaderabteilung beim ZK der SED, Karl Schirdewan, und dem Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, forder-

⁴⁶² Ebenda, S. 130.

⁴⁶³ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 302.

te Reformen. Im Februar 1958 erreichte Ulbricht ihre Ausschaltung; das ZK der SED beschuldigte sie der „Fraktionsbildung“ und enthob sie ihrer Partei- und Staatsämter.⁴⁶⁴ Damit war es Ulbricht gelungen, seine Führungsposition in der Partei zu festigen. 1960 übernahm er nach dem Tode des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck – neben seiner Funktion als Parteichef – den Vorsitz im neu geschaffenen Staatsrat und im ebenfalls neu gegründeten „Nationalen Verteidigungsrat“, dem wichtigsten Gremium für innere und äußere Sicherheit. Bis zum Ende der 1960er Jahre hielt Ulbricht damit alle Fäden der Politik der SED in den Händen.⁴⁶⁵ Die DDR steuerte allerdings politisch und wirtschaftlich auf eine Katastrophe zu, die Zahl der Flüchtlinge gen Westen stieg, und erst der Bau der Berliner Mauer (1961) konnte das „Ausbluten“ der DDR verhindern.

5.3.2 Deutsch-deutsche Beziehungen

Diplomatische Initiativen von Seiten der DDR, darunter der Vorschlag des SED-Chefs Walter Ulbricht zur Jahreswende 1956/57, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten und einen paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Rat als Vorstufe für eine folgende Wiedervereinigung zu errichten, wurden von westlicher Seite nicht aufgegriffen.⁴⁶⁶

Anfang Februar 1957 führte Ulbricht vor dem ZK der SED seine deutschlandpolitischen Forderungen mit einem langen Katalog von innen- und außenpolitischen Forderungen an die Bundesrepublik aus. Sie reichten vom Austritt aus der NATO und dem Verzicht auf Remilitarisierung bis hin zur Liquidierung der „Herrschaft der Monopole“ und zur „demokratischen Schulreform“. Gegenüber diesen Maximalforderungen kam der Konföderationsvorschlag des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, Mitte Februar 1957, dem Konzept eines Staatenbundes sehr viel näher, weil hier keine gesellschaftspolitischen Vorbedingungen formuliert wurden. Das Ziel des Austritts beider Staaten aus dem jeweiligen Paktsystem entsprach funktional durchaus dem angestrebten Ziel der Annäherung und – langfristig gesehen – der Wiedervereinigung.⁴⁶⁷

⁴⁶⁴ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 154.

⁴⁶⁵ Kleßmann: Aufbau, S. 29.

⁴⁶⁶ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 448.

⁴⁶⁷ Ebenda, S. 448f.

Nach Kuppe war der Vorschlag zur Bildung einer Konföderation von Seiten der SED-Führung durchaus ernst gemeint. Denn über die Errichtung eines gesamtdeutschen Rates hätte auf Regierungsebene verhandelt werden müssen und dies hätte somit eine Aushöhlung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches bedeutet bzw. auch eine Form der Anerkennung der DDR. Das Angebot einer Konföderation gestattete weiterhin eine nachhaltige Einheitspropaganda, wobei innenpolitisch zugleich Ulbrichts Programm des sozialistischen Aufbaus fortgesetzt werden konnte, ohne Rücksicht auf das Politbüro nehmen zu müssen, das im Interesse der deutschen Einheit für eine langsamere Gangart plädierte.⁴⁶⁸

Die in der Folgezeit in verschiedenen Fassungen vorgebrachten Konföderationskonzepte bewegten sich zwischen diesen beiden formal deutlich unterschiedlichen Positionen von Ulbricht und Grotewohl. Sie gaben bis zum Briefwechsel zwischen SED und SPD (1966) die Richtung der ostdeutschen Deutschlandpolitik vor. Gemeinsam war allen Varianten eine zentrale Voraussetzung: Anerkennung der DDR und Revision der außenpolitischen Grundsatzentscheidung der Bundesrepublik von 1955. Da sich die Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard trotz gelegentlicher Planspiele (z. B. Globke-Plan 1958)⁴⁶⁹ am Modell der „Eingemeindung“ (G. Gaus) orientierten und die Westintegration nicht zur Disposition stellten, bestanden keinerlei Chancen, dass solche Föderationspläne ernsthaft zur Verhandlungsgrundlage werden konnten. Dies erleichterte es der SED, auch nach dem Mauerbau, nach außen hin eine gesamtdeutsche Orientierung aufrechtzuerhalten, tatsächlich aber Trennung und Abgrenzung konsequent zum Inhalt ihrer Politik zu machen.⁴⁷⁰

Letztlich handelte es sich auf beiden Seiten bei allen deutsch-deutschen Initiativen um leicht abgeänderte Wiederholungen der bekannten Standpunkte. Ende der 1950er Jahre wurde immer deutlicher, dass mit der erfolgreichen Westintegration der Bundesrepublik die Aussichten auf eine Wiedervereinigung tendenziell schwanden. Auch in der DDR wichen der gesamtdeutsche Anspruch und das Be-

⁴⁶⁸ Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 256.

⁴⁶⁹ Der nach dem damaligen Staatssekretär Hans Globke benannte Plan sah vor, dass der Status quo für fünf Jahre aufrechterhalten werden sollte, bevor in beiden deutschen Staaten eine verbindliche Abstimmung über die Wiedervereinigung stattfinden würde. Die gesamtdeutsche Volksvertretung sollte dann frei entscheiden können, sich der NATO oder dem Warschauer Pakt anzuschließen.

⁴⁷⁰ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 449.

mühen um „Deutsche an einen Tisch“ nach dem Bau der Berliner Mauer immer mehr dem Bestreben nach Abgrenzung von der Bundesrepublik und der Etablierung der DDR als „sozialistischem“ Staat.

5.3.3 Wirtschaft: Diskrepanz zwischen Ost und West

Sorgte in der Bundesrepublik die soziale Marktwirtschaft für einen ersten, ganz bescheidenen Wohlstand der Bevölkerung, so konnte die DDR auf wirtschaftlichem Gebiet hier nicht mithalten. Auf dem V. Parteitag der SED (10.-16. Juli 1958) wurde neben der „ökonomischen Hauptaufgabe“ auch die „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ proklamiert. Am 21. Juli verkündete Ulbricht, dass bis 1961 der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreichen und übertreffen werde.⁴⁷¹ Damit sollte bis Ende 1961 der Beweis der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung erbracht werden, um die breiten „Massen“ der westdeutschen Arbeiter, der westdeutschen Gewerkschaftler und der westdeutschen „Intelligenz“ für den Sozialismus zu gewinnen.

Hier zeigt sich, dass trotz der deutschen Zweistaatlichkeit die Bundesrepublik auch bei der ökonomischen Entwicklung stets als Maßstab sowohl für die SED-Führung als auch für die ostdeutsche Bevölkerung galt. Insofern war die o. g. „ökonomische Hauptaufgabe“ von 1958 politisch konsequent, aber wirtschaftlich fehlten die Voraussetzungen für ihre Erfüllung. Auch wenn das Ziel des „Ein- und Überholens“ eher utopisch war, so schien sich die SED-Führung damit ein Stück Loyalität ihrer Bürger zu sichern. Für die Jahre 1958 und 1959 lässt sich nach den Krisen eine deutliche Konsolidierungstendenz feststellen. Die Zahlen der Flüchtlinge erreichten 1959 den tiefsten Stand seit der Staatsgründung.⁴⁷²

Obwohl sich der entwickelte Fünfjahresplan relativ erfolgreich entwickelte, wurde er im Herbst 1959 eingestellt und durch den Siebenjahresplan ersetzt, was dem Planungsrhythmus der Sowjetunion entsprach. Dass die zunächst recht positive

⁴⁷¹ Zitiert in Steiner, André: Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 218-247, hier S. 218.

⁴⁷² Kleßmann: Zwei Staaten, S. 310.

ökonomische Entwicklung 1960 in einer bedrohlichen Krise mündete, hatte nach Kleßmann vor allem zwei Gründe. Zum einen war die internationale Situation durch Chruschtschows Berlin-Ultimatum (1958), die Drohung gegen Berlin wiederholte er 1960 nochmals, recht angespannt. Zum anderen war durch den V. Parteitag deutlich geworden, dass die „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ nun umgesetzt werden sollte. Sie bezog sich zum einen auf die privaten Sektoren des Handwerks und des Kleinhandels und zum anderen auf die noch etwa zur Hälfte privat geführten Landschaftsbetriebe.⁴⁷³ Dies führte zu einer erneuten Beunruhigung der Bevölkerung: Die Zahl der Flüchtlinge stieg wieder sprunghaft an.

5.4 Zusammenfassung

Je klarer die politischen „Fronten“ abgesteckt wurden, desto komplexer und langwieriger wurden die Verhandlungen der beiden deutschen NOK über die Voraussetzungen zur Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften für die Spiele 1960. Das IOC beharrte weiterhin darauf, dass die Repräsentanten des deutschen Sports eine Einigung in dieser Frage erzielen mussten, obwohl sie dem NOK der DDR eine vollgültige Anerkennung in Aussicht stellten, was letztlich konsequenterweise auch eine eigene Mannschaft der DDR bedeutete.

Die Verhandlungen wurden durch die Streitigkeiten über die nationalen Insignien der DDR erschwert, da die Frage der nationalen Repräsentation, insbesondere bei den publikumswirksamen Olympischen Spielen, eine besondere politische Brisanz erhielt. Die SED-Führung versuchte, über den internationalen Spitzensport der Weltöffentlichkeit die Existenz eines zweiten deutschen Staates ins Gedächtnis zu rufen. Die großzügige Förderung des Leistungssports führte oftmals zu herausragenden Leistungen von Sportlern aus der DDR, die aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit aus vielen Wettbewerben nicht mehr wegzudenken waren, wollten die Veranstalter tatsächlich die komplette Weltspitze antreten lassen. Die Einführung einer eigenen Flagge für die DDR und der Emblem-Erlass des DTSB belegen eindrücklich den Versuch der SED-Führung, sich international darzustellen. Flaggen- und Emblemstreit bewirkten auch eine vehemente Einmischung der Politik in

⁴⁷³ Ebenda, S. 313.

sportliche Angelegenheiten. Da jedoch der internationale Sport – und insbesondere olympische Spiele – stark die nationale Identität der Zuschauer berührten und die Sportler aus dem eigenen Lande zu „unseren“ wurden, konnte es sich die Bundesregierung nicht leisten, in diesen Fragen zurückzustecken, wollte sie ihre Glaubwürdigkeit sowohl nach innen als auch nach außen, bei den westlichen Verbündeten, nicht verlieren.

Die „Politik der kleinen Nadelstiche“ von Seiten der DDR konnte somit nicht stillschweigend geduldet werden, da die SED-Führung mittels des DTSSB auch immer wieder politische Themen – wie z. B. gegen die „Remilitarisierung“ der Bundesrepublik oder gegen die Einführung der Wehrpflicht – in den deutsch-deutschen Sportverkehr trug.

Teile der Bundesregierung begannen in puncto Sport umzudenken. Die finanzielle Unterstützung des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen – offiziell ohne politische Einmischung des Ministeriums in die Angelegenheiten des DSB – hatte durchaus politische Implikationen, zumindest bewirkte es eine Verärgerung auf ostdeutscher Seite, die mit Abbruch der Kontakte drohte. Die Visaverweigerung des Auswärtigen Amtes – als ein Teil der Sanktionen gegen das neue Regime in Ungarn – brachte den bundesdeutschen Sport in eine schwierige Position. Die öffentlichen Reaktionen in der Bundesrepublik auf die von der Bundesregierung initiierte Absage des Fußballspieles Hamburger SV gegen Moskau zeigte, dass ein solches Maß an offensichtlicher Einmischung der Politik in den Sport von der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht geduldet wurde. Dies ist freilich ein rein westdeutsches Phänomen einer freien Presse. Ähnliches wäre in der DDR in dieser Zeit sehr unwahrscheinlich gewesen, da auch die Berichterstattung „von oben“ bestimmt wurde und unerwünschte kritische Artikulationen somit unterbunden wurden.

Um zur olympischen Ebene zurückzukommen, letztlich bedurfte es der Schlichtung von Seiten des IOC – Präsident Brundage griff persönlich ein –, um überhaupt gesamtdeutsche Mannschaften für die Spiele 1960 aufzustellen. Sowohl die Politik als auch der Sport in Ost und West fügte sich in letzter Konsequenz der Anordnung des IOC.

6. Die letzten gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1964

Nach den Olympischen Spielen 1960 waren die Streitigkeiten in Bezug auf die Symbole nationaler Repräsentation keineswegs beigelegt worden. Bei den neuerlichen deutsch-deutschen NOK-Verhandlungen wurde vielmehr noch erbitterter darüber gestritten. Jede Seite wollte ihre Maximalforderungen durchsetzen. Vor dem Hintergrund des Baus der Berliner Mauer (1961) und der totalen Abschottung West-Berlins mutete das Beharren des IOC auf gesamtdeutsche Teams bei den Spielen 1964 bizarr an. Die DDR hatte sich nach 1961 nun vollends die Erlangung der internationalen völkerrechtlichen Anerkennung auf die Fahnen geschrieben. Die Bundesrepublik hielt an ihrem Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin fest, was insbesondere im Bereich des internationalen und des olympischen Sports zu Konflikten führte.

6.1 Flaggen- und Emblemstreit

Die SED-Führung verfolgte im Vorfeld der Olympischen Spiele 1964 eine „Politik der kleinen Nadelstiche“ und feierte jede Konzession, die die bundesdeutsche Sportführung in Kauf nehmen musste, um die Bildung einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft nicht gefährden zu wollen, als großen Erfolg. Da der olympische Sport in der DDR zu einem immer wichtigeren Mittel wurde, um international, die Existenz der DDR als zweiten, legitimen deutschen Staat zu präsentieren, waren hier die Anleitungen „von oben“ an die Sportfunktionäre besonders strikt. Auch der föderalistisch angelegte DSB sah sich auf der olympischen Ebene zunehmend gezwungen, sich mit Vertretern der Bundesregierung abzustimmen, wollten sie die Unterstützung – nicht zuletzt die finanzielle – für die Olympiamannschaft nicht verlieren.

Nachdem die Bundesregierung von dem Emblemerlass des DTSB (25. April 1960) erst im Oktober 1960 erfuhr, bemühte sie sich um eine bundeseinheitliche Regelung, wie bei internationalen Veranstaltungen verfahren werden sollte, falls Sportler aus der DDR Fahne und Hymne einforderten und ihr Emblem trugen. Am 10. November 1960 versammelten sich in Bonn Vertreter des DSB und mehrere Länder-Innenminister zu einer Besprechung bei Bundesinnenminister Gerhard

Schröder. Die Beteiligten kamen zu einer übereinstimmenden Auffassung: „Flagge und Hymne der so genannten ‚DDR‘ werden bei Sportveranstaltungen jeglicher Art in der Bundesrepublik, also auch bei allen internationalen Veranstaltungen nicht geduldet.“⁴⁷⁴ Kein Konsens hingegen konnte in der „Emblem-Frage“ erzielt werden, da sich laut Protokoll die Sportführung darüber einig war, dass sie bei den internationalen Verbänden den Verzicht auf die „Spalterflagge“, nicht jedoch den Verzicht auf die Embleme durchsetzen konnten. Daher behielt es sich die bundesdeutsche Sportführung vor, in Bezug auf die „Emblemfrage“ von Fall zu Fall darüber zu entscheiden, ob eine solche Veranstaltung in der Bundesrepublik überhaupt stattfinden sollte.

Das Bundesinnenministerium war mit dem Vorbehalt der Sportfunktionäre, die gern von Fall zu Fall entscheiden wollten, nicht einverstanden. Daher wurden bei der Bundesinnenministerkonferenz (2./3. Februar 1961) genaue Richtlinien festgelegt, die das Tragen des „Sowjetzonenemblems“ bei Sportveranstaltungen künftig verbot. Ausnahmen seien Olympische Spiele, Ausscheidungswettkämpfe für die Olympischen Spiele sowie internationale Meisterschaftswettkämpfe. Diese Regelung wurde durch den Bau der Mauer und dem kurz darauf folgenden Abbruch der deutsch-deutschen Sportbeziehungen durch den DSB gegenstandslos. Als ab 1965 der Sportverkehr wieder allmählich in Gang kam, besaß diese Regelung noch Gültigkeit und wurde erst im Vorfeld der Spiele von München 1970 durch die Ständige Innenministerkonferenz aufgehoben.⁴⁷⁵

Am 30. November 1960 unterbreitete der DSB seinem ostdeutschen Pendant den Vorschlag hinsichtlich des Protokolls wie bei den letzten Olympischen Spielen zu verfahren: Beethoven-Hymne und als Fahne die olympischen Ringe auf schwarz-rot-goldenem Grund.

Die Bundesrepublik geriet infolge der durch die DDR initiierte „Flaggenfrage“ in eine zunehmend schwierige Situation. Ihre Handlungsspielräume wurden im Verlauf der 1960er Jahre enger. Die Sportorganisationen warnten vor einer Selbstisolierung des westdeutschen Sports, die nur der DDR nützen würde, während in der Praxis ein unbefriedigender Kompromiss nach dem anderen geschlossen wurde. Die Bundesregierung versuchte in der Folgezeit, das Zeigen der DDR-Flagge auch im Ausland zu verhindern. „Das diplomatische Corps wurde deshalb zu einer

⁴⁷⁴ Zit. nach Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 235f.

⁴⁷⁵ Ebenda, S. 236.

Art universal einsetzbarem Feuerwehrkommando, das angesichts des umfangreichen Sportkalenders mit Hunderten von internationalen Wettkämpfen alle Hände voll zu tun hatte, um auf die Veranstalter, Sportorganisationen, Regierungen und vor allem auf die NATO einzuwirken.⁴⁷⁶ Die Initiativen zeigten anfangs Erfolge. Bilaterale Verabredungen und restriktive Maßnahmen des NATO-Konsultationsausschusses spielten bei der Koordinierung der Sportpolitik eine wichtige Rolle. Nach 1960 wurde DDR-Sportlern zeitweise die Ausstellung von Ersatzpässen und Einreisevisa durch das Berliner „Allied Travel Office“ verweigert. Staaten, die nicht der NATO angehörten, wurde empfohlen, die Einreise davon abhängig zu machen, ob die Sportführung der DDR auf die Staatsfahne und – hymne verzichtete, sofern die internationalen Verbände diese nicht selbst verboten. In der Praxis jedoch konnte das Zeigen der Flagge und das Abspielen der Hymne häufig nicht unterbunden werden.⁴⁷⁷ Die Sportler der Bundesrepublik und auch die Funktionäre sahen sich immer wieder mit Situationen auf internationaler Ebene konfrontiert, in denen sie dem DDR-Protokoll ihre Reverenz erweisen mussten.⁴⁷⁸

Auf der Ebene der internationalen Fachverbände hatten die Sektionen der DDR – teilweise gegen den Widerstand des entsprechenden bundesdeutschen Fachverbandes – ihre volle und gleichberechtigte Mitgliedschaft in den meisten internationalen Fachverbänden (Ausnahmen: Tischtennis, Rudern, Handball, Leichtathletik) durchsetzen können. Bis 1959 waren Sektionen der DDR Mitglied in 41 der bis dahin existierenden 52 internationalen Sportföderationen. Bis einschließlich 1972 waren sie in 61 der bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden 63 internationalen Sportföderationen aufgenommen worden.⁴⁷⁹ Der Fokus lag nunmehr auf der vollständigen internationalen Anerkennung des NOK der DDR beim IOC und die Entsendung von „sportsouveränen“ Mannschaften zu Olympischen Spielen.

⁴⁷⁶ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 74.

⁴⁷⁷ Im Sommer 1961 hatte der DSB widerstrebend der Auflage der Bundesregierung zugestimmt, wonach Veranstaltungen, bei denen die Flagge der DDR gezeigt wurde oder bei denen nicht sicher war, dass ein Verbot durchgesetzt werden konnte, von westdeutschen Sportlern zu meiden wären. Vgl. dazu Geyer: Nationale Repräsentation, S. 75.

⁴⁷⁸ Zu einem Skandal kam es bei der Eishockey-WM im März 1961 in der Schweiz. Hier zog der bundesdeutsche Verband sein Team vor dem Spiel gegen die DDR – auf Druck Daumes – zurück. Die Sportwelt war darüber empört und beschuldigte die Westdeutschen, den Sport zu politisieren. Vgl. dazu Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 236f.

⁴⁷⁹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 320.

6.1.1 Auswirkungen des Mauerbaus auf die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften 1964

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde, war bereits vor dem Bau der Mauer ungeklärt, wie sich der deutsch-deutsche Sportverkehr künftig gestalten sollte. Der Abbruch der deutsch-deutschen Sportbeziehungen infolge des Mauerbaus im August 1961 stellte erst einmal die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften für die Spiele 1964 in Frage. In der Folgezeit lief zunächst der DTSB Gefahr, sich international zu isolieren, aber schon wenig später war auch der DSB, der sich nicht immer den Eingriffen der Bundesregierung erwehren konnte, ebenfalls gefährdet, von den internationalen Gremien des Sports als „Störenfried“ geächtet zu werden.

In Bezug auf den deutsch-deutschen Sportverkehr hatte die Bundesregierung schon vor den „Düsseldorfer Beschlüssen“ klar herausgestellt, dass die außenpolitische Dimension Vorrang vor der sportlichen hatte. Notfalls müsse man bereit sein, die Kontakte zur „Zone“ auf sportlichem Gebiet zu opfern, wenn es darauf ankäme, die Glaubwürdigkeit der Nichtanerkennungspolitik unter Beweis zu stellen, hieß es aus dem BMG.⁴⁸⁰ In diesem Zusammenhang ist wohl auch das Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 14. März 1961 zu verstehen, in dem die Verfassungsfeindlichkeit des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR festgestellt wurde. Der DSB gab schließlich nach und nahm Abstand von Veranstaltungen, an denen Sportler der DDR mit ihrem Sportemblem antraten.

Bereits im Frühjahr 1961 hatte sich eine Kommission – bestehend aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Innen- und Gesamtdeutschen Ministeriums – mit der Frage beschäftigt, ob angesichts der bestehenden de-facto-Spaltung des Sports eine Erfüllung der protokollarischen Vorschriften wirklich eine „politische de-facto-Anerkennung“ implizieren müsste bzw. ob die westlichen Verbündeten die unterschiedliche Haltung im politischen und sportlichen Bereich nicht u. U. sogar als notwendig erachten würden. Im Auswärtigen Amt stießen jegliche Überlegungen, die auch nur die Implikation einer Anerkennung der DDR beinhalteten, auf energische Ablehnung. Folglich kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen

⁴⁸⁰ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 76f.

zwischen der westdeutschen Sportführung und Vertretern der Bundesregierung.⁴⁸¹ Die Situation änderte sich radikal durch den Bau der Mauer (13. August 1961).⁴⁸² „Auch wenn es paradox klingen mag: Der Bau der Mauer rettete die Prinzipien der ‚Hallstein-Doktrin‘. Hatte die DDR-Führung bisher die Bundesrepublik permanent in die Defensive gezwungen, so isolierte sie sich nun selbst. Bonn konnte nun selbst offensiv werden, ohne durch etwaige Behinderungen des Sports das Gesicht zu verlieren.“⁴⁸³

Der Abbruch der deutsch-deutschen Sportbeziehungen wurde am 16. August 1961 durch die „Düsseldorfer Beschlüsse“ besiegelt. Der DSB hatte sich damit der vom Außenministerium, aber auch vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, geforderten „harten Linie“ angeschlossen. Westdeutschen Sportlern drohte fortan der Ausschluss aus ihren Verbänden, wenn sie zu internationalen Veranstaltungen in die DDR reisten. Der DSB sorgte zunächst auch dafür, dass Sportler aus der DDR nicht mehr im Westen auftraten. Am 1. März 1962 beschlossen die Innenminister der Länder, dass jedes repräsentative Auftreten von Sportlern der DDR – ob mit oder ohne Staatsfahne – die öffentliche Ordnung beeinträchtige. Die Teilnahme Westdeutscher an Sportveranstaltungen in der DDR wurde nun tatsächlich mit dem Ausschluss aus dem DSB geahndet.⁴⁸⁴ Dieses Verbot wurde jedoch von vielen westdeutschen Sportlern aus rein sportlichen Motiven abgelehnt, denn naturgemäß verzichtet kein Sportler freiwillig auf die Teilnahme an einer internationalen Sportveranstaltung, die ihm u. U. eine gute Platzierung einbringen könnte. So wehrten sich z. B. die bundesdeutschen Schwimmer dagegen, dass sie nicht bei der EM in Leipzig teilnehmen sollten. Nach Geyer sollen sich 1962 trotz des Verbots zahlreiche westdeutsche Schwimmer in Leipzig angemeldet haben.⁴⁸⁵ Die allmähliche Auflösung gesamtdeutscher Mannschaften dürfte im Interesse der westdeutschen Sportler gelegen haben, denn angesichts der Leistungsstärke der optimal geförderten Sportler aus der DDR waren die eigenen

⁴⁸¹ Vgl. dazu die unterschiedlichen Positionen ebenda, S. 78f.

⁴⁸² Vgl. die interne Einschätzung aus Sicht der DDR bezüglich der Parteidisziplin im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des Mauerbaus. Dokument 3: Die interne Einschätzung der politischen Arbeit des DTSB im Zusammenhang mit dem Bau der Berliner Mauer (1961). In: Spitzer u. a.: Schlüsseldokumente, S. 112-120.

⁴⁸³ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 81.

⁴⁸⁴ Ebenda.

⁴⁸⁵ Ebenda, S. 85, Anm. 129.

sportlichen Chancen beeinträchtigt, standen doch bei einer gesamtdeutschen Mannschaft weitaus weniger Startplätze zur Verfügung.

Am 28. November unternahm Willi Daume einen Vorstoß beim IOC in Richtung separate Teams. Der „einstweilig streng vertrauliche Vorschlag“ gegenüber IOC-Kanzler Otto Mayer gestaltete sich folgendermaßen: „Wäre es nicht denkbar, dass das IOC folgende Anordnung trifft: West-Deutschland stellt eine eigene Mannschaft und Ost-Deutschland stellt auch eine eigene Mannschaft auf. Beide sind aber vereint unter dem gleichen Symbol, also schwarz-rot-goldene Fahne mit den olympischen Ringen und Beethoven-Hymne. Eine solche Regelung habe ,sportlich den gewaltigen Vorteil, dass die Belastung mit den gesamtdeutschen Ausscheidungskämpfen entfiere, die so viel Ärger bringen, die Atmosphäre vergiften und ein großes Handikap für die Aktiven sind.“⁴⁸⁶ Zudem seien mittlerweile sowohl die öffentliche Meinung als auch die Sportler selbst gegen gesamtdeutsche Teams.⁴⁸⁷

Nach dem Mauerbau häuften sich die politisch motivierten Behinderungen des internationalen Sportverkehrs, die sich gegen die DDR richteten. Die Bundesregierung unter Adenauer erreichte, dass alle NATO-Staaten den Sportlern aus der DDR die Einreise zu Europa- und/oder Weltmeisterschaften verweigerten.⁴⁸⁸ Aufgrund dieses Embargos war es Sportlern aus der DDR lediglich möglich, im Rahmen gesamtdeutscher Mannschaften an Europa- oder Weltmeisterschaften teilzunehmen. Bei zwölf Gelegenheiten konnten sie daher nicht an Weltmeisterschaften in olympischen Disziplinen antreten.⁴⁸⁹ Nach Lehmann reagierten die internationalen Sportfachverbände empfindlich auf diese Einmischung seitens der Politik.

⁴⁸⁶ Zit. nach Braun: Sportler, S. 40.

⁴⁸⁷ Ebenda.

⁴⁸⁸ Der im September 1961 erfolgte NATO-Ratsbeschluss, der erst 1965 gelockert wurde, verbot DDR-Sportlern die Einreise in NATO-Mitgliedsstaaten auch zu Europa- und Weltmeisterschaften. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 192. Infolge der Restriktionen bei der Vergabe von Reisevisa konnten DDR-Sportler zwar in der Regel nicht im Bereich der NATO wohl aber in der Bundesrepublik an Sportveranstaltungen teilnehmen, wenn auf die nationale Symbolik verzichtet wurde, was in einigen Fällen zu Irritationen und Unverständnis führte. So hatten z. B. norwegische Spitzenverbände dagegen protestiert, dass der ostdeutsche Leistungssportler Recknagel zwar nicht in Norwegen, wohl aber bei Wettkämpfen in der Bundesrepublik starten durfte. Geyer: Nationale Repräsentation, S. 76, Anm. 77.

⁴⁸⁹ Gieseler: Sport, S. 16. Dies nahm 1962 bei der Eishockey-WM in den USA seinen Anfang. Vgl. dazu Blödorn: Olympismus, S. 86.

Um den Ausschluss leistungsstarker ostdeutscher Sportler zu umgehen, entschieden einige internationale Verbände, dass die fraglichen Europa- oder Weltmeisterschaften in „einfache“ internationale Wettkämpfe umgewandelt wurden. So wurden beispielsweise aus der Ski-WM in Chamonix „Internationale Skispiele“ und aus der Kanu-WM in Essen ein „Internationales Kanu-Rennen“. In der Folgezeit entzogen die internationalen Sportgremien einigen NATO-Staaten das Austragungsrecht für Europa- oder Weltmeisterschaften. Ferner wurden sie bei der Vergabe der Austragungsorte nicht berücksichtigt, wobei nunmehr oftmals Meisterschaften in sozialistischen oder neutralen Ländern stattfanden.⁴⁹⁰ Damit wehrten sich die internationalen Gremien zum einen gegen die aus ihrer Sicht unzulässige Einmischung der Politik in den Sport. Zum anderen sollte durch diese Maßnahme die Beteiligung der leistungsstarken ostdeutschen Sportler sichergestellt werden, ohne die einigen Wettkämpfen ein sportlicher Bedeutungsverlust gedroht hätte. Es ist nicht auszuschließen, dass gerade das Embargo der NATO-Staaten eine Solidarisierung mit den Sportorganisationen der DDR bewirkte und die Sportler aus der DDR an Sympathien gewannen.

Während bis auf wenige Ausnahmen Mannschaften aus den NATO-Staaten an internationalen Sportveranstaltungen im „Ostblock“ und in der DDR teilnahmen – so verweigerte die französische Regierung im März 1963 „ihrer“ Mannschaft die Teilnahme an einem Länderkampf im Boxen in Ost-Berlin –, beteiligten sich bundesdeutsche Mannschaften zwar an allen wichtigen internationalen Sportveranstaltungen im Ostblock, nahmen aber bis einschließlich 1964 an keiner internationalen Sportveranstaltung in der DDR teil.⁴⁹¹

Trotz des IOC-Appells vom 3. Februar 1962, in dem Freizügigkeit für alle Sportler gefordert wurde und der gleichzeitig den internationalen Verbänden empfahl, keine internationalen Wettkämpfe mehr an Länder zu vergeben, die nicht die uneingeschränkte Einreise und Teilnahme aller Sportler garantieren könnten, wurden die von den NATO-Staaten beschlossenen Sanktionen nicht gelockert.⁴⁹²

Durch diese Entwicklung geriet auch das IOC unter Zugzwang, da ihm für die Winterspiele 1968 Bewerbungen aus Frankreich, Kanada und den USA vorlagen.

⁴⁹⁰ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 322.

⁴⁹¹ Ebenda, S. 323.

⁴⁹² Ebenda.

Das IOC erkundigte sich bei den jeweiligen Außenministerien der Länder, ob Sportler aus der DDR eine Einreisegenehmigung erhalten würden. Das „Inter Allied Travel Bureau“ machte daraufhin die notwendigen Zusicherungen, jedoch unter Maßgabe der „existierenden Bedingungen“. Das IOC verstand darunter, dass den Statuten des Komitees zufolge, allen Sportlern ein freier Zugang zu den Spielern zugesichert werden müsse. Frankreich, das nunmehr die Winterspiele in Grenoble zugesprochen bekommen hatte, argumentierte, unter „existierenden Bedingungen“ sei die Teilnahme von DDR-Sportlern in einer gesamtdeutschen Mannschaft verstanden worden. IOC-Präsident Brundage wollte die Spiele vor der politischen Erpressbarkeit schützen und drohte mit der Verlegung der Winterspiele. Daraufhin erklärte sich die französische Regierung bereit, der IOC-Interpretation zu folgen.⁴⁹³ Um bei den Sommerspielen eine etwaige Aussperrung von Sportlern aus der DDR zu verhindern, entschied sich das IOC bei der Vergabe der Spiele für Mexico City. Mexiko hatte zwar enge Bindungen an die USA, war jedoch nicht als Mitglied in der NATO vertreten.⁴⁹⁴

Während die bundesdeutschen Sportfunktionäre die prinzipielle Frage diskutierten, inwieweit gesamtdeutsche Olympia-Mannschaften angesichts der offensichtlichen Spaltung des deutschen Sports überhaupt noch zu vertreten seien, hatte sich im Auswärtigen Amt die Haltung zu gesamtdeutschen Olympiamannschaften gewandelt. Ab 1961/62 vertrat das AA die Ansicht, dass gerade im Hinblick auf die nächsten Olympischen Spiele eine gesamtdeutsche Mannschaft mit Beethovens Hymne und den olympischen Ringen auf schwarz-rot-gold als Flagge eine Niederlage für Ulbrichts Anerkennungspolitik bedeuten und den Bonner Alleinvertretungsanspruch demonstrieren würde. Die gesamtdeutschen Olympiamannschaften müssten als eines der letzten Symbole deutsch-deutscher Gemeinsamkeit erhalten bleiben. Die olympische Bühne dürfe nicht der staatlichen Selbstdarstellung der DDR und damit der Untermauerung der „Zwei-Staaten-Theorie“ überlassen bleiben.⁴⁹⁵

Das Kanzleramt teilte diese Sichtweise hingegen nicht. Die bundesdeutsche Sportführung bestand zur Klärung der Lage auf einen Kabinettsbeschluss, in dem aus-

⁴⁹³ Pfeiffer: Boykottdiskussionen, S. 37f. Blödorn gibt an, dass die USA, Kanada und Frankreich die entsprechende Anfrage des IOC in Bezug auf die Erteilung von Einreisegenehmigungen für Sportler aus der DDR negativ beschieden hatten. Blödorn: Olympismus, S. 86.

⁴⁹⁴ Vgl. ebenda.

⁴⁹⁵ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 82.

drücklich die gesamtdeutsche Olympiamannschaft befürwortet würde. Adenauer zögerte die Entscheidung heraus. Letztlich wurde dann der Beschluss des Kabinetts vom 28. November, in dem es sich für eine gesamtdeutsche Mannschaft aussprach, als geheim eingestuft. Die Geheimhaltung ist ein Indiz dafür, dass die Regierung ihre eigene Politik, den Sport dem außenpolitischen Kalkül unterzuordnen, als äußerst unpopulär einstufte. „Die Propagierung deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten im Sport wurde in der Öffentlichkeit als purer Zynismus und in den Reihen des Sports zudem als Zumutung empfunden.“⁴⁹⁶

1961 waren nur noch 3 von 42 Sportarten „gesamtdeutsch“ (Leichtathletik, Rudern und Handball). Aus der Sicht der DDR hatte ihre Sportführung keine andere Wahl. Die Sportfunktionäre der DDR hielten an den gesamtdeutschen Mannschaften fest, weil die Erfüllung dieser Vorgaben des IOC unabdingbare Voraussetzung für die Anerkennung des eigenen NOK war.

Obwohl der DSB in seinen „Düsseldorfer Beschlüssen“ bereits festgelegt hatte, vorerst auf eine Teilnahme an internationalen Sportveranstaltungen in der DDR zu verzichten, wurde der DSB von Bundesaußenminister Schröder in einer Besprechung mit dem DSB-Präsidenten (8. Februar 1962) noch einmal auf den Teilnahmeboykott verpflichtet, da „[...] die Westmächte eine solidarische Haltung der Bundesregierung Deutschland in ihren – als Antwort auf die Abschnürungsmaßnahmen des SED-Regimes gedachten – Embargo-Maßnahmen erwarteten.“⁴⁹⁷

Insgesamt befand sich der DSB in einer misslichen Situation. Zum einen galt es, den Forderungen der Bundesregierung nachzukommen und zum anderen drohte dem DSB die Isolation im internationalen Sport, da die meisten internationalen Sportverbände wenig Verständnis für die in ihren Augen stattfindende Diskriminierung der DDR-Sportler und die unzulässige Einmischung der Politik in den Sport hatten. Es ist nicht auszuschließen, dass gerade diese Situation und die vorangegangenen Querelen den Sportlern aus der DDR viele Sympathien einbrachten. In dieser Zeit gelang es den Sportverbänden der DDR, in den drei internationalen Sportfachverbänden, die noch die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft zur Auflage der Mitgliedschaft machten, die Auflösung dieser Mannschaften durchzusetzen und gleichzeitig als gleichberechtigtes Mitglied mit einer eigenen Mannschaft anerkannt zu werden (Handball 1961, Leichtathletik 1964, Ru-

⁴⁹⁶ Ebenda, S. 82f.

⁴⁹⁷ Zit. nach Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 323.

dem 1965).⁴⁹⁸ Diese Entwicklung zeigt, dass gesamtdeutsche Olympiamannschaften nunmehr zunehmend als anachronistisches Phänomen betrachtet wurde.

6.1.2 Die erzwungene Einheit im olympischen Sport: deutsch-deutsche Streitigkeiten im Vorfeld der Olympischen Spiele 1964

Trotz – oder vielleicht gerade wegen – des Mauerbaus rief IOC-Kanzler Mayer am 8. März 1962 die beiden deutschen NOK dazu auf, Verhandlungen über die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften für die Spiele von 1964 aufzunehmen, da das IOC der Ansicht war, dass „die übernommenen Verpflichtungen immer noch gültig“ seien.⁴⁹⁹ Anscheinend befürchtete das IOC, dass durch die „Düsseldorfer Beschlüsse“ des DSB die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften gefährdet sei. Das NOK der DDR teilte dem IOC kurz darauf mit, dass es seinen Verpflichtungen nachkäme. Das bundesdeutsche NOK erklärte am 10. Mai 1962, dass der jetzige Zeitpunkt zur Aufnahme von Verhandlungen über eine gesamtdeutsche Mannschaft der denkbar ungünstigste sei. Daher verzögerte sich der Auftakt der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen NOK bis Anfang Dezember 1962. Zuvor hatte das westdeutsche NOK in einem Brief vom 20. Oktober 1962 mitgeteilt, dass u. a. die Einbeziehung West-Berlins als Austragungsort der Qualifikationswettkämpfe und die ungehinderte Teilnahme der „Zonenflüchtlinge“ unabdingbare Voraussetzungen für die Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften seien. Am 22. Oktober 1962 stellte deshalb das IOC in gleichlautenden Briefen an beide deutsche NOK fest: „Ost-Berlin ist, wie bereits 1960 durch den IOC-Präsidenten festgestellt, unabhängig von allen politischen Auffassungen, in die Sportorganisation der DDR integriert, West-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland.“⁵⁰⁰

Problematisch wurde es jedoch bei der Nominierung der Orte für die vorausgehenden Ausscheidungswettkämpfe für die gesamtdeutsche Olympiamannschaft. Zunächst sah es so aus, als müssten die Wettkämpfe aufgrund des herrschenden Einreiseverbots im Ausland stattfinden. Letztlich konnten die Wettkämpfe doch in

⁴⁹⁸ Ebenda, S. 326.

⁴⁹⁹ Ebenda.

⁵⁰⁰ Zit. nach ebenda, S. 333.

beiden Teilen Deutschlands stattfinden, u. a. in West-Berlin, Rostock und Jena.⁵⁰¹ Die Qualifikationen selbst waren bei den Sportlern eher unbeliebt, denn hierdurch verschob sich der Leistungshöhepunkt nach vorn⁵⁰² und die Athleten mussten u. U. zweimal Energie, Motivation etc. aufwenden; das erste Mal, um sich überhaupt für die Spiele zu qualifizieren und dann, wenn die Leistung ausreichend war, bei den Olympischen Spielen selbst.

Insgesamt hatte sich in puncto Verhandlungserfahrung der Funktionäre auch das Kräfteverhältnis West- und Ostdeutschland verändert. Waren die „neuen“ Sportfunktionäre aus der DDR bei den Verhandlungen in Lausanne (1952) noch restlos überfordert gewesen, so hatte sich zwischenzeitlich dieses Verhältnis umgedreht. Nun waren – insbesondere bei den deutsch-deutschen Fachverbandsverhandlungen – die gut geschulten hauptamtlichen Sportfunktionäre der DDR den westdeutschen Vertretern weit überlegen.⁵⁰³ Zudem konnten sich die Funktionäre aus dem Osten infolge der zuvor getroffenen Abstimmungen einer vollkommenen Rücken- deckung ihrer Regierung sicher sein.

Die Verhandlungen der beiden deutschen NOK am 8. Dezember 1962 in Lausanne wurden bereits nach der ersten Begegnung ergebnislos abgebrochen. Albert Mayer, der Bruder des IOC-Kanzlers, unterbreitete den Delegierten einen Kompromissvorschlag, der vorsah, dass zu den Spielen 1964 zwei deutsche Mannschaften unabhängig voneinander aufgestellt und entsendet werden sollten, die aber wie 1960 mit dem gleichen Protokoll antreten sollten. Der Vorschlag fand die Zustimmung des NOK der DDR und anfangs auch die des bundesdeutschen Komitees. Für Daume war der Kompromiss jedoch nicht akzeptabel, da die Umsetzung des Vorschlages de facto die volle Anerkennung des ostdeutschen NOK bedeutet hätte. Daher intervenierte er Anfang Januar 1963 bei IOC-Präsident Brundage.⁵⁰⁴ Nachdem auch die Mitgliederversammlung des bundesdeutschen NOK am 13. Januar 1963 offiziell den Lausanner Kompromissvorschlag abgelehnt hatte, lud Brundage Vertreter beider NOK am 6. Februar 1963 zu weiteren Verhandlungen unter seinem Vorsitz in Lausanne ein. Hier musste die Delegation

⁵⁰¹ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 83 und Anm. 118.

⁵⁰² Krüger: Sport und Politik, S. 128.

⁵⁰³ Vgl. die Beispiele aus den Bereichen Fechten, Rudern und Segeln bei Kappler: Gesamtdeutsche Olympiamannschaft, S. 258f.

⁵⁰⁴ Pfeiffer: Boykottdiskussionen, S. 36.

der DDR dann doch der Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft zustimmen, da sie eine Kraftprobe gegen Brundage vermeiden wollte.⁵⁰⁵

Zur Aufstellung der gesamtdeutschen Mannschaften für die Sommer- und Winterspiele wurden insgesamt 60 Qualifikationswettkämpfe in der Bundesrepublik, der DDR und in beiden Teilen Berlins ausgetragen. Über West-Berlin kam es wiederum zu Streitigkeiten, da die DDR den westlichen Teil der Stadt als „eigenständige Einheit“ gemäß der „Drei-Staaten-Theorie“ betrachtete. Am 5. August 1963 forderte DTSB-Präsident Ewald, West-Berlin müsse aufgrund seiner Nichtzugehörigkeit zur Bundesrepublik ein eigenes NOK erhalten. Ferner wiederholte er die Forderung der DDR-Sportführung nach einer vollgültigen Anerkennung des NOK der DDR und forderte die Änderung der Bezeichnung des NOK für Deutschland in „NOK der Bundesrepublik Deutschland“. Diese Forderungen Ewalds wurden etwas später offiziell vom sowjetischen IOC-Mitglied Andrianov, auf der 60. Session des IOC in Baden-Baden (Oktober 1963) eingebracht. Sie wurden jedoch vom IOC abgelehnt, bzw. was den Antrag auf vollständige Anerkennung des NOK der DDR anbelangte, auf die nächste Session vertagt.⁵⁰⁶

Nach 15 NOK-Konferenzen, 96 Sitzungen der einzelnen Fachverbände und insgesamt rund 1.000 Stunden Verhandlungen am grünen Tisch sowie 60 Ausscheidungswettkämpfen standen die gesamtdeutschen Mannschaften für die Winterspiele in Innsbruck und für die Sommerspiele in Tokio 1964 fest.⁵⁰⁷

Avery Brundage war wiederum trotz aller Streitigkeiten der beiden deutschen NOK stolz darauf, dass der Sport bzw. die Olympische Bewegung etwas geschafft hatte, bei dem die Politik versagt hatte: namentlich die deutsche Einheit. In seiner Eröffnungsadresse bei der 60. IOC-Session in Baden-Baden am 16. Oktober 1963 verkündete er:

„Another example of an important victory for sport over politics has been the united German teams that have now appeared on four different occasions at the Olympic Games in 1956 and in 1960. [...] The spectacle of East and West German athletes in the same uniform behind the same leaders and the same flag is an in-

⁵⁰⁵ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 333f.

⁵⁰⁶ Ebenda, S. 335.

⁵⁰⁷ Ebenda.

spiration under present political conditions and a great service to all the German people who wish for a united country.⁵⁰⁸

Während Brundage in Bezug auf die deutsch-deutschen Olympia-Mannschaften bei seinem Standpunkt blieb, versuchte er weiter – wie oben bereits skizziert –, die Olympischen Spiele zu „entnationalisieren“. Der IOC-Präsident wollte vermeiden, dass die Olympischen Spiele in erster Linie zu einem Schauplatz nationaler Selbstdarstellung oder zum Austragungsort der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West gerieten. So sollten die nationalen Symbole wie Nationalhymne und –fahne durch „neutrale“ Elemente (wie eine Trompetenfanfare bei der Siegerehrung) ersetzt werden. Dieses Vorhaben scheiterte nicht zuletzt am Veto der sozialistischen und der gerade aus der Kolonialherrschaft befreiten „jungen“ Staaten der so genannten „Dritten Welt“.⁵⁰⁹

6.1.3 Gesamtdeutsche Teams ohne Gemeinsamkeiten

Es stellt sich jedoch die Frage, wie die Sportler selbst die Idee gesamtdeutscher Mannschaften beurteilten. Bereits beim ersten Auftreten des Teams 1956 hatte es Hinweise darauf gegeben, dass es nicht viele Berührungspunkte zwischen den Sportlern aus der DDR und der Bundesrepublik gegeben hatte.⁵¹⁰ Die Sichtweisen waren durchaus unterschiedlicher Natur. Aus sportlogischer Sicht ist z. B. das fehlende gemeinsame Training bei Mannschaftssportarten oder Staffelläufen als katastrophal zu werten.

Kritikpunkte betrafen u. a. die deutsch-deutschen Ausscheidungswettkämpfe, die teilweise in einer „vergifteten“ Atmosphäre stattgefunden hätten. Der ostdeutsche Boxer Wolfgang Behrend berichtet beispielsweise, dass bei den in West-Berlin stattfindenden Boxausscheidungswettkämpfen für die Olympischen Spiele 1956

⁵⁰⁸ Guttman: *The Games*, S. 155.

⁵⁰⁹ Die Abstimmung der IOC-Delegierten fand auf der 60. Session des IOC in Baden-Baden 1963 statt und endete mit 26:26 Stimmen, so dass keine Änderung des Zeremoniells herbeigeführt werden konnte. Bereits auf der IOC-Session in Helsinki 1952 hatte sich das IOC strikt dagegen ausgesprochen, ein offizielles Punktesystem für erste, zweite und dritte Plätze bei Olympischen Spielen zu erstellen, das einen Medaillenspiegel und somit einen direkten Ländervergleich ermöglicht hätte. Guttman: *The Games*, S. 120f.

⁵¹⁰ Geyer spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die gesamtdeutschen Mannschaften ab 1961 einen instrumentellen Charakter hatten. Sie sollten über die (auch verordnete) Sprachlosigkeit zwischen ost- und westdeutschen Sportlern hinwegtäuschen, die seit 1956 in Berichten immer wieder thematisiert wurde. Geyer: *Nationale Repräsentation*, S. 85. Vgl. auch Lehmann: *Internationale Sportbeziehungen*, S. 336.

in Melbourne die Sportler aus der DDR vom Publikum als „Kommunistenschweine“ beschimpft worden waren. Die Qualifikationswettkämpfe in der DDR hingegen seien fair und sportlich abgelaufen. Behrend gibt ferner an, dass es in Melbourne zur Vorbereitung auf die Wettkämpfe kein gemeinsames Training von ost- und westdeutschen Sportlern gegeben hätte. „Wir waren damals ja auch die, die eine einheitliche Mannschaft wollten und ein einheitliches Deutschland. Von den Westdeutschen wurden wir als Eindringlinge empfunden. Deren NOK war anerkannt, auch durch Funktionäre wie Karl Ritter von Halt, die schon unter Hitler Verbindungen zum IOC hatten. Uns dagegen kannte keiner. Wir waren die Eindringlinge, die erst einmal negiert wurden, und sich hochdienen mussten, auch die Funktionäre.“⁵¹¹

Die ostdeutsche Turnerin Erika Zuchold erzählt von den besonderen Vorbereitungen auf die Ausscheidungswettkämpfe für die Spiele in Tokio (1964), die in Schwerin und Wolfsburg ausgetragen wurden. „Wir trainierten unter Lärmgeräuschen aus Lautsprechern, Buh-Rufen und so weiter. Damit wir lernten, uns unter extremen Bedingungen zu konzentrieren. Wir mußten ja damit rechnen, daß wir während des Wettkampfes von gekauften Zuschauergruppen und ihren Aktionen überrascht werden. Auf unsere Männer-Nationalmannschaft waren Eier und Tomaten geworfen worden. Aber wir waren sehr stark, im Prinzip gab es bei den Frauen keine konkurrenzfähige BRD-Mannschaft. Trotzdem befürchtete unsere Sportleitung, daß durch solche Störungen eine westdeutsche Turnerin in die gemeinsame deutsche Mannschaft kommen könnte.“⁵¹²

Aus der Retrospektive schildern zwei Teilnehmerinnen an den Winterspielen 1964 ihre Erinnerungen in Bezug auf die gesamtdeutsche Mannschaft. Christine Nestler – ehemalige DDR-Skilangläuferin – berichtet, dass die Vorbereitungen auf die olympischen Wettkämpfe 1964 separat absolviert wurden: „[...] weder bestanden Kontakte, noch gab es ein gemeinsames Training. Die gesamtdeutsche Langlaufmannschaft wurde nach den Ergebnissen internationaler Wettkämpfe der vorangegangenen Saison formiert. Drei Läuferinnen aus der DDR hatten sich qualifiziert sowie eine aus der BRD. [...] Eine gemeinsame deutsche Mannschaft drei

⁵¹¹ Behrendt, Wolfgang: Ich bin schon ein Kind der DDR. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 27-37, hier S. 32.

⁵¹² Zuchold: Wir trainierten unter Lärmgeräuschen, S. 66.

Jahre nach dem Mauerbau erschien nicht nur mir absurd. Aber es störte mich nicht im geringsten. Ich genoß das Gefühl, das erste Mal dabei sein zu können. Wir bekamen sehr schöne Kleidung. [...] Ohne die gesamtdeutsche Mannschaft hätte es die Kleidung nicht gegeben. Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, ich hätte damit ideologische Probleme gehabt.⁵¹³ Christine Nestler äußert ferner ihre Enttäuschung darüber, dass das Team aus der DDR nicht im olympischen Dorf, sondern isoliert in einer Pension untergebracht worden war. Das Verhältnis zur westdeutschen Läuferin, Rita Czech-Blasel, sei die ganze Zeit über kühl geblieben: „Sie war die Dame aus dem Westen, das ließ sie uns auch spüren, und wir die armen DDR-Mäuse.“⁵¹⁴ Auch am Wettkampftag gab es keine gemeinsame taktische Vorbereitung für die Staffel mit der Läuferin aus der Bundesrepublik. „Wir hätten liebend gern mit ihr trainiert, aber das Mißtrauen der Funktionäre gegenüber uns Sportlern – so vermute ich heute – siegte über den sportlichen Ehrgeiz und die reale Chance, in die Medaillenränge zu fahren.“⁵¹⁵

Die in der Einleitung erwähnte, aus der Bundesrepublik stammende, Rita Czech-Blasel hatte aufgrund ihrer Biographie im Laufe ihres Lebens einen vehementen Antikommunismus entwickelt, kommentiert – wie eingangs zitiert – die Situation der gesamtdeutschen Olympiamannschaft deutlich mit den Worten: „Wer war nur auf diese bekloppte Idee gekommen? Eine ‚gesamtdeutsche Mannschaft‘! Die Kommunisten zogen eine Mauer hoch, hauten Deutschland endgültig in zwei Hälften, aber wir Sportler sollten immer noch Friede, Freude, Eierkuchen spielen, uns an den Händen fassen, patriotisch die Brust rausstrecken und Freudentränen abdrücken, ‚wie schön es doch ist, für Deutschland zu starten‘. So etwas konnten sich nur Verbandsfunktionäre ausgedacht haben. Was waren wir denn noch für eine Nation? Eine verkrüppelte! Das sah man schon an der Fahne. Die DDR-Sportler wollten natürlich unter Hammer und Sichel einmarschieren, unsere unter nacktem Schwarz-Rot-Gold, als Kompromiß setzte man die olympischen Ringe auf die Flagge.“⁵¹⁶ Czech-Blasel kritisiert, dass ein Rundfunkreporter berichtet habe, dass die deutschen Sportler von Stolz erfüllt seien, vor aller Welt zu de-

⁵¹³ Maus, Andreas: Drüben. Alltagsgeschichten aus Ost und West. München 1999. Vgl. den Abschnitt „Wir gaben immer unser Bestes. Die letzte gemeinsame deutsch-deutsche Olympiamannschaft“. [Erinnerung der Skilangläuferinnen Christine Nestler (ex-DDR) und Rita Czech-Blasel (alte Bundesrepublik) an ihre Beteiligung an der Olympiamannschaft 1964], S. 9-40, hier S. 13.

⁵¹⁴ Maus: Drüben, S. 14.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Ebenda, S. 25f.

monstrieren, dass alle Deutschen zusammengehören und die Spaltung Deutschlands eines Tages zu Ende sein wird. Czech-Blasel hielt das für „schwachsinnig“, wie auch schon bei den vorherigen Spielen hätte die gesamtdeutsche Mannschaft lediglich ganz oberflächlich beim „Einmarsch der Nationen“ in das Stadion existiert. Alle Athleten, auch die ostdeutschen, seien gegen diese erzwungene Gemeinsamkeit gewesen. Czech-Blasel gibt an, dass sie sich von den DDR-Sportlern fern gehalten habe, da sie zum einen das Regime der DDR abgelehnt hätte und zum anderen, weil sie die Sportlerinnen, die überwacht wurden, nicht in Schwierigkeiten hatte bringen wollte.⁵¹⁷ Sie betont, dass es freundschaftliche Kontakte zu Sportlern aus den anderen Ostblockstaaten gegeben hatte, nicht jedoch mit Sportlerinnen aus der DDR.⁵¹⁸

Aus sportlicher Sicht waren die Athleten aus der DDR bei den Olympischen Spielen wiederum recht erfolgreich. In Innsbruck erreichten die 49 Sportler aus der DDR insgesamt vier Medaillen (zwei Gold-, zwei Silbermedaillen), während die 68 Olympioniken aus der Bundesrepublik eine Gold- und drei Bronzemedaillen erringen konnten. In Tokio gewannen die Ostdeutschen dreimal Gold, achtmal Silber, dreimal Bronze, die Westdeutschen siebenmal Gold, elfmal Silber und dreizehn Mal Bronze.⁵¹⁹ Erstmals stammt der Chef de Mission aus der DDR, da diese den größeren Mannschaftsteil stellte.⁵²⁰

6.2 Deutsch-deutsche Sportbeziehungen

Schon vor dem Bau der Mauer war der deutsch-deutsche Sportverkehr häufig Gegenstand politischer Interessen gewesen. Je mehr die SED-Führung versuchte, die Politik in den Sport zu tragen oder gar mittels des Sports Politik zu betreiben, desto mehr mischte sich auch die Bundesregierung ein und versuchte, die Kontakte auf ein Minimum zu beschränken bzw. zu unterbinden.

⁵¹⁷ Ebenda, S. 26f.

⁵¹⁸ Ebenda, S. 34.

⁵¹⁹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 337.

⁵²⁰ Das Ziel, den Chef de Mission zu stellen, war bereits am 20. März 1961 in einem Perspektivplan des Politbüros formuliert worden. Daher hatten sich die Sportfunktionäre aus der DDR frühzeitig auf die Mannschaftssportarten konzentriert. Vgl. Kappler, Isabell: Die gesamtdeutsche Olympiamannschaft 1964 im Spiegel der Sportpolitik der DDR. In: Messing, Manfred und Norbert Müller (Hg.): Blickpunkt Olympia: Entdeckungen, Erkenntnisse, Impulse. Kassel, Sydney 2000, S. 254-262, hier S. 256 und S. 260.

6.2.1 Vor dem Bau der Mauer

Trotz der Zusicherung der Sportfunktionäre aus der DDR, dass ostdeutsche Sportler bei Wettkämpfen in der Bundesrepublik darauf verzichteten, das Staatswappen der DDR auf ihrer Sportkleidung zu tragen, verstärkte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1961 unter bundesdeutschen Politikern das Misstrauen gegen den deutsch-deutschen Sportverkehr, der von weiten Teilen der Regierung weiterhin als Versuch kommunistischer Infiltration betrachtet wurde. Unterstützt wurde diese Position durch einen Beschluss des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 14. März 1961, mit dem der DTSB als „eine von der SED gelenkte Massenorganisation“ in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt und seine „gesamtdeutsche Arbeit“ als „kommunistische Wühlarbeit“ bezeichnet wurde. Gleichzeitig wurde jedoch erklärt, dass das Vereinbaren von Wettkämpfen zwischen Sportlern der Bundesrepublik und der „Sowjetzone“ für sich allein weder verboten noch strafbar sei.⁵²¹

Daume nahm das BGH-Urteil zum Anlass, Ewald in einem Brief vom 10. Mai 1961 vor die Wahl zu stellen, entweder den Sportverkehr auf das reine Sporttreiben zu beschränken oder „die von Ihnen bisher im internationalen Raum betriebene Desintegration des deutschen Sports“ fortzusetzen. Im letzteren Fall hätte eine Vertiefung der gesamtdeutschen Sportbeziehungen keinen Sinn. Diese Grundsatzfrage stellte die DDR-Sportführung vor ein Dilemma, denn in der Tat verfolgte sie eine Doppelstrategie, international die staatliche Souveränität der DDR zu dokumentieren und auf deutsch-deutscher Ebene gleichzeitig Verständigungsbereitschaft zu demonstrieren. Ulbricht schlug daher intern vor, zunächst lediglich eine „Zwischenantwort“ zu geben, in der auf die politische Einflussnahme der Bundesregierung verwiesen werden sollte. Am 3. Juni 1961 beschlossen die Spitzenverbände des DSB, dass der gesamtdeutsche Sportverkehr „in stärkstmöglichen Umfang auf der unteren Ebene aufrechterhalten bleiben“ soll, während „repräsentative Veranstaltungen“ auch auf Stadt- und Bezirksebene vermieden werden sollten. Diese Strategie fand auch die Zustimmung der zuständigen Bundesministerien.⁵²²

⁵²¹ Pabst: Sport – Medium der Politik, S. 277 und Anm. 73.

⁵²² Ebenda, S. 278.

Von ostdeutscher Seite wurde immer wieder in Reden und Schriften der „unpolitische westdeutsche Sport“ scharf kritisiert. Das folgende Zitat mag beispielhaft für die Art und die Form der Kritik gelten: „Immer wieder versuchen gewisse Kreise der Westzone [sic!], die deutschen Sportler durch solche Phrasen und Erklärungen, wie z. B. durch die Phrasen vom ‚unpolitischen Sport‘, von der ‚politischen Neutralität des Sports‘ oder von der ‚zweckfreien Sphäre des Sports‘ irrezuführen. Die herrschenden Kreise in Westdeutschland wollen unter dem Deckmantel der Neutralität die Körperkultur und den Sport für ihre schmutzigen Ziele missbrauchen. Es gilt deshalb, diese demagogischen Phrasen zu entlarven und bei allen Sportlern Klarheit darüber zu schaffen, daß solche Theorien nicht nur den Sport gefährden, sondern letzten Endes das Leben der Sportler selbst bedrohen. Diese wichtige Frage kann nur mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Philosophie geklärt werden.“⁵²³

Zu der Polemik gehörten auch Anwürfe gegen westdeutsche Politiker, die sich auf eine vermeintliche oder erwiesene nationalsozialistische Vergangenheit bezogen. So schreibt Nitschke, dass der „ehemalige SA-Mann und jetzige Bonner Innenminister Schröder“ versuche, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Sportler einzuwirken.⁵²⁴ Die Brisanz mancher Vorwürfe lag darin, dass die unterstellten nationalsozialistischen Verstrickungen hochrangiger Persönlichkeiten oftmals zutrafen. Wie andere gesellschaftliche Bereiche, wies der Sport personelle Kontinuitäten über 1945 hinaus auf.

6.2.2 Der Bau der Mauer und seine Konsequenzen für den deutsch-deutschen Sportverkehr

Im Juli/August 1961 sagte der DTSB zahlreiche Sportbegegnungen ab, die in der Bundesrepublik stattfinden sollten. Als Grund wurde eine Kinderlähmungsepidemie in Nordrhein-Westfalen angegeben bzw. wahrscheinlich vorgeschoben. Denn am 13. August begannen der Bau der Berliner Mauer und damit die hermetische Abschottung der DDR. Am 14. August empfahl der Bundesaußenminister, von Brentano, dem DSB die Einstellung des Sportverkehrs. Nicht nur der Außenminister, sondern auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, drängte auf den Abbruch der Sportbeziehungen. Auf der Sitzung des DSB-

⁵²³ Nitschke: Kann der Sport neutral sein, S. 12.

⁵²⁴ Ebenda, S. 32.

Präsidiums am 16. August 1961 verlas Daume ein langes Telex von Brandt in dieser Angelegenheit, das die Entscheidung der Sportorganisation möglicherweise beeinflusste. Mit den „Düsseldorfer Beschlüssen“ besiegelte das Präsidium des DSB nicht nur die Einstellung des Sportverkehrs, sondern auch etwaige Verhandlungen über gesamtdeutsche Sportfragen wurden damit bis auf weiteres eingestellt.⁵²⁵ Kritik daran, dass der DSB beim Abbruch der deutsch-deutschen Sportkontakte die Initiative ergriffen hatte, kam aus den Reihen des BMG und des BMI, aber auch vom DSB selbst. Tenor war, dass es klüger gewesen wäre, der DDR die Herbeiführung des Bruches zu überlassen, denn jenseits der Grenze wäre das Interesse größer gewesen, den Fluchtweg über den gesamtdeutschen Sport abzuschneiden.⁵²⁶ Mit den „Düsseldorfer Beschlüssen“ kam der deutsch-deutsche Sportverkehr offiziell zum Erliegen. Er wurde erst 1965 wieder allmählich aufgenommen, erreichte jedoch nie wieder den quantitativen Umfang der 1950er Jahre. Allerdings konnten die „Düsseldorfer Beschlüsse“ in letzter Konsequenz nicht durchgehalten werden, da Sportkontakte zur Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften für die Spiele 1964 unerlässlich waren. Schwierigkeiten ergaben sich aus dem generellen Startverbot für Sportler aus der DDR wie oben gezeigt wurde.⁵²⁷

In welchem Umfang der Sportverkehr bis zur offiziellen Wiederaufnahme des Sportverkehrs fortgeführt wurde, ließ sich nicht zuverlässig eruieren.⁵²⁸ Gesichert scheint, dass es weiterhin sportliche Kontakte gab, obwohl DDR-Sportler, die nach Absprache mit den Betriebs-, Partei- und Gewerkschaftsleitungen für Reisen in die Bundesrepublik ausgewählt worden waren, in der Bundesrepublik ebenso wie ihre westdeutschen Gastgeber mit einer Verhaftung durch die Polizei rechnen mussten.⁵²⁹ Bundesdeutsche Sportler, die in der DDR starteten, hatten wiederum Sanktionen seitens des DSB zu befürchten.⁵³⁰ Es gibt einige Hinweise darauf, dass

⁵²⁵ Kappler: Gesamtdeutsche Olympiamannschaft, S. 255, Anm. 8. Vgl. auch Becker: Sportbeziehungen, S. 278f.

⁵²⁶ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 81f.

⁵²⁷ Becker: Sportbeziehungen, S. 280. Zunächst sah es jedoch so aus, als müssten die Qualifikationen wegen des Einreiseverbots ostdeutscher Sportler im Ausland stattfinden. Geyer: Nationale Repräsentation, S. 83, Anm. 118.

⁵²⁸ Vgl. zu den unterschiedlichen Zahlenangaben Becker: Sportbeziehungen, S. 281.

⁵²⁹ Als Mitglieder des als verfassungsfeindlich eingestuften DTSB durften die Sportler zwar in die Bundesrepublik einreisen, wurden jedoch vom Grenzübergang an überwacht und in dem Augenblick von der Polizei verhaftet oder abgeschoben, in dem beispielsweise der Anpfiff zu einem Fußballspiel erfolgte. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 189.

⁵³⁰ Becker: Sportbeziehungen, S. 281.

sich einige Sportler den „Düsseldorfer Beschlüssen“ widersetzen.⁵³¹ Beim DSB häuften sich zudem kritische Stimmen aus den Vereinen an den Beschlüssen.

Während der DSB den Abbruch der Sportbeziehungen durch den Bau der Berliner Mauer rechtfertigte, erhielten die ostdeutschen Sportfunktionäre damit ein hervorragendes Propagandainstrument, denn somit konnte in öffentlichen Verlautbarungen der DSB für die Verschlechterung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen verantwortlich gemacht werden. Zugleich konnte der DTSB in aller Ruhe abwarten und beobachten, wie der DSB mit der offensichtlichen Inkonsequenz – Abbruch der Sportbeziehungen auf der bilateralen Ebene beim gleichzeitigen Festhalten an gesamtdeutschen Mannschaften – umzugehen gedachte. Der deutsch-deutsche Sportverkehr wurde nun für den westdeutschen Sportbund zum beherrschenden Thema, zu dem auch oftmals Konsultationen mit Regierungsstellen gehörten, während für den DTSB der Sportverkehr immer weiter an Bedeutung abnahm.⁵³² Trotz aller Abgrenzungsbestrebungen der DDR von der Bundesrepublik hielt die SED-Führung auch an gesamtdeutschen Mannschaften fest, weil es sich gezeigt hatte, dass innerhalb der Bevölkerung der Wunsch nach einer deutschen Einheit noch immer stark ausgeprägt war. Mittels der Propagierung der Gemeinsamkeit im Sport konnte der Bevölkerung suggeriert werden, dass auch die Machthaber an diesem Ziel festhielten.⁵³³

6.3 Internationaler politischer Hintergrund: Krise und Entspannung

Es wurde gezeigt, welche Auswirkungen der Mauerbau auf den Sport hatte. Welche politischen Prozesse standen dahinter?

Unzweifelhaft markiert der Bau der Mauer eine entscheidende Zäsur in der Geschichte Deutschlands, die für alle gesellschaftlichen Bereiche spürbare Konsequenzen hatte. Muteten schon zuvor die Auftritte der gesamtdeutschen Mannschaften bei Olympischen Spielen recht seltsam an, so erschien das Festhalten des

⁵³¹ So wurden im Mai 1963 sechs Volleyball-Spielerinnen der Hamburger Universitätsmannschaft vom Hamburger Fachverband wegen ihrer Teilnahme an einem Volleyball-Wettkampf in Leipzig bis zum Saisonende gesperrt. Im März 1964 wurde die Hamburger Tischtennisuniversitätsmannschaft wegen ihrer Teilnahme an einem Sportfest in der DDR für zwei Monate gesperrt, da der Allgemeine Deutsche Hochschulsport-Verband (ADH) die Teilnahmegenehmigung gemäß der „Düsseldorfer Beschlüsse“ zuvor verweigert hatte. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 188f.

⁵³² Becker: Sportbeziehungen, S. 280f.

⁵³³ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 194.

IOC an der Bildung einer Mannschaft für die Spiele 1964 noch absurder. Im August 1961 wurde die Berliner Mauer errichtet und damit die Spaltung Deutschlands zementiert.

6.3.1 Letzter Ausweg: Mauerbau

Angesichts der chronischen Krisen in der Versorgungslage und der im Zusammenhang mit den 1958 formulierten wirtschaftlichen Maßnahmen (Kollektivierung der Landwirtschaft etc.) und nicht zuletzt durch das Berlin-Ultimatum, stieg die Fluchtbewegung nach Westen weiter an. 1960 forcierte die DDR-Führung den bereits 1952 eingeleiteten Prozess zur Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, um den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande“ anzustreben. Trotz der sozialpolitischen Vorteile, wie z. B. geregelte Arbeitszeiten, Urlaub, Altersversorgung, führten die überstürzten und gewaltsamen Formen der Kollektivierung⁵³⁴ zunächst zu einem erneuten dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen und zudem zu einer akuten Versorgungskrise, die sich ihrerseits auf die Fluchtbewegung gen Westen auswirkte. Diese verstärkte Fluchtbewegung, zusammen mit der angespannten internationalen Situation durch Chruschtschows Berlin-Ultimatum, führten letztlich dazu, dass Moskau dem Bau der Mauer zugestimmte.

Nach Zimmermann wurde das Chruschtschow-Ultimatum, das im Juli 1961 durch den sowjetischen Präsidenten nochmals bekräftigt wurde, von der DDR-Bevölkerung so interpretiert, dass West-Berlin nur noch kurze Zeit als Fluchtweg offen stünde.⁵³⁵ Ein Zusammenbruch der DDR schien absehbar, wenn nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen würden. Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten wollten die Lösung, die die SED schon seit 1958 unter dem Stichwort „Operation Chinesische Mauer“ parat hatte, zunächst vermeiden, nämlich die vollständige Abriegelung West-Berlins von der DDR. Anfang August

⁵³⁴ In den Werbe- und Kampfbrigaden, die die Kollektivierungskampagne 1959/60 vorantrieben, war eine hohe Anzahl von MfS-Mitarbeitern beteiligt. Nach Gieseke wurden Bauern in Verhören psychisch unter Druck gesetzt und von Schnellgerichten mit Strafen für tatsächliche oder fiktive Vergehen bedroht, wenn sie sich weigerten, den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beizutreten. Gieseke: DDR-Staatssicherheit, S. 32.

⁵³⁵ Zimmermann, Hartmut: DDR: Geschichte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 150-163, hier S. 155.

1961 erhielt Ulbricht auf einer Konferenz der Führer der kommunistischen Parteien in Moskau schließlich dazu die Erlaubnis. Die Sowjetunion hatte der Entscheidung zum Bau der Mauer zugestimmt, um den ökonomischen Zusammenbruch der DDR zu verhindern.⁵³⁶

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 marschierten entlang der innerstädtischen Demarkationslinie Volkspolizei, Nationale Volksarmee und Betriebskampfgruppen auf und riegelten die Grenze zunächst durch Stacheldraht ab, der bald darauf durch eine Mauer ersetzt wurde. Eine lang vorbereitete, komplexe Aktion wurde technisch präzise innerhalb weniger Tage realisiert. Die Reaktion der westlichen Alliierten ließ zunächst auf sich warten. Erst auf die heftigen Vorwürfe des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, ließen sich die westlichen Stadtkommandanten überhaupt zu einem formalen Protest bewegen. Um die Empörung und Erregung der Bevölkerung zu besänftigen und um zumindest eine symbolische Geste der Verteidigungsbereitschaft zu zeigen, kam am 17. August General Clay (der Initiator der Berliner Luftbrücke) zusammen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Johnson nach West-Berlin und sicherte der Bevölkerung die Unterstützung der USA zu. Eine geringfügige Aufstockung der amerikanischen Truppenstärke in Berlin sollte diese politische Geste unterstreichen. Intern hatte jedoch der amerikanische Präsident deutlich gemacht, dass es sich bei dem Bau der Mauer um eine grundlegende Entscheidung der Sowjetunion handelte, die nur durch einen Krieg rückgängig gemacht werden könnte.⁵³⁷

Die Prioritäten der USA und auch der anderen Westmächte hatten sich verschoben, wegen Berlin sollte keine Krise mehr riskiert werden. Die sich an der errichteten Grenze gegenüberstehenden Panzer der Sowjets und der USA waren lediglich Ausdruck einer symbolischen Politik. Dieser Bewertung ist jedoch erst aus der Rückschau möglich. Die Zeitgenossen empfanden dieses „Kräftemessen“ an der deutsch-deutschen Grenze als außerordentlich bedrohlich. Ein neuerlicher Krieg lag demnach für viele Deutsche im Bereich des Möglichen.

Der Bau der Berliner Mauer führte im Sommer/Herbst 1961 zu einer Verschärfung des Ost-West-Konflikts. Nur knapp ein Jahr später kam es beinahe durch die Kuba-Krise zu einer Eskalation des Konflikts, die zu einer ernststen Belastungspro-

⁵³⁶ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 319f.

⁵³⁷ Kleßmann: Aufbau, S. 31.

be für den Frieden wurde. In der damaligen Wahrnehmung der Zeitgenossen erschien es, als sei der drohende Nuklear-Krieg in letzter Sekunde abgewendet worden. Die Kuba-Krise schärfte das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Politik der nuklearen Kooperation und der Kriegsvermeidung zur Sicherung des Überlebens der Menschheit. Die Krise kann als Wendepunkt des Kalten Krieges betrachtet werden, denn ihr folgten direkt die Wiederaufnahme und Forcierung der Gespräche über Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. Damit begann schließlich eine umfassende Entspannungspolitik zwischen Ost und West, mit der eine neue Ära in den internationalen Beziehungen eingeleitet wurde.

Die ersten Rüstungskontrollvereinbarungen wurden im Juni bzw. August 1963 geschlossen. Zunächst ging es nicht um die Verringerung des militärischen Potentials, sondern primär darum, die Gefahr eines „versehentlichen“ Kriegsausbruchs infolge menschlichen oder technischen Versagens vorzubeugen. Die Einrichtung eines „Heißen Drahtes“ (20. Juni 1963) – einer direkten Fernschreibverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml – sollte die direkte Kommunikation im Falle einer drohenden Krise verbessern. Es folgten Verhandlungen über den Stopp von Atomwaffentests. Nach der Ermordung Kennedys führte sein Nachfolger Lyndon B. Johnson das bereits mit dem Teststoppvertrag anvisierte Ziel der „Nichtverbreitung“ von Atomwaffen weiter. Ein Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (non-proliferation), dem alle Staaten der Welt beitreten sollten, wurde am 1. Juli 1968 gleichzeitig in Washington, Moskau und London unterzeichnet.⁵³⁸ In einem zweiten Schritt sollten künftig die Arsenale der Nuklearmächte begrenzt und schließlich reduziert werden.

6.3.2 Politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bundesrepublik

In der alten Bundesrepublik gerieten auf sozialpolitischer Ebene nicht zuletzt durch die nun – mit einiger Verspätung – einsetzende Auseinandersetzung mit

⁵³⁸ Der Vertrag beruhte auf Gegenseitigkeit, indem sich die Kernwaffenmächte verpflichteten, Nuklearwaffen nicht weiterzugeben und mit Gesprächen über die Begrenzung ihrer eigenen Kernwaffenbestände zu beginnen. Die Nichtkernwaffenmächte verzichteten darauf, solche Waffen anzunehmen, zu erwerben, zu lagern oder herzustellen. Der Nichtverbreitungsvertrag hielt somit die Zahl der Atomkräfte in einem überschaubaren Rahmen, um die Rationalität und Kalkulierbarkeit des Systems der gegenseitigen nuklearen Abschreckung zu erhalten und ein verantwortungsloses „Spiel“ mit der Bombe zu verhindern. Görtemaker, Manfred: Vom Kalten Krieg zur Ära der Entspannung. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 245, Neudruck 2000. Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt, S. 26- 33, hier S. 27-30.

dem Nationalsozialismus alte Werte ins Wanken. Mit dem Rücktritt von Bundeskanzler Adenauer ging zudem 1963 eine politische Ära zu Ende.

Wie bereits skizziert, wandelte sich zu Beginn der 1960er Jahre, insbesondere nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise, die weltpolitische Lage. Den beiden Großmächten war an einer Entspannung bzw. an der Erhaltung des Status quo auf der Basis des atomaren Gleichgewichts gelegen. Diesen veränderten Rahmenbedingungen, die mit einer steigenden Popularität Amerikas in der westdeutschen Bevölkerung einherging, musste von Seiten der Politik Rechnung getragen werden. Während ein Teil der CDU, und vor allem auch der CSU, die besonderen Beziehungen zu Frankreich betonen wollten, um die Entspannungspolitik der Kennedy-Administration zu unterlaufen („Gaullisten“), profilierte sich ein größerer Teil des Regierungslagers und die sozialdemokratische Opposition als „Atlantiker“.⁵³⁹

Insgesamt gesehen waren die politischen Parteien und Verbände zu Beginn der 1960er Jahre herausgefordert, ihre jeweilige Programmatik einer gewandelten Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Konzepte zur Lösung der vordringlichen Aufgaben wie parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft, europäische Integration bzw. generell die Westoption hatten sich durch ihre Erfolge als tragfähig erwiesen. Mit der veränderten globalen Konstellation hatte jedoch die Freund-Feind-Rhetorik an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Neue Konzepte zur Modernisierung und Reformierung der Gesellschaft waren gefragt. Ganz allmählich gewann hier die SPD an Zustimmung, „[...] die mit dem Godesberger Programm ‚ideologischen Ballast‘ (Carlo Schmid) abgeworfen hatte und sich erfolgreich als moderne ‚Volkspartei‘ mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt als jugendlich wirkendem ‚deutschen Kennedy‘ präsentierte“.⁵⁴⁰

Ein enger Berater Brandts, Egon Bahr, entwickelte kurz nach der „Friedensrede“ des amerikanischen Präsidenten (10. Juni 1963) in der Evangelischen Akademie in Tutzing sein berühmt gewordenes Konzept vom „Wandel durch Annäherung“ (15. Juli 1963). Seiner Ansicht nach könne die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nicht beseitigt, sondern nur verändert werden. Daher müsse versucht werden, die DDR durch Verhandlungen und durch die Anerkennung ihrer Existenz,

⁵³⁹ Schildt: Wohlstand, S. 39.

⁵⁴⁰ Ebenda, S. 45. Vgl. ausführlicher zum Godesberger Programm Kleßmann: Zwei Staaten, S. 115ff.

eben durch „Annäherung“, zu Zugeständnissen zu bewegen, die das Leben der Bürger erleichtern könnten. Langfristig könne sich daraus ein „Wandel“ der inneren Verhältnisse ergeben.⁵⁴¹ Ab etwa 1968 wurde Bahrs Formel „Wandel durch Annäherung“ gesellschaftspolitisch von einer Auf- und Umbruchstimmung aufgenommen, die ab 1969 die Regierungspolitik unter Brandt mitbestimmte.⁵⁴²

Hatte Bundeskanzler Adenauer nach dem triumphalen Wahlsieg 1957 im Zenit seiner Herrschaft gestanden, so begannen Macht und Ansehen in der Folgezeit zusehends zu schwinden. Neben der so genannten „Präsidentenkrise“, in der es primär um Adenauers Nachfolge als Kanzler ging, musste er zudem eine Niederlage einstecken, beim Versuch, eine Fernsehanstalt unter Aufsicht des Bundes zu gründen. Dies war vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig unterbunden worden.⁵⁴³ Als großer Fehler wird Adenauers Reaktion auf den Bau der Mauer gewertet, der mitten in den Bundestagswahlkampf 1961 fiel. Die Wahl war auf den 17. September 1961 angesetzt worden. Adenauer flog nicht sofort nach Berlin, sondern setzte seinen Wahlkampf wie geplant fort und verschärfte ihn durch persönliche Angriffe auf seinen Gegenspieler Willy Brandt. Brandt, als Regierender Bürgermeister West-Berlins, sagte seine Wahlkampfauftritte ab und gewann damit nicht nur in Berlin Sympathien. Bei den Bundestagswahlen 1961 fielen CDU/CSU auf 45,4 Prozent (von 50,2 Prozent) zurück und die SPD mit Willy Brandt erhielt 36,2 Prozent (zuvor 31,8 Prozent).⁵⁴⁴ Letztlich wirkte sich zudem die „Spiegel-Affäre“ (1962) schädlich auf das Ansehen der Bundesregierung aus.⁵⁴⁵ Am 15. Oktober 1963 trat die letzte Regierung Adenauer zurück.

Einen Tag nach Adenauers Rücktritt wurde Ludwig Erhard als neuer Bundeskanzler vereidigt. Erhard verstand sich als Volkskanzler. Außenpolitisch vertrat er mit Außenminister Gerhard Schröder eine „Politik der Bewegung“, die darauf abzielte, die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten – unterhalb der diplomatischen Anerkennung – enger zu gestalten, auch um ihre Unabhängigkeit von Moskau zu stärken. Hierbei sollte die DDR jedoch ausgeklammert werden, um sie zu isolieren. Langfristig sollte diese Politik dazu beitragen, die Spaltung Europas in

⁵⁴¹ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 134.

⁵⁴² Mayer: Kontroversen, S. 504.

⁵⁴³ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 134f.

⁵⁴⁴ Ebenda, S. 284.

⁵⁴⁵ Vgl. ausführlich Kleßmann: Zwei Staaten, S. 162ff.

zwei Lager zu überwinden. In der Folgezeit wurden Handelsabkommen mit Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen und auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsmissionen errichtet.⁵⁴⁶

Der bereits skizzierte Strukturwandel der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft, der in den 1950er Jahren einsetzte und im Verlauf der Dekade rapide vorschritt, setzte sich in den 1960er Jahren fort.⁵⁴⁷ Die Lebenslage der bundesrepublikanischen Bevölkerung in den 1960er Jahren war im Wesentlichen gekennzeichnet durch einen gewissen Wohlstand und der Teilnahme weiter Teile der Bevölkerung am Konsum. Gleichzeitig verstärkte sich die Ende der 1950er Jahre einsetzende Tendenz des „erwachenden“ politischen Bewusstseins und der Versuch der jüngeren Generation zu einer eindeutigeren Abgrenzung von der „Elterngeneration“.⁵⁴⁸

Schildts Untersuchungen zufolge war Freizeit in den 60er Jahren nun in einem beträchtlichen Maß mit massenmedialem Konsum ausgefüllte Zeit. 1970 verfügte nur zwei Prozent der privaten Haushalte weder über ein Fernsehgerät oder Radio noch über das Abonnement einer Tageszeitung. Insbesondere in diesem Zeitraum fand der Umbruch von der Rundfunk- zur Fernsehgesellschaft statt. 1961 wurden etwa vier Millionen Fernsehhaushalte gezählt (ein Viertel aller Haushalte), 1970 registrierte die Post über 15 Millionen angemeldete Geräte (in drei Vierteln aller Haushalte). Als besonderer Zuschauermagnet galt die Fernsehübertragung der Fußball-Bundesliga, die 1963 als Vollprofiliga in ihre erste Saison startete.⁵⁴⁹

⁵⁴⁶ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 143.

⁵⁴⁷ Schildt: Wohlstand, S. 25f. Über die Vor- und Nachteile der Teilzeitbeschäftigung für Frauen wurde kontrovers diskutiert. Vereinfacht gesprochen wurde einerseits die ansteigende Belastung durch Berufs- und Hausarbeit bzw. zudem die Verantwortung für Kinder angeführt, da die neuen Möglichkeiten für Frauen i. d. R. nicht mit einer veränderten Arbeitsteilung im Haushalt einhergingen und damit für Frauen die Arbeitsbelastung anstieg. Andererseits wurde betont, dass sich durch die Teilzeitarbeit für Frauen die Chance eröffnete, „eigenes“ Geld zu verdienen und damit eine relative wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein entsprechendes Selbstwertgefühl gegenüber dem Partner zu schaffen, und zudem als Möglichkeit, eigene Berufswünsche zu verwirklichen.

⁵⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 29.

⁵⁴⁹ Ebenda, S. 31. Schildt macht an gleicher Stelle darauf aufmerksam, dass das Radio zunächst noch seine hohe Bedeutung behielt, da das Fernsehen noch längst nicht halb- oder gar ganztäglich sendete.

6.3.3 Politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der DDR

Während in der Bundesrepublik nach Adenauers Rücktritt Bewegung in die Politik kam, waren die 1960er Jahre in der DDR durch eine Konsolidierung und Beruhigung der politischen Situation gekennzeichnet. „Zu Beginn der 60er Jahre wurde die DDR gleichsam ein zweites Mal gegründet, jetzt – im Unterschied zum grenzoffenen, durchaus auf Ausdehnung nach Westen ausgelegten provisorischen Teilstaat – als geschlossener, vorrangig auf innere Konsolidierung und Effektivierung gerichteter Staat mit dem Anspruch auf Dauerexistenz.“⁵⁵⁰

In der Folgezeit wurde die internationale Anerkennung – als Legitimation „von außen“ – als zweiter deutscher Staat neben der Bundesrepublik vorrangiges Ziel der SED-Führung. Durch den Bau der Mau änderten sich nicht nur politische und wirtschaftliche Verhältnisse, sondern für viele Menschen in Deutschland auch ihre privaten Beziehungen. In der DDR stellte sich nach anfänglicher großer Verbitterung ein allmählicher Prozess der Fügung in das Unvermeidliche ein. Ein verstärkter Rückzug ins Private war die Folge, den die SED auch in begrenztem Maße akzeptierte. Der Staat setzte zwar enge Grenzen und schränkte die Bewegungsfreiheit radikal ein, er schuf aber gleichzeitig unter der Bedingung politischer Anpassung ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit. Dass sich die Bevölkerung allmählich mit „ihrem“ Staat arrangierte, kann als bedingter „Partialkonsens“ bezeichnet werden.⁵⁵¹ Da der Staat das Recht auf Abwanderung unterbunden hatte, standen für die Bevölkerung nur begrenzte Optionen zur Verfügung: a) Anpassung, b) selbstzerstörerische Rebellion und c) illegale Flucht unter Lebensgefahr. Unter diesen Bedingungen passten sich die Allermeisten aus Gründen der praktischen Lebenssicherung an. Das System wiederum belohnte dieses Arrangement mit Versorgungsleistungen, Aufstiegsoptionen oder sonstigen Gratifikationen, womit wiederum Identifikationsmöglichkeiten geschaffen wurden. Der Einzelne begann, in diesem „Abkommen“ Vorteile zu sehen und fand nun auch gute Gründe zur Zustimmung. Schrittweise veränderte sich die subjektive Wahrnehmung des erzwungenen Arrangements.⁵⁵²

⁵⁵⁰ Sywottek: Gewalt, S. 54.

⁵⁵¹ Bedingter Partialkonsens darf nach Fritze in diesem Kontext nicht mit „begrenztem“ Partialkonsens verwechselt werden. Fritze, Lothar: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus. Köln, Weimar 1998, S. 29.

⁵⁵² Fritze weist darauf hin, dass in den 1970er und 1980er Jahren ein Teil der Bevölkerung der DDR an die moralische Überlegenheit des Sozialismus glaubte. Fritze: Täter, S. 29.

Die politischen Entwicklungen in der DDR waren in ihrer Frühphase stark vom Stalinismus (auch über 1956 hinaus) geprägt gewesen. Die Methoden der Politik wurden von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt, wenngleich keineswegs das sozialistische Wirtschaftssystem als solches verworfen wurde, wie Interviews mit Flüchtlingen belegen. Seit Ende der 1950er Jahre zeigten sich langsame, aber deutliche Modifikationen in der sozialen Zusammensetzung und im politischen Führungsstil der SED. Personell waren nun – im Gegensatz zu der dem bolschewistischen Geheimbundmodell verpflichteten „alten“ politischen Elite – jüngere, zunehmend durch fachliche Qualifikation legitimierte SED-Funktionäre auf dem Vormarsch, die tendenziell einen neuen Führungsstil praktizierten. Das 1963 neu gewählte ZK zeichnete sich durch Vergrößerung, Verjüngung und Verfachlichung aus. Nach Kleßmann beruhte fortan die Form der Herrschaft weniger als früher auf Terror und Zwang und wandelte sich nun zum „konsultativen Autoritarismus“.⁵⁵³

Bis zum Bau der Mauer hatte die SED-Führung ökonomische Schwierigkeiten stets mit der offenen Grenze nach Westen begründet. Im Verlaufe des Jahres 1962 zeigte sich jedoch, dass die Wachstums- und Versorgungsschwierigkeiten der Wirtschaft der DDR keineswegs mit der Schließung der Grenze beendet waren. Innerhalb der SED-Führung setzte sich eine Überzeugung durch, dass das bisherige System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft reformiert werden musste, sollte wirtschaftliches Wachstum mit einer Verbesserung der Versorgungslage der Gesellschaft einhergehen. In den 1960er Jahren setzte Ulbricht weiter in der Hauptsache auf das wirtschaftliche Konzept des industriellen Ausbaus unter Hintenansetzung der Konsumsteigerung, während unter Honecker politischer Traditionalismus mit der Erweiterung der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung verbunden wurde. Eine populäre Praxis, die – wie nach dem Vollzug der deutschen Einheit 1989/90 ersichtlich wurde – die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen überforderte und letztlich das gesamte Wirtschaftssystem untergrub.⁵⁵⁴

Durch den Bau der Mauer sah die SED nun auch die Chance, ihre Position zum bundesrepublikanischen Nachbarstaat neu zu bestimmen. Das im März 1962 vom

⁵⁵³ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 337.

⁵⁵⁴ Sywottek: Gewalt, S.70.

„Nationalrat der Nationalen Front“ verabschiedete „Nationale Dokument“ suggerierte zwar eine Verständigungsbereitschaft mit dem westdeutschen Staat, machte diese jedoch zugleich durch die polemischen Ausfälle gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zur Farce. Das „Nationale Dokument“ sollte die historisch-politische Legitimation für den Zustand der Spaltung der Nation und die Politik der konsequenten Abgrenzung durch den Mauerbau liefern und die Perspektiven einer künftigen Wiedervereinigung im Sinne der SED aufzeigen. Hier wurde gleichsam als Gegenstück zum Bonner Alleinvertretungsanspruch ein historisches und moralisches Alleinvertretungsrecht der DDR abgeleitet. Ein „friedliches und vernünftiges Zusammenleben der beiden deutschen Staaten“ wurde dennoch für möglich erachtet.⁵⁵⁵ Die Basis dafür bildeten die seit 1956/57 von der SED propagierten Vorschläge einer deutschen Konföderation, an der auch West-Berlin als neutrale und entmilitarisierte Stadt teilnehmen könne. In diesem Sinne wurde auch im 1963 vom VI. Parteitag der SED verabschiedeten Parteiprogramm, die Konföderation als Mittel zur „Herstellung eines Minimums an korrekten Beziehungen“ zwischen der DDR, der Bundesrepublik und West-Berlin dargestellt. Dem XXII. Parteitag der KPdSU (1961) folgend, bekannte sich die SED ausdrücklich zum Kommunismus und zur klassenlosen Gesellschaft.⁵⁵⁶

Trotz aller Einheitsrhetorik verfolgte die DDR gegenüber der Bundesrepublik eine Politik der strikten Abgrenzung bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Stimmung der ostdeutschen Bevölkerung, die noch immer zu großen Teilen die deutsche Einheit befürwortete. So wurde die innerdeutsche Grenze auch durch bauliche Maßnahmen und Verschärfung der Kontrollen immer stärker abgesichert und zunehmend undurchlässiger gemacht. 1963 trat als Entgegenkommen der SED-Führung das erste Passierscheinabkommen in Kraft. Erstmals seit dem Mauerbau konnten West-Berliner zu Weihnachten 1963 ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen. Auch in den Jahren 1964 bis 1966 wurden solche Vereinbarungen über eine befristete Besuchserlaubnis getroffen.⁵⁵⁷ Ab November 1964 durften Rentner aus der DDR ein Mal im Jahr Verwandte im Westen besuchen. Fast gleichzeitig wurde für Besucher aus dem Westen ein Zwangsumtausch von zunächst 5 DM pro Tag eingeführt, der 1968 auf 10 DM, 1973 auf 20 DM und 1980

⁵⁵⁵ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 338f.

⁵⁵⁶ Ebenda.

⁵⁵⁷ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 143.

schließlich auf 25 DM erhöht wurde. Als klares Signal an die Bundesrepublik wurde auch im Bereich des Rechts die Teilung nochmalig vertieft. 1967 wurde durch das „Staatsbürgerschaftsgesetz“ die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft aufgekündigt.⁵⁵⁸ Insgesamt waren die deutsch-deutschen Beziehungen durch ein ständiges Auf und Ab – im Sinne von Annäherung und Abgrenzung – gekennzeichnet.

Anfang der 1960er Jahre – verstärkt nach dem Mauerbau in Berlin – sah die DDR-Führung nur noch eine sehr langfristige Perspektive für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Die völkerrechtliche Anerkennung wurde zum bestimmenden Moment der Politik der SED. Das Ziel „friedlicher Koexistenz zwischen der sozialistischen DDR und dem kapitalistischen Deutschland [sic!]“ rückte ganz allmählich in den Vordergrund.⁵⁵⁹ In der Bundesrepublik setzte sich im Verlaufe der 1960er Jahre bei Teilen der politischen Führung verstärkt die Überzeugung durch, dass die Existenz der DDR nicht mehr auf Dauer zu leugnen sei und dass eine generelle Annäherung an den Osten möglich und nötig sei.

Nach der Kuba-Krise (1962) zeichnete sich eine Veränderung der weltpolitischen Konstellation ab, die auch an die deutschlandpolitischen Konzepte der DDR und der Bundesrepublik veränderte Anforderungen stellte. Die Entspannungsbemühungen zwischen den USA und der Sowjetunion wirkten auf die Politik in beiden Teilen Deutschlands zurück. Chruschtschow verzichtete auf dem VI. Parteitag der SED (Januar 1963) endgültig auf sein Berlin-Ultimatum von 1958 und bezeichnete die Androhung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen zu wollen, als hinfällig. Die SED-Führung nahm die vorsichtige Annäherung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik als Bedrohung wahr. Gespräche über eine bevorstehende Reise Chruschtschows in die Bundesrepublik wurden erst mit seiner für den Westen überraschenden Ablösung als Parteichef und der Installation der neuen Führungsspitze mit Breschnew, Kossygin und Podgorny gegenstandslos.⁵⁶⁰

⁵⁵⁸ Ebenda, S. 164.

⁵⁵⁹ Korte und Weidenfeld: Deutsche Einheit, S. 197.

⁵⁶⁰ Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 257.

Zwischenzeitlich hatte sich bei SED-Chef Ulbricht die Überzeugung durchgesetzt, dass nur eine uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Machtmonopols der SED in Verbindung mit einer wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der DDR ihre Existenz als unabhängigen Staat dauerhaft sichern konnte. Daher blockierte er nicht nur die Entstalinisierung (nach 1956) des Regimes, sondern trieb stattdessen nach dem V. Parteitag der SED (1958) den Aufbau eines spezifischen DDR-Sozialismus voran, der in den 1960er Jahren als „Modell DDR“ propagiert wurde. Parallel dazu bemühte sich Ulbricht, seine Deutschlandpolitik auf eine veränderte ideologische Grundlage zu stellen, um die Existenz der DDR mit neuen Argumentationsmustern abzusichern.⁵⁶¹ Anstrengungen zur Effektivierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wurden beispielsweise mit der Ankündigung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ auf dem VI. Parteitag der SED (Januar 1963) unternommen. Flankiert wurden diese Maßnahmen von einer Deutschlandpolitik, die mittels der Erlangung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR außerhalb des eigenen Bündnissystems die internationale Isolation durchbrechen wollte. Die völkerrechtliche Anerkennung durch Bonn war zur Vorbedingung jeder Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis geworden, so dass es zunächst zu einer Verhärtung der Fronten kam. Kompromisse wurden lediglich in drei Bereichen erzielt: die Passierscheinabkommen (1963-1966) zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR (mit Billigung der Alliierten und der Bundesregierung), das Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke über die Saale bei Hirschberg (August 1964) und die Entscheidung der SED-Führung, ostdeutschen Rentnern Besuchsreisen in die Bundesrepublik zu gestatten. Alle übrigen Maßnahmen der SED mit deutschlandpolitischem Bezug brachten weitere Abschottung und vertieften die Spaltung.

Der außenpolitische Spielraum der DDR blieb auch in den 1960er Jahren begrenzt. Das primäre außenpolitische Ziel der DDR – die internationale Anerkennung der DDR als Staat – konnte nicht erreicht werden. Volle diplomatische Be-

⁵⁶¹ Das im März 1962 vom „Nationalrat der Nationalen Front“ verabschiedete und vom VI. Parteitag der SED im Januar 1963 bestätigte „Nationale Dokument“ beinhaltet die Ideologie, dass die Entstehung und Entwicklung der DDR der „historisch gesetzmäßige Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ sei. Die Begründung der staatlichen Teilung Deutschlands stand damit auf einer erweiterten ideologischen Grundlage. Ferner finden sich Andeutungen, dass die DDR die ganze deutsche Nation verkörperere. Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 258.

ziehungen auf Botschaferebene unterhielt die DDR nur mit den Staaten des Warschauer Paktes, ab 1963 mit Kuba und ab 1965 auch mit Jugoslawien. Die politischen Bemühungen der DDR, insbesondere bei den neuen – im Zuge der Dekolonialisierung entstandenen – Staaten Anerkennung zu erlangen, wurden nicht zuletzt von der Bundesregierung unterlaufen, die gemäß der „Hallstein-Doktrin“ die Anerkennung der DDR als „unfreundlichen Akt“ einstufte und den anerkennungswilligen Staaten mit dem Entzug von wirtschaftlicher Hilfe drohte.⁵⁶² Die so genannte „Dritten Welt“ wurde hingegen zu einem wichtigen Aktionsfeld der ostdeutschen Außenpolitik, die nach internationaler Anerkennung ihres Staates strebte. Das Jahr 1961 markierte das Ende des Kolonialismus, 17 afrikanische Staaten erhielten ihre Unabhängigkeit und bedurften zugleich wirtschaftlicher Hilfe. In einer Reihe von Ländern der „Dritten Welt“ wurden ostdeutsche Konsulate und Handelsmissionen errichtet. Auch im Bereich des Sports bot die DDR ihre Hilfe an; u. a. wurden in die entsprechenden Länder Trainer entsendet oder Sporthilfsprogramme gestartet.⁵⁶³

1963 unterhielt die DDR neben den 13 Botschaften in sozialistischen Staaten und einer Gesandtschaft (Jugoslawien) noch 7 Generalkonsulate (Burma, Ceylon, Indonesien, Jemen, Kambodscha, VAR, Irak), 1 Konsulat (Syrien), 11 Handelsvertretungen auf Regierungsebene (ohne Syrien und VAR) sowie 15 Vertretungen der Kammer für Außenhandel. Als die Anzahl der Handelsvertretungen als quasi-politische Ersatzinstitutionen weiter wuchs, geriet die Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung allmählich unter Druck. Wo keine Vertretungen existierten, bemühte sich die DDR umso intensiver im vordiplomatischen Raum um Kontakte, insbesondere zu westlichen und neutralen Ländern. In der 1961 gegründeten „Liga für Völkerfreundschaft“ wurden zahlreiche Auslands- und Freundschaftsgesellschaften zusammengefasst, die nicht nur als Informationszentren der DDR in den jeweiligen Ländern dienten, sondern auch für verschiedene Anerkennungskampagnen eingesetzt wurden. Daneben gab es Parlamentarierkontakte und Partnerschaftsbeziehungen zwischen „befreundeten“ Städten.

Im westlichen Ausland war es für die DDR schwieriger Kontakte zu knüpfen als in der „Dritten Welt“, insbesondere im Vorderen Orient. Die mit Israel in Konflikt

⁵⁶² Sywottek: Gewalt, S. 65.

⁵⁶³ Taylor, Trevor: Sport and International Relations. In: Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986, S. 27-48, hier S. 39.

stehenden arabischen Staaten wurden neben Indien zum bevorzugten Politikfeld. Das außenpolitische Instrumentarium war vielfältig: Entsendung von Experten und Beratern (Landwirtschaftsspezialisten, Techniker, Bildungsfachleute, Wissenschaftler, medizinisches Personal), Ausbau institutioneller Präsenz (Handelsvertretungen, Freundschaftsgesellschaften, Kultur- und Informationszentren), gezielte Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Rundfunksendungen in der Landessprache), eine rege Reisediplomatie und nicht zuletzt die international erfolgreich auftretenden ostdeutschen Sportler sollten die DDR dem Ziel der staatlichen Anerkennung näher bringen und auf diese Weise den Bonner Alleinvertretungsanspruch dort aushöhlen, wo er schwerer aufrechtzuerhalten war als im westlichen Europa oder den USA.⁵⁶⁴

Eine Begleiterscheinung der politischen Konsolidierung war die erhebliche Zunahme des privaten Einkommens, das sich in den Jahren der Wirtschaftsreform ab 1963 fortsetzte und bald als Kaufkraftüberhang ein für die DDR neues volkswirtschaftliches Problem schuf.⁵⁶⁵

Zeitlich verzögert vollzog sich auch in der DDR die Entwicklung hin zur Konsumgesellschaft, die allerdings andere Charakteristika aufwies als die westdeutsche. Dass für die Bevölkerung in der DDR westdeutsche Standards trotz der Mauer weiterhin Maßstäbe setzten, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass die FDJ 1961 vergeblich versuchte, den Empfang westdeutscher Fernsehsendungen landesweit zu unterbinden, indem sie die auf Westempfang gerichteten Spezialantennen verdrehte oder abmontierte.⁵⁶⁶

Insgesamt wurde der Alltag der Bürger der DDR mit Aktionsappellen, Erfolgsmeldungen, Transparenten mit Losungen auf Straßen und Plätze politisch überfrachtet. Beispielsweise wurde der Käse in HO-Märkten in Papier eingewickelt, auf dem die Aufforderung aufgedruckt war, für die Einheit Deutschlands zu kämpfen.⁵⁶⁷ Nicht zuletzt die Sportstadien stellten einen exponierten Raum für das Anbringen politischer Slogans und für politische Reden vor großem Publikum dar. So lauteten die Losungen auf den Spruchbändern beim IV. Deutschen Turn-

⁵⁶⁴ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 444f.

⁵⁶⁵ Sywottek: Gewalt, S.72.

⁵⁶⁶ Ebenda, S. 72f.

⁵⁶⁷ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 405.

und Sportfest in Leipzig (August 1963): „Werktätige! Der Sozialismus braucht gesunde und lebensfrohe Menschen – deshalb treibt regelmäßig Sport!“ Oder: „Sportler beider deutscher Staaten! Verständigt euch über die Zukunft des deutschen Sports, kämpft gegen die politische Einmischung Bonns!“⁵⁶⁸ Wie schon beim deutsch-deutschen Sportverkehr gezeigt wurde, sollte die Politik bewusst in den Sport hineingetragen werden.

Der Sport als Freizeitbeschäftigung erfreute sich weiterhin ungebrochener Beliebtheit. Während die Sportler in der Bundesrepublik in Vereinen oder „ganz privat“, in nicht-organisierter Form, ihrer sportlichen Betätigung nachgingen, versuchten die Verantwortlichen in der DDR, den Sport straff zu organisieren, um möglichst viele Ostdeutsche zum Sporttreiben zu bewegen. So wurde 1960 in Berlin die Initiative „Tischtennisturnier der Tausende“ (TTT) ins Leben gerufen, das mit einer hohen Beteiligung eine erhebliche Popularität erlangte. Obwohl zu dem Zeitpunkt Tischtennis als nicht-olympische Sportart im Leistungssport der DDR keine Rolle spielte, erfreute sich Tischtennis als Volkssport einer großen Beliebtheit, ebenso wie Volleyball. Tischtennis und Volleyball waren gleichzeitig Bestandteil der Pokalwettbewerbe des FDGB und der FDJ.⁵⁶⁹ Neben jährlich stattfindenden Wohngebiets- und Dorfsportfesten führten Arbeitskollektive, Brigaden⁵⁷⁰, Abteilungen und Betriebe regelmäßig kleinere oder auch aufwändigere Sportveranstaltungen durch.⁵⁷¹ Während kommerzielle Interessen – im Gegensatz zu westlichen Sportveranstaltungen – ausgeschlossen werden können, war jedoch in der DDR kaum eine Aktion denkbar, die ohne Bezugnahme auf politische oder gesellschaftliche Ereignisse (Parteitage der SED, staatliche Jubiläen etc.) durchgeführt wurde. Sportliche Ereignisse wurden zunehmend zu gesellschaftlichen und

⁵⁶⁸ Vergleiche zu weiteren politisierenden Maßnahmen Ihmels: Sport und Spaltung, S. 47f. Bis zum Ende der DDR mussten bei größeren Sportveranstaltungen die Losungen und Parolen durch das Politbüro bzw. durch das Sekretariat des ZK genehmigt werden. Teichler: Leistungssportsystem, S. 24, Anm. 22.

⁵⁶⁹ Hennig, Klaus: Breitensportliche Kampagnen und Konstrukte. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 87-96, hier S. 93f.

⁵⁷⁰ Ab 1959 wurden auf Initiative des FDGB vermehrt „Brigaden sozialistischer Arbeit“, die ab 1962 „Kollektive“ genannt wurden, errichtet, die unter dem Motto „Sozialistisch arbeiten, leben und lernen“ ihre Bereitschaft bekundeten, die Phasen von Produktion und Reproduktion als einen einheitlichen Prozess der Lebensweise zu gestalten. Die Brigade war eine „von oben“ geförderte Selbstorganisation der Belegschaft, die die Arbeit organisierte, bei Spannungen zwischen Belegschaft und Werkleitung vermittelnd eingriff, die einen Ort der Kommunikation darstellte und als Veranstalterin geselligen Lebens und als Instanz sozialer Kontrolle fungierte. Hinsching, Jochen: Vom Betrieb zum Wohngebiet: Sportangebot zwischen Planangebot und Improvisation. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 187-212, hier S. 191.

⁵⁷¹ Hennig: Breitensportliche Kampagnen, S. 87f.

politischen Ereignissen, da es gang und gäbe war, dass die politische Prominenz des Betriebes oder der Stadt bzw. des Bezirkes/Kreises bei Sportfesten als Zuschauer präsent war oder auch selbst aktiv in Erscheinung trat. Nach Hennig sollte hierdurch demonstriert werden, dass der Volkssport nicht zugunsten des Leistungssports vernachlässigt wurde,⁵⁷² was allerdings in Anbetracht der großzügigen Förderung des Leistungssports eine nicht zutreffende Feststellung ist:

Der Alltags-, Breiten- oder Freizeitsport wurde sehr wohl zu Gunsten medaillenträchtiger Sportarten benachteiligt, insbesondere, was die Voraussetzungen in puncto Trainingsmöglichkeiten und Sportbekleidung anbelangte. Eine Entwicklung, die sich zum Ausgang der 1960er Jahre noch verschärfte.

Eine Bewertung des Alltagssports der DDR ist in der Forschung bislang heftig umstritten und kann voraussichtlich erst in befriedigender Weise erfolgen, wenn umfassende Forschungsergebnisse hierzu vorliegen.⁵⁷³ Während z. T. ehemalige Beteiligte⁵⁷⁴ am DDR-Sport hervorheben, dass der Volkssport in der DDR großzügig gesellschaftlich gefördert worden sei, vertritt beispielsweise Teichler⁵⁷⁵ die These vom „Märchen vom Breitensport“.

6.4 Zusammenfassung

1964 gingen letztmalig gesamtdeutsche Mannschaften bei den Olympischen Spielen an den Start, trotz der Zementierung der Teilung Deutschlands durch den Mauerbau. Das IOC feierte dies wiederum, als einen grandiosen Sieg des Sports über die Politik und begab sich damit zweifelsohne auf das politische Parkett. Angesichts der sich zuspitzenden politischen Lage infolge des Mauerbaus und der Kuba-Krise, wurden bei den Verhandlungen der beiden deutschen NOK über nationale Symbole wie Fahne und Hymne besonders erbittert gestritten.

Der Mauerbau stellte das Konstrukt „gesamtdeutsche Mannschaften“ zunächst in Frage. Das IOC verdeutlichte wiederum seinen Standpunkt und forderte beide deutsche NOK auf, Verhandlungen zur Bildung eines gemeinsamen Teams zu

⁵⁷² Ebenda, S. 88f.

⁵⁷³ Vgl. z. B. Wagner. Der Autor kommt in Bezug auf die GST zu dem Ergebnis, dass der Verband zwar der „wehrsportlichen Ertüchtigung“ und der Vorbereitung auf den Wehr-, Militärdienst dienen sollte, aber de facto von Teilen der Jugend als Freizeitsport umgedeutet wurde. Vgl. Wagner: Der vergessene Sportverband, S. 265.

⁵⁷⁴ Vgl. hierzu Budzisch: Aufarbeitung, S. 77-83.

⁵⁷⁵ Teichler, Hans-Joachim: Das Märchen vom Breitensport. Interview. Märkische Allgemeine vom 20.11.1997, S. 3. In: Budzisch: Aufarbeitung, S. 78.

führen. Mittlerweile waren eben diese Verhandlungen zu einem regelrechten Politikum geraten, so dass sich auch die westdeutschen Sportfunktionäre in ständiger Abstimmung mit Vertretern der Bundesregierung befanden, die wiederum den olympischen Sport als zu wichtig erachteten, um ihn ausschließlich den Funktionären zu überlassen.

Die bundesdeutsche Sportführung hatte dabei einen besonders undankbaren Stand, denn im Grunde saß sie zwischen allen Stühlen. Sie sollte die Interessen westdeutscher Sportler vertreten, aber trotzdem Rücksicht auf die Forderungen der Bundesregierung nehmen, wollte sie nicht die (finanzielle) Unterstützung riskieren. Erschwert durch die gut geschulten Vollzeit-Sportfunktionäre aus der DDR, die sich aufgrund der Abstimmung mit ihrer Regierung der vollen Rücken- deckung derselben sicher sein konnten, Forderungen einbrachten, die den Allein- vertretungsanspruch der Bundesregierung im Sport untergraben und die völker- rechtliche Anerkennung der DDR vorantreiben sollten. Zum Teil brachten Maß- nahmen der Bundesregierung (z. B. Visaverweigerung, das Embargo gegen DDR- Sportler) die bundesdeutsche Sportführung in missliche Situationen, da die inter- nationalen Sportverbände und auch das IOC diese Einmischung nicht dulden wollten. Das IOC fühlte sich 1962 berufen, die Freizügigkeit aller Sportler zu for- dern, damit der internationale Sportverkehr wieder reibungslos funktionierte. In letzter Konsequenz isolierte das Sport-Embargo der NATO-Staaten den westli- chen Sport und brachte den ostdeutschen Sportlern Sympathien ein. Vermehrt wurden Meisterschaften in sozialistischen und so genannten neutralen Staaten ausgetragen, um eine Störung des internationalen Sportverkehrs zu vermeiden.

Nach der Verschärfung des Ost-West-Konflikts infolge des Mauerbaus und der Kuba-Krise entspannte sich die politische Situation kurzzeitig wieder. Der Bau der Mauer hatte jedoch auch gezeigt, dass die USA nicht bereit waren, wegen Ber- lin einen Krieg zu riskieren. In letzter Konsequenz verhinderte der Bau der Mauer nicht nur das wirtschaftliche „Ausbluten“ der DDR, sondern rettete auch die Hall- stein-Doktrin der Bundesregierung, da sich die DDR durch diese Maßnahme selbst isolierte und ihr Image international beschädigte. Diese schroffe Zäsur be- deutete auf gesellschaftlicher Ebene das Ende vieler zwischenmenschlicher Be- ziehungen. Erst das allmähliche Aufkommen von Passierscheinabkommen machte

die innerdeutsche Grenze für bestimmte Personengruppen wieder durchlässiger und brachte der DDR durch den ungeliebten Zwangsumtausch Devisen.

Nach 1961 wurde ganz deutlich, dass die DDR als Staat dauerhaft existieren würde, der Mythos vom Provisorium war hinfällig. Daraus erwuchs jedoch auch ein internationaler Legitimationszwang in Form der internationalen Anerkennung. Fieberhaft wurde an diplomatischen Kontakten auf unterschiedlichsten Ebenen (insbesondere Entwicklungshilfe für die Länder der so genannten Dritten Welt) gearbeitet, um die Anerkennung voranzutreiben und damit die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung zu untergraben.

Mit dem Rücktritt Adenauers (1963) ging eine Ära zu Ende. Aber auch mit dem neuen Kanzler Ludwig Erhard änderte sich in puncto Verhältnis Bundesregierung zu gesamtdeutschen Mannschaften nichts Grundlegendes. Zwar modifizierte das Auswärtige Amt seine Haltung bezüglich der gesamtdeutschen Teams in der Weise, dass diese Mannschaften nun als Niederlage für Ulbrichts Abgrenzungspolitik interpretiert wurde. Das Bundeskanzleramt teilte diese Auffassung nicht und kritisierte weiterhin diese Art der deutsch-deutschen Kontakte. Der DSB war deswegen so verunsichert, dass Daume einen Kabinettsbeschluss zugunsten der gesamtdeutschen Mannschaften zur Rückendeckung forderte. Zwar erfolgte der gewünschte Beschluss, aber er blieb geheim.

Bei den Verhandlungen der beiden deutschen NOK wurde neben den Symbolen der nationalen Repräsentation dieses Mal auch vehement um die Austragungsorte der Qualifikationen für die Nominierung gesamtdeutscher Teams gestritten. Die SED vertrat gemäß der „Drei-Staaten-Theorie“ die Auffassung, dass Berlin-West eine selbständige politische Einheit sei. Hier schritt das IOC jedoch ein und bestätigte gemäß der westlichen Interpretation, dass Berlin-West dem bundesdeutschen NOK und Berlin-Ost dem NOK der DDR zugehörig sei.

1964 traten das letzte Mal gesamtdeutsche Teams auf. Aber auch bei den Olympischen Spielen 1968 wurde keineswegs ein „normales“ Miteinander der beiden deutschen Mannschaften erreicht.

7. Die ersten eigenständigen Olympiamannschaften 1968

Ab etwa 1964/65 bahnte sich im internationalen Sport ein Wandel im Verhältnis zur ostdeutschen Sportführung an. Für die Sportfunktionäre aus der Bundesrepublik wurde es zunehmend schwieriger, die westdeutsche Position bei internationalen Sportveranstaltungen im Bereich der NATO und vor allem in den nicht der NATO angehörenden Staaten durchzusetzen.⁵⁷⁶ Bei Besprechungen in internationalen Kommissionen wurde den Westdeutschen – insbesondere Daume – immer wieder verdeutlicht, dass es aussichtslos sei, eine Politik zu verteidigen, die auch in der westlichen Welt niemand mehr ernst nehmen könnte. „Daume sah sich als ‚letzten kalten Krieger‘ apostrophiert, wenn er deutsche Boykottforderungen gegen die DDR zur Sprache brachte.“⁵⁷⁷ Die vollständige Anerkennung des NOK der DDR 1965 war ein eindeutiges Indiz für den Meinungsumschwung. Doch zunächst sollten 1968 noch zwar zwei separate deutsche Mannschaften starten, die jedoch unter gemeinsamer Flagge und mit gemeinsamer Hymne antraten.

In der Bundesrepublik geriet auf der politischen Ebene einiges in Bewegung. Das Ende der Ära Adenauer und die sich daran anschließende Kanzlerschaft Erhards wurde von einer Großen Koalition abgelöst, die in ihrer Außenpolitik ein eher entspanntes Verhältnis zu den östlichen Nachbarn suchte, was auch die DDR unter Zugzwang setzte. Die SED-Führung hatte sich weiterhin die internationale Anerkennung auf die Fahnen geschrieben. Hier stellt sich die Frage, wie sich die veränderten politischen Machtverhältnisse auf die deutsch-deutschen Sportkontakte auswirkten. Erklärtes Ziel des ostdeutschen NOK war die vollgültige Anerkennung durch das IOC.

7.1 Sinneswandel oder Anerkennung politischer Realitäten? Das IOC und das NOK der DDR

Vor der entscheidenden Sitzung des IOC am 8. Oktober 1965 in Madrid begann sich eine weitere Annäherung im Verhältnis der internationalen Gremien zu den Verbänden der DDR abzuzeichnen. Der Internationale Leichtathletikverband –

⁵⁷⁶ Anfang 1965 gaben die NATO-Staaten – nicht zuletzt wegen des Drucks der eigenen nationalen Sportbewegungen – ihre Politik der Einreiseverweigerung auf. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 327.

⁵⁷⁷ Geyer: Nationale Repräsentation, S. 86.

unter der Präsidentschaft Exeters, der auch zugleich Vize-Präsident des IOC war – untergrub 1964 durch seine Entscheidung, den ostdeutschen Verband anzuerkennen und der DDR-Sektion zu erlauben, ein eigenständiges Team zu den 1966 stattfindenden Leichtathletik-Europameisterschaften zu entsenden, die bisherige Linie des IOC.⁵⁷⁸

Noch im Juni 1965 hatte der IOC-Präsident an beide deutsche NOK appelliert, 1968 wiederum gesamtdeutsche Mannschaften zu den Spielen zu entsenden, um „der streitenden Welt den humanitären Sinn der olympischen Bewegung“ zu zeigen.⁵⁷⁹ In diesem Schreiben wies Brundage zudem darauf hin, dass die Situation Deutschlands keinesfalls mit der Lage in Korea und China gleichgesetzt werden könnte. In Korea gäbe es keine Verbindung zwischen den beiden Teilen des Landes, dort herrsche Kriegszustand, der nur durch eine Waffenruhe unterbrochen sei. Kontakte gäbe es auch zwischen China und Formosa nicht, außerdem habe sich China von der olympischen Bewegung mit der politischen Begründung zurückgezogen, weil Formosa vom IOC eine eigene Mannschaft zugestanden wurde.⁵⁸⁰ Durch dieses Schreiben versuchte Brundage noch einmal, die gesamtdeutsche Mannschaft zu „retten“. Dieses Mal lehnte das NOK der DDR den Vorschlag des IOC-Präsidenten mit aller Entschiedenheit ab. Ebenso scheiterten sämtliche Bemühungen des westdeutschen NOK, das von der Bundesregierung hierin unterstützt wurde, den Status quo zu wahren.⁵⁸¹

Auf der 63. Session in Madrid (8. Oktober 1965) wollte das IOC über die Fortsetzung der gesamtdeutschen Olympiamannschaften eine Entscheidung treffen. Das NOK der DDR stützte seinen Antrag auf eine eigene Mannschaft auf den 1961 zu den Statuten des IOC hinzugefügten Zusatz zur Regel 7, dass ein NOK auch für eine „geographical area“ zuständig sein könne.⁵⁸² Hilfreich war in diesem Zusammenhang auch der 1959 (in Bezug auf die „Zwei-China-Frage“) neu formulierte Paragraph 2 der IOC-Statuten:

⁵⁷⁸ Guttman: *The Games*, S. 156.

⁵⁷⁹ Zitat in Lehmann: *Internationale Sportbeziehungen*, S. 338.

⁵⁸⁰ Gieseler: *Sport*, S. 33. Gieseler war zu diesem Zeitpunkt Hauptgeschäftsführer des DSB. Vgl. zur Person und zu Gieselers Werdegang Mevert: *Sportbund*, S. 173f.

⁵⁸¹ Vgl. ausführlicher Peiffer, Lorenz: *Die Olympischen Sommerspiele '72 in München. Sportlicher Systemvergleich auf dem Boden des Klassenfeindes*, S. 91. In: Krüger, Michael (Hg.): *Olympische Spiele. Bilanz und Perspektiven im 21. Jahrhundert*. Münster 2001, S. 90-109.

⁵⁸² Nach Gieseler sei dieser Passus formuliert worden, um China eine Rückkehr in die olympische Bewegung zu ermöglichen. Gieseler: *Sport*, S. 44.

„The following Olympic Committees have been recognised by the IOC under the name of the territory in which they operate. The interpretation of this rule is of universal application, and serves to underline the fact that: whereas the IOC is not concerned with political questions and therefore considers it to be outside its function to pronounce on what any country should call its domestic Olympic organization, the name and the limits of the territory under which it is recognised by the IOC is essentially a matter of decision by the IOC and must be used in all international Olympic activities.“⁵⁸³

Daume plädierte hingegen für die Fortführung gesamtdeutscher Teams. Im Sinne von Brundages Argumentation wies er in seinem Antrag darauf hin, dass das Ansinnen einer Trennung der deutschen Mannschaft nur dann berechtigt sei, wenn – wie im Falle Chinas und Koreas – jede Verbindung zwischen den beiden Teilen Deutschlands abgeschnitten und deshalb die Bildung einer Mannschaft unmöglich sei. „Davon kann überhaupt keine Rede sein. Zwar hat die Mauer den Flüchtlingsstrom unterbunden; aber dennoch fließt ein großer Besucherstrom von West nach Ost und ein kleiner von Ost nach West. Beide deutsche NOK können sich überall treffen. Olympische Qualifikationskämpfe haben immer in beiden Teilen Deutschlands zur Bildung gemeinsamer Mannschaften 1956, 1960 und 1964 stattgefunden. Freundschaften aus den gesamtdeutschen Olympia-Mannschaften bestehen über Stacheldraht und Todesstreifen hinweg.“⁵⁸⁴ Abschließend stellte Daume eindringlich fest: „Alle menschlichen und sportlichen Gründe sprechen für die Fortführung gesamtdeutscher Mannschaften; über politische Argumente zu sprechen oder politische Schrittmacherdienste zu leisten, ist nicht die Aufgabe hier und heute. [...] So lange das deutsche Volk das in der Charta der Vereinten Nationen verbrieftete Recht auf Selbstbestimmung noch nicht in Anspruch nehmen durfte, der politische Status Deutschlands also nach menschenrechtlichen Gesichtspunkten noch völlig labil ist, sollte eine so edle und humanitäre Institution, wie es das IOC ist, sich ängstlich auch vor der geringsten Akzentverschiebung hüten.“⁵⁸⁵

⁵⁸³ Zit. nach Pfeiffer: Boykottdiskussionen, S. 43f.

⁵⁸⁴ Zit. nach Gieseler: Sport, S. 45.

⁵⁸⁵ Zit. nach ebenda, S. 45f.

Das IOC fällte davon unbeeindruckt in Madrid jedoch folgende Entscheidung: „Angesichts der Tatsache, daß das Olympische Komitee Ostdeutschlands die Regelung mit dem Olympischen Komitee Westdeutschlands als nicht mehr annehmbar betrachtet, wird das Olympische Komitee Westdeutschlands künftig als Olympisches Komitee Deutschlands bezeichnet, während dasjenige Ostdeutschlands seine volle Anerkennung und Geltung als Vertretung der geographischen Zone gleichen Namens erhält. Nichtsdestoweniger werden die Vertretungen West- und Ostdeutschlands an den Wintermeisterschaften von 1968 und an den Olympischen Spielen in Mexiko getrennt, aber zusammen unter einer Fahne und mit einer Hymne einmarschieren und dasselbe Emblem verwenden. Was den olympischen Status von Berlin betrifft, so ist das IOC nicht bereit, irgendeine Änderung in Betracht zu ziehen. Der Status ist, daß West-Berlin in der Anerkennung von Deutschland und Ost-Berlin in der von Ostdeutschland inbegriffen ist.“⁵⁸⁶ Der vom IOC gefasste Beschluss wurde mit einer großen Mehrheit (38:5) angenommen.

Einen weiteren Erfolg für das NOK der DDR bedeutete die Wahl ihres Präsidenten Heinz Schöbels 1966 zum IOC-Mitglied. Er trat damit an die Stelle Karl Ritter von Halts, der im August 1964 gestorben war. Guttmann vermutet, dass Brundage eventuell Schöbels Mitgliedschaft unterstützt, zumindest jedoch nicht dagegen war.⁵⁸⁷ Die ehemals eher pro-westdeutsche Stimmung im IOC schlug zugunsten der ostdeutschen Sportfunktionäre um, die als umgänglicher und kooperativer galten als ihre westdeutschen Kollegen.⁵⁸⁸

Zugeständnisse in der Frage des DDR-Protokolls bei internationalen Sportveranstaltungen machte die Bundesregierung, die nun aus einer Großen Koalition bestand, Ende 1968.⁵⁸⁹ Im Zusammenhang mit der Bewerbung Münchens (Einreichung der Bewerbung im Dezember 1965) als Austragungsort der Olympischen

⁵⁸⁶ Zit. nach Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 339.

⁵⁸⁷ 1966 hatte Brundage das Vorwort zu Schöbels Buch „Olympia und seine Spiele“ verfasst. Weiterhin plante Schöbel eine Biographie über Avery Brundage, die 1968 erschien und als bemerkenswert unkritisch gilt. Guttmann: The Games, S. 156.

⁵⁸⁸ Ebenda.

⁵⁸⁹ In den vorangegangenen Jahren hatte die Bundesregierung den DSB immer wieder scharf kritisiert, wenn der DDR in Protokollfragen Konzessionen eingeräumt wurden. So rügte z. B. die Bundesregierung – in Verkennung der Lage –, dass bei der Leichtathletik-WM im August 1966 die Flagge und Hymne der DDR zugelassen worden waren, was die bundesdeutschen Sportfunktionäre nicht verhindert hätten. Vgl. dazu Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 326.

Spiele 1972 musste die Bundesregierung die sportpolitischen Realitäten anerkennen, wollte sie die Bewerbung – Mitbewerber waren Montreal, Moskau, Leipzig – nicht gefährden. Zu diesem Zweck fand am 4. Oktober 1965 eine Besprechung zwischen Vertretern der Bundesregierung (u. a. Bundeskanzler Erhard und der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Mende) und der bundesdeutschen Sportführung (vertreten u. a. Daume, Gieseler und Weyer) statt. Die Sportfunktionäre konnten die Politiker davon überzeugen, dass die Fortsetzung der starren Haltung die Bewerbung Münchens gefährdete und ferner die Isolation des bundesdeutschen Sports im internationalen Raum weiter forcierte. Die Politiker erklärten sich trotz starker Bedenken, dass „der Verfassungsgrundsatz der Alleinvertretung durch eine Anerkennung des DDR-Protokolls ausgehöhlt werden könnte“ dazu bereit, die Teilnahme westdeutscher Athleten bei internationalen Sportveranstaltungen, bei der auch die „Spalterflagge“ gezeigt werde, stillschweigend zu akzeptieren. Die Politiker behielten sich allerdings vor, weiterhin gegen das Zeigen der Flagge im Ausland über diplomatische Kanäle zu intervenieren.⁵⁹⁰ Am 26. April 1966 wurde München bei der IOC-Session in Rom zum Austragungsort der Spiele 1972 gewählt.

Insgesamt hatte sich das IOC für einen sanften Übergang in der „deutschen Frage“ entschieden. Zwar wurden allmählich die politischen Realitäten eines geteilten Landes anerkannt und in Form von zwei separaten Mannschaften Rechnung getragen, aber die gemeinsame deutsche Nationalität sollte 1968 bei den Spielen noch durch die Fahne und Hymne repräsentiert werden.

Bei den Winterspielen in Grenoble errangen die DDR-Sportler einmal Gold, zweimal Silber und zweimal Bronze, die Sportler aus der Bundesrepublik zweimal Gold, zweimal Silber und dreimal Bronze. Bei den Sommerspielen in Mexiko gewannen die Olympioniken aus der DDR neun Gold-, neun Silber- und sieben Bronzemedailles und die westdeutschen fünf Gold-, zehn Silber- und zehn Bronzemedailles.⁵⁹¹

⁵⁹⁰ Ebenda, S. 329. Bei der Kanu-EM in Duisburg (August 1967) wurde Sportlern aus der DDR erstmals gestattet, in der Bundesrepublik mit ihrem Emblem unter der Bezeichnung DDR anzutreten. Das Emblem wurde somit stillschweigend geduldet, nicht jedoch das Zeigen der DDR-Staatsflagge und das Intonieren der Becher-Hymne. Vgl. ders., ebenda.

⁵⁹¹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 341.

7.2 Exkurs: Die politische Neutralität des IOC auf dem Prüfstand

Das IOC vertrat stets den Anspruch, politisch unabhängig zu agieren. Wie aber sah die politische Neutralität in der Praxis einer in Ost und West und auch in Nord und Süd geteilten Welt aus?

Verliefen die Olympischen Spiele 1960 noch vergleichsweise ruhig, so überschatteten politische Streitigkeiten die Spiele 1964 und 1968. Seit Beginn der 1960er Jahre standen das südafrikanische NOK und die „Apartheidpolitik“ der südafrikanischen Regierung auf der Agenda des IOC. Es wurde diskutiert, ob die bewusste und offene Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit eine interne politische Angelegenheit Südafrikas sei oder ob das IOC darauf reagieren müsse. Die IOC-Session 1963 sollte ursprünglich in Nairobi (Kenia) stattfinden. Die kenianische Regierung hatte den südafrikanischen Repräsentanten die Ausstellung von Visa verweigert, so dass die Session nach Baden-Baden verlegt wurde. In Baden-Baden stimmten die IOC-Mitglieder mit 30:20 (bei drei Enthaltungen) dafür, das südafrikanische NOK zu suspendieren, wenn die südafrikanische Regierung nicht bis zum 31. Dezember 1963 von ihrer Politik der Diskriminierung abrückte. Bei der Diskussion und der sich anschließenden Abstimmung ging es primär um die südafrikanische Haltung, dass „Weiße“ (auch Nicht-Südafrikaner) und „Schwarze“ bei sportlichen Wettkämpfen nicht gegeneinander antreten durften. Am 26. Januar 1964 in Innsbruck fällte das IOC die Entscheidung, das südafrikanische NOK auszuschließen, da sich an der Position der Regierung nichts geändert habe.⁵⁹²

Fanden die Spiele 1964 ohne südafrikanische Beteiligung statt, so lag es in Brundages Interesse, für die nächsten Spiele eine Lösung zu finden. Auch in den USA wurde die Diskriminierung der „Schwarzen“ heftig diskutiert. Unter der Führung des Sportsoziologen Harry Edwards (Universität von Kalifornien) organisierten sich Afro-Amerikaner und Bürgerrechtler, um Druck auf das US-NOK auszuüben, damit eine südafrikanische Beteiligung an den Spielen verhindert werden könne.⁵⁹³ In der Folgezeit versuchten die südafrikanischen Vertreter des NOK, das

⁵⁹² Guttman: *The Games*, S. 234f.

⁵⁹³ Vgl. zur Genese des Protests afro-amerikanischer Sportler in den USA Edwards, Harry: *The revolt of the black athlete*. New York 1969.

internationale Komitee von der Richtigkeit einer Teilnahme ihres Landes an den Spielen zu überzeugen. Im September 1967 wurde eine IOC-Delegation nach Südafrika entsandt, um mit allen beteiligten Konfliktparteien zu sprechen. In ihrem 114-seitigen Report vom 30. Januar 1968 befanden die Delegationsteilnehmer, dass das südafrikanische NOK mit einem gewissen Erfolg auf ihre Regierung eingewirkt habe, und einem „multiracial team“ in Mexico City nichts entgegenstünde.⁵⁹⁴

Brundage betrachtete dies wiederum als einen Sieg des Sports über die Politik. Die Entscheidung des IOC wurde von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. Am 25. Februar 1968 verdeutlichte Brundage in einer Presseerklärung den Standpunkt des Komitees, dass nicht Südafrika zu den Spielen in Mexico City eingeladen sei, sondern „a multiracial team of individuals selected by a multiracial committee“.⁵⁹⁵ Die 32 Nationen der „Organization of African Unity“ kündigten einen Boykott der Spiele von 1968 an. Brundage blieb bei seiner Argumentation, dass schließlich nicht Südafrika eingeladen sei. Die kommunistischen Blockstaaten unter der Führung der UdSSR, die islamische Welt und die karibischen Staaten drohten ebenfalls mit einem Boykott der Spiele, falls Südafrika teilnähme. Das Exekutiv-Komitee des IOC traf sich am 20. April in Lausanne. Brundage führte an, das südafrikanische NOK habe alles in seiner Macht stehende getan und Diskriminierung an sich – außerhalb des Bereiches des Sports – sei kein Anlass, eine Nation aus der olympischen Bewegung auszuschließen. Nichtsdestotrotz endete die Abstimmung 47:16 (bei acht Enthaltungen) für einen Ausschluss Südafrikas von den Spielen.⁵⁹⁶

Die Situation in der Tschechoslowakei im Frühjahr 1968 war ebenfalls Gegenstand von heftigen Diskussionen. Dem „Prager Frühling“, der Hoffnungen auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ geweckt hatte, wurde durch den Einmarsch sowjetischer und ostdeutscher Truppen ein jähes Ende bereitet. Das norwegische NOK drängte das IOC, die Einladung an das NOK der UdSSR und an das der DDR zu den Spielen zurückzuziehen. Anders als im Falle Südafrikas

⁵⁹⁴ Guttman: *The Games*, S. 236f.

⁵⁹⁵ Ebenda, S. 237.

⁵⁹⁶ Ebenda, S. 237ff. Eine ähnlich politisch aufgeladene Problematik stellte die Frage um Rhodesien (heute: Republik Simbabwe) dar. Vgl. weiterführend ebenda, S. 240.

entgegnete Brundage, dass die olympischen Statuten eine solche Handlung nicht zuließen.

1968 war zudem das Jahr der Bürgerrechts- und Studentenbewegungen gegen Krieg, Rassismus und generell das „Establishment“. Mehr und mehr wurden Olympische Spiele eine Plattform für politischen Protest, da die Spiele durch ihre Popularität und die beginnende mediale Massenverbreitung einen neuen Stellenwert erhielten. Diese Proteststimmung in Teilen der Gesellschaft weltweit berührten auch die eigentlichen Spiele in Mexico City. In der mexikanischen Hauptstadt war es zu Studentenunruhen gekommen, die vom Militär mit brutaler Härte niedergeschlagen wurden.⁵⁹⁷ Aber auch bei den Spielen selbst ergriffen Sportler die Gelegenheit, ihren politischen Standpunkt vor einer weltweiten Öffentlichkeit deutlich zu machen. Die „Afro-Amerikaner“ Tommie Smith und John Carlos, die beim 200-Meter-Lauf der Männer den ersten bzw. dritten Platz belegten, standen beim Abspielen der amerikanischen Nationalhymne mit gesenkten Köpfen und mit emporgereckten Fäusten (Symbol für „Black Power“), die in schwarzen Handschuhen steckten, auf dem Siegerpodest. Ihr Verhalten führte zu ihrem Ausschluss aus der US-amerikanischen Olympiamannschaft.⁵⁹⁸ Insgesamt kann festgestellt werden, dass das IOC in Krisen situativ entschied, eine konsequente oder stringente (Sport-)Politik ist nicht erkennbar.

7.3 Deutsch-deutscher Sportverkehr: spärliche Kontakte

Waren infolge des Mauerbaus die deutsch-deutschen Sportkontakte fast völlig zum Erliegen gekommen, so stellte Daume dem DTSB im Juni 1963 erstmals die Wiederaufnahme des Sportverkehrs in Aussicht unter der Bedingung, dass West-Berlin miteinbezogen würde. Ewald antwortete gemäß der „Drei-Staaten-Theorie“, die den Westteil der Stadt als selbständige Einheit betrachtete, und daher sei der Sportverkehr Angelegenheit der West-Berliner Sportorganisation und

⁵⁹⁷ Die Studenten hatten gegen die Entscheidung der Regierung protestiert, Millionensummen für den Sportstättenbau auszugeben, anstatt die vordringlichen Probleme des Landes wie Armut, Korruption und soziale Ungerechtigkeit anzugehen. Vgl. Blödorn: Olympismus, S. 88.

⁵⁹⁸ Vgl. ausführlicher bei Edwards: Revolt.

des DTSB. Weitere Verhandlungen in dieser Sache scheiterten an der „Berlin-Frage“.⁵⁹⁹

Hieraus wird deutlich, dass der deutsch-deutsche Sportverkehr für den DTSB und für die DDR an Bedeutung verloren hatte. Intern wurden zudem Befürchtungen einer westlich-ideologischen Beeinflussung und konkret die Fluchtgefahr von DDR-Sportlern in den Westen thematisiert.⁶⁰⁰ Das Hauptaugenmerk des DTSB lag nun auf der vollständigen Anerkennung ihres NOK durch das IOC, um damit die internationale Anerkennung der DDR im Sportbereich vollends durchzusetzen.

Am 8. Oktober 1965 wurde dem NOK der DDR auf der IOC-Session in Madrid das Recht zugesprochen, bei den Spielen 1968 mit einer eigenen Mannschaft antreten zu dürfen, obwohl die Bonner Regierenden zuvor rund 30 bundesdeutsche Botschaften angewiesen hatten, auf die IOC-Mitglieder im jeweiligen Land einzuwirken.⁶⁰¹ Wenige Tage nach der Entscheidung des IOC äußerten sich Vertreter der Bundesregierung dahingehend, dass aus ihrer Sicht, die „Düsseldorfer Beschlüsse“ hinfällig seien. Am 30. Oktober 1965 beschloss der Hauptausschuss des DSB formal die Wiederaufnahme des Sportverkehrs mit der – nach Becker konstruierten – Begründung, das IOC habe in Madrid „den sportlichen Status West- und Ost-Berlins eindeutig bestätigt“.⁶⁰² Der DTSB erklärte sich zwar seinerseits bereit, alles Nötige zur Wiederaufnahme des Sportverkehrs veranlassen zu wollen, aber es wurde schnell deutlich, dass deutsch-deutsche Sportbegegnungen nicht mehr im politischen Interesse der SED-Führung lagen.⁶⁰³ Wenige Tage nach der Entscheidung des DSB gab die Bundesregierung eine Erklärung bezüglich des deutsch-deutschen Sportverkehrs ab, wonach es keine einschränkenden Bestimmungen gäbe, die das Vereinbaren oder die Durchführung von sportlichen Wettkämpfen zwischen den beiden Teilen Deutschlands behinderten. In der „Flaggenfrage“, d. h. das Hissen der DDR-Flagge auf bundesdeutschem Territorium, war

⁵⁹⁹ Am 5. August 1963 hatte der DTSB die Bildung eines eigenen Olympischen Komitees für West-Berlin gefordert. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 190. Vgl. ausführlich zu den Angeboten des DSB zur Wiederaufnahme des Sportverkehrs und die Entgegnungen des DTSB ders., S. 190-195.

⁶⁰⁰ Ebenda, S. 187.

⁶⁰¹ Hartmann: Goldkinder, S. 55.

⁶⁰² Becker: Sportbeziehungen, S. 282f. Eine von einem westdeutschen Meinungsforschungsinstitut durchgeführte Erhebung, die unmittelbar nach dem Madrider Beschluss durchgeführt worden war, ergab, dass sich fast zwei Drittel der befragten Bundesbürger für die Wiederaufnahme und lediglich vier Prozent gegen die Wiederaufnahme des deutsch-deutschen Sportverkehrs aussprach. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 196.

⁶⁰³ Becker: Sportbeziehungen, S. 283.

die Bundesregierung jedoch zu keinen Kompromissen bereit, was Lehmann auf den Widerstand des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende (FDP), zurückführt.⁶⁰⁴

Die Anzahl der Sportbegegnungen zwischen den beiden deutschen Staaten blieb jedoch spärlich. In den ersten sieben Monaten nach dem Beschluss des DSB (1. November 1965 bis 31. Mai 1966) richteten bundesdeutsche Vereine 880 Wettkampfangebote an Sportgemeinschaften des DTSB. Die daraus resultierenden Verhandlungen führten in 393 Fällen zu konkreten Vereinbarungen und Terminen. Allerdings wurden lediglich 15 Wettkämpfe tatsächlich durchgeführt (6 in der Bundesrepublik und 9 in der DDR). 72 bereits vereinbarte Treffen wurden unmittelbar vor dem Veranstaltungstermin von Seiten der ostdeutschen Sportgemeinschaften abgesagt.⁶⁰⁵

Nicht nur die Furcht der SED-Führung vor Fluchtversuchen in den Westen, sondern auch die Sorge, sich sportlich zu blamieren standen hier dem deutsch-deutschen Sportverkehr auf unterer Leistungsebene entgegen. Eine schlechte sportliche Leistungsbilanz hätte dem Ansehen des im höchsten Maße erfolgreichen Leistungssports schaden können. Ab Mitte 1966 ging die SED-Führung verstärkt dazu über, den Bonner Politikern, die Schuld daran zu geben, dass sich die deutsch-deutschen Sportbeziehungen nicht normalisierten. Von ostdeutscher Seite wurde die Entwicklung der Sportkontakte zudem an die Entwicklung der politischen deutsch-deutschen Beziehungen geknüpft.⁶⁰⁶ Nach Lehmann zeigt die quantitative Entwicklung des Sportverkehrs, dass nach der Wiederaufnahme der Kontakte dann im Jahr 1966 eine leichte Steigerung des Austausches zu verzeichnen war, während 1967 die Zahl der Begegnungen und deren Teilnehmer drastisch zurückging. „Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die DDR angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele 1968, an denen sie erstmals mit einer eigenen Mannschaft teilnehmen konnte, den deutsch-deutschen Sportverkehr aufgrund seiner gesamtdeutschen Assoziationen in den Bevölkerungen der beiden deutschen Staaten auf ein Minimum begrenzen wollte.“⁶⁰⁷

⁶⁰⁴ Vgl. dazu ausführlicher Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 194ff.

⁶⁰⁵ Ebenda, S. 198.

⁶⁰⁶ Vgl. dazu die Erklärungen von Ulbricht und Honecker. In: Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 200.

⁶⁰⁷ Ebenda, S. 202.

In den Jahren 1966/67 kam es zwischen dem DSB und dem DTSB zu keinem ernsthaften Dialog. Der DSB richtete per Brief mehrere Gesprächsangebote an den DTSB, die dieser zumeist mit Hinweis darauf, der DSB solle seine „Alleinvertretungsanmaßung“ im Sport aufgeben, ausschlug.⁶⁰⁸ Bis es zu einer Annäherung auf der politischen Ebene zwischen den beiden deutschen Staaten kam, unternahm auch der DSB keine weiteren Vorstöße, um mit dem DTSB über den deutsch-deutschen Sportverkehr ins Gespräch zu kommen. Für die SED-Führungsspitze war es von entscheidender Bedeutung, dass die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber dem DDR-Protokoll bei internationalen Wettkämpfen änderte. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre war es durch eine Änderung der Visa-Bestimmungen durch die drei Westmächte fortan möglich, dass Sportler aus der DDR und anderer Ostblockstaaten wieder nach West-Berlin zu Wettkämpfen einreisen durften. Auch die Zusicherungen der Bundesregierung (die erste am 18. Dezember 1968 in Hinblick auf die Olympischen Spiele in München und am 22. Juli 1969 für alle in der Bundesrepublik stattfindenden internationalen Wettkämpfen), das volle Protokoll der DDR zuzulassen, änderte nichts daran, dass der deutsch-deutsche Sportverkehr immer weiter abnahm.⁶⁰⁹ Mit der Anerkennung ihres NOK durch das IOC 1965 verlor der deutsch-deutsche Sportverkehr für die SED an politischer Bedeutung.

7.4 Politische Hintergründe bis 1968: Der lange Weg zur friedlichen Koexistenz

War die erste Hälfte der 1960er Jahre durch eine leichte Entspannung der internationalen politischen Situation gekennzeichnet, so wurden die Verhandlungen über den Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen durch die zunehmende Verstrickung der USA in den Vietnam-Krieg erschwert. Aus 20.000 „Militärberater“, die unter Kennedy nach Indochina entsandt worden waren, um zu verhindern, dass sich von Vietnam aus kommunistische Regime über ganz Südostasien ausbreiteten (Domino-Theorie), wuchs unter der Führung von Präsident Johnson eine Armee von mehr als 500.000 Soldaten an. Sie kämpften unmittelbar gegen den Vietcong, indirekt aber auch gegen die Sowjetunion und China, die Nordvietnam unterstützten.

⁶⁰⁸ Vgl. ausführlicher ebenda, S. 203-208.

⁶⁰⁹ Ebenda, S. 208f.

7.4.1 Politische Neuerungen in der Bundesrepublik: BRD im Wandel

Nach dem Ende der Ära Adenauer kam auch in die politische Landschaft der Bundesrepublik Bewegung. Sein Nachfolger Ludwig Erhard konnte zunächst aufgrund seiner Popularität als Architekt der sozialen Marktwirtschaft bei der Bundestagswahl 1965 einen Erfolg erzielen. Die Union legte gegenüber 1961 um 2,3 Prozent auf 47,6 Prozent zu und verfehlte nur um vier Mandate die absolute Mehrheit. Die SPD verbesserte mit Brandt als Kanzlerkandidaten ebenfalls das Ergebnis der vorherigen Wahl (1961: 36,2 Prozent) und konnte 39,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. In der CDU gab es in der ersten Hälfte der 1960er Jahre Bestrebungen, sich auf die neue gesellschaftliche Situation einzustellen. Erhards Schlagwort von der „Formierten Gesellschaft“ stieß u. a. jedoch wegen negativer Assoziationen auf wenig Gegenliebe der Öffentlichkeit.“⁶¹⁰

Kaum ein Jahr fungierte Erhard als Kanzler. Paradoxerweise scheiterte er in seinem ureigenen Fachgebiet, der Wirtschaftspolitik. Verschiedene Maßnahmen der Regierung Erhard (z. B. Verbesserung der Kriegsopferversorgung, zweimalige Erhöhung des Kindergeldes, Anhebung des Wohngeldes) hatten den Bundeshaushalt stark belastet.⁶¹¹ Diese Gesetze waren unter den Voraussetzungen beschlossen worden, dass sich das Wirtschaftswachstum weiterhin so positiv entwickeln würde. Die Rezession 1966/67 machte den Planern jedoch einen Strich durch die Rechnung.⁶¹² Der Sturz Erhards zeichnete sich ab, als keine Einigung mit der FDP über die Deckung des Haushalts zustande kam. Als ein Antrag der SPD, dass der Kanzler die Vertrauensfrage im Parlament stellen solle, auch von der FDP Unterstützung erhielt, wurde deutlich, dass Erhard keine Mehrheit mehr besaß. Nachdem die Verhandlungen zwischen allen Parteien angelaufen waren, kam die Bildung der Großen Koalition nach intensiven Gesprächen zwischen SPD und CDU relativ schnell zustande. Am 30. November 1966 trat Erhard nach langem Zögern zurück, sein Nachfolger Kurt-Georg Kiesinger (CDU) wurde am 1. Dezember gewählt.⁶¹³

⁶¹⁰ Hardach: Krise, S. 211.

⁶¹¹ Pötsch: Deutsche Geschichte, S. 144.

⁶¹² Vgl. zu den Ursachen der Rezession Kleßmann: Zwei Staaten, S. 197ff.

⁶¹³ Ebenda, S. 199f.

„War die Epoche Erhards eher ein Ausklang der Ära Adenauer, so kann die Zeit der Großen Koalition in mancher Hinsicht als ein Vorläufer der kommenden Entwicklung angesehen werden. Einerseits begannen sich in den 60er Jahren die weltpolitischen Fronten aufzulockern, andererseits entstand in fast allen westlichen Demokratien eine überwiegend jugendlich geprägte Protestbewegung, die in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen annahm. Beiden Entwicklungen passte sich die nachfolgende Regierung an. Der Zeitgeist stand auf Reform.“⁶¹⁴

Vordringliches Ziel der Großen Koalition war die Überwindung der Wirtschaftskrise, die in der Retrospektive diesen Namen eigentlich nicht verdiente, sondern eher als Stagnation des Wirtschaftswachstums betrachtet werden kann. Durch eine Reihe von Maßnahmen gelang es den für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Ministern (Karl Schiller von der SPD bzw. Franz-Josef Strauß von der CSU), in recht kurzer Zeit, das Vertrauen der Teilnehmer am Wirtschaftsleben wiederherzustellen, die Konjunktur wieder in Gang zu setzen und darüber hinaus die gesetzlichen Voraussetzungen für eine staatliche Global-Steuerung der Wirtschaft zu schaffen.⁶¹⁵ Darüber hinaus wurde eine Reihe von innenpolitischen Reformen in Angriff genommen.⁶¹⁶

Die aktive Konjunkturpolitik und endogene Stabilisierungsfaktoren wie der steigende Export führten zu einer raschen Überwindung der wirtschaftlichen „Krise“. Ende 1967 setzte eine wirtschaftliche Erholung ein, die 1968 in eine kräftige Expansion überging. Der Aufschwung von 1968/69 verband die hohen Wachstumsraten der 1950er Jahre mit der niedrigen Arbeitslosenquote der 1960er Jahre. Der Aufschwung brachte ausreichend Gelder in die öffentlichen Kassen, so dass die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden 1969 ausgeglichen werden konnten. Die Inflationsrate nahm nach einer zeitweiligen Stabilisierung 1969 wieder zu, blieb aber im ersten Jahr der Regierung Brandt immer noch unter dem Stand des letzten Jahres der Regierung Erhard.⁶¹⁷

⁶¹⁴ Jesse: Bundesrepublik, S. 104.

⁶¹⁵ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 202.

⁶¹⁶ So z. B. die Reform kommunaler Verwaltung, der Bau von Großsiedlungen an der Peripherie der Städte, Pläne für zahlreiche Kernkraftwerke mit der Perspektive, den Energiebedarf der Bundesrepublik zu einem erheblichen Anteil durch Atomstrom zu decken. Vgl. weiterführend Schildt: Wohlstand, S. 47f.

⁶¹⁷ Hardach: Krise, S. 215.

In der Außenpolitik setzte Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung den Akzent auf die Ostpolitik, die noch vor den Beziehungen zu den USA und Westeuropa stand. Kiesinger bot den Staaten des Warschauer Pakts, insbesondere der Sowjetunion, Gewaltverzichtsvereinbarungen an. Seiner Ansicht nach könne die Teilung Deutschlands nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung überwunden werden. Damit rückte die Bundesregierung von der bisherigen Linie ab, wonach die Wiedervereinigung erst die Voraussetzung für eine Entspannung bilden sollte. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (31. Januar 1967), die noch von der Regierung Erhard in die Wege geleitet worden war, untergrub die Bundesregierung de facto ihren eigenen Alleinvertretungsanspruch, auch wenn sie formal weiterhin daran festhielt,⁶¹⁸ denn Rumänien unterhielt diplomatische Beziehungen zur DDR. Zudem nahm die Bundesregierung in der Folgezeit die zehn Jahre zuvor abgebrochenen Beziehungen zu Jugoslawien wieder auf, das als blockfreier Staat nicht an die Moskauer Linie gebunden war.

Der „Alleingang“ Rumäniens erregte wiederum in Moskau und in Ost-Berlin Missfallen. Die Sowjetunion verpflichtete darauf hin die übrigen Warschauer Pakt-Staaten, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik nur dann aufzunehmen, wenn diese ein Maximalprogramm von Vorbedingungen erfüllte: Verzicht auf Atomwaffen, Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze und die Zustimmung zur Umwandlung West-Berlins in eine „selbständige politische Einheit“. Die Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau über ein Gewaltverzichtsabkommen wurden unterbrochen, als die Sowjetunion am 21. August 1968 durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes dem „Prager Frühling“ ein gewaltsames Ende setzte.⁶¹⁹

Auch in der Deutschland- und Ostpolitik setzten Kanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt neue Akzente. In der Regierungserklärung (13. Dezember 1966) hieß es, dass das Verhältnis zum „anderen Teil Deutschlands“ entkrampft und die menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Landsleuten gefördert werden sollten. Am Alleinvertretungsanspruch wurde jedoch ausdrücklich festgehalten. Gleichwohl war in den Folgejahren eine zu-

⁶¹⁸ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 151.

⁶¹⁹ Ebenda, S. 151f.

nehmende Aufweichung der Hallstein-Doktrin unübersehbar wie das Beispiel Rumänien zeigte.⁶²⁰

Ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zeichnete sich etwa ab 1967 ab. Der von der SED im Mai 1967 begonnene Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Kiesinger beinhaltete insofern eine neue deutschlandpolitische Strategie, als dass jetzt jeder Hinweis auf Gesamtdeutsches – wie noch in der Initiative zum Redneraustausch 1966 – und auf die Konföderationspläne der vergangenen Jahre fehlte. Das eigentlich Neue daran war, dass ein westdeutscher Regierungschef erstmalig überhaupt auf Vorschläge aus der DDR reagierte, und insofern, wie Kritiker des Kanzlers argwöhnten, einen ersten Schritt in Richtung auf eine staatliche Anerkennung der DDR unternahm.⁶²¹ Die Verhandlungsbereitschaft von westdeutscher Seite brachte die SED-Führung in eine unangenehme Situation, denn alle Abschlüsse mit der Bundesregierung unterhalb der völkerrechtlichen Anerkennung schwächten die eigene Legitimation und ließ zudem die Erwartungshaltung der eigenen Bevölkerung steigen.⁶²²

Dass die völkerrechtliche Anerkennung der DDR kaum noch zu vermeiden war, zeigte sich auch auf der internationalen Ebene. Bei einer Vielzahl von internationalen Organisationen konnte sich die DDR zunehmend berechtigte Hoffnungen auf eine Aufnahme ihrer entsprechenden Gliederungen machen. Die Aufnahmeanträge für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und für die UNESCO wurden nicht mehr wegen mangelnder Staatlichkeit der DDR abgelehnt, sondern nunmehr lediglich vertagt. Die formelle Aufnahme der DDR konnte von der Bundesregierung nur unter dem Hinweis verhindert werden, dass die Formalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses vorangehen solle.⁶²³ Nicht zuletzt die Entscheidung des IOC (1965), dass die DDR erstmals eine eigene Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1968 entsenden dürfe und die Anerkennung des NOK der DDR, kann als erster Durchbruch auf internationaler Ebene gewertet werden.

⁶²⁰ Glaab: Deutschlandpolitik, S. 244. Zum Teil war zur Zeit der Großen Koalition von einer „Allein-Sprecher-Berechtigung“ die Rede. Vgl. dazu Hacker, Jens: Grundlagenvertrag. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 417-430, hier S. 418.

⁶²¹ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 453.

⁶²² Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 260.

⁶²³ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 453.

Insgesamt lässt sich jedoch – neben dem sich formierenden Protestverhalten eines Teils der jungen Generation – ein allmählich einsetzender Wertewandel in den 1960er Jahren feststellen, der sich in der Ausrichtung auf Vergnügen, Erholung und Konsum niederschlug. Ralf Dahrendorf, zeitgenössischer Beobachter schreibt bereits 1961, dass „persönliches Erfolgsstreben, Freizeitorientierung, Konsumorientierung, Individualismus, betonte Ablehnung aller militärischen Disziplin, Sachlichkeit, Materialismus“ dominant geworden seien „im Gegensatz zur heroischen, gemeinschaftsbetonten, arbeitsamen Vergangenheit“.⁶²⁴ Utopien für eine „freie“ Gesellschaft hatten zunehmend Konjunktur, die Schriften der Befreiungsbewegung der so genannten „Dritten Welt“ (von Frantz Fanon bis Che Guevara) faszinierten, und die Frühschriften von Marx sowie vergessener „undogmatischer“ Marxisten, vor allem die wiederentdeckten Texte kritischer Theoretiker aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts, galten als nützlicher Theoriebestand, aus denen Ideen und Anleitungen für eine radikale Gesellschaftsveränderung entlehnt wurden.⁶²⁵

Nicht zuletzt die Ideen und Protestformen der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen beeinflussten die Studierenden in Westdeutschland. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten war durch antisemitische Übergriffe, die sich zum Jahreswechsel 1959/60 in der Bundesrepublik ereigneten, angestoßen worden.⁶²⁶ Sie wirkten als Katalysator für diejenigen Aufklärungs- und Umdenkprozesse, die schon in den Vorjahren begonnen hatten, als eine ganze Reihe von antisemitischen Vorfällen strafrechtliche Verfahren und auch die zunehmende Problematisierung von personellen Kontinuitäten die Frage ausgelöst hatten, inwieweit sich die westdeutsche Gesellschaft tatsächlich von ihrer Vergangenheit gelöst hatte.⁶²⁷ Es gilt mittlerweile als unstrittig, dass sich die meisten Mitglieder der NS-Funktionselementen zwischen 1949 und 1954 in die bun-

⁶²⁴ Zit. nach Schildt: Wohlstand, S.35.

⁶²⁵ Ebenda, S. 50.

⁶²⁶ In der Weihnachtsnacht 1959 wurde die erst wenige Monate zuvor in Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer eingeweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und der Losung „Deutsche fordern Juden raus“ beschmiert. Verantwortlich hierfür waren zwei junge Männer, die Mitglieder der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei waren. In den folgenden Wochen wurden mehr als 470 Nachfolgetaten registriert, was eine starke Bestürzung hervorrief. Vgl. Siegfried: Aufarbeitung, S. 81f.

⁶²⁷ Ebenda, S. 79.

desrepublikanische Wiederaufbaugesellschaft eingliedern konnten.⁶²⁸ Die Strategie der ersten Bundesregierungen, die einerseits die NS-belasteten Eliten größtenteils wieder integrierten, jedoch andererseits neonazistische Wiederbelebungsversuche strikt abwehrten, führte in der Konsequenz zu einem Verzicht auf eine konkrete Analyse der jüngsten Vergangenheit zugunsten des Wiederaufbaus und gesellschaftlicher Harmonie. Dieser Verdrängungsmechanismus funktionierte bis zum Ende der 1950er Jahre und führte dann jedoch ab Mitte der 1960er Jahren zu verschärften Konflikte insbesondere zwischen den Generationen.

7.4.2 Machtkonsolidierung in der DDR und Streben nach internationaler Anerkennung

Gemessen an den Veränderungen in der Bundesrepublik tat sich in der DDR wenig. Die Machthaber suchten ihre Herrschaft zu konsolidieren und bauten ihr Konzept des „konsultativen Autoritarismus“ weiter aus. Für ein wichtiges Signal nach außen sorgte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung: Im April 1968 hatte nach einer in der Bevölkerung breit inszenierten Diskussion die Volkskammer eine neue Verfassung verabschiedet, die die DDR als „sozialistischen Staat deutscher Nation“ kennzeichnete und dessen Volkswirtschaft als auf dem sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln beruhend und sich „gemäß der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ entwickelnd beschrieb.⁶²⁹ Der Führungsanspruch der SED wurde hiermit erstmals ausdrücklich formuliert. „Traditionelle bürgerliche Grundrechte wie Freiheit der Persönlichkeit, der Medien, des Glaubens, des Gewissens und das Recht auf Versammlungsfreiheit wurden zwar in der Verfassung garantiert. Die individuellen Rechte gegenüber dem Staat waren jedoch an die sozialistischen Grundsätze und Ziele der Verfassung gebunden, und diese bilden eine Art von höherem Recht, durch das Grundrechte eingeschränkt werden. Freiheit erhielt so, wie Ulbricht den Verfassungsentwurf erläuterte eine völlig andere Dimension.“⁶³⁰

In der neuen Verfassung fanden sich wichtige Elemente des SED-Programms von 1963 und auch Verweise auf die „gesamtdeutsche Komponente“ wieder. Erst in der revidierten Fassung von 1974 wurden alle Hinweise auf eine deutsche Nation

⁶²⁸ Ebenda, S. 78.

⁶²⁹ Sywottek: Gewalt, S.67.

⁶³⁰ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 340.

gestrichen. In der Verfassung vom 6. April 1968 wurde ferner das Recht auf Körperkultur, Sport und Erholung als Grundrecht aller Bürger der DDR verankert (Artikel 18, 25, 35 und 44).⁶³¹

In puncto Deutschlandpolitik vertrat die SED bis 1966 verschiedene Fassungen von Konföderationskonzepten in ihren offiziellen Verlautbarungen. Seit Mitte der 1960er Jahre rückte das Postulat nach einem deutsch-deutschen Normalisierungsvertrag, das implizit stets in den Föderationsvorschlägen enthalten war, in das Zentrum der Bemühungen. Für Juli 1966 wurde von Seiten der SED ein Redneraustausch angeregt – ein SPD-Vertreter sollte in Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz) sprechen, ein SED-Vertreter in Hannover. Der Plan eines Redneraustausches stieß sowohl innerhalb der Bevölkerung der DDR als auch in der Bundesrepublik auf eine positive Resonanz. Möglicherweise war dies von der SED unterschätzt worden. Eventuell hatte die SED auch von der SPD einen deutlicheren deutschlandpolitischen Kurswechsel erwartet, der jedoch erst später auf dem Parteitag in Dortmund mit der Formulierung vom „geregelten Nebeneinander“ eintrat. Innerhalb der Parteispitze der SED kam es über die Durchführung des Austausches zu Auseinandersetzungen.⁶³²

Durch das westdeutsche politische Strafrecht, das eine Verfolgung von Kommunisten in der Bundesrepublik vorschrieb, war der Handlungsspielraum der Bonner Politiker stark eingeschränkt gewesen. Mit dem nun vom Bundestag verabschiedeten „Gesetz über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“, das den Verfolgungszwang der Staatsanwaltschaft verringerte, wurde zwar eine neue Rechtslage geschaffen, zugleich bekam die SED-Führung damit jedoch einen propagandistisch willkommenen Vorwand geliefert, das unbequeme und politisch riskante Experiment eines Redneraustausches ohne allzu großen Gesichterverlust zwei Wochen zuvor abzusagen. In der Begründung der SED hieß es, das Gesetz sei ein Versuch Bonns, den von der SED gewünschten Austausch zu torpedieren.⁶³³

⁶³¹ Budzisch, Margot: Zur Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Sports – Chancen und Grenzen. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 77-83, hier S. 77.

⁶³² Kleßmann: Zwei Staaten, S. 451.

⁶³³ Ebenda, S. 452.

Die westdeutschen Versuche, an der DDR vorbei die Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten zu verbessern, bedeuteten für die DDR-Regierung die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung, der sie mit der Formulierung der so genannten „Ulbricht-Doktrin“ erfolgreich entgegenarbeitete. Ihr zufolge sollten Beziehungen zu Bonn nur unter Berücksichtigung der vitalen DDR-Interessen nach völkerrechtlicher Anerkennung möglich sein. Dass sich die politische Führung der DDR mit diesem Prinzip durchsetzte und somit für weitgehende außenpolitische Geschlossenheit des „sozialistischen Lagers“ sorgte – abgesehen von Rumänien, das 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnahm –, war jedoch nur möglich, weil diese Geschlossenheit auch von der Sowjetunion gewünscht wurde, die durch eine etwaige Uneinigkeit des „Ostblocks“ ihr imperiales Herrschaftsgefüge gefährdet sah. 1968 wurde durch die gewaltsame Intervention von Armeen des Warschauer Pakts in der ČSSR diese Interessenidentität besonders deutlich.⁶³⁴

In Bezug auf ihr Verhältnis zur Bundesrepublik betrieb die DDR eine „Politik der kleinen Nadelstiche“. Mit gesetzlichen Maßnahmen versuchte sie, deutsch-deutsche Kontakte zu behindern. In diesem Zusammenhang sind u. a. die Einführung eines Devisenzwangsumtauschs (November 1964), die Verabschiedung des „Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der DDR“ (Februar 1967) und zahlreiche weitere Erschwernisse für die Ein- und Ausreise von Besuchern Ost-Berlins sowie den Transitverkehr durch den Erlass einer neuen Reise- und Passverordnung im Juni 1968 zu nennen.⁶³⁵ Wie schon erwähnt, wurde der im Frühjahr 1966 mit der SPD vereinbarte Redneraustausch kurzfristig von der SED abgesagt. Im selben Jahr riskierte Ulbricht mit der Formulierung der „Ulbricht-Doktrin“ einen schweren blockpolitischen Konflikt. Als Rumänien unter Ignorierung der Doktrin diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnahm, erschütterte dies das Verhältnis zwischen Bukarest und Ost-Berlin schwer. Ulbrichts Kurs wurde auf dem VII. Parteitag der SED (1967) bestätigt. Der Generalsekretär bezeichnete nun die „Vereinigung“ als „nicht real“ und als „erst im Sozialismus möglich“. Als ein Jahr später die neue Verfassung der DDR verabschiedet wurde (April 1968), kam in Art. 1, Abs. 1 zwar noch die „Einheit der Nation“ vor, doch in der Präambel wurde bereits vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik“ gesprochen.⁶³⁶

⁶³⁴ Ebenda, S. 435.

⁶³⁵ Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 258f.

⁶³⁶ Ebenda, S. 259.

Während sich die SED bemühte, alle gesellschaftlichen Bereiche gemäß ihrer politischen Linie zu „durchherrschen“, nahmen die evangelischen und die katholische Kirchen im politischen und gesellschaftlichen System der DDR eine Sonderstellung ein. Sie ließen sich als einzige Großorganisation mit traditionsreichen gesamtdeutschen und internationalen Bindungen nicht in die sozialistische Gesellschaft einbinden. Durch die finanziellen und materiellen Transferleistungen der westdeutschen Schwesterkirchen besaßen die Kirchen in der DDR immer eine erhebliche ökonomische Bedeutung für den ostdeutschen Staat.⁶³⁷ Trotz aller Loyalitätsbekundungen zum Staat stellten sie dank ihrer prinzipiell gesicherten Eigenständigkeit auch ein gewisses Resistenzpotential dar. Die evangelischen Kirchen bildeten bis zur Gründung eines eigenen „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ (BEK 1969) die stärkste gesamtdeutsche Klammer, nachdem bis auf ganz wenige Ausnahmen im Kulturleben (wie die Goethe-Gesellschaft) alle übrigen ehemals gesamtdeutschen Organisationen schon längst in Ost und West geteilt worden waren.⁶³⁸

Dass die Abschottung der DDR gegen Westen durch den Bau der Mauer nicht absolut funktionierte, zeigte sich daran, dass sich auch nach 1961 Musik und Moden aus dem Westen weiterhin ungebrochener Beliebtheit bei den Jugendlichen in der DDR erfreuten. Zwar zog eine empirische Erhebung unter Jugendlichen verschiedener Schultypen von 1962 eine positive Bilanz hinsichtlich der Einstellung zum sozialistischen Staat, aber Anspruch und Wirklichkeit klafften im Freizeitverhalten trotzdem erheblich auseinander. Die ab den 1960er Jahren verstärkt durchgeführten Meinungsumfragen in der DDR zeigten, dass sich im Freizeitverhalten von Jugendlichen recht eindeutige Präferenzen herausgebildet hatten. Zwar differieren nach Kleßmann die Einzelbefunde, doch wurde deutlich, dass Fernsehen, Kino, Musik, Lesen, Sport (in variierender Reihenfolge) an der Spitze der Freizeitbeschäftigungen lagen und auch „Leerlauf“ (was man in der heutigen Jugendsprache vermutlich „abhängen“ oder „chillen“ nennen würde) einen großen Anteil des Freizeitbudgets ausmachte. Nach wie vor führten westliche Musikstile, die auch die DDR erreichten, zu Streitigkeiten zwischen Jugendlichen und den Hütern des angepassten Freizeitverhaltens. So beschäftigte das Thema „Twist“ mehrere

⁶³⁷ Maser: Kirchen, S. 17.

⁶³⁸ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 395. Vgl. weiterführend ebenda, S. 395ff.

Ausgaben des FDJ-Organs „Junge Generation“. Ferner wurde versucht, die Leser vom niedrigen Niveau westlicher Schlager zu überzeugen.⁶³⁹

Die sportive Praxis in der DDR wurde im Kontext von Betrieb, Wohngebiet und Urlaubsort zu einem prägenden Muster des Freizeit- und Erholungssports. „Zentren und Einrichtungen für aktive Erholung und Gesundheitssport“ sollten zu Kernelementen dieses Sportbereiches werden, sie konnten jedoch vor allem aus finanziellen Gründen nur in Ost-Berlin, Leipzig und in den großen Bezirksstädten eingerichtet werden.⁶⁴⁰ Durch die internationalen Erfolge ostdeutscher Spitzensportler verschlang die Leistungssportförderung der DDR immer mehr finanzielle und personelle Mittel und stieß dabei an ihre Grenzen, was insgesamt zu Lasten des Breitensports ging.

7.5 Zusammenfassung

Nicht nur im politischen Bereich kam in dieser Zeitspanne einiges in Bewegung, sondern auch im internationalen Sport. Die Verhandlungsposition der ostdeutschen Sportführung hatte sich in einer Weise verbessert, dass sie es sich leisten konnte, das Ansinnen des IOC, wiederum für die Olympischen Spiele 1968 die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften anzuordnen, schlichtweg ablehnte. Vorausgegangen waren weitere Aufnahmen von DDR-Fachsektionen in die internationalen Sportverbände. Über die Motive lässt sich allerdings nur spekulieren. Wahrscheinlich ist, dass einige Vertreter des internationalen Sports in Anbetracht der Teilung Deutschlands gesamtdeutsche Mannschaften entweder als zynisch empfanden oder ganz pragmatisch die politische Realität der Teilung mit allen daraus folgenden Konsequenzen anerkannten.

Je mehr die DDR auf ihre Anerkennung und die Entsendung eigener Mannschaften pochte, desto williger unterstützten Vertreter der Bundesregierung in Abstimmung mit dem DSB gesamtdeutsche Mannschaften. Jegliche internationale Anerkennung einer irgendwie gearteten Institution sollte nach Willen der Bundesregierung verhindert werden. Die Obstruktionspolitik der westdeutschen Sportführung ging jedoch nicht auf, denn das ostdeutsche NOK wurde im Oktober 1965 vom

⁶³⁹ Ebenda, S. 415f.

⁶⁴⁰ Hinsching: Freizeit- und Erholungssport, S. 18.

IOC anerkannt, da die ostdeutsche Sportführung betont hatte, dass die Regelung mit dem Komitee der Westdeutschen als nicht mehr annehmbar zu betrachten sei. Trotzdem entschied sich das IOC zu diesem Zeitpunkt für einen Kompromiss: zwei separate deutsche Mannschaften, die jedoch unter derselben Flagge und mit derselben Hymne antreten sollten. Ob dies ein fauler Kompromiss war oder der verzweifelte Versuch, es doch beiden Seiten recht zu machen, konnte nicht geklärt werden. Fest steht, dass das IOC im Laufe seiner Existenz auch politische Entscheidungen traf und sich nicht nur auf die rein sportlichen Aspekte beschränkte wie das Beispiel Südafrika zeigte.

Der deutsch-deutsche Sportverkehr wurde zwar wieder aufgenommen, aber die Sportkontakte waren eher spärlich. Die SED-Führung hatte das Interesse an dieser Sportebene verloren, da es nicht mehr in das politische Kalkül des Strebens nach internationaler Anerkennung passte. Dafür war der deutsch-deutsche Sportverkehr nicht geeignet und er barg zudem die Gefahr eines Imageverlusts, wenn die Leistungen auf dieser Ebene nicht so herausragend waren wie in den besonders geförderten Leistungssportarten. Darüber hinaus fürchteten die SED-Verantwortlichen, dass Sportler aus der DDR Sportveranstaltungen im Westen als Gelegenheit zur Flucht ergreifen könnten. Ferner knüpfte die DDR an die Normalisierung der Sportkontakte, dass sich zuvor die politischen Kontakte normalisierten, denn offiziell wurde auf den deutschen Regierungsebenen noch immer nicht miteinander gesprochen.

International war die politische Situation durch den Vietnam-Krieg bzw. die vom Westen vertretene Domino-Theorie in diesem Zeitraum wieder recht angespannt. In der Bundesrepublik suchte die neue Regierung Kiesinger/Brandt eine ganz vorsichtige Annäherung an den Osten, um das Verhältnis zu entkrampfen. Offiziell hielt auch die Große Koalition am Alleinvertretungsanspruch fest, aber de facto wurde die Hallstein-Doktrin selbst unterlaufen und damit aufgeweicht (z. B. durch die Aufnahme diplomatischer Kontakte mit Rumänien). Das brachte die DDR in eine schwierige Situation, denn jedes Entgegenkommen der Bundesrepublik gefährdete die eigene Position im Warschauer Pakt. Die SED-Führung ersann daher die so genannte „Ulbricht-Doktrin“, die darauf pochte, dass nur bei Anerkennung der DDR als Staat diplomatische Kontakte aufgenommen werden dürften. So soll-

te die „Ostblock-Staaten“ auf Kurs gehalten werden. Etwa zeitgleich zeigte sich eine Politisierung der westlichen Jugend und Studentenschaft.

Insgesamt war das deutsch-deutsche Verhältnis noch recht angespannt, aber es gab durchaus ganz vorsichtige Tendenzen der Annäherung. Die Kirchen, Mode und Musik und nicht zuletzt durch den Sport sorgten dafür, dass weiterhin deutsch-deutsche Kontakte bestanden. Es war das alte Spiel von Annäherung und Abgrenzung, das das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik kennzeichnete. Zum Ausgang der 1960er Jahre brachen durch den Regierungswechsel in Bonn und durch die Bewerbung Münchens für die Olympischen Spiele 1972 viele alte Muster auf.

8. Die Komplettierung der deutschen Teilung im Sport 1972

Die politisch als auch die sportpolitischen Prozesse zum Ausgang der 1960er Jahre, die letztlich zur Entsendung von zwei sportsouveränen deutschen Mannschaften zu den Olympischen Spielen 1972 führten, markieren eine Zäsur in der politik- und auch in der sportgeschichtlichen Entwicklung. Im Folgenden wird dem Schema folgend die Entwicklung auf der olympischen Ebene verfolgt. Hieran schließt sich eine Betrachtung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen an, die im folgenden Abschnitt in den politikgeschichtlichen Kontext gebettet werden. Insbesondere in diesem Zeitabschnitt kommt es zu vielen Überschneidungen der Bereiche Politik und Sport.

8.1 Das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaften 1972

Als ein Ergebnis der IOC-Session in Mexico City (12. Oktober 1968) wurde dem NOK der DDR (mit 44:4 Stimmen) zugesagt, dass ihre Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München mit vollständigem Protokoll (Staatsflagge, Becher-Hymne und Hammer-und-Zirkel-Emblem) an den Start gehen dürfe.⁶⁴¹

⁶⁴¹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 330.

Vor dem Hintergrund der in München 1972 stattfindenden Olympischen Spiele wurde es nun für die Bundesregierung vordringlich, die rechtlichen Hindernisse zu überdenken und gegebenenfalls aus der Welt zu schaffen, die der Durchführung des staatlichen Protokolls der DDR bei den Spielen entgegenstanden. Anderenfalls hätte es zu Streitigkeiten mit dem IOC kommen können, das in einem solchen Fall mit dem Entzug der Spiele drohen könnte.

Nachdem der BGH am 9. Februar 1968 sein Grundsatzurteil vom März 1961, in dem die Verfassungsfeindlichkeit des DTSB festgestellt worden war, faktisch wieder aufgehoben hatte, entschloss sich die Bundesregierung am 18. Dezember 1968, Fahne und Hymne der DDR und damit das gesamte staatliche Protokoll der DDR bei Siegerehrungen bei den Olympischen Spielen 1972 in München zu akzeptieren. Am 22. Juli 1969 ging die Bundesregierung noch einen Schritt weiter und garantierte, die Protokollbestimmungen der DDR bei allen anderen Veranstaltungen der internationalen Sportföderationen zu beachten. Sie wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Einhaltung dieser Regeln und ihre Duldung durch die staatlichen Stellen ohne Bedeutung für ihre Politik der Nichtanerkennung der DDR seien.⁶⁴²

Unmittelbar nachdem sich das IOC für München als Austragungsort der Spiele entschieden hatte, startete die DDR eine scharfe Propaganda-Kampagne gegen den „Klassenfeind“.⁶⁴³ „Auf dem Boden des als Hauptgegner der sozialistischen DDR bekämpften Westdeutschland sollte Ostdeutschland nach dem Willen der SED-Spitze nicht nur als eigenständiger Staat, sondern als eigenständige sozialistische Nation in Erscheinung treten.“⁶⁴⁴ Trotzdem vermied die SED-Führung einen direkten Konfrontationskurs gegen die Münchener Spiele, denn die Bundesregierung und das westdeutsche NOK würden erstmals in großem Rahmen den öffentlichen Auftritt einer DDR-Auswahl samt Flagge und Hymne hinnehmen

⁶⁴² Ebenda, S. 209. Vgl. auch Pfeiffer: Boykottdiskussionen, S. 38.

⁶⁴³ Vgl. hierzu Höfer, Andreas: Aus der Propagandaabteilung des DDR-Sports: Die Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 169-193, hier S. 182.

⁶⁴⁴ Staadt, Jochen: Die SED und die Olympischen Spiele 1972. In: Schroeder, Klaus (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Berlin 1994, S. 211-232, hier S. 211.

müssen – und das im eigenen Land.⁶⁴⁵ Nichtsdestotrotz wurde im Vorfeld der Spiele propagandistisch vehement agitiert. Um nicht international als „Störenfried“ betrachtet zu werden, wurde die Polemik von Seiten der DDR gegen München unmittelbar vor den Spielen eingestellt.⁶⁴⁶ Ferner gab es auch Absprachen mit den anderen sozialistischen Ländern, wie z. B. darüber, dass die Streckenführung für den olympischen Fackellauf nicht über das Territorium dieser Staaten führen dürfe. Damit sollte die Aufwertung der Münchener Olympischen Spiele und vor allem des Veranstalterlandes verhindert werden.⁶⁴⁷

Zudem wurde in der DDR eine Neustrukturierung des Leistungssports vorgenommen; es fand nunmehr eine absolute Konzentration auf medaillenträchtige Sportarten statt. In der Folge mussten ehemals geförderte Sportarten auf die Unterstützung vom Staat verzichten. Die Sportler wurden „ausdelegiert“. In Bezug auf die Umstrukturierung des Leistungssports kann die Zeit zwischen 1967-1970 als eine Art Beschleunigungsphase gelten, denn der Einsatz der Mittel wurde verdoppelt, während die Anzahl der Sportarten, die eine spezielle Förderung erhielten, reduziert wurde. Verstärkt wurde die Sportwissenschaft in die Vorbereitungen eingebunden (Trainingslehre, Sportmedizin etc.) und vom MfS überwacht. Darüber hinaus intensivierte die Staatssicherheit generell ihre Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports mit dem Ziel diesen flächendeckend zu überwachen.⁶⁴⁸ Die Olympiakader wurden „politisch auf Linie gebracht“, geschult und sollten gar zum Hass erzogen werden. In einem Protokoll des Politbüros des ZK der SED vom 8. April 1969 heißt es: „[...] Durch wirksame Mittel und Methoden sind der Haß gegen den Imperialismus zu entwickeln und unsere Sportler zu befähigen, das Wesen der imperialistischen Politik immer besser zu erkennen und daraus persönliche Konsequenzen für ihr klassenmäßiges Verhalten abzuleiten.“⁶⁴⁹ Inwiefern diese Absicht der SED-Spitze tatsächlich umgesetzt wurde und wie sich die Sportler der DDR tatsächlich verhielten, darüber ist nichts Genaues bekannt.

⁶⁴⁵ Staadt irrt, wenn er schreibt, dass die Westabteilung des ZK der SED es 1966 für sinnvoll hielt, dass sich das NOK der DDR und der DTSB nicht öffentlich gegen München aussprechen sollten, um die Entscheidung des IOC über die Entsendung eines eigenen DDR-Teams zu den Spielen 1968 nicht zu gefährden. Dieser Beschluss, dass zwei deutsche Teams in Mexiko starten dürften, war bereits im Oktober 1965 in Madrid gefallen. Vgl. Staadt: SED und die Olympischen Spiele, S. 213.

⁶⁴⁶ Teichler: Leistungssportsystem, S. 386.

⁶⁴⁷ Staadt: SED und die Olympischen Spiele, S. 214. Ausführlicher zu den koordinierten Maßnahmen der sozialistischen Staaten, ebenda, S. 226-228.

⁶⁴⁸ Ebenda, S. 224ff.

⁶⁴⁹ Zitiert nach Staadt: SED und die Olympischen Spiele, S. 220.

Die Vorgaben der SED-Führung für die ostdeutsche Presse wurden entsprechend geändert.⁶⁵⁰ Aber auch von Seiten der Bundesrepublik wurde gegen das Sportsystem der DDR polemisiert. So fand sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 22. Juni 1972 eine Zeitungsanzeige der westdeutschen Sporthilfe, die einen entspannt auf dem Rasen liegenden Sportler, bekleidet mit dem offiziellen Trainingsanzug der DDR, zeigt. Die Überschrift lautet: „Die Sporthilfe ist Gold wert: Unterstützt sie jetzt für München!“ Als Bildunterschrift ist zu lesen: „Er hat gut lachen. Denn er geht gut vorbereitet an den Start. Seit vielen Jahren trainiert er intensiv für München '72. Mit der vollsten Unterstützung von allen Seiten. Durch Geld, Trainer, Verpflegung. Und er braucht seinen Chef nicht zu fragen, ob er einen halben Tag frei kriegt. In anderen Ländern regelt alles der Staat. Wir bevorzugen die freie Bürger-Initiative. Deshalb Sporthilfe.“⁶⁵¹

Die Spiele selbst wurden von dem Anschlag einer palästinensischen Terrororganisation auf das olympische Dorf in München überschattet. Auch in der DDR nahm das Thema in der Presse einen breiten Raum ein, indem der Anschlag als Beleg für die gegen die BRD gehegten Vorbehalte angeführt wurde, dass in der Bundesrepublik und gerade in München störungsfreie Spiele nicht gewährleistet werden könnten. Ein sofortiger Abbruch der Spiele wurde hingegen in der Presse nicht gefordert.

Lehmann zieht daraus den Schluss, dass die Teilnahme an den Spielen von der DDR als politisch bedeutsamer eingestuft wurde als eine demonstrative Abreise der DDR und anderer Ostblockmannschaften.⁶⁵² Gegen diese Schlussfolgerung spricht, dass die SED-Führung unmittelbar nach Bekanntwerden des Attentates dem Delegationsleiter des DDR-Teams, Manfred Ewald, telefonisch übermitteln ließ, aus Sicherheitsgründen abzureisen. Ewald widersetzte sich dem Drängen der SED-Führung und Sportler aus der DDR setzen die Wettkämpfe fort.⁶⁵³

In München gelang den Athleten aus der DDR ihr in der Gesamtwertung bislang größter Erfolg. Mit 20 Gold-, 23 Silber- und 23 Bronzemedailen belegte die DDR

⁶⁵⁰ Vgl. zur Presselenkung im Sport Teichler: Leistungssportsystem, S. 366f. bzw. zur Presselenkung allgemein S. 357ff. Vgl. auch Staat: SED und die Olympischen Spiele, S. 230f. Ferner Reinartz, Klaus: Das manipulierte Echo. Presselenkung am Beispiel von Olympia 1972. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 90-97.

⁶⁵¹ Zitiert nach Staat: SED und die Olympischen Spiele, S. 224.

⁶⁵² Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 345.

⁶⁵³ Spitzer: Verhandlungspartner NOK der DDR, S. 108.

im inoffiziellen Medaillenspiegel hinter der UdSSR und den USA den dritten Platz vor der Bundesrepublik, die den vierten Platz belegte mit dreizehnmal Gold, elfmal Silber und sechzehnmal Bronze.⁶⁵⁴

Die Zulassung von zwei deutschen Mannschaften bedeutete keinesfalls das Ende der Systemauseinandersetzung auf der sportlichen Ebene. Fortan ging es darum, mittels sportlicher Erfolge die Überlegenheit und Leistungsfähigkeit des eigenen Gesellschaftssystems zu demonstrieren. Eine Herausforderung von Seiten der DDR, die die Bundesrepublik annahm und die bereitwillig von den Medien aufgegriffen wurde. Allerdings waren die sportlichen Erfolge für die DDR wichtiger, da sie auf anderen Gebieten (wie z. B. der Wirtschaft) international keineswegs konkurrenzfähig war. Beide Seiten strebten danach, das „bessere Deutschland“ zu repräsentieren. Oder wie Guttman es formuliert: „Since this was the debut of the German Democratic Republic competing in its own uniforms with its own flag and anthem, the games also became a symbolic battle for the claim to represent the ‚real‘ Germany.“⁶⁵⁵

Während auf der olympischen Ebene die „Fronten“ nun leidlich geklärt waren, stellt sich die Frage, wie sich der Annäherungsprozess der beiden deutschen Staaten auf die deutsch-deutschen Sportkontakte auswirkte.

8.2 Keine Normalisierung der deutsch-deutschen Sportkontakte

Auf den unteren Leistungsebenen kam es – wie weiter oben bereits skizziert – zu weitaus weniger Sportkontakten als noch eine Dekade zuvor. Nachdem am 4. Februar 1970 die zwischen Bund und Ländern getroffene Vereinbarung vom November 1959, die das öffentliche Zeigen von DDR-Symbolen, insbesondere der so genannten „Spalterflagge“, in der Bundesrepublik verbot, durch die Innenministerkonferenz in Hagen aufgehoben wurde und sich die Bundesregierung am 12. März 1970 mit diesem Beschluss der Innenminister, gegen das Zeigen der DDR-Symbole nicht mehr polizeilich vorzugehen, einverstanden erklärt hatte, waren auf westdeutscher Seite die letzten diskriminierenden Beschlüsse gegen die DDR aufgehoben worden.⁶⁵⁶ Die Aufhebung der Restriktionen war nicht zuletzt vor dem

⁶⁵⁴ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 345.

⁶⁵⁵ Guttman: The Games, S. 250.

⁶⁵⁶ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 214.

Hintergrund des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph Kassel notwendig geworden.

Die behutsame deutsch-deutsche Annäherung ermutigte nun auch den DSB, wiederum Verbindungen zu seinem ostdeutschen Pendant aufzunehmen. Das DSB-Präsidium ermächtigte seinen Präsidenten Daume, DTSB-Präsidenten Ewald zu einer gemeinsamen Besprechung am 27. März 1970 nach München einzuladen (Brief vom 10. Februar 1970). Schließlich einigten sich DSB und DTSB auf den Termin 2. Juli 1970 in Halle/Saale.⁶⁵⁷ Vor Verhandlungsbeginn verstärkte die DDR-Führung ihre sportpolitische Abgrenzung von der Bundesrepublik, die Eigenstaatlichkeit der DDR wurde stets betont. Bei dem Treffen in Halle wurde die Delegation des DSB scharf verbal von den Vertretern des DTSB attackiert (Diskriminierung des DDR-Sports durch den DSB, „Alleinvertretungsanmaßung“, „Abwerbung“ von DDR-Sportlern⁶⁵⁸ etc.), die dazu Stellung bezogen und ihrerseits den DTSB der politischen Agitation im Sport beschuldigten. Der sich erst seit kurzem im Amt befindliche neue DSB-Präsident, Wilhelm Kregel, trug eine Grundsatzerklärung des DSB zur Normalisierung der Sportbeziehungen vor, die nochmals die Bereitschaft unterstrich, mit dem DTSB auf der Grundlage der Gleichheit und Gleichberechtigung zu verkehren. Ferner unterbreitete er dem DTSB Angebote, die zuvor vom DSB-Präsidium (10. Januar 1970) beschlossen worden waren. Während eine Reihe von Vorschlägen in die Richtung zielten, Kontakte mit der DDR in den sportwissenschaftlichen und -technischen Bereichen aufzunehmen, wie sie mit zahlreichen anderen ausländischen Sportleitungen gepflegt wurden, zeigten folgende Vorschläge, dass der DSB Kontakte besonderer Art mit dem DTSB unterhalten wollte. Dazu gehörten repräsentative Wettkämpfe auf regionaler Ebene, gemeinsame Vorbereitungslehrgänge mit abschließenden Wettkämpfen und ein Zusammenwirken bei den Olympischen Spielen 1972, z. B.

⁶⁵⁷ Brandt hatte inzwischen bei seinem Treffen mit Stoph in Kassel (21. Mai 1970) als Verhandlungsvorschlag eine 20-Punkte-Erklärung vorgebracht, in der er unter Punkt 17 das Angebot unterbreitete, auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports im Interesse des gegenseitigen Vorteils zu intensivieren und zu erweitern sowie Verhandlungen über die Einzelheiten aufzunehmen. Dieser Vorschlag wurde später tatsächlich in ähnlicher Form in den Grundlagenvertrag aufgenommen. Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 217.

⁶⁵⁸ In welchem Umfang tatsächlich Sportler aus der DDR durch sportliche und materielle Anreize durch westliche Sportvertreter abgeworben wurden, konnte nicht ermittelt werden. In der DDR wurde der Begriff „Abwerben“ jedoch auch zur Verschleierung von „republikflüchtigen“ Sportlern verwendet.

im Staffellauf.⁶⁵⁹ Daume und Kregel stellten mehrfach die Zuständigkeit des DSB für den Landessportbund West-Berlin heraus. Letztlich endete die Verhandlungsrunde in Halle ohne konkrete Ergebnisse. Der DSB lud den DTSB zu einem nächsten Verhandlungstermin (7. Oktober 1970) nach München ein. Dieser Termin wurde vom DTSB auf den 20. November 1970 verschoben, da – so vermutet Lehmann – zunächst die noch nicht absehbaren Entwicklungen des deutsch-deutschen Dialogs auf Regierungsebene abgewartet werden sollten.⁶⁶⁰

Zum Jahreswechsel 1970/71 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Sportführungen. Der Grund dafür war wiederum in den Streitigkeiten um den Status Berlins, die Frage nach der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik, zu suchen. Ende März 1970 hatten die Viermächteverhandlungen über Berlin begonnen. Am 13. Januar 1971 sah sich der DSB dazu veranlasst, eine „Berlin-Erklärung“ abzugeben, in der die Zugehörigkeit des LSB Berlin zum DSB nochmals unterstrichen und ferner betont wurde, künftig auf West-Berlin als Veranstaltungsort für internationale Wettbewerbe verzichten zu wollen. Insgesamt wirkte sich die „Berlin-Frage“ negativ auf die deutsch-deutschen Sportbeziehungen aus. So sagte z. B. die bundesdeutsche Nationalmannschaft der Sportschützen einen geplanten Länderkampf in Moskau ab, da zwei West-Berliner Mannschaftsmitgliedern die Einreise in die UdSSR verweigert wurde. Der deutsch-deutsche Sportverkehr erreichte insgesamt zu Beginn des Jahres 1971 einen neuen Tiefpunkt: 1970 waren lediglich 19 Sportbegegnungen mit insgesamt 224 Teilnehmern durchgeführt worden. Westdeutsche Vereine, die sich bemühten Veranstaltungen mit ostdeutschen Sportgemeinschaften durchzuführen, erhielten i. d. R. eine Absage von Seiten der DDR.⁶⁶¹

Bis 1973 ruhten der deutsch-deutsche Sportverkehr und der Dialog zwischen dem DSB und dem DTSB. Nach Lehmann kam der nächste Anstoß zur Wiederbelebung der Sportkontakte durch die Paraphierung des Grundlagenvertrages am 8. November 1972. In Bezug auf den Sport ist der Passus von Belang, dass sich beide deutsche Regierungen bereit erklärten, „im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln“ und Abkommen zu

⁶⁵⁹ Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 215ff.

⁶⁶⁰ Ebenda, S. 220.

⁶⁶¹ Ebenda, S. 222.

schließen, „um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil“ die Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet des Sports zu regeln. Ferner erklärten beide Regierungen ihre Bereitschaft, die zuständigen Sportorganisationen bei den Absprachen zur Förderung der Sportbeziehungen zu unterstützen. Die Frage nach der Zugehörigkeit der Berliner Sportler konnte auch durch den Grundlagenvertrag nicht abschließend geregelt werden. Die „Berlin-Frage“ war letztlich für das Scheitern der wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen DSB und DTSB im März 1973 in Dresden verantwortlich. Auch weitere Treffen in diesem Jahr blieben ohne Ergebnis. Es kam nur noch zu elf deutsch-deutschen Sportbegegnungen.⁶⁶² Auf Wunsch des DSB fand am 11. September 1973 in Bonn ein Gespräch mit Egon Bahr und dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, unter Vorsitz von Bundesinnenminister Genscher statt. Die Vertreter des DSB baten die Bundesregierung, in Verhandlungen mit der Regierung der DDR die Voraussetzungen für eine zwischen dem DSB und dem DTSB abzuschließende Vereinbarungen zu schaffen.

Jedoch brachten Verhandlungen zwischen Bahr und seinem ostdeutschen Amtskollegen Kohl und ab Ende 1973 zwischen den designierten Leitern der Ständigen Vertretungen Gaus (Bundesrepublik) und Nier (DDR) in Bezug auf den Sport kein zeitnahes Ergebnis. Erst nach der Unterzeichnung eines Protokolls über die Errichtung Ständiger Vertretungen (14. März 1974) und der vertraglichen Fixierung, dass die Bundesregierung für West-Berlin zuständig sei, wurde auch im Bereich des Sports eine Annäherung möglich.⁶⁶³ Nach etlichen Schwierigkeiten konnte nunmehr durchgesetzt werden, dass der DSB für den Landessportbund West-Berlins zuständig sei. Im Mai kam es zu abschließenden Verhandlungen über ein deutsch-deutsches Sportabkommen zwischen dem DSB und dem DTSB.⁶⁶⁴ Zur weiteren Entwicklung bleibt festzuhalten, dass zwar eine Übereinkunft getroffen wurde, die Quantität des deutsch-deutschen Sportverkehrs jedoch nie wieder den Stand der 1950er Jahre erreichte. Trotz aller Vereinbarungen waren die Beziehungen nicht „normal“, gemessen an dem Sportverkehr, den der DSB und auch der DTSB mit anderen Ländern unterhielten.

⁶⁶² Vgl. dazu ebenda, S. 224ff.

⁶⁶³ Ebenda, S. 229f.

⁶⁶⁴ Vgl. zu Schwierigkeiten – auch wiederum in der „Berlin-Frage“ – bei den Verhandlungen Lehmann: Internationale Sportbeziehungen, S. 233ff.

8.3 Die Welt im Umbruch – politische Hintergründe bis 1972

Die ausgehenden 1960er Jahre brachten viele politische und gesellschaftliche Veränderungen weltweit mit sich. In vielen westlichen Industrienationen formierten sich Protestbewegungen gegen politische Missstände in der Welt und nicht zuletzt gegen den Krieg in Vietnam. Insgesamt schärfte sich das politische Bewusstsein weiter Teile der Gesellschaft, die politisch Einfluss nehmen wollten. Die Kritik an globalen Entwicklungen, Kriegen etc. führte auch dazu, dass Entwicklungen im eigenen Land kritischer betrachtet und kommentiert wurden. Im Folgenden wird die internationale politische Konstellation kurz skizziert, da sie auch auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zurückwirkte und einzelne politische Prozesse in der Bundesrepublik und in der DDR beeinflusste. Insbesondere durch den Regierungswechsel in Bonn wurde unter Kanzler Brandt das Verhältnis zum deutschen Nachbarstaat neu bestimmt.

8.3.1 Internationale politische Konstellation: Die Zeichen stehen wieder auf Entspannung

Der Krieg in Vietnam belastete die Beziehungen zwischen den Supermächten ganz erheblich. Erst als die US-Militärs 1968 einräumten, nicht zuletzt unter Einfluss des massiven Drucks der Bürgerrechtsbewegungen im eigenen Land, der Krieg in Vietnam sei nicht zu gewinnen und Johnson gleichzeitig seinen Verzicht auf eine zweite Präsidentschaftskandidatur bekannt gab, war der Weg für eine politische Entspannung zwischen Ost und West frei.

Anders als der Kalte Krieg, der den machtpolitischen und ideologischen Gegensatz zwischen Ost und West als gegeben, sogar als unvermeidlich hingenommen und lediglich den Gegner durch die Bereitstellung eines starken militärischen Drohpotentials von einem Angriff abzuschrecken gesucht hatte, war die ab 1969 einsetzende Entspannungspolitik vielmehr ein Versuch, den Spannungsgrad des Ost-West-Konflikts zu reduzieren und auf der Basis des Status quo zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Militärischen Faktoren sollte im Laufe der Zeit immer weniger Bedeutung zukommen. Die militärische Konkurrenz wurde schrittweise durch andere Formen des Wettbewerbs ersetzt. „Neue“ Felder der Systemkonkur-

renz waren u. a. Wirtschaft, Forschung, Technologie und nicht zuletzt der Spitzensport.

In den USA begann mit dem Amtsantritt von Präsident Richard M. Nixon (20. Januar 1969) und der Ernennung des Harvard-Professors Henry A. Kissinger zum Nationalen Sicherheitsberater der USA eine neue Phase der US-Außenpolitik, die sich um Frieden in Vietnam und um die Annäherung an die Sowjetunion und China bemühte. Die damit eingeleitete „Ära der Verhandlungen“ bezog sich jetzt nicht mehr ausschließlich auf den Bereich der Rüstungskontrolle, sondern umfasste bald ein weites Spektrum in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.⁶⁶⁵

Die Sowjetunion war ebenfalls an Verhandlungen interessiert. Ende der 1960er Jahre hatte sie in der Entwicklung von Interkontinentalraketen und in anderen Bereichen der Nuklearrüstung einen ungefähren Gleichstand mit den USA erreicht, so dass es sinnvoll erschien, diesen Gleichstand vertraglich festzuschreiben. Außerdem benötigte die stagnierende sowjetische Wirtschaft dringend den Import westlicher Technologie. Das Verhältnis der Mächte in Moskau, Washington und Peking war nach Gefechten zwischen chinesischen und sowjetischen Grenztruppen am Ussuri im März 1969 und nach ersten Anzeichen einer Annäherung zwischen den USA und China in Bewegung geraten, so dass der Sowjetunion auch aus machtpolitischen Erwägungen daran gelegen war, sich rechtzeitig neu zu orientieren. Innerhalb des eigenen Lagers hatte die Sowjetunion insbesondere 1968 ihre Position festigen können. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ war hierbei als großer Erfolg bei der sich ab Mitte der 1960er Jahre abzeichnenden Eindämmung des „Polyzentrismus“ – d. h. der politischen Vielgestaltigkeit – gewertet worden. Zudem hatte die Verkündung der „Breschnew-Doktrin“ (12. November 1968) allen Staaten im sowjetischen Machtbereich unmissverständlich die Grenzen ihres Handelns, und damit ihrer Souveränität, aufgezeigt. Die Sowjetunion konnte somit die Souveränität der verbündeten sozialistischen Länder nach Belieben einschränken und auch militärisch eingreifen.⁶⁶⁶

Die Teilung Deutschlands war ein wesentliches Ergebnis des Ost-West-Konflikts und wurde zu einem Hindernis für alle Bemühungen um eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in Europa. Alle in den 1950er und 1960er Jahren unter-

⁶⁶⁵ Görtemaker: Vom Kalten Krieg, S. 30f.

⁶⁶⁶ Ebenda, S 31.

nommenen Versuche, den Ost-West-Konflikt unter Ausklammerung der „deutschen Frage“ überwinden zu wollen, waren gescheitert. Daher setzte sich Ende der 1960er die Überzeugung durch, dass eine nachhaltige Entspannungspolitik nur unter Einbeziehung von Verhandlungen über die „Deutschland-Frage“ Aussicht auf Erfolg hätte. Das Interesse an Entspannung wurde dabei von beiden Seiten als Hebel eingesetzt, um Zugeständnisse zu erreichen und den Konflikt der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zu beenden, in dem die Bundesrepublik nur bedingt – und in abnehmendem Maße – auf die Unterstützung der Westmächte rechnen konnte. Nach Görtemaker bewerteten einige westliche Beobachter die Auseinandersetzungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR bereits seit Langem als ein Relikt des Kalten Krieges, das nicht mehr in die Welt des beginnenden Ost-West-Dialogs passen wollte. Durch den Machtwechsel in Bonn nach den Bundestagswahlen vom 28. September 1969 und die Bildung einer sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt konnten zudem eigene Akzente der Entspannung mit einer „neuen Ostpolitik“ gesetzt werden.⁶⁶⁷

8.3.2 Entwicklungen in der Bundesrepublik: Regierungswechsel in Bonn (1969)

In der Bundesrepublik bahnte sich gegen Ende der 1960er Jahre ein Machtwechsel in Bonn an. Die militärische Intervention in der ČSSR und der beginnende Wahlkampf für die Bundestagswahl im September 1969 führten dazu, dass der parteipolitische Dissens über die Ostpolitik wieder offen ausbrach. Während große Teile der Unionsparteien sich in ihrem Misstrauen gegenüber „dem Osten“ bestätigt sahen, verstärkte sich in der SPD die Bereitschaft, die „Realitäten“ anzuerkennen. Darin stimmte sie mit der neuen Führung der FDP überein, die in der Deutschlandpolitik eine noch radikalere Position vertrat.⁶⁶⁸

Auch wenn Bundeskanzler Kiesinger bereits in seiner Regierungserklärung klar gestellt hatte, dass die Große Koalition als ein Bündnis auf Zeit angelegt war, gab es in der Bevölkerung viele kritische Stimmen, die in diesem politischen Bündnis

⁶⁶⁷ Ebenda, S. 33.

⁶⁶⁸ Im Januar 1969 legte die FDP im Bundestag den „Entwurf für einen Vertrag zur vorläufigen Ordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR“ vor, in dem sich bereits die Konturen des 1972 abgeschlossenen Grundlagenvertrages mit der DDR erkennen lassen. Kleßmann: Zwei Staaten, S. 209.

die Tendenz zur „Gleichmacherei“ sahen und um die Aushöhlung der Demokratie fürchteten.⁶⁶⁹ Viele Zeitgenossen sahen die Große Koalition nicht als reformfreudiges Modernisierungsbündnis, sondern befürchteten, dass sie ein erster Schritt auf dem Weg zu einer manipulierten Gesellschaft und zur politischen Konformität sei.⁶⁷⁰ Innenpolitisch musste sich die Große Koalition ab 1967 zunehmend mit Forderungen der sich formierenden außerparlamentarischen Opposition (APO) auseinandersetzen.

Die Weichen für eine Koalition von SPD und FDP wurden bereits bei der Wahl des Bundespräsidenten Anfang März 1969 gestellt. Die seit Langem schwelende Präsidentenkrise, die nicht nur ein Problem des bis dato amtierenden Heinrich Lübke, sondern auch der Parteienstrategie war und zur Erschütterung der Glaubwürdigkeit der Bonner Politik beigetragen hatte, ging damit zu Ende. Nach diversen politischen Querelen wurde Gustav Heinemann von der FDP im dritten Wahlgang mit einem knappen Vorsprung vor dem Unionskandidaten Gerhard Schröder gewählt.⁶⁷¹ Bei der Bundestagswahl (28. September 1969) erhielten CDU/CSU 46,1 Prozent, die SPD 42,7 Prozent und die FDP 5,8 Prozent der Stimmen. Die Koalition von SPD und FDP hatte somit eine Mehrheit von 12 Mandaten.⁶⁷²

Die Regierungserklärung des neuen Kanzlers, Willy Brandt, erregte ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Ansätze einer Ost- und Deutschlandpolitik und die „Politik der inneren Reformen“⁶⁷³ wurden in dem viel zitierten Satz „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ zusammengefasst. Am deutlichsten spürbar war der Neubeginn im Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik. Brandt sprach als

⁶⁶⁹ Vgl. exemplarisch die Äußerungen von Karl Jaspers und Harold Rasch. Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 146. Ausführlich Kleßmann: Zwei Staaten, S. 203ff.

⁶⁷⁰ Schildt: Wohlstand, S. 49.

⁶⁷¹ Vgl. ausführlich Kleßmann: Zwei Staaten, S. 285. Die Wahl fand in West-Berlin statt, was Proteste aus Moskau und Ost-Berlin hervorrief. Zeitweise wurden die Zufahrtswege nach West-Berlin gesperrt und sowjetische Düsenjäger überflogen Berlin mit Überschallgeschwindigkeit, um die Veranstaltung zu stören.

⁶⁷² Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 153.

⁶⁷³ Leitgedanke des innenpolitischen Teils der Regierungserklärung war die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Bürger in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Angekündigt, wenngleich auch zumeist nicht umgesetzt, wurde ein umfangreiches Programm innerer Reformen in nahezu allen Bereichen von Politik und Gesellschaft: angefangen bei der Organisation der Regierungstätigkeit über eine Bildungsreform, eine Steuerreform, eine Reform des Strafrechts, des Ausbaus des Sozialsystems und des Umweltschutzes bis zur Gleichberechtigung von Frauen. Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 170. Eine Liberalisierung des Sexualstrafrechts und des Demonstrationsrechts wurde durchgesetzt. Das Alter für das Wahlrecht und die Volljährigkeit wurden gesenkt. Jesse: Bundesrepublik, S. 105.

erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland erstmals offiziell von „zwei Staaten in Deutschland“:

„Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“⁶⁷⁴

Ein Jahr später – nach schwierigen Verhandlungen, die vor allem Egon Bahr, der mit seinem Konzept „Wandel durch Annäherung“ die Ostpolitik der Bundesregierung maßgeblich beeinflusst hatte, für die bundesrepublikanische Seite bestritt – wurden mit den Verträgen von Moskau und Warschau neue Grundlagen geschaffen. Mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und Ulbrichts Rücktritt (1971) zeichneten sich neue Möglichkeiten ab, tatsächlich einen „Wandel durch Annäherung“ der deutsch-deutschen Beziehungen zu erreichen. Dies wurde mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen der DDR und der Bundesrepublik Realität. Der erbitterte Streit um die Verträge verdeutlicht jedoch, wie wenig selbstverständlich und wie mühsam der Prozess der Umsetzung neuer Konzepte in konkrete Politik war.⁶⁷⁵

8.3.3 Entwicklungen in der DDR: unfreiwilliger Machtwechsel in Ost-Berlin (1971)

Die Entwicklungen in der Bundesrepublik wurden von Walter Ulbricht äußerst misstrauisch beobachtet. Die Hartnäckigkeit, mit der Ulbricht an seiner auf das Maximalziel der völkerrechtlichen Anerkennung gerichteten Strategie mit einem Katalog an Vorbedingungen für Verhandlungen mit der Bundesrepublik auch noch nach 1968 festhielt, offenbarte dann aber deutlich einen Dissens zwischen Ost-Berlin und Moskau. Denn nach der gewaltsamen Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs durch die Intervention in der ČSSR und vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden sowjetisch-chinesischen Konflikts passte Ulbrichts Obstruktionspolitik nicht mehr in das nunmehr eher auf Entspannung gerichtete

⁶⁷⁴ Zit. nach Winters, Peter Jochen: Innerdeutsche Beziehungen. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 442-453, hier S. 453.

⁶⁷⁵ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 291. So z. B. das gescheiterte Misstrauensvotum gegen Brandt 1972. Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 178. Vgl. ausführlicher zur Ostpolitik die Ausführungen zu den deutsch-deutschen Beziehungen im Anschluss an diesen Abschnitt.

sowjetische Konzept. Der „Budapester Appell“ der Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten (17. März 1969) wiederholte zwar alle wesentlichen inhaltlichen Forderungen gegenüber der Bundesrepublik, machte sie aber nicht mehr zu zwingenden Vorbedingungen für Verhandlungen.

Seit dem Frühjahr 1969 bröckelte die von Ulbricht gewünschte geschlossene Front gegenüber der Bundesrepublik. Auch nach dem Regierungswechsel in Bonn lassen sich in Moskau und Ost-Berlin unterschiedliche Reaktionen auf den damit einhergehenden außenpolitisch bedeutsamen Wandel ausmachen. Während die sowjetische Reaktion (ähnlich wie die polnische) insgesamt wohlwollend ausfiel, fuhr die SED-Pressen zunächst mit ihrer Polemik fort und stellte Brandt karikaturistisch als martialischen Pfeiler dar, der den alten Revanchismusgedanken in einer besonders gefährlichen Variante – der neuen Ostpolitik – aufrechterhielt. Erst ab Ende Dezember 1969, als die Verhandlungen zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und Botschafter Allardt sowie Egon Bahr als Beauftragter des Bundeskanzlers begannen, wurde der Ton in Ost-Berlin maßvoller. Ulbrichts Widerstand gegen die Entspannungspolitik wurde in Moskau mit zunehmender Ablehnung betrachtet.⁶⁷⁶

Gegen Ende der 1960er Jahre wurde das sowjetische Interesse an einer Regelung des innerdeutschen Verhältnisses deutlich. Diese Kursänderung schwächte Ulbrichts Position, der als Gegner einer derartig gelagerten Politik galt. Die Führung in Moskau war weder mit einer eigenständigen Politik Ulbrichts einverstanden noch mit der kritischen Wirtschaftslage in der DDR. Noch vor dem VIII. Parteitag der SED wurde Ulbricht auf der 16. Tagung am 3. Mai 1971 als Erster Sekretär der SED abgelöst und durch Erich Honecker ersetzt.⁶⁷⁷ Insofern war die Ablösung Ulbrichts durch Erich Honecker am 3. Mai 1971 ein weiterer Beleg für die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion.

Mit dem VIII. Parteitag der SED (15. bis 19. Juni 1971) – nun unter der Leitung von Erich Honecker – wurde eine neue politische Linie verkündet. Bereits vor dem Parteitag machte der Politbürobeschluss vom 15. April 1971 deutlich, dass die SED die von der Moskauer Linie abweichende Politik aufgab und den Kurs des XXIV. Parteitages der KPdSU übernahm. Ausdrücklich wurde den von der

⁶⁷⁶ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 435f.

⁶⁷⁷ Zimmermann: DDR, S. 157.

KPdSU ausgearbeiteten Leitsätzen „allgemeingültige theoretische und politische Bedeutung“ für die SED und die weitere Entwicklung in der DDR zuerkannt. Nunmehr galt der Sozialismus wieder als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. Die von der KPdSU beschlossene und von der SED übernommene „Hauptaufgabe“ wurde in der weiteren „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“ gesehen.⁶⁷⁸ In dieser Form stand sie im Zentrum der Beschlüsse des VIII. SED-Parteitag. Eine Folge hiervon war, dass nunmehr die Sozialpolitik – neben der Wirtschaftspolitik und als deren Korrektiv – zu einem eigenen gesellschaftspolitischen Instrument aufgewertet wurde. Mittels der Sozialpolitik sollten drängende Mängel beseitigt werden. Im Fokus standen hier Wohnungsbau, Erleichterung für arbeitende Frauen mit Kindern und für Schichtarbeiter, Anhebung der Renten und die Sicherung der Preise für den Grundbedarf.⁶⁷⁹

Erst nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags (1972) erhielt die DDR die Möglichkeit, etwas eigenständiger im internationalen Raum agieren zu können. Der Kern der Außenpolitik hatte zuvor im Kampf gegen die internationale Isolierung und für die völkerrechtliche Anerkennung eines zweiten deutschen Staates bestanden. Nach Kleßmann lässt sich die Außenpolitik der DDR bis 1972 im weitesten Sinne – zugespitzt – als Deutschlandpolitik interpretieren.⁶⁸⁰ Insgesamt blieb die DDR in ihrem außenpolitischen Entscheidungsrahmen jedoch in starkem Maße abhängig von der Sowjetunion. Die Regierung der DDR konnte sich zwar in gewissem Umfang als treibender oder bremsender Faktor verhalten, die Entscheidungsgewalt lag jedoch in Moskau. Die exponierte politisch-strategische Lage und die starke militärische Präsenz der Sowjetunion mit 20 modern ausgerüsteten Divisionen schlossen aus, dass die DDR von sowjetischen Interessen abweichende Entscheidungen treffen konnte. Insofern unterschied sich dieses Verhältnis tendenziell von den Beziehungen der Bundesrepublik zur amerikanischen Hegemonialmacht.⁶⁸¹

⁶⁷⁸ Ebenda.

⁶⁷⁹ Ebenda.

⁶⁸⁰ Kleßmann: Zwei Staaten, S. 431.

⁶⁸¹ Vgl. ausführlich ebenda, S. 432ff.

8.3.4 Annäherung: Ostverträge und Grundlagenvertrag

Die erste außenpolitische Initiative der neuen Bundesregierung unter Brandt und Scheel galt zunächst der Sowjetunion. Wie schon Adenauer gingen auch Brandt und sein Berater Egon Bahr davon aus, dass eine Veränderung der deutsch-deutschen Beziehungen nur mit der Zustimmung Moskaus möglich war. Die Ende Dezember 1969 begonnenen Verhandlungen in Moskau zwischen Egon Bahr, nun Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko über einen Gewaltverzicht kamen im Mai 1970 zu einem Abschluss. Am 12. August 1970 wurde der Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion unterzeichnet. Beide Staaten verpflichteten sich, ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie verpflichteten sich ferner „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“, also auch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.⁶⁸²

Beinahe gleichzeitig zum Verhandlungsauftritt in Moskau begannen auch Gespräche über einen Vertrag mit Polen, der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnet wurde und ebenfalls die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als westliche Staatsgrenze Polens enthielt. Anlässlich seines Aufenthaltes in Warschau legte Bundeskanzler Brandt am Denkmal für die Opfer des jüdischen Ghettoaufstandes einen Kranz nieder. Das Bild seines Kniefalles ging um die Welt und rief international ein ausgesprochen positives Echo hervor.⁶⁸³

Von zentraler Bedeutung für die Bundesregierung war die Sicherung West-Berlins. Die Verhandlungen der Botschafter der drei westlichen Mächte mit ihrem sowjetischen Amtskollegen (ab März 1970) gestalteten sich als schwierig. Als jedoch die Bundesregierung in Moskau verlauten ließ, die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau sei abhängig von einer befriedigenden Berlin-Regelung, lenkte die Sowjetunion ein. Das am 3. September 1971 unterzeichnete Abkommen sicherte den ungehinderten Verkehr auf den Transitstrecken zu und bestätigte die Bindung zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ebenso wie

⁶⁸² Bingen, Dieter: Ostverträge. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 596-606, hier S. 598.

⁶⁸³ Pötzscht: Deutsche Geschichte, S. 172.

das Recht der Bundesrepublik, West-Berlin in allen Angelegenheiten zu vertreten.⁶⁸⁴

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin sicherte die (politische) Überlebensfähigkeit West-Berlins und bildete den rechtlichen Rahmen für eine Reihe von deutsch-deutschen Folgevereinbarungen zur Erleichterung menschlicher Kontakte und zu technischen Fragen.

Die Berlin-Regelung war typisch für die neue Ostpolitik: zugunsten einer pragmatischen Politik des Ausgleichs und der Verständigung wurde auf das Beharren von Rechtsstandpunkten verzichtet, die zu dem Zeitpunkt ohnehin nicht zu realisieren gewesen waren, ohne sie jedoch gänzlich aufzugeben.⁶⁸⁵

Der Bundesregierung ging es vornehmlich darum, zu einem Modus vivendi mit den kommunistisch geführten Staaten zu kommen, wobei sie der Sowjetunion – wie bereits skizziert – Priorität einräumte. Es war von vornherein klar, dass die mit der DDR angestrebte Regelung des innerdeutschen Verhältnisses am schwierigsten zu erreichen war, da sie sich nicht auf den Gewaltverzicht und die Akzeptanz der innerdeutschen Demarkationslinie als Staatsgrenze beschränkten, sondern vor allem Erleichterungen für die Menschen in den beiden deutschen Staaten schaffen sollte. Aus der Sicht der Bundesregierung sollte die Vereinbarung mit der DDR idealerweise die besondere Lage in Deutschland berücksichtigen, vom Fortbestehen der Einheit der deutschen Nation, der Vier-Mächte-Rechte und – Verantwortung für Deutschland als Ganzes ausgehen und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht im Weg stehen.⁶⁸⁶

Die Bundesregierung unterbreitete der DDR ein Gesprächsangebot, auf das Ulbricht zunächst mit den bis dato vertretenen Maximalforderungen reagierte: die

⁶⁸⁴ Ebenda, S. 173. Vgl. ausführlich zum Zustandekommen und zur Wirkungsweise des Vier-Mächte-Abkommens Füsslein, Peter: *Ausgestaltung und Entwicklung des Vier-Mächte-Abkommens bis zum Herbst 1989*. In: Langguth, Gerd (Hg.): *Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1990, S. 107-123. In der Bundesrepublik entbrannte eine heftige Kontroverse über Brandts Ostpolitik, so dass zeitweilig die Ratifizierung der Ostverträge gefährdet schien. Durch den Übertritt mehrerer Abgeordneter der Koalitionsparteien zur CDU verfügte die Bundesregierung nicht mehr über eine sichere Mehrheit. Eine Ablehnung der Verträge hätte u. U. unkalkulierbare Konsequenzen für die internationale Position der Bundesregierung gehabt. Letztlich beschloss die CDU/CSU-Fraktion mit Mehrheit, Stimmenthaltung zu üben. Eine kleine Minderheit stimmte gegen die Verträge. Der Moskauer und der Warschauer Vertrag wurden am 19. Mai 1972 mit den 248 Stimmen der Koalitionsparteien angenommen. Vgl. Pötzsch: *Deutsche Geschichte*, S. 175.

⁶⁸⁵ Ebenda, S. 173ff.

⁶⁸⁶ Hacker: *Grundlagenvertrag*, S. 418f.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Errichtung von Botschaften in Berlin und Bonn, Anerkennung der innerdeutschen Grenze, der Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen und die Achtung des Status West-Berlins als selbständige politische Einheit. Diese und weiterführende Forderungen waren in dem Entwurf eines „Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ (17. Dezember 1969) formuliert worden.⁶⁸⁷

Bundeskanzler Brandt schlug dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Willi Stoph ein Treffen vor. Nach Pöttsch war das Angebot ein Zeichen des guten Willens und sollte es der DDR zugleich erschweren, die laufenden Verhandlungen in Moskau zu stören.⁶⁸⁸ Die ersten Treffen von Brandt und Stoph in Erfurt und Kassel (19. März 1970 bzw. 21. Mai 1970) blieben zunächst ohne konkrete Ergebnisse. Konstruktive Verhandlungen fanden erst nach der Ablösung Ulbrichts statt. Der Abschluss des Moskauer Vertrages (12. August 1970) und die daraus resultierenden möglichen Folgen für die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik dürften neben den Ende März 1970 aufgenommenen Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin dazu beigetragen haben, dass sich die DDR im Oktober 1970 zu einem Meinungs austausch mit der Bundesregierung bereit fand.

Am 27. November 1970 nahmen die Delegationen unter der Leitung von Egon Bahr, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und Michael Kohl, Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, den Meinungs austausch auf, der im September 1971 in formelle Verhandlungen über eine Durchführungsvereinbarung zu dem am 3. September 1971 ausgehandelten Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und über einen Verkehrsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten mündete. Nach der Unterzeichnung des Protokolls über den Post- und Fernmeldeverkehr (30. September 1971) wurde am 17. Dezember 1971 zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik das Abkommen über den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin geschlossen, das mit seinen Begleitdokumenten in das Schlussprotokoll zum Vier-Mächte-Abkommen aufgenommen und damit von den Alliierten genehmigt wurde. Es folgten die Vereinbarungen zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR über Erleichterungen und Ver-

⁶⁸⁷ Ebenda, S. 419.

⁶⁸⁸ Pöttsch: Deutsche Geschichte, S. 176.

besserungen des Reise- und Besucherverkehrs und über die Regelungen der Fragen von Enklaven durch Gebietsumtausch vom 20. Dezember 1971.⁶⁸⁹ Am 26. Mai 1972 wurde als erster Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR der Verkehrsvertrag unterzeichnet, der erstmals DDR-Bürgern unterhalb des Rentenalters Westreisen in dringenden Familienangelegenheiten ermöglichte.⁶⁹⁰

Nach der Annahme der Verträge von Moskau (12. August 1970) und Warschau (7. Dezember 1970) durch den Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972, der Unterzeichnung des Verkehrsvertrags am 26. Mai 1972 und des Schlussprotokolls zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin am 3. Mai 1972 – an diesem Tag traten das Berlin-Abkommen sowie der deutsch-sowjetische Vertrag und der deutsch-polnische Vertrag in Kraft – konnte der deutsch-deutsche Meinungs-austausch in Bezug auf den Grundlagenvertrag am 15. Juni 1972 beginnen.⁶⁹¹

Die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags⁶⁹² (21. Dezember 1972) bildet den Abschluss einer Entwicklung, die von Seiten der Bundesregierung darauf ausgerichtet war, „normalere“ Beziehungen zum deutschen Nachbarstaat aufzubauen.⁶⁹³ Beide Staaten verpflichteten sich im „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des jeweils anderen Staates zu respektieren. Praktische und humanitäre Fragen sollten in Einzelverträgen geregelt werden.⁶⁹⁴ In der Bundesrepublik wurde wiederum heftigst zwischen Koalition und Opposition über den Grundlagenvertrag gestritten. Gefährdet war die Ratifizierung jedoch aufgrund der durch die Bundestagswahl (19. November 1972) zustande gekommenen neuen Mehrheitsverhältnisse nicht.⁶⁹⁵

⁶⁸⁹ Hacker: Grundlagenvertrag, S. 420.

⁶⁹⁰ Glaab: Deutschlandpolitik, S. 245.

⁶⁹¹ Hacker: Grundlagenvertrag, S. 420.

⁶⁹² Vgl. ausführlicher zum Inhalt ebenda, S. 420ff.

⁶⁹³ Die SED reagierte auf die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags mit umfangreichen Sicherungsmaßnahmen, die vorwiegend vom MfS ausgeführt wurden, um die fortan zunehmenden Kontakte von DDR-Bürgern zu Westdeutschen kontrollieren zu können. Gieseke: DDR-Staatssicherheit, S. 41.

⁶⁹⁴ Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 176.

⁶⁹⁵ Ebenda.

Die Bundesregierung hatte mit dem Grundlagenvertrag zwar den Alleinvertretungsanspruch, nicht jedoch eine zentrale Rechtsposition aufgegeben. Aufgrund des Sonderstatus der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurden am Sitz der jeweiligen Regierungen ständige Vertretungen anstelle von Botschaften eingerichtet, die auf westdeutscher Seite nicht dem Außenministerium, sondern dem Bundeskanzleramt unterstellt war. Eine eigene Staatsbürgerschaft der DDR wurde nicht anerkannt.⁶⁹⁶

Die DDR-Führung konnte im Grundlagenvertrag nicht ihren Anspruch durchsetzen, als souveräner Staat völkerrechtlich anerkannt zu werden. In der Folgezeit wurden daher gesamtdeutsche Bezüge negiert bzw. 1974 aus der modifizierten Verfassung der DDR gestrichen. Die Regierung der DDR sprach fortan nicht mehr nur von zwei deutschen Staaten, sondern von zwei „deutschen Nationen“, bei denen sich die „historische Tendenz der Abgrenzung durchgesetzt“ habe. Offiziell wurde die Bundesrepublik als „imperialistisches Ausland“ bezeichnet. Vorrangige politische Forderung der DDR gegenüber der Bundesrepublik blieb bis zum Ende von Honeckers Amtszeit die völkerrechtliche Anerkennung durch den westdeutschen Staat.⁶⁹⁷ Hatte die SED unter Honecker in den ersten Jahren seiner Amtszeit auch einige Erfolge auf internationaler Ebene vorzuweisen (u. a. zeitgleiche Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik in die UNO 1973, 1975 wurden beide deutsche Staaten Mitglieder der KSZE), so sollte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik nie erfolgen.⁶⁹⁸

Insgesamt blieben beide deutsche Staaten zeit der Existenz der DDR aufs engste aufeinander bezogen, mit unterschiedlicher Intensität zu verschiedenen Zeitpunkten. In dieser Verflechtung in der Abgrenzung lässt sich zusammenfassend eine Reihe von bemerkenswerten Parallelen aufzeigen: Beide deutsche Staaten vertraten die Position, als einzige das „wahre“ Deutschland zu vertreten. Beide vertrauten auf die „Magnettheorie“ und auf die Vorstellung, dass eine Wiedervereinigung

⁶⁹⁶ Glaab: Deutschlandpolitik, S. 245. Die Verhandlungsführer der DDR hatten vergeblich versucht, anstelle der „Ständigen Vertretungen“ Botschaften durchzusetzen. Pötzsch: Deutsche Geschichte, S. 176.

⁶⁹⁷ Korte und Weidenfeld: Deutsche Einheit, S. 197f.

⁶⁹⁸ Kuppe: Deutschlandpolitik, S. 263. Am 9. Februar 1973 wurde die DDR durch die Westmächte anerkannt. Colschen, Lars C.: Deutschlandpolitik der Vier Mächte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 267-281, hier S. 278.

nur unter der Beibehaltung des eigenen Gesellschaftsmodells möglich sei. Wichtigstes gemeinsames Kennzeichen war jedoch die starke deutschlandpolitische Abhängigkeit von den Interessen der Alliierten, wobei der Einfluss der westlichen Alliierten im Laufe der Jahre schwächer wurde, während die DDR keine wichtige Entscheidung ohne die Zustimmung Moskaus treffen konnte. Letztlich war auch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum Ausgang der 1980er Jahre das Ende der DDR vorprogrammiert: sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Die Geschichte der beiden deutschen Staaten fand durch die so genannte „friedliche deutsche Revolution“ 1989 und dem Beitritt der DDR zur alten Bundesrepublik ihren Abschluss.

8.4 Zusammenfassung

Die Olympischen Spiele 1972 markieren eine Zäsur in der deutschen Sportgeschichte. Erstmals traten zwei „sportsouveräne“, d. h. ausgestattet mit den nationalen Insignien der DDR und der Bundesrepublik, bei Olympischen Spielen an. Dieses auf den ersten Blick paradox wirkende Konstrukt der gesamtdeutschen Olympiamannschaften – wenn man den geschichtlichen Verlauf der sich immer weiter vertiefenden Teilung Deutschlands berücksichtigt – fand nun zu Beginn der 1970er Jahre sein Ende. Dass nunmehr zwei deutsche Teams starten durften, liegt zum einen in der politischen Annäherung beider deutscher Staaten – die wiederum durch die globale Konstellation der Entspannung begünstigt wurde – begründet. Die neue Regierung unter Brandt ab 1969 wollte einen „Wandel durch Annäherung“ in den Beziehungen zum Osten erreichen. Zwar wurde die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt, aber zumindest als zweiter deutscher Staat akzeptiert. Damit fiel ein wesentlicher Hemmschuh – nämlich die Durchsetzung des in der Verfassung der Bundesrepublik festgeschriebenen Alleinvertretungsanspruchs bzw. die Hallstein-Doktrin – weg. Da auch Moskau an Verhandlungen mit der Bundesrepublik interessiert war und sich Ulbricht sperrte, wurde dieser durch Erich Honecker 1971 ersetzt.

Aber nicht nur die neue Ostpolitik der Bundesregierung schuf das Klima zur Akzeptanz von zwei deutschen Mannschaften im olympischen Feld, sondern die herausragenden Leistungen der Athleten aus der DDR. Ein Fernbleiben der ostdeut-

schen Sportler bei den Spielen hätte rein sportlich gesehen einen Bedeutungsverlust vieler Wettkämpfe bedeutet. Dass die großzügige Förderung medaillenversprechender Sportarten zu Lasten anderer Sportarten und sicherlich auch zu Lasten des Breitensports in der DDR ging, ist hier zweitrangig. Der Einsatz von unerlaubten, leistungssteigernden Mitteln, Stichwort Doping, oder die Überwachung bzw. Bespitzelung von Spitzensportlern durch das Ministerium für Staatssicherheit tangieren insofern die Fragestellung, als dass deutlich wird, zu welchen Mitteln die Regierenden der DDR griffen, um mittels sportlicher Präsenz und Erfolgen ihre völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen.

Ein weiterer Aspekt auf sportlicher Ebene betrifft die Bewerbung Münchens für die Olympischen Spiele. Sowohl die Vertreter des bundesdeutschen Sports als auch Vertreter der Bundesregierung taten alles, um die Bewerbung der Stadt beim IOC nicht zu gefährden. Dass die Bundesregierung zu Konzessionen bereit war, wie beispielsweise die Zurücknahme der Verfassungsfeindlichkeit des DTSB oder die Zulassung des staatlichen Protokolls der DDR bei Siegerehrungen in München zeigt das große Interesse der Bundesregierung an den Spielen im eigenen Land. Hier wollte sich die Bundesrepublik der Welt als demokratischer und friedliebender Staat präsentieren, um endlich die Last der Vergangenheit abzuschütteln.

War man sich auf der olympischen Ebene einig geworden, so wurden die Streitigkeiten auf der unteren Leistungsebene in Form der deutsch-deutschen Sportkontakte mit unverminderter Härte weitergeführt. Die DDR hatte an den Sportkontakten kein Interesse mehr, da zum einen die Überwachung der Sportler, die ins „nicht-sozialistische Ausland“ reisten, zu aufwändig waren und zum anderen wurde ein Imageschaden befürchtet, wenn Sportler aus der DDR auf dieser Leistungsebene nicht auch erstklassig abschnitten. Die Kontakte wurden also eher „eingefroren“, da sie keinen politischen Nutzen brachten und finanzielle und personelle Mittel verschlangen. Vordergründig wurde die „Berlin-Frage“ zum Dreh- und Angelpunkt bei Verhandlungen zwischen den beiden Sportorganisationen. Erst im Frühjahr 1974 wurde auf politischer Ebene abschließend geklärt, dass West-Berlin zur Bundesrepublik gehörte. Damit war auch die Frage der Zuständigkeit zu Gunsten des DSB geklärt, da der LSB West-Berlin Mitglied im Deutschen Sportbund war.

Trotzdem blieben die Sportkontakte zwischen den beiden deutschen Staaten weiterhin konfliktbeladen und können im Vergleich zu anderen Kontakten mit ausländischen Sportorganisationen keineswegs als „normal“ bezeichnet werden.

9. Versuch einer Synthese

Die Synthese ist integraler Bestandteil des Wehlerschen Ansatzes. Durch sie kann in Bezug auf gesamtdeutsche Olympiamannschaften gezeigt werden, welche Prozesse – sei es aus der Dimension „Sport“ oder aus der Dimension „Politik“ – ausschlaggebend waren für die Entwicklungen im deutschen Sport. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Wehlerschen Dimensionen „Politik“ und „Sport“, die zuvor analytisch separat voneinander dargestellt wurden, in Beziehung zueinander zu setzen, um das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ genauer zu untersuchen. Das heißt, dass für jeden olympischen Zyklus – entscheidend ist ja gerade der Zeitraum vor den jeweiligen Spielen – herausgestellt werden soll, welche neuen Erkenntnisse die Erweiterung des Fokus innerhalb der Dimension „Politik“ um die internationale Perspektive und die Vertiefung der deutsch-deutschen Beziehungen gebracht hat bzw. welche Rolle die relative Autonomie des Sports gespielt hat. Denn nach Wehler sind es gerade die Mischungs- und Interdependenzverhältnisse, die aufzeigen, welche Faktoren historische Prozesse antrieben oder blockierten. Die Ergebnisse aus dem Analyseteil werden verdichtet aufgenommen, um herauszustellen, in welcher Beziehung die Entwicklungen aus den Bereichen „Sport“ und „Politik“ stehen.

Daraus ergeben sich folgende Leitfragen: Welche Bedingungen herrschten zu Beginn der 1950er Jahre, sodass es letztlich nicht gelang, gemeinsame Mannschaften zu den Olympischen Spielen 1952 zu entsenden? Was führte schließlich dazu, dass die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften in den Jahren 1956, 1960 und

1964 möglich war? Und warum trennten sich die Wege 1968 allmählich und 1972 dann endgültig?⁶⁹⁹

Die Zweistaatlichkeit als zwingende Vorbedingung für gesamtdeutsche Mannschaften

Für das Verständnis der Arbeit sind die Prozesse, die bereits während des Zweiten Weltkrieges einsetzten, von entscheidender Bedeutung. Das zweite Kapitel der Arbeit nimmt somit eine Sonderrolle ein, denn es dient der Einbettung des Untersuchungsgegenstandes in den breiteren historischen Kontext und hat demnach einen deskriptiv-informativen Charakter. Das Ziel war es, die politischen Entwicklungen bis zu den Staatengründungen nachzuzeichnen, die bereits vor der Beendigung der Kriegshandlungen 1945 einsetzten und in der Nachkriegszeit weiter wirksam waren. Die Ergebnisse sollen an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Es soll lediglich daran erinnert werden, dass in letzter Konsequenz politische, ökonomische und auch ideologische Interessen der Alliierten zur Teilung Deutschlands und der Welt führten. Für den Sport – ganz gleich auf welcher Leistungsebene – bedeutete dies, dass die Politik der Alliierten den Rahmen vorgab, in dem sich die Organisationsformen des Sports und auch das Sporttreiben selbst bewegen konnten und mussten. Für den weiteren Verlauf der Arbeit ist die Konfliktkonstellation, d. h. der einsetzende Kalte Krieg bzw. der Ost-West-Konflikt von maßgeblicher Bedeutung. Denn ohne diesen Systemgegensatz und damit ohne die Teilung Deutschlands wären gesamtdeutsche Olympiamannschaften gar kein Thema gewesen.

Beide Teile Deutschlands waren auch nach den Staatengründungen stark abhängig von ihren jeweiligen „Supermächten“, deren Fronten verhärtet waren, bedingt u. a. durch die Berlin-Blockade (1948) und nicht zuletzt durch den Krieg in Korea (1950). Ungeachtet dessen ordnete das IOC im Mai 1951 an, dass für die Olympischen Spiele 1952 gesamtdeutsche Mannschaften gebildet werden sollen. Eine Entscheidung, die gerade vor dem skizzierten Hintergrund paradox erschien und die Regierenden beider deutscher Staaten und die Sportfunktionäre vor eine komplexe und undankbare Aufgabe stellte.

⁶⁹⁹ Dieser Versuch einer Synthese basiert auf den Ergebnissen der Arbeit, die aus dem Analyseteil stammen, daher lassen sich Wiederholungen nicht immer vermeiden.

1952: Olympischer Fehlstart für die DDR

Durch die Erweiterung des Fokus in der Dimension „Politik“ um die Einbeziehung der spezifischen deutsch-deutschen Beziehungen und der internationalen Komponente sowie durch die Hypothese von einer „relativen Autonomie des Sports“, konnte in der Arbeit das Scheitern der Verhandlungen zur Entsendung gesamtdeutscher Teams⁷⁰⁰ zu den Spielen 1952 beleuchtet werden. Gerade dieser Fehlschlag wirft ein aufschlussreiches Licht auf das Verhältnis zwischen Sport und Politik in beiden Teilen Deutschlands. Ein Blick auf die Ergebnisse des Analyseteils gibt Aufschluss darüber, welche konkreten Bedingungen im Vorfeld der Olympischen Spiele 1952 in Helsinki und Oslo dazu führten, dass lediglich Sportler aus der alten Bundesrepublik als Repräsentanten für Deutschland an den Spielen teilnahmen.⁷⁰¹

Was sich bereits nach 1945 in der SBZ angebahnt hatte, nämlich sämtliche gesellschaftliche Bereiche auf eine politische Linie zu bringen – wenn nötig auch unter Zwang –, wurde konsequent vorangetrieben. Die SED suchte ihren Machtanspruch uneingeschränkt durchzusetzen mit Schützenhilfe und nach Anweisung aus Moskau. In der Bundesrepublik verfolgte die Regierung unter Adenauer konsequent die Einbindung in das westliche Bündnis. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik wurde im Grundgesetz fest verankert. Die DDR wurde als Staat explizit nicht anerkannt und die deutsche Einheit beschworen. Insgesamt wurde die Zweiteilung Deutschlands sowohl international als auch von weiten Teilen der Bevölkerung als Übergangslösung, als kurzfristiges Provisorium, betrachtet. Der DDR als kleinerer und wirtschaftlich unbedeutender zweiter deutscher Staat wurde keine hohe Lebenserwartung bescheinigt. Die meisten Zeitgenossen nahmen an, dass sie bald in der mächtigeren Bundesrepublik aufgehen werde. Eine Fehleinschätzung, wie die Geschichte zeigte, die nicht nur im politischen, sondern auch im Bereich des (olympischen) Sports zu Streitigkeiten führen sollte.

⁷⁰⁰ Es ging hier jeweils um die Mannschaften für die Winter- und Sommerspiele, die bis einschließlich 1992 im selben Jahr veranstaltet wurden.

⁷⁰¹ Ein separates Team aus dem seinerzeit autonomen Saarland nahm ebenfalls an den Spielen teil.

Der olympische Sport hatte zunächst keinen Platz in der DDR, galt er doch gemäß der sowjetischen Ideologie als „bürgerlich“. Erst im Frühjahr 1951 wurde auf Weisung der Sowjetunion durch einen ZK-Beschluss in der DDR ein Olympisches Komitee gegründet, gerade noch so rechtzeitig, um den Antrag auf seine Anerkennung auf die Tagesordnung des im Mai tagenden IOC zu setzen. Im Grunde hatte sich das ostdeutsche Komitee schon jetzt disqualifiziert, denn laut Statuten des Weltgremiums des Sports mussten die Nationalen Olympischen Komitees politisch unabhängig sein. Das Anerkennungsersuchen der Ostdeutschen wurde ohne große Diskussion abschlägig beschieden, während der bundesdeutsche Antrag auf vollständige Anerkennung akzeptiert wurde. Hierbei ist bemerkenswert, dass über die beiden deutschen Anträge separat abgestimmt wurde. Trotzdem verfügte das IOC, dass unverzüglich Verhandlungen beider Komitees über die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften aufzunehmen seien. Da über die Motive des IOC nichts Näheres bekannt ist, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Denkbar wäre, dass das IOC damit rechnete, dass das ostdeutsche Komitee bald im westdeutschen aufgehen würde, da die Zweiteilung Deutschlands als vorübergehend betrachtet wurde. Um jedoch auch den Sportlern aus dem Osten – gemäß des universalistischen Anspruchs des olympischen Sports – eine Teilnahme an den Spielen zu ermöglichen, entschied sich das IOC für den Kompromiss der gesamtdeutschen Mannschaften. Nicht klar ist zudem, ob sich die Verantwortlichen im IOC darüber bewusst waren, welche Schwierigkeiten sie sich selbst und freilich auch den Sportfunktionären und nicht zuletzt den Regierenden beider deutscher Staaten damit bereiteten.

Nicht nur das IOC, sondern auch die internationalen Sportfachverbände sahen sich fortan mit dem Problem der „doppelten Deutschen“ konfrontiert und reagierten sehr uneinheitlich auf die Aufnahmeersuchen der ostdeutschen Sektionen. Manche wurden unter dem Hinweis, dass der westdeutsche Verband bereits aufgenommen und pro Land nur ein Verband zugelassen sei, negativ beschieden. Andere Verbände richteten sich nach der Entscheidung des IOC und forderten die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften für internationale Wettkämpfe.

Während die Bundesrepublik ihre Politik der Westbindung verfolgte, suchte die Sowjetunion diesen Prozess durch die Stalin-Note (Angebot der Wiedervereini-

gung unter der Voraussetzung eines neutralen Deutschlands) zu verhindern. Nach Außen propagierte die DDR demgemäß die deutsche Einheit unter dem Slogan „Deutsche an einen Tisch“, was auch in den Bereich des deutsch-deutschen Sportverkehrs getragen wurde. Dieses Ansinnen stieß allgemein bei den bundesdeutschen Regierenden auf taube Ohren, der Alleinvertretungsanspruch sollte strikt durchgesetzt werden. Insgesamt herrschte zudem in weiten Teilen der westlichen Staaten eine antikommunistische Stimmung; die sozialistischen Staaten und insbesondere die Sowjetunion wurden voller Misstrauen beobachtet. Vor diesem Hintergrund sollten nun Sportfunktionäre aus Ost und West über gesamtdeutsche Mannschaften verhandeln. In der DDR hatten die Delegierten klare Anweisungen von der SED-Spitze bekommen, dass man sich nur auf gesamtdeutsche Mannschaften einlassen dürfe, wenn das NOK der DDR als gleichberechtigter Partner anerkannt werde. Intern galt diese Lösung als Minimalziel. Das Maximalziel war die Anerkennung des ostdeutschen NOK durch das IOC. Sowohl die ostdeutschen als auch die westdeutschen Sportfunktionäre hatten sich mit „ihren“ Regierungsvertretern abgesprochen. Zu bedeutend erschienen der politischen Führung die Olympischen Spiele als Plattform der nationalen Repräsentanz vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Die DDR wollte den Sport politisch, nach Anweisung aus Moskau, als Mittel der staatlichen Repräsentation nutzen. Für die Regierenden in der Bundesrepublik war allein schon die Tatsache, dass überhaupt mit einer Delegation der DDR verhandelt wurde, ein Schlag ins Gesicht. Es wurde befürchtet, dass die DDR auf diesem Weg „hoffähig“ gemacht würde. Zudem war die offene Politisierung des deutsch-deutschen Sportverkehrs durch die DDR nicht geeignet, das Misstrauen der westdeutschen Sportfunktionäre zu zerstreuen, die gemäß ihrer Philosophie von einem „unpolitischen“ Sport ausgingen. Das heißt, dass die DDR ganz konkret versuchte, mittels des olympischen Sports politische Ziele durchzusetzen. Hier wurde die deutsche Einheit propagiert, die aber nach Vorstellung der SED-Führungsspitze sozialistische Vorzeichen haben sollte. Die Bundesregierung fühlte sich hingegen in die Ecke gedrängt, sah sie doch allein durch die Tatsache, dass überhaupt Verhandlungen stattfanden, ihren Alleinvertretungsanspruch gefährdet. Auch wenn Bundeskanzler Adenauer als nicht besonders sportinteressiert galt, so war es durchaus in seinem Interesse, dass die bundesdeutschen Sportler den „deutschen

Sport“ international vertreten sollten. So entsprach es z. B. dezidiert seinem Wunsch, dass sich das westdeutsche NOK umbenannte in „Nationales Olympisches Komitee für Deutschland“, um damit den Anspruch auf ganz Deutschland deutlich zu machen. Der deutsch-deutsche Sportverkehr war Adenauer hingegen ein Dorn im Auge. Da es keine offiziellen Kontakte auf der politischen Ebene gab, sollte es auch keine auf der sportlichen geben. Allerdings kam es auch ohne vehemente Einflussnahme von Seiten der westdeutschen Politik zu Konflikten im Bereich des deutsch-deutschen Sportverkehrs. Die ständige Politisierung von Seiten der DDR missfiel auch den westdeutschen Verantwortlichen des Sports. Die Spannungen gipfelten in den so genannten „Stuttgarter Beschlüssen“ des DSB, die die DDR de facto zum Ausland erklärten.

Dass die westlichen Sportfunktionäre auch während des Krieges weiter ihre guten internationalen Kontakte gepflegt hatten, kam ihnen in diesen Anfangsjahren zugute. Die ostdeutschen Funktionäre waren weitgehend unbekannt, da sie zumeist durch den in der SBZ/DDR in allen Bereichen stattgefundenen Elitenaustausch neu im Amt waren. Damit hatte die politische Aktion der Entnazifizierung eine nicht-intendierte Nebenfolge für den Sport. Oftmals fehlte den neuen Funktionären auch das nötige Know-how, da sie nicht unbedingt nach Qualifikation, sondern nach politischer Linientreue ausgewählt worden waren. Eine demokratische Struktur, wonach Funktionäre durch Mitgliederversammlungen gewählt wurden, wiesen die Sportorganisationen der DDR aufgrund des uneingeschränkten Kontrollanspruchs der SED nicht auf.

Eine Reihe von Faktoren führte letztlich dazu, dass die Verhandlungen zur Bildung gesamtdeutscher Mannschaften in Lausanne scheiterten. Durch die guten Kontakte, die die westdeutschen Sportführer zum IOC pflegten, und durch die vorherige Einflussnahme des NOK-Präsidenten Ritter von Halt gelang es dem westdeutschen NOK, bei den Verhandlungen in Lausanne über die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften die Konditionen so auszuhandeln, dass die Sportler aus der DDR dem bundesdeutschen Komitee unterstellt worden wären. Das ostdeutsche NOK wäre damit ganz im westdeutschen aufgegangen. Das hätte zur Folge gehabt, dass nicht einmal Ulbrichts Minimalforderung erfüllt worden wäre. Dass die Verhandlungen überhaupt so geführt werden konnten, lag u. a. auch an

der mangelnden Verhandlungserfahrung und den ungenügenden Sprachkenntnissen der Delegierten aus dem Osten. Ulbricht konnte dieses Ergebnis keinesfalls so stehen lassen, hätte es doch einen enormen Gesichtsverlust für das Anerkennungsbestreben der DDR bedeutet. Um aber das Gesicht vor der internationalen Sportwelt zu wahren, initiierte die SED eine „Massenkampagne der Sportler“ (Unterschriftenaktion), die vorgeblich gegen die Beteiligung in einer westdeutschen Olympiamannschaft protestierte. Denn der Vertrag von Lausanne konnte ja formell nicht von Seiten der Politik aufgekündigt werden, denn offiziell hatten die Sportorganisationen politisch unabhängig zu sein.

1952 traten somit bei Olympischen Spielen keine gesamtdeutschen Mannschaften an. Durch die Intervention des westdeutschen NOK-Präsidenten, der sich zuvor mit Bundeskanzler Adenauer in dieser Angelegenheit besprochen hatte, kam es für die SED-Führung zu inakzeptablen Bedingungen. Dass die ostdeutschen Sportler unter der Ägide des westlichen NOK starten sollten, war für die DDR **politisch** nicht tragbar. Ob es sich bei von Halt um vorauseilenden Gehorsam, eigenes Machtstreben – bei einer Beteiligung der DDR-Funktionäre wäre u. U. auch seine eigene Position im NOK gefährdet gewesen –, oder ob es sich möglicherweise um die eigene politische Überzeugung handelte, konnte nicht geklärt werden. Der Bundesregierung kam es sehr zupass, dass die DDR ihre Beteiligung an gesamtdeutschen Mannschaften zurückzog, denn somit repräsentierten bundesdeutsche Sportler „Deutschland“. Eine direkte Einmischung von Seiten der bundesdeutschen Politik war nicht notwendig gewesen.

Das Scheitern der Verhandlungen war somit ein schwer zu entwirrendes Konglomerat aus Sport und Politik. Durch das Abwägen der Dimensionen – des Wehlerschen Ansatzes folgend, dass gerade die Mischungs- und Interdependenzverhältnisse Antrieb oder Blockade für Entwicklungen darstellen – kann folgendes Ergebnis aus dem Analyseteil generiert werden: Ein Sportfunktionär – in Person des Präsidenten des westdeutschen NOK – hatte die für den Osten inakzeptablen Bedingungen, die von der Bundesregierung gebilligt und stillschweigend unterstützt wurden, vorgegeben. Diese wurden vom IOC aufgegriffen und überraschenderweise zunächst von Seiten der ostdeutschen Sportfunktionäre angenommen. In letzter Konsequenz jedoch wurde ein Riegel von Seiten der ostdeutschen Politiker vorgeschoben: Die Sportler aus der DDR durften nicht in einem gesamtdeutschen

Team antreten. Die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften scheiterte zu diesem Zeitpunkt daran, dass sie politisch nicht opportun für die SED-Regierung war. Durch das „gleichgeschaltete“ politische und gesellschaftliche System der DDR hatte der ostdeutsche Sport keine Möglichkeit, sich gegen diesen Übergriff zur Wehr zu setzen.

1956: Olympischer Neustart – Die ersten gesamtdeutschen Mannschaften

Vier Jahre später war es aber so weit: 1956 gingen die ersten gesamtdeutschen Olympiamannschaften in Melbourne und Cortina d'Ampezzo an den Start. Hatten die Regierenden der DDR ihre Meinung geändert, oder waren die Bedingungen andere?

War die politische Situation im Vorfeld der Spiele 1952 sowohl international als auch in beiden Teilen Deutschlands noch recht verworren und unübersichtlich, was sich auf andere gesellschaftliche Bereiche wie freilich auch den Sport niederschlug, so war die Ausgangssituation 1956 eine andere als noch vier Jahre zuvor. Das Jahr 1955 gilt in der politikgeschichtlichen Forschung als Zäsur, denn hier manifestierte sich die Teilung der Welt und damit auch die deutsche Teilung in Ost und West ganz deutlich. Durch die politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der beiden deutschen Staaten in den Warschauer Pakt bzw. in die NATO wurde die Lage aber auch übersichtlicher, d. h. die „Fronten“ waren erst einmal geklärt. Dies führte zunächst zu einer kurzfristigen Entspannung zwischen Ost und West auf politischer Ebene, hatte aber zur Folge, dass in anderen Bereichen wie z. B. im internationalen Leistungssport die Positionen neu bestimmt werden mussten. Allmählich entdeckte die Politik, dass über den Sport eine deutsch-deutsche Kommunikation möglich war, die im politischen Bereich undenkbar gewesen wäre. Zunehmend geriet der Leistungssport zu einer Art „Nebenkriegsschauplatz“. Hier konnte bei internationalen Wettkämpfen die vermeintliche Leistungsfähigkeit der Systeme unter Beweis gestellt werden. Hierbei versprachen insbesondere Olympische Spiele eine maximale Öffentlichkeitswirkung.

Unter den o. g. veränderten politischen Vorzeichen forderte das IOC wiederum beide deutsche NOK auf, gesamtdeutsche Mannschaften zu bilden. Das IOC unter Präsident Avery Brundage war der Ansicht, damit einen Beitrag zur deutschen

Einheit zu leisten. Damit begab sich das Weltgremium des Sports, das nach eigenem Anspruch unpolitisch war, selbst auf die Ebene der Politik. Was das IOC damit bezwecken wollte, ist nicht näher belegt. Später sprach Brundage in Bezug auf die gesamtdeutschen Mannschaften davon, dass hier dem Sport etwas gelungen sei, was die Politik nicht geschafft hätte, nämlich die deutsche Einheit zu verwirklichen. Möglicherweise ging es ihm darum, eine vermeintlich moralische Höherwertigkeit des Sports herauszustellen. Denkbar wäre jedoch auch, dass mit der Forcierung der deutschen Einheit verschleiert werden sollte, dass das IOC davor zurückschreckte, als eines der ersten internationalen Gremien die sozialistische DDR anzuerkennen. Vielleicht befürchtete das zu Beginn der 1950er Jahre noch eher pro-westliche und z. T. durchaus antikommunistisch gesinnte Komitee eine aus ihrer Sicht falsche Signalwirkung. Allerdings konnte das IOC das ostdeutsche Komitee nicht einfach ignorieren, denn gemäß des universalistischen Prinzips der olympischen Bewegung konnten die Sportler der DDR nicht ausgeschlossen werden. Da ebenfalls 1955 das ostdeutsche NOK eine neue Leitung erhielt, gelang es dem weltgewandten und verhandlungserfahrenen Heinz Schöbel, zumindest eine provisorische Anerkennung des ostdeutschen Komitees beim IOC zu erreichen. Die vorläufige Anerkennung war an die Bedingung der Bildung gesamtdeutscher Mannschaften geknüpft. Gelänge die Aufstellung gemeinsamer Teams nicht, so wäre die vorläufige Anerkennung des NOK der DDR automatisch hinfällig gewesen. Die ostdeutschen Vertreter standen damit unter Zugzwang, hatten aber durch die provisorische Anerkennung eine bessere Verhandlungsposition als noch vier Jahre zuvor. Es war den DDR-Sportfunktionären bewusst, dass sie bei der Bildung des gesamtdeutschen Teams keine Bedingungen stellen konnten, wollten sie das Zustandekommen der Mannschaft – und damit die Aufrechterhaltung der provisorischen Anerkennung – nicht gefährden. Sie akzeptierten sogar, dass Karl Ritter von Halt als Chef de Mission das gesamtdeutsche Team leitete. Vier Jahre zuvor – als klar war, dass die „Lausanner Vereinbarung“ aufgekündigt werden würde – hatten sie wegen seiner Tätigkeit im nationalsozialistischen Deutschland vehement gegen von Halt in seiner Position als Delegationsleiter protestiert.

Insgesamt zielten alle Bemühungen der DDR auf eine völkerrechtliche Anerkennung ab. Dem stand die Politik der Bundesregierung mit ihrem Alleinvertretungs-

anspruch – und ab 1955 der Hallstein-Doktrin – diametral entgegen. Teile der Bundesregierung befürwortete gesamtdeutsche Mannschaften, um den Willen zur Einheit der Nation zu demonstrieren. Bundeskanzler Adenauer und andere sprachen sich jedoch gegen gesamtdeutsche Teams aus, fürchteten sie doch die Untergrabung des Alleinvertretungsanspruches und vor allem um ihre Glaubwürdigkeit bei den westlichen Verbündeten, die sie zuvor rigoros auf die Hallstein-Doktrin eingeschworen hatten. Innerhalb der Bundesregierung tauchte allmählich die Frage auf, welches Ministerium denn überhaupt für den olympischen Sport zuständig sei. Der Außenminister reklamierte diese Aufgabe beim Innenminister für sich, da seiner Ansicht nach die internationalen Sportbeziehungen außenpolitischen Charakter hätten.

Die sich häufenden Aufnahmen von DDR-Sektionen in die internationalen Fachverbände wurden von westdeutscher Seite mit großem Misstrauen beobachtet. Auch hier sah man den Alleinvertretungsanspruch in Gefahr. Einige Vertreter des bundesdeutschen Sports teilten durchaus die Ansicht des Bundeskanzlers. Auch NOK-Präsident Karl Ritter von Halt vertrat die Meinung, dass es im Grunde keine Sportverhandlungen mit der DDR geben dürfe. Allerdings dürfte es auch nicht sein, dass die westdeutschen Sportler auf eine Beteiligung bei Olympischen Spielen verzichteten, da man ansonsten der DDR allein dieses Feld überlassen würde. Auch wenn die Sportfunktionäre selbst es als nicht richtig empfanden, mit dem NOK der DDR zu verhandeln, so war es aber per Definition ihre Aufgabe, als NOK-Mitglieder des dafür zu sorgen, dass westdeutsche Sportler an den Olympischen Spielen teilnahmen. Hier wird das Dilemma, in dem sich sowohl die Bundesregierung als auch die bundesdeutsche Sportführung befanden, ganz deutlich. Weigerten sie sich, überhaupt mit einer Delegation aus der DDR zu verhandeln, dann wären bei den Olympischen Spielen ausnahmslos Sportler aus der DDR an den Start gegangen, die somit Deutschland repräsentiert hätten. Dieses Dilemma begleitete die Entscheidungsträger in den Folgejahren und sollte sich erst mit dem Entschluss des IOC auflösen, zwei deutsche Mannschaften zuzulassen.

Für die SED-Regierung galt wiederum alles bereits als Erfolg, was auch nur ansatzweise den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung untergrub. Für die Bundesregierung ging es in erster Linie um Schadensbegrenzung. Der DDR allein

das olympische Feld zu überlassen, kam nicht in Frage, es musste aber öffentlich darüber diskutiert werden, auch um den westlichen Partnern klarzumachen, dass im Bereich des Sports Verhandlungen mit Ostdeutschland zugelassen werden mussten. Auf anderen sportlichen Gebieten, die weniger öffentlichkeitswirksam waren, ging man rigoros vor. So sollte beispielsweise der deutsch-deutsche Sportverkehr auf ein Minimum beschränkt werden, um hier ein eindeutiges Signal zu setzen.

In der DDR gab es keine Konflikte zwischen der Sportführung und den Regierenden, da die Sportfunktionäre im Auftrag der Politik handelten. Gemäß der Ideologie der DDR war der Sport klar politisch. Ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, hier hatten sich die Funktionäre darauf verständigt, dass der Sport nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus unpolitisch zu sein hatte. Ulbrichts Ziel war es, durch die sportlichen Erfolge der DDR nicht nur eine Art „Nationalbewusstsein“ zu etablieren, sondern auch die völkerrechtliche Anerkennung schrittweise voranzutreiben. Bezugspunkt blieb hier – wie auch im wirtschaftlichen Bereich oder auf anderen gesellschaftlichen Gebieten – die Bundesrepublik, die es im sportlichen Bereich zu schlagen galt. Ulbricht gab die Parole vom „Ein- und Überholen der BRD“ aus. Sportler aus der DDR sollten die Mehrzahl der Meistertitel erringen, um so die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems gegenüber der Bundesrepublik vor aller Öffentlichkeit zu demonstrieren. Von der Bundesregierung wurden die gesamtdeutschen Mannschaften nur zähneknirschend toleriert. Sie waren – gemessen an einem alleinigen Auftreten der Sportler aus der DDR, die dann „Deutschland“ international repräsentiert hätten – das kleinere Übel. Für die DDR-Regierung galt fortan jeglicher Kontakt mit der Bundesrepublik als Unterwanderung des Alleinvertretungsanspruches bzw. ab 1955 der Hallstein-Doktrin.

1956 kamen demnach gesamtdeutsche Olympiamannschaften zustande, weil das IOC die Verhandlungsposition des NOK der DDR durch die vorläufige Anerkennung gestärkt hatte; es den Vertretern des westdeutschen NOK dieses Mal nicht gelang, die IOC-Vertreter uneingeschränkt auf ihre Seite zu bringen; die SED-Führung ihre Forderungen heruntergeschraubt hatte, da gesamtdeutsche Teams allein schon eine Untergrabung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesregie-

rung bzw. der Hallstein-Doktrin darstellten; die Bundesregierung gesamtdeutschen Mannschaften zustimmen musste, um der DDR nicht allein das olympische Feld zu überlassen.

Durch die detaillierte Analyse gemäß der Wehlerschen Dimensionen „Sport“ und „Politik“ lässt sich in der Synthese gut das Wechselspiel zwischen Regierenden und westlicher Sportführung beobachten. Der Sport mit seiner „relativen Autonomie“ – seine primäres Interesse galt der Beteiligung an den Olympischen Spielen – konnte sich hierbei gegen die Widerstände der Bonner Regierenden durchsetzen. Es wurde zudem deutlich, dass in der DDR kein Kräfteressen zwischen Sport und Politik stattgefunden hat. Durch die Durchsetzung des uneingeschränkten Machtanspruches der SED befand sich nunmehr auch das Sportsystem auf Linie. Dadurch bestand zwischen Sport und Politik eine Interessenidentität.

1960: Olympische Spiele als Spielball symbolischer Politik

Die im vierten Kapitel geschilderte Konfliktkonstellation sollte auch für die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften der Jahre 1960 und 1964 Bestand haben – mit wechselnden Akzentuierungen. In der Folgezeit setzte die SED-Regierung auf eine (Sport-)Politik der kleinen Schritte zur Durchsetzung ihrer internationalen Anerkennung. Nachdem gesamtdeutsche Mannschaften auch für künftige Olympische Spiele unausweichlich schienen, versuchte die SED-Führung mittels staatlicher Symbole (Embleme, Hymne, Staatsfahne), die Eigenständigkeit der DDR bei internationalen Sportwettkämpfen und natürlich auch bei Olympischen Spielen unter Beweis zu stellen. Die westdeutsche Sportführung sah sich dadurch in der Folgezeit immer öfter zu einer intensiven Absprache mit den Regierenden in Bonn gezwungen. Für die Politiker ging es um die Außendarstellung der Bundesrepublik Deutschland; es ging um nichts Geringeres als um die „nationale Würde“.

Auf internationaler politischer Ebene sorgten das Berlin-Ultimatum und der so genannte „Sputnik-Schock“ zum Ausgang der 1950er Jahre für erneute Spannungen in den Ost-West-Beziehungen. Die angenommene technologische Überlegenheit der Amerikaner war zerronnen und zudem wurden nun auch die USA

selbst mit Interkontinentalraketen bedroht. Umso wichtiger erschien es nun, dass die westlichen Verbündeten einen einheitlichen Kurs gegen die kommunistische Bedrohung einschlugen. Die Außenministerkonferenz in Genf hatte u. a. gezeigt, dass Amerikaner und Briten immer mehr von der Zielsetzung der deutschen Einheit abrückten und an einer Bereinigung der mittlerweile als abnorm empfundenen Situation Berlins interessiert waren.

Vor diesem Hintergrund war es für Adenauer von äußerster Wichtigkeit, seine Loyalität zum westlichen Bündnis unter Beweis zu stellen. Dass westdeutsche Sportfunktionäre mit ihren ostdeutschen Kollegen über die Entsendung gesamtdeutscher Teams verhandelten, passte nicht in das Bild, das er den NATO-Partnern vermitteln wollte. Konföderationspläne von Seiten der DDR zur Errichtung eines gesamtdeutschen Rats wurden von der Bundesregierung folglich ignoriert. Gleichzeitig trieb die SED den Ausbau des Sozialismus innenpolitisch immer weiter voran und verfolgte außenpolitisch die völkerrechtliche Anerkennung zum Ausbau des eigenen Handlungsspielraums.

In dieser Zeit verfügte das IOC, dass, solange sich die Situation in Deutschland nicht grundsätzlich änderte, gesamtdeutsche Mannschaften zu den Spielen entsendet werden sollten, obgleich das Weltgremium des Sports selbst mittlerweile Zweifel an der in den eigenen Statuten festgeschriebenen politischen Unabhängigkeit des NOK der DDR hegte. Aus diesem Grund wurde das Bestreben der Ostdeutschen nach vollgültiger Anerkennung ihres Komitees noch abgelehnt, aber diese wurde erstmalig zumindest in Aussicht gestellt. Das vergrößerte nochmals den Verhandlungsspielraum der ostdeutschen Funktionäre, die nun ihrerseits Forderungen nach einem eigenen Protokoll stellten und die Position des Chef de Mission für sich beanspruchten. Die Position der Ostdeutschen war jedoch noch nicht so gefestigt, als dass sie auf eine eigene Mannschaft hätten bestehen können. Denn dann hätten sie riskiert, dass u. U. gar keine Sportler aus der DDR an den Spielen teilgenommen hätten. Daher verfolgte die SED vielmehr eine „Politik der kleinen Nadelstiche“, um immer wieder auf die Existenz der DDR als eigenständigen Staat aufmerksam zu machen und die Anerkennung als Staat damit voranzutreiben. Im Grunde aber untergrub das Konstrukt gesamtdeutsche Olympia-

mannschaften nicht nur die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung, sondern auch die „Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie“ der SED.

Die Forderung der SED nach einem eigenen Protokoll erhielt durch die Einführung einer eigenen Staatsflagge der DDR im Oktober 1959 und durch den Emblem-Erlass des DTSB eine ganz besondere politische Brisanz. Die Bundesregierung fürchtete um die Glaubwürdigkeit ihres Alleinvertretungsanspruches und mischte sich in der Folge massiv in die Belange des Sports ein. Der vom IOC vorgeschlagene Kompromiss, die schwarz-rot-goldene Flagge mit den olympischen Ringen für die gesamtdeutschen Mannschaften zu nehmen, stieß auf wenig Gegenliebe bei den Vertretern der bundesdeutschen Regierung. Per Kabinettsbeschluss wurde verkündet, dass es mit der „nationalen Würde“ nicht vereinbar sei, wenn die deutsche Mannschaft bei den Olympischen Spielen eine andere als die Bundesflagge zeige. Damit hatte die Bundesregierung ihren eigenen Handlungsspielraum eingeschränkt. Da das IOC von seinem Beschluss nicht abrückte, musste Bonn nun doch zähneknirschend die Kompromissflagge hinnehmen, da die Regierenden offensichtlich nicht zu der unpopulären Maßnahme des Olympiaboykotts greifen wollten, was die SED sicherlich als eigenen politischen Erfolg verbucht hätte. Die Olympischen Spiele wurden als zu wichtig erachtet, als sie alleinig den DDR-Sportlern zu überlassen. Wiederum war die Bundesregierung auf Schadensbegrenzung aus. Bei anderen internationalen Sportveranstaltungen sollte darum alles getan werden, um das Hissen der so genannten „Spalterflagge“ zu verhindern. Gleichzeitig unterstützte das BMG den deutsch-deutschen Sportverkehr mit 7,5 Millionen Mark, um finanzschwachen West-Vereinen die Möglichkeit zu eröffnen, Vereine aus dem Osten einzuladen. Das untergrub die Strategie der SED, die Mehrzahl der deutsch-deutschen Begegnungen auf ostdeutschem Territorium stattfinden zu lassen. Auch die Visa-Verweigerungen für Sportler aus dem „Ostblock“ – erst durch das BMI und später durch das AA – belasteten die deutsch-deutschen Sportkontakte. Die Bundesregierung beteiligte sich mittels dieses Sportembargos an den Maßnahmen der NATO-Staaten gegen das rigide Kádár-Regime in Ungarn.

Der DSB musste bei seinen Verhandlungen mit den eigenen Regierungsvertretern Kompromisse eingehen. Zwar gelang es ihnen trotz aller Vorbehalte von Seiten

der Regierung, eine gesamtdeutsche Mannschaft durchzusetzen, aber dafür wurden Abstriche im Bereich des deutsch-deutschen Sportverkehrs gemacht. Im selben Zeitraum bat der DSB die internationalen Fachverbände, die Richtigkeit der Mitgliedschaft von Sektionen der DDR zu überprüfen, was letztlich auf einen Ausschluss derselben hinauslaufen sollte. Aber letztlich gelang es dem bundesdeutschen Sport, gegen den Willen der Bundesregierung Sportler aus der Bundesrepublik in gesamtdeutschen Mannschaften zu den Olympischen Spielen 1960 Rom und Squaw Valley zu entsenden.

Der vom IOC ersonnene Kompromiss-Vorschlag, gesamtdeutsche Teams zu bilden, wurde von den Sportführungen in Ost und West akzeptiert, da sie eine Nicht-Beteiligung „ihrer“ Sportler nicht riskieren wollten. Auch auf der Ebene der Politik wollte keine Seite der jeweilig anderen das sportliche Feld überlassen. Der olympische Sport mit seiner Breitenwirkung war zu wichtig, als dass diese Ebene allein den Sportfunktionären überlassen wurde. Es ging nicht nur um die nationale Repräsentation, sondern auch um die „nationale Würde“. Zunehmend gerieten die Verhandlungen beider deutscher NOK auf eine politische Verhandlungsebene, wobei sich die Sportführungen in enger Absprache mit ihren Regierungen befanden. In der Rückschau kann festgehalten werden, dass das NOK der DDR eindeutig politisch „angeleitet“ wurde, während die bundesdeutschen Sportfunktionäre taktische Verhandlungen mit den Regierungsstellen führten. Wollten sie gesamtdeutsche Mannschaften durchsetzen, so mussten sie u. U. Abstriche im Sinne der Bundesregierung machen, wenn es beispielsweise um den deutsch-deutschen Sportverkehr ging. Auf westdeutscher Seite wurde somit eine Art politische Sportdiplomatie gepflegt, wobei das westdeutsche NOK – im Gegensatz zu seinem ostdeutschen Counterpart – nicht weisungsgebunden war.

Insgesamt gesehen wurden Olympische Spiele immer offensichtlicher genutzt, um politische Positionen zu untermauern oder sich ihrer als Mittel symbolischer Politik zu bedienen wie beispielsweise der Boykott bzw. die Boykottdrohungen im Angesicht der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 belegen. Diese Tendenz sollte sich in den Folgejahren immer weiter verstärken. Je länger die Existenz gesamtdeutscher Olympiamannschaften andauerte, desto komplexer

wurden die Verhandlungen und desto dichter wurde die Verflechtung von politischer und sportlicher Dimension.

1964: Die letzten gesamtdeutschen Olympiamannschaften

Das IOC hatte verfügt, dass solange sich an der Situation in Deutschland nichts Grundlegendes änderte, gesamtdeutsche Mannschaften zu entsenden seien. Auch der Bau der Mauer im August 1961 änderte nichts an der Haltung des IOC gegenüber den gesamtdeutschen Olympiamannschaften.

Bislang hatte sich das bundesdeutsche Sportsystem mit der Entsendung gesamtdeutscher Mannschaften gegen die westdeutsche Politik durchsetzen und somit den Anweisungen des IOC folgen können. Je länger die DDR als Staat existierte, desto schwieriger wurde es für die Bundesregierung, den Alleinvertretungsanspruch und die Hallstein-Doktrin aufrecht zu erhalten und jegliche Kontakte auf politischer Ebene mit der DDR von vornherein abzublocken. In gewisser Weise „rettete“ daher der Bau der Berliner Mauer die Hallstein-Doktrin. Nach den Olympischen Spielen 1960 und noch vor dem Bau der Mauer im August 1961 wurde der Streit um Flagge und Emblem der DDR noch erbitterter fortgesetzt. Erschwerend kam hinzu, dass der Bundesgerichtshof am 14. März 1961 die Verfassungsfeindlichkeit des DTSB festgestellt hatte. Der DSB nahm fortan an keinen Veranstaltungen mehr teil, bei denen Sportler der DDR mit ihrem Emblem antraten. Damit reichte nun auch eine politische bzw. juristische Entscheidung direkt in den Bereich des Sports hinein. Insgesamt befürwortete auch der DSB künftig nur noch den deutsch-deutschen Sportverkehr auf unterster Ebene, um ein repräsentatives Auftreten von Sportlern aus der DDR zu vermeiden. Dieses Vorgehen erfolgte nach Absprache mit Bonn und kann als Konzession der Sportführung gesehen werden, um im Gegenzug weiterhin gesamtdeutsche Mannschaften bei Olympischen Spielen durchsetzen zu können. Das BMG hatte sogar gefordert, die deutsch-deutschen Sportkontakte zu opfern, um die Bonner Nichtanerkennungspolitik unter Beweis zu stellen. Zwischenzeitlich prüfte eine Kommission, bestehend aus Vertretern des AA, des BMI und des BMG, ob die Erfüllung der protokollarischen Vorschriften bei Sportveranstaltungen wirklich eine politische de-facto-Anerkennung impliziere. Aber offenbar war der politische Symbolwert einer eigenen Fahne, Hymne und Emblem höher als eine spitzfindige Diskussion

über eine de-jure- oder de-facto-Anerkennung. Die Folge war, dass die DDR jede Gelegenheit – auch außerhalb des Sports – nutzte, um sich mit den nationalen Symbolen als eigenständiger Staat zu präsentieren.

Der DSB und das westdeutsche NOK sahen sich in Anbetracht der politisch geschulten Sportfunktionäre aus dem Osten zunehmend gezwungen, sich noch enger mit den Bonner Regierungsvertretern abzustimmen. Auch wenn die bundesdeutsche Sportführung stets ihre Eigenständigkeit betont und sich auch oft gegen den Willen der Bundesregierung durchgesetzt hatte, so wollten die Funktionäre nicht Gefahr laufen, die dringend benötigte finanzielle Unterstützung der Regierung für den bundesdeutschen Sport zu verlieren.

Der Beginn der 1960er Jahre – mit Kuba-Krise und Mauerbau – markierte auch einen Wendepunkt im Kalten Krieg. Der krisenhaften Zuspitzung folgte eine Zeit der relativen Entspannung zwischen Ost und West. Der Bau der Berliner Mauer hatte zudem eindrücklich gezeigt, dass die USA keineswegs bereit waren, wegen Berlin einen Krieg mit der Sowjetunion zu riskieren. In der DDR konsolidierten sich durch die Abschottung die innenpolitischen Verhältnisse: Die Menschen begannen, sich – mangels Alternativen – mit „ihrem“ Staat zu arrangieren. In der Bundesrepublik fand auch nach dem Rücktritt Adenauers (1963) kein Umdenken in Bezug auf Alleinvertretungsanspruch und gesamtdeutsche Mannschaften statt.

Wie eingangs erwähnt, war das IOC offenbar der Meinung, dass sich an der Situation in Deutschland auch nach dem Mauerbau nichts Grundlegendes verändert hatte, und bestand darauf, dass gesamtdeutsche Mannschaften zu den Spielen 1964 Tokio und Innsbruck entsendet würden. In der unmittelbaren Folge des Mauerbaus galt die DDR als Unrechtsstaat, der seine Bürger einsperren musste, damit sie nicht in den Westen flohen. Auch die westdeutschen Sportfunktionäre waren empört: Der DSB brach als Reaktion darauf aus freien Stücken, ohne dass politischer Druck ausgeübt wurde, die Sportbeziehungen zur DDR ab. Dieser Schritt wurde von der politischen Führung der Bundesrepublik freilich begrüßt. Wenige Monate später ließ der Bundesinnenminister verlautbaren, dass jedes Auftreten von „Ost-Sportlern“ – ob mit oder ohne Flagge – die öffentliche Ordnung beeinträchtige. Die Bundesregierung erreichte, dass alle NATO-Staaten den

Sportlern aus der DDR die Einreise zu Europa- oder Weltmeisterschaften verweigerten. Bei den Verhandlungen der beiden deutschen NOK wurde der Status West-Berlins erneut zum Streitpunkt. Gemäß der Drei-Nationen-These der DDR – die West-Berlin als autonome politische Einheit betrachtete – sollten beispielsweise Ausscheidungswettkämpfe für die Olympischen Spiele nicht im Westteil der Stadt stattfinden. Das westdeutsche NOK bestand jedoch darauf, um seine Zuständigkeit für den Landessportbund West-Berlin zu unterstreichen. Insbesondere bei der „Berlin-Frage“ wurde die Vermischung zwischen Sport und Politik ganz deutlich.

Im Laufe der Zeit wurde das westliche Sportembargo, das bis 1964/65 bestand, von den internationalen Sportfachverbänden und auch vom IOC als außerordentlich störend und zunehmend als unzulässig betrachtet, da es den internationalen Sportverkehr empfindlich beeinträchtigte und dem universalistischen Anspruch des Sports widersprach. Dementsprechend wurden internationale Meisterschaften zunehmend in sozialistischen oder „neutralen Ländern“ ausgetragen, damit auch die leistungsstarken Sportler aus der DDR an den Wettbewerben teilnehmen konnten. Zeitweise lief der bundesdeutsche Sport Gefahr, sich international zu isolieren bzw. als „Störenfried“ betrachtet zu werden.

Die symbolträchtige Flagge der DDR war der Bundesregierung ein Dorn im Auge. Sie sollte bei Sportveranstaltungen – auch im Ausland – nicht gehisst werden. Das diplomatische Corps wurde darauf angesetzt, dieses insbesondere bei Sportveranstaltungen zu verhindern, was bei einigen Staaten, die der NATO angehörten, zunächst auch Erfolg hatte. Trotzdem sahen sich Sportler und Funktionäre immer wieder mit Situationen bei Wettkämpfen konfrontiert, bei denen sie dem Protokoll der DDR ihre Reverenz erweisen mussten. Zu diesem Zeitpunkt waren die Sektionen der DDR als Mitglied in den meisten internationalen Fachverbänden aufgenommen worden. Jede weitere Aufnahme in einen Fachverband setzte das IOC weiter unter Zugzwang, das NOK der DDR vollständig anzuerkennen. Das IOC hatte sich selbst in eine missliche Lage manövriert, indem Präsident Avery Brundage die Bildung und das Auftreten gesamtdeutscher Mannschaften als einen Sieg des Sports über die Politik feierte und sich somit selbst auf das poli-

tische Parkett begeben hatte, obgleich es doch ein Grundsatz des IOC war, unpolitisch zu sein.

Mittlerweile herrschte in Bonner Regierungskreisen nicht mehr die einmütige Ablehnung der gesamtdeutschen Mannschaften. Das AA vertrat die Auffassung, dass gerade gesamtdeutsche Mannschaften mit gemeinsamen Symbolen Ulbrichts Streben nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR untergraben würde. Das Bundeskanzleramt teilte diese Auffassung nicht. Daher bestand die bundesdeutsche Sportführung sogar auf einen Kabinettsbeschluss zur Unterstützung der gesamtdeutschen Mannschaften.

Gesamtdeutsche Mannschaften waren von der SED-Regierung als Mittel der nationalen Repräsentation gewollt. Zwar wurde zu dieser Zeit noch offiziell von Seiten der DDR die deutsche Einheit propagiert, aber alle politischen Zeichen standen auf Abgrenzung. Dies sprach im Grunde gegen gesamtdeutsche Mannschaften, aber da das NOK der DDR noch nicht vollgültig anerkannt worden war, waren eben diese gemeinsamen Mannschaften die einzige Möglichkeit für die Beteiligung ostdeutscher Sportler und stellten zudem einen Affront gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik dar. Die meisten westdeutschen Regierenden betrachteten die gesamtdeutschen Mannschaften noch immer als kleineres Übel, um den Sportlern aus der DDR nicht allein das olympische Feld zu überlassen. Zudem wäre ein westdeutscher Olympia-Boykott eine höchst unpopuläre Maßnahme gewesen, die von der eigenen Bevölkerung gewiss nicht klaglos gebilligt worden wäre.

Das IOC hatte zudem aus rein sportlicher Sicht ein erhebliches Interesse daran, dass Sportler aus der DDR an Olympischen Spielen teilnahmen, denn diese hatten nunmehr ein hohes sportliches Niveau erreicht. Ihr Fehlen bei Olympischen Spielen hätte einen Bedeutungsverlust einiger Wettkämpfe zufolge gehabt. Das Sportsystem braucht stets die besten Sportler, um den Zuschauern spannende Wettkämpfe zu bieten, egal unter welchen Umständen. Der simple Code „Sieg – Niederlage“ macht das Geschehen für das Publikum nachvollziehbar und interessant. In der DDR wurde zunehmend in die Sportförderung investiert, der Nachwuchs frühzeitig gesichtet und Talente trotz der Mangelwirtschaft in vielen Bereichen optimal gefördert. Das ostdeutsche Sportsystem profitierte immens vom Ost-

West-Konflikt. Sollte doch im Sport die Überlegenheit des Sozialismus demonstriert werden. Eine Überlegenheit gegenüber der Bundesrepublik, die auf anderen Gebieten – schon gar nicht auf dem wirtschaftlichen – nie erreicht werden sollte. Nur im Leistungssport gehörte die DDR tatsächlich zur Weltspitze. Mit einigen Jahren Verspätung – im Vorfeld der Olympischen Spiele in München 1972 - profitierte auch das westdeutsche Sportsystem von einer staatlichen Förderung.

Das Gezerre um die Entsendung gesamtdeutscher Teams zu den Spielen 1964 zeigt die wachsende Verflechtung und die Wechselwirkungen von Sport und Politik. Spätestens hier wird ganz deutlich, dass die ostdeutsche Politik den Sport gezielt für ihre Zwecke einsetzte und entsprechend großzügig förderte. Das Sportsystem selbst profitierte von dieser Förderung durch das politische System. Der westdeutsche Sport hingegen konnte sich einen Teil seines „Eigensinns“ bewahren. Er musste zwar in Hinsicht auf den deutsch-deutschen Sportverkehr Konzessionen machen und sich kompromissbereit zeigen, aber dafür konnten die Verantwortlichen gegen weite Teile der Bundesregierung gesamtdeutsche Olympiamannschaften durchsetzen.

1968: Wandel durch Annäherung – zwei deutsche Teams bei den Spielen

Mitte der 1960er Jahre deutete sich eine vorsichtige Wende im Verhältnis des IOC zu den gesamtdeutschen Mannschaften an. Bereits 1964 beschloss der Weltverband der Leichtathletik, dessen Präsident zugleich Vizepräsident des IOC war, dass die DDR mit einer eigenständigen Mannschaft bei den Weltmeisterschaften antreten dürfte. Mit dieser Entscheidung wurde Druck auf die Führungsspitze des IOC ausgeübt, denn allmählich wandelte sich die Stimmung im internationalen Sport eindeutig zu Gunsten der Ostdeutschen. Auch das Sportembargo wurde 1965 beendet, die Einreiseverweigerung für ostdeutsche Sportler durch die NATO-Staaten wurde aufgehoben.

Und nicht nur im Sport war ein Wandel spürbar. Insgesamt herrschte in vielen westlichen Industrienationen in Teilen der Gesellschaft – insbesondere innerhalb der Studentenschaft – eine Aufbruch- und Proteststimmung, die sich vornehmlich am Krieg in Vietnam entzündete. Linksgerichtete und sozialistische Ideen und

Theorien bestimmten die Diskussion und die Sehnsucht nach einer besseren und gerechteren Welt hatte Konjunktur. In diesem Zuge fand nun auch in Deutschland mit einiger Verspätung eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus statt.

Die allgemeine Proteststimmung machte auch vor dem Sport nicht halt. Insgesamt sah sich das IOC immer mehr mit politischen Krisen und Konflikten konfrontiert, die in den Bereich des Sports hereinreichten, wie die Beispiele Südafrika oder der „Prager Frühling“ zeigten. Es fiel daher immer schwerer, den eigenen Anspruch – nämlich unpolitisch zu sein – aufrechtzuerhalten, hatten doch einige Entscheidungen des IOC politische Implikationen, wie z. B. die Anerkennung eines NOK. Es war schwierig, der Weltöffentlichkeit zu vermitteln, dass die Aufnahme eines NOK nicht gleichbedeutend war mit einer Anerkennung des politischen Regimes oder eines politischen Führungsstils. Zu groß war beispielsweise die moralische Empörung über das südafrikanische Apartheidregime oder die brutale Niederschlagung des „Prager Frühlings“.

IOC-Präsident Brundage hielt weiterhin an gesamtdeutschen Mannschaften für die Spiele 1968 in Mexico City und Grenoble fest, konnte sich mit seiner Haltung aber offenbar immer weniger im Weltgremium des Sports selbst durchsetzen. Das NOK der DDR befand sich mittlerweile in einer relativ gefestigten Position, die es ihm erlaubte, die nicht mehr so vehement vertretene Aufforderung des IOC nach gesamtdeutschen Teams entschieden abzulehnen. Hier scheiterten nun auch die Bemühungen des westdeutschen NOK, den Status quo zu erhalten. Die westdeutsche Sportführung konnte die Anerkennung des NOK der DDR durch das IOC nicht länger verhindern. Das Nationale Olympische Komitee der DDR wurde schließlich 1965 anerkannt. Die Bemühungen der Bonner Regierenden über 30 ausländische Botschaften auf die jeweiligen IOC-Mitglieder einzuwirken, um die Anerkennung des Ost-NOK zu verhindern, schlugen fehl. Hier konnte die Politik nicht in den Bereich des Sports vordringen. Dieses Mal gelang es nicht, eine „westliche Geschlossenheit“ wie beim Sportembargo zu erreichen. Ein weiterer Erfolg für die Sportführung der DDR war, dass 1966 der ostdeutsche Heinz Schöbel die Nachfolge des verstorbenen Karl Ritter von Halt im IOC antrat. Damit hatte die DDR einen Vertreter im IOC.

Auch bei Teilen der Bundesregierung setzte Mitte der 1960er ein Umdenken ein. Die Bundesregierung unterstützte die im Dezember 1965 eingereichte Bewerbung Münchens um die Olympischen Spiele 1972. Mit dem Ausrichten der Olympischen Spiele wollte die Bundesregierung das „neue Deutschland“ präsentieren: demokratisch und friedliebend. Dazu mussten jedoch von Seiten der Politik einige Hindernisse in Bezug auf das Protokoll des ungeliebten Nachbarstaates aus dem Weg geräumt werden. Als eine der ersten Maßnahmen wurde die so genannte „Spalterflagge“ fortan stillschweigend geduldet.

Bundeskanzler Kiesinger und sein Außenminister Brandt setzten neue Akzente in der Ostpolitik. Annäherung und Entspannung galten nun als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung. Das war die genaue Umkehrung der bisherigen Politik. Obwohl die Bundesregierung weiterhin in offiziellen Verlautbarungen am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik festhielt, untergrub sie diesen doch selbst mit einigen Initiativen, wie beispielsweise mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien. Und erstmalig reagierte die Bundesregierung auf politischer Ebene auf die SED-Regierung. Die SED fürchtete nun ihrerseits um die eigene Legitimation und fühlte sich unter Zugzwang gesetzt. Als Antwort wurde die so genannte Ulbricht-Doktrin formuliert, die besagte, dass jeder Vertrag eines Staates des Warschauer Paktes mit der Bundesrepublik, die Anerkennung der DDR voraussetze. Diese geforderte Geschlossenheit des „Ostblocks“ lag auch im Interesse der Sowjetunion und erhielt daher die nötige Unterstützung. Seit 1967 verfocht die SED-Regierung die Linie, dass eine deutsche Einheit nur im Sozialismus möglich sei und blockierte damit eine mögliche Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Auf der unteren Leistungsebene schiefen unter diesen veränderten politischen Vorzeichen die deutsch-deutschen Sportkontakte fast ein. Offiziell knüpften die Regierenden der DDR die Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Sportkontakte an die Entwicklung der politischen Kontakte. Die Zulassung des Protokolls der DDR bei Sportveranstaltungen änderte jedoch nichts an der weiteren Abnahme der Quantität der Sportkontakte. Das ist nicht weiter verwunderlich, vielmehr nutzte die DDR ihre Ressourcen in erster Linie zur Förderung von Erfolg versprechenden Sportarten und Sportlern. Es lag nicht mehr im Interesse der DDR, „Gesamtdeutsches“ zu demonstrieren, viel wichtiger war ihr die völkerrechtliche An-

erkennung. Dazu gehörte die Untergrabung des Alleinvertretungsanspruches – in ihren Augen die Alleinvertretungsanmaßung – der Bundesregierung. Schlechte sportliche Leistungen auf den unteren Leistungsebenen passten nach Ansicht der SED-Führung nicht zu dem selbstkreierten Mythos des „Sportwunderlandes“. Auch bestand hier vermehrt die Gefahr, dass sich Sportler in den Westen absetzten, da auch das Personal der Staatssicherheit sich eher auf den Bereich des Leistungssports konzentrierte. Imageverlust und Sicherheitsbedenken waren wohl die beiden Hauptargumente, die gegen die Fortsetzung des deutsch-deutschen Sportverkehrs im großen Rahmen sprachen. Die Verantwortlichen im Osten versprachen sich davon keinen Nutzen mehr und hatten vermutlich auch gar nicht die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen.

1969 wurde die DDR in einige renommierte internationale Organisationen wie die WHO oder die UNESCO aufgenommen. Ihre Anerkennungsgesuche an internationale Verbände wurden nun nicht mehr wegen mangelnder Staatlichkeit von vornherein abgeschmettert, sondern in anderen Fällen lediglich vertagt. Möglicherweise hatte die Aufnahme des NOK der DDR in das IOC eine Signalwirkung gehabt.

Vielleicht waren sogar alle Beteiligten insgeheim froh, dass die zähen Verhandlungen um die Bildung der Teams der Vergangenheit angehörten und nun zwei deutsche Teams starten durften. Für die Sportler war die Entscheidung sicherlich von Vorteil, denn nun fielen die innerdeutschen Qualifikationen weg, die zuvor nicht selten zu einer Verschiebung des Leistungshöhepunkts geführt hatten bzw. die Qualifikation so manch talentierter Sportler verhindert hatte. Ein anderer entscheidender Aspekt war, dass sich die Sportler der DDR durch ihre Leistungsfähigkeit zu einem unverzichtbaren Bestandteil des internationalen Sportsystems gemacht hatten. Letztlich entschied das Sportsystem selbst – hier das IOC –, dass bei den Olympischen Spielen 1968 zwei separate deutsche Teams antraten. Festzuhalten bleibt, dass sich die sportlichen Wege aufgrund der Entscheidung des IOC trennten und nicht initiiert durch politische Institutionen. Hierbei gilt es freilich zu beachten, dass das IOC nicht in einem politischen Vakuum agierte. Die Teilung Deutschlands war zementiert und allein aus pragmatischen Beweggründen konnte die vollgültige Anerkennung des Ost-NOK nicht länger hinausgezögert werden.

Aus sportlicher Sicht war die Leistungsstärke nicht nur der ostdeutschen Sportler, sondern auch der Athleten aus dem „Ostblock“ ein Glücksfall. Nicht zuletzt durch sie wurden internationale Wettkämpfe und Olympische Spiele für die Zuschauer im Stadion und die Weltöffentlichkeit eine höchst spannende Angelegenheit. Die mediale Aufbereitung und auch der Medaillenspiegel als Ranking der Nationen tat ein Übriges bei der Heraufbeschwörung und Zementierung des Systemgegensatzes. An dieser Stelle soll betont werden, dass der Medaillenspiegel keine Erfindung des IOC war. Es gab sogar zaghafte Bestrebungen, die Olympischen Spiele zu entnationalisieren (Abschaffung der nationalen Symbole wie Fahne oder Hymne), die jedoch am Widerstand der jungen afrikanischen Nationen und der Staaten des „Ostblocks“ scheiterten.

1968 kennzeichnete das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaften, weil seit Mitte der 1960er Jahre ein Wandel einsetzte: Im Zuge der weltweiten Studentenproteste wurden zunehmend linke und sozialistische Theorien diskutiert, was dem zuvor herrschenden Antikommunismus entgegenwirkte; die Bundesregierung setzte mittlerweile auf Annäherung; das IOC erkannte das NOK der DDR vollständig an und bestand mehrheitlich nun nicht mehr auf die Entsendung gesamtdeutscher Teams; die DDR wurde zunehmend als zweiter deutscher Staat wahrgenommen – wenngleich nicht offiziell anerkannt; die SED-Führung versuchte verstärkt, ihre völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen; die Bundesregierung und die westliche Sportführung hielten sich in der Diskussion um gesamtdeutsche Mannschaften zurück, da sie die Bewerbung Münchens für die Spiele 1972 nicht gefährden wollten.

1972: Die deutsche Teilung im olympischen Sport ist komplett

Die nächsten Olympischen Spiele, 1972 in München und Sapporo, standen unter veränderten Vorzeichen. Hier zogen nun die politische und die Sportführung der Bundesrepublik an einem Strang, um die Austragung der Spiele in der bayerischen Landeshauptstadt nicht zu gefährden. Die Bundesregierung versprach sich von den Spielen eine Imagepflege mit weltweiter Wirkung für die noch junge Republik. Die Planung und Durchführung der Spiele in München war nur möglich, weil die Politik dies unterstützte, nicht zuletzt auch finanziell. Im Vorfeld musste

die Bundesregierung auch rechtliche Hindernisse aus dem Weg räumen, um das Auftreten von DDR-Sportlern mit ihrem Protokoll zu gewährleisten. Im März 1970 wurden offiziell die Sanktionen gegen die Flagge der DDR aufgehoben. Hierbei wurde jedoch ausdrücklich betont, dass dies keineswegs eine Anerkennung der DDR implizierte. Die Forderungen des IOC nach einem reibungslosen Ablauf der Spiele wurden sowohl von sportlicher als auch von politischer Seite erfüllt. Die Aufhebung der Restriktionen gegen die DDR war zudem nötig geworden, um auch politische Gespräche mit dem Nachbarstaat führen zu können, wie z. B. beim Treffen von Brandt und Stoph in Kassel. Hier profitierte der Sport von den Entwicklungen in der Politik.

Der Reformwillen der neuen Bundesregierung fand in dem international herrschenden Klima der Entspannung einen guten Nährboden. Brandts Politik des „Wandels durch Annäherung“ sollte auch ganz pragmatisch eine Erleichterung der menschlichen Kontakte zwischen West- und Ostdeutschland bringen. Brandt war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der von zwei Staaten in Deutschland sprach. Aber auch hier lag die Betonung wiederum auf der Nichtanerkennung der DDR als Staat. Brandt betonte jedoch, dass die Beziehungen von „besonderer Art“ seien. Diese Formulierung ließ ihm Spielraum. Ulbricht fürchtete um die Legitimität der DDR und hielt starr fest an seinem Forderungskatalog als Vorbedingung für Gespräche mit der Bundesrepublik. Ulbrichts unnachgiebige Haltung passte nun allerdings nicht mehr in das sowjetische Entspannungskonzept. Moskau reagierte mit der Absetzung Ulbrichts, an seine Stelle trat Erich Honecker.

Die Initiativen der Bundesregierung zielten auf eine vorsichtige „Normalisierung“ der Beziehungen zur DDR. Eine Annäherung setzt normalerweise Souveränität voraus. Ein wahrhaft souveräner Staat war die DDR zeit ihrer Existenz nicht, da sie in einem starken Maße von der Sowjetunion abhängig war. Die innere Konsolidierung der DDR war notwendig, um als Verhandlungspartner überhaupt ernst genommen zu werden. Je länger die DDR als Staat existierte, desto schwieriger wurde es, ihre Aufnahme in internationale Gremien und Institutionen zu verhindern. Zu Beginn der 1970er mussten diese Realitäten anerkannt und ihnen Rechnung getragen werden.

1972 hatte die DDR ihr Ziel erreicht, ihr NOK war vollgültig anerkannt, sie durfte ihr eigenes Team zu den Spielen entsenden – samt eigenem Protokoll. Allerdings fanden ausgerechnet diese ersten Spiele in der Bundesrepublik Deutschland statt. München durfte sich als Austragungsstätte der Spiele schmücken. Wenn nicht das grauenhafte Attentat diese Olympischen Spiele überschattet hätte, wäre das „sportsouveräne“ Auftreten von zwei deutschen Mannschaften in der Öffentlichkeit möglicherweise stärker wahrgenommen worden. So konzentrierte sich die Berichterstattung verständlicherweise auf den Mordanschlag und seine Hintergründe. Und auch hier wurde die Politik in den Sport getragen.

Bilanzierend kann festgehalten werden, dass das Verhältnis zwischen Sport und Politik im Untersuchungszeitraum sehr ambivalent war. In letzter Konsequenz war es die Eigenweltlichkeit des Sports, hier in der Gestalt des IOC, die zunächst gesamtdeutsche Teams forderte und auch durchsetzte, um dann zu entscheiden, dass die beiden Teile Deutschlands auch im olympischen Sport getrennte Wege gehen sollten. Die Regierenden beider deutscher Staaten entdeckten Sport als Mittel der politischen Kommunikation, die es offiziell nicht geben durfte. Nicht zuletzt die weltweite Bedeutung der Olympische Spiele veranlasste Politiker aus beiden Teilen Deutschlands, Kompromisse einzugehen, um dem politischen Gegner nicht alleinig die olympische Arena zu überlassen.

10. Fazit und Schlussbemerkung

Ein Anliegen der vorliegenden Arbeit war es darzulegen, wie es zu der Bildung gesamtdeutscher Olympiamannschaften kam – in einer Zeit, als Deutschland geteilt war und der Ost-West-Konflikt einen Höhepunkt erreicht hatte. Die inhaltlichen Ergebnisse wurden im vorangegangenen Syntheseteil dargelegt. Welche neuen Erkenntnisse hat die methodische Herangehensweise mit den Wehlerschen Dimensionen gebracht?

Bei der Eruiierung des Forschungsstandes wurde schnell deutlich, dass das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ bislang kein eigenständiger Untersuchungsgegenstand war. Folglich existierte kein stringenter theoretischer Ansatz, um die komplexen historischen Prozesse zu erfassen, die letztlich dazu führten, dass trotz aller widrigen Umstände gesamtdeutsche Teams in den Jahren 1956, 1960, 1964 an den Start gingen. 1968 starteten zwar zwei deutsche Mannschaften, aber das olympische Protokoll sah weiterhin die Kompromiss-Hymne und –Fahne vor.

Die kritische Würdigung des Forschungsstandes ergab, dass die bisherigen Untersuchungen zumeist von einer „Instrumentalisierung des Sports“ bzw. von einer „unzulässigen Politisierung des Sports“ ausgingen. Die Widersprüchlichkeit, die dieser Ansatz in sich birgt, wurde von der Forschung nicht wahrgenommen. Hätte sich der Sport tatsächlich von der Politik instrumentalisieren lassen, dann hätte es – zumindest in den Jahren 1956, 1960 und 1964 von westdeutscher Seite aus – keine gesamtdeutschen Mannschaften gegeben.

Davon ausgehend, dass der Sport jedoch – wie andere gesellschaftliche Systeme auch – einen gewissen „Eigensinn“ aufweist, wurde für die Arbeit ein anderer Ansatz gewählt, denn die „Instrumentalisierungsthese“ hielt selbst einer oberflächlichen Überprüfung nicht stand.

Dabei bedurfte es einer methodischen Vorgehensweise, mit der das Wechselspiel zwischen Sport und Politik unvoreingenommen analysiert werden konnte. Es galt zudem die Hypothese von dem „Eigensinn“ des Sports, ohne jedoch davon auszugehen, dass der Sport in einem politikfreien Raum agiert. Bezüge zwischen „Sport“ und „Politik“ wurden hergestellt, ohne allerdings a priori von einem Primat der einen Dimension über die andere auszugehen.

Unvoreingenommenen Mehrperspektivität

Die Verwendung von Teilen des von Hans-Ulrich Wehler entwickelten theoretischen Ansatzes half dabei, eine methodischen Herangehensweise zu entwickeln, um den Entwicklungen im Sport wie auch den politischen Prozessen im Untersuchungszeitraum gleichermaßen gerecht zu werden. So wie Wehler seinen drei Dimensionen „Herrschaft“, „Wirtschaft“ und „Kultur“ eine eigene und gleichberechtigte Gestaltungs- und Wirkungsmächtigkeit zukommen lässt, so wurde gleichermaßen bei der Erforschung der Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften der Versuch unternommen, von der Prämisse der Gleichwertigkeit ausgehend die Dimensionen „Sport“ und „Politik“ zu betrachten. „Offen“ heißt demnach, sich mit einer unvoreingenommenen Mehrperspektivität und ohne jegliches Primatdenken dem Untersuchungsgegenstand zu nähern. Zunächst wurden die beiden Dimensionen separat voneinander analysiert und anschließend in einem abschließenden Schritt – der Synthese – in Beziehung zueinander gesetzt, um Wechselwirkungen aufzuzeigen.

In der Tat gab es viele Bezüge, viele Beeinflussungen und Versuche der Einflussnahme von Seiten der Politik, den Sport vor den jeweiligen Regierungskarren zu spannen. Das hat in der Bundesrepublik jedoch nicht durchgängig funktioniert. Zwischen Bundesregierung und Sportfunktionären kam es wegen der gesamtdeutschen Olympiateams und des deutsch-deutschen Sportverkehrs häufig zu Konflikten. Allerdings konnten die Funktionäre im Untersuchungszeitraum einen Boykott der Spiele abwenden.⁷⁰² Durch den Herrschaftsanspruch der SED kam es zu keinerlei Konflikten zwischen Regierenden und den „linientreuen“ Sportfunktionären; hier kann eher von einer Interessenidentität gesprochen werden.

Erweiterung des Fokus

Neben der unvoreingenommenen Mehrperspektivität ermöglichte die Verwendung von Teilen des Wehlerschen Ansatzes eine Erweiterung des Fokus. Die Geschichte der gesamtdeutschen Olympiamannschaften wurde in einen breiteren Kontext gestellt als das bisher der Fall war. Nutzte die bisherige Forschung nur punktuell die Entwicklungen der deutsch-deutschen Beziehungen auf der politi-

⁷⁰² Erst 1980 schloss sich die Bundesrepublik dem Boykott gegen die Olympische Spiele in Moskau an.

schen Ebene zur Untermauerung ihrer „Instrumentalisierungsthese“, so wurde in der vorliegenden Arbeit versucht, den Fokus um die globalpolitische Konstellation zu erweitern. Denn sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR waren im Untersuchungszeitraum fest in ihre jeweiligen „Blöcke“ eingebunden. Die DDR war in einem viel stärkeren Maße abhängig von der Sowjetunion, aber auch die Bundesrepublik war in ihren außenpolitischen Entscheidungen nicht frei von den Vorgaben der westlichen Verbündeten. Da der internationale Leistungssport immer auch eine starke außenpolitische Konnotation hatte, erschien es unerlässlich, diese internationale Dimension in der Arbeit zu berücksichtigen. Die globalpolitische Konstellation wirkte auf die Politik der jeweiligen Regierungen der beiden deutschen Staaten und beeinflusste nicht zuletzt auch die jeweiligen Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Und nicht zuletzt: Ohne Blockkonfrontation hätte es das paradox anmutende Phänomen gesamtdeutsche Olympiamannschaften gar nicht gegeben.

Mittels dieses erweiterten Horizonts wurden das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und die dominierenden Entwicklungen eines bestimmten Zeitabschnitts herausgestellt. So konnte herausgearbeitet werden, welche Faktoren zu einem bestimmten Zeitpunkt historische Prozesse in Gang setzten bzw. blockierten.

Die bisherige Forschung ging von einem engen Verhältnis von Sport, im Wehlerschen Sinne ein Teil von „Kultur“, und Politik aus. Die enge Verquickung dieser beiden gesellschaftlichen Bereiche kann und soll nicht wegdiskutiert werden. Die Erweiterung des Fokus in Bezug auf das Verhältnis zwischen Sport und Politik erfolgte gemäß des Kleßmannschen Ansatzes „Verflechtung und Abgrenzung“ auf drei Ebenen: der internationalen, der bilateralen und der jeweiligen in der Bundesrepublik und in der DDR. Erweitert werden diese Dimensionen um die der relativen Autonomie bzw. des Eigensinns des Sports. Diese Mehrperspektivität bzw. die Fokuserweiterung brachten folgende Ergebnisse:

Für die **internationale Ebene** bleibt zunächst festzuhalten, dass ohne den Kalten Krieg das paradox anmutende Gebilde „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ gar keins gewesen wäre. Beide deutsche Staaten waren durch den Ost-West-Konflikt fest in die beiden sich verfeindet gegenüberstehenden „Blöcke“ einge-

bunden. Die politischen Spielräume beider deutschen Regierungen waren begrenzt. Die bundesrepublikanischen Regierungen mussten Rücksicht auf ihre Verbündeten nehmen – wie die Irritation einiger NATO-Partner über die Existenz gesamtdeutscher Olympiamannschaft gezeigt hatte. Die DDR wiederum konnte ohne Rücksprache mit Moskau kaum etwas allein entscheiden. So war es auch eine Weisung aus Moskau, die die DDR aufforderte, ein NOK zu bilden, um sich mit eigenen Sportlern an Olympischen Spielen beteiligen zu können. Traditionell waren die kommunistischen bzw. sozialistischen Länder den als „bürgerlich“ geltenden Olympischen Spielen ferngeblieben. In Moskau hatte man offenbar schon frühzeitig verstanden, dass internationale Sportgroßereignisse eine hervorragende Plattform boten, um die vermeintliche Stärke eines Staates einer Weltöffentlichkeit zu demonstrieren. So konnte der Sport nicht einfach nur Sport sein, sondern beinhaltete für die Staaten des „Ostblocks“ eine Funktion nach außen – und auch nach innen.

Die Erweiterung des Fokus um die internationale Dimension zeigte in Bezug auf gesamtdeutsche Mannschaften, dass ganz konkret das Weltgremium des Sports, das IOC, als „Verursacher“ ausgemacht werden konnte und es nicht die „beklommene Idee“ der nationalen Verbandsfunktionäre war, wie die anfangs zitierte westdeutsche Skilangläuferin Rita Czech-Blasel vermutet hatte.

Dabei waren die Beweggründe des IOC im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre einem Wandel unterworfen. Gingen die IOC-Verantwortlichen zu Beginn der 1950er Jahre noch von einem raschen Ende der DDR aus, so wollte man in späteren Jahren nicht die erste internationale Instanz sein, die mit der Aufnahme des NOK der DDR offiziell die Existenz des „anderen deutschen Staates“ anerkannte; obgleich die Statuten des IOC explizit darauf verwiesen, dass eine NOK-Aufnahme keineswegs gleichbedeutend mit einer Anerkennung eines Staates sei. Egal wie oft dies von Seiten des IOC dementiert wurde, in der öffentlichen Wahrnehmung kam eine NOK-Anerkennung einer staatlichen Anerkennung gleich.

Das IOC hatte sich selbst durch die Vermischung von Sport und Politik in dieses Dilemma gebracht, das sich auch bei anderen Gelegenheiten zeigte (z. B. beim Umgang mit der China-Frage oder dem südafrikanischen Apartheidregime). Ganz offenkundig gelang es dem IOC nicht, sich aus weltpolitischen Fragen herauszuhalten.

Der Anspruch eines internationalen Gremiums, sich unpolitisch verhalten zu wollen, grenzte allerdings schon beinahe an Ignoranz, denn die Institution agierte keineswegs in einem politischen Vakuum. Das Weltgremium des Sports konnte es gar nicht vermeiden, Stellung zu beziehen. Es hätte sich allerdings Statuten geben können, die hätten verhindern können, dass eine Positionsnahme politisch erschien bzw. als eine solche hätte gedeutet werden können. Eine Idee, die kurz diskutiert wurde, war die „Entnationalisierung“ der Spiele, die demnach ohne nationale Symbolik wie Fahnen und Hymnen auskommen sollten. Dieser Vorstoß fand innerhalb des IOC keine Mehrheit⁷⁰³ und wurde vom Exekutiv-Komitee auch nicht forciert. Daher geriet das Komitee auch immer wieder in Erklärungsnot.

Durch die Berücksichtigung der deutsch-deutschen Beziehungen, ergo der **bilateralen Ebene**, konnte die eingangs formulierte Paradoxie, warum es in einem geteilten Deutschland zu Hochzeiten des Kalten Krieges gesamtdeutsche Olympiamannschaften gab und diese sich gerade zu einem Zeitpunkt deutsch-deutscher Annäherung wieder teilten, aufgelöst werden.

Denn eine Annäherung setzt eine gewisse Souveränität voraus. Für die DDR war der Leistungssport vor den Olympischen Spielen 1968, bzw. vor der vollgültigen Anerkennung ihres NOK durch das IOC 1965, ein willkommenes Spielfeld, ihre völkerrechtliche Anerkennung auf politischem Gebiet voranzutreiben. Das IOC wollte das NOK jedoch nicht anerkennen und „rettete“ sich in den Kompromiss „gesamtdeutsche Mannschaften“. Die westdeutschen Sportfunktionäre mussten das Sporttheater mitmachen, wollten sie „ihren“ Sportlern nicht die Chance auf eine Beteiligung bei den Spielen nehmen. Folglich mussten sich verschiedene Bundesregierungen mit dem komplexen Thema gesamtdeutsche Mannschaften befassen und entsprechende Verhandlungen mit den Sportfunktionären führen, die ihrerseits die Modalitäten der Qualifikationswettkämpfe mit den Funktionären der DDR aushandeln mussten. Ähnlich verhielt es sich auf der politischen Ebene. Erst als Willy Brandt erstmalig von zwei Staaten in Deutschland sprach, wurden Gespräche mit der DDR allmählich möglich.

Für die Athleten waren allerdings die innerdeutschen Ausscheidungswettkämpfe für die Olympischen Spiele eine zusätzliche Belastung, denn so konnte sich bei-

⁷⁰³ Insbesondere die Staaten Afrikas und Asiens, die gerade ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, sprachen sich vehement gegen die Idee der „Entnationalisierung“ der Spiele aus.

spielsweise der Leistungshöhepunkt verschieben. Zudem standen den Athleten in einer gesamtdeutschen Mannschaft u. U. weniger Startplätze zur Verfügung, als wenn es zwei Teams gegeben hätte. So wurde sicherlich der eine oder andere Sportler benachteiligt, weil er sich nicht qualifizierte. Zudem bestand für gesamtdeutsche Mannschaftsportarten oder Staffelläufe keine Möglichkeit des gemeinsamen Trainings, da die Sportler aus der DDR systematisch von ihren westdeutschen Mannschaftskollegen abgeschottet wurden. Eine gesamtdeutsche Mannschaft im Sinne eines wirklichen Teams, das sich zusammengehörig fühlte, hat es demnach nie gegeben. Innerhalb der gesamtdeutschen Mannschaften bestanden keinerlei Gemeinsamkeiten zwischen den Sportlern aus beiden Teilen Deutschlands: Sie reisten separat an und wieder ab. Die Delegation aus der DDR wohnte nicht im Olympischen Dorf. Jeglicher Kontakt wurde von den ostdeutschen Funktionären unterbunden, die eine Flucht ihrer Schützlinge oder den Verrat von Trainingsgeheimnissen fürchteten. Insgesamt war das Phänomen „gesamtdeutsche Olympiamannschaften“ ein künstliches Produkt – ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Sportler. Zudem ist zu konstatieren: Je bedeutender das Sportereignis war, desto weniger Mitspracherecht hatten die Sportler selbst. Grit Hartmann stellte fest, dass sie bei ihren Recherchen zum Sport in der DDR auf einen Sport stieß, der nicht den Sportlern gehörte⁷⁰⁴, aber auch die bundesdeutschen Athleten hatten in Bezug auf die gesamtdeutschen Olympiamannschaften keinerlei Mitspracherecht. Zumindest in dieser Beziehung gab es eine Gemeinsamkeit in Ost und West bei den deutsch-deutschen Olympiamannschaften.

Die Bedeutung des deutsch-deutschen Sportverkehrs, der anfangs von der DDR stark forciert und materiell gefördert wurde, um gemäß der politischen Linie „Gesamtdeutsches“ zu repräsentieren, verlor im Verlauf des Untersuchungszeitraums immer mehr an Bedeutung. Von Seiten der DDR wurde ein Imageverlust gefürchtet, wenn sich in diesem Bereich nicht die gewohnt starken Sportler präsentierten. Denn die Förderung Erfolg versprechender Sportarten ging zu Lasten des Breiten-sports. Zudem wurde die Überwachung der Sportler durch das MfS wegen der Fluchtgefahr immer extensiver betrieben. Für die Überwachung des Sportverkehrs waren nicht genügend personelle Ressourcen vorhanden. Mit den Erfolgen im internationalen (und medienwirksamen) Spitzensport verloren die Regierenden

⁷⁰⁴ Hartmann: Goldkinder, S. 7.

das Interesse am deutsch-deutschen Sportverkehr, da sie sich davon keinen Imagegewinn versprachen.

Die Konzentration auf die **jeweilige staatliche Ebene** –der Bundesrepublik und der DDR – ermöglichte es, die politische Strategie der Regierenden auf beiden Seiten der deutschen Grenze in Bezug auf gesamtdeutsche Olympiamannschaften herauszustellen. Vor der Folie des Kalten Krieges bzw. des Ost-West-Konflikts wurde somit deutlich, welche Absichten Politiker mit der Entsendung gesamtdeutscher Teams verfolgten. Die Strategie bzw. die politische Zielsetzung wandelte sich im Untersuchungszeitraum. Hatte es die DDR 1952 noch abgelehnt unter der Federführung des westdeutschen NOK an den Spielen teilzunehmen, so sollte in der Folgezeit allein die Präsenz von DDR-Sportlern bei Olympischen Spielen als Untergrabung von Adenauers Alleinvertretungsanspruch gelten. In dieser Zeit nahmen auch die Konflikte zwischen der westdeutschen Politik und „ihren“ Sportfunktionären zu.

Für die **Bundesrepublik** soll vorausgeschickt werden, dass die westdeutschen Sportfunktionäre – als eine Lehre aus der Vereinnahmung des Sports durch die Nationalsozialisten – davon überzeugt waren, der Sport müsse künftig unpolitisch sein. Dieser Anspruch jedoch brachte die Funktionäre häufig in die Bredouille, da sich der ostdeutsche Sport klar zu seiner politischen Ausrichtung bekannte und politisch geschulte Kader zu den Verhandlungen über die gesamtdeutschen Mannschaften schickte.

Da der Sport in der Bundesrepublik föderalistisch organisiert war, kam es zuweilen zu Abstimmungsproblemen, während der ostdeutsche Leistungssport zentralistisch „angeleitet“ wurde und mit einer Stimme sprach.

Auch wenn die Politik im Verlauf des Untersuchungszeitraums immer stärker versuchte, sich in die Belange des Sports einzumischen, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung unter Adenauer aufrecht zu erhalten, so gelang es den westdeutschen Sportfunktionären, einen Boykott der Spiele abzuwenden und „ihre“ Sportler im Rahmen des gesamtdeutschen Teams zu den verschiedenen Olympischen Spielen zu entsenden.

In der Bundesrepublik setzte eine systematische Sportförderung erst im Vorfeld der Spiele von München in nennenswertem Umfang ein, da auch von Seiten der Politik befürchtet wurde, dass die westdeutschen Sportler gegen die bestens präparierten Sportler aus dem „Ostblock“ keine Chance hätten.⁷⁰⁵ Weite Teile der Bundesregierung hatten die Bewerbung Münchens unterstützt, denn die Politiker versprachen sich davon einen Imagegewinn für die noch junge Bundesrepublik. Das „neue friedliebende Deutschland“ sollte präsentiert werden.

Pikanterweise profitierte gerade die **DDR**, die den Sport gezielt als Mittel der Repräsentation im Kampf um die staatliche Anerkennung einsetzte, vom Anspruch des IOC, unpolitisch sein zu wollen. Denn – wie oben bereits erwähnt – das IOC scheute sich davor, den Sportlern der DDR die Teilnahme an den Spielen zu verweigern. Nichtsdestotrotz wollte das Weltgremium des Sports nicht die erste Institution sein, die ein Komitee der DDR anerkannte. Allerdings hatten die Sportler der DDR zu diesem Zeitpunkt ein so hohes Leistungsniveau erreicht, dass ihr Fernbleiben einen Bedeutungsverlust der Spiele zufolge gehabt hätte.

Für die DDR hatte der Sport spätestens nach dem Bau der Mauer eine systemstabilisierende Wirkung. Nach dem 13. August 1961 hatten die Bürger der DDR kaum Wahlmöglichkeiten. Wollten sie nicht den gefährlichen Weg der Rebellion gehen, mussten sie sich mit „ihrem“ Staat arrangieren, was besser funktionierte, wenn es zumindest einen Bereich gab, in dem die DDR tatsächlich zur Weltspitze gehörte und eine Identifikationsfläche bot. Und das war alleinig der Sport. Auf ökonomischem Gebiet hatte die starre Planwirtschaft bewirkt, dass der ostdeutsche Staat auf Dauer nicht lebensfähig war. Auch den Wettlauf in den Bereichen Wissenschaft und Kultur konnte die DDR nicht so eindeutig wie beim Sport für sich entscheiden.

Ein sportliches Wettrüsten nahm ab Ende der 1960er Jahre seinen Lauf, zu dem auch das Thema Doping gehörte, das jedoch ein systemimmanentes Problem des Leistungssports ist und nicht zwingend ein DDR-spezifisches. Allerdings gehört zu den Schattenseiten der DDR-Sportförderung nicht nur die Vernachlässigung nicht-medailenträchtiger Sportarten bzw. des Breitensports, sondern eben auch ein flächendeckendes Dopingprogramm, das z. T. vorsah, Sportlern – auch Min-

⁷⁰⁵ So wurde z. B. die Stiftung Deutsche Sporthilfe im Mai 1967 installiert, um den bundesdeutschen Sportlern durch finanzielle Zuwendungen eine optimale Förderung zukommen lassen konnte.

derjährigen – ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung unzulässige leistungssteigernde Substanzen zu verabreichen. Zum Thema „Doping“ wurde bereits intensiv geforscht, da sich auch die zuständigen Staatsanwaltschaften nach dem Vollzug der deutschen Einheit für etwaige Straftatbestände in diesem Bereich interessierten.

Relative Autonomie und Eigensinn

Betrachtet man die Entwicklungen durch eine rein sportlogische Brille und nimmt den Ansatz einer **relativen Autonomie des Sports** ernst, so kann konstatiert werden, dass insgesamt das Sportsystem auf beiden Seiten der Grenze vom Ost-West-Konflikt profitierte. Das betraf die Sportförderung, Talentsichtung, Nachwuchsarbeit, aber auch den sportwissenschaftlichen und -medizinischen Forschungsbetrieb. Früher als in der Bundesrepublik setzte in der DDR eine systematische Förderung medaillenträchtiger Sportarten ein. Es wurde ein ausgeklügeltes System der Talentsichtung und Förderung der Sportler geschaffen, die es den Sportlern ermöglichte, sich ganz auf ihren Sport zu konzentrieren. Von westlicher Seite war deshalb häufig von „Staatsamateuren“ die Rede, um zu verdeutlichen, dass es sich im Grunde um Profis handelt, die laut Statuten keinen Zugang zu Olympischen Spielen haben dürften. Auch der Begriff „Diplomaten im Trainingsanzug“ verdeutlicht, dass es allgemein bekannt war, dass die DDR eindeutig politische Ziele mittels ihrer sportlichen Erfolge verfolgte.

Die Systemauseinandersetzung und das damit einhergehende sportliche „Aufrüsten“ wirkten sich zudem auf die Sportwissenschaft aus. Nicht nur die Sportmedizin, sondern auch die wissenschaftliche Analyse von Trainingsplänen u. ä. gewann an Bedeutung, um sich einen Vorteil im Wettkampf zu verschaffen. Für die DDR war dies so wichtig, dass sportwissenschaftliche Erkenntnisse z. T. als „geheim“ eingestuft wurden. So wurden nicht nur die beteiligten Wissenschaftler vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht, sondern auch die Athleten selbst wurden permanent bespitzelt. Eine Republikflucht hätte dem Image der DDR schwer geschadet. So wurde im Laufe der Zeit der Leistungssport so scharf überwacht, dass er als „durchherrschter“ Bereich der DDR-Gesellschaft galt.

Die Darstellung des Wechselspiels von Sport und Politik in der Bundesrepublik hat gezeigt, dass es keine uneingeschränkte Dominanz der Politik über den Sport gab. Die Instrumentalisierungsthese greift für diesen Aspekt der Sportgeschichte nicht. Vielmehr konnte der Sport – wie im Syntheseteil gezeigt – seine relative Autonomie bei verschiedenen Gelegenheiten unter Beweis stellen. In der DDR hingegen kann von einer Interessenidentität gesprochen werden, denn das politische System hatte durch die diktatorische „Gleichschaltung“ – unter sozialistischen Vorzeichen – alle gesellschaftlichen Bereiche „auf Linie“ gebracht.

Ein Beleg für die relative Autonomie des Sports ist, dass 1968 zwei separate Teams antreten durften. Die Entscheidung darüber war bereits fast drei Jahre zuvor gefallen, also noch bevor das politische Tauwetter einsetzte. Zwar hatte die Bundesrepublik gegen Ende der 1960er Jahre eine Bereitschaft signalisiert, sich dem Osten anzunähern, aber zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Sport in der DDR bereits zu einem unverzichtbaren Bestandteil des internationalen Sportbetriebs gemacht. Ein etwaiges Fehlen von leistungsstarken Athleten aus der DDR hätte unter Umständen zu einem Bedeutungsverlust internationaler Wettkämpfe geführt. Zudem hat der internationale Sport einen universalistischen Anspruch: Die besten Sportler sollen bei Olympischen Spielen zusammenkommen. Zwar ist die Politik ein mächtiger Faktor im internationalen Leistungssport, aber nicht immer der entscheidende.

Abschließende Bemerkungen

Da die Arbeit bewusst breit angelegt wurde, konnten einzelne Aspekte nicht ausführlich behandelt werden, die durchaus jedoch Stoff für weiterführende Forschungen abgeben könnten. Insgesamt kamen bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Olympiamannschaften die Athleten selbst nicht zu Wort – wie Grit Hartmann schon monierte. Hier könnte eine Aufgabe künftiger Forschungen liegen, systematisch eine Zeitzeugenbefragung der betroffenen Sportler durchzuführen. Ein weiteres, spannendes Thema, das in der Arbeit nicht bearbeitet wurde, wäre es, näher zu untersuchen, inwiefern der Sport in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik eine systemstabilisierende Funktion übernommen hat. Vielfach wird in der Literatur und auch noch heute in den Medien davon gesprochen, dass der Ge-

winn der Fußball-WM 1954 in der Schweiz mehr für die neue nationale Identität der bundesrepublikanischen Bevölkerung bewirkt hätte als jegliche politische Maßnahme. Es würde sich sicherlich lohnen, diese Behauptung auf den Prüfstand zu stellen und diese systematisch zu erforschen.

Ein anderer Aspekt umfasst die Rolle der Medien. Man könnte sich fragen, welchen Anteil die Berichterstattung über internationale Sportgroßveranstaltungen zur Verfestigung des Ost-West-Konflikts in den Köpfen der Menschen hatte. Ein anderer Punkt betrifft die Auswirkung der maximalen Aufmerksamkeit, die Olympische Spiele erzielen. Angenommen, die Olympischen Spiele hätten unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden, d. h. ohne jegliche Berichterstattung, dann wäre es mehr als fraglich, ob die Regierenden beider deutscher Staaten so hart um die Beteiligung ihrer Sportler gerungen hätten. Erst die Herstellung der Weltöffentlichkeit durch die Medien verlieh dem Ereignis den Status, dass fast die ganze Welt darüber sprach und generierte damit einen Imagegewinn für die siegreichen Länder. Denn nicht unbedingt der Sportler allein wurde als siegreich wahrgenommen, sondern immer auch das Land, aus dem er stammte.

Damit ist man auch bei der Frage, warum Sport eine solche Emotionalität bei den Zuschauern freisetzt, die sich mit einem Sportler, einem Verein, einer Stadt, einer Nation identifizieren. Der Sport scheint eine große und wandelbare Projektionsfläche für Identifikationsmodelle zu bieten und wirkt zudem als Katalysator für Emotionen. Es könnte aufschlussreich sein, die bereits vorliegenden Forschungen zu vertiefen.

Ein letzter – jedoch auch für die Arbeit sehr wichtiger Aspekt – betrifft die Geschichte des IOC, die bislang nur unzureichend aufgearbeitet ist. Hier könnten künftige Forschungen ansetzen, wenn denn das Weltgremium des Sports bereit ist, seine Archive für die Wissenschaft zu öffnen.

Mit der vorliegenden Arbeit sollte ein kleiner Beitrag zur Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte geleistet werden. Denn heute erinnert sich kaum jemand überhaupt daran, dass es mal gesamtdeutsche Olympiamannschaften gegeben hat. Insbesondere denjenigen, die nach der Zementierung der deutschen Teilung mit der Mauer aufgewachsen sind, erscheint dieses künstliche Gebilde der Sportgeschichte als absurdes Konstrukt. Aber auch für die Zeitzeugen der 1950er und 1960er Jahre sind die gesamtdeutschen Teams eher eine skurrile Anekdote

der deutschen Geschichte. Nach über 20 Jahren nach dem Fall der Mauer sind die olympischen Mannschaften, die während der Teilung der Nation, „Gesamtdeutsches“ symbolisieren sollten, aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden. In weiteren 20 Jahren werden Geschichtslehrer vermutlich große Mühe haben, ihren Schülern die Auswirkungen der deutschen Teilung zu verdeutlichen. Die vorliegende Arbeit möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass die Ausmaße und Widersprüche der deutschen Teilung aufgearbeitet werden und nicht in Vergessenheit geraten.

Zudem sollte es um einen sachlichen Umgang mit der Geschichte gehen. In der Forschung ist durch die Öffnung der Archive der implodierten DDR viel in Bewegung gekommen. Aber nicht immer ist diese Geschichtsschreibung frei von (alten) Vorurteilen, die z. T. noch immer geprägt sind von Ideologien des Ost-West-Konflikts, die sich in den Köpfen festgesetzt haben.

Viel zu leicht war es unmittelbar nach der so genannten „politischen Wende“, die Entwicklungen in der DDR in Bausch und Bogen zu verurteilen. Erst im Laufe der Zeit – wahrscheinlich sind noch mehrere Jahrzehnte nötig – wird ein objektiver und sachlicher Umgang mit der Geschichte der DDR möglich sein. Hieraus ergibt sich dann möglicherweise eine neue Chance, genauer untersuchen zu können, wie verwoben die Geschichte beider Teile Deutschlands tatsächlich war und wie stark sich die beiden deutschen Staaten gegenseitig beeinflusst haben. Ein Anliegen der Arbeit war es deshalb, den Versuch zu unternehmen, sich dem Gegenstand offen und unbefangen zu nähern, um mit der Historie der gesamtdeutschen Olympiamannschaften ein Mosaiksteinchen der Sportgeschichtsschreibung zurechtzurücken und der Komplexität ihres Umfelds zu genügen.

11. Literaturverzeichnis

Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986.

Allison, Lincoln: Sport and Politics. In: Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986, S. 1-26.

Ambrosius, Gerold: Das Wirtschaftssystem. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 11-81.

Ash, Mitchell G.: Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und der ostdeutsche Historikerstreit. In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 283-304.

Austermühle, Theo: Der DDR-Sport im Lichte der Totalitarismus-Theorien. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 28-51.

Austermühle, Theo: Konflikte und Konfliktlösungen im Sport. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 135-157.

Austermühle, Theo (Hg.): Vom Studentensport zum Hochschulsport. Aachen 2000.

Austermühle, Theo: Von der Dichotomisierung zur Legendenbildung – oder zum Verhältnis von Struktur und Funktion in der Zeitgeschichte des Sports. In: Sport-Zeiten 2 (2002) 2, S. 90-102.

Austermühle, Theo und Gerd Konzag (Hg.): Sportwissenschaftliche Reflexionen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Festschrift für Gerhard Lukas. Hamburg 1995.

Balbier, Uta Andrea: Jenseits des Kalten Krieges – Neue Perspektiven einer Erforschung des innerdeutschen Sportverkehrs. In: Teichler, Hans Joachim: Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung. Hamburg 2003, S. 187-196.

Balbier, Uta Andrea: Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte. Paderborn 2007.

Barck, Simone: Bildung und Kultur in der DDR. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 49-55.

Bauer, Thomas: „Zu mehr lange dene ihr Kalorie net“. Hunger und Sport in der Nachkriegszeit. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 307-310.

Bauerkämper, Arnd, Sabrow, Martin und Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998.

- Becker, Christian: Bemerkungen zur Archivlage und Quellendokumentation. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 559-572.
- Becker, Christian: Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und „nationale Sportarbeit“ der DDR in den Jahren 1945-1961/65. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 251-307.
- Becker, Christian: Forschungsstand. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 45-57.
- Becker, Hartmut: Von Siegern und Unterlegenen. Sporthistoriker aus Deutschland-West und Deutschland-Ost bei gemeinsamer Vergangenheitsbewältigung. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 4 (1990) 3, S. 83-87.
- Beckers, Edgar: Der Instrumentalisierungs-Vorwurf: Ende des Nachdenkens oder Alibi für die eigene Position? In: Sportwissenschaft 23 (1993) 3, S. 233-258.
- Behrendt, Wolfgang: Ich bin schon ein Kind der DDR. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 27-37.
- Bender, Peter: Ungleiche Emanzipation. Handlungsspielräume der beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissystemen. In: Kleßmann, Christoph, Misselwitz, Hans und Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999, S. 62-72.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Politik. Frankfurt/Main 1989.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989.
- Benz, Wolfgang: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 3: Gesellschaft. Frankfurt/Main 1989.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Kultur. Frankfurt/Main 1989.
- Berendonk, Brigitte und Werner W. Franke: Hormondoping als Regierungsprogramm. Mit Virilisierung von Mädchen und Frauen zum Erfolg. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 166-187.
- Berendonk, Brigitte: Doping. Von der Forschung zum Betrug. Reinbek 1992.
- Berendonk, Brigitte: Dopingdokumente. Berlin u. a. 1991.
- Bernett, Hajo: Entwicklung und Struktur der Sportwissenschaft in der DDR. In: Sportwissenschaft 10 (1980), 4, S. 375-403.

- Bernett, Hajo u. a.: Die Geschichte der Sportarten aus der Sicht der materialistischen „Geschichtspropaganda“. In: Sportwissenschaft 16 (1986) 1, S. 91- 98.
- Bernett, Hajo: Carl Diem und sein Werk als Gegenstand sportgeschichtlicher Forschung. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1 (1987) 1, S. 7- 41.
- Bernett, Hajo: Die Vermittlung von Sportgeschichte in der DDR als „Geschichtspropaganda“. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 4 (1990) 3, S. 7-19.
- Bernett, Hajo: Körperkultur und Sport in der DDR. Dokumentation eines geschlossenen Systems. Schorndorf 1994.
- Bernett, Hajo: Neue Aspekte der Zeitgeschichte des Sports. In: Sportwissenschaft 25 (1995) 2, S. 119-136.
- Bessel, Richard und Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.
- Bingen, Dieter: Ostverträge. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 596-606.
- Blaschke, Karlheinz: Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers. In: Fischer, Alexander: Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993, S. 221-243.
- Blödorn, Manfred (Hg.): Sport und Olympische Spiele. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Blödorn, Manfred: Olympische Ideologie zwischen den Extremen – Wichtigste Nebensache der Welt oder Wettkampf der Systeme. In: Blödorn, Manfred (Hg.): Sport und Olympische Spiele. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 7-16.
- Blödorn, Manfred: Olympismus in einer veränderten Welt – Sport und Politik nach 1945 – die Fortsetzung des Ost-West-Konflikts im IOC und in den Sportarenen. In: Blödorn, Manfred (Hg.): Sport und Olympische Spiele. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 77-112.
- Braun, Jutta: Theoretische Konzepte der DDR-Gesellschaftsgeschichte – ein Forschungsüberblick. In: Krüger, Michael (Hg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Hamburg 2001, S. 71-78.
- Braun, Jutta: Sportler zwischen Ost und West. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29 (2008), S. 38-45.
- Braun, Jutta und Hans Joachim Teichler (Hg.): Sportstadt Berlin im Kalten Krieg. Prestigekämpfe und Systemwettstreit, Berlin 2006.
- Braun, Jutta und René Wiese: Duell an der Spree – Sportkultur und Sportverkehr in Berlin (1949-1961). In: Lemke, Michael (Hg.): Schaufenster der Systemkon-

kurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln u. a. 2006, S. 343-364.

Braun, Jutta und René Wiese: DDR-Fußball und gesamtdeutsche Identität im Kalten Krieg. In: Historical Social Research, Historische Sozialforschung, 30 (2005) 4, S. 191-210.

Brettschneider, Wolf-Dietrich: Jugendarbeit in Sportvereinen: Anspruch und Wirklichkeit: eine Evaluationsstudie. Schorndorf 2002.

Brey, Hans-Michael: Doppelstaat DDR. Menschenrechtsverletzungen der Deutschen Volkspolizei. Frankfurt a./M. u. a. 1998.

Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995.

Budzisch, Margot: Zur Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Sports – Chancen und Grenzen. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 77-83.

Buggel, E.: Aufgaben des DTSB bei der Entwicklung des Freizeit- und Erholungssports. In: Theorie und Praxis der Körperkultur 21 (1972) Beiheft 1, S. 3-6.

Buggel, E.: Ziele, Aufgaben und Organisation des Sports der Werktätigen in der DDR. In: Theorie und Praxis der Körperkultur 22 (1973), S. 879-888.

Buggel, Edelfried: Der Volkssport (Breitensport) und die Volkssportforschung in der DDR von 1960/61 bis 1965/66. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 465-533.

Buggel, Edelfried: Mass-Sport Activities and Top-Class Athletics: Unity or Contradiction? In: Redmond, Gerald (Hg.): Sport and Politics. The 1984 Olympic Scientific Congress Proceedings, Vol. 7, Champaign, Illinois 1986, S. 43-49.

Burghard, Uwe: Verkehr. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 248-293.

Buschmann, Jürgen und Karl Lennartz: Auch in der Deutschen Olympischen Gesellschaft – „Am Anfang war Carl Diem“. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 195-205.

Buschmann, Jürgen und Karl Lennartz: Der „vorläufige“ Deutsche Olympische Ausschuss. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 49-59.

Buss, Wolfgang (Hg.): Die Entwicklung des Sports in Nordwestdeutschland 1945-1949. Duderstadt 1984.

Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Aktionsfelder des DDR-Sports in der Frühzeit 1945-1965. Köln 2001.

Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001.

Buss, Wolfgang und Christian Becker: Einleitung. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 19-42.

Buss, Wolfgang und Franz Nitsch: Am Anfang war nicht Carl Diem – die Gründungsphase der Sporthochschule Köln 1945-1947. Duderstadt 1986.

Buss, Wolfgang und Sven Güldenpfennig: Sport als kulturelle Erscheinung – maßgeblicher Fokus auch der Forschung zur Zeitgeschichte des Sports. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 61-84.

Buss, Wolfgang, Güldenpfennig, Sven und Arnd Krüger: Geschichts-, kultur-, sport(politik)- und wissenschaftstheoretische Grundannahmen sowie daraus resultierende Leitfragen für die Forschung. Grundsatzpapier zum Forschungsprojekt „Die Geschichte des DDR-Sports“. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 1, S. 65-74.

Buss, Wolfgang: „Internationaler Sportverkehr“. Über die babylonische Gefangenschaft des Sports in der internationalen Sportpolitik der DDR der 50er und frühen 60er Jahre. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 308-348.

Buss, Wolfgang: Alpiner Skisport in der Deutschen Demokratischen Republik – ein Opfer der Sportpolitik? In: SportZeiten 2 (2002) 1, S. 63-76.

Buss, Wolfgang: Die Ab- und Ausgrenzungspolitik der westdeutschen Sportführung gegenüber der DDR in den frühen 50er Jahren. In: SportZeit 1 (2001) 1, S. 35-56.

Buss, Wolfgang: Die sportpolitische Bedeutung. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 127-134.

Buss, Wolfgang: Ideologische Leitlinien – Anmerkungen zu einem zentralen Bedingungsfaktor im Entwicklungsgang des SBZ/DDR-Sports. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 87-109.

Buss, Wolfgang: Sport und Besatzungspolitik. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1991. Bd. 2, S. 5-12.

Buss, Wolfgang: Sport und Politik in der frühen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). In: SportZeit 1.(2001) 3, S. 31-46.

Buss, Wolfgang: Von Bad Schwalbach nach Bonn. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 100-109.

Buss, Wolfgang; (Sport)politisch-historischer Handlungsrahmen. In: Buss, Wolfgang und Christian Becker (Hg.): Der Sport in der SBZ und frühen DDR. Genese – Strukturen – Bedingungen. Schorndorf 2001, S. 110-163.

Carl und Liselott Diem-Archiv (Hg.) im Auftrag des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland unter der Leitung von Walter Borgers, Jürgen Buschmann und Karl Lennartz: Olympischer Neubeginn. Gründung des Nationalen Olympischen Komitees 24. September 1949 in Bonn. Köln 1999.

Ciesla, Burghard: „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte? Begriffsgeschichte, Diskussionsaspekte und ein Fallbeispiel – Die deutsche Flugzeugindustrie 1945-1946. In: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 79-109.

Ciesla, Burghard: Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenslage in der DDR. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 39-45.

Colschen, Lars C.: Deutschlandpolitik der Vier Mächte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 267-281.

Court, Jürgen: Der pädagogische Sinn des Sports und die Instrumentalisierungsfrage. In: Sportwissenschaft 26 (1996), 2, 157-169.

Daniel, Ute: Kultur und Gesellschaft. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 69-99.

Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Drucksache 12/7820 vom 31.05. 1994.

Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995.

Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf Bd.1 1990 / Bd. 2 1991.

Diekmann, Irene und Joachim H. Teichler (Hg.): Körper, Kultur und Ideologie. Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert. Bodenheim b. Mainz 1997.

Dressler, Hilmar: Die Deutsche Olympische Gesellschaft. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 162-168.

Dwertmann, Hubert: Wissenschaftliche Diskussion oder politische Programmatik? In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 2, S. 82- 90.

Edwards, Harry: The revolt of the black athlete. New York 1969.

Ehmke, Günter: Der Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Sportbewegung in den Jahren 1945 bis 1949 (in der Deutschen Demokratischen Republik). Berlin (Ost), Diss. 1958.

Ehrich, Dieter, Heinrich-Vogel, Renate und Gert Winkler (Hg.): Die DDR. Breiten- und Spitzensport. München 1981.

Ehrich, Dieter: Breitensport in der DDR. In: Ehrich, Dieter, Heinrich-Vogel, Renate und Gert Winkler (Hg.): Die DDR. Breiten- und Spitzensport. München 1981, S. 9-22.

Ehrler, Wilfried und Frigga Dickwach: Das Sportabzeichen der DDR: Zwischen Absicht und Wirklichkeit. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 97-111.

Eichel, Wolfgang: Die Körperkultur in Deutschland von 1917 bis 1945. Die Gestaltung der sozialistischen Körperkultur in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1981. Illustrierte Geschichte der Körperkultur. Band 2. Berlin 1983.

Eisenberg, Christiane: Sportgeschichte. Eine Dimension der modernen Kulturgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 295-310.

Elzer, Herbert: Sport in der französischen Zone 1945-1950: Das Streben der Besatzungsmacht nach Demokratisierung, Entnazifizierung und Regionalisierung unter dem Primat nationaler Interessen. In: SportZeiten 3 (2003) 2, S. 87-106.

Erbach, Günter: „Sportwunder DDR“. Warum und auf welche Weise die SED und die Staatsorgane den Sport förderten. In: Modrow, Hans (Hg.): Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED. Berlin 1995² (1. Aufl. 1994), S. 232-253.

Erbach, Günter: Ein Jahrmarkt war der DDR-Sport nie. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 76-81.

Erbach, Günter: Über die Beziehungen von Gesellschaft, Staat und Sport in der DDR. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober

1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J., S. 60-70. [vermutl. 1998].

Erker, Paul: Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 202-238.

Esser, Hartmut: Gastarbeiter. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 326-361.

Ewald, Manfred: Ich war der Sport. Wahrheiten und Legenden aus dem Wunderland der Sieger. Manfred Ewald interviewt von Reinhold Andert. Berlin 1994. [Anm. des Verlags: Der Haupttitel des Buches „Ich war der Sport“ entsprach nicht Ewalds Wunsch.]

Faulenbach, Bernd: Acht Jahre deutsch-deutsche Vergangenheitsdebatte – Aspekte einer kritischen Bilanz. In: Kleßmann, Christoph, Misselwitz, Hans und Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999, S. 15-34.

Faulenbach, Bernd: Die Verfolgungssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Zur Frage ihrer Vergleichbarkeit. In: Bauerkämper, Arnd, Sabrow, Martin und Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 268-281.

Ferger, Katja u. a. (Hg.): Sport gelebt und gelehrt. Festschrift für Hannes Neumann. Gießen 1999.

Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993.

Fornoff, Peter: Wissenschaftstheorie in der Sportwissenschaft. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich. Darmstadt 1997.

Franke, Werner W.: Funktion und Instrumentalisierung des Sports in der DDR: Pharmakologische Manipulation (Doping) und die Rolle der Wissenschaft. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, hier: Band III/2, S. 904-1143.

Frei, Norbert: Die Presse. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Kultur. Frankfurt/Main 1989, S. 370-416.

Freudenreich, Josef-Otto und Michael Maurer: Sport. In: Benz, Wolfgang: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Gesellschaft, S. 274-310.

Fricke, Karl-Wilhelm: „Kampf dem Klassenfeind“: Politische Verfolgung in der SBZ. In: Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993, S. 179-193.

Friedrich, Carl Joachim unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957.

Fritsche, Herbert: „Die Delegation aus dem Westen ...“. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 188-199.

Fritze, Lothar: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus. Köln, Weimar 1998.

Frost, Wolfhard u. a. (Hg.): Studienmaterial zur Sportwissenschaft. Quellenauszüge zur Sportgeschichte. Teil II: 1945-1970 (DDR-Sport). Braunschweig, Magdeburg 1991.

Fuchs, Ruth und Klaus Ulrich: Lorbeerkranz und Trauerflor. Der Aufstieg und „Untergang“ des Sportwunders DDR. Berlin 1990.

Furchert, Siegfried: „Tausche Kartoffeln gegen Handball“. Neubeginn in Eschwege. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 118-123.

Füsslein, Peter: Ausgestaltung und Entwicklung des Vier-Mächte-Abkommens bis zum Herbst 1989. In: Langguth, Gerd (Hg.): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1990, S. 107-123.

Gallinat, Klaus: Der Aufbau und die Entwicklung von Körperkultur und Sport in der SBZ/DDR am Beispiel regionaler Entwicklungen im Land Brandenburg (Mai 1945-Juli 1952). Frankfurt am Main u. a. 1997.

Gallinat, Klaus: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports nach 1945. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24. bis 26. März 1995 in Potsdam. In: Sportwissenschaft 25 (1995) 3, S. 316-319.

Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983.

Gehrmann, Siegfried: Die Anfänge des bezahlten Fußballs in Westdeutschland. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1, S. 227-236.

Geiger, Hansjörg: Das Ministerium für Staatssicherheit und der Leistungssport. In: Diekmann, Irene und Joachim H. Teichler (Hg.): Körper, Kultur und Ideologie. Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert. Bodenheim b. Mainz 1997, S. 217-247.

Geissbühler, Simon: Antikommunismus und Sport im Kalten Krieg: Die Diskussion um einen Olympia-Boykott der Schweiz 1956 und 1980 im historischen Vergleich. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 1, S. 38-47.

- Geyer, Horst: Der Massensport und seine politische Funktionalisierung im Herrschaftssystem der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Diss. FU Berlin 1955.
- Geyer, Horst: Die Politisierung des Sports in der Sowjetzone. In: Zeitschrift für Politik. Berlin, Zürich, Wien 1956, S. 73-86.
- Geyer, Martin H.: Der Kampf um die nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die „Hallstein-Doktrin“. In: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 44 (1996) 1, S. 55-86.
- Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000.
- Gieseler, Karl-Heinz: Sport als Mittel der Politik. Mainz o. J. [vermutlich 1966].
- Gissel, Norbert und Walter Bernsdorff: Reeducation durch Sport in der amerikanischen Besatzungszone. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 49-64.
- Gissel, Norbert: Die Sportpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 35-39.
- Gissel, Norbert: Ein „alter oder neuer Weg im Sport?“ Der Aufbau des Organisationssystems im deutschen Sport nach 1945. In: Ferger, Katja u. a. (Hg.): Sport gelebt und gelehrt. Festschrift für Hannes Neumann. Gießen 1999, S. 33-44.
- Glaab, Manuela: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 239-252.
- Glaab, Manuela: Einstellungen zur deutschen Einheit. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 306-316.
- Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000 (2. erweiterte Auflage, 1. Auflage 1997).
- Gödde, Joachim: Entnazifizierung unter britischer Besatzung. In: Geschichte im Westen 6 (1991) 1, S. 62-73.
- Görtemaker, Manfred: Vom Kalten Krieg zur Ära der Entspannung. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 245, Neudruck 2000. Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt, S. 26- 33.
- Görtemaker, Manfred: Zwang zur Koexistenz in den fünfziger Jahren. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 245, Neudruck 2000. Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt, S. 18- 26.

Görtemaker, Manfred: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts. In: Bauerkämper, Arnd, Sabrow, Martin und Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 44-57.

Gounot, André: Sportkonzepte der kommunistischen Arbeitersportbewegung 1921-1937. Politische Abhängigkeiten und ideologische Wandlungen. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 23-47.

Grebing, Helga: Die Parteien. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Politik. Frankfurt/Main 1989, S. 71-150.

Gruner, Gert und Manfred Wilke (Hg.): Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. München 1981.

Gruner, Petra: Die Neulehrer: Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38 (1999), S. 25-31.

Grupe, Ommo (Hg.): Einblicke. Aspekte olympischer Sportentwicklung. Schorn-dorf 1999.

Grupe, Ommo: Bekanntgabe und Würdigung der Preisträger im Carl Diem-Wettbewerb 1995/1996 des Deutschen Sportbundes. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 61- 67.

Grupe, Ommo: Sport als Kultur. Osnabrück 1987.

Güldenpfennig, Sven: Olympischer Friede: Fixe Idee statt Olympische Idee. In: SportZeiten 4 (2004) 2, S. 17-31.

Güldenpfennig, Sven: Internationale Sportbeziehungen zwischen Entspannung und Konfrontation. Köln 1981.

Guttmann, Allen: The Games Must Go On. Avery Brundage and the Olympic Movement. New York 1984.

Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Aktualisierte und erw. Neuaufl. Frankfurt/M. 1993.

Hacker, Jens: Grundlagenvertrag. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 417-430.

Hardach, Gerd: Krise und Reform der Sozialen Marktwirtschaft. Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 197-217.

Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997.

Hattenhauer, Hans: Nationalsymbole. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 579-586.

Heise, Norbert: Leistung und Ertrag der DDR-Sportgeschichte – Rückblick eines damals Tätigen – sportwissenschaftliche Forschung zwischen Indoktrination und Eigenständigkeit. In: Austermühle, Theo und Gerd Konzag: Sportwissenschaftliche Reflexionen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Festschrift für Gerhard Lukas. Hamburg 1995, S. 12-25.

Helfritsch, Wolfgang: Die Kinder- und Jugendsportschulen – Schulen ohne Schulsport. Altlasten oder Beispieleinrichtungen für die Nachwuchsförderung im Leistungssport? In: Hinsching, Jochen und Albrecht Hummel (Hg.): Schulsport und Schulsportforschung in Ostdeutschland 1945-1990. Aachen 1997, S. 112-128.

Hennig, Klaus: Breitensportliche Kampagnen und Konstrukte. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 87-96.

Hennig, Klaus: Massensport-, Freizeit- und Erholungssport: Entwicklungsabschnitte und Entwicklungslinien im Rückblick. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 34-71.

Hettling, Manfred, Huerkamp, Claudia, Nolte, Paul und Hans-Walter Schmuhl (Hg.): Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. München 1991.

Heydecker, Joe J. und Johannes Leeb: Der Nürnberger Prozess. Köln 1985 (1. Aufl. 1958).

Heydemann, Günther: Ein deutsches Sowjetrußland? Zur britischen Beurteilung der Entwicklung in der SBZ. In: Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993, S. 13-27.

Hibbeler, Werner: Literatur und Quellenlage zur Nachkriegsentwicklung im Sport in Niedersachsen. In: Buss, Wolfgang (Hg.): Die Entwicklung des Sports in Nordwestdeutschland 1945-1949. Duderstadt 1984, S. 217-226.

Hildenbrandt, Eberhard (Hg.): Sport als Kultursegment aus der Sicht der Semiotik. Hamburg 1997.

Hiller, J.: Ergänzende Darstellung aus ostdeutscher Sicht unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, hier: Band III, 1, S. 653-662.

Himmelseher, Volker: Die Landessportbünde als Hauptverwaltungsebene der Sportversicherung. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1, S. 221-222.

Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998.

Hinsching, Jochen: Der Bereich „Freizeit- und Erholungssport“ im „ausdifferenzierten“ Sport der DDR. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 15-33.

Hinsching, Jochen und Albrecht Hummel (Hg.): Schulsport und Schulsportforschung in Ostdeutschland 1945-1990. Aachen 1997.

Hinsching, Jochen: Vom Betrieb zum Wohngebiet: Sportangebot zwischen Planangebot und Improvisation. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 187-212.

Höfer, Andreas: Aus der Propagandaabteilung des DDR-Sports: Die Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 169-193.

Holzweißig, Gunter: Die Funktion des Sports für das Herrschaftssystem der DDR – Zielsetzung, Strukturen, politischer Stellenwert. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, hier: Band III, 1, S. 642-653.

Holzweißig, Gunter: Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen. München, Wien 1981.

Holzweißig, Gunter: Sport als Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen. In: Ueberhorst, Horst (Hg.): Geschichte der Leibesübungen. Bd. 3/2, Berlin u. a. 1981, S. 917-943.

Horatschke, Helmut: Erfolge des DDR-Sports – eine Bilanz. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J., S. 39-42. [vermutl. 1998].

Hüttenberger, Peter: Fragestellungen der Historiographie zur deutschen Geschichte nach 1945. In: Peiffer, Lorenz (Hg.): Die erstrittene Einheit – Von der ADS zum DSB (1948-1950). Duderstadt 1989, S. 11-25.

Ihmels, Karl: Sport und Spaltung in der Politik der SED. Sonderausgabe für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Köln 1965.

Jesse, Eckhard: Bundesrepublik Deutschland: Geschichte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 100-109.

Jesse, Eckhard: War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 (1994), S. 12-23.

Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 96-110.

John, Hans-Georg: Gerhard Lukas und die Sportgeschichtsschreibung in der früheren DDR – Versuch einer persönlichen Bewertung. In: Austermühle, Theo und Gerd Konzag (Hg.): Sportwissenschaftliche Reflexionen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Festschrift für Gerhard Lukas. Hamburg 1995, S. 26-35.

Jungbauer, Andreas: Die Auseinandersetzung um „Sportvater“ Carl Diem – am Beispiel seiner Geburtsstadt Würzburg, die nun ihre größte Veranstaltungshalle umbenennt. In: SportZeiten, 4 (2004) 1, S. 93-101.

Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.

Kappler, Isabell: Die gesamtdeutsche Olympiamannschaft 1964 im Spiegel der Sportpolitik der DDR. In: Messing, Manfred und Norbert Müller (Hg.): Blickpunkt Olympia: Entdeckungen, Erkenntnisse, Impulse. Kassel, Sydney 200, S. 254-262.

Karlsch, Rainer: Umfang und Struktur der Reparationsleistungen aus der SBZ/DDR 1945-1953. Stand und Probleme der Forschung. In: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 45-78.

Kasza, Peter: 1954 – Fußball spielt Geschichte. Das Wunder von Bern. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2004.

Kehl, Anton: Die Arbeitswelt. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 294-325.

Kleißmann, Christoph und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (1996), S. 3-14.

Kleißmann, Christoph, Misselwitz, Hans und Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999.

Kleißmann, Christoph: Aufbau eines sozialistischen Staates. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 24-31.

- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1986. (4. ergänzte Aufl.).
- Kleßmann, Christoph: Doppelte Staatsgründung. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 299-306.
- Kleßmann, Christoph: Probleme und Perspektiven der gegenwärtigen historischen DDR-Forschung. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 11-21.
- Kleßmann, Christoph: Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 51-52 (2002), S. 3-12.
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1988.
- Kluge, Volker: „Wir waren die Besten“ – Der Auftrag des DDR-Sports. In: Diekmann, Irene und Joachim H. Teichler (Hg.): Körper, Kultur und Ideologie. Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert. Bodenheim b. Mainz 1997, S. 169-216.
- Knecht, Willi P.H.: Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSB. Mainz 1971.
- Knecht, Willi P.H.: Nach Tokio und zurück. Sportpolitik in Deutschland. Göttingen 1965.
- Kocka, Jürgen und Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994,
- Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 (1994), S. 34-45.
- Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 547-553.
- Köhler, Thomas: Zwei Seiten der Medaille. Berlin 2010.
- Korte, Karl-Rudolf und Werner Weidenfeld: Deutsche Einheit. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 192-202.
- Kortenberg, Walter: Der Sport in der Sowjetischen Besatzungszone. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1954.

- Kowalczuk, Ilko-Sascha und Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland. Berlin 2001.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die DDR-Historiker und die deutsche Nation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (1996), S. 22-30.
- Krebs, Hans-Dieter: Die beiden Übereinkünfte im geteilten deutschen Sport. Die Berliner Vereinbarung 1952 und das Sportprotokoll 1974. In: DeutschlandArchiv 39 (2006) 2, S. 266-272.
- Krebs, Hans-Dieter: Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. III, 2. Baden-Baden 1995, S. 1314-1369.
- Kremer, Hans-Georg: Der Rennsteiglauf: Symbol der Laufbewegung in der DDR. In: Hinsching, Jochen (Hg.): Alltagssport in der DDR. Aachen 1998, S. 227-252.
- Krüger, Arnd: Audiatur et altera pars oder wie man Kontaktperson „Assistent“ wird. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 99-116.
- Krüger, Arnd: Deutschland und die olympische Bewegung (1945-1980). In: Ueberhorst, Horst (Hg.): Geschichte der Leibesübungen. Bd. 3/2, Berlin u. a. 1981, S. 1048-1081.
- Krüger, Arnd: Sport und Politik. Von Turnvater Jahn zum Staatsamateur. Hannover 1975.
- Krüger, Michael: 100 Jahre Arbeitersport. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß der Gründung des Deutschen Arbeiter-Turnerbundes 1893. In Sportwissenschaft 23 (1993) 3, S. 323-330.
- Krüger, Michael: Einführung in die Geschichte der Leibeserziehung und des Sports. Teil 3: Leibesübungen im 20. Jahrhundert. Sport für alle. Schorndorf 1993.
- Krüger, Michael (Hg.): Olympische Spiele. Bilanz und Perspektiven im 21. Jahrhundert. Münster 2001.
- Krüger, Michael (Hg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Hamburg 2001.
- Kuklick, Bruce: American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations. Ithaca 1972.
- Kuppe, Johannes: Deutschlandpolitik der DDR. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 525-267.

Langguth, Gerd (Hg.): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1990.

Laude, Achim und Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem. Göttingen 2000.

Latzel, Klaus und Lutz Niethammer (Hg.): Hormone und Höchstleistung. Doping in Ost und West. Köln u. a. 2008.

Lehmann, Norbert: Internationale Sportbeziehungen und Sportpolitik der DDR. Entwicklung und politische Funktionen unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen. 2 Bände, Diss., Münster 1986.

Lemke, Michael: Der lange Weg zum „geregelten Nebeneinander“. Die Deutschlandpolitik der DDR Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre. In: Kleßmann, Christoph, Misselwitz, Hans und Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999, S. 73-96.

Leonhard, Wolfgang: Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945-1955). In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40 (1994), S. 3-11.

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1987 (ergänzte Neuaufl. 1981, 1. Aufl. 1955).

Liebold, Klaus: Bemerkungen zur Konzentration der DHfK Leipzig auf den Leistungssport Ende der 60er und Anfang der 70er-Jahre. In: Krüger, Michael (Hg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Hamburg 2001, S. 221-232.

Lindenberger, Thomas: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 (2000), S. 5-12.

Lorenz, Fred: Die internationale und deutsch-deutsche Sportpolitik der 50er Jahre in der BRD. Widerstreit zwischen der Autonomie der Sportorganisationen und staatlicher Einflußnahme. Unveröffentlichte Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades (M.A.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen 1997.

Loth, Wilfried: Deutschland im Kalten Krieg. Strategien und Entscheidungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40 (1999), S. 3-11.

Lüdtke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 188-216.

Lüdtke, Alf: Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 36 (1998), S. 3-16.

Luschas, Fred: Die Herausbildung und Entwicklung der Demokratischen Sportbewegung in Mecklenburg von 1945-1952. Diss. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1984.

Lüttke, Jürgen: Der kommunal geleitete Berliner Sport von seinen Anfängen im Mai 1945 bis zur Spaltung Berlins Ende 1948. Diss. Humboldt-Universität Berlin 1989.

Mai, Gunther: Die Entstehung der Kontrollratsdirektive Nr. 23. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf, Bd.1 1990, S. 95-98.

Maier, Charles S.: Geschichtswissenschaft und „Ansteckungsstaat“. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 616-624.

Maschke, Werner: Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte – Weichenstellungen – Bestimmungsfaktoren. In: Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993, S. 97-116.

Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000, S. 47.

Matthes, Roland: Dieses Tamtam gehörte zur Daseinsberechtigung des Apparates. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 98-108.

Maus, Andreas: Drüben. Alltagsgeschichten aus Ost und West. München 1999. Hier der Abschnitt „Wir gaben immer unser Bestes. Die letzte gemeinsame deutsch-deutsche Olympiamannschaft“. [Erinnerung der Skilangläuferinnen Christine Nestler (ex-DDR) und Rita Czech-Blasel (alte Bundesrepublik) an ihre Beteiligung an der Olympiamannschaft 1964], S. 9-40.

Mayer, Tilman: Kontroversen zur deutschen Frage. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 501-509.

Mengden, Guido von: Umgang mit der Geschichte und mit Menschen: ein Beitrag zur Geschichte der Machtübernahme im deutschen Sport durch die NSDAP. Berlin 1980.

Mertens, Lothar und Sabine Gries: Arbeit, Sport und DDR-Gesellschaft. Festschrift für Dieter Voigt zum 60. Geburtstag. Berlin 1996.

Mertens, Lothar und Ulrich Spiekerkötter: Austausch der Lehrerschaft in der SBZ. Die Neulehrer 1945-1949. In: Mertens, Lothar und Sabine Gries: Arbeit, Sport und DDR-Gesellschaft. Festschrift für Dieter Voigt zum 60. Geburtstag. Berlin 1996, S. 101-119.

Mertin, Evelyn: Sowjetisch-deutsche Sportbeziehungen im „Kalten Krieg“. Sankt Augustin 2009.

Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 5-14.

Mevert, Friedrich: 50 Jahre Deutscher Sportbund. Geschichte, Entwicklung. Persönlichkeiten. Hoya 2000.

Meyer-Braun, Renate: Doch kein Ende der Arbeiterkultur nach 1945? In Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 12 (1998) 1, S. 7-28.

Michaelis, Andreas: Der Leistungssport der DDR im Spannungsfeld der Systemauseinandersetzung in den 50er und 60er Jahren. In: Vorsteher, Dieter (Hg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. München, Berlin 1997, S. 424-434.

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. München 1988 (20. Aufl.; Neuauflage 1977; 1. Aufl. 1967).

Modrow, Hans (Hg.): Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED. Berlin 1995² (1. Aufl. 1994).

Mommsen, J. Wolfgang: Von Bevormundung zu intellektueller Kolonisierung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.08.1993.

Mommsen, Wolfgang J.: Der Ort der DDR in der deutschen Geschichte. In: Kocka, Jürgen und Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994, S. 26-39.

Müller-Enbergs, Helmut, Wielgoß, Jan und Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000.

Münkler, Herfried: Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45 (1998), S. 16-29.

Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989.

Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Geschichtswissenschaft unter der SED-Diktatur. Die Durchsetzung der Parteilinie in den fünfziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (1996), S. 15-21.

Nicklaus, Hans: Vom Kommunalsport zum Deutschen Sportausschuß. Schorndorf 1982.

Niethammer, Lutz: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 95-115.

Nitsch, Franz und Lorenz Peiffer (Hg.): Die roten Turnbrüder. 100 Jahre Arbeitersport. Dokumentation der Tagung vom 1. April bis 3. April 1993 in Leipzig. Marburg 1995.

Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996.

Nitsch, Franz: „Das machen wir in Frankfurt“ – Hessens Rolle im deutschen Sport. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 162-170.

Nitsch, Franz: Auf konfliktträchtigem Weg – Initiativen 1945-1949. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 12-48.

Nitsch, Franz: Forschungsstand und Quellenlage zur Nachkriegssportgeschichte. In: Peiffer, Lorenz (Hg.): Die erstrittene Einheit – Von der ADS zum DSB (1948-1950). Duderstadt 1989, S. 27-53.

Nitsch, Franz: Traditionslinien und Brüche. Stationen der Sportentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1, S. 29-64.

Nitsch, Franz: „Berlin ist eine Bresche wert“ – Sportentwicklung unter geteilter Kontrolle. In: Deutscher Sportbund (Hg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit. Schorndorf 1990. Bd. 1, S. 99-117.

Nitsch, Franz: Warum entstand nach 1945 keine Arbeitersportbewegung? In: Sportwissenschaft 6 (1976) 2, S. 172-199.

Nitschke, Willi: Kann der Sport neutral sein? Über den Charakter von Körperkultur und Sport in beiden deutschen Staaten. Berlin (Ost) 1961.

Pabst, Ulrich: Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Beziehungen bis 1961. Berlin, München, Frankfurt a. M. 1980.

Peiffer, Lorenz: Die Olympischen Sommerspiele '72 in München. Sportlicher Systemvergleich auf dem Boden des Klassenfeindes. In: Krüger, Michael (Hg.): Olympische Spiele. Bilanz und Perspektiven im 21. Jahrhundert. Münster 2001, S. 90-109.

Peiffer, Lorenz (Hg.): Die erstrittene Einheit. Von der ADS zum DSB (1948-1950). Bericht der 2. Hoyaer Tagung zur Entwicklung des Nachkriegssports in Deutschland. Duderstadt 1989.

- Peiffer, Lorenz: Carl Diem und der Sport in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 1 (1987) 1, S. 92- 104.
- Peltzig, Siegfried: Sport hinter dem Eisernen Vorhang. Schriften zum Zeitgeschehen, Heft 8, Darmstadt 1952.
- Petzold, Joachim: Vergleichen, nicht gleichsetzen! (Kommentar). In: Kocka, Jürgen und Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994, S. 101-103.
- Pfeiffer, Rolf: Sport und Politik. Die Boykottdiskussionen um die Olympischen Spiele von Mexico City 1968 bis Los Angeles 1984. Frankfurt/Main u. a. 1987.
- Pfister, Gertrud: Frauen und Sport in der DDR. Köln 2002.
- Pötzsch, Horst: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten. München 1998.
- Preilowski, Volker: Die Aufnahme internationaler Sportbeziehungen durch die DDR im Zeitraum 1949-1956. Unveröffentlichte Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades (M.A.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen 1998.
- Redmond, Gerald (Hg.): Sport and Politics. The 1984 Olympic Scientific Congress Proceedings, Vol. 7, Champaign, Illinois 1986, S. 43-49.
- Reinhartz, Klaus: Das manipulierte Echo. Presselenkung am Beispiel von Olympia 1972. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 90-97.
- Ress, Georg: Grundgesetz. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn 1999, S. 402-417.
- Riordan, James W.: Politics of Elite Sport in East and West. In: Redmond, Gerald (Hg.): Sport and Politics. The 1984 Olympic Scientific Congress Proceedings, Vol. 7, Champaign, Illinois 1986, S. 35-41.
- Riordan, James: Elite Sport Policy in East and West. In: Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986, S. 66-89.
- Ritter Andreas: „Leistungssport“ und Geheimstruktur der Steuerung des DDR-Sports. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 2, S. 76-81.
- Ritter, Andreas: Die Rolle der den „Leistungssport“ betreffenden Politbürobeschlüsse von 1967 bis 1970 für das „Leistungssportsystem“ der DDR. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 12 (1998) 2, S. 37-56.
- Roesler, Jörg: Handelsgeschäfte im Kalten Krieg. Die wirtschaftlichen Motivationen für den deutsch-deutschen Handel zwischen 1949 und 1961. In: Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995, S. 193-220.

Rossade, Werner: Sport und Kultur in der DDR. Sportpolitisches Konzept und weiter Kulturbegriff in Ideologie und Praxis der SED. München 1987.

Rummelt, Peter: Zum Tag der Deutschen Einheit. Außer dem grünen Pfeil an der roten Ampel – was bleibt übrig von der DDR? Teil II. In: Olympische Jugend, Zeitschrift der dsj. Schorndorf 40 (1995), 11, S. 15-17.

Rybicki, Kristin: Sportler an einen Tisch! – Berlin und die Arbeit des Deutschen Sportausschusses in den frühen 1950er Jahren. In: Braun, Jutta und Hans Joachim Teichler (Hg.): Sportstadt Berlin im Kalten Krieg. Prestigekämpfe und Systemwettbewerb, Berlin 2006, S. 66-95.

Schelsky, Helmut: Friede auf Zeit. Die Zukunft der Olympischen Spiele. Osnabrück 1973.

Schildt, Axel: Gesellschaftliche Entwicklung. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 3-10.

Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 21-53.

Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995.

Schildt, Axel: Politische Entscheidungen und Einstellungen. In: Informationen zur politischen Bildung 256, 3. Quartal 1997. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 10-23.

Schildt, Axel: Sind die Westdeutschen amerikanisiert worden? Zur zeitgeschichtlichen Erforschung kulturellen Transfers und seiner gesellschaftlichen Folgen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 50 (2000), S. 3-10.

Schimanski, H.: Sport und Politik. In: SBZ-Archiv. Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen. Köln 8 (1959) 24, S. 370-374.

Schmidt, Dorothea: Sport als Kulturphänomen? Zur Einordnung des Sports bei Grupe. In: Hildenbrandt, Eberhard (Hg.): Sport als Kultursegment aus der Sicht der Semiotik. Hamburg 1997, S. 9-14.

Schmidt, Wolfgang: Ich würde heute genau dasselbe wieder tun, nur eher abhauen. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 205-214.

Schneider, Ullrich: Aspekte britischer Besatzungspraxis im Nachkriegsdeutschland. In: Buss, Wolfgang (Hg.): Die Entwicklung des Sports in Nordwestdeutschland 1945-1949. Duderstadt 1984, S. 11-44.

- Schneider, Ulrich: Politische Voraussetzungen für den Aufbau des Landes Hessen. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 15-24.
- Schroeder, Klaus und Jochen Staadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (1997), S. 15-29.
- Schürmann, Volker: Weltsport in Zeiten der Globalisierung. In: SportZeiten 4 (2004) 2, S. 7-16.
- Schulz, Klaus-Peter: Sorge um die deutsche Linke. Eine kritische Analyse der SPD-Politik seit 1945. Berlin 1955.
- Seifert, Manfred: Ruhm und Elend des DDR-Sports. Keine Bilanz – Aufgeschriebenes aus 40 Jahren eines Sportjournalisten. Woltersdorf bei Berlin 1990.
- Seitz, Norbert: Von Bern bis Los Angeles. Die politische Geschichte der Fußball-Weltmeisterschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24 (1994), S. 3-12.
- Seitz, Norbert: Was symbolisiert das „Wunder von Bern“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B26 (2004), S. 3-6.
- Seppelt, Hans-Joachim und Holger Schück (Hg.): Anklage: Kinderdoping. Das Erbe des DDR-Sports. Berlin 1999.
- Seppelt, Hans-Joachim: Berlin, Czarnikauer Straße 21. Goldmedaillen, Staatsdoping und die Stasi-Connection: Ein total überwachtetes Netzwerk. In: Seppelt, Hans-Joachim und Holger Schück (Hg.): Anklage: Kinderdoping. Das Erbe des DDR-Sports. Berlin 1999, S. 27-74.
- Siegfried, Detlef: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 77-113.
- Simon, Hans: Zur Entstehung der Kinder- und Jugendspartakiaden in der DDR. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 84-90.
- Simri, Uriel: Frauen und Olympia – Sport und Emanzipation. Vom Kampf der Frauen um olympische Gleichberechtigung. In: Blödorn, Manfred (Hg.): Sport und Olympische Spiele. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 162-183.
- Spitzer, Giselher, Teichler, Hans Joachim und Klaus Reinhartz (Hg.): Schlüsseldokumente zum DDR-Sport. Ein sporthistorischer Überblick in Originalquellen. Aachen 1998.
- Spitzer, Giselher: „Beim Geld setzte das Schweigen ein“ – Die Sonderrolle des Fußballsports in der DDR. In: Diekmann, Irene und Joachim H. Teichler (Hg.):

Körper, Kultur und Ideologie. Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert. Bodenheim b. Mainz 1997, S. 147-168.

Spitzer, Giselher: „Olympia ruft“ – Oslo und Helsinki 1952. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 169-186.

Spitzer, Giselher: Aktuelle Konzepte zur Zeitgeschichte des Sports – unter Berücksichtigung der Diskussion in der Geschichtswissenschaft. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 8. Jahrgang (1994), Heft 3, S. 56-75.

Spitzer, Giselher: Der innerste Zirkel: Von der Leistungssportkommission des Deutschen Turn- und Sportbundes zur LSK der DDR. In: Sportwissenschaft 25 (1995) 4, S. 360-375.

Spitzer, Giselher: Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit als „Reserve-Archiv“ des DDR-Sports – Quellenkritische und methodologische Bemerkungen. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 117-154.

Spitzer, Giselher: Die DDR-Sportwissenschaft und die SED. Hintergründe und Konsequenzen der Hospitation des Instituts für Körperkultur Halle 1958 als Wendepunkt der politischen Kontrolle. In: Breuer, Helmut und Roland Naul: Schwimmsport und Sportgeschichte. Zwischen Politik und Wissenschaft. Festschrift für Hans-Georg John zum 65. Geburtstag. St. Augustin 1994, S. 161-187.

Spitzer, Giselher: Die Gründung des Nationalen Olympischen Komitees. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 110-126.

Spitzer, Giselher: Doping in der DDR. Ein historischer Überblick zu einer konspirativen Praxis. Genese – Verantwortung – Gefahren. Köln 1998.

Spitzer, Giselher: Gläserne Sportler. Nachwuchsleistungssport als „Sicherheitsrisiko“. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 127-131.

Spitzer, Giselher: Grundsatzpapier zur Entpolitisierung der Geschichte des DDR-Sports? In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 13 (1999) 2, S. 64-75.

Spitzer, Giselher: IM Schattenreich. Inoffizielle Mitarbeiter im Sport: Fallstudie Leipzig. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 188-204.

Spitzer, Giselher: Wie offen war der Verhandlungspartner NOK der DDR? Zur Rolle des MfS in den Beziehungen zum Sport in der Bundesrepublik. In: Grupe,

- Ommo (Hg.): Einblicke. Aspekte olympischer Sportentwicklung. Schorndorf 1999, S. 107-112.
- Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997.
- Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998].
- Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten. Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945-1969. Frankfurt/Main u. a. 1999.
- Stadt, Jochen: Die SED und die Olympischen Spiele 1972. In: Schroeder, Klaus (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Berlin 1994, S. 211-232.
- Steiner, André: Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 218-247.
- Stündl, Herbert: Freizeit- und Erholungssport in der DDR. Marxistische Grundlagen, Ziele und Organisation 1946-1976. Schorndorf 1977.
- Sywottek, Arnold: Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 54-76.
- Taylor, Trevor: Politics and the Olympic Spirit. In: Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986, S. 216-241.
- Taylor, Trevor: Sport and International Relations. In: Allison, Lincoln (Hg.): The Politics of Sport. Manchester University Press 1986, S. 27-48.
- Teichler, Hans Joachim und Klaus Reinhartz: Das Leistungssportsystem der DDR in den 80er Jahren und im Prozeß der Wende. Schorndorf 1999.
- Teichler, Hans Joachim: Die Ausspähung des westdeutschen Sports durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 65-97.
- Teichler, Hans Joachim: Die Rolle Carl Diems in der Zeit und im zeitlichen Umfeld des NS-Regimes. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 10 (1996) 3, S. 56- 79.
- Teichler, Hans Joachim: Die Sportbeschlüsse des Politbüros. Eine Studie zum Verhältnis von SED und Sport mit einem Gesamtverzeichnis und einer Dokumentation ausgewählter Beschlüsse. Köln 2002.

Teichler, Hans Joachim: Herrschaft und Eigensinn im DDR-Sport. In: Krüger, Michael (Hg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Hamburg 2001, S. 233-249.

Teichler, Hans Joachim (Hg.): Sport in der DDR. Eigensinn, Konflikte, Trends. Köln 2003.

Teichler, Hans-Joachim: Das Märchen vom Breitensport. Interview in: Märkische Allgemeine vom 20.11.1997, S. 3.

Teichler, Hans Joachim: Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung. Hamburg 2003.

Teichler, Hans Joachim: Doping in der Endphase der DDR und im Prozess der Wende 1989/90. In: Latzel, Klaus und Lutz Niethammer (Hg.): Hormone und Höchstleistung. Doping in Ost und West. Köln u. a. 2008, S. 139-150.

Thomas, Karin: Kultur. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 510-523.

Timmermann, Heiner (Hg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Berlin 1995.

Tröger, Walter und Giselher Spitzer: Bis zu den Olympischen Spielen 1952. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 148-161.

Ueberhorst, Horst: Der Deutsche Sportbund Geschichte und Struktur. In: Ueberhorst, Horst (Hg.): Geschichte der Leibesübungen. Bd. 3/2, Berlin u. a. 1981, S. 795-804.

Vogel, Christa und Luzia Würsch: Staats-Sport. Am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. Studentendruckerei Uni Zürich 1993.

Vogel, Heinz: Olympischer Wiederbeginn – London 1948. In: Nationales Olympisches Komitee für Deutschland (Hg.): Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte – Gründung – Erste Jahre. Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland aus Anlaß seiner Gründung vor 40 Jahren am 24. September 1949. München 1989, S. 60-67.

Voigt, Dieter u. a.: Zur Fragwürdigkeit akademischer Grade und Titel in der DDR. Der Primat der kommunistischen Ideologie von der Wissenschaft. Eine Analyse von Doktorarbeiten und Habilitationsschriften der Jahre 1950 bis 1990. In: Timmermann, Heiner (Hg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Berlin 1995, S. 227-262.

Von Plato, Alexander und Almut Leh: „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1997.

Wagner, Ringo: Der vergessene Sportverband der DDR. Die Gesellschaft für Sport und Technik in sporthistorischer Perspektive. Aachen 2006.

Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (1997), S. 3-14.

Weber, Hermann: „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11 (1990), S. 3-15.

Wedemeyer-Kolwe, Bernd: „Was ist und wozu dient Sportgeschichte?“ Anmerkungen zu einer Geschichte der Sporthistoriographie. In: SportZeiten 2 (2002) 3, S. 5-24.

Wehler, Hans-Ulrich: Aus der Geschichte lernen? Essays. München 1988.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700-1815. Band 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära. München 1987.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2003.

Wehler, Hans-Ulrich: Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte. In: Bauerkämper, Arnd, Sabrow, Martin und Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 346-352.

Wehler, Hans-Ulrich: Was ist Gesellschaftsgeschichte? In: ders.: Aus der Geschichte lernen? Essays. München 1988, S. 115-129.

Wehner, Gerd: Die Deutschlandpolitik der Westalliierten von 1945 bis 1955. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51 (1989), S. 3-12.

Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999.

Winters, Peter Jochen: Innerdeutsche Beziehungen. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 442-453.

Woite-Wehle, Stefanie: Zwischen Kontrolle und Demokratisierung: Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950. Schorndorf 2001.

- Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45 (1998), S. 3-15.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1999 (2. durchgesehene Aufl.).
- Wolle, Stefan: Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (1997), S. 30-38.
- Wonneberger, Günther: Das „Sportfest der Jugend“ zum Pfingsttreffen 1949 in Leipzig – ein Vorläufer der Turn- und Sportfeste der DDR. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 11 (1997) 1, S. 52- 60.
- Wonneberger, Günther: Die Auswirkungen des Leistungssportsbeschlusses von 1969 auf den Basketballsport in Leipzig – Erinnerungen eines Zeiteugen. In: Spitzer, Giselher und Harald Braun (Hg.): Der geteilte deutsche Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam. Köln 1997, S. 155-158.
- Wonneberger, Günther: Die Körperkultur in Deutschland von 1945 bis 1961. Geschichte der Körperkultur in Deutschland. Band IV. Berlin 1967.
- Wonneberger, Günther: Wurzeln des DDR-Sports. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 19-38.
- Wonneberger, Ingeburg: Sportabzeichen-Diskussion in den 50er Jahren. In: Sport und Gesellschaft e.V. (Hg.): Protokoll der Tagung am 1. Oktober 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Sportausschusses. Berlin o. J. [vermutl. 1998], S. 48-59.
- Zielinski, Heinz: Gesellschaftlicher Wandel und die Antworten des Sports. In: Nitsch, Franz und Rolf Lutz (Hg.): Sport, Bildung und Demokratie. Fünfzig Jahre „Sport für alle“ im Landessportbund Hessen. Marburg 1996, S. 40-47.
- Zimmermann, Hartmut: DDR: Geschichte. In: Weidenfeld, Werner und Karl Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999, S. 150-163.
- Zöllner, Detlev: Sozialpolitik. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Wirtschaft. Frankfurt/Main 1989, S. 362-392.
- Zuchold, Erika: Wir trainierten unter Lärmgeräuschen aus Lautsprechern. In: Hartmann, Grit: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Leipzig 1997, S. 59-71.

12. Verzeichnis ausgewählter Abkürzungen

ADS	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sport
AHK	Alliierte Hohe Kommission
APO	Außerparlamentarische Opposition
ATSB	Arbeiter-Turn- und Sportbund
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BGH	Bundesgerichtshof
BMG	Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen
BSG	Betriebssportgemeinschaften
DFB	Deutscher Fußballbund (West)
DFV	Deutscher Fußballverband (Ost)
DFD	Demokratische Frauenbund Deutschlands
DHfK	Deutsche Hochschule für Körperkultur
DJK	Deutsche Jugendkraft
DOG	Deutsche Olympische Gesellschaft
DS	Deutscher Sportausschuß [in anderen Publikationen auch mit DSA abgekürzt]
DSB	Deutscher Sportbund
DTSB	Deutsche Turn- und Sportbund
DVP	Deutsche Volkspolizei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirchen Deutschlands
ESA	Einheitliche Sichtung und Auswahl
EURATOM	Europäischen Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutsche Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIFA	Fédération Internationale de Football
FKS	Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport (Leipzig)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GYA	Army Assistance to German Youth Activities

HICOG	High Commission for Germany
HO	Handelsorganisation
IfK	Institut für Körperkultur
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des Ministeriums für Staatssicherheit)
IOC	Internationales Olympischen Komitees
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KJS	Kinder- und Jugendsportschule
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LSC	Leipziger Sportclub
LSK	Leistungssportkommission
MdI	Ministerium des Inneren
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ND	„Neues Deutschland“
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NSRL	Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen
NVA	Nationale Volksarmee
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
OPK	Operative Personenkontrolle
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
Rias	Radio im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SAG	Sowjetische Aktien-Gesellschaften
SBZ	Sowjetisch Besetzten Zone
SC	Sportclub
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
sid	Sportinformationsdienst
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMD	Sportmedizinischer Dienst
SPAG	Sport-Arbeitsgemeinschaft
SS	Schutzstaffel
Stako	Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport

SV	Sportvereinigung
uM	unterstützende Mittel
UNO	Vereinte Nationen
VEB	Volkseigener Betrieb
WEU	Westeuropäischen Union
ZA	Zentralausschusses (der SPD)
ZK	Zentralkomitee
ZS	Zentralsekretariat

Eidesstattliche Versicherung:

Hiermit erkläre ich, Eike Birck, an Eides statt, dass ich die Dissertation mit dem Titel:

„Die gesamtdeutschen Olympiamannschaften – eine Paradoxie der Sportgeschichte?“

selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe.

Andere als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel habe ich nicht benutzt. Die den herangezogenen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen sind als solche gekennzeichnet.

Ort, Datum

Unterschrift